C 21734 D

ANTIREPRESSIONS-KONGRESS, FRANKFURT S. 24



Arbeiterkampf

Jg. 6 Nr. 82 14.6.'76 Arbeiterzeitung des Kommunistischen Bundes DM 1,–

Nazi-Mörder freigesprochen



SS-Mann in Aktion

SS-Mann in Aktion

Nach dreieinhalb Jahren Dauer endete am 3. Juni 76 in Hamburg ein weiterer „großer" Prozeß gegen Nazi-Massenmörder mit dem Freispruch sämtlicher Angeklagten!
Frei herumlaufen dürfen: Karl Streibel, ehemals SS-Hauptsturmführer und Kommandant des SS-Ausbildungslagers Trawnike (Polen) sowie fünf seiner Mit-SS-Schlächter – Erwin Mittrach, Kurt Reinberger, Michael Janczak, Theodor Pentziok und Josef Napieralle.

Aus Streibels Lager wurden SS-Mannschaften zur „Räumung" der jüdischen Gettos von Lublin und Warschau, d.h. zur Verschleppung der Bevölkerung in Vernichtungslager, gebildet; am Bau solcher Lager waren sie ebenfalls beteiligt.

Streibel und die anderen fünf waren insbesondere bei den Massenmorden in den KZs Sobibor, Belzec und Treblinka dabei. Wer den Transport dorthin überlebte, fand in Treblinka z.B. folgendes vor: *„Die Bahnstation trug eine große Aufschrift ‚Arbeitslager Treblinka'. Von dort wurde der Zug auf einem Sondergleis in den Wald gefahren (...) An dieser Endstelle bot sich uns ein schauerliches Bild: Hunderte Leichen lagen umher. (...) Wir wurden aus den Waggons getrieben; deutsche und ukrainische SS-Leute stiegen auf die Dächer und schossen wahllos in die Menge. Männer, Frauen und Kinder wälzten sich in ihrem Blut, wildes Schreien und Weinen erfüllte die Luft".* Die Überlebenden mußten Tote und Verletzte in Gruben werfen, Kleinkinder wurden von den SS-lern *„an den Füßen gefaßt und gegen Baumstämme geschleudert".* Manchmal kamen *„Transporte nur mit Leichen an. (...) Es kamen auch Transporte ausschließlich mit Kindern oder mit alten Leuten an. Stundenlang hockten sie auf dem Platz, um dann durch MG-Feuer ‚liquidiert' zu werden.".* Später *„wurden die Ankömmlinge nicht mehr erschossen, sondern vergast"* (Zeugenbericht; in: Kogon, „Der SS-Staat").

Auf diese und andere Weise wurden unter Mitwirkung von Streibel und seinen SS-Helfern über eine Million Menschen umgebracht.

Das war auch vom Gericht nicht zu bestreiten. Vorsitzender Joachim Seefeld: Alle Angeklagten haben **„objektiv an der Vernichtung der Juden mitgewirkt"** („Hamburger Morgenpost", 4.6.76).

Jedoch dann mit makabrer Naivität: **„Die Behauptung, der Zweck der Vernichtungslager sei ihnen nicht bekannt gewesen, können wir ihnen nicht widerlegen"**

Schließlich klagte das Gericht über *„Schwierigkeiten bei der Aufklärung von nationalsozialistischen Verbrechen infolge des großen Zeitabstandes".* Ein blanker, eiskalter Zynismus angesichts der systematischen Prozeßverschleppung über Jahre und Jahrzehnte hinweg durch die Justiz selbst!

Man vergleiche das Streibel-Urteil z.B. mit der Verurteilung der Antifaschisten, die kürzlich in Köln gegen die Verschleppung des Prozesses gegen den NS-Massenmörder Kurt Lischka protestiert hatten. (Lischka, als früherer Obersturmbannführer der SS und Chef der Gestapo in Paris, ist verantwortlich für die Ermordung von über 100.000 Juden). Streibel und seine Mit-Verbrecher: Freispruch! Die Antifaschisten: Geldstrafen zwischen 600 und 4.000 DM!

Antifa-Kommission
KB/Gruppe Hamburg

Kissinger und Vorster raus!

Alle zur Demonstration nach Hamburg!

Am 23. und 24. Juni will sich US-Außenminister Kissinger in H a m b u r g mit dem südafrikanischen Regierungschef Vorster treffen.
Hintergrund dieses Treffens ist das Schwanken der imperialistischen Herrschaft im südlichen Afrika unter den Schlägen der revolutionären Befreiungsbewegungen. Nach der Unabhängigkeit von Mosambik und nach dem Sieg des angolanischen Volkes unter Führung der MPLA über die imperialistische Aggression nimmt jetzt der Befreiungskampf in Zimbabwe („Rhodesien") und Namibia („Südwest-Afrika") unter Führung der ZANU und der SWAPO einen neuen Aufschwung.

Nachdem der US-Imperialismus in Angola mit der militärischen und finanziellen Unterstützung der faschistischen Terrorbanden von FNLA und UNITA Schiffbruch erlitten hat, will er jetzt eine veränderte Taktik anwenden: Eine Politik der Zugeständnisse an bürgerlich-„gemäßigte" Teile der afrikanischen Bevölkerung in Zimbabwe und Namibia, bei gleichzeitiger Verschärfung des Kampfes gegen die konsequenten Kämpfer der ZANU und SWAPO. Die US-Regierung will das südafrikanische Rassisten-Regime Vorster's zur Anwendung dieser Taktik in Namibia (von Südafrika widerrechtiich besetzt) und gleichzeitig zu deren Unterstützung gegenüber dem Rassisten-Regime in Zimbabwe gewinnen.

In der imperialistischen Globalstrategie spielt Südafrika immer mehr die Rolle des wichtigsten politisch-militärischen Brückenkopfs in Afrika. Das Rassisten-Regime selbst sieht sich als „natürlichen Bündnispartner des Westens". Die NATO zeigt ein zunehmendes Interesse an S t ü t z p u n k t e n in Südafrika.

Die Bundesregierung spielt nicht zufällig die Rolle eines Vermittlers und Gastgebers für die Kontakte zwischen dem US-Imperialismus und dem Rassisten-Regime. Denn vielfältig sind die Interessen und Verbindungen des westdeutschen Großkapitals in Südafrika. Beziehungen, die nicht auf den Rassisten-Freund Strauß beschränkt sind, sondern die ebenso von der SPD/FDP-Regierung wahrgenommen werden. Der BRD-Imperialismus unterstützt vollauf die Politik der USA, wirtschaftet aber zugleich auch kräftig auf eigene Rechnung. So haben denn auch schon Kanzler Schmidt (SPD) und Außenminister Genscher (FDP) ihre Absicht bekanntgegeben, mit Vorster während seiner Anwesenheit in der BRD zusammenzutreffen.

Wenn sich hier die Vertreter des US- und des BRD-Imperialismus mit dem südafrikanischen Rassisten-Chef zu einem „Spitzengespräch" treffen, dann ist das auch Teil des immer schärferen Ringens der imperialistischen Mächte um die Erhaltung und Ausdehnung ihrer Einflußgebiete, Teil der imperialistischen Kriegsvorbereitungen.

Je mehr heute der Imperialismus unter den Schlägen der revolutionären Befreiungsbewegungen der „Dritten Welt" und einer auch in den kapitalistischen Ländern selbst erstarkenden Arbeiterbewegung zum Zurückweichen gezwungen ist, umso wütender rüstet er auf, um in einem verzweifelten Versuch noch einmal die Menschheit in ein Massenschlachten zu führen und das Rad der Geschichte zurückzudrehen. Hinter der diplomatischen Tarnung von „Entspannungs"reden und „Abrüstungs"-konferenzen hat sich in den letzten zehn bis 15 Jahren ein in der Geschichte beispielloses Wettrüsten vollzogen. Das Arsenal an atomaren Vernichtungswaffen im Besitz der USA und der Sowjetunion wurde vervielfacht, immer „raffiniertere" und immer grausamere Waffen werden entwickelt. Und die gesamte Geschichte zeigt, daß das Wettrüsten noch niemals zur „Entspannung" und zu einem „gesicherten Frieden" geführt hat, sondern zu neuen, noch schrecklicheren Kriegen. Ein neuer imperialistischer „Weltkrieg" unter heutigen Bedingungen würde hunderte von millionen Menschen das Leben kosten und die Erde, vor allem die Industriestaaten, total zerstört zurücklassen.

Darum: Kampf dem imperialistischen Krieg! Kampf dem Wettrüsten! Für tatsächliche Abrüstungsmaßnahmen, für die Vernichtung der Massenvernichtungsmittel!

Das Treffen zwischen Kissinger und Vorster in Hamburg wird für uns Anlaß sein, eine machtvolle Demonstration zu organisieren, die sich zum einen gegen die imperialistische Herrschaft im südlichen Afrika richtet und die Solidarität mit den revolutionären Befreiungsbewegungen zum Ausdruck bringt und die sich zum anderen gegen die imperialistischen Kriegsvorbereitungen im Weltmaßstab richtet.

Wir wenden uns an alle in der Afrika-Solidarität aktiven Kräfte, an alle Kräfte der antiimperialistischen Solidarität, an alle demokratischen, friedliebenden und fortschrittlichen Kräfte unseres Landes, diese Demonstration mitzutragen.

Kissinger und Vorster raus aus Hamburg!

Imperialisten und Rassisten raus aus Afrika!

LG des Kommunistischen Bundes
13. Juni 1976

Folter-Lehrgang in der Bundeswehr

In der „antifaschistischen Wochenzeitung die tat", vom 11. Juni, wird anhand von eidesstattlichen Zeugenaussagen und im Faksimile abgedruckten Dokumenten belegt, daß in einer Spezialeinheit der Bundeswehr in Hammelsburg (Unterfranken) Folter-Lehrgänge durchgeführt wurden.

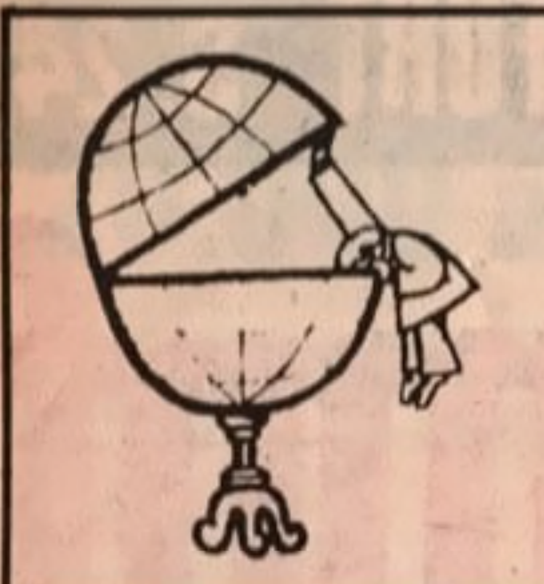
Der fortschrittliche Oberleutnant der Reserve, Hans Roth, war 1969 Zeuge dieser Übungen geworden, nachdem er von Reserve-General Professor Dr.Dr. Freiherr von Heydte (Altnazi) eine Empfehlung für die Kampftruppenschule der Bundeswehr in Hammelburg erhalten hatte. Roth sah dort mit eigenen Augen, „was in der Militärliteratur als ‚Kleinkrieg' oder ‚Grenzkampf' – inoffiziell ‚Jagdkampf' – bezeichnet wurde" (Aufzeichnungen von Roth, in „die Tat").

Angeleitet von westdeutschen Offizieren führten dort vor allem Südkoreaner und Perser (in bundesdeutschen Uniformen) vor, „wie man das jeweilige Folterobjekt je nach Bedarf zum Reden oder zum Schweigen bringt... Das geschieht... hauptsächlich durch das Einüben einer sogenannten „Kopfdrehschraube", aber auch durch das Einüben bestimmter anderer Techniken, die ich laienhaft nur als In-die-Hoden-Treten, Ellenbogenbrechen und Würgen bezeichnen kann. Das letztere läßt sich auch als langsames Zudrücken der Kehle bezeichnen, wobei der angenommene Tod stereotyp von der Formel „Und jetzt ist Pause" begleitet wurde. Das Wort „Pause", das muß ich hier betonen, hatte niemals eine Pause in dieser Ausbildung zur Folge" (zit. nach „die Tat").

Die „Spezialisten" aus den faschistischen Armeen Südkoreas und Persiens (deren besondere Bestialität weithin berühmt-berüchtigt ist) werden bei dieser Sondereinheit der Bundeswehr von Offizieren geführt, die aus ihrer faschistischen Gesinnung keinen Hehl machen. So wird der Lehrgruppenkommandeur in Roths Aufzeichnungen mit folgenden Handlungsanweisungen und Sprüchen zitiert: *„Nich'so, Kameraden, s o pakken und l a n g s a m zudrücken – dann wird's schwarz, und dann is' Pause. – Sehen Sie, ich bin für Härte, Kriegsnähe, Naturverbundenheit; für Disziplin – nicht' um die Kerls zu verdummen, sondern damit sie parier'n.*

Dieser Offizier ist kein Unbekannter: Er erhielt von der Bundeswehrführung Gelegenheit, seine menschenverachtenden Vorstellungen in der Zeitschrift „Wehrkunde" (Nr. 9, Sept. 1969, S. 467 ff.) zu veröffentlichen – die *„Vielseitigkeit und Härte dieser Ausbildung* (des Folter-Lehrgangs, Anm. AK)" zu preisen und zu propagieren, *„daß das, was wir Kampfgeist nennen und in der Bundeswehr so sehr wünschen, hier* (beim Folter-Lehrgang, Anm. AK) *entsteht und dann sicher auch ausstrahlt."*

Fortsetzung auf Seite 29



Blick in die Welt

Türkei:
Sechs Genossen von den faschistischen Sicherheitskräften ermordet!

Am 8. Juni wurden bei Gefechten zwischen den faschistischen türkischen Sicherheitskräften und Antifaschisten in Diyarbakir drei Genossen erschossen und zwei verhaftet. Die Genossen erschossen drei Bullen und verletzten zehn!

Am nächsten Tag kam es in der Nähe der Stadt Gazianten, nahe der syrischen Grenze, zu einem der brutalsten Einsätze von Militär- und Polizeikräften. Angeblich hatten sie in mehreren Häusern ein Waffenlager der „Türkischen Volksbefreiungsarmee" entdeckt. 25 Stunden wurden die Häuser belagert. Schließlich griffen die Faschisten mit Panzern, Maschinengewehren und Handgranaten an. Dabei zerstörten sie die Häuser vollständig. Drei Genossen wurden ermordet, sechs verletzt. Bei der Gegenwehr der Genossen ließen abermals drei Bullen ihr Leben, drei wurden verletzt.

Der Gouverneur des Gebietes, Kemal Demirtas, begründete dies Vorgehen damit, daß *„die Türkische Volksbefreiungsarmee die türkische Regierung hinwegfegen und ein proletarisches Regime errichten"* wolle.

Hoffentlich gelingt den Revolutionären dies bald! („Le Monde", 9./10.6.76). •

Griechenland/Türkei-Kommission

Freiheit für Horst Mahler!
Unterstützt den Kampf zur Wiederaufnahme des Verfahrens

Derzeit läuft eine Initiative, um die Wiederaufnahme des Verfahrens gegen den zu zwölf Jahren Gefängnis verurteilten Horst M a h l e r zu erreichen. Diese Initiative geht von der „KPD" aus, deren Sympathisant Mahler in der Haft geworden ist. Der KOMMUNISTISCHE BUND hat schriftlich dem Komitee „Freiheit für Horst Mahler" seine Unterstützung dieser Initiative mitgeteilt.

Wir täuschen uns dabei nicht über die Absichten, die die „KPD" verfolgt, wenn sie ihre bei allen fortschrittlichen Menschen auf völlige Ablehnung gestoßene Politik der Vaterlandsverteidigung derzeit hinter betont „antifaschistischen" oder gar „antiimperialistischen" Parolen und Initiativen zu tarnen versucht. Wir täuschen uns auch nicht über die politische Figur von Horst Mahler, der seit Jahren – zuerst als Ideologe de ‚individuellen Terrors' und heute als Anhänger der Politik der Vaterlandsverteidigung – zum Schaden der Arbeiterklasse unseres Landes wirkt. Aber wir unterstützen die Forderung „Freiheit für Horst Mahler!" und „Bestrafung des Kronzeugen Ruhland wegen Falschaussage und Meineid", weil es g e r e c h t e Forderungen sind. Wir sind darüber hinaus der Meinung, daß selbstverständlich a l l e Verfahren, in denen der Kronzeuge Ruhland mitwirkte, für null und nichtig erklärt werden müssen.

Wir treten dafür ein, daß alle demokratischen Kräfte unseres Landes diese Forderung unterstützen. Wir begrüßen es, daß Persönlichkeiten wie der Pfarrer Heinricht Albertz, die Schriftstellerin Ingeborg Drewitz oder der Professor Helmut Gollwitzer die antikommunistische Diffamierung nicht gescheut haben, sondern ihr persönliches Ansehen für diese gerechte Forderung einsetzen.

Dies zeigt, ebenso wie der Kampf gegen die Berufsverbote, daß die von der Bourgeoisie betriebene Isolierung gegenüber der Linken durchbrochen werden kann, und daß es möglich ist, eine breitere Abwehrfront gegen die Gefahr eines neuen Faschismus aufzubauen.

LG des Kommunistischen Bundes

RESOLUTION

– Bestrafung des Kronzeugen Ruhland wegen Falschaussage und Meineid –

Karl-Heinz Ruhland fungierte in dem Kammergerichtsprozeß gegen Horst Mahler 1972/73 als Hauptbelastungszeuge. Wie sich schon in dem Prozeß herausstellte, war Ruhland als Zeuge völlig unglaubwürdig. Mehrere hundert mal hat er sich wiedersprochen, die Unwahrheit gesagt und zahlreiche Personen fälschlich beschuldigt. Ausschließlich aufgrund seiner Aussage wurde Horst Mahler zu 12 Jahren Gefängnis verurteilt. Dies, obwohl Ruhland zuvor gegenüber fünf Zeugen zugegeben hatte, daß er Mahler zu Unrecht des Bankraubs bezichtigt habe, um selbst Begünstigungen und Strafnachlaß zu erhalten.

Wir unterstützen daher die Forderung, den Kronzeugen Ruhland wegen Meineid und vorsätzlicher uneidlicher Falschaussage zu bestrafen, um den Weg für die Wiederaufnahme des Verfahrens gegen Horst Mahler freizumachen.

Die Strafanzeige wurde unter anderem eingereicht von Horst Mahler und Familie, Pfarrer Heinrich Albertz, Ingeborg Drewitz, Schriftstellerin; Prof. Dr. Helmut Gollwitzer, Prof. Dr. Gerhard Bauer, Christian Semler, Mitglied des Zentralkomitees der KPD, Hartmut Schmidt, Mitglied des Zentralvorstandes der Roten Hilfe, RA Harald Remé, RA Christian Ströbele, Superintendennt Kanitz, Kirchenrat Berger, Prof. Dr. Warnach, Rechtsanwalt Heinrich Hannover, Rechtsanwalt Heldmann.

Ich schließe mich der Resolution an

Name: ______________________

Vorname: ______________________

Beruf/Betrieb: ______________________

Adresse: ______________________

____

Unterschrift: ______________________

Unterschriften an: Komitee „Freiheit für Horst Mahler!" 1 Berlin 10, Postfach 100 106 •

Am 20. Juni wird in Italien gewählt
Weg mit der DC-Regierung!

Am 20. Juni wird in Italien das Parlament vorzeitig neu gewählt. Die Neuwahl war notwendig geworden, nachdem die „Sozialistische Partei" (PSI) der Minderheitsregierung der Christdemokraten (DC) ihre Unterstützung entzogen hatte. Die PSI lehnt es ab, weiterhin die unpopuläre und skandalöse Politik der DC zu unterstützen, wenn nicht auch die „Kommunistische Partei" (PCI) an der „Verantwortung" beteiligt wird. Die DC-Spitze lehnt jedoch – unter stärkstem Druck der US-Regierung, der NATO, der Bonner Regierung und der CDU/CSU stehend – weiterhin eine Zusammenarbeit mit der PCI ab.

Die PCI-Spitze hingegen geht schon seit mehreren Jahren nach Möglichkeit jeder „Konfrontation" mit der DC aus dem Wege, um ihr Konzept eines „historischen Kompromisses" (Zusammenarbeit DC-PCI) zu verwirklichen. Um die Neuwahl des Parlaments abzuwenden, hatte die PCI-Spitze mehrfach die Bildung einer „Nationalen Koalition" vorgeschlagen, die alle bürgerlichen Parteien von der PCI an, mit Ausnahme der neofaschistischen MSI, einschließen soll. An diesem Konzept hält die PCI-Spitze auch für die Zeit nach den Wahlen fest, unabhängig von deren Ausgang. So stehen dann auch im jetzigen Wahl„kampf" die Parolen „Nationales Wohl", „Nationale Wiedergeburt" und „Nationale Solidarität" im Vordergrund. Die PCI-Spitze verspricht, den italienischen Kapitalismus aus seiner tiefsten Krise seit Kriegsende wieder herauszuführen. Sie verspricht, mit sozialer Demagogie dafür zu sorgen, daß diese Krise auf dem Rücken der Werktätigen überwunden werden kann. Sie verspricht, weder das kapitalistische Eigentum an den Produktionsmitteln noch den kapitalistischen Profit einzuschränken. Im Gegenteil: Ihre Politik will dem in- und ausländischen Kapital wirksame „Anreize" geben, damit in Italien wieder mehr investiert wird, damit die Kapitalflucht ins Ausland gebremst wird und damit Italiens Exportwirtschaft wieder „konkurrenzfähig" wird. Zugleich erklärt die PCI-Spitze, Italien müsse in der NATO bleiben, weil ein einseitiger Austritt „den Entspannungsprozeß gefährden würde". Italiens Mitgliedschaft in der EG wird eh nicht in Frage gestellt.

Diese Politik kann nur gegen und auf dem Rücken der Arbeiterklasse durchgesetzt werden. Daher ist es nicht verwunderlich, daß die PCI für eine dermaßen volksfeindliche, unpopuläre Politik die größtmögliche „Nationale Koalition" herbeiführen möchte, um nicht als Alleinverantwortliche dazustehen.

Gegenwärtig scheint es jedoch so, als werde die DC der PCI den Gefallen nicht tun. Die DC will entweder, wenn das Wahlergebnis es noch erlaubt, eine stärkere bürgerliche Koalition bilden (unter Ausschluß der PCI, aber mit stillschweigender Duldung der MSI); andernfalls will sie in die Opposition gehen, um das Abwirtschaften der PCI abzuwarten. Die letzten „Meinungsumfragen" sprechen derzeit für die letztere Möglichkeit, also für eine knappe absolute Mehrheit von PCI und PSI und für die Bildung einer „Linksregierung" (mit Unterstützung der „Republikanischen Partei, PRI, und des linken Wahlbündnisses DP).

Daß das Abwirtschaften einer solchen „Linksregierung" in relativ friedlichen Bahnen verlaufen könnte, scheint allerdings gefährdet: Auf der einen Seite durch die werktätigen Massen, die nach fast 30 Jahren Miß-Regierung der DC bestimmte Erwartungen an eine „Linksregierung" stellen und darauf auch nicht ohne weiteres verzichten werden, um für die „Nationale Wiedergeburt" des italienischen Kapitalismus zu schuften. Auf der anderen Seite durch eine immer weitere Zunahme des faschistischen Terrors, der zwar keine „Massenbasis" hat wie in Nord-Portugal, aber der sich nur umso wütender und mörderischer gebärdet. Jüngstes Beispiel ist der MSI-Abgeordnete Saccucci, der gemeinsam mit seiner „Leibwache" in einer Kleinstadt bei Rom in die Menge schoß und einen jungen Kommunisten ermordete, als die Bevölkerung seine Wahlkundgebung auspfiff. Überfälle faschistischer Banden auf einzelne Linke, nicht selten mit tödlichen Folgen, sind an der Tagesordnung. Dazu kommt, daß der bürgerliche Staatsapparat, vor allem der Repressions-Apparat (Armee, Polizei, Geheimdienste usw.) bis zur Spitze mit Faschisten durchsetzt ist und offen mit dem ultra-rechten Flügel der DC um Fanfani und mit den Faschisten innerhalb und außerhalb der MSI zusammenarbeitet.

Große Teile der italienischen Bourgeoisie würden einer „Linksregierung" möglicherweise von vornherein so feindlich gegenüberstehen, daß sie versuchen würden, durch weitere Kapitalflucht, durch Verzögerung von Investitionen usw. die Wirtschaftskrise noch zu verschärfen, um den Bankrott der PCI-Politik zu beschleunigen. Außerdem hat der US-Imperialismus durch Kissinger u.a. erkennen lassen, daß er eine „Linksregierung" in Italien schärfstens bekämpfen will. Gerüchte über eine US-Invasion gegen Italien im Falle einer „Linksregierung" sind derzeit mehr auf Einschüchterung berechnet, könnten sich aber bei einer Verschärfung der Klassenkämpfe als bittere Wahrheit erweisen.

Die Politik der PCI-Spitze geht auch in diesem Punkt auf die Vermeidung von „Konfrontationen. So wird z.B. den US-Drohungen mit dem verstärkten Bekenntnis zu Italiens NATO-Mitgliedschaft begegnet. Jede Selbstverteidigung der Arbeiterklasse gegen die faschistischen Mordbanden wird von der PCI-Führung mit wütenden Diffamierungen bekämpft. Der bürgerliche Staat soll stattdessen gegen die Faschisten vorgehen. Eben derselbe Apparat also, dessen Komplizenschaft mit dem faschistischen Terrorismus vielfach erwiesen ist, und der auch Saccucci nach seiner Mordtat ungehindert ins Ausland entkommen ließ. Andererseits kann aber eine „Linksregierung" diesen faschisierten Apparat gar nicht antasten, sofern sie nicht ihre Linie der „Nationalen" Klassenversöhnung preisgeben und stattdessen eine antifaschistische Massenmobilisierung fördern will. Beides will aber weder die PCI noch die PSI.

So dürften in Italien nach den Wahlen, die mit einiger Wahrscheinlichkeit zu einer „Linksregierung" führen werden, scharfe Klassenkämpfe bevorstehen, die Italien weitaus stärker als heute schon in den Blickpunkt der internationalen Arbeiterbewegung rücken werden. •

ITALIEN DARF NICHT DAS CHILE EUROPAS WERDEN !



Wahlkundgebung des linken Bündnisses ‚Democrazia Proletaria' (DP) in Mailand. DP wird von den drei größten Organisationen der revolutionären Linken – PdUP, Lotta Continua und Avanguardia Operaia –, von den Trotzkisten und einigen „ML"-Organisationen unterstützt.

BRD-Polizei auf der Seite der SAVAK-Agenten!

Seit Anfang des Jahres bis Mitte Mai sind in Iran mehr als 70 Freiheitskämpfer hingerichtet oder auf der Straße und in den Wohnungen erschossen worden. Gegen dieses Terrorregime und zur Unterstützung der Kämpfer in Iran hatte die CISNU (Konföderation iranischer Studenten in der BRD) zu einem Protestmarsch aufgerufen. Am 26. 5. demonstrierten mehrere hundert Teilnehmer von Köln nach Bonn.

Schon bei Beginn des Marsches war die Kölner Polizei aufgetreten und hatte die Protestteilnehmer aufgefordert, ihre Masken abzunehmen. Diese Masken trugen die Aufschrift „Schutz vor SAVAK" und wurden von iranischen Demonstranten getragen, die Angst vor dem iranischen Geheimdienst haben müssen. Es ist allgemein bekannt, daß Agenten des SAVAK frei in der BRD arbeiten und von den BRD-Geheimdiensten unterstützt werden. Die Demonstranten protestierten gegen die Aufforderung der Polizei und weigerten sich, die Masken abzunehmen.

Die Polizei gab in dieser Frage nach, forderte jedoch jetzt eine Einstellung aller Lautsprecherdurchsagen, um die Wirksamkeit des Protestmarsches einzuschränken. Die Demonstranten hielten sich auch an dieses Verbot nicht.

In der Folge wurde der Demonstrationszug ständig von einem Polizeiaufgebot begleitet. Am Ziel in Bonn waren sogar Panzerwagen und Spezialeinheiten mit Maschinenpistolen aufgefahren.

Am Abend fand nach 8- stündigem Marsch in Bonn auf dem Münsterplatz die Abschlußkundgebung der Aktion statt. Die Teilnehmer gaben ihre Masken ab und machten sich auf den Weg zum Bahnhof. Da bemerkten sie, daß sie von einigen Männern fotographiert und gefilmt wurden. Die Agenten - anscheinend Deutsche und Perser, in Zivil - saßen in einem Auto mit Wiesbadener Kennzeichen (dort residiert der Verfassungsschutz). Die Genossen versuchten natürlich sofort und energisch, das Fotografieren zu verhindern und die Filme zu bekommen. Sie holten einen persischen Agenten aus dem Auto, wobei der seine Pistole verlor.

In diesem Moment setzte sich die Polizei in Bewegung. Sie begannen zu prügeln wie die Irren. Die iranischen Genossen wehrten sich entsprechend. Die Scheiben des Agentenautos gingen zu Bruch. Mehrere Mitglieder der CISNU wurden schwer verletzt. Drei Mitglieder der CISNU wurden verhaftet und abtransportiert.

Daraufhin rief der CISNU - Vorstand zu einem unbefristeten Sitz- und Hungerstreik vor dem Rathaus auf, um die Verhafteten zu befreien. Etwa 100 Genossen, darunter viele Verletzte, ließen sich trotz des Regens vor dem Rathaus nieder. Sie erhielten Unterstützung von allen Organisationen und Kräften in Bonn, von der ESG über die Trotzkisten bis zur DKP. Es wurde Tee gekocht, Anwälte und Ärzte besorgt usw.

Die Polizei versuchte zunächst, die Streikenden mit leeren Versprechungen abzuspeisen. Nach 4- stündiger Haft wurden dann aber alle drei freigelassen! Die CISNU wertete dies mit Recht als eine Erfolg der internationalen Solidarität. •

Nach Informationen der CISNU und Augenzeugenbericht

Libanon : Syrischer Angriff zurückschlagen!

Der Krieg im Libanon ist mörderischer als der Krieg in Vietnam war: Umgerechnet auf die Bevölkerungszahl sterben im Libanon täglich doppelt so viel Menschen wie beim amerikanischen Bombenterror in Vietnam.



Eine Kämpferin auf einer anti-syrischen Demonstration

Seit zwei Wochen ist Libanon nun auch militärisch und politisch zum Vietnam des Nahen Ostens geworden. Die internationalen Feinde der libanesischen Revolution und der revolutionären Linie des palästinensischen Widerstands sind offen aufgetreten und sind mit Panzern und Flugzeugen über das Land hergefallen:

– Vor einem Monat ließ Frankreich verlauten, es sei bereit, mit seinen Truppen zu intervenieren, um „zur Wiederherstellung der Ordnung beizutragen".

– Vor zwei Wocheh begann Syrien, mit regulären Soldaten und Pan-

beizutragen".

– Vor zwei Wochen begann Syrien, mit regulären Soldaten und Pan-zern im Libanon einzumarschieren. Die Zahl der syrischen Soldaten im Libanon beträgt zur Zeit ca. 15.000 mit ca. 300 Panzern, hinzu kommen 10.000 Milizionäre der Saika (tritt als palästinensische Befreiungsorganisation auf) und weitere 8.000 Soldaten der PLA (angebliche palästinensische Befreiungsarmee).

– In diesen Tagen wird eine sogenannte arabische Friedenstruppe gebildet, die angeblich die syrische Intervention „ersetzen" soll. Weitere Tausende von algerischen, libyschen, sudanesischen, saudi-arabischen und syrischen Soldaten sollen in den Libanon einfallen.

– Vor der Küste Libanons kreuzen 44 Kriegsschiffe der 6. US-Flotte. Hinzu kommen 40 englische und französische Kriegsschiffe. Die USA haben England und Frankreich aufgefordert, die Zahl ihrer Schiffe umgehend zu vergrößern. Die Sowjetunion sprach von der geografischen Nähe Libanons zur SU und den internationalen Auswirkungen des libanesischen Krieges („Tass", 9.6.). Die Zahl der sowjetischen Kriegsschiffe vor Libanon beträgt 66 („Le Monde", 11.6.).

Es ist klar, daß die syrischen Truppen das Werkzeug der Imperialisten, Zionisten und der rekationären arabischen Regimes sind. Es ist klar, daß ihre Aufgabe nur in einem besteht: Konterrevolution.

Der syrische Einmarsch ist konterrevolutionär

Die libanesischen und palästinensischen fortschrittlichen Kräfte waren bisher aus jeder Phase des Bürgerkrieges als Sieger hervorgegangen. Der Angriff der Faschisten hatte sich dabei ständig verschärft. So fielen z.B. am 30.5. auf Stadtteile von Beirut und palästinensische Flüchtlingslager 1.500 Artilleriegeschosse. Es gab 270 Tote und 700 Verletzte („Süddeutsche Zeitung", 1.6.). **Doch vor dem syrischen Panzerangriff standen 82 % des Landes und 75 % der Bevölkerung unter der Kontrolle der fortschrittlichen Kräfte** („Le Monde", 3.6.).

Zu dieser Zeit entschieden die Feinde der libanesischen Revolution, daß eine ausländische Intervention nötig war, um zu verhindern, daß die fortschrittlichen Kräfte die Macht übernehmen. Zum gegebenen Zeitpunkt konnte diese Aufgabe nur Syrien übernehmen. Den Syrern wurde von US-Imperialisten und Zionisten versichert, daß man sie durch eine breite Aktion unterstützen werde (französische Drohung, arabische Friedenstruppe, Kriegsschiffe der Imperialisten). Ohne Aufsehen wurde zwischen Syrien und Israel der Konflikt um die Golan-Höhen für ein weiteres halbes Jahr beigelegt.

Ein Vorwand für die Intervention wurde geschaffen: Im Norden von Libanon umzingelte eine angeblich zur fortschrittlichen Libanesischen Arabischen Armee (LAA) gehörende Einheit zwei christliche Dörfer. Die fortschrittlichen Kräfte und die Führung der LAA protestierten scharf gegen dieses Vorgehen, weil gerade das gute Verhältnis zwischen Christen und Moslems im Norden des Landes gezeigt hatte, daß der Krieg kein Religionskrieg war. Von diesem Zeitpunkt an war den fortschrittlichen Kräften klar, daß ein syrischer Angriff bevorstand.

Das Interesse Syriens ist es, auf jeden Fall zu verhindern, daß im Libanon die fortschrittlichen Kräfte siegen. Dies würde gewaltige Auswirkungen auf die arabischen Länder haben und auch das syrische Regime bedrohen. Deshalb waren die Syrer schon immer im Libanon anwesend. Zuerst als syrischer Flügel der Baath-Partei mit ihrer Miliz, dann als Saika und PLA waren sie immer mehr auf die Seite der Faschisten getreten, je mehr die fortschrittlichen Kräfte die Oberhand gewannen.

Sie versuchen sogar, die jetzige Führung der PLO, Arafat u.a., durch ihnen genehme Leute zu ersetzen, um dann die PLO auf den Weg einer friedlichen Lösung unter Führung Syriens zurückbringen zu können. Neuer PLO-Chef soll Zuhair Muhsen, der Führer der Saika, werden. Leider ist dieser Mann dümmer und ungeschickter, als dafür nötig. Als sei er ein Syrer und nicht ein Palästinenser erklärte Muhsen kurz vor dem syrischen Überfall: *„Die Libanesen müssen ihren Konflikt letzten Endes selbst lösen. Wir (!) wollen ihnen nur dabei helfen (!). Das*

banesen müssen ihren Konflikt letzten Endes selbst lösen. Wir (!) wollen ihnen nur dabei helfen (!). Das

Land braucht in erster Linie Ruhe und Ordnung (!), damit politische Lösungen ausgehandelt werden können. Da die Libanesen selbst über keine Ordungsmacht mehr verfügen, blieb uns (!) keine andere Wahl als einzugreifen." (FR, 25.5.). Dies ist die klassische Begründung für jeden imperialistischen Überfall der letzten Jahrzehnte. So haben die US-Imperialisten auch ihren Einfall in Vietnam begründet! Es ist eine besonder Schande, daß der Palästinenser Muhsen es ist, der den syrischen Überfall rechtfertigt, der sich direkt gegen die palästinensichen Interessen richtet und das Leben tausender von Palästinsern kostet.

Die syrischen Panzer stießen auf zwei Linien vor: in der Nordregion in Richtung auf Tripolis, in der Mitte des Landes in Richtung auf Beirut. Der Norden war schon seit Monaten in der Hand fortschrittlicher Kräfte, die in Tripolis ihr Zentrum hatten. Die Mitte des Landes ist eben und gegen Panzer schwer zu verteidigen. Die syrischen Gruppen zeigten sofort, auf welcher Seite sie standen:

– Kämpfer palästinensischer oder libanesischer fortschrittlicher Einheiten wurden entwaffnet und zu Hunderten im libanesisch-syrischen Grenzort Masnaa eingekerkert.

Die ehemals faschistische und dann von fortschrittlichen Kräften eroberte Stadt Zahle wurde „befreit".

– Der Stützpunkt der libanesichen Luftwaffe Rajak, der von den fortschrittlichen Kräften eingeschlossen war, wurde ebenfalls „befreit". Die dort stationierten Hawker-Hunter-Düsenjäger konnten in der Folge an der Beschießung von Armenvierteln und Flüchtlingslagern teilnehmen!

– Syrische MIG-21 Jäger greifen die Lager Tal-as-Saatar und Armenviertel Beiruts an.

– Syrische MIG und libanesiche Hawker-Hunter beginnen den Krieg gegen Stellungen der fortschrittlichen Kräfte in Beirut und auf den Bergpässen in Richtung Beirut.

– Syrische Panzer greifen die Hauptstützpunkte der libanesischen fortschrittlichen Kräfte, die Städte Saida und Tripolis an. (alles nach: FR, 8.6. und 9.6.; NHP, 2.6.; El Mudschahid, 2.6.).

Die Faschisten nutzten die neue Situation sofort. Während syrische Truppen auf Aintura vorrückten, das den Hauptstützpunkt der fortschrittlichen Kräfte auf dem Wege nach Beirut bildet, versuchten die Faschisten von der anderen Seite, diesen wichtigen Ort zu erobern. Die Genossen mußten sich in einem 2-Fronten-Krieg verteidigen! (International Herald Tribune, 5.6.). In Beirut tobten die Kämpfe zwischen Faschisten und fortschrittlichen Kräften an allen Fronten (FR, 9.6.).

Damit war die libanesische Revolution in ein sehr kritisches Stadium geraten.

Der Block der Feinde hat Risse

Die syrische Intervention machte aber auch die verschiedensten Risse im Block der Feinde der Revolution deutlich. Einmal hat Syrien innere Schwierigkeiten. Immerhin kämpft hier eine arabische Armee unter der Ideologie der arabischen Brüderlichkeit und antiimperialistischen Einheit gegen ein Bündnis arabischer fortschrittlicher Kräfte. In Syrien spaltete sich hieran die führende Baath-Partei. Hunderte von meuternden Offizieren wurden verhaftet (Time, 31.5.). Die Beerdigung eines syrischen Offiziers in Damaskus wächst sich zu einer regierungsfeindlichen Demonstration aus. In einem Palästinenserlager bei Damaskus bricht ein Aufstand aus. Der syrische Stabschef, General Schahabi, wurde unter Hausarrest gestellt (Tansania Daily News, 7.6.). Die „Stimme Palästinas", der Rundfunksender der PLO, hatte immer wieder die syrischen Soldaten aufgerufen, die Ehre einer arabischen Armee nicht zu beschmutzen (El Mudschahid, 2.6.). Große Teile der syrischen Interventionstruppen weigerten sich, in offene Gefechte mit den fortschrittlichen Kräften zu treten. So ist es bezeichnend, daß die militärischen Angriffe auf die Stellungen der fortschrittlichen Kräfte immer nur von 6 Panzern mit Flugzeugunterstützung ausgeführt wurden.

Wiedersprüche ergaben sich auch im arabischen Raum. Ägypten stellte sich auf die Seite der PLO. Der Sender der „Stimme Palästinas" in Kairo durfte seinen Betrieb wieder aufnehmen. Die ägyptische Botschaft in Damsakus wurde geschlossen, syrische Diplomaten aus Ägypten ausgewiesen. Diese Freundschaft zur PLO und Feindschaft zu Syrien ist aber nur ein taktischer Schritt, auf den die fortschrittlichen Kräfte nicht dauerhaft bauen können. Ägypten demonstriert damit seine Enttäuschung über die ungenügende Unterstützung der Imperialisten für seine eigenen Ziele.

Von großer Bedeutung war weiterhin, daß der Irak unter dem Jubel der Bevölkerung Truppen an die syrische Grenze abmarschieren ließ. Auch wenn Syrien nicht direkt mit einem militärischen Angriff rechnen muß, wird hiermit doch klar gemacht, daß wichtige Kräfte im arabischen Lager es nicht hinnehmen würden, wenn sich Syrien mit Hilfe der Imperialisten allzu stark machen will.

Schon vor Wochen hatte der Faschistenführer Dschamajil an die USA appelliert, in Libanon zu intervenieren. Er wandte sich dann an die Sowjetunion und forderte sie auf, eine „positive Rolle" zu spielen („NZZ", 2.6.). Die verbrecherische Haltung der SU begann damit, daß dieses Ansinnen des Faschisten nicht schärfstens zurückgewiesen wurde.

Die syrische Armee ist mit sowjetischen Waffen modernster Bauart ausgerüstet, wie sie nicht einmal die Verbündeten der SU in Osteuropa erhalten. 2.500 sowjetische Berater sind in Syriens Militär und Wirtschaft tätig. Syrien verfolgt in Libanon offensichtlich eigene imperialistische Interessen. Seit kurzem ist Syrien als Ersatz für das zerstörte Libanon der Geheimtip der Kapitalisten. Verträge über die Errichtung von Stahlwerken, Kunstdüngerfabriken, Montagewerken usw. wurden abgeschlossen („NHP", 3.6.).

Dieser Ausbau Syriens zur Großmacht im Interesse der Imperialisten erfolgt offenbar mit Billigung und Unterstützung der Sowjetunion.

Ende Mai befand sich der sowjetische Außenminister Kossygin auf einer Nahostreise, bei der er zuerst Irak besuchte. Syrien hatte das Eingreifen Kossygins in der syrischen Hauptstadt Damaskus abgewartet, bevor es die Panzeroffensive gegen Libanon in Gang setzte. Diese Offensive wurde mit sowjetischen Panzern durchgeführt und richtete sich ganz offensichtlich gegen alle die völkerrechtlichen Prinzipien, auf die sich die SU so gerne beruft. Trotzdem gab Kossygin zunächst nur eine völlig nichtssagende Erklärung ab („FR", 3.6.).

Am Ende seines Besuches in Damaskus erklärte Kossygin angesichts des syrischen Überfalls auf Libanon: *„Wir in der Sowjetunion unterstützen alle loyalen Bemühungen, die eine Beendigung des Blutbades und eine Lösung der Krise mit friedlichen Mitteln zum Ziel haben."* Dann machte er allen arabischen Staaten ein handfestes Angebot, ihnen Waffen in jeder gewünschten Menge zu liefern („FAZ", 3.6.). Während Syrer, libanesische Armee und Faschisten die Flüchtlingslager und Armenviertel bombardierten, schrieb das „Neue Deutschland" vom 4.6.: *„Die Anwesenheit syrischer Truppen in Libanon hat zu einer merklichen Beruhigung der Situation geführt."*

Es ist klar, daß hier unter Beruhigung der Situation nur verstanden wird, daß die Unruhe der Revisionisten über einen möglichen Sieg der Linken sich gelegt hatte.

Die „Prawda" vom 6.6. nennt Syrien ausdrücklich als ein Land, mit dem die Sowjetunion *„freundschaftliche Beziehungen, gegründet auf Hochachtung und Vertrauen"* unterhält. Und dann kommt es noch schöner: der Frieden werde gestört nicht nur durch die Einmischung der Imperialisten, sondern auch durch *„die Aktionen der extremistischen Gruppierungen"*!

Es muß daran erinnert werden, daß die Sowjetunion auch während des Schwarzen September 1970 in Jordanien, als 10.000e von Palästinensern abgeschlachtet wurden, als Mahner zum Frieden aufgetreten ist. Daß heute in Libanon nicht mir sow-
Daß heute in Libanon nicht mit sowjetischen Waffen ein ähnliches Massaker angerichtet werden kann, liegt an der Stärke der fortschrittlichen Kräfte. Die Sowjetunion würde es sonst im Interesse ihrer Politik der Verhinderung von Konflikten offensichtlich wieder in Kauf nehmen!

Die Linke kämpft und siegt

Der syrische Einmarsch hatte die beabsichtigte Schockwirkung. Plötzlich war sogar der Sozialdemokrat und Führer der fortschrittlichen Kräfte, Dschumblatt, bereit, sich mit dem von syrischen Gnaden und gegen die fortschrittlichen Kräfte „gewählten" neuen Präsidenten Sarkis an den Verhandlungstisch zu setzen. Er traf sich sogar mit dem Sohn des Oberfaschisten Dschamajil, was in aller Welt große Beachtung fand. Mit Sarkis verabredete er, eine Konferenz einzuberufen, *„die in einer Friedensregelung enden soll, die die syrische Intervention überflüssig (!) macht."* („International Herald Tribune", 5.6.). Dschumblatt ging sogar so weit, Frankreich um die Entsendung von Truppen zu bitten, denn Frankreich sei *„die einzige Macht, die loyal zu Libanon steht"* („Le Monde", 10.6.). Es ist zu hoffen, daß diese schwankende Figur, die bei jedem Schuß Angst um ihren Großgrundbesitz hat, bald von der libanesischen politischen Bühne geschubst wird.

Direkt kämpferisch nahm sich dagegen Raymond Edde, der liberale Kapitalist, aus. Er rief alle Libanesen, Christen und Moslems, dazu auf, mit allen Mitteln gegen die syrische Invasion zu kämpfen. Warum? Weil Syrien den wirtschaftlichen Ruin Libanons herbeiführen wolle („El Mudschahid", 2.6.).

Und Arafat tat, was er schon 1970 in Jordanien gemacht hatte. Er setzte sich ins Flugzeug, um seine arabischen Brüder um Hilfe anzuflehen. Diese Hilfe bestand 1970 darin, den Untergang des Widerstands in Jordanien zu besiegeln.

Daß in Libanon in den letzten 2 Wochen nicht dasselbe geschah – und versucht wurde es – liegt nur da-

Daß in Libanon in den letzten 2 Wochen nicht dasselbe geschah – und versucht wurde es – liegt nur da-ran, daß die linken libanesischen und palästinensischen Kräfte heute stark genug waren, um unter Einsatz ihres Lebens und mit ihrem Blut die syrischen Truppen zurückzuschlagen. Am 3.6. legte ein Generalstreik Beirut völlig lahm. Empörte Massen stürmten die Büros und Stützpunkte der syrischen Baath-Partei und der Saika und legten sie in Trümmer. Auf der Paßstraße nach Beirut vereinten sich Kämpfer der LAA, der Fatah, der PFLP und der Drusen, um jeden syrischen Angriff aufzuhalten. Ein PFLP-Kommandeur erklärte: *„Wir werden mit allen Mitteln kämpfen. Wenn mir nichts mehr übrig bleibt, werde ich mich auf die Straße legen und dann müssen sie auf dem Weg nach Beirut über mich hinwegfahren. Wie die Amerikaner, so sind sie alle Imperialisten."* (Nachrichtenagentur Reuter, 2.6.). Am 2.6. wurde ein Angriff von sechs syrischen Panzern zurückgeschlagen, zwei Panzer zerstört, acht Syrer getötet. Am 6.6. werden bei einem neuen Angriff von sechs Panzern vier abgeschossen und zwei erobert. Am 7.6. wird ein neuer Panzerangriff in Richtung Beirut aufgehalten („NHP", 2.6., „FR", 3.6., „FAZ", 8.6.). Syrische Truppen mit 100 Panzern konnten den Paß nicht überschreiten („FR", 9.6.).

Am 7.6. überfiel die Saika westliche Stadtviertel Beiruts und versuchte, den Flughafen zurückzuerobern. Die Gefechte waren mörderisch. Die Vernichtung der Saika-Banden kostete ca. 100 Tote.

Die Last dieser Kämpfe und die Opfer liegen vor allem bei unseren libanesischen linken Genossen. Das ist das Gesetz aller Revolutionen. Ein Erfolg, wie sie ihn jetzt wieder erreicht haben, läßt die Imperialisten nur zum nächsten Mittel greifen. Aber jeder neue Sieg gibt der Linken neue Kräfte. Die palästinensischen Genossen dürfen diesen Krieg nicht verlieren, denn Libanon ist ihr wichtigster Stützpunkt. Die libanesischen fortschrittlichen Kräfte dürfen diesen Krieg nicht verlieren, sonst sind sie auf Jahrzehnte geschlagen. Die libanesischen und palästinensischen Massen wissen dies und unterstützen ihre Kämpfer mit aller Kraft. Niemand kann heute einfach Beirut erobern.. Auch die Macht aller Imperialisten kann heute nicht diese Revolution beenden. Das bedeutet zweierlei. Erstens, der Kampf wird weitergehen und er wird sich verschärfen. Zweitens, die Siege der fortschrittlichen Kräfte in Libanon haben schon jetzt die politische Lage im Nahen Osten verändert. Wenn Libanon das Vietnam des Nahen Ostens wird, so könnte der Nahe Osten das Vietnam aller Imperialisten und Zionisten werden. ●

Nahost-Kommission
KB/Gruppe Hamburg

Vor den Präsidentenwahlen in Portugal:

Jubel um Otelo

In Portugal wurde inzwischen die offizielle Liste der Kandidaten für die Präsidentenwahl am 27. Juni aufgestellt. Neben dem Hauptkandidaten der Bourgeoisie, dem reaktionären General Eanes, der von MRPP bis CDS von allen bürgerlichen Parteien unterstützt wird, hält Ministerpräsident und Marineadmiral Azevedo immer noch seine Kandidatur aufrecht, der allerdings große Schwierigkeiten hatte, die geforderten 7.500 Unterschriften beizubringen.

An dieser Unterschriftensammlung ist auch der Faschist und „Angola-Rückkehrer" Pompilio da Cruz gescheitert. Seine Kandidatur wurde bereits abgelehnt.

Außer Eanes und Azevedo ist der Spalterkandidat Pato (PCP) und der Kandidat der Volksbewegung, Otelo Saraiva de Carvalho, im Rennen.

Otelo: Um jeden Preis die Einheit der Werktätigen schaffen

Carvalho, der es ablehnte, als Kandidat einer Partei oder eines Parteienbündnisses aufzutreten, stützt sich bei seiner Wahlkampagne auf die Basisorgane der Volksbewegung, die Einwohnerkommissionen, Arbeiterkommissionen, Dorfräte und Landarbeiterkooperativen. Im ganzen Land entstanden GDUPs (Grupos Dinamizadores de Unidade Popular – Propagandagruppen für die Volkseinheit) in die sich die CACOs (Unterstützungskomitees für die Kandidatur Otelos – PRP-beeinflußt) und die CUP's (Komitees der Volkseinheit – MES/UDP-beeinflußt) inzwischen integriert haben. Mittlerweile haben neben der FSP und Teilen der MDP/CDE (!) auch andere sozialistische Gruppen ihre Unterstützung erklärt. Außerdem geht die Unterstützung Otelos jedoch weit über den Einflußbereich der revolutionären Linken hinaus. Es gibt keinen Zweifel, daß große Teile der PC- und PS-Basis die Kampagne unterstützen. Möglicherweise geht die Ausstrahlung der Kampagne auch bis in Kreise der Arbeiterklasse, die bei den bisherigen Wahlen PPD und sogar CDS gewählt haben. Dies gilt sicher für den Norden. Otelo selbst hat als Hauptziel der Kampagne für seine Wahl formuliert, er suche den „permanenten Kontakt zu den Massen, um die einheitliche Volksbewegung zu festigen und zu verbreitern".

Für eine Armee im Dienste der Ärmsten

Der bisherige Verlauf der Wahlkampagne gleicht tatsächlich einem Triumpf der Volksbewegung.

Am 27. Mai, nachdem Otelo seine Kandidatur erklärt hatte, gab er in Lissabon eine Pressekonferenz, zu der hunderte Journalisten aus dem In- und Ausland kamen. Otelo legte darin erste Grundzüge seines Programms dar, sie sich überwiegend auf das Militär bezogen.

„*Wir kämpfen für eine Armee, in der Ordnung und Disziplin herrschen, aber Ordnung und Disziplin im Dienste der Bedürfnisse der Ärmsten, wie es immer im COPCON üblich war, und nicht Ordnung und Disziplin als Vorwand, um die Arbeiter zu unterdrücken*". (A Capital, 27.5.)

Wenige Tage später formulierte er zum selben Thema in Seixal: „*Wenn ich gewählt werde, dann ist der entscheidende Punkt, daß die Regierung nicht mit Unterdrückungsmaßnahmen des Heeres rechnen kann. Die Arbeiterkämpfe müssen sich ungehindert entwickeln, ohne daß das gleichbedeutend mit Unordnung oder Chaos wäre. Der Klassenkampf muß voranschreiten.*" (A Capital, 5.6.76).

Direkt nach der Pressekonferenz war Otelo zum Mittagessen in der Kantine von Setenave von den Arbeitern eingeladen worden. Dort wurde ihm ein begeisterter Empfang bereitet.

Am 29. Mai fand in Porto eine Großveranstaltung statt, die gleichzeitig im Gedenken an den 50. Jahrestag des faschistischen Putsches durchgeführt wurde.

Diese Kundgebung war eine der größten, die Porto je erlebt hat. Über 70.000 Menschen nahmen daran teil (laut Le Monde, 1.6.76). Man muß berücksichtigen, daß Porto nur 400.000 Einwohner hat. Otelo reiste im Sonderzug zusammen mit Genossen aus Lissabon an und hielt auf mehreren Bahnhöfen auf der Strecke noch kurze Kundgebungen ab.

Kampf gegen den Imperialismus – den Sozialismus aufbauen

In der einstündigen Rede in Porto legte Otelo das Programm seiner Kandidatur dar.

Zunächst legte er die Situation dar, in der sich die Massenbewegung gegenwärtig befindet. Lange Ausführungen machte er dazu, wie es der Bourgeoisie gelingen konnte, die Volksoffensive zu brechen und die eigene Offensive vorzutragen: „*Unter Ausnutzung der Fehler der Volskbewegung und unter Ausnutzung des Umstands, daß den Volksmassen eine demokratische und sozialistische Führung fehlte, gingen sie zum Angriff über. Und damit sind sie nicht zufrieden, sie greifen weiter an*"

Er führte aus, daß der 25. November, in dessen Folge Eanes seine Kandidatur antritt, aus dem Bündnis der Kapitalisten, der Großgrundbesitzer, der reaktionären Militärs und der bürgerlichen Parteien, eingeschlossen die „progressiven", entstand.

Dies geschah „*zum Zweck der Zerstörung der Errungenschaften des 25. April, also gegen die Aggrarreform die Nationalisierungen der Banken und großen Industriebetriebe, gegen das Streikrecht der Arbeiter, gegen die Volksorgane und gegen die Gewerkschaften.*

Es ist auch ein Bündnis gegen die nationale Unabhängigkeit. Sie wollen das Land den deutschen und amerinischen Imperialisten ausliefern."

Otelo propagierte den Kampf gegen den Imperialismus als Kampf für die nationale Unabhängigkeit im Bündnis mit den Völkern der Dritten Welt, die gegen den Imperialismus kämpfen.

Am Beispiel der internationalen Hetzkampagnen wies er die ständigen Einmischungen der europäischen und amerikanischen Imperialisten nach.

„*Wir wollen alle Werktätigen einen, die Landarbeiter, die Industriearbeiter, die Angestellten und die Lehrer.*

Wir kämpfen gegen die, die sagen, die Lösung für Portugal bestehe in einer Senkung der Löhne und der Erhöhung der Arbeitslosigkeit, und darin, daß die imperialistischen Länder uns 'Hilfe' geben.

Die Kapitalisten und die Großgrundbesitzer verbünden sich mit den Imperialisten, sie erzählen uns, wir müßten mehr arbeiten und weniger verdienen, damit ausländische Investitionen vorgenommen werden.

Sie wollen nur weiter in den Fabriken herrschen, deswegen verbünden sie sich mit den Imperialisten".

Gegen den Aufbau der portugiesischen Wirtschaft durch Angliederung an das imperialistische System stellte er den Aufbau aus eigener Kraft.

Dafür müsse man der Landwirtschaft Priorität einräumen und die Industrie stärken, die direkt für die Landwirtschaft produziert. Fernersei es widhtig, die Agrarreform weiter voranzutreiben und den Zwischenhandel für Agrarprodukte auszuschalten.

Die Rede endete damit, daß Otelo ausführte, der Kampf gegen den Imperialismus und für die Verteidigung der Errungenschaften des 25. April seien wichtige Schritte für den Aufbau des Sozialismus, die es jetzt zu organisieren gelte (Alle Zitate und Angaben nach „Gazeta da Semana" Nr. 9 und 1o).

Diese Kundgebung im Norden Portugals stellt zweifellos einen gewaltigen Erfolg dar. Ein ähnlicher Triumpf wurde die Reise in die Provinz Algarve, die Otelo im Anschluß daran unternahm.

Im Algarve herrschen politisch ähnliche Zustände wie im Norden. Dennoch wurde auch hier die bisher größte Massenmobilisierung erreicht.

In mehreren Orten blockierten Dorfbewohner die Straßen, als der Konvoi passieren wollte und erzwangen so, daß Otelo ihr Dorf besuchte und eine Rede hielt.

Die Arbeiter von CIALBE (einer Fabrik für Tiefkühlkost) blockierten ebenfalls die Straße von Faro nach Loule, um Otelo zu einem Besuch in ihrer Fabrik zu bewegen, als sie hörten, daß Otelo in verschiedenen Fabriken sprechen würde.

Es gibt keinen Zweifel, daß Otelo ein relativ hohes Wahlergebnis erzielen wird, wenn es auch ausgeschlossen ist, daß er ernsthafte Chanchen hat, die Wahl zu gewinnen. Der Wert seiner Kandidatur liegt jedoch nicht in erster Linie in den Prozenten bei der Wahlabgabe, sondern darin, daß diese Kampagne der Volksbewegung einen neuen Impuls geben kann. Von größter Bedeutung ist die Auseinandersetzung um die politischen Aufgaben, die durch die Wahlkampagne in Bewegung gesetzt wird. Die portugiesische Linke muß dafür sorgen, daß jetzt keine Illusionen entstehen, die später in Resignation umschlagen.

Wenn diese Gefahr aber umgangen wird, kann die Kandidatur Otelos der erste Schritt zu einer neuen Volksoffensive werden. ●

Portugal-Kommission
KB/Gruppe Hamburg

Kübel von Dreck und Drohungen

Die ersten Erfolge der Kandidatur Otelos sind den bürgerlichen Politikern Portugals bereits stark an die Nieren gegangen. Die Presse wie auch die Parteien konzentrieren ihren Wahlkampf gegen Otelo.

Während die PS z.B. allergrößte Schwierigkeiten hat, die eigene Basis für Eanes zu mobilisieren, ziehen ihre Schreiberlinge munter vom Leder, So heißt es in einem PS-Flugblatt, das bei Setenave verteilt wurde: „*So wie wir die Haltung der Genossen der PC würdigen, die sich von Otelo distanziert haben, so richten wir einen dringenden Apell an das revolutionäre Bewußtsein aller Sozialisten.*

Otelo ist nicht der Kandidat der Arbeiter, denn er ist die Person, die in den vergangenen zwei Jahren am meisten zur Uneinigkeit des Landes beigetragen hat." („Le Monde", 30./31.5.76).

Bei der PCP geht es so:

„*Diese Gruppen* (die Gruppen, die Otelo unterstützen, Anm. AK) *verfolgen weiterhin als Hauptziel ihrer Angriffe nicht die Reaktion und die Monopole, sondern die PC, die Partei der Arbeiterklasse und der Werktätigen*".

Das sagte Cunhal auf einer PC-Veranstaltung, in der er sich noch mehrmals über „*die Linksradikalen und und die verantwortungslosen Abenteurer, die Otelo unterstützen*", ausließ („Le Monde", 1.6.76).

In besonders übler Weise äußerte sich natürlich Eanes: „*Die Möglichkeit einer Wahl des Majors einzuräumen, würde heißen, daß das portugiesische Volk unzurechnungsfähig wäre.*"

Weiter führte er aus, daß er eine Wahl von Otelo nicht akzeptieren würde, und in diesem Falle das Land verlassen würde.(„Le Monde", 2.6.76)

Die Bemerkung, er wolle das Land verlassen, ist wohl eher rhetorisch gemeint. Die Aussage, er würde die Wahl Otelos nicht akzeptieren, ist dagegen sicher blutiger Ernst. Sie ist eine deutliche Drohung mit einem erneuten Putsch. ●

Portugal-Kommission
KB/Gruppe Hamburg

„Es stimmt, ich bin ohne Brille fotogener, aber..."
(General Eanes zeigt sich fast nur noch mit dunkler Brille)

Vorzeitige Bauchlandung der Trotzkisten

In AK 81 hatten wir die Eigenkandidatur der trotzkistischen Organisationen PRT und LCI angekündigt.

Ihre Kandidatin Arlete Vieira da Silva, die selbst als Berufsbezeichnung Professorin angab, von den Trozkisten in aller Welt jedoch als „Arbeiterin" für eine „Arbeiterkandidatur" ausgegeben wurde, wurde inzwischen zurückgezogen.

(Die Berufsbezeichnung „Arbeiterin" wurde so überzeugend vorgetragen, daß selbst ein so kritisches Organ wie die AK-Redaktion sich täuschen ließ, weil sie sich auf „Was tun" bezog.)

Am 27. Mai erklärte LCI jedoch, sie könne Arlete nicht mehr unterstützen, und riet PRT, sich genauso zu entscheiden.

In der Erklärung heißt es: „*Wir müssen feststellen, daß Arlete weder die Vergangenheit noch die Mindestvoraussetzungen dafür besitzt, die unbeugsame Verteidigerin des Programms der Einheit und Unabhängigkeit der Arbeiter zu sein.*" („A Capital, vom 27.5.76).

Am 28. Mai schob die PRT eine Erklärung nach, wo sie ebenfalls auf die Unterstützung von Arlete verzichtet, und sich als „*Opfer einer Provokation*" bemitleidet.

Die Befleckung der Arlete mußte jedenfalls eine ungeheure sein, da weder LCI noch PRT den Grund für die Unwürdigkeit angeben nochten.

Inzwischen hat „Opcao" (4.6.76) die Sache aufgedeckt: Arlete hat nicht, wie PRT und LCI behauptet hatten, wegen antifaschistischer Aktionen eine dreijährige Haftstrafe in Caxias verbüßt, sondern weil sie die Raten für ein elektrisches Haushalts- nicht bezahlen konnte.

Allerdings, liebe Trozkisten, das Skandalöse liegt nicht in dieser Tatsache, sondern darin, daß ihr der Ansicht seid, das sei ein solcher Makel, daß ihr mit der Frau nicht identifiziert werden dürftet!

Skandalös ist ferner, daß PRT und LCI nicht wenigstens j e t z t einsehen, daß sie die Kandidatur von Otelo unterstützen müssen, sondern weiter auf ihrem sektiererischen Kurs beharren. In der PRT-Erklärung heißt es nämlich weiter: „*Der größte Verlust liegt nicht im politischen Irrtum und der Katastrophe von PRT und LCI, sondern liegt darin, daß es den Arbeitern jetzt unmöglich ist, ihr Votum gegen den Kapitalismus und gegen die Generäle zu konkretisieren*" („A Capital", vom 28.5.76). ●

Portugal-Kommission
KB/Gruppe Hamburg

Tanz der Provokateure (Fortsetzung)

Die Kandidatur der „PCP/ML", die wir im letzten AK ankündigten, kann nicht stattfinden, da die „PCP/ML" („Vorhut der portugiesischen Arbeiterklasse") die notwendigen 7.500 Unterschriften nicht zusammenbrachte.

Inzwischen hat Herr Vilar, Führer dieser Gruppe, ein Gespräch mit General Eanes gehabt, das ihm klargemacht haben muß, daß die Eigenkandidatur ohnehin ein Spaltermanöver gewesen wäre. Vilar erklärte nämlich nach der Audienz: „Hauptziel der PCP/ML ist die Verteidigung Portugals gegen den russischen Sozialimperialismus. Eanes ist der nationale Kandidat, der sich gegen ihn behaupten kann"

Damit schwenkt die „PCP/ML" endlich auf den wahren patriotischen Kurs ein, wo sich bereits MRPP und AOC befinden.

Ein weiteres Grüppchen aus dem Gruselkabinett der „ML"-Bewegung, die URCP/ML, hat sich unterdessen zu Wort gemeldet: „*Die Wahlen sind die Vorbereitung zu einem sozialfaschistischen Putsch. Die Widersprüche zwischen Azevedo und der PCP sind künstlich. Beim zweiten Wahlgang könnte Azevedo den Interessen des Sozialfaschismus dienen.*"

Aber die URCP/ML ist auch mit Eanes nicht zufrieden, denn er „*repräsentiert die Interessen der Bourgeoisie.*"

Wer hätte das gedacht!

Dennoch wolle man noch nichts endgültiges sagen, sondern erst ein Dokument zur Frage der Wahl erstellen.

„*Dieses Dokument werden wir dem General Eanes in der Audienz vorlegen, die wir binnen kurzem mit ihm abmachen werden, und in der wir dann diskutieren werden. Erst nach dieser Audienz werden wir endgültig Stellung beziehen*"

Der Herr General wird die Patrioten von der URPC/ML sicher an der richtigen Stelle, nämlich der vaterländischen, packen. Was bisher keinem der selbsternannten „Arbeiterführer" aus der portugiesischen „ML"-Szene gelungen ist, das blieb dem General mit der dunklen Brille (!) vorbehalten: Er eint Zug um Zug die „ML"-Bewegung! ●

Portugal-Kommission
KB/Gruppe Hamburg

Ein Lakai plaudert

Es ist kaum zu glauben, aber der portugiesische Ministerpräsident Azevedo ließ kürzlich eine Erklärung ab, die zwar inhaltlich niemanden überrascht hat, aber in ihrer Offenheit verblüfft. Die Lissaboner Zeitung „Diario de Noticias" zitierte am 27. Mai die wörtliche Antwort, die Azevedo auf die Frage nach einer möglichen Regierungsbeteiligung der revisionistischen PCP gab:

„*Das hängt von der amerikanischen Politik ab. Die Entscheidung liegt in Amerika. In den Vereinigten Staaten. Das ist so, weil die geopolitische westliche Position mit den Entscheidungen Amerikas, der USA ganz eng zusammenhängt.*

Wenn jedoch Amerika Fortschritte im gegenseitigen Meinungsaustausch mit den Kommunistischen Parteien macht, wäre das denkbar.

Wenn Amerika allerdings völlige Unnachgiebigkeit zeigt, denke ich, ist es unmöglich.

Das ist keine Abhängigkeit.

Das geschieht in Abstimmung mit den internationalen Bündnissen."

Danke für die Offenheit, Herr Admiral! ●

Portugal-Kommission
KB/Gruppe Hamburg

Berufsverbote werden Wahlkampfthema

Brandt: „Ich habe mich geirrt"

„Es gibt keine Berufsverbote", mit dieser Behauptung hatte die Bundesregierung auf die wachsenden Proteste im westeuropäischen Ausland an den antidemokratischen Tendenzen reagiert. Konnte dies schon als einigermaßen sensationell bezeichnet werden, wartet die regierende SPD jetzt mit weiteren „Überraschungen" auf: Willy Brandt *„hat sich geirrt"*, als er 1972 den „Radikalenerlaß" unterschrieb und Helmut Schmidt – einer der schärfsten antikommunistischen Einpeitscher – ist *„nie ein Anhänger des Versuchs gewesen, das Radikalen-Problem mit allgemeinen Erlassen oder Verabredungen zwischen Regierungen zu regeln"*. Brandt will plötzlich diesen Erlaß nur noch unterschrieben haben, weil *„er damals den Eindruck gehabt habe, daß die CDU/CSU die Initiative zum Verbot extremistischer Parteien ergriffen hätte"*.

In diesem Lichte erscheint es so, als sei es die SPD gewesen, die noch Schlimmeres abgewandt hat. Nicht erklären kann Brandt hiermit aber, weswegen es gerade die SPD-Regierung in Hamburg gewesen ist, die als erste überhaupt einen besonderen „Extremistenerlaß" erlassen hat. Auch nicht erklären kann er hiermit, weshalb gerade die SPD-regierten Länder Hamburg, Niedersachsen und Hessen mit an der Spitze der „Radikalenjäger" stehen.

In ganz offensichtlicher Absicht versuchen jetzt die SPD-Führer, die Verantwortung für die Erzeugung eines Klimas der Einschüchterung, Angst und politischen Verfolgung, das ja nicht nur im Ausland auf Kritik gestoßen ist, sondern ebenso im Inland, auf die CDU abzuwälzen. Bundesjustizminister Vogel (bekannt durch die Partei„säuberungen" in Bayern) warf den CDU-regierten Ländern vor, *„das Prüfungsverfahren so überdehnt zu haben, daß es da und dort zu einem Klima von Duckmäuserei gekommen sei"* und das SPD-Vorstandsmitglied Matthiesen sprach davon, daß auf die CDU-regierten Länder *„auch heute noch die Kritik des Auslandes zutreffe"*.

So von aller Verantwortung „reingewaschen", läßt die SPD allerdings keinen Zweifel daran aufkommen, daß sie auch in Zukunft an der Berufsverbotepraxis festhalten wird. So betonte Helmut Schmidt in einem Atemzug mit seiner „Sorge" über die besonderen „Extremistenerlasse", daß *„das Grundgesetz und die .... Beamtengesetze ausreichen"*, um „Radikale" aus dem Öffentlichen Dienst fernzuhalten.

Es geht der SPD also nicht um eine Änderung ihres antidemokratischen Kurses, sondern lediglich um eine kosmetische Verschleierung. Treffend charakterisierte die bürgerliche „Neue Zürcher Zeitung" dies so: *„Die deutschen Sozialdemokraten... suchen Widersprüchliches zu vereinen. Sie möchten liberal und tolerant sein und doch nicht darauf verzichten, den Gleichheitsgrundsatz der Verfassung durch besondere Vorschriften für Beamte einzuschränken"*.

Hier setzt der „große" Streit mit der CDU ein. Während die SPD eine Verlängerung des „Radikalenerlasses" abgelehnt hat, besteht die CDU weiterhin darauf, ein besonderes Gesetz zu schaffen. Scheinbar geht es darum, daß die SPD die bloße Mitgliedschaft in einer „verfassungswidrigen" Partei nicht allein zur Ablehnung eines Bewerbers heranziehen will, während die CDU hierin schon genug „Zweifel erkennt". Tatsache aber ist, daß auch für die SPD aus der Mitgliedschaft folgt, daß sich dieser Bewerber einem Sonderverhör stellen muß, in dem dann in der Regel aus der Parteimitgliedschaft und den damit verbundenen Aktivitäten „Zweifel an der Verfassungstreue" geschlossen werden. In der Praxis liegt k e i n Unterschied.



Die CDU greift diesen Versuch der SPD, ein liberales Gesicht zu wahren, an, indem sie ihr *„ein gefährliches Nachgeben vor den Verfassungsgegnern und ihren Sympathisanten im In- und Ausland"* vorwirft.

Wieder einmal werden hier Gräben aufgerissen, die in der Praxis überhaupt nicht existieren, um den Menschen im Lande vorzutäuschen, es gäbe die Alternative zwischen der Ruhe- und Ordnungs-Partei CDU und einer fortschrittlichen SPD.

vorwirft.
Wieder einmal werden hier Gräben aufgerissen, die in der Praxis überhaupt nicht existieren, um den Menschen im Lande vorzutäuschen, es gäbe die Alternative zwischen der Ruhe- und Ordnungs-Partei CDU und einer fortschrittlichen SPD.

„Der häßliche Deutsche" – ein Versuch der chauvinistischen Verhetzung

Insbesondere die CDU/CSU, aber auch Teile der SPD-orientierten Presse haben auf die Kritik aus dem Ausland mit einer unglaublichen chauvinistischen Hetzkampagne geantwortet.

Von der bürgerlichen Presse wird das Bild des *„häßlichen Deutschen"* aufgebaut, dem die Nachbarn seine „Erfolge neiden". Nun ist es aber nicht so, daß es den „häßlichen Deutschen" im Ausland gibt, aber es gibt Protest und Empörung über das Auftreten der führenden Repräsentanten dieses Systems, die sich in arroganter Manier anmaßen, den Völkern Vorschriften zu machen; es gibt Empörung darüber, daß in der BRD immer wieder NS-Massenmörder freigesprochen werden, während Antifaschisten verurteilt werden. Diese Proteste äußern sich insbesondere gegen die politische Verfolgung von Demokraten und Kommunisten.

In widerwärtiger Weise tut z.B. die „Süddeutsche Zeitung" den Protest als *„nationale Empfindlichkeit"* ab und spricht den Menschen im Ausland das Recht ab, über die Verhältnisse in der BRD zu urteilen, weil *„die Hälfte der Bevölkerung Europas von jener Vergangenheit gar nichts mehr selbst Erlebtes in Erinnerung hat."*

Es ist aber gerade so, daß diese Erinnerungen in diesen Völkern nicht umsonst gerade heute, wo der BRD-Imperialismus sich anschickt, die Macht über Europa an sich zu reissen, wieder wach werden. Und es kommt auch nicht von ungefähr, wenn die bürgerlichen Schreiberlinge gerade zu diesem Zeitpunkt alles tun, um diese Vergangenheit in Vergessenheit geraten zu lassen.

Die CDU behauptet, diese Proteste dienen dazu, *„um die BRD für die Volksfront reif zu machen"*.

sen, wieder wach werden. Und es kommt auch nicht von ungefähr, wenn die bürgerlichen Schreiberlinge gerade zu diesem Zeitpunkt alles tun, um diese Vergangenheit in Vergessenheit geraten zu lassen.
Die CDU behauptet, diese Proteste dienen dazu, *„um die BRD für die Volksfront reif zu machen"*.

Sie knüpft dabei an den kleinbürgerlichen Ressantiments gegenüber dem Kommunismus und allem Ausländischen an. In altbewährter Nazi-Manier versucht sie, in den kleinbürgerlichen Kreisen den Eindruck zu erwecken, daß die „radikalen" Kräfte der BRD (natürlich eingeschlossen die SPD) vereint mit dem feindlichen Ausland versuchen, *„unser freiheitliches System zu zerschlagen"*.

Die Reaktionen auf die Berufsverbote bringen deutlich zum Ausdruck, womit wir in den nächsten Wahlkampfmonaten zu rechnen haben:

– eine sich verstärkt „demokratisch" gebärende SPD, die jede Verantwortung für die Rechtsentwicklung in der BRD ablehnt, wird versuchen, den Protest aufzufangen, um einer wirklich linken Alternative bei den Wahlen den Wind aus den Segeln zu nehmen,

– und eine als Ruhe-und-Ordnungs-Partei auftretende CDU/CSU, die den Wahlkampf nutzen wird, um ihre massive antikommunistische, nationalistische und chauvinistische Hetze noch zu verstärken. ●

SPD-Prominenz zu Gast bei Nazi-Mördern

Am 29. Mai traf sich in Karlsruhe in der stadteigenen Festhalle die „Hilfsgemeinschaft auf Gegenseitigkeit (HIAG) der ehemaligen Soldaten der Waffen-SS". Die Waffen-SS war eine faschistische Truppe, die speziell zur Bekämpfung von Partisanen in den besetzten Gebieten eingesetzt wurde. Ermordung von Gefangenen, Grausamkeiten und Gemetzel gegen die Zivilbevölkerung waren dabei an der Tagesordnung. Auch zur Verschleppung und bei der Ermordung der jüdischen Bevölkerung der besetzten Gebiete wurde diese „Elite"-Mordbande eingesetzt.

Die HIAG ist der „Traditionsverband" dieser Verbrecher. Ihre Beziehungen zur Bundeswehr, zu den bürgerlichen Parteien und zum gesamten Staatsapparat sind ausgezeichnet.

Zu dem Karlsruher Treffen hatten sich die Bundestagspräsidentin Annemarie Renger und der SPD-Spitzenkandidat in Baden-Württemberg, Schäfer, als Redner eingefunden (lt. „Extra-Dienst", 9.6.).

Zu dieser makabren Sache unternahmen die Jusos, gemeinsam mit weiteren demokratischen Organisationen, eine löbliche Initiative: In einem Flugblatt forderten sie das Verbot des HIAG-Treffens!

Diese Aktion ist umso höher einzuschätzen, weil die Jusos sich damit in Konfrontation zu ihrer eigenen Parteiführung begeben und Gefahr laufen, vom innerparteilichen Radikalenerlaß getroffen zu werden.

Wir können nur wünschen, daß die Karlsruher Jusos ihre antifaschistische Einstellung beibehalten und weiterentwickeln. ●

Antifa-Kommission
KB/Gruppe Hamburg

Wir können nur wünschen, daß die Karlsruher Jusos ihre antifaschistische Einstellung beibehalten und weiterentwickeln. ●

Antifa-Kommission
KB/Gruppe Hamburg

SIEMENS-Vertrauensleute gegen Berufsverbote

SIEMENS-Vertrauensleute gegen Berufsverbote

In der aktuellen halben Stunde zu Beginn seiner Sitzung hat der Vertrauenskörper der Siemens AG, Erlangen, über Berufsverbote diskutiert. Diese Diskussion aktueller gewerkschaftspolitischer Themen war vor kurzem beschlossen worden, um die Diskussionen mit Arbeitskollegen besser führen zu können.

Einige Kollegen berichteten kurz über die Beschnüffelungspraktiken staatlicher Stellen. Allein in Bayern sind in den letzten Jahren 55.000 Studenten vom Verfassungsschutz überprüft worden. Dabei wurden bebereits die Teilnahme an Demonstrationen und Veranstaltungen und der Besuch in „kommunistischen Ländern" aktenkundig. Auch das Berufsverbot gegen einen Erlanger Kollegen wegen Mitgliedschaft im SHB kam dabei zur Sprache.

Bei einer Gegenstimme und einer Enthaltung ist dann folgende Resolution verabschiedet worden:

Der Vertrauenskörper der Siemens AG, UB E, UB I, Z-Bereiche in Erlangen hat folgende Resolution verabschiedet und fordert die Delegierten der IGM-Bezirkskonferenz auf, sich dieser Resolution anzuschließen und sie an geeignete Adressaten weiterzuleiten:

Wir verurteilen die Berufsverbotspraxis, die fortschrittliche parteipolitische und engagierte Bürger daran hindert, ihren erlernten Beruf auszuüben bzw. ihre Ausbildung zu beenden. Wir lehnen entschieden die systematische Überprüfung und Überwachung hunderttausender fortschrittlich gesinnter Bürger unseres Staates durch den Verfassungsschutz ab. Dadurch wird eine Atmosphäre der Einschüchterung und Angst vor politischer und gewerkschaftlicher Betätigung geschaffen. Mit der Ablehnung der Berufsverbotspraxis treten wir für die Erhaltung demokratischer Grundrechte ein.

Wir fordern die ersatzlose Aufhebung des verfassungswidrigen Radikalenerlasses und lehnen es ab, daß durch Gesetz die jetzige Berufsverbotspraxis legitimiert wird.

Erlangen, 1. Juni 1976 ●

Betrieb und Gewerkschaft
KB Nürnberg (GNK)

Westberlin

Parteiausschlüsse wegen Abdruck eines Gedichtes!

Der Westberliner SPD-Landesvorstand hat gegen den Juso-Landesvorsitzenden und den Pressesprecher Parteiordnungsverfahren eingeleitet, weil sie in ihrem Juso-Landesinfo ein Berufsverbote-Gedicht von Alfred Andersch, „Artikel 3", kommentarlos abgedruckt hatten.

Das Gedicht war schon von der „Frankfurter Rundschau" abgedruckt worden, von der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung" wurde „Artikel 3" unheimlich zerrissen.

Andersch greift in „Artikel 3" zunehmende Rechtsentwicklung, Berufsverbote und Gesinnungsschnüffelei an, kritisiert die SPD jedoch vergleichsweise sehr sanft. Den Führern der SPD ist schon eine solche antifaschistisch-demokratische Meinungsäußerung zutiefst zuwider. Getreu der von der Bundesregierung ausgegebenen Devise *„Es gibt keine Berufsverbote"* holzen sie auch gegen die innenparteiliche Opposition, die sich nicht von dem Andersch-Gedicht distanziert hatte!

Die Zeiten, wo Jusos mit Plaketten „Ich bin eine Radikale" herumlaufen, sind vorbei. Juso zu sein heißt nach Willen der SPD-Führer heutzutage, zu behaupten, „ es gibt keine Berufsverbote", „es gibt" – frei nach Andersch – „keinen Gasgeruch" und was nur eine Frage der Zeit ist, „es gibt keine Parteiverfahren in der SPD". ●

SPD-Kommission
KB/Gruppe Hamburg

Nach SB-Kongreß und „Abrüstungsdemo"

Parteiausschlüsse aus der SPD!!

Der Antirepressions-Kongreß der „Sozialistischen Büros" soll sein erstes Opfer kosten. Frankfurts Oberbürgermeister Arndt warf dem SPD-Mitglied Schubart vor, seine Teilnahme am Kongreß sei *„parteischädigend"*. Schubart habe *„keinen Platz mehr ... in der SPD"* („Frankfurter Rundschau", 12.6.76)! Arndt behauptete frech, *„von der SPD sei keine Repression ausgegangen (!) und die Sozialdemokraten zählten auch nicht zu den Initiatoren des Radikalenerlasses"* („FR", 12.6.76).

Arndts Behauptung, von der SPD gehe keine Unterdrückung aus, muß insbesondere in Frankfurt (mit seinem ständigen Bullenterror) geradezu makaber erscheinen. Die Jusos befürchten im übrigen ... ., **daß Arndt als Dienstvorgesetzter Schubarts dessen Verhalten nicht nur als parteischädigend, sondern als „schädigend für die weitere Arbeit im öffentlichen Dienst ansehen könne"** („FR", 12.6.76)!!

Das zeigt deutlich welche Fortschritte die Unterdrückung „in und mit der SPD" gemacht hat. Linke Sozialdemokraten, die sich gegen die Unterdrückung wenden, fliegen nicht nur aus der Partei, sondern werden von ihren eigenen Partei„Genossen" auch noch aus dem Staatsdienst geschmissen!

Übrigens gibt es keinen Unvereinbarkeitsbeschluß zwischen SPD und SB. Kegeln Arndt und Co, Schubart tatsächlich aus der SPD – was einem faktischen Unvereinbarkeitsbeschluß gleichkommt – wird das nicht ohne weitere Konsequenzen bleiben, da etliche Jusos und SPD-linke an Projekten des SB mitarbeiten.

Auch die „Abrüstungsdemonstration" in Bonn soll ihre Folgen haben. Die „Fritz-Erler-Gesellschaft", einer der CSU-Freundeskreise in der SPD, hat den Parteivorsitzenden Brandt aufgefordert, *„die gebotenen Konsequenzen zu ziehen"* („Welt", 11.6.76). So haben diese Vögel *„dem Parteivorsitzenden den Namen von rund 30 SPD-Mitgliedern und mehreren Gruppen genannt, die ihren Informationen zufolge an der kommunistischen Volksfront-Aktion. . . teilgenommen haben"* (ebenda).

Genannt wurden u.a. die Professoren Kade und Stuby, sowie die Jungsozialisten - Vorsitzenden von Mannheim und Oldenburg. Außerdem hat dieser CSU-Freundeskreis *„um einen Termin für ein zweites Gespräch"* mit Brandt gebeten (ebenda). . . Vorgeworfen wird den SPD'lern, sie hätten mit ihrer Teilnahme an der Demonstration *„eindeutig gegen die Beschlüsse zur Abgrenzung gegenüber den Kommunisten verstoßen"* (ebenda).

Die „Abrüstungsdemonstration" wird ohnehin noch Folgen für einige SPD-Teilnehmer haben. Hatte doch schon Parteivorstandsmitglied Börner die Frankfurter Jusos aufgefordert, ihren Beschluß zur Teilnahme rückgängig zu machen. ●

SPD-Kommission
KB/Gruppe Hamburg

CDU-Bettelbrief an Kapitalisten

Sehr geehrte Damen und Herren,

darf ich mich heute an Sie mit einer Bitte wenden: mit der Bitte, unsere politische Arbeit durch Ihren Beitrag zu unterstützen.

Gerade Sie im Gastgewerbe wissen aus eigener Erfahrung, wie sehr es darauf ankommt, daß wir die Bundestagswahl am 3. Oktober gewinnen. Mit den Nivellierungstendenzen der jetzigen SPD-geführten Regierung, mit immer mehr staatlichen Eingriffen und mit dem überzogenen, leistungsfeindlichen Wohlfahrtsdenken muß endlich Schluß sein - um eine wirkliche, langfristige Gesundung unserer wirtschaftlichen Situation zu erreichen.

Die CDU hat in der Vergangenheit bewiesen, um wieviel richtiger ihr Konzept ist: Freiwillige Leistung und persönlicher und finanzieller Einsatz müssen sich lohnen; besonders auch für einen gesunden Mittelstand mit Freien Berufen, Selbständigen und kleineren und mittleren Betrieben. Neid und Mißgunst müssen aufhören, politisches Handeln zu bestimmen. Der Staat muß endlich wieder für die Bürger da sein, statt durch immer mehr Verwaltung ein von uns allen teuer bezahltes, unproduktives Eigenleben zu führen.

Wenn Sie uns hier helfen, wenn Sie uns helfen, ab Oktober wieder die Bundesregierung zu stellen, zahlt sich das schließlich auch für Sie selbst aus. Deshalb rechne ich mit IhrerU Unterstützung. Vielen Dank.

Mit freundlichen Grüßen

Jürgen Echternach

20.05.1976 e/schne

PS: Um die Abwicklung leicht zu machen, liegt eine vorbereitete Zahlungsanweisung bei. Sie brauchen diese nur Ihrem Kreditinstitut zuzusenden. Eine Spendenquittung erhalten Sie sofort. Sie wissen ja: Steuerlich abzugsfähig sind bis zu DM 600,- pro Jahr, bei Zusammenveranlagung von Ehegatten bis zu DM 1.200,-. Wir sind Ihnen für jeden Betrag dankbar.

Um den Bundestagswahlkampf in breitem Umfang seine Hetzschriften an den Mann zu bringen, verschickt der Landesverband Hamburg der CDU Bettelbriefe an Klein- und Mittelbetriebe (siehe Kasten).

Hierbei geht es der CDU einerseits um finanzielle Unterstützung, andererseits um die ideologische Ausrichtung des Mittelstandes auf den einheitlichen Kurs des Großkapitals. Der Konzentrations- und Monopolisierungsprozeß des Kapitals gefährdet nämlich in zunehmendem Maße die kleineren und mittleren Betriebe in ihrer Existenz. In den letzten 15 Jahren sind fast 750.000 Kapitalisten bankrott gegangen, d. h. jeder fünfte mußte seit 1960 seinen Betrieb dicht machen. („Welt", 27. 12. 75).

Die CDU/CSU-Regierung hat diese Entwicklung bis 1969 maßgeblich vorangetrieben. Mit demagogischen Sprüchen wie ‚Neid und Mißgunst müssen aufhören, politisches Handeln zu bestimmen' versucht die CDU die Proteste des Mittelstandes auf ihre Mühlen zu lenken (siehe Brief). Mit den Spenden der Kapitalisten wollen diese Rattenfänger ‚viele wichtige Initiativen' zur Volksverdummung finanzieren. Beim letzten Bundestagswahlkampf hat die CDU/CSU allein in fünf Monaten 55 Mjo. DM für zentral geschaltete Anzeigen verschleudert.

Wieviel Kindergärten, Schulen und Lehrerplanstellen hätten mit diesem Geld wohl geschaffen werden können?

Aber die Kapitalisten zeigen sich immer nur großzügig, wenn es um ihre (Ausbeuter-)Interessen geht. ●

Hier die wesentlichen Unterschiede zwischen unserer Zielsetzung und der der SPD/FDP-Koalition:

Thema	CDU-Politik	SPD/FDP-Politik
Wirtschaftspolitik	Gleichheit der Chancen = Leistung honorieren = persönliche Initiative stärken breite Schicht von Selbständigen, ihnen vergleichbare Führungskräfte in der Wirtschaft und freiberuflich Tätige als wesentliches Element, ausgewogene marktgerechte Struktur von Klein-, Mittel- und Großunternehmen, sachgerechte Anwendung der allgemeinwohl-gebundenen privat-rechtlichen Sachverhalte	Gleichheit der Resultate = Leistung bestrafen = statt Eigeninitiative neutrale Planung durch den Staat Denken im Gegensatz Arbeitnehmer/Arbeitgeber führt zu ideologisch orientierten negativen Entscheidungen für Selbständige und den Mittelstand, Demokratisierung = Vergesellschaftung privatrechtlicher Sachverhalte
Steuerpolitik	Eigenständigkeit soweit wie möglich wahren, Eigenversorgung zugunsten niedriger Steuern	kollektiver Wohlfahrtsstaat mit hohen Steuern
Vermögenspolitik	soziale Marktwirtschaft, soziale Partnerschaft, Bildung von Vermögen in Privathand, Anlage und Verfügung nach freiem Ermessen	sozialistische Planwirtschaft, Bildung von Vermögen in Staatshand, Zwangsanlage in zentralen Fonds, die im Interesse des Staates und nicht des einzelnen Bürgers angelegt werden sollen
Berufliche Bildung	besserer Verbund von Schule und Betrieb	weitgehender Eingriff des Staates

Mit einer drastischen „Gegenüberstellung" will die CDU den Klein- und Mittelkapitalisten Spenden abluchsen.

CDU: FREIHEIT... ?



Konzentrationslager Chacabuco in Chile



Die Opfer des faschistischen Terrors werden verscharrt

...bei sonnigem Wetter ist das Leben im Stadion ganz angenehm... (BRUNO HECK, CDU)



CDU-Propaganda nach Nazi-Vorbild

Die CDU/CSU hat sich für die Wahlzeit einen **„Entwurf einer Gesamtkonzeption für die Fernseh-Wahlwerbung der CDU zur Bundestagswahl"** erstellen lassen. Produzent des „Entwurfs" ist Axel Springers Produktionsgesellschaft für Fernsehfilme und andere Audiovisionsmedien, die Ullstein AV. Dies enthüllte „Konkret" in seiner Juni-Ausgabe.

Gemäß den Sonthofener Schnacks von StrauSS („Nur anklagen und warnen", die soziale Unsicherheit der Bevölkerung weiter schüren, um „auf einem psychologisch besseren „Boden" beginnen zu können) heißt es in dem Papier:

„Die Dokumentation von Mißständen muß visuell offensiv und emotionalisierend sein . . .

Weiterhin empfehlen wir, den einen oder anderen Spot mit der Stimme einer Frau zu unterlegen. Das ist geeignet, dem Vorurteil, die CDU sei frauenfeindlich (. . .), gegenzusteuern.

In der Präsentation der Sprache muß ein Gefühl der Gemeinsamkeit vermittelt werden.

In den Spots müssen bevorzugt affektive Momente als Bezugspunkte angeboten werden . . . den Zuschauer emotional binden . . . Musik zur Verstärkung affektiver Momente . . .

Der spontane Eindruck, den die preußischen Tugenden Helmut Kohls vermitteln, sollte verstärkt werden".

Und: **„Die Ullstein AV schlägt vor, dies allen Adressaten durchgängig und konsequent ‚einzuhämmern'".**

Die Rattenfänger haben von den Grundgedanken der nationalsozialistischen Propagande gelernt: Steter Tropfen höhlt den Stein! Genau wie einer, der 10.000 mal eine Reklame für OMO gelesen hat, allmählich zu glauben anfängt, das sei das beste Waschmittel, so soll es auch hier sein.

Fast 400.000 DM läßt die CDU es sich kosten, um zehn dieser Fernsehspots bei Springer herstellen zu lassen.

Darüber hinaus wurde Peter Boenisch Geschäftsführer und geistig verwirrter Oberhetzer bei Springer, Leiter des „Arbeitskreises Presse" der CDU/CSU. Der Ex-„Bild"-Chef soll außerdem als Medienberater bei Kohl wirken („Stern", 20.5.76).

Diese Zusammenarbeit von CDU, Springerpresse und Kapital ist sicher nur die Spitze des Eisbergs. Schon 1972 waren es vor allem die im reaktionären „Wirtschaftsrat der CDU e.V." zusammengeschlossenen Kapitalisten, die mit zig Millionen DM über diverse Tarnorganisationen ihre Parole „Freiheit (Marktwirtschaft) statt Sozialismus" propagierten. Damals allerdings scheiterten sie an einer breiten – wenn auch reformistisch befangenen – Mobilisierung der Arbeiterklasse. ●

Antifa-Kommission
KB-Gruppe Hamburg

CDU treibt Kriegshetze

„Die Interessenssphäre der NATO soll über ihre territorialen Grenzen hinaus erweitert werden" - das ist einer der Kernsätze der „Verteidigungskonzeption" des CDU - Wehrexperten WÖRNER, die die „Welt" am 8.6.76 über eine halbe Seite veröffentlichte.

„Die Mitgliedsstaaten der NATO müßten besser verstehen lernen, daß die Bedrohung nicht nur militärischer Natur sei". Und: *„Unsere Zukunftssicherung hänge von vielen anderen Faktoren ab: der Versorgung mit Rohstoffen, Energie, der Garantie des internationalen Warenhandels nach marktwirtschaftlichen Gesetzen".*

Er selbst - so Wörner - wolle (er soll bei einem CDU -Wahlsieg das Verteidigungsressort übernehmen) *„das Schwergewicht seiner Tätigkeit auf die internationalen sicherheitspolitischen Fragen legen".*

Nachdem jahrzehntelang die NATO als reines „Verteidigungsbündnis" hingestellt wurde, werden jetzt unverhüllt chauvinistische Töne angeschlagen.

Was mit „Sicherheitspolitik" im internationalen Maßstab gemeint ist, hat die CDU in ihrer programmatischen „Mannheimer Erklärung" genauer ausgeführt:

„Die ungleiche Verteilung von Lebensgütern hat vorhandene weltweite Verteilungskonflikte verschärft; neue Verteilungskonflikte sind entstanden ... Die westlichen Industrieländer sind auf diese Auseinandersetzung nur ungenügend vorbereitet. Es ist ihnen bisher nicht gelungen, die Rohstoffproduzenten daran zu hindern, wichtige Weltmärkte zu schließen ... und ihre wirtschaftliche Macht zunehmend auch zur Durchsetzung militärischer und machtpolitischer Ziele einzusetzen".

„Freiheit oder Sozialismus" - das ist auch international die Parole, unter der die CDU/CSU - zuletzt auf ihrem Hannoveraner Parteitag - die europäische Reaktion von M. Thatcher über die DC - Rechtsaußen Fanfani bis hin zur Österrreichischen Volkspartei zum Kampf gegen die „Volksfronttendenzen" zusammenschließen will.

Selbst in der SPD sieht die CDU/CSU die „Volksfront" am Werk.*„Immer mehr Sozialdemokraten arbeiten in unserem Land mit Kommunisten zusammen ... Über die Sozialisten als Steigbügelhalter wollen die Kommunisten an die Macht. Das ist eine Gefahr für unser freies Europa"* (Flugblatt der CDU).

Wir dürfen bei dieser Hetze nicht vergessen, daß es gerade die SPD war, die vor allem mit der Kampagne um die „Ölkrise" (Sonntagsfahrverbot u. a.) diesem Chauvinismus den Weg bereitet hat. Diese Rolle der SPD ist auch Wörner in seinem Artikel klar: *„Für ihn sei es aber keine Frage, daß er als verantwortlicher Minister nichts an der Kontinuität der deutschen Sicherheitspolitik ändern wolle; er werde sie allerdings energischer betreiben".*

Solchen Kriegstreibern gehört das Handwerk gelegt! ●

Antifa- Kommission
KB/ Gruppe Hamburg

Einstweilige Verfügung gegen CDU-Hetzblatt erreicht

Der Lehrer Wulf Hilbig, Personalratsvorsitzender der Gesamtschule Bruchköbel (in der Nähe von Hanau) hat eine einstweilige Verfügung gegen den Vertrieb der Zeitung „Hanau Aktuell CDU" erwirkt.

In diesem CDU-Blatt wurden Hilbig und *„eine harte linke Truppe von Lehrern"* verleumdet, daß sie *„Kollegen"*, die *„die Position unseres freiheitliches Rechtsstaats"* vertreten, *„in eine Außenseiterrolle gedrängt"* hätten.

„Viele Lehrer" hätten bereits die Schule verlassen, *„weil sie diesen politischen Druck als unerträglich für ihre pädagogische Arbeit empfinden; andere werden systematisch fertiggemacht nach dem Motto Lenins: Diffamieren, isolieren, liquidieren".* (FR,5.5. 76,Abendausgabe).

Verfasser dieses Hetzartikels ist der hessische CDU-Landtagsabgeordnete Walter Korn. Nach der einstweiligen Verfügung ist ein Zwangsgeld in Höhe von 500.000 DM oder Zwangshaft angedroht, wenn diese Ausgabe von „Hanau AktuellCDU" weiter ausgeliefert oder sonst vertrieben wird.

Ein solcher Gerichtsentscheid hat im angebräunten Justizwesen der BRD schon absoluten Seltenheitswert. Der Rechtsanwalt von Hilbig hat auch bereits angekündigt, daß über die einstweilige Verfügung hinaus noch ein „ordentliches" Gerichtsurteil erreicht werden soll. Solche antikommunistischen Dreckschleudern wie „Hanau Aktuell CDU" gehören im Grunde samt und sonders verboten – aber wir leben ja in einem RECHTSstaat.... ●

Eine Schülergenossin
KB/Gruppe Frankfurt

Welthandelskonferenz in Nairobi

Auf dem Weg zu einer „neuen Weltwirtschaftsordnung"? (Teil V)

Im Mai tagte in Nairobi (Kenia) zum vierten Male mit rund 4.000 Delegierten aus fast allen Ländern der Welt die sogenannte „Welthandelskonferenz" (UNCTAD IV), eine Unterorganisation der Vereinigten Nationen, in deren Mittelpunkt Fragen des Welthandels und der Entwicklung der Länder der „Dritten Welt" standen. Wie auch auf ähnlichen vorher stattgefundenen internationalen Konferenzen (u.a. 7. UN-Sondervollversammlung und Seerechtskonferenz in New York, der sogenannte „Nord-Süd-Dialog" in Paris), trugen auch hier die „Entwicklungsländer" den Imperialisten ihre Forderungen nach der Schaffung einer gerechteren Weltwirtschaftsordnung vor, die auch ihren Ländern den Weg aus Massenelend und Unterentwicklung bahnt.

Bis auf den heutigen Tag haben die „Entwicklungsländer" dabei bei den Imperialisten kein Gehör gefunden und kaum greifbare Erfolge erzielen können. Zwar haben die Imperialisten aus optischen Gründen in der Vergangenheit einigen Zielvorstellungen der „Dritten Welt" durchaus ihre Zustimmung gegeben – so u.a. die Entwicklungshilfe von derzeit rund 0,3 % auf 0,7 % des Bruttosozialprodukts aufzustocken und den Anteil der „Entwicklungsländer" an der Weltindustrieproduktion von heute 7 % (!) auf 25 % im Jahr 2.000 zu erhöhen – geändert hat sich indes nichts. Im Gegenteil, die Lage der meisten Länder der „Dritten Welt" hat sich weiterhin verschlechtert. Derartige Absichtserklärungen haben keinerlei völkerrechtlich verbindlichen Charakter. „Unter diesen Umständen haben Zusagen von Industriestaaten für die spätere praktische Außenwirtschaftspolitik weitgehend nur propagandistischen Wert" (P. Lieser in: „Handbuch der Deutschen Außenpolitik", Seite 741).

Umso größer waren die Hoffnungen der „Entwicklungsländer", auf der UNCTAD-Konferenz endlich zu praktischen Konsequenzen und Abmachungen zu kommen: „Seit mehr als zwei Jahren ist über die Politik gegenüber den Entwicklungsländern lediglich in unverbindlicher Weise beraten und diskutiert worden. Jetzt ist es an der Zeit, genaue Übereinkünfte und Vereinbarungen zu treffen.." (Gemani Corea, Generalsekretär der UNCTAD in der „Welt", 6.4.1976).

Zieht man heute eine Bilanz der Welthandelskonferenz, so zeigt sich, daß hier ein weiteres Mal die Hoffnungen der „Dritten Welt" von den Imperialisten – und hier ganz besonders vom BRD-Imperialismus an der Spitze – begraben wurden.

Die wirtschaftliche Lage der „Dritten Welt": Immer hoffnungsloser!

„Die Ziele des Friedens und der Sicherheit, die das System der Vereinten Nationen bestimmen, werden nie erreicht werden, solange die Inseln des Wohlstandes nur geringe Notiz nehmen von den sie umgebenden Ozeanen der Armut", sagte der kenianische Staatspräsident Kenyatta in seiner Eröffnungsansprache vor der Konferenz.

Tatsächlich ist die wirtschaftliche Lage der „Entwicklungsländer", dieser „Ozeane der Armut", in denen mehr als 70 % der Erdbevölkerung ein elendes Dasein fristen, heute hoffnungsloser und schlechter denn je. Dazu nur einige wenige Fakten:

- Nach Angaben der „Internationalen Arbeitsorganisation" (ILO) sind in den „Entwicklungsländern" 33 Millionen Menschen amtlich arbeitslos gemeldet; zählt man die „versteckte" Arbeitslosigkeit hinzu, kommt man auf ca. 250 Millionen, bis 1980 wird diese Zahl weit über 300 Millionen liegen.
- Das durchschnittliche Pro-Kopf-Einkommen betrug 1972 280 Dollar gegenüber 3.670 Dollar (dem dreizehnfachen) in den kapitalistischen Staaten; 1960 war es noch ein Verhältnis von 1 : 11;
- betrug der Anteil der „Dritten Welt" am Weltexport noch 1955 33,7 %, so ist er bis 1973 auf knapp 17 % (!!) gesunken (Zahlen nach „Bundesdrucksache" 7/4293 und

Besonders deutlich läßt sich die immer mehr verschlechternde Lage der „Entwicklungsländer" an ihren Zahlungsbilanzen ablesen: 1975 hatten die nichterdölexportierenden Länder der „Dritten Welt" ein Defizit von 35 Milliarden Dollar (90 Milliarden DM) – viermal so groß wie noch 1973! Seit 1970 steigt die Verschuldung der „Entwicklungsländer" gegenüber den Imperialisten jährlich um 16 bis 19 %. Derzeit beträgt die Schuldenlast rund 125 Mrd. Dollar (320 Mrd. DM) und wird bis 1980 – selbst unter den günstigsten Bedingungen (hohe Ausfuhrerlöse usw.)! – auf 230 Mrd. Dollar (fast 600 Mrd. DM) ansteigen! Zinsen und die Tilgung der Schulden an die Imperialisten fressen bei vielen Ländern die Exportgewinne wieder auf, vielfach fließt ein sehr großer Teil der „Entwicklungshilfe" der kapitalistischen Staaten als Rückzahlung wieder an die Geberländer. Beispielsweise entfallen heute rund zwei Drittel der westdeutschen Kapitalhilfe an Indien allein auf den Schuldendienst für frühere westdeutsche Anleihen (Zahlen nach „Spiegel", 9/76 und „FAZ", 29.5.1976).

Diese Angaben mögen genügen, um zu beweisen, daß sich die Lage der „Entwicklungsländer" immer weiter verschlechtert und damit das Massenelend von Hunderten Millionen Menschen immer größer wird in einer Welt, die alle Voraussetzungen zur Befriedigung der menschlichen Bedürfnisse in sich trägt. Die Verantwortung für diesen Zustand trägt allein das imperialistische System, das auch heute noch jede Entwicklung dieser Länder verhindert.

Die Forderungen der „Dritten Welt"...

Die zentralen Forderungen der „Entwicklungsländer" auf der Konferenz waren die nach einem sogenannten „integrierten Rohstoffprogramm" und einer Regelung der Schuldenfrage. Die Forderung nach einem Rohstoffprogramm war bereits von der „Gruppe der 77" (der heute ca. 120 Staaten der „Dritten Welt" angehören) auf einer früheren Konferenz in Manila erhoben worden. In diesem Programm geht es vor allem um zwei Dinge: Für achtzehn Rohstoffe (vom Tee bis zu Metallen wie Kupfer und Zinn) sollen Vorratslager (buffer-stocks) gebildet werden, die den rohstoffproduzierenden Ländern, unabhängig von der jeweiligen Marktlage (Nachfrage der kapitalistischen Staaten) einen festen Absatz ihrer Produkte garantieren. Diese Vorratslager sollen auch die, häufig durch Spekulationen an den Rohstoffmärkten hervorgerufenen, Preisschwankungen verhindern und den „Entwicklungsländern" stetige Exporte zu festen Preisen ermöglichen. Die Vorratslager sollen aus einem „gemeinsamen Fonds" (common funds) finanziert werden, für dessen Errichtung zunächst drei Milliarden Dollar (eine vergleichsweise niedrige Summe) vorgesehen waren.

Daneben sieht das Rohstoffprogramm eine Indexierung (Bindung) der Rohstoffpreise an die Preise der in den kapitalistischen Staaten produzierten Industriewaren (Maschinen usw.) vor. Dieser Forderung liegt die Tatsache zugrunde, daß sich die sogenannten „terms of trade" seit Jahrzehnten ständig zu Ungunsten der „Dritten Welt" verschlechtern, d.h. die Preise der Industriewaren steigen, während sich die Preise für Rohstoffe fortwährend (von kurzfristigen Marktschwankungen einmal abgesehen) nach unten bewegen.

Den „Entwicklungsländern" geht es bei ihrer Forderung nach einem Rohstoffprogramm also darum, einen gerechten Preis für ihre Exportgüter zu erhalten. Dies ist umso mehr berechtigt, wenn man bedenkt, daß es das imperialistische System war und ist, das diesen Ländern in seinem weltweiten arbeitsteiligen System die Rolle des bloßen Rohstoffproduzenten aufdrückte und auch heute noch eine wirkliche Industrialisierung verhindert. Eine zweite zentrale Forderung der „Dritten Welt" auf der Welthandelskonferenz war die nach einer generellen Lösung der bedrückenden Schuldenfrage (s.o.). Verlangt wurde hier die Zustimmung der Imperialisten zu einer später einzuberufenen internationalen „Schuldenkonferenz". Offensichtlich bestand aber nur in diesem Punkt ein einheitlicher Standpunkt der „Entwicklungsländer": Während einige Länder ein Moratorium (Stundung der Schulden und Zinszahlungen für ca. zehn Jahre) verlangten, forderten andere (wohl eine Minderheit unter den Staaten der „Dritten Welt") einen generellen Erlaß aller Schulden an die Imperialisten.

Auch diese Forderung nach einem Erlaß aller Schulden an die Imperialisten erscheint mehr als nur berechtigt, wenn man sich vor Augen führt, daß es tatsächlich die Staaten der „Dritten Welt" sind, die den Imperialisten „Entwicklungshilfe" leisten. Dazu nur eine Zahl: Nach Angaben Der Vereinten Nationen betrug 1970 der Zufluß ausländischer Investitionen nach Afrika 270,7 Mio. Dollar, der Abfluß dagegen 996,2 Mio., d.h. die Imperialisten preßten allein in diesem einen Jahr über 725 Mio. Dollar aus Afrika; im selben Jahr waren es in Asien sogar 2.201,8 Mio. Dollar. Das zeigt, wer wen „entwickelt" (Zahlen nach : Die Armut des Volkes, aus Dokumenten der UN, rororo, S. 160).

Betont werden muß noch in diesem Zusammenhang, daß selbst eine volle Verwirklichung dieser Forderungen der „Entwicklungsländer" keine Umverteilung des Reichtums zu ihren Gunsten bedeuten würde (wie dies demagogisch in der westlichen bürgerlichen Presse behauptet wird), sondern lediglich eine Konservierung des jetzigen Zustandes zur Folge hätte: Das Rohstoffprogramm zieht ja nicht automatisch höhere Exporterlöse nach sich, sondern verhindert nur (und auch das nicht einmal auf einen langen Zeitraum) ein weiteres Sinken der Rohstoffpreise und damit eine Verschlechterung der Austauschverhältnisse für die „Entwicklungsländer".

Von den Imperialisten wurde dennoch eine Erfüllung dieser berechtigten Forderungen rundweg abgelehnt.

...die Haltung der Imperialisten

Die imperialistischen Staaten (als „Länder der Gruppe B" unter Einschluß von Australien und Japan bezeichnet) gingen ohne ein einheitliches Verhandlungskonzept auf die UNCTAD-Konferenz.

Auch unter den EG-Staaten gab es keine einheitliche Positiom. Einmal abgesehen von verschiedenen taktischen Varianten in ihren Positionen, lehnten jedoch fast alle Imperialisten die Forderungen der „Entwicklungsländer" strikt ab.

Die Niederlande und die skandinavischen Staaten zeigten sich bereit, den Forderungen der „3. Welt" bis zu einem gewissen Grade entgegenzukommen. Auch die französische Delegation hatte den Auftrag *„in erster Linie dafür Sorge zu tragen, daß die Verbindung zu der 'Gruppe 77' nicht durch eine zu starre Haltung der Industrienationen abbricht"* und zeigte sich zu *„Kompromissen"* bereit („SZ", 19.5.76).

Großbritannien, Japan, die USA, die Schweiz und die BRD vertraten demgegenüber auf der Konferenz die „harte Linie". Gleich zu Beginn der Konferenz warnte US-Außenminister Kissinger die „Entwicklungsländer" vor der *„Bildung einer gemeinsamen Front gegen die Industriestaaten. Sie wären schlecht beraten, wenn sie glaubten, durch die Ausübung von Druck auf die wohlhabenderen Länder Fortschritt und Wohlstand erreichen zu können."* („SZ", 6.5.76). Dieser Imperialist fordert von den „Entwicklungsländern", ihre berechtigten Anliegen nicht gemeinsam zu vertreten, sondern auf das zu vertrauen und zu hoffen, was die Imperialisten zu geben bereit sind – nämlich nichts. Kissinger blitzte denn auch mit seinem Vorschlag zur Gründung einer „Internationalen Rohstoffbank", die ausländisches Kapital in die „3. Welt" lenken soll, bei den meisten Delegationen dieser Staatengruppe ab.

Zum *„Wortführer"* („FAZ") der extremsten und reaktionärsten imperialistischen Positionen hat sich jedoch auf der UNCTAD-Konferenz der BRD-Imperialismus emporgeschwungen. Sozusagen als „einsamer Rufer in der Wüste" vertrat er fast bis zur letzten Minute das alte Weltwirtschaftssystem und lehnte selbst dann noch strikt jeden Konpromiß (!) mit den Forderungen der „Entwicklungsländer" ab, als selbst die USA bereit waren, aus taktischen Gründen unverbindliche, verwaschene Resolutionen zu unterschreiben.

Die Haltung der BRD: „Empörend und abstoßend!"

In der westdeutschen Presse wurde die UNCTAD-Konferenz von einem Trommelfeuer chauvinistischer und rassistischer Hetze begleitet. Die „FAZ" warnte eindringlich davor, den *„wohlstandsbeflügenden (!) Marktmechanismus durch neue Ideologien (?), Techniken und Institutionen zu ersetzen"* und verdächtigte gar SPD-Entwicklungsminister Bahr *„sozialträumerischen weltwirtschaftlichen 'Experimenten' zuzuneigen"* (24.5.76). Wenn ihre *„gefährlichen Wünsche"* Wirklichkeit werden, würden die „Entwicklungsländer" sehr bald *„ihr blaues Wunder erleben... Auch noch so schön anmutende dirigistische Konstruktionen können eigene Anstrengungen nicht ersetzen."* („FAZ", 29.5.76). Den „Entwicklungsländern" wurde unterstellt, sie forderten einen *„großen Topf, aus dem man sich bequem ohne Erfolgsnachweis bedienen kann"* („SZ", 29.5.76). Dem allen, so brachte es die „Frankfurter Allgemeine" auf den Punkt, ist *„harter Widerstand entgegenzusetzen."*

Getragen wurden diese Positionen auch von der Bundesregierung und der BRD-Delegation in Nairobi, die zeitweise von den Ministern Bahr und Friederichs verstärkt wurde. In seiner typischen Pose der nationalen Selbstgefälligkeit und Arroganz gegenüber anderen Völkern und Ländern erklärte Kanzler Schmidt, er müsse *„immer wieder darauf hinweisen, daß Eigenverantwortung und Eigenanstrengungen der Entwicklungsländer letztlich für eine Verbesserung der Lebensbedingungen ausschlaggebend seien"* („FAZ", 28.4.76). Bei mehreren Gelegenheiten warnte Fridenchs davor, *„schrittweise die liberale Marktwirtschaft aufzugeben, indem immer mehr Teile der arbeitsteiligen Weltwirtschaft manipuliert und dirigiert würden"* („FAZ", 19.5.76). Diese extrem reaktionäre Position, die sich dann auch als offizielle Position der Bundesregierung durchsetzte, rief selbst einen leisen „Protest" des BRD-Entwicklungsministeriums hervor, das dies als *„Rechtsaußenposition, noch rechts von den Vereinigten Staaten"* kritisierte („FAZ", 19.5.76) (ganz offensichtlich war es zwischen den beiden Ministern hinsichtlich des taktischen Vorgehens auf der Konferenz zu Differenzen gekommen, die allerdings nachträglich von beiden geleugnet werden).

Derart auf die *„ordnungspolitischen Mechanismen des freien Welthandels"* eingeschworen, war die BRD-Delegation zu keinem Entgegenkommen bereit und machte ihrerseits den „Entwicklungsländern" auch nicht einen einzigen konkreten Vorschlag zur Verbesserung ihrer Lage. In der Schlußphase der Konferenz zeigte sich, daß sogar die übrigen imperialistischen Staaten der „harten Linie" von den BRD-Positionen abfielen und sich zu Scheinzugeständnissen an die „3. Welt" bereiterklärten, so daß die BRD sich in einer isolierten Position fand. Nicht zuletzt aufgrund der Rolle der BRD mußte die UNCTAD-Konferenz um zwei Tage verlängert werden, um ein völliges Scheitern zu verhindern. Von den „Entwicklungsländern" wurde die ablehnende Haltung des westdeutschen Imperialismus zu ihren berechtigten Forderungen als *„negative Bilanz"*, als *„empörend und abstoßend"*. Zum Ende der Konferenz *„liefen die deutschen Minister Gefahr, das einst den Amerikanern angehängte Etikett des 'reichen, tüchtigen (!?) häßlichen' Deutschen zu übernehmen"* („SZ", 32.5.76).

Dieses Auftreten des BRD-Imperialismus, der sich heute bereits wieder offen gegenüber den Völkern und Regierungen der Welt als „Herr der Welt" aufspielt, ist zumindest auf der Ebene der internationalen Weltkonferenzen neu. Es unterstreicht die inzwischen gewonnene wirtschaftliche und politische Machtposition, wenn die BRD-Imperialisten meinen, sich ein derartiges Auftreten auf internationaler Ebene leisten zu können, ohne dadurch erheblichen außenpolitischen Schaden auszurichten.

Ein fauler Kompromiß...

Nachdem die Welthandelskonferenz um zwei Tage verlängert worden war, wurde buchstäblich in letzter Minute eine gemeinsame Resolution von allen teilnehmenden Staaten – auch der BRD – angenommen, um ein totales Scheitern der Konferenz zu verhindern. Innenpolitisch nahm die CDU/CSU die Zustimmung der BRD-Delegation zu dieser Resolution sofort zum Anlaß, ausgerechnet der Bundesregierung ein *„Zurückweichen"* und *„Umfallen"* vor den *„dirigistischen Forderungen"* der „Entwicklungsländer" vorzuwerfen. Von der Bundesregierung sei der *„unverkennbar eingeleitete Zerfallprozeß einer wohlstandsfördernden arbeitsteiligen liberalen Weltwirtschaft nicht gebremst worden"* („FAZ", 3.6.76).

Was wurde nun tatsächlich beschlossen? Zunächst einmal ist festzuhalten, daß *„keine konkreten Maßnahmen beschlossen wurden; dazu war die Konferenz in Nairobi auch gar nicht befugt"* („FAZ", 1.6.76).

Tatsächlich haben die „Entwicklungsländer" nicht einmal in allgemeinster Form bindende Zusagen der Imperialisten für ihre Forderungen erhalten können. In dem entscheidenden Satz zum „integrierten Rohstoffprogramm" heißt es: *„Es wird vereinbart, daß Schritte in Richtung (!) auf das Aushandeln eines gemeinsamen Fonds unternommen werden."* Das allerdings ist nichts weiter als eine Absichtserklärung – wovon die „Entwicklungsländer" bereits mehr als genug haben.

In schönster Offenheit kommentiert das Sprachrohr der westdeutschen Großbourgeoisie, die „Frankfurter Allgemeine": *„Alle weiteren Entscheidungen hängen von dem Ergebnis der kommenden Verhandlungen ab....Ein Zugzwang für bestimmte Maßnahmen besteht nicht, lediglich die Verpflichtung zum konstruktiven und detaillierten Ausdiskutieren (!) von gegebenenfalls (!) noch zu treffenden Maßnahmen"* („FAZ", 3.6.76).

Nicht anders sieht es mit der Resolution zur Schuldenfrage aus: Sie sieht weder eine globale noch eine gruppenweise Schuldenstreichung oder Aussetzung vor. Sie enthält lediglich die Verpflichtung in einem multilateralen Rahmen *„ individuelle Forderungen zu prüfen (!)..."*

Die „Entwicklungsländer" haben also, abgesehen von einigen schön klingenden Resolutionen mit leeren Worten, auch auf der Welthandelskonferenz nichts gewonnen. Es ist nicht verwunderlich, daß dieser faule „Kompromiß" innerhalb der „Gruppe der 77" schwerster Kritik ausgesetzt war und von vielen afrikanischen Ländern als **„Augenwischerei"** („FAZ") abgelehnt wurde. Die Bundesregierung hat sogleich bekräftigt und dies in einer eigenen Erklärung zum Ausdruck gebracht, daß sie sich durch ihre Zustimmung zu keinerlei Leistungen oder Zugeständnissen verpflichtet und ihre alten Positionen beibehalten habe.

Auf den Nenner brachte es Staatssekretär Hermes vor dem Bundesverband der Deutschen Industrie (BDI): Die Länder der „Dritten Welt" hätten auf den Konferenzen *„große rhetorische, aber nur wenige materielle Ergebnisse"* erzielt („FAZ", 1.6.76). ●

Wirtschaftskommission KB/Gruppe Hamburg

Ein waschechter Rassist!

Folgendes Zitat stammt aus dem Munde des Leiters der westdeutschen Delegation bei der Welthandelskonferenz in Nairobi, Joachim Jänicke, früher bei der Botschaft am „Heiligen Stuhl": „Die Faulenzer in den Entwicklungsländern sollen sich erstmal angewöhnen, selber zu arbeiten, ehe sie anderer Länder fleißig verdiente Gelder verlangen" („Extra-Dienst", 4.6.1976).

Die vorherigen Teile dieser Artikelserie befinden sich in folgenden AK's:

AK 68: Auf dem Weg zu einer „neuen Weltwirtschaftsordnung"? (Teil I)
AK 69: Nahrungsmittel – eine politische Waffe der Imperialisten! (Teil II)
AK 70: Erpressung mit dem Erdöl? Zur Situation der OPEC (Teil III)
AK 80: Seerechtskonferenz in New York (Teil IV)

aus Betrieb und Gewerkschaft

METALL

Reynolds/HAW

Der Streik ist zuende, aber der Kampf geht weiter!



Solidaritätsadresse:

An die Kollegen der Hamburger Alluminium-Werke

Liebe Kollegen!
Wir haben von Eurem Streik erfahren und möchten Euch unsere volle Solidarität mit Eurem Kampf ausdrücken.
Wir unterstützen Eure Forderung nach:
- Gleichem Lohn für gleiche Arbeit
- Erhaltung des jetzigen Besitzstandes gemäß dem Manteltraifvertrag

Besonders begrüßen wir den gemeinsamen solidarischen Kampf der ausländischen und deutschen Arbeiter.
Wir verurteilen den massiven Einsatz von Streikbrechern sowie das als Einschüchterung gedachte Auffahren der Polizei.
Für Euren weiteren Kampf um Eure Forderungen wünschen wir Euch viel Erfolg.

Mit solidarischen Grüßen
Die etwa 500 Teilnehmer der Arbeitsgruppe Betrieb und Gewerkschaft des Anti-Repressions-Kongresses in Frankfurt, 6. Juni

Die ausländischen Kollegen (vor allem die Türken) bei den HAW waren der aktivste und entschlossenste Teil der Streikenden. Ihre Kampfmoral war vorbildlich und Ansporn für eine Reihe westdeutscher Kollegen, sich den Kampfmaßnahmen anzuschließen.

Die ausländischen Kollegen (vor allem die Türken) bei den HAW waren der aktivste und entschlossenste Teil der Streikenden. Ihre Kampfmoral war vorbildlich und Ansporn für eine Reihe westdeutscher Kollegen, sich den Kampfmaßnahmen anzuschließen.

Am Donnerstag, den 3. Juni, legten die ausländischen Arbeiter in der Elektrolyse am 13.00 Uhr die Arbeit nieder. Spontan schlossen sich die Spät- und Nachtschicht an, und am 22.00 Uhr wurde auch die Gießerei bestreikt. Am Freitag weitete sich der Streik auf die Anodenanschlägerei und Werkstatt aus. Zu diesem Zeitpunkt befanden sich mit etwa 200 Arbeitern 1/3 der HAW-Belegschaft im Ausstand.
Geführt wurde der Streik für folgende Forderungen:
1. Abschaffung ungerechtfertigter Lohnunterschiede
2. Ausgleichszahlung für die seit Januar vorenthaltene Metalltariferhöhung
3. Keine Maßregelungen sowie Bezahlung der ausgefallenen Arbeitszeit

Ausschlaggebend für die Arbeitsniederlegung war, daß die HAW-Kapitalisten durch willkürliche und einseitige Änderung der Tarifzuständigkeit die Löhne senkte, weniger Urlaubstage gewährte und sich weigerte, die ab Januar fällige Metalltariferhöhung zu zahlen. Noch im Mai erklärte der kaufmännische Leiter, Meyer, vor dem Arbeitsgericht, eine gerichtliche Entscheidung sei ihm gleichgültig, da er eine für ihn nachteilige Entscheidung nicht akzeptieren werde. Mit dem Streik erteilte die Belegschaft dieser provokatorischen Politik die einzig richtige Antwort.

Die Kapitalisten reagierten auf den Streik sofort mit Drohungen: „volle Haftung für alle Schäden" (die in einer Elektrolyse in die Millionen gehen können), und „Gefahr der fristlosen Entlassung".

Die zwischen Geschäftsleitung und Betriebsrat laufenden Verhandlungen wurden von den Kapitalisten bewußt verschleppt. Sie benutzten die Verhandlungspausen, um aus dem VAW-Konzern Streikbrecher ranzukarren.

Die Kapitalisten planten, die Streikenden auszuhungern. Kurz bevor die ersten Streikbrecher eintrafen, teilten sie den Streikenden mit, daß sie vor Beendigung des „wilden" und „illegalen" Streiks keine Zugeständnisse machen werden.

Vor dem Werkstor wurde zusätzlich Polizei postiert, um den Einsatz der betriebsfremden Streikbrecher notfalls auch gewaltsam durchzusetzen.

Die Kapitalisten praktizierten die totale Konfrontation, die sogar gewaltsame Auseinandersetzungen bewußt einkalkulierte. Sie wollten den Streik zerschlagen, um Streiks und die sich in letzter Zeit häufenden kürzeren Arbeitsniederlegungen unmöglich zu machen.

Angesichts dieser Situation entschlossen sich die Arbeiter am Samstag Mittag, nach fast zweitägigem Kampf, die Arbeit wieder aufzunehmen. Die Kapitalisten gaben die verbindliche Zusage, daß keine Entlassungen und Verwarnungen ausgesprochen werden.

Wichtig ist jetzt, möglichst schnell die verständliche Enttäuschung über den schwachen Abschluß zu überwinden. Die besonders von den ausländischen Arbeitern gezeigte Kampfkraft bietet eine gute Ausgangslage, um weiter für die Erfüllung der Forderungen zu kämpfen.

Die von den Kapitalisten betriebene Diffamierung des Streiks („Arbeitswillige wurden mit Messern bedroht" und „die Roten und die Türken haben den Streik inszeniert, um den Betrieb kaputt zu machen") muß energisch zurückgewiesen werden, und der tatsächliche Ablauf der ganzen Belegschaft bekannt gemacht werden.

Weiter müssen unverzüglich Verhandlungen aufgenommen werden, an denen Delegierte aus den Abteilungen direkt beteiligt sind. Der Betriebsrat hat die Aufgabe, bei wichtigen Entscheidungen sofort eine Betriebsversammlung einzuberufen.

Neben der Festlegung der nächsten Aufgaben müssen aus den im Streik gemachten Fehlern die richtigen Lehren gezogen werden.

Fest steht, daß die Streikenden auf die Verschleppungstaktik hereingefallen sind. So wurde geduldig auf die nächsten Verhandlungen gewartet,anstatt durch Aktionen, z.B. eine Demonstration zum Verwaltungsgebäude, den Forderungen weiteren Nachdruck zu verleihen.

Äußerst schädlich hat sich auch der falsche Zeitpunkt ausgewirkt. Der Zeitpunkt des Streikbeginns (einen Tag vor Pfingsten), bot den Kapitalisten beste Möglichkeiten, die Streikenden über die Feiertage auszuhungern. Eine Ausweitung war unmöglich, weil nur in den bestreikten Abteilungen gearbeitet wurde.

Nach anfänglich wortradikalen Beteuerungen hat sich nun auch die Gewerkschaftsführung gegen die Kampfbereitschaft der Belegschaft entschieden. Der richtige Schritt der Hamburger IG Metall, beim Gewerkschaftsvorstand einen Antrag auf Urabstimmung zu stellen und einen „regulären" Streik zur Durchsetzung der Forderungen zu führen, wurde von diesem jetzt abgelehnt.

Der Frankfurter IGM-Vorstand hat die Entscheidung darüber, welche Gewerkschaft in Zukunft „Tarifpartner" bei den Hamburger Aluminium-Werken sein soll, an das DHB-Schiedsgericht verwiesen. Daß dieses Gremium sich dafür aussprechen wird, daß die IG Chemie „Tarifpartner" der Kapitalisten sein soll (wodurch der Kollegenschaft automatisch und rechtsgültig Nachteile entstehen würden), kann als sicher gelten.

Mit dieser erbärmlichen Entscheidung haben sich die Gewerkschaftsführer wieder einmal gegen den erklärten Willen der Mitglieder entschieden.

Für die Kollegenschaft kommt es darauf an, an dem eingeschlagenen Kurs festzuhalten, und durch eigenständige Aktionen für die Erfüllung der Forderungen zu sorgen. ●

Betriebszelle Reynolds/HAW
KB/Gruppe Hamburg

IG-Metall-Führung rechtfertigt faschistischen Putsch in Argentinien

In ihrer Funktionärszeitung „Der Gewerkschafter", nimmt die IG-Metall-Führung zum Putsch in Argentinien Stellung. Sie bezeichnet den Putsch nicht als *„Gewaltakt", „er stieß nicht auf Widerstand", sondern rief in der Bevölkerung ein Gefühl der Erleichterung hervor"*.

Begründet wird dies durch das *„wirtschaftliche Chaos"*. Damit meinen sie die steigende Inflationsrate und das Weigern der Privatunternehmer, in Argentinien zu investieren.

„Deshalb bildet dieser Staatsstreich eine politische Bremse für den schwindelerregenden Fall der Wirtschaft."

Sehr richtig wird noch bemerkt, daß die ausländischen Privatunternehmen wieder bereit sind zu investieren, wo sie doch jetzt durch die Junta ihre Interessen gewahrt sehen!

Verniedlichend wird auf die Situation der Bevölkerung eingegangen: *„Ein Schatten ruht auch in dieser neuen Lage auf den bisher noch vorhandenen wenigen Freiheiten, die von der Militärjunta sicherlich nicht gewährt werden."* Auch gibt die IGM zu, daß Verhaftungen gegen Gewerkschafter und Linke an der Tagesordnung sind. Allerdings verliert sie kein Wort über den ständigen Terror, über insgesamt größere Verhaftungswellen, vor allem gegen die politischen Flüchtlinge, über Bücherverbrennungen und Schikanen gegen die Bevölkerung jeglicher Art. Nach den Aussagen der IGM ist der Faschismus also ganz nett!

Wie anders hat sich die IGM noch vor drei Jahren zu dem Putsch in Chile geäußert.

Damals sagten sie, das Militär tötet die Demokratie. Außerdem veröffentlichten sie eine Resolution in der „Metall", in der sie den Putsch in Chile verurteilten und ihre Solidarität mit dem chilenischen Volk bekundeten.

Heute, keine drei Jahre nach den blutigen chilenischen Ereignissen, verteidigen die IGM-Führer den Putsch in Argentinien mit den gleichen „Argumenten", mit denen sich seinerzeit Pinochet für sein Blutregime zu rechtfertigen suchte: Verfall der Wirtschaft, allgemeines Chaos... wie tief sozialdemokratische Politiker doch sinken können!

Bundeskartellamt stoppt Verkauf von Fichtel & Sachs

Wegen drohender „Marktbeherrschung" untersagte das Bundeskartellamt den Verkauf der Fichtel & Sachs AG an den britischen Maschinenbau-Konzern Guest, Keen und Nettlefolds (GKN). GKN wollte für 330 Millionen DM 75% der Aktien von Fichtel & Sachs übernehmen. Die „leidgeprüften" Nichtsnutze Gunter und Ernst Wilhelm Sachs haben es gar nicht leicht, schnell zu zusätzlichen Millionen zu kommen:

- zunächst bereitete ihnen ihre Schwester und Miterbin einigen Ärger, weil sie auf der Auszahlung ihres Erbanteils bestand. Erst in 3. Instanz setzten sich die Brüder vor Gericht gegen ihre Schwester durch;
- dann wurden Untersuchungen über ihre Steuerschiebungen und -hinterziehungen in der Schweiz angestellt, doch die beiden hatten sich hierbei genügend abgesichert (wir berichteten Anfang des Jahres im ARBEITERKAMPF über diese Vorgänge).

Der jüngste Beschluß des Kartellamts geht davon aus, daß bei der Fusion der beiden Konzerne Fichtel &
amts geht davon aus, daß bei der Fusion der beiden Konzerne Fichtel &
Sachs auf dem Markt der Autokupplungen eine beherrschende Stellung hat. Bereits heute hält die Firma in der BRD einen Marktanteil von rund 80%, was offensichtlich bisher nicht als „marktbeherrschend" angesehen wurde! Die starke Marktstellung von Fichtel & Sachs (Jahresumsatz 1974 rund 1 Milliarde DM) wird durch die Beteiligung des finanzstarken britischen Konzerns (Jahresumsatz 1974 über 6 Milliarden DM) noch verstärkt.

In der Tat ist diese Beherrschung des Marktes so stark, daß selbst eine kapitalistenfreundliche Einrichtung wie das Kartellamt dies für bedenklich hält. Weniger bedenklich hielten sie beispielsweise die Konzentration auf dem Markt für Antriebswellen: die GKN-Tochter Uni-Cardan hält hier in der BRD etwa 60%, Fichtel & Sachs „nur" 6% – also keine Gefahr, meinen die „Kartellschützer".

Für die betroffenen Kapitalisten bleibt jetzt der Weg zum West-Berliner Kammergericht, zur Kartellbehörde der Brüsseler EG-Kommission oder eine „Sondererlaubnis" des Bundeswirtschaftsministers. Da wird sich sicherlich ein „vernünftiger" und lohnenswerter Weg finden lassen – drohen die Sachs-Brüder doch schon mit ihrer „Sorge" um die Sicherung
drohen die Sachs-Brüder doch schon mit ihrer „Sorge" um die Sicherung
von 17.000 Arbeitsplätzen (Angaben nach „Handelsblatt", 17.5. und 20.5., „Spiegel", 3.5.).

KB/Gruppe Bremen



KONTAKTADRESSEN des KB

Bielefeld
Jeden Sonnabend von 10-13.30 Uhr
Bahnhofstraße

Bochum
463 Bochum
Postlagerkarte A 056 028

Braunschweig
3300 Braunschweig
Postlagerkarte 081 378 A

Bremen
Arbeiterkampf-Vertriebsbüro
28 Bremen, Fedelhören 77
Öffnungszeiten: mittw. 16 - 19 Uhr
freitags 16 - 19 Uhr
sonnabends 10 - 14 Uhr

Bremerhaven
285 Bremerhaven 1
Postlagerkarte 00 31 60

Eutin
H. Lankau
242 Eutin
Postlagerkarte A 022 864

Flensburg
Peter Petersen
239 Flensburg
Postlagerkarte A 02 25 83

Geesthacht
Jeden Sonnabend von 10 - 12 Uhr
vor Hertie

Frankfurt:
Arbeiterkampf-Vertriebsbüro
Kurfürstenstraße 8
6000 Frankfurt/Main 90
öffentliche Bürostunde:
Mittwoch 16.30 - 19.30 Uhr

Göttingen
KB/Gruppe Göttingen
Kontakt über
Buchladen Rote Straße 10

Hamburg
Arbeiterkampf
Literaturvertrieb und Büro
Susannenstraße 41
2000 Hamburg 6
Tel.: 040/439 38 16

Hannover
Arbeiterbuch z.Hd. KB
Rehbockstraße 3
3000 Hannover

Hildesheim
3200 Hildesheim
Postlagerkarte A 019 075

Kappeln
Dagmar Schneider
2340 Kappeln
Postlagernd

Kassel
Florian Rohs
Goethestraße 31
3500 Kassel

Kiel
W. D. Scheel
2300 Kiel 1
Postlagerkarte 098 831 A

Landshut
SSB (Sozialistischer Schülerbund)
8300 Landshut
Postlagerkarte A 041 181

Lübeck
Arbeiterkampf-Vertriebsbüro
Mühlenstr. 39
24 Lübeck 1

mittwochs:	16.30 – 18.30
freitags:	16.30 – 18.30
samstags:	9.30 – 13.00

Mölln/Ratzeburg
M. Below
Postfach 1111
2410 Mölln

Nürnberg
G.N.K.
Thomas Gradl
Postfach 16 03 63
8500 Nürnberg

Oldenburg
AK-Vertriebsbüro
Nadorster Str. 190
2900 Oldenburg

Kreis Pinneberg/Steinburg
2080 Pinneberg
Postlagerkarte A 022 926

Reinbek
Jeden Sonnabend von 10-12 Uhr
Kaufzentrum Reinbek/West

Stade
Jeden Sonnabend von 9-12 Uhr
am Pferdemarkt

Westberlin
A. Redtke
Thomasiusstr. 2
1000 Berlin 21
Freitag 16-19 Uhr

Lüneburg
3140 Lüneburg
Postlagerkarte A 017 890

Redaktion und Verlag: 2 Hamburg 13, Rutschbahn 35, Telefon 040/45 38 91

Lübeck

Jugendvertreter von Gewerkschaftsausschluß bedroht

Die in Lübeck von den DGB-Jugendgruppen durchgeführte 1.Mai-Demonstration soll jetzt ein Nachspiel bekommen. Einem gerade erst gewählten Jugendvertreter von der Flenderwerft ist von der IGM-Ortsverwaltung ein Revers ins Haus geschickt worden. Er soll sich vom KB distanzieren und erklären, ob er Mitglied des KB sei. Begründet wird dieser Schritt u.a. damit, daß dieser Kollege vor dem 1. Mai ein Aufruf-Flugblatt der DGB-Jugendgruppen verteilt hat, das der Gewerkschaftsführung nicht paßte! Mit dem angedrohten Gewerkschaftsausschluß soll er exemplarisch für alle beteiligten Gewerkschaftsjugendlichen herhalten.

1. Mai – nicht nach dem Geschmack der Gewerkschaftsführung

Zum 1. Mai hatten die DGB-Jugendgruppen mit einem fortschrittlichen und von der DGB-Spitze nicht zensierten Flugblatt mobilisiert. Auf einer Zwischenkundgebung während der Demonstration waren außerdem unzensierte Reden gehalten worden, deren klassenkämpferische Töne nicht zu überhören waren. Von den Veranstaltern war es außerdem vorher abgelehnt worden, daß eingesetzte Ordner linke Transparente und rote Fahnen aus der Demonstration herausholen.

Gegen die Ausschlußpolitik der Gewerkschaftsführung!

Am 26.5. führten die DGB-Jugendlichen eine gemeinsame Versammlung durch (mit ca. 35 Teilnehmern), auf der die Erfahrungen des 1. Mai diskutiert wurden. Einstimmig wurde hier auch eine Protestresolution verabschiedet, in der es u.a. heißt: *„Wir wenden uns gegen jede Bespitzelung innerhalb der Gewerkschaft genauso, wie wir Bespitzelung in den Betrieben und in der Verwaltung ablehnen. ... Ein Ausschluß des gewählten Jugendvertreters würden wir als gewerkschaftsschädigendes Verhalten ansehen, da durch diese Maßnahme die gewerkschaftliche Jugendarbeit auf der Flenderwerft schwer geschädigt würde."*

Diese Resolution soll an die IGM-Ortsverwaltung geschickt und als Resolution breit verteilt werden, damit diese Vorgänge in den Betrieben bekannt werden.

Inzwischen wurden noch weitere Ausschlußdrohungen bekannt: Bereits Wochen vor dem 1. Mai wurde ein IGM-OJAler aufgefordert, auf einer OJA-Sitzung seine Haltung zum KB zu „erklären". Und erst vor wenigen Tagen wurde einem weiteren IGM-Jugendlichen angedroht, daß er „der Nächste" sei.

KAMPF DEM AUSSCHLUSSTERROR!!

KB/Gruppe Lübeck

Valvo-Herborn

Schließung noch in diesem Jahr!

Nachdem schon seit Monaten in Herborn die Gerüchte über die bevorstehende Schließung des Kondensatorenwerkes nicht verstummen wollten (siehe u.a. AK 81), hat nun der Philips-Konzern offiziell mitgeteilt, daß die ca. 300 Beschäftigten, zu einem Großteil Frauen, noch in diesem Jahr ihre Arbeitsplätze verlieren werden. Wie es in der Mitteilung der Konzernspitze heißt, soll den meisten Kollegen eine Neueinstellung in einem Werk in Wetzlar angeboten werden, in dem Autoradios hergestellt werden.

Damit bewahrheiten sich die schlimmsten Befürchtungen der Herborner Kollegen, die seit Monaten mit Demonstrationen, Streiks und anderen Kampfmaßnahmen gegen den drohenden Arbeitsplatzverlust kämpfen. Noch am 8. Juni hatten sie aus Hamburg angereiste Philips-Manager empfangen, indem sie das Werkstor mit einem schwarzen Sarg versperrten, der die Aufschrift trug: „Werden wir heute beerdigt oder wann?"

Schon in den vorangegangenen Wochen hatten die Kollegen in einer Reihe von Aktionen – u.a. sperrten sie die am Werk vorbeiführende Bundesstraße und schilderten den wartenden Autofahrern ihre Lage – klargemacht, daß ein Arbeitsplatzwechsel nach Wetzlar für sie nicht in Frage kommt. Denn dies würde für sie bis zu drei Stunden mehr Arbeitsweg bedeuten – gerade für Frauen mit Familie völlig unmöglich!
milie völlig unmöglich!

In einer Stellungnahme der Kolle-
In einer Stellungnahme der Kolle-
gen gegenüber Konzernvertretern machten die Kollegen auch deutlich, was sie von der Ernsthaftigkeit des Angebots halten. Nach ihren Informationen könnten in Wetzlar höchsten 100 Kollegen unterkommen, und auch das nur zu wesentlich schlechteren Bedingungen (Schichtarbeit usw.).

Die Werkschließung wird von den Konzernbossen u.a. damit begründet, daß die zunehmenden Importe aus „Niedriglohnländern" die Konkurrenzfähigkeit der Herborner Produkte untergraben habe. Der „Witz" dabei ist freilich, daß gerade auch der Philips-Konzern daran beteiligt ist, Produktionsstätten in diese für die Kapitalisten so attraktive Kategorie
Produktionsstätten in diese für die Kapitalisten so attraktive Kategorie
von Ländern zu verlegen. So wurde z.B. ein Teil der Transistorenproduktion aus dem Hamburger Valvo-Werk nach Taiwan verlagert.

Der Kampf der Herborner Kollegen ist nun in eine neue Stufe getreten. Es gilt, Maßnahmen zu ergreifen gegen den bereits begonnenen Abbau von Maschinen, die nach Zwolle (Niederlande) geschafft werden.

Und es gilt an den bisherigen Forderungen festzuhalten:

Die Produkte, die die Herborner Kollegen in Wetzlar herstellen sollen, müssen in den modernen Herborner Hallen hergestellt werden!

Metall-Komitee
KB-Gruppe Hamburg

Metall-Komitee
KB-Gruppe Hamburg

Valvo Hamburg:

Kündigungsdrohung gegen linke Vertauensleute!

Zwei Vertrauensleuten von Valvo RHW, Hamburg-Lokstedt, ist mit Entlassung gedroht worden! Die beiden Kollegen, die bei den gerade abgeschlossenen Vertrauenskörper-Wahlen in ihrer Abteilung die meisten Stimmen erhalten hatten, weil sie sich anerkanntermaßen in ihrer Abteilung und auf Betriebsversammlungen für die Belange der Kollegen einsetzen, war zwei Tage nach Bekanntgabe des Wahlergebnisses eine miese Stelle in einem anderen Hamburger Philips-Betrieb angeboten worden, ebenso wie zwei weiteren Kollegen. Alle lehnten dieses „Angebot" jedoch ab.

Begründet werden die Rausschmisse mit angeblichem Arbeitsmangel. Doch die angedrohten Kündigungen müssen unter anderen Gesichtspunkten gesehen werden:

- bei Valvo hat eine tatsächliche Vertrauensleute-Wahl stattgefunden, die beiden linken Kollegen wurden bewußt gewählt;
- sie kommen aus einer für die Geschäftsleitung unbequemen Abteilung: als wegen einer geplanten Kantinenschließung die Pausenzeiten verlegt werden sollten, protestierten über hundert Kollegen mit einer Unterschriftensammlung dagegen.

Die Philips-Kapitalisten haben natürlich ein Interesse daran, bei ihren Sanierungsplänen möglichst Ruhe im Betrieb zu haben. Sie wollen auf keinen Fall, daß auch in Hamburg „Herborner Zustände" einreißen (im Herborner Valvo-Betrieb kämpft die gesamte Kollegenschaft seit Monaten gegen die drohende Schließung des Werkes; siehe Artikel in diesem AK). Das ist der Grund, weshalb die unbequemsten Kollegen als erste 'raus sollen.

Gegen den Widerstand einiger sozialdemokratischer Betriebsratsfürsten wurde die Kündigungsabsicht auf der ersten (konstituierenden) Sitzung des neuen Vertrauenskörpers behandelt. Während der Betriebsrat sich noch sträubte, dem inzwischen vorliegenden Kündigungsbegehren zu widersprechen, schaltete sich die IG Metall Ortsverwaltung (OV) ein. Da Valvo immer als „fortschrittlicher IGM-Betrieb" verkauft wird (hier gibt es sogar noch Mitgliederversammlungen ...), hätte eine Kündigungszustimmung schlecht ins „linke" Bild gepaßt, und auf Anraten der OV rang der Betriebsrat sich zu einem Widerspruch gegen die Kündigung durch.

Am 9.6. fand dann ein „Spitzengespräch" zwischen Geschäftsleitung, Betriebsrat und den beiden Kollegen statt. Außerdem nahm der 1. Bevollmächtigte der IGM, Jonny Müllner, teil. Wie es hieß, sollte über Kündigungsschutz für Vertrauensleute verhandelt werden. Das Gespräch ging natürlich aus wie das Horneburger Schießen, denn die Geschäftsleitung ließ sich auf überhaupt nichts ein. Sie bot den beiden Kollegen lediglich eine bezahlte Beurlaubung von der Arbeit an, wenn die Kollegen daran anschließend den Betrieb freiwillig verlassen würden. Das letzte Angebot lag bei drei Monaten. Anscheinend sind sich die Valvo-Kapitalisten in puncto „Arbeitsmangel" ihrer Sache doch nicht so sicher – hatten sie doch auf der letzten Betriebsversammlung verkünden lassen, daß nach der Entlassungswelle nun zunächst wieder eingestellt werden soll. Sonst hätten sie die Kündigungen doch längst ausgesprochen, auch auf die Gefahr hin, daß die Kollegen dagegen klagen (was die beiden bereits angekündigt haben). Die IGM-Ortsverwaltung hat jedenfalls ihre Unterstützung zugesagt; es wird sich zeigen, ob und in welcher Form die Gewerkschaftsführer Wort halten.

Betriebszelle Valvo
KB/ Gruppe Hamburg

DAS LETZTE

Auf der letzten Sitzung des Valvo-Vertrauenskörpers am 11.6. wurde bekannt, daß der Betriebsrat gerade eine Betriebsvereinbarung unterschrieben hatte, nach der die nächste (!) Tariferhöhung auf die bisher gezahlten übertariflichen Leistungen angerechnet wird. Die Meldung über diesen Verrat ging rum wie ein Lauffeuer, und die Empörung war enorm. Selbst IGM-Sekretär Wittern sah sich veranlaßt, vor versammeltem VK den Betriebsrat abzubürsten und zu fragen, wie IG-Metall-Betriebsräte sowas machen können.

Es wird jetzt darauf ankommen, dem Betriebsrat energisch auf den Leib zu rücken, die Veröffentlichung des Wortlauts der Vereinbarung zu erzwingen und alle Hebel in Bewegung zu setzen, damit sie wieder vom Tisch kommt.

Streik in der schleswig-holsteinischen Heizungsindustrie



Seit dem 1. Juni wird in der Schleswig-Holsteinischen Heizungsindustrie gestreikt.

Bei den seit über vier Monaten laufenden Lohnverhandlungen fordert die IG Metall 8% mehr Lohn.

Dabei stimmte die IG Metall dem letzten Schlichtungsspruch von sage und schreibe 5,2% zu (!); den Kapitalisten war es indes zu viel: sie provozierten den Streik.

Von daher verwundert es auch nicht, wie halbherzig die IGM-Führer diesen Streik „förderten". So schickten sie von den ganzen 74 organisierten Heizungsbauern in Flensburg 24 (!) in einen sogenannten „Schwerpunktstreik". Außer in Flensburg wurden Betriebe in Kiel, Lübeck und Rendsburg bestreikt. Als die bestreikten Kapitalisten ihre Aufträge an nichtbestreikte Betriebe verschachern wollten, solidarisierten sich die Kollegen, die für diese Streikbrecherdienste eingeteilt wurden, sofort.

In Rendsburg wurden gar Lehrlinge von den Kapitalisten für Streikbrecherarbeiten eingeteilt. Auch die Lehrlinge verweigerten die Arbeit!

Wie nicht anders zu erwarten, endete dieser Kampf nach einer Woche Streik mit einem „Kompromiß" von 5,5%, rückwirkend ab 1. Februar. ●

Heizungsbaulehrling des KB/Flensburg



Streik NACHRICHTEN
für die Heizungsindustrie Schleswig-Holstein

Herausgegeben von der Industriegewerkschaft Metall, Bezirksleitung Hamburg — Nr. 1/1. Juni 1976

STREIK

Ab heute morgen, 6 Uhr, hat der Schwerpunktstreik in der Heizungsindustrie Schleswig-Holsteins begonnen.

Griff in die Lohntüte abgewehrt!

Am 25. Mai streikten 150 Kollegen aus dem Lokbau von Thyssen-Henschel in Kassel. Durch neue Prämienberechnungen hatten sie bis zu 50 Pfennig/Stunde weniger in der Lohntüte. Die Kollegen ließen sich auf nichts ein! Auch während der Verhandlungen zwischen Betriebsrat und Geschäftsleitung nahmen sie die Arbeit nicht wieder auf, obwohl die Geschäftsleitung dies zur Vorbedingung für Verhandlungen gemacht hatte. So konnten sie den Angriff abwehren. ●

VOLVO macht GEWINNE!
Und unser Anteil ??
WIR FORDERN:
200 DM monatlich mehr für jeden!
50 DM mehr für die Auszubildenden!
Wer das will: Arbeitsbeginn
MORGEN 9 UHR
VERTRAUENSKÖRPER

Fuchs KG, Bad Schönborn

Am 2. Juni streikten die 40 Dreher der Johannes Fuchs KG in Bad Schönborn/Bruchsal für eine Stunde gegen eine Akkordverkürzung von 50%. Daraufhin wurde die Kürzung zurückgenommen. ●

VFW – Focker, Einswarden

Am 20.5. streikten die Arbeiter der Kleberei bei VFW-Fokker in Einswarden. Sie forderten einen Frühstücksraum. Bis zu diesem Zeitpunkt mußten sie unter unzumutbaren Verhältnissen (sie arbeiten mit Giftstoffen) an ihrem Arbeitsplatz ihre Pausen abhalten.

Mit ihrem Arbeitskampf setzten sie ihre Forderung durch. ●

Mecano, Heidelberg

Bei Mecano-Bundy/Mecano-Simmons in Heidelberg legten am 1. Juni 70 Kollegen die Arbeit nieder, um gegen die Streichung ihrer vierzigminütigen Erholungspause zu protestieren. Über diese Frage wurde anschließend verhandelt. ●

200,– DM für alle!

Am 25. Mai erschienen 80-90% der Kollegen von Volvo in Dietzenbach erst um 9 Uhr zur Arbeit. Dazu hatten die Vertrauensleute aufgerufen, um so – unter Ausnutzung der gleitenden Arbeitszeit – ihre Forderung nach 200.- DM für alle und 50.- DM für die Lehrlinge zu bekräftigen. Die Große Tarifkommission in Hessen hatte nur 8% für die Kollegen des Kfz-Handels gefordert, und so war diese Aktion zugleich ein Protest gegen die Tarifpolitik der IGM-Führung. Auf der dann folgenden Betriebsversammlung wurde der Betriebsrat beauftragt, zusammen mit der IGM und den Vertauensleuten Verhandlungen über einen Haustarif aufzunehmen.

Der schlitzohrige Kommentar da-

triebsrat beauftragt, zusammen mit der IGM und den Vertauensleuten Verhandlungen über einen Haustarif aufzunehmen.

Der schlitzohrige Kommentar da-
zu ist in „Metall" 11/76 nachzulesen. Der 2. Bevollmächtigte der IGM Offenbach meinte nämlich: „Die Forderungen der Kollegen sind legitim. Die gleichen Forderungen wurden auch in der Branchenversammlung des Kfz-Handwerks im Verwaltungsstellenbereich Offenbach gefordert. Die Kollegen von Volvo haben diese Forderungen eben ernst genommen (!)"

Anläßlich der Entlassung von 20 Kollegen streikten am 31. Mai 80 Arbeiter von Siemens in Bruchsal anderthalb Stunden lang. Sie protestierten damit auch gegen die bis September 1977 geplante Entlassung von weiteren 650 Kollegen. In den letzten Jahren hat Siemens schon an die 2 000 Kollegen in Bruchsal entlassen, und auf Konzernebene 10 000! Am 2. Juni streikten 300 Kollegen aus dem Werkzeugbau gegen die geplante Stilllegung ihrer Abteilung. Es hält sich das Gerücht, daß das ganze Werk mit über 4 000 Kollegen dichtgemacht werden soll. ●

Frauen - speziell für Siemens

Frauen - speziell für Siemens

Die besondere Ausbeutung der Frauen wird bei Siemens schon lange systematisch betrieben. Der hausinterne Lohntarif ist vor allem in den unteren Lohngruppen deutlich schlechter als der Gewerkschaftstarif. Davon betroffen sind natürlich vor allem die Frauen.

Darüberhinaus gibt es für alle Schulabschlüsse firmeninterne Ausbildungsgänge, die bis heute als Berufe nicht offiziell anerkannt sind. Dennoch werden sie in der Öffentlichkeit von Siemens mit großem Propagandaaufwand als sozial und jugendfreunlich herausgestellt.

Diese Frauen sind jedoch völlig auf die Firma angewiesen, da ihre „Ausbildung" nirgendwo sonst anerkannt wird.

Ausbildung, Bezahlung und Aufstiegsmöglichkeiten sind entsprechend. Nach Abschluß der Hauptschule können sich die Mädchen als Bürohilfskräfte anwerben lassen. Das bedeutet: Akten schleppen, Botengänge jeder Art und sortieren von Büromaterial. Wer sich „gut führt", darf sich währenddessen als Schreibkraft „weiterbilden" lassen.

Die Lehrer dieser „Schule" sind jedoch kaum pädagogisch ausgebildet. Das geht soweit, daß sich die Mädchen von einem dieser Lehrer anmachen lassen müssen, wenn sie Miniröcke oder enge Hosen tragen. Oder sich gar mangelnde Körperpflege vorwerfen lassen müssen, weil sie Pickel im Gesicht hätten.

Nicht viel besser geht es den Mädchen mit Real - oder Oberschulabschluß, die sich für einen der „attraktiven Ausbildungsgänge" bei Siemens entschieden haben. Als Elektro - oder Ingenieurassistentinnen dürfen sie in der Regel die Dreckarbeit der Herren Ingenieure machen. Dort, wo einige wenige tatsächlich qualifizierte, ingenieurmäßige Arbeiten machen, erhalten sie nur gut die Hälfte des Gehaltes der Ingenieure.

Gleiches Recht für alle?

„Großzügigerweise" hat die Firma den Mädchen für die Zeit ihrer Ausbildung die gleichen Rechte zugestanden wie den Lehrlingen. D.h. sie dürfen sich an den Jugendvertreterwahlen beteiligen, auch selbst kandidieren und auf Betriebsversammlungen erscheinen. Was es aber mit diesen Rechten tatsächlich auf sich hat, zeigte sich am Beispiel einer Jugendvertreterin.

Diese Kollegin hatte sich beharrlich für eine Verbesserung der Ausbildung eingesetzt. Nachdem sie eine Abschlußprüfung nicht bestanden hatte, wurde ihr das Recht auf Wiederholung verweigert. Nach fast zwei Jahren Ausbildung stellten die Siemens- Kapitalisten fest, daß ihr „jegliches technisches Verständnis fehle". Der Betriebsrat wollte der Kündigung widersprechen - immerhin handelte es sich um eine Jugendvertreterin. Jetzt erinnerte sich die Firma jedoch plötzlich an den privaten Charakter der Schule und bestritt die Zuständigkeit der Jugendvertretung und des Betriebsrates für diese Kündigung. Die Kollegin wurde schließlich ohne offizielle Anhörung des Betriebsrates gekündigt. Die „freiwillig" zugestandenen Rechte an die Mädchen sollen also offesichtlich nur über die tatsächliche Rechtlosigkeit ihrer Situation hinwegtäuschen.

Ob sich die Frauen das allerdings lange werden gefallen lassen, ist fraglich. Mehrere Kolleginnen haben bereits angekündigt, daß sie sich dieser Dinge verstärkt annehmen wollen.

Betrieb und Gewerkschaft KB/Gruppe Nürnberg (GNK) ●

Büsumer Werft
Arbeiter kämpfen um ihre Arbeitsplätze



In Büsum demonstrierten 370 Arbeiter der Werft vor das Rathaus. Sie trugen folgende Parolen mit sich:
„Wir kämpfen für sichere Arbeitsplätze an der Westküste"
„Große Schiffe wollen heraus – baut endlich die Schleusen aus"
Der Ausbau der überalterten Schleuse hängt eng mit der Zukunft von 400 Arbeitsplätzen zusammen. Denn schon heute müssen Aufträge an andere Werften abgegeben werden, weil die Schiffe für Büsum zu groß sind. Auch die Schiffe der dänischen Reedereien würden langsam aus den Büsumer Größen „herauswachsen". ●

CHEMIE

Chemie-Tarifrunde:
Betrugsmanöver der Gewerkschaftsführung

Nunmehr sind in fast allen Tarifbereichen die Verträge mit 5,85%, mindestens 85,-DM, abgeschlossen. Diesen Lohnraubabschluß versucht die Gewerkschaftpost (Organ der IG-Chemie GP) auf 6% hochzujubeln (s. Faksimile). Als Begründung müssen die 85,- DM herhalten, die in einigen Lohngruppen mehr als 5,85% ausmachen. So kommen die Gewerkschaftsführer auf eine „durchschnittliche" Lohn- und Gehaltserhöhung von „über 6%". Mal abgesehen davon, daß in den unteren Lohngruppen (wo die 85,- DM mehr als 5,85% ausmachen), nur wenige Kollegen beschäftigt sind, macht die tatsächliche Erhöhung im Schnitt wahrscheinlich weit weniger aus. Die Mindesterhöhung von 85,- DM wird nämlich nur bei den sogenannten Vollöhnen bzw. Gehältern wirksam. Gerade im Angestellten - Tarifvertrag gibt es noch eine sehr starke altersmäßige Aufsplitterung der Gehaltsgruppen. Auf diese Altersstufen wird der Mindestbetrag eben nicht in voller Höhe angerechnet, sondern nur anteilig, womit gerade die große Zahl jüngerer Kollegen angeschissen ist. Das verschweigt natürlich die GP.

H 3263 EX

Tarifabschlüsse in der chemischen Industrie: 5,85 Prozent, mindestens 85 DM monatlich, bringen im Durchschnitt über

6 Prozent mehr Lohn

Durch Mindestbetrag die unteren Lohn- und Gehaltsgruppen stärker angehoben



Fortsetzung auf Seite 11

Fortsetzung von Seite 10

Stattdessen werden eine Reihe Gewerkschaftsführer zitiert, die den Abschluß natürlich in den höchsten Tönen loben, die *„magische 6"* sei überschritten, die *„Schallmauer von 5,4%"* sei durchbrochen.

Natürlich fehlt auch nicht die Selbstbeweihräucherung der Gewerkschaftsführer mit der *„gesamtgesellschaftlichen Verantwortung"*, die gezeigt wurde, und es liege nun an den Chemieunternehmern, zu beweisen, daß auch sie zur wirtschaftlichen Stabilität beitragen wollen .... (alle Zitate nach GP 6/76).

Deutlich wird der Zynismus dieser Gewerkschaftszeitung erst, wenn man weiß, daß der Leiter der Wirtschaftsabteilung der IG Chemie, Dr. Manfred Krüper, in einer Stellungnahme zu den jüngsten Benzinpreiserhöhungen diese ausdrücklich begrüßt hat! („Handelsblatt", 7.6.76).

Die Annahme des Tarifergebnisses war nicht in allen Tarfikommissionen einhellig. So berichte sogar die GP, daß in der Rheinland-Pfälzischen Kommission vier Kollegen mit „Nein" stimmten und in der hessischen sechs Kollegen. Immerhin gab es ja auch in Rheinland-Pfalz bei BASF die einzigen bekannt gewordenen Kampfaktionen in dieser Tarifrunde (der AK berichtete darüber).

Chemie-Komitee

IG Chemie auf Seiten der Frauen?

Zu gegebenem Anlaß lassen die Gewerkschaften immer wieder verlauten, wie „ernst" es ihnen mit den Problemen der Frauen ist, was sie alles zur Veränderung der Situtation der Frauen unternehmen wollen.

Zum diesjährigen Gewerkschaftstag der IG Chemie, der im September stattfinden soll, werden u. a. wieder diese Themen auf den Tisch kommen. Auf der VLK-Sitzung bei Beiersdorf gaben die Delegierten der Bezirksdelegiertenkonferenz ihren Bericht über die behandelten Anträge. Sekretär Schmoldt führte einen Antrag aus, der auch tarifpolitisch die Situation der Frau berücksichtigen soll. Leichtlohngruppen sind zwar abgeschafft, aber es sei ja nun mal Tatsache, daß es immer noch Frauenlöhne gibt, Frauen immer die untersten Lohn- und Gehaltsgruppen besetzen. Richtig, diese Erkenntnis hat aber bisher keineswegs dazu geführt, dieses Problem von Seiten der Gewerkschaftsführung anzupacken. Im Gegenteil: Auf einer Beiersdorf VLK-Sitzung zum Thema Tarifrunde wurde von einer Vertrauensfrau auf die Frauenlöhne hingewiesen und der Vorschlag gemacht, dies bei der Aufstellung der Forderung zu berücksichtigen. Betriebsratsvorsitzender Ganschow hetzte in übelster Weise los und erklärte schlicht und einfach, daß die Frauen die bestverdienendste Gruppe im Betrieb seien und ebenso auf einem sog. „Kontaktabend" des Frauenausschusses der IG Chemie. Wer hier erwartet hatte, unter dem Thema „Lohnsituation in der BRD" auch etwas über Frauenentlohnung zu erfahren, sah sich getäuscht. Walter Holst, Vorsitzender der Verwaltungsstelle, meinte, durch die Abschaffung der Leichtlohngruppen sei dieses Problem ja gelöst.

Ähnlich war es mit den Anträgen zum Gewerkschaftstag 1972, wo z. B. die Betriebsräte aufgefordert wurden, für die Chancengleichheit der Frauen zu kämpfen. Auch damals wurde auf die Benachteiligung der Frauen bei der Entlohnung hingewiesen.

Auch bei den Anträgen für die ersatzlose Streichung des § 218 bzw. gesetzliche Verankerung der Fristenregelung haben die Frauen keine Unterstützung erfahren.

Die Frauenfeindlichkeit von Holst, Ganschow und ihresgleichen zeigt, daß die Frauen von diesen Gewerkschaftsführern auch in Zukunft nichts zu erwarten haben. ●

Betriebszelle Beiersdorf
KB/ Gruppe Hamburg

DRUCK

Broschek Hamburg

Betriebsratsersatzmitglied gekündigt

Wie schon im letzten AK berichtet, setzen die Broschek-Kapitalisten die Linie fort, jede Möglichkeit zu nutzen, um Kollegen, die der „Argumente"-Gruppe (einer Gruppe linker Kollegen, die während der BR-Wahlen erstmals gemeinsam auftraten) angehören, aus dem Betrieb zu werfen.

Jetzt wurde ein Kollege, Ersatzbetriebsratsmitglied, wegen „Störung des Betriebsfriedens" gekündigt. „Gestört" worden sei der Betriebsfrieden, als der Kollegen während des Druckerstreiks das „Streik-Info" Hamburger Drucker im Betrieb verteilte.

Es scherte den Kapitalisten wenig, daß zwischen Kapitalistenverband und IG Druck ein „Maßregelungsverbot" im Tarifvertrag vereinbart worden war, das Kündigungen infolge der Teilnehme am Arbeitskampf untersagte. Genausowenig kümmerte dieser offensichtliche Bruch des Tarifvertrages die Gewerkschaftsführung. Der Rechtsschutz, den der Kollege beantragt hatte, wurde mit der fadenscheinigen Begründung abgelehnt, daß der Kollege zusätzlich gefordert hatte, daß die Anwälte keinen Schritt tun, der nicht mit ihm abgesprochen sei.

Der Betriebsrat bei Broschek lehnte die zuerst beantragte fristlose Kündigung in einer Kampfabstimmung mit 6:5 ab, worauf die Kapitalisten diese dann in eine „ordentliche" umwandelten und die sofortige Beurlaubung aussprachen.

Der stellvertretende (sozialdemokratische) Betriebsratsvorsitzende brüstete sich damit, der Kündigung zugestimmt zu haben und kündigte gleichzeitig einem anderen „Argumente"-Mitglied an, es bei ihm genauso zu machen, wenn er „dran" wäre. Der Vertrauensleutekörper enthielt sich bisher jeglicher Stellungnahme. Im Gegensatz dazu sammelten die Kollegen aus der Abteilung des Gekündigten ca. 30 Unterschriften, die sich gegen die Kündigung aussprachen. Unterstützung kam auch von ca. 60 Kollegen vom Heinrich-Bauer-Verlag, die in einer Resolution gegen die Kündigung protestierten.

Eine Einstweilige Verfügung auf Weiterbeschäftigung bis zum Kündigungsschutztermin wurde vor dem Arbeitsgericht erreicht. Wie in solchen Fällen schon bekannt, kümmerte die Kapitalisten das bürgerliche Recht hier herzlich wenig. Unter Androhung von Polizeigewalt und dem Hinweis auf das Hausrecht wurde der Kollege, nachdem er sich einen Tag im Betrieb aufgehalten hatte, wieder rausgeworfen. Ein Antrag auf Zwangsvollstreckung dieser Einstweiligen Verfügung läuft inzwischen vor dem Arbeitsgericht. ●

Betriebszelle Broscheck
KB/Gruppe Hamburg

ihm abgesprochen sei.
Der Betriebsrat bei Broschek lehnte die zuerst beantragte fristlose Kündigung in einer Kampfabstimmung mit 6:5 ab, worauf die Kapitalisten diese dann in eine „ordentliche" um-
Zwangsvollstreckung dieser Einstweiligen Verfügung läuft inzwischen vor dem Arbeitsgericht. ●
Betriebszelle Broscheck
KB/Gruppe Hamburg

Erster Gewerkschaftsausschluß wegen Unterstützung der Hamburger Betriebsräte-Veranstaltung

wegen Unterstützung der Hamburger Betriebsräte-Veranstaltung

Wie bereits berichtet, haben die Gewerkschaftsführer der IG Metall, ÖTV sowie IG Chemie gegen bisher fünf Veranstalter der Betriebsräte-Veranstaltung, die am 6.12.75 in Hamburg stattfand, sowie gegen den Unterzeichner des Aufrufflugblattes zu dieser Veranstaltung, Gewerkschaftsausschlußverfahren in die Wege geleitet. Inzwischen ist der erste Ausschluß von der IG Chemie-Führung gegen den presserechtlich Verantwortlichen für das Aufrufflugblatt, den Kollegen und gewerkschaftlichen Vertrauensmann auf der Hamburger Kupferhütte „Norddeutsche Affinerie", Ralph H., vollzogen worden.

In der Begründung für den Ausschluß erklärte der Hauptvorstand der IG Chemie unter Berufung auf eine entsprechende, natürlich unbewiesene Behauptung des DGB, Kreis Hamburg, vom 6.12.75, daß die Betriebsräte-Veranstaltung „gewerkschaftsfeindlich" gewesen sei. Unter Bezug auf eine Stellungnahme, die der betroffene Kollege an den Hauptvorstand geleitet hatte, heißt es dann weiter: *„... geben Sie selbst zu, daß sich die Veranstaltung auch gegen ‚Verantwortliche in der Gewerkschaft' gerichtet habe, die nach Ihrer Auffassung die ‚soziale Partnerschaft mit dem Kapital' unterstützen. Selbst wenn dies aus Ihrer subjektiven Sicht gesehen sich so darstellen sollte, haben Sie damit vorsätzlich gegen die Bestimmungen unserer Satzung verstoßen, indem Sie als Mitinitiator einer außergewerkschaftlichen Veranstaltung derartige Behauptungen in der Öffentlichkeit verbreitet haben. Da es sich hier um keinen innergewerkschaftlichen Vorgang handelt, haben diese Behauptungen auch nichts mit innergewerkschaftlicher Meinungsfreiheit zu tun."*

Deutlicher hat die Gewerkschaftsführung wohl noch nie gezeigt, daß sie jede öffentlichen Kritik an ihrem sozialpartnerschaftlichen Kurs als gewerkschaftsfeindlich diffamiert, und daß sie damit letztlich jeden Gewerkschafter, der öffentlich diese Politik der Anpassung an die Kapitalinteressen, wie sie in der strikten Befolgung der Lohnleitlinien etc. zum Ausdruck kommt, bis hin zum Gewerkschaftsausschluß bekämpft. Sollte die IG Chemie-Führung mit dieser Argumentation für den Gewerkschaftsausschluß erfolgreich sein, d. h. sollte der Beschwerdeausschuß den Einspruch des betroffenen Kollegen erwartungsgemäß niederschlagen, so hat sie sich die Möglichkeit geschaffen, jede öffentliche Kritik von Gewerkschaftsmitgliedern mit Hilfe eines Ausschlusses zu unterbinden.

Der betroffene Kollege hat inzwischen in einer Stellungnahme angekündigt, auch mit juristischen Mitteln gegen den Gewerkschaftsausschluß anzukämpfen, um *„eine Entscheidung zu erreichen, die es Gewerkschaftsmitgliedern erlaubt, auch in der Öffentlichkeit über Fragen der Gewerkschaftspolitik ihre Meinung zu äußern, ohne damit den Gewerkschaftsausschluß befürchten zu müssen."*

Weg mit dem Maulkorb für Gewerkschafter!
Uneingeschränktes Recht auf Meinungsfreiheit!
Weg mit dem Gewerkschaftsausschluß!
Solidarität! ●

Betriebszelle Norddeutsche Affinerie
KB/ Gruppe Hamburg

Gewerkschaftsausschluß auf kaltem Weg

Als kurz vor den Druckerstreiks ein Druck-Kollege in Eckernförde in die IG Druck eintreten wollte, wurde ihm dies mit der Begründung, gegen den Abgrenzungsbeschluß verstoßen zu haben, verwehrt. Dabei ist die Tatsache, daß der Kollege überhaupt wieder einen Antrag auf Aufnahme in die IG Druck stellen mußte schon absurd – schließlich wurde er nie ausgeschlossen.

Er wurde 1974, als er von der IG Druck in die IG Metall überwechseln wollte, in der einen abgemeldet und in der anderen nicht aufgenommen. Stattdessen flatterte dem Kollegen ein Revers ins Haus, in dem er erklären sollte, daß er „nicht mehr Mitglied einer kommunistischen Organisation" sei. Er unterschrieb nichts, sondern veröffentlichte diese Praktiken der Gewerkschaftsführer in einem „offenen Brief" an die Kollegen. ●

Druckzelle
KB/Gruppe Flensburg

IG Druck-Mitgliederversammlung verurteilt Polizeieinsätze

Die Polizeieinsätze gegen Streikposten während des Druckerstreiks und die brutale Auflösung einer AStA-Vollversammlung an der Münchner Universität hat die Mitgliederversammlung der IG Druck und Papier in München verurteilt. Die Versammlung forderte einstimmig die Zurücknahme gestellter Strafanzeigen gegen Streikposten bzw. Studenten, die Vernichtung von Polizeifotos und Fingerabdrücken der Betroffenen. Otto Götz, Ortsvorsitzender der IG Druck, bedankte sich für die zahlreichen Beweise der Solidarität (35 Adressen an die örtliche Streikleitung und Spenden von 2.813 DM allein in München). Außerdem konnte die IG Druck und Papier allein in München während des Streiks 500 neue Mitglieder gewinnen (nach „Unsere Zeit", 3.6.76). ●

Gruppe Nürnberger Kommunisten

Chemie aktuell

Beiersdorf AG, Hamburg:

Auf der Vertrauensleutesitzung am 8.6.76 wurde von den Gewerkschaftsführern eine neue Variante erzählt, warum der diesjährige Tarifabschluß so mager sei: Bei den Kollegen fehle die Streikbereitschaft. Und das liege eben daran, daß in der Chemieindustrie „traditionell ungelernte Kräfte beschäftigt würden", während die Erfahrung bestehe, daß nur Facharbeiter zum Streik bereit seien, besonders bei den Metall- und Druckkollegen. Dies ist ein Schlag mehr ins Gesicht aller Chemiearbeiter, die bereits 1971 ihren Mann im Streik gestanden haben. ●

Alsen'sche-Portland-Cementfabriken:

Die Alsen'sche-Portland-Cementfabriken, Itzehoe, die sich 1972 mit den Breitenburger Portland-Cementfabriken in Lägerdorf vereinigten, wollen nach einem Sozialplan 180 Arbeitsplätze abbauen. 170 der betroffenen Kollegen können sich nach Lägerdorf versetzen lassen, mit dem Rest der Beschäftigten wird Kalk produziert. ●

Chemieverwaltungs AG:

Diese Holding, an der wesentlich die Veba und Bayer beteiligt sind, besitzt 50 % der Chemischen Werke Hüls. Die Chemieverwaltung ist dieses Jahr in der Lage, ihre Dividende von 7 auf 22,5 % (!!!) zu erhöhen. Und das alles resultiert aus den Profiten des ach so schlechten Jahres 1975.

Spinnstoffabrik Zehlendorf, Westberlin:

Am 6. April 1976 wurde zwischen dem Betriebsrat und der Geschäftsleitung des zum Hoechst-Konzern gehörenden Werkes ein Interessenausgleich und Sozialplan vereinbart. Danach sollen statt der angekündigten 209 Arbeiter nunmehr 112 entlassen werden. Dieses soll stufenweise vom 31.7.76 bis 28.2.77 geschehen. Betroffen sind die Kollegen der Teppichgarnproduktion, die ganz stillgelegt wird, und die Beschäftigten, die der Einführung eines Schnellspinnverfahrens weichen müssen.

Nach dem Sozialplan erhalten die Kollegen eine Abfindung, einen vollen Jahresurlaub einschließlich Urlaubsgeld und dazu bei Ortswechsel die Umzugskosten oder Trennungsentschädigung. („Gewerkschaftspost" 6/1976) ●

Kalle-Werke, Neunkirchen:

Die Kalle-Werke, Neunkrichen, die zum Hoechst-Konzern gehören, haben die Entlassung von 200 Beschäftigten angekündigt. Ein großer Teil der Folienerzeugung wird stillgelegt. Großspurige Pläne, wonach das von Steuergeldern gebaute Werk nach der Fertigstellung 2.000 Kollegen beschäftigen sollte, sind damit gestorben. ●
(„Gewerkschaftspost" 6/1976)

Schmid-Heiny-Konzern:

Die Hemmoor Zement AG, Hemmoor, will bis Oktober 120 Kollegen entlassen und mit 75 Arbeitern das Mahlwerk weiter betreiben.

Am 15. März 1976 wurde der Sozialplan bekanntgegeben. Den Kollegen wurde eine Versetzung zu den Breitenburger Portland-Cementfabriken in Lägerdorf angeboten. Die Fahrzeit von Hemmoor nach Lägerdorf beträgt dreieinhalt (!) Stunden. Nach starkem Protest der Kollegen muß die Geschäftsleitung nun auch Kollegen, die sich nicht versetzen lassen wollen, eine Abfindung in voller Höhe zahlen. ●

Chemiekomitee
KB/ Gruppe Hamburg

Stuttgart:

Fortschrittlicher Betriebsrat wegen Streik entlassen

Wegen aktiver Teilnahme am Streik der Druckarbeiter schmiß der Stuttgarter Druckkapitalist Brüllmann vier Kollegen aus dem Betrieb. Besonders das aktive Betriebsratsmitglied, dem der Kapitalist schon früher mehrfach wegen seines konsequenten Einsatzes für die Interessen der Kollegen ans Zeug flicken wollte, wurde sofort nach dem Streik mit Hausverbot abgestraft, und es wurde ihm vorgeworfen, er hätte die „freiwillig übernommene Verantwortung für Betrieb (!) und Mitarbeiter" während des Streiks abgelegt, indem er Lehrlinge und Angestellte zum Streiken „überredet" und die Kollegen am 6. Mai (als ab 6 Uhr morgens der Vollstreik ausgerufen wurde) zur Sabotage (!) aufgerufen hätte. Damit wurde D. G.'s fristlose Entlassung „begründet".

Diese politische Disziplinierung stieß auf spürbaren Protest. D. G. selbst trat mit einer Erklärung an die Öffentlichkeit, während der Betriebsrat der Druckerei Brüllmann gegen seine fristlose Entlassung Einspruch erhob. Der Druckkapitalist Brüllmann zog deshalb sogleich vors Arbeitsgericht, um sich die Maßregelung von dort absegnen zu lassen.

Kollegen aus anderen Stuttgarter Druckbetrieben starteten indes Solidaritätsaktionen. So sorgten z. B. sechs Kolleginnen und Kollegen der Stuttgarter Turmhaus Druckerei dafür, daß der schweinische Angriff auf die Brüllmann-Kollegen bekannt wurde und riefen im Namen der Streikleitung ihres Betriebes zu einer öffentlichen Informations- und Solidaritätsversammlung auf. ●

Druck-Komitee
KB/ Gruppe Hamburg

Frankreich

Streik der Drucker und der Journalisten

Der Druckbetrieb Caron-Ozanne in Caen ist am 20. Mai um 3 Uhr morgens von den Bullen geräumt worden. Der Betrieb, der seit dem 5. Juni 1975 besetzt gehalten wurde, wurde zu diesem Zeitpunkt nur noch von acht Kollegen bewacht. Die Kollegen von Caron-Ozanne hatten einige Wochen nach dem Beginn der Besetzung eine Zeitung herausgebracht „Ouest-Licenciements" (West-Entlassungen), die zum Sprachrohr aller Kämpfe in der normannischen Region werden sollte.

Während der Besetzung wurde eine Gewerkschaftssektion der CFDT von einigen Kollegen gegründet, als Antwort auf die Sabotage ihres Kampfes durch die CGT-Führung. Es ist bekannt, daß in der Druckergewerkschaft der CGT, FFTL, rund 90% aller Drucker organisiert sind. Von daher war der Schritt zur Gründung einer CFDT-Sektion im Betrieb zwar eine aus Enttäuschung verständliche Reaktion der Kollegen, wenn auch von vornherein eine sehr fragwürdige Angelegenheit, die nämlich bedeutete, von sich aus den innergewerkschaftlichen Kampf (in der CGT) zu verlassen. Staatsapparat und Kapitalisten verfolgten nämlich die Taktik, die Besetzer, die auf sich selbst gestellt waren, auszuhungern.

Nach der Räumung des Betriebs wurde von der FFTL sowie von der CFDT-Druckergewerkschaft ein Aufruf zu einem 24-stündigen Streik gemacht. Am gleichen Tag, dem 21. Mai, fand auch ein nationaler Streik des Nationalen Bundes der Journalistengewerkschaften statt.

Während die Druckarbeiter gegen die Rationalisierungen, Entlassungen und Betriebsschließungen protestierten, protestierten die Journalisten ebenfalls gegen die hohe Arbeitslosigkeit in ihrem Beruf: Von 13.000 Berufsjournalisten sind heute rund 1.700 arbeitslos.

Die Journalistengewerkschaften fordern das Recht der Ablehnung, Unwahrheiten schreiben zu müssen, sie fordern das Recht auf Gewerkschaftsversammlungen am Arbeitsort, sie fordern das Recht auf eine jährliche Weiterbildungswoche, bessere Arbeitsbedingungen und bessere Löhne. 90% der Journalisten haben eine Arbeitswoche zwischen 50 und 60 Stunden, in den regionalen Zeitungen verdienen sie 1.500 Francs, in den etwas größeren Zeitungen verdienen sie 2.000 Francs) knapp 1.000 DM.

Gleichzeitig prangern die Journalistengewerkschaften auch die immer schärfere Kontrolle seitens des Staates auf das gesamte Pressewesen an.

So wurde vor kurzem ein Journalist aus der linksliberalen Tageszeitung „Le Monde" gefeuert, weil er einen Artikel geschrieben hatte über Staatsverträge mit Erdölgesellschaften, deren Handhabung wohl nicht ganz mit dem Gesetz im Einklang stand.

Parallel dazu hat die Regierung angekündigt, daß die Mehrwertsteuer (TVA) jetzt auch von den Wochenzeitschriften erhoben werden soll. Das bedeutet insbesondere für die linke und fortschrittliche Presse eine enorme Mehrbelastung, wodurch nach Wunsch der Regierung linke Zeitungen kontrolliert und eine möglichst ausradiert werden sollen.

So haben insgesamt 15 Zeitungen ein gemeinsames Kommuniqué herausgebracht: *„Das neue Gesetzprojekt der Regierung über das Steuersystem der Presse setzt die Existenz aller Wochen- und Monatszeitschriften mit politischem Inhalt in Gefahr ... Die politischen Zeitungen, gleich welche Meinungen sie vertreten, sind absolut notwendig für die Praxis der Meinungsfreiheit und des Informationsrechts aller Bürger"* („Tribune Socialiste", 23.5.76). ●

Frankreich-Kommission KB/Gruppe Hamburg

BRD-Kapitalisten lassen in Hongkong drucken

BRD-Kapitalisten lassen in Hongkong drucken

Die „Marktinformation" Compsec brachte in ihrem Informationsblatt vom 4. Juni die interessante Meldung, daß während des Druckerstreiks Aufträge in Millionenhöhe in Länder mit niedrigeren Lohnkosten gegangen sind. Bereits vor dem Streik waren Aufträge aus Westdeutschland an die DDR, Jugoslawien und Belgien gegangen. Für die westdeutschen Kapitalisten hat sich das Niedrig-Lohnland Hongkong als besonders profitträchtig erwiesen. Vor allem norddeutsche Kapitalisten lassen dort Bücher etc. drucken, die dann auf einem Spezialschiff mit Binde-Einrichtung während des Transports nach Hamburg fertig gebunden werden.

Die Kapitalisten machen so Superprofite ohne Zeit zu verlieren. Für wieviele Kollegen der Druckindustrie wird das den Verlust des Arbeitsplatzes bedeuten? ●

Kapitalistenverbände schießen gegen „Maßregelungsklauseln"

Mit zunehmend härterem Vorgehen der Kapitalisten ist in Zukunft gegen spontane Streiks, wie es sie z.B. in der Metall-Tarifrunde massenweise gab, zu rechnen. In einer Reihe von Artikeln polemisiert ihre Hauspostille, das „Handelsblatt", gegen die jüngst in der Metall- und Druckindustrie vereinbarten Maßregelungsverbote. Dabei stoßen die Kapitalisten sich weniger an dem „regulären" Arbeitskampf der Druckarbeiter, als an den Aktionen der Metallarbeiter oder auch an den Sympathiestreiks von Redakteuren und Angestellten im Druckbereich, die sie als „rechtswidrig" bezeichnen. Die abgeschlossenen Maßregelungsklauseln *„... sind von juristisch ganz anderer Qualität als der ‚Maßregelungsverzicht', der nach Beendigung eines rechtmäßigen Arbeitskampfs durchaus üblich war. Denn Maßregelungsklauseln sind im Zusammenhang mit ‚spontanen' oder ‚Warnstreiks', die in Wirklichkeit wilde Arbeitsniederlegungen sind, für den Arbeitgeber nicht zumutbar."* („Handelsblatt", 24.5.76).

Der vom „Handelsblatt" zitierte Hauptgeschäftsführer des BDA, Erdmann, stößt sich gar an der Vokabel „Maßregelung", da sie das *„feudale Machtgefälle"* zu sehr offen legt. *„Arbeitgeber maßregelten ... nicht, sondern zögen gegebenenfalls juristische Konsequenzen aus Verletzungen des Arbeitsvertrages, den sie mit gleichberechtigten* (!) *Vertragspartnern abgeschlossen hätten."* Sozusagen als Verteidigungsmaßnahmen...

Kern der Sache ist die Befürchtung der Kapitalisten, daß auch Streiks, die nicht offiziell von der Gewerkschaftsführung – nach Ablauf der Friedenspflicht – abgesegnet sind, durch Maßregelungsklauseln nachträglich legalisiert werden könnten. Insbesondere das wiederholte Abschließen derartiger Klauseln könnte, so der Kapitalistensprecher, zu einer Änderung des bisherigen Arbeitskampfrechts führen.

Und in der Tat kommt den Kapitalisten die bisherige Rechtsprechung weitgehend entgegen, indem das Bundesarbeitsgericht praktisch jede spontane Arbeitsniederlegung für rechtswidrig erklärt hat, so daß von dem grundgesetzlich verbrieften Streikrecht nur noch eine Farce übriggeblieben ist.

Dementsprechend lobend äußert sich der Kapitalistensprecher auch über die vom Bundesarbeitsgericht entwickelte Rechtsprechung: *„Ich glaube, man kann mit diesem Recht leben. Dieses Recht ist klar und eindeutig ... Es ist nun eine große öffentliche Aufgabe, für die Zukunft deutlich zu machen, welche befriedenden Wirkungen dieses deutsche Arbeitskampfrecht hat, um das manch anderes Land die Bundesrepublik beneidet."* Fürwahr entlarvende Worte aus berufenem Munde über die westdeutsche Klassenjustiz! ●

HBV

Kaufhalle, Hamburg

Von „Mutterschutz" keine Spur

Nach dem Mutterschutzgesetz stehen schwangeren Frauen einige Rechte zu, die ihnen die Arbeit erleichtern sollen. Schwangere Frauen dürfen z.B. laut Mutterschutzgesetz keine Mehrarbeit verrichten, d.h. täglich nicht mehr als 8 1/2 Stunden arbeiten. Ihnen müssen Sitzgelegenheiten zur Verfügung gestellt werden. Ab dem 5. Schwangerschaftsmonat dürfen die Frauen nicht länger als 4 Stunden stehen, außerdem haben sie das Recht auf einen Liegeraum.

In der Kaufhalle in Hamburg, wo besonders viele Frauen als Verkäuferinnen und Kassiererinnen arbeiten, wird von den Kaufhallenkapitalisten laufend gegen diese Rechte verstossen.

So müssen die Verkäuferinnen täglich von 8.55 Uhr bis mindestens 18.40 Uhr arbeiten, auch wenn sie schwanger sind. Die Frauen in der Lebensmittelabteilung und am Imbißstand müssen oft schon um 7.30 oder 8 Uhr im Laden sein. Sitzmöglichkeiten haben die Kolleginnen aus der Lebensmittelabteilung und vom Imbißstand überhaupt keine. In den anderen Abteilungen dienen an einigen Kassen umgekippte Abfalleimer mit einem Kissen als „Sitzmöglichkeiten".

In der Kaufhalle gibt es zwar einen Liegeraum, aber was nützt der, wenn ihn die Schwangeren aufgrund der enormen Arbeitshetze überhaupt nicht benutzen können.

Die schwangere Verkäuferin hinter dem Imbißstand mußte dort, mit Ausnahme der viel zu kurzen Pausen, den ganzen Tag alleine stehen. Sie konnte sich weder setzen, noch bekam sie eine Vertretung, wenn sie mal weg mußte. Da ihr aufgrund der Schwangerschaft oft schlecht wurde, hatte sie einen Kotzeimer unter dem Tresen stehen, was für sie eine Quälerei und für die Kunden, die auf dem Tische die Würstchen aßen, eine Zumutung war.

Wie alle, so müssen auch die schwangeren Frauen in der Kaufhalle ständig die Ware aus dem Lager holen, in die Wagen packen und in den Abteilungen die schweren Kartons in die oberen Regale packen, d.h. bücken, schleppen, heben usw., was ebenfalls nach dem Mutterschutzgesetz verboten ist.

Schwangere Frauen, die sich über diese unzumutbaren Bedingungen beschwert haben, bekamen „großzügigerweise" einen Platz an einer der Kassen zugewiesen. Dieser Arbeitsablauf unterscheidet sich jedoch in nichts mehr von dem einer Fließbandarbeiterin. In einem Wahnsinnstempo werden die Preise in die Kasse eingetippt, wobei die Kassiererin die Ware vom Fließband in die Warenablage schieben muß und den ganzen Tag in einer krummen Arbeitshaltung dasitzen muß. Besonders gegen Feierabend ist die Arbeitshetze am größten. Die letzten Kunden gehen gegen 18.45 Uhr, erst danach kann die Kasse abgerechnet werden. Die Kassiererinnen kommen fast nie vor 19 Uhr aus dem Laden, d.h. sie leisten täglich eine halbe Stunde Mehrarbeit.

Aus Angst um den Arbeitsplatz und aus Unsicherheit über die ihnen zustehenden Rechte haben sich die Kolleginnen bisher fast gar nicht gegen diese unzumutbaren Zustände gewehrt. Auch der Betriebsratsvorsitzende - seines Zeichens Abteilungsleiter - hat für die Frauen nicht die geringsten Bemühungen unternommen.

Nur das Vertrauen in die eigene Kraft kann diese Misere ändern! ●

Eine Genossin aus dem Einzelhandel

Iduna – Arbeitsgericht Hamburg

Wer bietet mehr gegen die Kollegen?

Dank der großzügigen Hilfe seitens der Arbeitsgerichtskammern hat die Iduna-Versicherung in Hamburg bis heute das Raussäubern von sieben linken Kollegen durchziehen können.

Im letzten AK haben wir vom Urteil eines Betriebsgruppenvorstandsmitgliedes berichtet. Obwohl die Iduna so gut wie nichts beweisen konnte von dem, was sie an Betriebsstörung etc. vorbrachte, bestätigte der Richter die Kündigung.

teil eines Betriebsgruppenvorstandsmitgliedes berichtet. Obwohl die Iduna so gut wie nichts beweisen konnte von dem, was sie an Betriebsstörung etc. vorbrachte, bestätigte der Richter die Kündigung.

Am 26. Mai fand die Verhandlung gegen zwei der damals Gekündigten vom Hamburger Arbeitsgericht statt. Beide hatten im Januar 1976 vor derselben Kammer (mit Richter Rogge, einem der sog. Liberalen) Recht bekommen, und die Kündigung wurde als unwirksam zurückgewiesen. Die Kapitalisten setzten sich über das Urteil hinweg und erteilten Ende Januar Hausverbot. Im Klageantrag und im Urteil fehlte nämlich spitzfindigerweise der sog. „Weiterbeschäftigungsanspruch". Dieser Anspruch sollte nun geltend gemacht werden.

Richter Rogge fühlte sich sichtlich unwohl in seiner Haut. Mehrfach deutete er an, er würde das Verfahren am liebsten vertagen bis zur Berufungsverhandlung vor dem Landesarbeitsgericht (LAG) im August. Man könnte es der Beklagten doch nicht zumuten, daß die Kläger jetzt zwei Monate wieder im Betrieb wären und dann doch wieder raus müßten. Aber natürlich könne man andererseits eine evtl. LAG-Entscheidung jetzt doch nicht berücksichtigen, da die Gesetze fürs Arbeitsgericht vorschrieben, man müsse sich auf vorherige Urteile stützen.

wieder im Betrieb wären und dann doch wieder raus müßten. Aber natürlich könne man andererseits eine evtl. LAG-Entscheidung jetzt doch nicht berücksichtigen, da die Gesetze fürs Arbeitsgericht vorschrieben, man müsse sich auf vorherige Urteile stützen.

Rechtlich war eigentlich klar, daß der Weiterbeschäftigungsanspruch gewährt werden mußte.

Rogge schaffte es aber, sich aus der Klemme seines eigenen ersten Urteils zu ziehen. Eine Woche später ließ er das Urteil verkünden: Die Klage wird abgewiesen, die Iduna braucht die Kollegen trotz Unwirksamkeit der Kündigung nicht beschäftigen! ●

Betriebszelle Iduna KB/Gruppe Hamburg

Mainzer Landesbank:

„Verbotene" Profitgeschäfte

Wir hatten bereits berichtet, daß das Bundesaufsichtsamt für das Kreditwesen einer Reihe von Banken auf der Spur ist, die trotz Verbots der Bundesregierung Wertpapiergeschäfte mit dem Ausland machten.

Ein weiterer Fall ist jetzt bekanntgeworden. Wie die „Süddeutsche Zeitung" am 3.6. 1976 meldete, ist die Landesbank Rheinland-Pfalz mit einem Bußgeld von zwei Millionen (!) DM belegt worden. Eine enorme Summe, auch für eine Bank. Aber man braucht keine Angst zu haben, daß dadurch eine neue Bankenpleite bevorsteht.

Landesbank Rheinland-Pfalz mit einem Bußgeld von zwei Millionen (!) DM belegt worden. Eine enorme Summe, auch für eine Bank. Aber man braucht keine Angst zu haben, daß dadurch eine neue Bankenpleite bevorsteht.

Nach Auskunft des Parlamentarischen Staatssekretärs im Bundesfinanzministerium, Karl Hähser, lagen die Gewinne der Landesbank auf Grund dieser Geschäfte dreimal so hoch als das von ihr zu zahlende Bußgeld! ●

HBV-Komitee KB/Gruppe Hamburg

HBV-Kundgebung in Bremerhaven



Eine Kundgebung der HBV fand am 8. Juni in Bremerhaven statt. Anlaß dafür war die bevorstehende dritte Tarifrunde für den Einzelhandel im Land Bremen. Nachdem die ersten zwei Verhandlungsrunden ergebnislos abgebrochen waren, (die Kapitalisten boten nur 60,– DM, während die HBV 7 % oder mindestens 90,– DM mehr forderte), kam es zu Aktivitäten der Kollegen in der HBV, so daß die HBV mehrere Flugblattaktionen und Informationsstände durchführte. Das ganze fand seinen Höhepunkt in der Kundgebung am 8. Juni, an der sich ca. 200 Kollegen beteiligten.

Auf dieser Kundgebung wurde auch vielfach mit einem Streik der Verkäuferinnen gedroht, falls in der dritten Tarifrunde wieder keine Annäherung von HBV-Forderungen und Kapitalistenangebot zustandekomme.

Die Verkäuferinnen in Bremerhaven gehören übrigens zu den am schlechtesten bezahlten in der BRD. So verdient eine Verkäuferin im ersten Berufsjahr durchschnittlich 840,– DM brutto. Das entspricht einem Stundenlohn von nur 4,86 (!) DM. ●

KB/Gruppe Bremerhaven

10. Landesbezirkskonferenz der HBV Nordrhein-Westfalen:

Raus aus der Konzertierten Aktion!

Knapp 100 Delegierte faßten auf dieser Konferenz Beschlüsse zur weiteren Gewerkschaftsarbeit der HBV. Der Vorsitzende der HBV, Heinz Vietheer, war angereist, um nach besten Kräften die Politik der Gewerkschaftsführung zu verkaufen.

Was auch er nicht verhindern konnte, waren mehrere fortschrittliche Beschlüsse.

Zwar lag ein Antrag zu den Unvereinbarkeitsbeschlüssen nicht vor, mit großer Mehrheit aber wurde die Aufhebung des Radikalenerlasses der Bundesländer gefordert.

Der Höhepunkt in Nordrhein-Westfalen war ein Antrag über Austritt aus der Konzertierten Aktion. Es wiederholte sich, was schon in Westberlin am gewerkschaftlichen Radikalenerlaß deutlich wurde. Die HBV-Prominenz ging in die Vollen und verteidigte die Konzertierte Aktion. Bei der Abstimmung sprachen sich dann ganze 12 Delegierte für ein Verbleiben in der Aktion aus, der Rest stimmte für den Antrag: Raus aus der Konzertierten Aktion. ●

HBV-Komitee KB/Gruppe Hamburg

Jetzt reicht es!

HBV-Gewerkschafter kämpfen gegen den Ausschlußterror

Im letzten Arbeiterkampf mußten wir berichten, daß die HBV-Gewerkschaftsführung in Hamburg ihrem elften Gewerkschaftsausschluß seit gut einem Jahr entgegensteuert. Dieses Mal soll der Vorsitzende der Fachgruppe Großhandel und Mitglied des Ortsverwaltungsvorstandes in Hamburg innergewerkschaftlich mundtot gemacht werden.

Der gewerkschaftsoppositionelle Kollegenkreis in der HBV, der Kreis Konsequenter Gewerkschafter (KKG), reagierte als erstes mit einem breit vor Großbetrieben verteilten Flugblatt. In dem Flugblatt wird die Riesensauerei angeprangert, daß der Kollege ausgeschlossen werden soll, weil er ein Aufrufflugblatt zu einer nicht von der HBV-Führung kontrollierten Frauenveranstaltung in seinem Fachgruppenvorstand auf besonderen Wunsch von Kollegen verteilt hat.

Die Gewerkschaft wird aufgefordert, Stellung zu beziehen, ob sie gewerkschaftliche Frauenarbeit weiterhin boykottieren und Kollegen, die dann eigenständig die Arbeit aufnehmen, ausschließen will.

Das Flugblatt hat in vielen Abteilungen Empörung, gerade auch unter den Kolleginnen, über die Praktiken der Gewerkschaftsführung ausgelöst. Von verschiedenen gewerkschaftlich organisierten Kolleginnen wurde der Ausschlußantrag als Aufforderung begriffen, sich einmal u. a. mit der Ausschlußantragstellerin intensiv zu unterhalten.

Kollegen vom Großhandel reagieren

Für die Kollegen der Fachgruppe Großhandel ist der Ausschlußversuch gleichzeitig der dritte Versuch seit der Neuwahl des Fachgruppenvorstandes, die linke Mehrheit zu brechen. Der erste, im Frühjahr als Fachgruppenvorsitzender gewählte Kollege wurde damals kurzerhand nicht bestätigt. (Mit der Bestätigungsklausel hat sich die Gewerkschaftsführung ein Instrument geschaffen, von Kollegen gewählte, ihr nicht genehme, Funktionäre auszuschalten.)

Dummdreist suchte man sich die Begründung, der Kollege wäre zwar schon seit 1 1/2 Jahren im Großhandel tätig, aber eigentlich gehöre er als Datenverarbeitungsfachmann in die Fachgruppe Wirtschaftsdienste. Der zweite Linke bekam seine Nichtbestätigung kurze Zeit später, da er zum Zeitpunkt der Wahl arbeitslos war. Daß er arbeitslos war, weil er in seinem vorherigen Betrieb gekündigt wurde (wegen gewerkschaftlicher Betätigung bei der Betriebsratswahl), blieb „selbstverständlich" belanglos. Kollege Nr. drei mußte als langjähriger Betriebsrat der EDEKA bestätigt werden, soll aber nun wegen der gewerkschaftsfeindlichen „Frauenarbeit" rausgeschmissen werden.

Kollegen der Fachgruppe haben sich nun hingesetzt und einen „hbv-kollegenbrief" geschrieben. Dieses Info-Blatt soll nach der Konzeption unregelmäßig erscheinen und wird versuchen, die Informationssperre der Gewerkschaftsführung für die in vielen Kleinbetriebe zersplitterte Mitgliederschaft zu durchbrechen. Die erste Ausgabe befaßte sich aktuell mit dem Ausschlußversuch und dem Kampf der Gewerkschaftsführung gegen den linken Fachgruppenvorstand. Ein Bericht über die „gewerkschaftsfeindliche Frauenveranstaltung" rundete das Bild ab.

Die linken und fortschrittlichen Kräfte in der Gewerkschaft HBV haben sich das Ziel gesetzt, den bisher frechsten arbeiterfeindlichen Coup der Gewerkschaftsführung nicht hinzunehmen, sondern mit ihr internem Protest hinzunehmen. Breiteste Entlarvung und Aufbau einer weit über HBV und Hamburg hinausreichenden Solidaritätsbewegung gegen die Spaltung der Gewerkschafts muß erreicht werden. ●

HBV-Komitee
KB/Gruppe Hamburg

9. Landesbezirkskonferenz der HBV in Westberlin:

Weg mit dem Unvereinbarkeitsbeschluß!

Am 25. April 1976 fand die Landesdelegiertenkonferenz statt. HBV-Führer Volkmar vom Hauptvorstand war angereist, um in die erwarteten scharfen Auseinandersetzungen zwischen den linken Kräften und der HBV-Führung einzugreifen. Aber es half nichts:

Die Delegierten übten mit großer Mehrheit scharfe Kritik an der in diesem Jahr praktizierten Gestaltung des 1. Mai in Westberlin. Für 1977 wurde wieder die Abhaltung eines „gewerkschaftlichen Kampftages mit Demonstration und öffentlicher Kundgebung" gefordert.

Nur knapp wurde dann ein Antrag abgelehnt, der den Austritt der Gewerkschaften aus der Konzertierten Aktion forderte (40 Nein-Stimmen, 34 Ja-Stimmen bei neun Enthaltungen).

Der Höhepunkt war die Abstimmung und Diskussion eines Antrages, der die Aufhebung des „Radikalenerlaßes des DGB vom 3. 10. 1973" forderte. Sowohl Günter Volkmar als auch die HBV-Größen aus Westberlin, Manfred Alles und Günter Knobloch, konnten trotz hektischen Argumentierens, welch schlimme Folgen der Antrag habe, daß er von der politischen Gesamtlinie der HBV und des DGB abweiche etc., die Meinung der Delegierten nicht ändern. Der Antrag wurde in geheimer Abstimmung mit 64 Ja-Stimmen, 38 Gegenstimmen und fünf Enthaltungen angenommen. ●

HBV-Komitee
KB/Gruppe Hamburg

Westdeutschlands Großbankier Nr. 1 nimmt seinen Hut

Hermann Josef Abs zieht sich zurück. Jahrzehntelang hat dieser allgewaltige Herrscher des Imperiums „Deutsche Bank" große Teile des westdeutschen Kapitals verwaltet und im profitgünstigsten verschoben. Nun quasi als Abschiedsgeschenk verschacherte er ganz nebenbei Ende April 1976 40 % Aktienanteile der Bayrischen Elektrizitätswerke an die Lech AG in Augsburg.

Als Großbankier standen Abs riesige Geldmittel zur Verfügung. Allein über die Deutsche Bank konnte er mit Spareinlagen der Arbeitnehmer in Milliardenhöhe wirtschaften. Über das Depotstimmrecht übte er direkt einen entscheidenden Einfluß in zahlreichen in- und ausländischen Firmen aus. Die ganze Arroganz dieses Großkapitalisten zeigte sich einmal, als er von einem Besucher mit „Herr Direktor" angeredet wurde. Er antwortete: *Ich bin kein Direktor, ich ernenne Direktoren!*

Für ihre Tätigkeit im Aufsichtsrat (häufig für nur wenige Sitzungen im Jahr) lassen sich die Aufsichtsratsmitglieder schöne Nebeneinnahmen zukommen. Ein Aufsichtsrats-Sammler wie Hermann J. Abs dürfte in seiner besten Zeit mindestens 600.000 DM jährlich für solche Nebentätigkeiten eingenommen haben.

Wir schreiben diese kleine Abschiedsanekdote, weil wir uns wirklich freuen, daß wieder einmal ein Groß-Kapitalist zu alt wird, um weiter die Arbeiter auszupressen. Natürlich tritt ein anderer an seine Stelle (ein Herr Ulrich, vormals Vorstandssprecher der Deutschen Bank), und wir hätten Herrn Abs auch einen rascheren und durchschlagenderen Abgang gewünscht. ●

HBV-Komitee
KB&Gruppe Hamburg

Mit ..Frauenrabatt" die Benach-

Mit „Frauenrabatt" die Benachteiligung in der gesetzlichen Altersversicherung ausnutzen

Die westdeutschen Lebensversicherer, allen voran die Provinzial-Lebensversicherung in Hannover, haben eine neue Einnahmequelle entdeckt: Nur 15 % des Versicherungsbestandes entfällt auf weibliche Versicherte. Da nach der Statistik Frauen im Durchschnitt länger leben als Männer (was für die Versicherungsgesellschaft gewinnträchtiger ist), will die Provincial einen Lebensversicherungstarif anbieten, der um 5 % billiger ist als der normale „Männertarif".

Auf diese Weise profitieren die Privatversicherungen und Lebensversicherungsgesellschaften von der schlechten Sozialversorgung. Ein durchschnittlich verdienender Mann bekommt heute eine Rente von 500 bis 800 DM. Schon die reicht kaum für eine Ehepaar zum Leben. Allein die Miete frißt die Rente schon fast auf, auf „Luxusgüter", wie z. B. ein Auto, müssen die älteren Menschen ganz verzichten.

Wenn der Mann stirbt, dann hat die Frau nur auf 60 % seiner Rente Anspruch, d. h. ihr Renteneinkommen liegt unter dem Existenzminimum. In diese Kerbe schlagen nun die Versicherungsgesellschaften mit ihrem „Frauenrabatt": Wollen die Frauen nicht verhungern, dann sind sie praktisch gezwungen, eine teure Lebensversicherung abzuschließen. ●

HBV-Komitee
KB/Gruppe Hamburg

HBV verbietet Jugendtreff

HBV verbietet Jugendtreff

Seit langem besteht bei der HBV ein Arbeitskreis für Jugendliche aus dem Großhandel. Sekretär Klaas weigerte sich schon längere Zeit, Einladungen für ein Treffen zu versenden. Die Jugendlichen machten daraufhin eine eigene Einladung und riefen für den 9. 6. eine Sitzung im üblichen Tagungsraum — der Jugendetage des DGB — ein. Zehn Kollegen standen vor der Tür, als der Hausmeister erklärte, auf persönliche Anweisung von HBV-Führer Krause bleibt der Raum verschlossen. „Privattreffen" könnten nicht im Gewerkschaftshaus stattfinden.

Die Sitzung wurde dann in eine Kneipe verlegt. Die meisten Kollegen meinten, diese Willkür von Krause muß damit beantwortet werden, daß der Arbeitskreis sich selbständig trifft. Einige wollten sich als Kreis immer noch dem Ortsjugendausschuß anschließen. „Legal" könne man dann wieder „normal" (mit Krause und Co.?) weiterarbeiten. ●

HBV-Komitee

Tarifgemeinschaft DAG/HBV aufgelöst

Zusammen mit der DAG führte HBV für die Kollegen des Groß- und Aussenhandels in Baden-Württemberg Tarifverhandlungen. Die DAG akzeptierte am 25. Mai '76 das Unternehmerangebot von 5,8 %, HBV lehnte ab. Lt. „Süddeutsche Zeitung" vom 28. 5. '76 erklärte ein HBV-Sprecher, es sei unerklärlich, daß die DAG *„auf das viel zu geringe Angebot der Arbeitgeber"* eingehen konnte. HBV hatte ganze 0,2 % mehr gefordert (6 %, mindestens 90,- DM).

DAG und der Arbeitgeberverband zeigten sich von der HBV-Meinung überrascht und meinten, daß sei doch

hatte ganze 0,2 % mehr gefordert (6 %, mindestens 90,- DM).

DAG und der Arbeitgeberverband zeigten sich von der HBV-Meinung überrascht und meinten, daß sei doch

„ein außerordentlich guter Abschluß" (DAG) bzw. das *„Ergebnis passe genau in die Tariflandschaft"* (Kapitalisten).

HBV kündigte daraufhin die bisher praktizierte Tarifgemeinschaft auf. HBV-Boß Vietheer erklärte, man werde zukünftig jeden Landesverband vom Hauptvorstand aus unterstützen, der wegen „unsolidarischer Verhaltensweisen der DAG" die Tarifverhandlungen alleine führen werde.

Ähnlich äußerte sich die ÖTV. Sie war von der DAG wegen ihrer Festgeldforderung zusammen mit den Arbeitgebern scharf angegriffen worden. Die ÖTV will auf ihrem Gewerkschaftstag Mitte Juni in Hamburg die Trennung der Verhandlungsgemeinschaften mit der DAG beschließen.

Erstaunlich ist es schon, daß die HBV wegen 0,2 % auf die Barrikaden geht, wo sie ansonsten keinen Deut besser für die Kollegen ist. Bei Banken und Versicherungen schloß HBV sogar bei nur 5,4 % (zusammen mit der DAG) ab. Nicht unbedingt neu ist das Verhalten, mindestens in einem Tarifbezirk, nicht zusammen mit der DAG abzuschließen, sondern einen eigenen tariflosen Zustand herbeizuführen (letztes Jahr war es bei den Banken). Konkurrenzgründe gegenüber der DAG spielen dabei eine große Rolle. Irgendwo spielt die HBV so immer die „konsequentere Interessenvertreterin".

Ob sich aus dem neuerlichen Disput mehr entwickelt, ist schlecht absehbar. Die „Frankfurter Allgemeine Zeitung" zitierte den DAG-Vorsitzenden Brandt, der sich über die Einseitigkeit der HBV und des DGB beklagt

mehr entwickelt, ist schlecht absehbar. Die „Frankfurter Allgemeine Zeitung" zitierte den DAG-Vorsitzenden Brandt, der sich über die Einseitigkeit der HBV und des DGB beklagte.

Es werde zuviel SPD-Politik gemacht, zu wenig kämen andere Richtungen zu Wort. Als evtl. Alternative zu den Tarifgemeinschaften mit den DGB-Gewerkschaften entwickelte er die Idee, zusammen mit den vielen anderen ständischen Verbänden mehr Einigkeit zu suchen. Konkret handelt es sich dabei um die ULA (Union Leitender Angestellter), dem DBB (Deutschen Beamtenbund) nebst Untergliederungen, dem CGB (Christlichen Gewerkschaftsbund). Alle diese Organisationen sind allerdings wirklich frei vom Makel der SPD-Politik. Im CGB regieren Faschisten wie Löwenthal, in den DBB-Zeitungen wird die CDU/CSU-Politik bejubelt, und die DAG selber hatte immerhin Franz-Josef Strauß auch schon als Starredner auf einem ihrer Kongresse.

Man wird die Entwicklung im Auge behalten müssen.

HBV-Komitee
KB/Gruppe Hamburg

ÖTV

Personalratswahlen in Hamburg

Einige Ergebnisse

Vom 1. März bis 31. Mai fanden im Bereich des öffentlichen Dienstes (ÖD) und der öffentlich-rechtlichen Einrichtungen Personalratswahlen statt. Die Wahlen fanden in einer Zeit scharfer ökonomischer und politischer Angriffe auf die Arbeiter, Angestellten und auch Beamten des öffentlichen Dienstes statt. Abschaffung des Streikrechtes für Arbeiter und Angestellte, Berufsverbote, „Spar"politik, umfangreichste Rationalisierungen, zunehmende Arbeitshetze und hohe Arbeitslosigkeit insbesondere unter den Frauen und Ausländern sind nur einige Stichpunkte, die die heutige Lage im ÖD umreißen.

Wie unsere ersten Berichte zeigen, sind diese Probleme überhaupt nur dort zur Sprache gekommen, wo fortschrittliche linke Kollegen für den Personalratkandidierten. Soweit uns bekannt, führte die ÖTV ihren Wahlkampf in solchen Betrieben nicht etwa gegen die Angriffe durch die öffentlichen Arbeitgeber oder z.B. gegen rechte Spaltergewerkschaften — sondern gegen die linken Kollegen.

Universität

Im Verhältnis zu den PR-Wahlen vor drei Jahren, bei denen 13 Sitze zu besetzen waren und die ÖTV davon neun erhielt, mußte sie diesmal bei insgesamt 17 Mandaten mit nur 10 Sitzen einen Stimmenverlust verbuchen. Dies liegt daran, daß bei der Gruppe Angestellte von der GEW-Liste zwei Kandidaten und von der „Freien Liste" eine Kandidatin in den PR gewählt wurden, als Ausdruck der Unzufriedenheit eines Teils der Kollegenschaft mit der bisherigen PR-Arbeit.

Bei den Arbeitern und Beamten hat sich kaum etwas verändert. Bei den Arbeitern wurde Personenwahl für drei Sitze durchgeführt, da nur ÖTV-Kandidaten aufgestellt worden waren.

Da in diesem Jahr auch die studentischen Hilfskräfte wählen konnten, die Gewerkschaften aber hierüber nicht informiert und mobilisiert hatten, war die Wahlbeteiligung verhältnismäßig gering; bei den Angestellten lag sie mit 57% am niedrigsten.

Die Kandidaten der GEW hatten sich mit einem „flotten" Wahlprogramm vorgestellt, das vom Äußeren her zwar ansprechend, vom Inhalt aber sehr dürftig war. Als Wahlslogan hatten sie versprochen: *„Wir fangen Ihre Probleme auf"*. Was sie anschließend damit tun wollen, wurde aber nicht erklärt. Die GEW-Kandidaten sind alle Wissenschaftliche Angestellte (Juristen, Fachbereichsplaner, eine Verwaltungsleiterin usw.); man kann annehmen, daß auch die Wähler zum größten Teil aus demselben Bereich stammen.

Immerhin werden in ihrem Programm einige Probleme angesprochen, wie z.B. der von der Uni-Verwaltung geplante zentrale Schreibdienst und die immer noch fehlende Kantine...

Die DAG stellte sich als *„Dynamisch — Aktiv — Gestaltend"* vor und forderte auf: *„Wir wählen DAG, weil wir's weiterbringen wollen."* Die ÖTV-Liste hatte auch nichts Gescheiteres anzubieten als Scheinerfolge ihrer bisherigen PR-Arbeit (wie z.B. angebliche Verbesserung der Arbeitssicherheit, wovon die Kollegen nur herzlich wenig spüren).

Einige Kandidaten der „Freien Liste" hatten schon einige Zeit vor dem eigentlichen Wahlkampf ihre Vorstellungen über eine PR-Arbeit im Interesse der Kollegen und Kritik an der bisherigen PR-Arbeit in einem Flugblatt dargestellt. Sie waren die einzigen Kandidaten, die mit einem konkreten Programm an die Kollegen herangetreten waren. Als eine wichtige Aufgabe hatten sie die breite Information der Kollegenschaft über die Probleme und Ereignisse an der Uni bezeichnet. Obwohl es noch vor der Wahl zu einer Spaltung der „Freien Liste" aufgrund von Differenzen bei der Gewichtung von Gewerkschaftsarbeit gekommen und dies in einer Erklärung bekannt gemacht worden war, hat die „Freie Liste" 123 Stimmen (das sind etwas über 10%) erhalten.

Wie bereits in AK 80 berichtet, war vom Vertrauensleutekörper der ÖTV ein Antrag auf Ausschluß der Kandidaten der „Frein Liste" aus der ÖTV beschlossen worden. Die betroffenen Kolleginnen und Kollegen sind bisher von ihren Vertrauensleuten weder darüber informiert noch dazu gehört worden. Es ist nicht bekannt, ob dieser Antrag inzwischen gestellt wurde.

Eine ÖTV-Genossin
KB / Gruppe Hamburg

Fernmeldeamt I.

Linke Liste bekommt 42% bei den Angestellten!

Während durchweg in anderen Ämtern der „Deutschen Bundespost" zu den Kandidaten der „Deutschen Postgewerkschaft" (DPG) für fortschrittliche Kollegen keine Alternative zur bisherigen Politik in den Personalräten geboten wurde, stellten sich beim Hamburger Fernmeldeamt 1 (FA 1) Kollegen zur Wahl, die bislang in mehreren Fällen die Interessen der Kollegen aufgegriffen und gegen DPG-Funktionäre und Teile der Amtsgruppe durchzusetzen versucht haben. Vor allem haben sie sich für die Möglichkeit eingesetzt, daß Kollegen, die bisher aufgrund „betrieblicher Bedingungen" praktisch von jeder Personal- und Gewerkschaftsversammlung ausgeschlossen waren, am Meinungsbildungs- und Abstimmungsprozeß teilhaben können.

Die Aktivitäten dieser Kollegen im Amtsgruppenvorstand führten zum Rücktritt der rechten Vorstandsmitglieder – angeblich wegen undemokratischer Vorhaben der Linken.

„Rechtzeitig" vor der fälligen Nachwahl der zurückgetretenen Vorstandsmitglieder der Amtsgruppe erhielt der restliche Vorstand (11 Kollegen) den Antrag auf Ausschluß aus der Gewerkschaft, wegen „gewerkschaftsschädigenden Verhaltens", versteht sich. Begründung waren angebliche Formfehler bei der einzuberufenden Amtsgruppenhauptversammlung zur Nachwahl. Damit war den Kollegen die Möglichkeit genommen, an gewerkschaftlichen Veranstaltungen teilzunehmen, ihre sämtlichen Rechte als Gewerkschaftsmitglieder ruhen.

Dieser Zustand gefällt der Gewerkschaftsführung. Bis heute, das ist ein Jahr, warten noch immer vier Kollegen auf das Untersuchungsverfahren, ein Fall schmort beim Hauptvorstand und fünf Kollegen sind inzwischen ausgeschlossen!

Für die diesjährigen Personalratswahlen bildete ein Teil dieser Kollegen mit Unterstützung der übrigen vom Ausschluß Bedrohten und zusammen mit anderen Kollegen eine eigene Liste, „Wählerinitiative" (im weiteren „WI" genannt), da sie aufgrund der laufenden bzw. erfolgten Gewerkschaftsausschlüsse nicht auf der offiziellen DPG-Liste kandidieren konnten. Innerhalb von 2 1/2 Tagen wurden ca. 160 Unterschriften gesammelt (rund 100 sind notwendig, um an den Wahlen teilzunehmen).

Die Möglichkeit, nicht mehr ungestört im Personalrat mauscheln zu können, rief die DPG-Fürsten auf den Plan. So wurde ein Flugblatt verteilt, auf dem behauptet wurde, die Kollegen der „WI" hätten in der Gewerkschaft keine Mehrheit gefunden. Dabei wird verschwiegen, daß durch die undemokratischen Machenschaften des alten Personalrats der Großteil der Arbeiter und Angestellten gar nicht auf Versammlungen teilnehmen konnte (s.o.)!

Weiterhin wurde behauptet, die Kollegen der „WI" seien aus der Gewerkschaft ausgeschlossen, oder der Ausschluß stünde bevor. Das ist zum einen eine klare Lüge (damals war noch keiner ausgeschlossen), zum anderen eine Einschüchterung der noch nicht mit einem Ausschlußantrag bedachten Kollegen der „WI" und eine Verunglimpfung vor den Wählern.

Mit der Hetze kamen diese „Kollegen" nicht durch. Der Wahlerfolg der „WI" im wesentlichen bei den Angestellten hat gezeigt, daß sie durchaus einen Großteil der Kollegen gewinnen konnte. Bei den Angestellten erreicht die „WI" zwei von sechs möglichen Sitzen. Für einen dritten Sitz fehlten ganze zwei Stimmen. Auf drei Sitzen wäre die Blockade von Beschlüssen, die nur die Angestellten betreffen (Kündigung) möglich geworden.

Auch auf der Beamtenliste errang die „WI" einen Sitz, mit 20% (!) der Beamtenstimmen. Von den 13 insgesamt im Personalrat erreichbaren Sitzen bekam die DPG 8.

Die „WI" stellt nunmehr die Forderung, als Fraktion im PR auch über eigene Informationsmittel zu verfügen, da sie sich durch die Informationspolitik der Mehrheitsfraktion nicht vertreten sieht und es bereits im Wahlkampf etliche Benachteiligungen für sie gegeben hat. Für alle Wähler der „WI" ist es das mindeste Recht zu erfahren, ob die gewählten Kandidaten auch in ihrem Sinne verfahren. Das ist allerdings nur durch eine ungehinderte Informationsarbeit der „WI" möglich.

Zwei Postkollegen

Gewerkschaftsausschlüsse nicht auf der offiziellen DPG-Liste kandidieren konnten. Innerhalb von 2 1/2 Tagen

Zwei Postkollegen

8. Ordentlicher Gewerkschaftstag der ÖTV in Hamburg

Über 400 Ausschlüsse!

Vom 14. bis 18. Juni findet der 8. ordentliche ÖTV-Gewerkschaftstag in Hamburg statt. Der Gewerkschaftstag ist das höchste gewerkschaftliche Gremium, er ist u.a. befugt, Satzungsänderungen zu beschließen. Eine entscheidende Erweiterung der Satzung soll wahrscheinlich auf diesem Gewerkschaftstag beschlossen werden: der Unvereinbarkeits- oder Abgrenzungsbeschluß gegenüber einer Reihe linker Organisationen. Dieser DGB-Beschluß wurde vom Hauptvorstand der ÖTV übernommen und soll nun nachträglich abgesegnet werden! Gleichzeitig sollen die Delegierten den bereits beantragten Ausschluß von insgesamt mehr als 400 Kolleginnen und Kollegen ohne deren Anhörung besiegeln!

Nach bisherigen Schätzungen hat mindestens die Hälfte der Gemaßregelten gewerkschaftliche Vertretungsaufgaben wahrgenommen.

Die Abgrenzungsbeschlüsse und Massenausschlüsse stellen einen eklatanten Angriff auf das Prinzip der Einheitsgewerkschaft dar. Linke Opponenten werden per Beschluß ausgeschaltet und sämtliche Gewerkschaftsmitglieder auf die offzielle Gewerkschaftsführungslinie festgelegt. Parallel damit laufen entscheidende Angriffe auf die innergewerkschaftliche Demokratie. Abschaffen von Mitgliederversammlungen und anderen gewerkschaftlichen Basisgremien sind nur einige Beispiele. Auch die undemokratische Tarifpolitik der ÖTV-Führer gehört in diese Reihe.

Der Protest von aktiven Gewerkschaftern wird von oben abgewürgt. So auch auf diesem Gewerkschaftstag. Die Antragskommission hat alle Anträge, die sich gegen die Berufsverbote durch die öffentlichen Arbeitgeber wenden, mit der Empfehlung „Ablehnung" versehen! Die Abstimmungen werden entsprechend aussehen, was schon durch die Zusammensetzung des Gewerkschaftstages „garantiert" wird: Von ca. 600 Delegierten sind ca. 500 SPD-Mitglieder und über 100 hauptamtliche ÖTV-Funktionäre.

In einer Zeit, in der die Berufsverbote in der BRD sorgenvolle und empörte Stimmen im Ausland hervorrufen, sieht die Gewerkschaftsführung keinen Anlaß, sich zum Fürsprecher dieser Proteste zu machen. Im Gegenteil zeigen die beantragten Massenausschlüsse aus der ÖTV, daß die Gewerkschaftsführung mit dem Staat Hand in Hand arbeitet an der Durchführung von Einschüchterungsmaßnahmen und Gesinnungsschnüffelei. Vor dieser Entwicklung haben in einem *„Offenen Brief an die Delegierten des ÖTV-Gewerkschaftskongresses"* einige Hamburger ÖTV-Gewerkschaftsgruppen (deren Mitglieder z.T. auch vom Gewerkschaftsverbot bedroht sind) gewarnt.



Das Prinzip der Einheitsgewerkschaft muß von allen Mitgliedern verteidigt und dem weiteren Abbau innergewerkschaftlicher Demokratie muß Einhalt geboten werden!

WEG MIT DEN UNVEREINBARKEITSBESCHLÜSSEN !

FÜR DIE ENTWICKLUNG DER INNERGEWERKSCHAFTLICHEN DEMOKRATIE – GEGEN EINE POLITIK DER ANPASSUNG !

ÖTV-Komitee
KB / Gruppe Hamburg

GEW

Solidarität mit der West-Berliner

Solidarität mit der West-Berliner GEW-Linken

Wer sich nicht in Gefahr begibt, kommt in ihr um

Erwartungsgemäß nahmen am Frankfurter Antirepressionskongreß zahlreiche fortschrittliche Lehrer und Referendare teil. Es war auch klar, daß für diese Kollegen neben den Berufsverboten die Frage der innergewerkschaftlichen Situation in der GEW aktuell und dringend anstand. Die Genossen des KB gingen daher mit dem Ziel in die „Arbeitsgruppe Schule/GEW", um auf dem Kongreß eine stärkere Koordinierung der Aktivitäten der GEW-Linken in den verschiedenen Landesverbänden der Gewerkschaft zu erreichen. Es konnte eine Resolution erarbeitet werden, die von immerhin über 200 Kollegen nach ausführlicher Diskussion verabschiedet wurde:

„Die Teilnehmer der Arbeitsgruppe Schule/GEW bekräftigen ihren Willen, den Zentralisierungsbestrebungen, die die Wahrnehmung von Mitgliederinteressen verhindern, innerhalb der GEW entgegenzutreten. Sie werden den Westberliner Landesverband in seinen Bestrebungen unterstützen, eine völlige Einschränkung seiner Autonomie abzuwehren. Sie fordern den Westberliner Landesverband auf, der Auflösung nicht zuzustimmen.

Sie sehen in den Bestrebungen des Hauptvorstandes den Versuch, die wachsende Mobilisierung der Basis zu schwächen und den Protest der Kollegen in Richtung auf die alte Stillhaltepolitik der Gewerkschaftsführung zu kanalisieren. Wir appellieren an die Berliner Genossen, alles zu tun, das breite Bündnis der Linken in der GEW Berlin zu erhalten.

Wir fordern die Sozialisten in der GEW auf, gegen die mit der Übernahme der Bundessatzung verbundene Auflösung des Landesverbandes zu klagen.

Wir fordern die Sozialisten in der GEW auf, eine Kampagne gegen die Übernahme der Bundessatzung in den Landesverbänden Schleswig-Holstein, Rheinland-Pfalz und Baden-Württemberg zu organisieren (dort ist die GEW-Bundessatzung noch nicht abgestimmt worden – Anm. AK).

Wir fordern die Sozialisten in der GEW auf, den Kampf für die Beseitigung der Unvereinbarkeitsbeschlüsse fortzuführen und Gewerkschaftsausschlüsse zu verhindern."

Diese Resolution wurde angesichts des Konfliktes erarbeitet, in dem die Westberliner Kollegen im Augenblick stehen. Nachdem die Landesvertreterversammlung Ende April mit übergroßer Mehrheit beschlossen hatte, denjenigen Mitgliedern, die aufgrund der Unvereinbarkeitsbeschlüsse aus der GEW ausgeschlossen worden sind, offiziell Gast- und Rederecht auf ihren Versammlungen zuzubilligen, hat Frister dem Landesverband bis Ende August ein Ultimatum gestellt. Entweder die Delegierten stimmen mit 3/4 Mehrheit der Auflösung ihres Landesverbandes (Aufhebung jeglicher bisher vorhandener Autonomie) zugunsten einer totalen Unterwerfung unter die Bundesführung zu, oder Frister droht mit dem Rausschmiß des Landesverbands aus der GEW (vgl. AK 80).

„Linke" Sozialdemokraten wollen abwiegeln

Die Sozialdemokraten in Westberlin und Hamburg, angeführt von den Landesvorsitzenden Kujawa und Lemke, sind bereit, sich der Erpressung zu beugen. Lemke hat eigens dazu einen „Offenen Brief" an die Westberliner Delegierten geschrieben, in dem er vor der „Perspektive einer Politik außerhalb der GEW" warnt. Die Unvereinbarkeitsbeschlüsse müßten „satzungsgemäß" auf der nächsten Bundesvertreterversammlung rückgängig gemacht werden. Dies ist natürlich bewußte Illusionsmacherei, denn die reaktionäre Bundessatzung ist eine Einbahnstraße: wenn auf dem letzten Bundeskongreß nicht einmal durch ein Drittel der Stimmen eine Sperrminorität gegen die Verabschiedung der Satzung erreicht wurde, wie soll dann jetzt eine 2/3-Mehrheit (!) für die Aufhebung der Satzung zustandekommen?

Ferner kann man sich an fünf Fingern abzählen, daß die Gegner der Unvereinbarkeitsbeschlüsse natürlich umso stärker sind in denjenigen GEW-Gremien, die noch eng mit der Basis verbunden sind – aber schwach in den „Spitzenorganen" und erst recht in der Bundes-GEW.

Daher läßt sich heute schon definitiv sagen, daß diejenigen, die den Kampf gegen die UVB's auf den nächsten GEW-Bundes-Kongreß vertrösten und ansonsten zum Abwarten raten (dazu gehört übrigens auch der KBW), diesen Kampf im Grunde genommen längst aufgegeben haben. Die Orientierung auf einen Bundeskongreß könnte bestenfalls dann sinnvoll sein, wenn die UVB's in den Landesverbänden de facto bereits zurückgekämpft sind.

Gegen die Auflösung der Landesverbände!

Diese Positionen wurden auf dem Anti-Repressionskongreß unter den GEW-Kollegen kontrovers diskutiert. Dabei war die Auffassung, sich der Ausschlußdrohung Fristers zu beugen und alles zu vermeiden, was vom DGB mit einem Rausschmiß beantwortet werden könnte, relativ stark vertreten.

„Prominente" SB'ler aus der hessischen GEW plädierten dafür, den „Satzungsstreit" abzuschwächen, um stattdessen mehr „bildungspolitische Aktivitäten" zu starten, womit an-

Fortsetzung auf Seite 15

Strafvollzugsamt

Im Hamburger Strafvollzugsamt konnte der Beamtenbund seine Position gegenüber der ÖTV noch erheblich ausbauen. Waren es bei den letzten PR-Wahlen schon 78% und damit neun von elf Sitzen, erreichte der Beamtenbund (DBB) in diesem Jahr 85%! Selbst im Angestelltenbereich, wo bei den letzten Wahlen jedenfalls noch einer der beiden Plätze an die ÖTV ging, sind in diesem Jahr beide an den DBB gegangen.

Zum Verständnis seien hier einmal die Werbungspraktiken des DBB aufgezeigt: Nur ein geringer Teil der Anwärter für den Aufsichtsdienst, der häufig aus „Freien Berufen" oder von der Bundeswehr kommt, war bis dahin gewerkschaftlich organisiert. Während der Anwärterschaft – wo sie natürlich auch von DBB-Lehrern unterrichtet werden – wird dann sehr deutlich gemacht, warum der *„DBB für sie das beste ist"*: Die Beiträge sind sehr viel niedriger. Außerdem, und das erfährt man sehr schnell, ist der PR in Personal- und Beförderungsfragen zuständig. Wen wundert es, daß bei der Besetzung des PR DBB-Mitglieder schneller befördert werden? Noch etwas ist für diesen weiteren Rechtsrutsch im Strafvollzugsamt mit verantwortlich: die massive Hetze der CDU-Springer-Presse gegen den angeblich reformerischen Strafvollzug des Senators Klug, die zu einer weiteren reaktionären Ausrichtung der Beamtenschaft führt und „Sicherheit und Ordnung" noch mehr in den Vordergrund rückt.

Zelle Sozialarbeiter
KB / Gruppe Hamburg

Hamburger Postlehrlinge besetzen ihre Lehrwerkstatt

Aus Protest gegen die Jugendarbeitslosigkeit besetzten am 10.6.76 30 Lehrlinge die Ausbildungswerkstatt des Fernmeldeamtes 4. *„Wie ein Sprecher der Aktion mitteilte, wollen die Jugendlichen mit der Besetzung ... die Zusage der Oberpostdirektion erzwingen, zum 1. August 300 nicht besetzte Ausbildungsplätze zur Verfügung zu stellen"* („Frankfurter Rundschau", 11.6.76).

Die Präsidentin der Hamburger Oberpostdirektion (OPD) hatte angekündigt, daß lediglich 198 Lehrlinge eingestellt werden.

Die Aktion der Lehrlinge wurde von der OPD als Hausfriedensbruch angesehen. Sie rief die Polizei, die dann die besetzte Werkstatt räumte!

Fortsetzung von Seite 14

geblich eine bessere Mobilisierung der Kollegen zu erreichen sei. Dies erstaunt gerade angesichts der Situation in Hessen, wo die GEW-Führung Seit längerem gezielt darauf hinarbeitet, den Unvereinbarkeitsbeschluß auf die Mitglieder und Sympathisanten des SB auszudehnen.

Demgegenüber vertraten andere Kollegen ebenso wie wir, durch eine aktive Solidarität mit der Westberliner GEW-Linken einen Ausschluß zu verhindern. Wirksame Solidarität musse darin bestehen, gegen die mit der Anerkennung der Bundessatzung verbundene Aufhebung der Autonomie in den eigenen Landesverbänden vorzugehen und dabei auch vor gerichtlichen Schritten nicht zurückzuschrecken.

Obgleich auch die Mehrheit der anwesenden Westberliner Kollegen diese Ansicht vertrat und – wie die Resolution zeigt – eine Mehrheit in der Arbeitsgruppe dafür zustandekam, ist man sich innerhalb des SB nicht so sicher, daß die einzelnen SB-Gruppen in den Landesverbänden auch tatsächlich durch Klagen die Westberliner unterstützen werden. Die Versammlungsleiter legten daher Wert darauf, zu betonen, daß die Resolution für die einzelnen SB-Gruppen verbindlich sein solle.

Weiterhin ungeklärt ist, ob die Westberliner Kollegen zwar der Auflösung des Landesverbandes nicht zustimmen werden, andererseits aber bereit sind, sich auf den „Hamburger Kompromiß" einzulassen. Dieser „Kompromiß" beeinhaltet eine allgemeine Anerkennung der Bundessatzung unter dem Vorbehalt, daß der Landesverband sein Vermögen selbst verwaltet, seine Organe selbst besetzt, und daß Ausschlüsse nur auf Vorschlag einer speziell dafür eingesetzten Kommission vorgenommen werden dürfen.

Wir lehnen Kompromisse nicht prinzipiell ab, warnen jedoch aus der Erfahrung in Hamburg davor, den dort gemachten „Kompromiß" als Lösung der Auseinandersetzungen zwischen Landesverband und GEW-Bund anzusehen. Nur vier Tage nach der Annahme des „Kompromisses" in Hamburg hat der Hauptvorstand selber den „Kompromiß" mit Füßen getreten und 12 Mitglieder aus der GEW ausgeschlossen (vgl. AK 78).

Vor der Bundesschiedskommission läuft gegenwärtig ein Verfahren gegen die in Hamburg für Ausschlüsse zuständige „Fünfer-Kommission", wo die Satzungsmäßigkeit dieser Einrichtung geprüft werden soll. Heute kann man bereits klar sagen, daß Frister & Co. den mit ihnen selbst ausgehandelten „Kompromiß" n i c h t anerkennen. Andererseits sind der Hamburger GEW-Linken durch die Anerkennung der Bundessatzung Möglichkeiten beschnitten worden, die innergewerkschaftliche Demokratie zu verteidigen (z.B. Verhinderung der Anwendung der Unvereinbarkeitsbeschlüsse durch die Bundes-GEW).

In Hamburg wie auch in den übrigen Landesverbänden kommt es nun darauf an, den in Frankfurt gefaßten Beschluß zu verwirklichen. D.h. nicht nur eine gerichtliche Klage gegen die Auflösung des Landesverbandes anzustrengen, sondern innerhalb der Mitglieder die Basis für eine aktive Solidarität mit den Westberliner Kollegen zu schaffen und mit allen Kräften den Kampf gegen die Entdemokratisierung der GEW aufzunehmen. Dabei gilt es, die Sozialisten in der GEW davon zu überzeugen, daß die Parole „Wer sich nicht in Gefahr begibt, kommt in ihr um!" nicht nur eine gute Agitationslosung ist, sondern Maßstab zum konkreten Handeln werden muß, um vorwärtszukommen. ●

Lehrerkomitee KB/Gruppe Hamburg

Hamburg
MSB-Pleite am Studienseminar

Prominente Größen wie die ehemalige AStA-Vorsitzende und Mitglied des MSB-Bundesvorstandes Beate Landefeld hatte die 'MSB-Gruppe am Studienseminar' aufgeboten, um sich in einer „Diskussionsveranstaltung" mit den „KB-orientierten Positionen des Referendarvorstandes" auseinanderzusetzen. Ähnlich wie beim „KB-Tribunal" der DKP im Januar 1976 wollten die Revis auch im Junglehrerbereich ihre Bedeutungslosigkeit mit dieser Veranstaltung übertünchen. Wer kam? Einige Unentwegte des KBW und eine Handvoll MSB'ler. Nachdem man eine halbe Stunde gewartet hatte, fiel das aufwendig geplante „Tribunal" mangels Masse ins Wasser. ●

Eine Referendargenossin

GEW-Hamburg

GEW-Hamburg

Landesvertreterversammlung fordert Ausschluß von Petersen und Koppe

Mit 243 gegen 175 Stimmen nahm die Landesvertreterversammlung der GEW Hamburg vom 31.5.76 einen Dringlichkeitsantrag an, in dem der Ausschluß von U. Koppe und J. Petersen gefordert wird.

Ursula Koppe ist die „Anführerin" der rechten Spalterliste für die Personalratswahlen (vergl. Artikel dazu in AK 80/81). Der Dozent J. Petersen ist vor allem an der Universität als Spitzel im Dienste der GEW-Führung zu trauriger Berühmtheit gelangt (vergl. AK 81). Beide sind Mitglieder des Landesvorstandes.

In dem Antrag heißt es: *„Wir werfen Herrn Petersen vor, Informationen über die Aktivitäten fortschrittlicher Kollegen und Studenten zu sammeln, um sie weiterzugeben. Diesen Vorwurf konnte J. Petersen weder in der BG PI* (GEW-Betriebsgruppe am Pädagogischen Institut der Universität – Anm. AK) *noch in der Fachgruppe Hochschule entkräften. Diese Aktivitäten, die eine bewußte Bedrohung der freien politischen Betätigung darstellen, sind mit der Mitgliedschaft in einer Gewerkschaft unvereinbar... Gleichzeitig mißbilligt die LVV das Verhalten des Vorstands. Der Vorstand hat es nicht nur versäumt, die Kollegen vor dem Spitzel zu schützen, er hat sogar Kollegen, die die Tätigkeit des Herrn Petersen öffentlich gemacht haben, angegriffen..."*

Obwohl dieser Beschluß mehr als deutlich die Willensbildung in der Hamburger GEW-Mitgliedschaft kennzeichnet, weigert sich der Vorstand, daraus die Konsequenzen zu ziehen. Da dieser Antrag nicht direkt an ein bestimmtes Gremium gerichtet wurde, das für Ausschlüsse „zuständig" ist – etwa an die Landesschiedskommission – will der Vorstand in der Sache Petersen überhaupt nichts unternehmen!!

Und obwohl fast jedes GEW-Gremium – u.a. die Fachgruppe Volks- und Realschulen und die Vertrauensleuteversammlung – seit Februar 76 immer wieder Ausschlußanträge gegen U. Koppe verabschiedet haben, wurde sie inzwischen von der Landesschiedskommission n i c h t ausgeschlossen, sondern erhält lediglich fünf Jahre „Funktionsverbot", was sie als Personalratsvorsitzende kaum stören dürfte!

Die Landesvertreterversammlung als oberstes Organ der GEW Hamburg (!) kann Beschlüsse fassen – der Vorstand denkt nicht daran, sie in die Tat umzusetzen. Das war nicht immer so möglich.

Vor der Übernahme der Bundessatzung hatte die Vertrauensleuteversammlung über Ausschlüsse zu entscheiden. Mit Sicherheit hätte sie mit diesen Leuten kurzen Prozeß gemacht und sie noch vor den Personalratswahlen aus der GEW ausgeschlossen. Das Wahlergebnis hätte dann ebenfalls anders ausgesehen (vergl. AK 81).

Daß die GEW-Führung auch sonst nicht im Traum daran denkt, gegen die Spalter vorzugehen, zeigt sich auch daran, daß einzelne neu gewählte Personalräte der GEW-Liste im Personalrat f ü r die Wiederwahl von Frau Koppe als Vorsitzende gestimmt haben! Damit zeigen sie, daß sie gar nicht gewillt sind, gegenüber dem „Deutschen Lehrerverband" (reaktionäre Ständeorganisation) und den rechten Spaltern der „Alternative", die im Personalrat zusammen eine Stimme Mehrheit gegenüber der GEW haben, in die Opposition zu gehen.

Daher kommt es jetzt darauf an, auf den gefaßten Beschlüssen zu beharren und durch den Druck der Mitgliedschaft für ihre Durchsetzung zu sorgen. ●

Lehrerkomitee
KB / Gruppe Hamburg



ausländische Arbeiter in der BRD

„Wohltemperierte" Ausländerfeindlichkeit des DGB

Unter dem Titel „Hinausgewünscht und doch benötigt – Gastarbeiter in der Bundesrepublik" veröffentlichte das „Magazin Welt der Arbeit" (Wochenzeitung des DGB) im Mai eine Sondernummer zur Situation ausländischer Arbeiter.

Die Broschüre wirbt um Verständnis für die Lage der „Gastarbeiter" nach dem Motto „Gastarbeiter sind auch Menschen". Unter anderem enthält sie einen „Vorurteils-Test", in dem der Leser sein Gewissen z. B. anhand solcher Fragen prüfen soll wie *„Gastarbeiter sind ein notwendiges Übel und müssen als solche geduldet werden"; „Man kann einem Deutschen nicht verübeln, wenn er einen Arbeitsplatz vorzieht, an dem er nicht direkt mit Gastarbeitern zusammenarbeiten muß"; „micht beunruhigt, daß viele Gastarbeiter so schnell mit dem Messer bei der Hand sind"*, usw.

Hat man bei dem Test gut abgeschnitten, wird einem bescheinigt: *„Sie haben gute Voraussetzungen, um mit Gastarbeitern in näheren Kontakt zu kommen. Starten Sie den Versuch, machen Sie einen ersten Schritt zur menschlichen Integration der Gastarbeiter, indem Sie auch unter ihnen Freunde suchen. Wer die gleiche Wellenlänge hat, kann sich auch mit wenigen Fremdsprachenkenntnissen unterhalten".*

Wir meinen, daß solche wohlgemeinten Ratschläge allerdings mehr mit „Aktion Gemeinsinn" und der Ideologie „Eine gute Tat am Tag" zu tun haben als mit antirassistischer Aufklärung und der Propagierung der Solidarität aller Arbeiter.

Der einzige Ausländer, der in dieser Broschüre selbst zu Wort kommt (Mustapha el Hajaj: „Vom Affen, der ein Visum suchte"), ist ein völlig unpolitischer, antikommunistischer Typ. Er urteilt in „Welt der Arbeit" über „die Deutschen":

der ein Visum suchte"), ist ein völlig unpolitischer, antikommunistischer Typ. Er urteilt in „Welt der Arbeit" über „die Deutschen":

„Die Deutschen haben Angst vor dem Leben, Angst vor der Natur, Angst vor Afrika. Gott schenkt den Deutschen keine Sonne. Wenn immer die Sonne scheinen würde, würden die Studenten nur Revolution machen auf dem Kurfürstendamm. Aber Gott kühlt die Nerven und läßt es regnen und kalt werden in Deutschland, bis es schneit."

„In Deutschland bekommen die Frauen das Haushaltsgeld, das ist unmöglich. Bei uns behält der Mann alles Geld. In Deutschland sind die Frauen aber trotzdem arm, arm am Herzen. Sie haben nicht genug Liebe."

Bei uns können die Männer oft gut singen. Es gibt bei uns Polizisten, die im Fernsehen auftreten, mit Tanzen und Singen. Ich kenne keinen deutschen Polizisten, der im Fernsehen mit Tanz und Gesang auftritt. Das ist ein Unterschied."

So möchte uns der DGB den „guten", verträglichen – natürlich etwas dummen und zurückgebliebenen – „Gastarbeiter" näher bringen. Mit dem kann sich ja auch noch der letzte deutsche Spießbürger vertragen auf der Basis des Antikommunismus, der Frauenfeindlichkeit und der Staatsgläubigkeit.

Während die Broschüre insgesamt von einer Stimmung „menschlichen Verständnisses" für die soziale Unterprivilegierung und „Rückständigkeit" der „Gastarbeiter" getragen ist, zeigt der Kommentar eines „Mannes der Praxis", nämlich DGB-Verantwortlichen Karl-Hein Goebels, Abteilung „Ausländische Arbeitnehmer" des DGB die offene Ausländerfeindlichkeit, die wir auch sonst vom DGB kennen.

Goebels, stellvertretend für den DGB, hat sich vollkommen die Sichtweise der Kapitalisten zu eigen gemacht, nach der „Gastarbeiter" nach ihrem „volkswirtschaftlichen Nutzen" betrachtet werden und das „Für und Wider" mit dem Rechenschieber des kapitalistischen Profits errechnet wird.

Einige Kostproben:

„Es mag auch eine Größenordnung geben, bei der die Beschäftigung ausländischer Arbeitnehmer Belastungen verursacht, die den volkswirtschaftlichen Nutzen ihrer Beschäftigung übersteigen. Vor einer solchen Entwicklung hat der DGB immer gewarnt".

wirtschaftlichen Nutzen ihrer Beschäftigung übersteigen. Vor einer solchen Entwicklung hat der DGB immer gewarnt".

„Ehe man im einzelnen von Belastungen spricht, muß man auf den Nutzen hinweisen. Ausländische Arbeitnehmer zahlen Steuern und Beiträge zum System unserer sozialen Sicherung, genau wie deutsche Arbeitnehmer. Ein Teil ihres Lohnes fließt wieder in den Konsum und stärkt unsere inländische Nachfrage. Ein anderer Teil liegt auf deutschen Banken und erhöht deren Liquidität, und schließlich wird ein weiterer Teil in das Heimatland geschickt, was dazu beiträgt, die Außenhandelsbilanz zu verbessern, was wiederum den Handelsbeziehungen mit der Bundesrepublik Deutschland und unserem Export zugute kommt".

Im folgenden rechnet dieser Sachwalter der imperialistischen Interessen der BRD vor, daß Ausländer die „sozialen Leistungen" viel weniger in Anspruch nehmen, als sie für sie bezahlen und findet das natürlich sehr „nützlich". Nützlich (für den BRD-Imperialismus) ist z. B., daß ausländische Arbeiter einen niedrigeren „Standard" an Wohnkomfort brauchen, daß nur 9 % der ausländischen Kinder in Kindertagesstätten betreut werden (dagegen 30 % der westdeutschen Kinder), daß nur ein geringer Prozentsatz ausländischer Kinder weiterführende Schulen besucht und nur 3 % Berufsförderungsmaßnahmen in Anspruch nehmen, daß Ausländer wenig ins Theater, auf Universitäten etc. gehen.

„Etwa 90 % der ausländischen Arbeitnehmer sind jünger als 45 Jahre. Sie befinden sich also im besten Erwerbsalter, und aufgrund der vor der Anwerbung erfolgten ärztlichen Untersuchung kann man durchschnittlich auch von einem guten Gesundheitszustand ausgehen ... Erfahrungsgemäß kann auch gesagt werden, daß ausländische Arbeitnehmer und ihre Familien auch wegen der Bevölkerungsstruktur (?) *die Krankenhäuser weniger in Anspruch nehmen als Deutsche ..."*

Diese Äußerungen sind Ausdruck eines puren Sozialchauvinismus. Herr Goebels (er wird tatsächlich nur mit einen „b" geschrieben) offenbart mit diesen Aussagen auch seine abgrundtiefe Arbeiterfeindlichkeit ganz allgemein und eine politische Mentalität, wie sie unter den Nazis gegenüber den polnischen und anderen Zwangsarbeitern während des Kriegs gang und gebe war.

Der DGB findet es vollkommen

wie sie unter den Nazis gegenüber den polnischen und anderen Zwangsarbeitern während des Kriegs gang und gebe war.

Der DGB findet es vollkommen

in Ordnung, daß sich die reiche und privilegierte Nation BRD „auf den Lorbeeren" der Ausbeutung anderer Völker und zwangsweise aus diesen Völkern ausgewanderten Arbeitslosen ausruht.

Gegen diesen Sozialchauvinismus, der leider auch bei den westdeutschen Arbeitern Anklang findet, müssen wir einen entschiedenen Kampf aufnehmen. ●

Emigrantenzelle

Nur die Spitze des Eisbergs

Die fast totale Nachrichtensperre in der bürgerlichen Presse über die Schikanen, Abschiebungspraktiken und politischen Drangsalierungen von Ausländern in der BRD wird nur hin und wieder von einigen spärlichen Meldungen durchbrochen.

So enthüllte das Hamburger Magazin „Der Spiegel" kürzlich einige Beispiele der verschärften Behördenpraktiken gegenüber Ausländern in der gegenwärtigen Zeit der Massenarbeitslosigkeit in der BRD.

– Die Kinder ausländischer Familien müssen ab 16 Jahren eine Aufenthaltsgenehmigung beantragen, die ihnen heute fast ausnahmslos verweigert wird – sicher für viele Familien ein Grund, ihren Aufenthalt in der BRD zwangsweise abzubrechen. Den bayrischen Behörden genügte selbst dieses „Steuerungsmittel" nicht mehr. Die Stadt München hat einen Erlaß an die Ausländerbehörde herausgegeben, wonach ausländische Eltern mit Fristsetzung aufgefordert werden, ihre minderjährigen Kinder heimzuschikken, andernfalls wird *„die Aufenthaltserlaubnis der Erziehungsberechtigten nicht mehr verlängert".* Somit entlarvt sich das Gerede von „Familiennachzug" und „Integration" erneut als die rücksichtslose Zerstörung von ausländischen Familien und deren wirtschaftlicher Existenz. Wie auch bei anderen Repressionsmaßnahmen (z.B. Berufsverbote) spielt auch hier wieder einmal die SPD die Vorreiterrolle.

– Daß von Altnazi Filbinger (heute CDU) regierte Land Baden-Württemberg hat eine Aktion gegen die ausländischen Sozialbetreuer gestartet. Nach einer Bonner Richtlinie soll für 3.000 ausländische Arbeiter ein vom Staat bezahlter Sozialbetreuer eingesetzt werden. Was ein einziger Betreuer selbst bei bestem Willen für 3.000 sprach- und landesunkundige Arbeiter tun kann, kann nur ein Tropfen auf den heißen Stein sein. Die Schiess-Behörde (Schiess: Innenminister von Baden-Württemberg) hat nun erklärt, es liege grundsätzlich nicht im Landesinteresse, wenn sich ausländische Sozialbetreuer dauerhaft in der BRD niederließen, *„insbesondere nach der veränderten Lage auf dem Arbeitsmarkt".* In diesem Sinne sind bereits mehreren ausländischen Betreuern, einer davon ist schon 14 Jahre in der BRD, die weitere Aufenthaltsberechtigung verweigert worden!

– Der Ausweisungsgrund „Beeinträchtigung der Belange der Bundesrepublik" wird heute in allen Fällen herangezogen, wo das reaktionäre Ausländergesetz einen ausdrücklichen Ausweisungsgrund noch nicht vorgesehen hat. So wurde in Mainz ein Ausweisungsantrag gegen einen persischen Oberschüler gestellt, weil er einen Platz am Gymnasium „beanspruchte" und er damit angeblich „die Belange der BRD beeinträchtigt" – sicher nur ein haarsträubender Fall unter vielen (Zitate aus „Spiegel", 31.5.1976). ●

Emigrantenzelle



Ausländische Arbeiter in „Abschiebehaft". Ihr Verbrechen: Ausländer sein.



Nachrichten aus Schule und Hochschule



Hamburg

Wer sich nicht in Gefahr begibt, kommt in ihr um

In den letzten Wochen kam es an Hamburgs Schulen zu massiven Protesten gegen den Entwurf der Schulbehörde für ein neues Hamburger Schulgesetz. Schülervertreter und -gruppen aus über 80 Hamburger Schulen beteiligten sich an den Aktionen. Vorläufiger Höhepunkt war eine von Hamburger Schülervertretern organisierte Veranstaltung mit 1.500 Teilnehmern am 3.6. im Audimax. Die Schüler protestierten vor allem gegen:

– die Einschränkung des Rechts auf Bildung auf die „finanziellen und organisatorischen Möglichkeiten der Hansestadt";
– die gesetzliche Festschreibung der „Sparpolitik";
– die Zementierung des dreigliedrigen Schulsystems;
– die Aushöhlung der Berufsschulpflicht für arbeitslose Jugendliche und Ausländer;
– die Ausrichtung der Lehr- und Lerninhalte auf die „freiheitlich-demokratische Grundordnung";
– die Einführung des Numerus Clausus an weiterführenden berufsbildenden Schulen;
– den Disziplinierungskatalog gegen Schüler und Eltern vor allem bei Schulstreiks.

Bereits Anfang Februar hatte die

Schüler und Eltern vor allem bei Schulstreiks.
Bereits Anfang Februar hatte die

Hamburger „Aktionseinheit" den von der Behörde geheimgehaltenen Entwurf breit an den Hamburger Schulen veröffentlicht. Daraufhin kam es an vielen Schulen in den Klassen, in Schülerräten und auf Vollversammlungen zu regen Diskussionen. Fast ausnahmslos wurde der Gesetzentwurf abgelehnt.

Anfang Mai trafen sich in allen Hamburger Bezirken Beauftragte von Schülerräten, Schülergruppen und Schülerzeitungsredaktionen, um überschulische Aktionen zu planen. Die Zahl der in den Protest einbezogenen Schulen stieg sprunghaft an. In der letzten Mai-Woche wurden zwei zentrale Schülervertretertreffen durchgeführt, an denen sich Schüler aus über 70 Schulen beteiligten. Die Schülervertreter beschlossen die Durchführung einer Großveranstaltung Hamburger Schüler gegen das Schulgesetz und gegen die Jugendarbeitslosigkeit und verabschiedeten hierfür ein Aufrufflugblatt.

Veranstaltung Hamburger Schüler

Die Veranstaltung wurde ein voller Erfolg. 1.500 Menschen, die große Mehrzahl davon Schüler, brachten in kämpferischer Atmosphäre ihren Willen zum Ausdruck, das Schulgesetz nicht widerstandslos hinzunehmen. Schülervertreter aus Hamburg, Bayern und Hessen berichteten von der Repression an den Schulen und von den Widerstandsaktionen der Schüler.

Eine Resolution wurde verabschiedet, in der vorgeschlagen wurde, sich massiv an der Demonstration der GEW gegen Jugendarbeitslosigkeit zu beteiligen, die für den 10.6. geplant war, um dort auch den Protest gegen das Schulgesetz in die Öffentlichkeit zu tragen. Von der GEW wurde gefordert, daß ein Schülervertreter als Delegierter der Veranstaltung auf der Abschlußkundgebung sprechen und über das Schulgesetz informieren kann. Sollte die GEW dies ablehnen, wollten die Schülervertreter eine eigene Abschlußkundgebung durchführen. Der Tag der Demonstration sollte an den Schulen zu einem Aktionstag gegen das Schulgesetz gemacht werden.

Gemeinsamer Kampf statt Unvereinbarkeitsbeschlüsse!

Die Initiative der Hamburger „Aktionseinheit" wurde vom sozialdemokratischen „SSB"/H und der

Die Initiative der Hamburger „Aktionseinheit" wurde vom sozialdemokratischen „SSB"/H und der

SdAJ von Anfang an im Sinne ihrer Unvereinbarkeitspolitik gegenüber den Linken bekämpft. Die von ihnen dominierte Schülerkammer, nach dem Hamburger Schulverfassungsgesetz an Stelle des ehemaligen Landesschülerparlaments eingerichtetes Gremium für karrierebeflissene Schüler „funktionäre", lehnte eine Mobilisierung der Schüler gegen den Entwurf mit der Begründung ab: „*...da glauben einige Organisationen, mit dem Schulgesetz das Ei des Kolumbus gefunden zu haben, um unter den Schülern mehr Einfluß zu gewinnen*".

Das Verhalten der Schülerkammer stieß bei der Mehrheit der fortschrittlichen Schüler auf Empörung. Selbst in den Reihen der organisierten Sozialdemokraten und Revisionisten kam es zu Widersprüchen. Vereinzelt kam es sogar an der Basis zu gemeinsamen Aktionen von Jusos bzw. Revis und den die Kampagne gegen das Schulgesetz tragenden linken Schülern. Auf der Veranstaltung blamierten sich die Schülerkammer und die sie tragenden Organisationen zumindest vor den Teilnehmern völlig, als anwesende Vertreter trotz energischer Aufforderung durch Sprechchöre nicht bereit waren, Stellung zu nehmen.

Eingreifen auf der GEW-Demonstration: Ein taktischer Fehler

Die Grenzen der bisher erreichten Mobilisierung und Vereinheitlichung der gegen das Schulgesetz kämpfenden Schüler wurden allerdings auf der Demo der GEW am 10.6. deutlich. Wie auch nicht anders zu erwarten, hatte es der GEW-Vorstand abgelehnt, einen Schülervertreter der Veranstaltung auf seiner Abschlußkundgebung reden zu lassen. Deshalb wollten die linken Schülervertreter eine eigene Abschlußkundgebung durchführen. Es zeigte sich jedoch, daß dieses Vorgehen unter den fortschrittlichen Schülern viel zu wenig diskutiert worden war (obwohl es auf der Versammlung einstimmig beschlossen worden war). Ebenso war unter den Lehrern und Referendaren, die den größten Teil der Demonstranten ausmachten, kaum eine Aufklärungsarbeit über das Verhalten der GEW-Führung gegenüber den Schülern gelaufen.

Hinzu kam, daß SDAJ-Ordner in brutaler Schlägermanier das Abbiegen von Demonstranten zu verhindern suchten und durch das von ihnen inszenierte Chaos einen Teil von Menschen, die an der Abschluß-

kundgebung der Schülerverteter teil-
dern suchten und durch das von ihnen inszenierte Chaos einen Teil von Menschen, die an der Abschluß-

kundgebung der Schülerverteter teilnehmen wollten, davon abhielten. So nahmen daran nur ca. 500 - 700 Menschen (von insgesamt ca. 3.000 Teilnehmern auf der GEW-Demonstration) teil.

Nach den Ferien weitermachen!

Trotzdem verlief die Abschlußkundgebung in kämpferischer Stimmung, wie auch schon während der Demonstration die Blöcke der Schüler den bei weitem kämpferischsten Teil der Demonstration ausmachten. In den Reden wurde selbstkritisch festgestellt, daß das Kräfteverhältnis für eine eigene Abschlußkundgebung nicht günstig gewesen war, daß es jedoch jetzt darauf ankomme, den Protest gegen das Schulgesetz noch zu verbreitern und die begonnene solidarische Zusammenarbeit Hamburger Schüler fortzuführen. Die Treffen Hamburger Schülervertreter auf Bezirksebene sollen deshalb nach den Ferien fortgesetzt werden.

Es wird darauf ankommen, die Schülerkammer zu einer Revision ihres Verhaltens zu zwingen und vor allem auch Eltern und fortschrittliche Lehrer in den Kampf einzubeziehen.

Sozialistischer Schülerbund (SSB), Hamburg



Streiknachrichten aus Schleswig-Holstein

– Angesichts wachsender Arbeitslosigkeit, fehlender Praktikantenstellen und einer neuen Prüfungsordnung für alle Fachbereiche der Fachhochschule, führten die Fachbereiche (FB) Gestaltung und Betriebswirtschaft eintägige Warnstreiks, sowie die FBs Technik, Architektur (Eckernförde) und Sozialwesen eine Aktionswoche mit eintägigem Streik durch.
– An der Kieler Uni streikten die Agrar-Studenten am 6.5. gegen die Einführung einer Blockprüfung und für Praktikaplätze.
– Anfang Juni streikten ebenfalls in Kiel die Physik- und Theologie-Studenten gegen geplante Studienplan-Verschlechterungen.

München

Scheinbarer Rückzug des Uni-Präsidenten

Nach dem brutalen Polizeiüberfall auf eine Vollversammlung an der Uni München, in dessen Zuge gegen 497 Studenten Strafanzeige erstattet werden sollte, macht jetzt der Uni-Präsident einen scheinbaren Rückzug. Nach breiten Protesten erklärte er sich bereit, nicht gegen alle 497 Anzeige zu erstatten, sondern „nur" gegen 30 „Rädelsführer" und 100

Nach breiten Protesten erklärte er sich bereit, nicht gegen alle 497 Anzeige zu erstatten, sondern „nur" gegen 30 „Rädelsführer" und 100

„Nichtstudenten" (in ihrer Mehrheit Studenten der Fachhochschule). Da er vorher aber schon erklärt hatte, daß ein Ziel des Bulleneinsatzes war, „*einmal die Namen kennenzulernen*", kann er sich dieses „Zugeständnis" natürlich leisten. Denn vom Staatsanwalt wurde zynischerweise erklärt, daß die Studenten „*die Streichung ihrer Erkennungsdienstlichen Behandlung beantragen könnten*". „*Wenn sie in den nächsten fünf* (!) *Jahren nicht strafrechtlich in Erscheinung treten würden*", würden auch die Fingerabdrücke aus der Zentralkartei des Bundeskriminalamtes gestrichen werden.

Damit ist klar, daß das wesentliche Ziel dieser Aktion, einen großen Teil der politisch aktiven Studenten ins Vorfeld der Kriminalität zu rükken, ohne Einschränkung weiterverfolgt wird.

Schleswig-Holstein

Mit Maulkorb und Bullen „in die Vollen"

Nachdem sich das schleswig-holsteiner Kultusministerium in den vergangenen Jahren mit den „Gebäude-Nutzunds-Richtlinien" das juristische Instrument geschaffen hat, folgen nun mit Volldampf die entsprechenden Taten:

– Im Mai wurde der GEW-Studentengruppe an der PH Flensburg vom KuMi Braun verboten, ein Staeck-Plakat ans Schwarze Brett zu heften!
– Am 6.5. und 13.5. wurden am Sportforum der Kieler Uni Büchertische verboten.
– Dem AStA der Uni wurde verboten, dagegen zu einem Sitzstreik aufzurufen. Alle AStA-Mitglieder erhielten vom Uni-Präsidenten für den 20.5. Hausverbot im Sportforum (dann sollte der Sitzstreik stattfinden).
– Eine weitere Protestkundgebung wurde ebenfalls verboten.
– An der Fachhochschule Technik in Kiel wurde Ende Mai eine Veranstaltung zum Berufsverbot des Wissenschaftlers Tomczak verboten.
– An der FHS in Kiel verbot KuMi Braun ebenfalls das Aushängen eines Staeck-Plakats.
– Am 22.5. besetzten zwei Hundertschaften der Polizei „übungshalber" die Uni (sämtliche Eingänge wurden abgesperrt, zentrale Räume inspiziert usw.). Eine Übung offensichtlich dafür, wie Münchener Zustände auf Kiel übertragen werden können!

Streik an Bayerns Fachhochschulen

Am 25. Mai streikten die Studenten der Fachhochschule (FHS) Nürnberg, Bamberg und München für die Forderung nach Gleichbehandlung aller graduierten Sozialarbeiter. Dieser Streik wurde durch eine Urabstimmung beschlossen, an der sich in Nürnberg 58% der Studenten beteiligten, von denen sich 91% für den Streik aussprachen; in Bamberg stimmten 97% der an der Urabstimmung Beteiligten für Streik. Mit einwöchiger Verzögerung fielen dann auch an den FHS in Regensburg und Würzburg die Lehrveranstaltungen aus.

Der Streik richtete sich gegen die Streichung des Berufspraktikums für Sozialarbeiterstudenten, wodurch die staatliche Anerkennung nach der Ausbildung wegfällt. Die bayrischen FHS-Studenten müssen dadurch erhebliche Nachteile in Kauf nehmen:

– in allen anderen Bundesländern wird zur Einstellung die staatliche Anerkennung verlangt;
– ohne staatliche Anerkennung müssen sie Lohneinbußen bis zu 300 DM hinnehmen.

Studenten des KB / Gruppe Nürnberg

Bremen

Bremen

Streik gegen Mittelsperre

Am 18.5. streikten die Studenten der Bremer Uni gegen die Streichung der staatlichen Zuschüsse durch den Senat. Zu Beginn des Semesters hatte der Senat die Sozialwerksgebühren um 140% erhöht. Dem Aufruf des AStA, die Erhöhung zu boykottieren, folgten ca. 1.800 Studenten, 1.500 gaben dem massiven Druck nach (ohne Beiträge gibt es keine Semesterbescheinigungen), ca. 800 haben noch gar nicht gezahlt. Diesen Schritt der Studenten beantwortete der Senat mit der Mittelstreichung. Nach dem eintägigen Streik, der hundertprozentig durchgeführt wurde, wurde die Mittelsperre aufgehoben, die Sozialwerksgebührenordnung bleibt allerdings weiterhin bestehen.

Hamburg

AStA zu 500 DM Strafe verurteilt

Auf Antrag der Burschenschaftler Engelke (tritt auch als RCDS-Ordner auf) und Glinsmann verurteilte das Verwaltungsgericht Hamburg den AStA der Uni zu einer Geldstrafe von 500 DM, wegen Wahrnehmung des Politischen Mandats.

Mit diesem Urteil tritt insofern eine Verschärfung ein, als nicht mehr eine ganze Publikation angegriffen wurde (z.B. Flugblatt zu Chile etc.), sondern eine einzige Passage aus einer Erstsemesterinformation, worin es heißt: „*Hier wird vor allem deutlich, welche Politik mit diesen Maßnahmen getroffen werden soll: nämlich die Politik, die den Gegner der Studenten in der BRD, die Monopole und Rüstungskonzerne, beim Namen nennt.*"

Das Gericht argumentierte, „*die Aussage, Monopole und Rüstungskonzerne seien Feinde der Studenten, ist eine politische Äußerung*", zu der der AStA nicht berechtigt sei. Damit hat sich die Behörde die Möglichkeit geschaffen, gegenüber dem jetzigen Vertretungsorgan der Studenten weitere Repressalien zu verhängen, da die beanstandete Schrift im Gegensatz zu den bisherigen Fällen nicht aus vorherigen, sondern aus diesem Semester stammt.

Wohngeld bis '78 eingefroren!

Nachdem sich die Bundesregierung erfolgreich darum bemüht hat, die Geldbeutel der Hausbesitzer über „Konjunkturprogramme" zu füllen, der „soziale" Wohnungsbau praktisch gestorben ist und die Mieter durch drastische Tariferhöhungen für Strom, Wasser und Gas zusätzlich zur Kasse gebeten werden, wird jetzt auch noch das Wohngeld bis 1978 eingefroren!

Wie notwendig das Wohngeld ist, beweist die Tatsache, daß die Zahl der Wohngeldempfänger zwischen 1970 und 74 um 80 % auf 1,65 Mio. Menschen gestiegen ist, von denen die Hälfte ein Nettoeinkommen von unter 600 DM (!) hatte, 75 % waren Rentner (nach „Mieten und Wohngeldbericht 1975" der Bundesregierung).

Die Wohngeldzahlungen sollten die immer weiter steigenden Mieten „erträglicher" machen.

Wohngeld bekommt man jedoch nur innerhalb bestimmter Einkommensgrenzen und auch die Miete darf einen bestimmten Satz nicht überschreiten, alles was über diesem Satz liegt, wird nicht berücksichtigt.

So kommt es, daß neue Mieterhöhungen selten eine Erhöhung des Wohngelds zur Folge haben, da die staatlich „erlaubte" Miete bereits überschritten ist. Da sich die Wohngeldsätze seit 1974 nicht erhöht haben, schätzt der Deutsche Mieterbund, daß etwa 50 % der Wohngeldberechtigten nicht mehr die volle Miete subventioniert bekommen. („Vorwärts", 26.2.76)

Sparschwein Ravens (Wohnungsklauminister) denkt aber nicht daran, das Wohngeld den gestiegenen Mieten anzupassen, eine Erhöhung wird frühestens ab 1978 geplant! Diese Verzögerung geht eindeutig zu Lasten der Mieter, die ihre Miete schon heute nicht mehr ohne staatliche Unterstützung zahlen können. So, wie die Koalition sie vorsieht, ist aber auch die Erhöhung des Wohngeldes in Wahrheit kein Ausgleich: Durch Renten- und Lohnerhöhung haben viele Bedürftige die niedrigen Einkommensgrenzen überschritten und ihren Wohngeldanspruch verloren. Wenn 1978 die Einkommensgrenzen für Wohngeld um 20 % erhöht werden sollen, ist das schon längst durch die hohe Inflation ausgeglichen, so daß auch diese „Reform" eine Verschlechterung gegenüber der heutigen Situation darstellt. Der Mieterbund schätzt, daß bereits heute vielerorts 30 bis 40 % des Nettoeinkommens für die Miete ausgegeben werden müssen („Welt", 20.2.76).

Da das Wohngeld zudem auf Basis der Kaltmiete berechnet wird, die erheblichen Steigerungen der Nebenkosten also nicht berücksichtigt, tritt für die bedürftigen Mieter effektiv eine Verschlechterung durch geringere Zahlungen oder den totalen Verlust des Anspruches ein. Das ist natürlich auch der Bundesregierung bekannt. In ihrer mittelfristigen Finanzplanung bis 1979 verringern sich die Wohngeldaufwendungen von 840 auf 690 Mio. DM („Frankfurter Neue Presse", 14.4.76)!

Das ist aber noch nicht alles: Die mieterfeindlichen Hamburger SPD/FDP-Sparschweine verlangen sogar, daß sich die Mieter ihr Wohngeld in Zukunft selber zahlen! So fordern die SPD und FDP-Bürgerschaftsfraktionen eine Mieterhöhung für ältere Sozialwohnungen, deren Mieten angeblich zu billig sind, um damit das Wohngeld für die teuren Neubauten zu finanzieren („Hamburger Abendblatt" vom 31.3.76). Der Vorschlag wird nur noch von Ravens übertroffen, der behauptet, daß die neuen „Sozial"wohnungen (mit z.B. DM 5,50 Anfangsmiete in Hamburg) so billig seien, daß deren Mieten zukünftig auf 25% des Einkommens erhöht werden könnten (s. AK 79).

Dieser Widerspruch zeigt, wie wenig Staat und Kapitalisten an der tatsächlichen Lage der Mieter und deren Verbesserung interessiert sind. Politiker und Verwaltung begünstigen die Hausbesitzer, lassen diese die Mieten durch staatlich geförderte Modernisierung herauftreiben und empfehlen dann den Mietern, die die hohen Mieten nicht zahlen können, doch Wohngeld zu beantragen. Der Hausbesitzer reibt sich die Hände – schließlich landet auch das Wohngeld in seinen Taschen.

Wohnungskommission
KB/Gruppe Hamburg

Leserbrief

Zum Artikel „Behinderte in der BRD: Steigende Arbeitslosigkeit" in AK Nr. 80

Zum Thema „Schwerbehindertengesetz und Arbeitslosigkeit der Behinderten" sind m.E. noch einige Ergänzungen notwendig.

1. Die Arbeitslosigkeit ist auch seit Februar d.J. weiter angestiegen, also in einem Zeitraum, in der sich die Zahl der Arbeitslosen insgesamt etwas verringert hat. Gleichzeitig ist im „Reichsbund", dem Zentralorgan des „Reichsbundes der Kriegsopfer, Behinderten, Sozialrentner und Hinterbliebenen e.V." zu lesen: *„Über das Schwerbehindertengesetz hinausgehende Maßnahmen, die Beschäftigungssituation der Behinderten zu verbessern, plant die Bundesregierung nicht."* Ihre Apelle an die Kapitalisten, doch endlich ihrer „Beschäftigungspflicht" nachzukommen, sind wohl nicht mehr als leeres Gerede. Sonst hätte sie wohl kaum die Möglichkeit der Ausgleichsabgabe in das Gesetz mit aufgenommen.

2. Ein VHS-Kurs mit Behinderten und Nichtbehinderten in Frankfurt hat durch Anfragen bei Arbeitsämtern, Sozialämtern und Firmen herausgefunden, daß bisher noch keine Ausgleichsabgabe von den Kapitalisten bezahlt wird (nachzulesen im neuen Behinderten-Report II, Fischer-Taschenbuch 1747).

3. Die IG Metall/Bezirk Frankfurt hat im August 75 mit dem Verband der Pfälzischen Metallindustrie einen Tarifvertrag „für schwer in das Berufsleben einzugliedernde Jugendliche" abgeschlossen. Angeblich sind damit *„körperlich, geistig und seelisch behinderte oder aus anderen Gründen gehinderte Jugendliche"* gemeint (§ 2 des Vertrages), in der Praxis sieht das etwas anders aus: Jugendliche ohne Volksschulabschluß werden kurzerhand zu „Behinderten" erklärt, werden bei der Einstellung auf zwei (!) Schwerbehindertenplätze angerechnet und der Kapitalist erhält vom Staat noch 5.000,– DM pro Jahr, wenn er einen derartig „Behinderten" für sich arbeiten läßt. Dieselbe Praxis ist aus Nordrhein-Westfalen bekannt. Der Vorteil für den Kapitalisten ist ein dreifacher: erstens erhält er vom Staat einen Batzen Geld, zweitens hat er eine billige Arbeitskraft, die wegen ihrer „Behinderung" zwar weniger verdienen darf, aber trotzdem voll ranklotzen kann und drittens spart er sich durch die Anrechnung auf zwei Schwerbehindertenplätze den „Ärger" mit behinderten Angestellten bzw. 200,- DM Ausgleichsabgabe im Monat. Die Geprellten dabei sind die Jugendlichen ohne Schulabschluß, die Behinderten und die Steuerzahler. ●

KB-Sympathisant aus Salzgitter

Riesige Steuerschulden der Kapitalisten

Jeder Arbeiter in diesem Land muß seine Steuern pünktlich bezahlen. Seine Lohnsteuer wird ihm gleich vom Lohn abgezogen und die indirekte Steuer, die er zahlt (z.B. bei Tabak- und Alkoholsteuer), wird für ihn fällig beim Kauf der Ware. Er ist praktisch nie Steuerschuldner beim Finanzamt, sondern muß im Gegenteil beim Lohnsteuerjahresausgleich noch lange Zeit auf sein Geld warten.

Nicht so bei den Kapitalisten. Nach Angaben des Vorsitzenden der Steuerbeamten, Hermann Fredersdorf, haben Unternehmer und Großverdiener in der BRD gegenwärtig 22 Milliarden DM Steuerschulden, wovon der Staat 7 Mrd. DM nie mehr eintreiben könne. Zwei Mrd. sind seiner Ansicht nach deshalb verloren, weil überhaupt keine Steuerprüfung stattfindet, eine halbe Milliarde geht durch Steuerflucht ins Ausland (wo er sicher etwas zu niedrig angesetzt hat), eine weitere Milliarde wird „echt" hinterzogen. 800.000 „Steuerprivilegierte" erhalten danach 6 - 8 Mrd. DM Steuergeschenke vom Staat, weitere 1,8 Mrd. gehen dem Fiskus dadurch zusätzlich an Zinsen verloren.

An jeder Frage kann man – wie diese Zahlen zeigen – die Klassennatur des Staates aufzeigen.

(Nach Extradienst, Nr. 42).



Kinder

„Entmannt alle Wüstlinge!"

Zur gegenwärtigen Kampagne gegen „sexuellen Mißbrauch" von Kindern

Nach jüngst veröffentlichten Schätzungen werden jährlich mindestens 100.000 Kinder, wahrscheinlich jedoch noch erheblich mehr, Opfer „sexuellen Mißbrauchs". Von diesen Fällen werden etwa 15.000 den Polizeibehörden bekannt, 68,6% der Verbrechen können aufgeklärt werden („Frankfurter Rundschau", 10.6.1976).

Im Vergleich mit anderen Bundesländern liegt bei den Sexualverbrechen gegen Kinder Hamburg an der Spitze (so Polizeipräsident Redding nach „Hamburger Abendblatt" vom 11.6.76). Hier ereignen sich jährlich 10.000 Fälle von „sexuellem Mißbrauch" von Kindern („Bild", 11.6.76).

Die Opfer sind dabei in erster Linie Mädchen (81,1%), 94% der mißhandelten Kinder waren zwischen sechs und vierzehn Jahren alt („FR", 10.6.76).

Breite Kampagne von Bullen, bürgerlicher Presse & Co gegen „Kindesschänder"

Diese bedrohlichen Zahlen wurden von Polizeibehörden und bürgerlicher Presse zum Anlaß genommen, in den letzten Tagen eine breite Kampagne gegen Sexualdelikte an Kindern zu starten. In einer Auflage von 300.000 Exemplaren wird an Kiosken eine Broschüre der Länderinnenminister „Hab keine Angst" vertrieben.

Für „Bild", „Morgenpost" u.a. Schweinsblätter kam ein Sexualmord an einer Achtjährigen in der Lüneburger Heide gerade recht als „Aufreißer" für diese Kampagne: *„Vorsicht, Eltern! Sexualverbrecher unterwegs – Harburg: Kind vergewaltigt und erwürgt"* („Bild", 11.6., ähnlich auch in der „Morgenpost" vom 11.6.). Diese „Bild"-Überschrift faßt kurz und knapp die von den Polizeibehörden vorgegebene Stoßrichtung der Kampagne gegen Sexualverbrechen an Kindern zusammen.

Auf der einen Seite werden die Eltern verantwortlich gemacht, da sie ihre Kinder ungenügend sexuell aufgeklärt haben, sie zu lange unbeaufsichtigt lassen usw. So wird in der angeführten Broschüre den Eltern empfohlen, dafür zu sorgen, daß die Kinder *„nicht lange Zeit unbeaufsichtigt sich selbst überlassen sind"* („Hab keine Angst"). Wie das für Eltern zu bewerkstelligen sein soll, die darauf angewiesen sind, beide tagsüber berufstätig zu sein, weiß die Broschüre natürlich nicht zu sagen. Genauso wenig wird in Rechnung gezogen, daß Sexualerziehung in den Schulen unter zunehmenden Beschuß genommen wird, daß viele Eltern hilflos vor dem Problem „sexueller Aufklärung" stehen, weil sie selbst eine solche nie genossen haben.

Genauso wie die Verhütung von „sexuellem Mißbrauch" von Kindern zum individuellen Problem der Eltern gemacht wird, wird das Problem der „Täterbeschreibung" gelöst: In der Polizeibroschüre werden die Täter als „böse Menschen", „Sittenstrolche", „Kinderschänder", insgesamt also als ganz minderwertige Typen charakterisiert. Die sexuellen Schwierigkeiten, die Menschen dahin treiben, sich an Kindern zu vergreifen, werden überhaupt nicht angesprochen.

Gerade durch Film, Werbung, durch die gleiche bürgerliche Presse, die jetzt die Kampagne gegen „Wüstlinge" vorantreibt, werden zu Profitzwecken sexuelle Bedürfnisse geweckt und verstärkt, die in dieser Gesellschaft gar nicht befriedigt werden können. Menschen, die mit den daraus entstehenden Problemen zu „Medizinern" oder „Psychologen" gehen, werden irgendwelche nutzlosen Therapien oder als dickster Hammer Kastration oder Gehirnoperationen angeboten. In dieser Situation bietet sich als letzter „Ausweg" dann sexuelle Gewalt gegen Frauen oder gegen die noch wehrloseren Opfer, gegen Kinder an.

DM 1,50

HAB KEINE ANGST

Broschüre gegen den sexuellen Mißbrauch von Kindern.

Mit derartigen Sprüchen führen die Bullen z.Zt. ihre Kampagne „Hab keine Angst" (Broschüre gegen den sexuellen Mißbrauch von Kindern)

Für die Bourgeoisie ist der Täter dann ein „hemmungsloser Triebtäter", auf gar keinen Fall ein Opfer der vom Kapitalismus erzeugten sexuellen Verelendung.

„Und der Gerichtsvorsitzende schweigt, als das Publikum im Gerichtssaal auf das Urteil ‚Lebenslänglich' hin klatscht und Bravo ruft, wo Beifalls- und Mißfallenskundgebungen sonst gerügt werden, schweigt, wo eine Gesellschaft sich durch ihren Haß auf einen Kindermörder jenes gute Gewissen verschafft, das sie braucht, um zum Kindermorden in Vietnam schweigen zu können und zur Barbarei im Umgang mit Kindern im eigenen Land, in der eigenen Familie." (Ulrike Meinhof in „Konkret", Januar 1968, zur ersten Verurteilung von Jürgen Bartsch). ●

Kinderkommission
KB/Gruppe Hamburg

Kinderstreß

Die Schule macht unsere Kinder krank

In der letzten Zeit liest man häufiger in der bürgerlichen Presse über den Streß, dem die Kinder an den Schulen ausgesetzt sind. So soll nach Untersuchungen eines Arztes jedes zehnte Kind an krankhafter Schulangst leiden („Hamburger Abendblatt", 15.3.76). Bei dieser Zahl handelt es sich wohl nur um die krassesten Fälle.

Schulangst – das ist das Ergebnis eines extremen Dauerstreß, dem die Kinder ausgesetzt sind. Tatsache ist, daß von den Kindern noch nie soviel abverlangt worden ist wie heute. Der Numerus Clausus an den Hochschulen und eine gesteuerte Lehrstellenverknappung bedeuten gestiegene Leistungsanforderungen und verschärfte Auslese (400.000 Sitzenbleiber im Jahr!). Dies zieht sich durch das gesamte Bildungswesen. *„Die Hauptschüler haben, der GEW-Vertreterin Frau Rothenberger zufolge, in Rheinland-Pfalz am meisten unter der Belastung durch Klassenarbeiten zu leiden. Im siebten und achten Schuljahr würden jährlich 57 schriftliche Klassenarbeiten (ohne Übungsarbeiten) verlangt, zu denen mindestens je eine mündliche Note hinzukommen solle"* („Frankfurter Allgemeine Zeitung („FAZ"), 18.5.76). Zu dem ständig mehr werdenden Lernstoff und verschärften Arbeits- und Prüfungssituationen kommen noch die sich ständig verschlechternden Lernbedingungen für die Kinder (zu große Klassen, Unterrichtsausfall bei gleichbleibenden Erwartungen an die Kinder). Wissenschaftler haben festgestellt, daß schulpflichtige Kinder eine Arbeitszeit von 47-60 Stunden in der Woche haben („Die Zeit", 12.3.76). Ein Arbeitstag der also zum Zeil länger ist als der der Erwachsenen. Hinzu kommt, daß die Schule die Kinder von vornherein überfordert, da sie die Kinder gegen alle Erfahrungen über ihre Entwicklung gleich behandelt. So ist sogar Prof. Dr. Nitsch (Präsident des „Deutschen Kinderschutzbundes", bekannt durch Angriffe auf verschiedene fortschrittliche Eltern-

Kinder gegen alle Erfahrungen über ihre Entwicklung gleich behandelt. So ist sogar Prof. Dr. Nitsch (Präsident des „Deutschen Kinderschutzbundes", bekannt durch Angriffe auf verschiedene fortschrittliche Eltern-

initiativen) der Auffassung:

„Von Schulanfängern wird erwartet, daß sie sich mindestens zehn Minuten auf eine gestellte Aufgabe konzentrieren.

Beim zehnjährigen Kind sind es zwanzig Minuten und bei einem vierzehnjährigen Kind sollte die Konzentrationsfähigkeit etwa 30 Minuten betragen" („Bild am Sonntag", 11.1.76). Die Stundenlänge beträgt aber für alle Kinder 45 Minuten!

Angst macht krank

All das führt bei den Kindern zu psychischen Veränderungen, die letztendlich auch zu körperlichen Krankheiten führen. Schulfieber heißt die Krankheit, die am häufigsten auftaucht. Sie äußert sich in Schlaf- und Eßstörungen (viele Schüler können vor Arbeiten nichts essen), Übelkeit, Kopfschmerz, Verdauungsstörungen. Auch wenn diese Erscheinungen kurz vor Klassenarbeiten auftreten, ist dies kaum Drückebergerei, sondern Ausdruck der Überforderung der Kinder. *„Die Furcht vor Lehrern, Unterrichtsfächern oder Mitschülern drückt sich im Leistungsabfall aus und kann sogar zu völligem Schulversagen führen. Eine Steigerung der Schulangst ist die sog. Schulphobie, die bis zur körperlichen Erkrankung als Dauerzustand führen kann (z.B. Asthma)"* („HAN", 20.12.75).

In diesem Zusammenhang steht auch die häufig vorhandene Nervosität der Kinder. Beklagt wird von der Presse auch die Zunahme der Aggressivität der Kinder, die ja oft eine bestimmte Form des Widerstands ist. Kindern, die nicht zur Kritikfähigkeit und Selbstbewußtsein erzogen werden, bleibt in der Regel nichts anderes als ihre Aggressionen „nach unten", also an schwächere Kinder und gegen Sachen weiterzugeben. Auch „Verhaltensstörungen" bei Kindern nehmen stark zu: *„Die Zahl der auffälligen, der verhaltensgestörten Kinder nimmt stark zu, ... 30 bis 50% der Verhaltensstörungen seien im Zusammenhang mit der Gruppe in Kindergarten oder Schule zu beobachten"* („SZ", 2.4.76). In letzter Konsequenz kann Schulangst bei den Kindern Depressionen bedeuten, die bis zum Selbstmord führen können, wie es regelmäßig im Zusammenhang mit Zeugnissen vorkommt.

Schuldige? Natürlich die Eltern!

Die bürgerliche Presse hat auch schnell die Schuldigen bei der Hand. Schuld ist nicht etwa das kapitalistische Ausbildungssystem, in dem nur (bestimmte) Leistungen zählen, die die Kinder nur durch Konkurrenz und ständiges Büffeln erbringen können. Schuld sollen wieder mal die Eltern sein!

Das entlarvt natürlich jegliches Gerede von Politikern über die „Chancengleichheit" für Arbeiterkinder und das angebliche Interesse an einem höheren Volksbildungsstand. Bei der heutigen Jugendarbeitslosigkeit ist es wirklich kein Wunder, wenn sich die Eltern für ihre Kinder mehr als einen Hauptschulabschluß wünschen. Darum kann man die häufig wiederkehrende Kritik bürgerlicher Journalisten und Pädagogen an der Überforderung der Kinder durch die Eltern nur als Vertuschen und Verdrehen der wahren Ursachen betrachten!!



Die Zahl der Schüler, die durch den Streß in den Tod getrieben werden, hat in den letzten Jahren beängstigend zugenommen

„Die Ansprüche der Mütter machen die Kinder krank", so lautet der Titel eines Artikels der „Frankfurter Rundschau" („FR") vom 27.1.76. Hier wird das gestiegene Interesse der Eltern an Bildung für ihre Kinder kritisiert: „ ... *denn während bisher rund 70% der Bevölkerung nur Volksschulbildung haben, wollen sich heute nur noch 25% der Eltern mit dem Hauptschulabschluß für ihre Kinder zufriedengeben, 38% streben den Realschulabschluß an und 35% gar Abitur und Hochschulbildung".* Dagegen steht: „ ... *nur 31% erreichen heute den Realschulabschluß und nur 19% das Abitur"* (ebenda).

MIT ZUGABE

Im Laufe der Schulzeit bleiben statistisch von je 100 Schülern sitzen:

Oberschüler, Gymnasiasten

25 Hauptschüler

50 Realschüler

100

Leistungsdruck spaltet Kinder – Solidarität gegen Schinder!

Viel weniger wird allerdings über eine andere Auswirkung des Dauerstreß in der gesamten Presse berichtet. Nach einer Umfrage von zwei Hamburger Psychologen bei Oberschülern nimmt der „Egoismus" bei den Schülern zu. Dies ist sicher nicht nur bei Gymnasiasten so. Eine Umfrage unter Hauptschülern spiegelt die Schulwirklichkeit nur allzu deutlich wieder: „ ... *75% beantwortete die Frage, ob zu einer guten Note auch ‚eine gehörige Portion nach dem Mund reden' gehöre, mit ja. Daß, wer sich beliebt zu machen verstehe, auch bei geringer Leistung eine gute Zensur erhalte, bestätigten sogar 80%. 70% der Schüler halten nichts von Teamarbeit, und 65% bestätigten die Behauptung, daß der Zusammenhalt der Schüler untereinander immer geringer werde, wenn die Anforderungen an ihre Leistungen steigen"* („FR", 15.5.76).

Hier wird deutlich, was Schule = Untertanenfabrik heißt. Leistungsdruck, Streß, Lob für Opportunismus und Tadel für Kritik, bewußte Verschärfung der Konkurrenz unter den Schülern führt zu einem Anpassungsprozeß und resignativen Einstellungen in der Schülerschaft. Daß das den politischen und ökonomischen Interessen der Bourgeoisie dient, liegt auf der Hand. Mit diesem Blick in die Zukunft ist heute der gemeinsame Widerstand von Arbeiterkindern und Eltern gegen die Untertanenfabrik Schule zu organisieren. ●

Kinderkommission
KB/Gruppe Hamburg

Kinderunfälle: BRD an der Spitze

Nach jüngst veröffentlichten Statistiken ereignen sich jährlich in der BRD 400.000 bis 500.000 Unfälle von Kindern. 3.300 davon gehen tödlich aus.

Damit liegt die BRD weit vor allen anderen europäischen Ländern. Selbst in den USA ereignen sich im Verhältnis zur Bevölkerungszahl nicht so viele Kinderunfälle („Frankfurter Allgemeine Zeitung", 6.5.76).

80% der Unfälle ereignen sich im häuslichen Bereich („Hamburger Abendblatt", 7.11.75). So vergiften sich z.B. jährlich über 30.000 Kinder mit Medikamenten, Reinigungs- und Schädlingsbekämpfungsmitteln („Frankfurter Rundschau", 8.11.75).

Die restlichen 20%, also ca. 80.000 bis 100.000 Kinderunfälle, ereignen sich im Straßenverkehr. Hier läßt sich eine bedrohliche Zunahme feststellen. Noch 1960 wurden im innerstädtischen Bereich „nur" 38.676 Kinder in Verkehrsunfälle verwickelt, 1974 waren es bereits 50.736. Von 100.000 Kindern sterben jährlich 364 im Straßenverkehr („IVB-Report", 6/76).

Kinderunfälle: Wer hat Schuld?

Das bedrohliche Ansteigen der Kinderunfälle hat in den letzten Jahren verstärkt die bürgerlichen Parteien auf den Plan gerufen. Eine vom Bund, Ländern und Gemeinden geförderte Aktion „Das Sichere Haus" (DSH) startete Ende 1975 eine Kampagne gegen Kinderunfälle.

Als Ursache für die vielen Kinderunfälle betrachten diese staatlich anerkannten „Kinderschützer" die Unachtsamkeit und das mangelnde Gefahrenbewußtsein der Eltern und Kinder. So spricht DSH davon, daß zahlreiche Unfälle *„vermieden werden könnten, wenn sich die Eltern der Gefahren bewußter sein würden"* („FR", 8.11.75).

Was die Verkehrsunfälle angeht, wird das Hauptproblem in der mangelnden Verkehrserziehung der Kinder gesehen. Entsprechend wird in Schulen und Kindergärten mehr Verkehrsunterricht verordnet.

An den Ursachen der steigenden Zahl von Kinderunfällen gehen die staatlichen Kinderschützer natürlich vorbei.

So wird von der Aktion DSH kein Wort darauf verschwendet, daß viele Eltern gar nicht die Möglichkeiten haben, ihre Kinder den ganzen Tag zu beaufsichtigen, weil sie arbeiten müssen.

Genausowenig erwähnen die Kämpfer gegen den „Tod im Straßenverkehr", daß durch die Streichung der Mittel für Spielplätze und für Sicherungsmaßnahmen auf den Schulwegen Kinder auf die Straße und in unsichere Verkehrssituationen getrieben werden.

Im Gegenteil: Wenn Eltern und Kinder einmal gegen die wahren Ursachen der Verkehrsunfälle aktiv werden und – wie in Frankfurt geschehen – symbolisch eine Straße besetzen, dann werden sie von den gleichen Polizeibehörden, die sich für mehr Verkehrserziehung stark machen, mit Tränengas vertrieben (vergl. ARBEITERKAMPF Nr. 74).

Es ist nicht die Unachtsamkeit von Eltern und Kindern, die die Zahl der Kinderunfälle ansteigen läßt. Es sind die kinderfeindlichen Lebens- und Wohnverhältnisse, die kindermißachtende Stadtplanung, Sparmaßnahmen an Spielplätzen etc., die immer mehr Kindern Gesundheit oder gar das Leben kosten. ●

Kinderkommission
KB/Gruppe Hamburg

USA

USA

Neunjährigem das Gehirn zerstört

Was in den USA einem Kind passieren kann, daß als „schwierig" eingestuft wird, zeigte unlängst ein Bericht der „Los Angeles Times". Demzufolge brachten Eltern ihren neunjährigen Sohn zum Arzt, weil er „aggressiv, unruhig, zerstörerisch" war. Der Arzt nahm daraufhin vier Gehirnoperationen an dem Jungen vor, zerstörte dabei jeweils bestimmte Teile des Gehirns, um die Aggressivität „abzuschalten". Nach der vierten-Operation reagierte das Kind nur noch apathisch.

Nach dieser, „Psychochirurgie" genannten Methode, ist schon in den 50 er Jahren 40.000 Amerikanern das Gehirn zerstört worden. Wieviel Menschen heute jährlich Opfer dieser Menschenversuche werden, ist nicht bekannt.

Es wird von den Schweinen, die als Ärzte diese Eingriffe vornehmen, nie die Frage gestellt, warum Kinder unruhig, nervös, aggressiv sind. Sie werden zu „abnormen Persönlichkeiten" erklärt und dann per Gehirnoperation zerstört.

Das sind düstere Aussichten für die 200.000 Kinder, die in den USA wegen übermäßiger Aggressivität, Unruhe usw. heute schon mit Tranquilizern („Beruhigungsmittel") behandelt werden. Vielleicht werden noch einige von ihnen Opfer der Psychochirurgie („Spontan" 5/76).

Wer fühlt sich da nicht an die deutschen KZs erinnert, in denen sich faschistische Ärzte durch Gehirneingriffe bemühten, „Rassenmerkmale", antifaschistische Gesinnung u.a. zu zerstören.

Es erscheint fraglich, ob derartige Gehirnmanipulationen auf deutschem Boden nur vor 35 Jahren durchgeführt wurden. Der Fall Bartsch jedenfalls offenbarte, daß derartiges in Gefängnissen praktiziert wird. Inwieweit davon auch Anstaltspatienten betroffen sind, ist unbekannt – aber zu befürchten. ●

Kinderkommission
KB/Gruppe Hamburg

Zweijähriges Kind erschlagen weil es nicht essen „wollte"

Im bayrischen Fürth hat die 21-jährige Renate H. ihr zwei Jahre altes Töchterchen zu Tode geprügelt, weil es *„nicht essen wollte"*. Nach den polizeilichen Ermittlungen *„hatte das Kind das Essen verweigert oder wieder ausgebrochen, weil es krank war"*.

Renate H. hat ihr Kind so mißhandelt, daß es *„tödliche Verletzungen, darunter einen Leberriß, davongetragen"* hat. Als „Züchtigungswerkzeug" soll sie einen *„Hammer"* (so ihr erstes Geständnis) bzw. einen *„Schuh"* (lt. ihrer letzten Aussage) verwandt haben (Zitate nach „Süddeutsche Zeitung", 31.5.76). ●

Kinderkommission



„Kinderarbeit gibt es praktisch nicht mehr"

Kinderarbeit gibt es praktisch nicht mehr

Das neue Jugendarbeitsschutzgesetz / Mehr Urlaub / Akkordarbeit verboten / Ärztliche Untersuchungen

Unter dieser Überschrift behandelt die „Frankfurter Allgemeine Zeitung" („FAZ") vom 17. Januar d.J. die Änderungen im neuen Jugendarbeitsschutzgesetz. Man fragt sich, ob in diesem Punkt nun wenigstens Fortschritte im neuen JugendarbeitsSchG. vorhanden sind und ob Kinderarbeit in diesem Land wirklich nur noch in Überbleibseln existiert, ansonsten aber ausgestorben ist.

Das bisher geltende Gesetz hat Kinderarbeit ohne Ausnahme verboten. In der Praxis war allerdings nicht nur der berühmte Zeitungsjunge geduldet, von denen es etwa 30.000 gibt.

Nach dem neuen Gesetz ist Kinderarbeit nur noch vom Grundsatz her verboten und gleichzeitig werden zahlreiche Ausnahmen vom Gesetz eingeräumt.

Erlaubt sind demnach „gelegentliche" und „leichte" Hilfsleistungen für Kinder unter 13 Jahren, z.B. in der Landwirtschaft. Ebenso ist gesetzlich erlaubt die Mitwirkung von Kindern in Theater und Film, Funk und Fernsehen, Arbeiten wie Zeitungsaustragen sowieso.

Der Urlaubsanspruch für Jugendliche wird erhöht. Zynisch klingt es, wenn die wöchentliche Arbeitszeit für Jugendliche auf „nur" 40 Stunden beschränkt wird. Das grundsätzliche frühere Verbot von Akkordarbeit wird aufgehoben, wenn Akkordarbeit im Rahmen der Berufsausbildung „erforderlich" sei. An Wochenenden und gesetzlichen Feiertagen ist für Jugendliche frei, es sei denn, die Freistellung wird an anderen Tagen entsprechend gewährt...

Man fragt sich, was ist eigentlich verboten??

Milde spricht sogar der Bundesvorstand des DGB von „*Verschlechterungen gegenüber dem bisher bestehenden Zustand*" („Welt der Arbeit" vom 23.1.76).

Makaber: Kinder in der Landarbeit

Kinder über zwölf Jahren dürfen „gelegentlich" mit „leichten Hilfeleistungen" in der Landwirtschaft beschäftigt werden. „*Handelt es sich um eigene, so ist die Beschäftigung in der Landwirtschaft und im Familienhaushalt (bzw. -betrieb) auch schon vor Vollendung des zwölften Lebensjahres erlaubt*" – schreibt die „Süddeutsche Zeitung"(6.7.75). Was das für Kinder bedeuten kann und wie sich so etwas abspielt, zeigt folgendes Beispiel:

„*Es war ein Tag wie viele andere: Der Bauer von gegenüber fragte, ob der Junge beim Melken helfen könne. Hartmut Beese, 14, Sonderschüler aus dem Dorf Böken bei Neumünster, konnte. Es war das letztemal. Denn an jenem 23. September 1974 geriet er mit seinem Parka in die Zapfwelle der Melkmaschine, wurde mehrmals herumgeschleudert und verlor dabei den linken Arm;*

mal. Denn an jenem 23. September 1974 geriet er mit seinem Parka in die Zapfwelle der Melkmaschine, wurde mehrmals herumgeschleudert und verlor dabei den linken Arm;

der rechte wurde zweimal gebrochen.

Der Unfall machte Schlagzeilen – aber nicht unter dem Stichwort „Kinderarbeit", sondern weil Hartmut den Arm wieder angenäht bekam. Die Operation nützte nichts. Der Arm mußte wieder abgenommen werden; der Junge bleibt ein Krüppel. Die Landwirtschaftliche Berufsgenossenschaft hat ihn als Opfer eines Arbeitsunfalls anerkannt" („Stern", 9/76).

Die Geschichte mit dem Zeitungsjungen

Anderthalb bis drei Stunden täglich Zeitungsaustragen wird als „*gelegentliche, leichte Hilfeleistung*" verstanden – zumindest von den bürgerlichen Parteien und den Zeitungskonzernen. Diese Arbeit ist für einen zwölf- oder vierzehnjährigen Jungen nach fünf bis sechs Stunden Schulunterricht und mehrstündigen Schularbeiten kaum eine leichte Beschäftigung.

SPD/FDP verzichteten nicht darauf, die Legalisierung der Kinderarbeit beim Zeitungsaustragen als Fortschritt und im Interesse der Zeitungsjungen, der sozialschwachen und kinderreichen Familien hinzustellen. Angesichts der staatlichen Ignoranz der Situation arbeitsloser Jugendlicher und des bewußten Inkaufnehmens ständig zunehmender Jugendarbeitslosigkeit sind diese um das Wohl einer Arbeiterfamilie so bemühten Worte ein Hohn!

Axel Springer wird es danken. Er hatte vor einigen Jahren in Hamburg die Kampagne „Rettet den Zeitungsjungen" gestartet. Es liegt auf der Hand, daß Springer nichts anderes als die billige Arbeitskraft des Zeitungsaustragenden gesehen hat. Springerblätter wie „Hör Zu" und „Hamburger Abendblatt" sind nämlich total vom „Zeitungsjungen" abhängig.

Ein Gesichtspunkt macht auch noch in besonderer Weise deutlich, daß es sich hier um Arbeit von Kindern handelt. Die Berufsgenossenschaft der Druck- und papierverarbeitenden Industrie registrierte 1974 insgesamt 76 Kinderunfälle beim Zeitungsaustragen, davon einen tödlichen. Das Todesopfer war zehn Jahre alt („Stern", ebenda).

Kinderarbeit – im wahrsten Sinne des Wortes

Zwei Beispiele illustrieren, in welchem Umfang es Arbeit von Kindern in der hochindustrialisierten BRD gibt, in der über eine Million Erwachsener arbeitslos sind.

Der neueste Bericht der bayerischen Gewerbeaufsichtsbehörde beschreibt folgendes:

„*In einem anderen Fall konnte ein Spielwarenfabrikant aus Beratzhausen in der Oberpfalz zwei Jahre lang ungestört Kinder beschäftigen, die teilweise erst elf Jahre alt waren. Sie mußten Spielzeug eintüten. Insgesamt leisteten die Volksschüler, deren Mütter vielfach auch bei der Firma tätig sind, rund 5.000 Arbeitsstunden.*

Ihr Lohn betrug in der Stunde 1,80 bis 2,50 Mark. Abgerechnet wurde zum Teil über Lohnsteuerkarte, ausgestellt von der Gemeinde, die dabei durchaus legal handelte.

Der Spielwarenfabrikant meinte, sozial zu handeln, weil er seine jüngsten Arbeiter 'rumspielen ließ' und ihnen auch Schokolade gab. Mit der Beschäftigung der Kinder habe er den Eltern zum Teil aus 'echter Not' geholfen.

Er würde auch weiterhin Kinder beschäftigen, 'wenn die Sache nicht vom Bürgermeister so hoch gespielt worden wäre, so daß die Gewerbeaufsicht direkt gezwungen war, Anzeige zu erstatten'. Jetzt aber sagt er: 'Auch wenn die Familien verhungern, ich stell' ihre Kinder nicht mehr ein.'

Das Amtsgericht verurteilte den Fabrikanten für 5.000 Stunden Kinderarbeit zu 5.000 Mark und den Betriebsführer des Werkes zu 3.000 Mark Strafe. Die Gewerbeaufsicht wollte dagegen Revision einlegen – nur kam ihnen der Urteilsspruch aus Regensburg erst nach Ablauf der Einspruchsfrist zur Kenntnis.

Nach Ansicht des Spielzeugfabrikanten war die Strafe zu hoch. 'Es war halt ein linker Richter.' Angesichts der 'politischen Lage' verzichtete er jedoch darauf, Berufung gegen das Urteil einzulegen" („Die Zeit", 1/76).

Und noch einmal aus Bayern: „*Ein Münchner Gastwirt entließ kürzlich sechs Erwachsene, um dafür zwei 16jährige und einen Zwölfjährigen als Kellner und Koch einzustellen – die beiden Jugendlichen für je 300 Mark monatlich, das Kind für ein kostenloses Essen.*

Der Fall wurde nur deshalb bekannt, weil der zwölfjährige einer Polizeistreife auffiel, als er nach getaner Arbeit nach Hause radelte. Es war nachts um zwei Uhr." („Stern", ebenda).

Die Gewerbeaufsichtsämter registrierten 1973 insgesamt 34:742 Vergehen gegen das JugendarbeitsSchG, davon 682 Verstöße gegen das Verbot der Kinderarbeit! Nach Angaben des Münchner Gewerbeaufsichtsamtes „***nimmt die Kinderarbeit wieder zu***". Wie sehr das Urteil gegen den Spielzeugfabrikanten in diese politi-

bot der Kinderarbeit! Nach Angaben des Münchner Gewerbeaufsichtsamtes „***nimmt die Kinderarbeit wieder zu***". Wie sehr das Urteil gegen den Spielzeugfabrikanten in diese politi-

sche Landschaft paßt, demonstriert die Tatsache, daß insgesamt nur 78 Strafen bei Verstößen gegen das JugendarbeitsSchG. verhängt wurden.

Die gesetzliche Lockerung des Verbots der Kinderarbeit ist im Interesse des Kapitals. Das wird zweifelsohne auch zu zunehmender Arbeit von Kindern führen. Das liegt auf der Hand und ist auch beabsichtigt. So hat Altnazi Filbinger, Ministerpräsident von Baden-Württemberg, die von CDU und CSU regierten Bundesländer aufgefordert, die durch das neue JugendarbeitsSchG zunächst gänzlich verbotene Wochenend- und Feiertagsarbeit zumindest teilweise zu gestatten.

Der Antrag wurde damit begründet, „*daß bei den meisten Gaststätten, vor allem in Naherholungszentren und Fremdenverkehrszentren, gerade an Wochenenden Hochbetrieb herrsche. Ein Sonntagsarbeitsverbot habe daher Nachteile für die Ausbildung von Jugendlichen. Außerdem müsse befürchtet werden, daß die Ausbildungsbereitschaft des Gaststättengewerbes spürbar zurückgehe!*" („Hamburger Abendblatt", 16.2.76).

Erreicht haben die Reaktionäre in Übereinstimmung aller Fraktionen, daß Ausnahmen dann möglich sind, wenn die Freistellung an anderen Tagen erfolgt ...

Gerade im kommenden Bundestagswahlkampf werden alle bürgerlichen Parteien sich als Schützer und Wahrer der Interessen von Kindern und Jugendlichen herauszuputzen versuchen. Daß sie dafür eigentlich keine guten Karten haben, machen gerade das neue JugendarbeitsSchG und die Verhältnisse auf diesem Gebiet deutlich.

Das Elend der Kinderarbeit im Kapitalismus ist gekennzeichnet durch oft schwerste körperliche Belastung bei niedrigster Entlohnung, zugleich oft durch miserabelste Arbeitsbedingungen und mangelnde Sicherheit. In der Regel verrichten die Kinder dabei die stupidesten Tätigkeiten, die überhaupt nicht dazu beitragen, bei den Kindern Intelligenz, Phantasie, technisches Verständnis und Fähigkeiten zu erwerben (Beschäftigung als Zeitungsjungen, im Gaststätten-Gewerbe, Boten etc.). Da zudem diese Tätigkeit nicht mit der schulischen Ausbildung koordiniert ist, sondern vielmehr zeitlich in Widerspruch zu dieser steht, bleiben die Kinder oft auch in der schulischen Leistung und Entwicklung zurück oder können das Niveau nur auf Kosten physischer Erschöpfung halten.

Im Sozialismus hingegen wird eine sinnvolle Verbindung der schulischen Ausbildung mit Tätigkeit in der Produktion es den Kindern ermöglichen, allseitig ihre Fähigkeiten und Freude an einer Arbeit zu entwickeln.

●

Kinderkommission
KB/Gruppe Hamburg

keln.

●

Kinderkommission
KB/Gruppe Hamburg



Hartmut Beese, 14, verlor beim Melken den Arm – eines von 3.200 Kindern, die 1974 in der Landwirtschaft verunglückten

Hartmut Beese, 14, verlor beim Melken den Arm – eines von 3.200 Kindern, die 1974 in der Landwirtschaft verunglückten

Hamburger Amt für (?) Jugend:

Kinder- und elternfeindlich bis auf die Knochen!

Schon am 27.8.75 beschloß das Hamburger Amt für (?) Jugend (AfJ), verantwortlich u.a. für Häuser der Jugend, Vollheime und die Verwaltung von städtischen Kindertagesheimen (KTH), eine Neufassung der Dienstanweisung (DA) über die Belegung der Plätze in städtischen Tagesheimen.

Diese DA regelt u.a. „*die Frage, wann Plätze frei oder belegt sind und wann sie für ein anderes Kind anzubieten sind*".

So gilt z.B. ein KTH-Platz jetzt als frei (d.h. ein Kind als rausgeschmissen!) „*vom elften Öffnungstag, seitdem das Kind unentschuldigt fehlt*"! Die Gründe für das unentschuldigte Fehlen spielen dabei keine Rolle. Vor dieser Neufassung der DA lag die Entscheidung im „freien Ermessen" der jeweiligen Heimleitung!

Bei Einführung dieser neuen DA liefen die Sparschweinereien des Hamburger Senats gerade auf Hochtouren (was 1976 keineswegs nachgelassen hat)!

- 116 Planstellen im Angestelltenbereich der städtischen Kindertagesheime,
- ca. 500 KTH-Plätze,
- mehrere tausend Reinigungsstunden
- sowie ganze Heime fielen dieser „Sparpolitik" bereits 1975 zum Opfer!

Natürlich hatte (und hat) der Senat hier auch gleich eine schnelle Begründung zur Hand: Der sogenannte „Pillenknick" würde diese Maßnahmen notwendig machen!

Von wegen Pillenknick! ...

Folgende Aussage der neugefaßten DA belegt eindeutig, daß Sprüche des Senats vom „Pillenknick" einzig und allein Lügen sind, die den Blick für die Realitäten vernebeln sollen: „*Bei Bedarf sind Kinder auch abweichend von der gegebenen Altersstruktur* (!) *der Soll-Plätze unterzubringen, wenn Plätze in anderen Altersgruppen sonst frei bleiben. Bei dringendem Bedarf sind die Beauftragten* (Fürsorgerinnen, die Kinder in KTHs einweisen) *gehalten, mit den Leitern der in Betracht kommenden Heime zu prüfen, ob in einzelnen Gruppen mehr Kinder als 110% der Soll-Platzzahl* (!) *eingewiesen werden können*" !!

Und dieser Bedarf ist vorhanden. So existieren bei den einweisenden Fürsorgerinnen Wartelisten von insgesamt über 2.000 (!) Kindern der verschiedensten Altersstufen! Mit Hilfe der neuen Dienstanweisung steckt man jetzt diese Kinder in die sowieso schon überfüllten KTHs rein, ungeachtet jeglicher sinnvollen pädagogischen Grundsätze!

Von wegen Pillenknick – das ist übelste „Sparpolitik" auf dem Rükken Hamburger Arbeiterkinder und deren Eltern!

Aber es kommt noch schlimmer

Die erwähnte Dienstanweisung erhielt am 3.3.76 vom Amt für (?) Jugend eine weitere kinderfeindliche Ergänzung, die sogenannte „gefährdete Schulkinder" betrifft:

Erstmalig wurde jetzt schriftlich in einem „Merkmalkatalog" festgelegt, welche Verhaltensweisen bei Kindern als „Gefährdung" bezeichnet werden. Es wird dabei die Unterscheidung vorgenommen in „*Auffälligkeiten im sozialen Bereich*" und in „*Psychische Auffälligkeiten*". Unter „Auffälligkeiten im sozialen-Bereich" fallen z.B.:

- **Eigentumsdelikte** wie wiederholte Diebstähle in der Familie, im Tagesheim, in der Schule oder in Warenhäusern, Beteiligung an Einbrüchen.
- **Bindungs- und Kontaktproblematik** wie Zugehörigkeit zu einer Gang, Alkoholmißbrauch, sexuelle Gefährdung.
- **Aggressionen** gegen Sachen, gegen Personen, gegen sich selbst (Selbstmordversuche).
- **Schulversagen** wie mangelnde schulische Leistungen, Schulschwänzen.

Nur wenn bei Kindern starke Auffälligkeiten dieser Art aufgetreten sind, haben sie eine Chance, in eine sogenannte Gruppe für „gefährdete Schulkinder" hineinzukommen. In diesen Gruppen bestehen, im Verhältnis zu „normalen" Schulkindergruppen, noch einigermaßen günstige Bedingungen: Gruppenstärke von 15 Kindern, höhere finanzielle Mittel etc., während „normale" Schulkindergruppen eine Gruppenstärke von über 25 Kinder aufweisen, geringere finanzielle Mittel erhalten usw.

Wenn ein Kind „Psychische Auffälligkeiten" wie z.B.:

- *Einnässen und Einkoten*
- *Eßstörungen*
- *Sprachstörungen*
- *Auffälligkeiten aufgrund hirnorganischer Störungen*
- *Angstzustände*
- *Depressionen*

aufweist, dann hält es das Amt für (?) Jugend in Zukunft nicht mehr für notwendig, diesen Kindern einen Platz in den „Gefährdetengruppen" zur Verfügung zu stellen!

Für diese Schweinerei gibt es doch nur eine Erklärung: Solange die „psychischen Auffälligkeiten" sich „nur" gegen die eigene Person des Kindes wenden, bedarf es keiner besonderen pädagogischen Hilfe. Erst wenn sich die Auffälligkeiten gegen andere Personen und fremdes Eigentum richten und sich das Kind dem Eingliederungsprozeß in die kapitalistische Gesellschaft widersetzt, gilt es als „gefährdet"!

Fürsorge erstellt Kinderverbrecherkartei!

Das Führen von „Verbrecherkarteien" über Erwachsene und Jugendliche gehört schon lange zum Alltagsgeschäft des Polizeiapparates in der BRD. Neu ist hingegen, daß die Fürsorge in Hamburg durch die angeführte Dienstanweisung verpflichtet ist, eine Kinderverbrecherkartei anzulegen. Für jedes „gefährdete" Kind muß im Sinne dieser DA eine Akte und eine Karteikarte geführt werden, wo die „Gefährdungsmerkmale" eingetragen sind!!

Was in der Kette dieser behördlichen Verbrechen noch fehlen würde, wäre die vorsorgliche Abnahme von Fingerabdrücken und Erstellung von Kinderfahndungsfotos! Dagegen hilft nur eine Methode:

ELTERN, ERZIEHER, KINDER – WEHRT EUCH GEGEN EURE SCHINDER! ●

Erzieherzelle II „Vereinigung"
KB/Gruppe Hamburg

Frauen stürmen geschlossene Abtreibungsklinik



Ungefähr 500 Frauen stürmten am Morgen des 25. Mai eine geschlossene Abtreibungsklinik in der Amsterdamer Vorstadt Haarlem in Holland.

Die Abtreibungsklinik, die unter der Leitung des Gesundheitsministeriums stand, wurde vom Justizminister van Agt geschlossen, gegen den Beschluss des Parlamentes, das beschlossen hatte, die Abtreibungsklinik offen zu halten.

Abtreibung ist formell auch in Holland verboten. Aber mit indirekter Zustimmung der Verwaltung betreibt das Gesundheitsministerium unter anderem eine Abtreibungsklinik in der Vorstadt Haarlem. In der letzten Woche beklagte sich eine Frau über die Klinik beim Staatsanwalt. Am selben Tag schloss die Polizei die Klinik. Demonstrationen begannen sofort.

Frauen haben seitdem mehrmals die Gebäude gestürmt. Man hat demonstriert und gefordert, daß die Klinik wieder geöffnet werden soll.

Im Parlament ist die Frage diskutiert worden und man beschloß, die Klinik wieder zu öffnen. Aber da sagte der Justizminister nein.

(Übersetzt von einem schwedischen Genossen aus „Expressen", 25.Mai 1976). ●

CSU will neuen §218 unterbinden

CSU will neuen §218 unterbinden

In den Schubladen des bayerischen Arbeits- und Sozialministeriums liegt ein Gesetzentwurf, der die vom Bundestag beschlossene „Neuregelung" des § 218 in Bayern größtenteils wieder rückgängig machen und einen schweren Eingriff in die Schweigepflicht der Ärzte, die Schwangere beraten, darstellen würde.

Kernstück des Entwurfs, so berichtete der SPD-Landtagsabgeordnete Schmolcke in der „Sozialdemokratischen Pressekorrespondenz", sei der Artikel 8, wonach das Gesundheitsamt von jeder Beratung unverzüglich eine kurze Mitteilung auf einem Formblatt erhält. Darin soll die Tatsache der Beratung, Zeitpunkt, Dauer, Name, Anschrift und Alter der schwangeren Frau sowie die Anschrift der Beratungsstelle. oder des aufgesuchten Arztes enthalten sein.

Diese Meldepflicht, die bislang nur bei einigen ansteckenden Krankheiten (z.B. Geschlechtskrankheiten) besteht, ist gegenüber Geschlechtskrankheiten sogar insofern verschärft, da bei Geschlechtskrankheiten die Angabe des Namens des Patienten unterbleibt.

Durch diese Maßnahmen will die bayerische Regierung, getreu ihren christlichen Leitsätzen, ein Abschreckungsinstrument für schwangere Frauen schaffen, die abtreiben wollen.

Kein Wunder auch, daß in dem Gesetzentwurf den Kirchen die Anerkennung von Beratungsärzten praktisch allein überlassen bleiben soll.

Der bayerische Gesetzentwurf „über die Beratung werdender Mütter" ist somit Ausdruck des Bestrebens von CSU und Klerus, daß schwangere Frauen, die sich über Abtreibungsmöglichkeiten beraten lassen wollen, auch tatsächlich Mütter werden.

Mit forschen Schritten geht bereits das „Nürnberger Beratungsteam für Schwangerschaftskonflikte" voran.So sieht der Teamleiter, Psychologe Frank Barlitz, laut „NZ" vom 4.6.76 seine „Hauptaufgabe darin, Abtreibungen zu verhindern."

Aber auch die Frauen, die die Erlaubnis für einen legalen Schwangerschaftsabbruch besaßen, mußten noch erniedrigende Erfahrungen bei der Nürnberger Ärztekommission machen. **So sollten einige Frauen schriftlich nicht nur einer Abtreibung, sondern auch gleich einer Sterilisation zustimmen, obwohl nach Aussagen von Psychologe Barlitz in den bekannten Fällen keinerlei Voraussetzungen zu diesem Eingriff vorlagen.**

Obwohl die sozialpolitische Sprecherin der SPD im bayerischen Landtag, Hedwig Westphal, „erbitterten Widerstand" gegen jede „irgendwie geartete Erfassung schwangerer Frauen" angekündigt hat, so kämpft die SPD nur scheinbar für die Interessen der Frauen; denn über die Bayern schon gelegten Fallen für Frauen, die abtreiben wollen, über die Kontrollmöglichkeiten der Kirchen, über die Erniedrigungen, die Frauen bei ihrem Spießrutenlauf durch die Institutionen erdulden müssen...., darüber zerbrach sich die SPD-Sprecherin nicht den Kopf. Ihre Geringschätzung über das Selbstbewußtsein der Frauen, den Kampf gegen Erniedrigung für Selbstbestimmung selbst zu führen, zeigte Hedwig Westphal in den ihr vorschwebenden „Kampfperspektiven": *„Es wäre traurig, wenn die Frauen in dieser Frage in Bayern auf den Straßen um ihr Recht kämpfen müßten."*

Nein, liebe Frau, es wäre g u t , wenn die Frauen die Debatte über ihren Körper und ihr Leben selbst führen würden, anstelle von Kardinal Döpfner, F.J. Strauß und den Hasenfüßen der SPD!

Gruppe Nürnberger Kommunisten (KB) ●

Bauen wir eine kämpferische Frauenbewegung auf!

Im Zuge der Bewegung gegen den § 218 – Stationen waren BVG-Urteil im „Jahr der Frau", Vorlage des „neuen" § 218 und seine Verabschiedung im Februar dieses Jahres – haben sich in der BRD viele Frauen in Frauengruppen zusammengeschlossen.

In Hamburg haben sich im letzten Jahr in Betrieben, in Stadtteilen, in Schulen und an der Universität zahlreiche Frauengruppen gebildet, um den Kampf gegen ihre doppelte Ausbeutung und Unterdrückung aufzunehmen.

Ein Teil dieser Frauengruppen (hauptsächlich Frauengruppen aus den Schulen, der Uni und dem Stadtteil, teilweise autonom und teilweise innerhalb politischer Organisationen) hat sich wiederum zusammengeschlossen in der „Aktionseinheit Hamburger Frauengruppen", kurz Frauen-AE genannt.

Dieser Artikel soll Rechenschaft ablegen über Aktivitäten der Frauen-AE, über Sinn, Perspektive und Schwierigkeiten dieses Zusammenschlusses. Das Ziel der Frauen-AE ist es, eine starke Frauenbewegung aufzubauen, die Benachteiligung der Frauen gemeinsam anzupacken und die Parole „Gemeinsam sind wir stark" in die Tat umzusetzen. Wir bemühen uns deshalb, den schon bestehenden Zusammenschluß noch mehr zu erweitern, Erfahrungen auszutauschen und gemeinsame Aktionen anzupacken.

Ins Leben gerufen wurde die Frauen-AE, als die AG Frauen des KB im November letzten Jahres mit dem Vorschlag, eine § 218-Großveranstaltung zu machen, an andere Frauengruppen herantrat.

Diese § 218-Veranstaltung. an der KB im November letzten Jahres mit dem Vorschlag, eine § 218-Großveranstaltung zu machen, an andere Frauengruppen herantrat.

Diese § 218-Veranstaltung, an der ca. 3.000 Menschen teilnahmen, wurde ein großer Erfolg.

Hiervon ausgehend und unter dem Eindruck der Polizeiüberfälle auf Frauenzentren überlegten wir uns, daß eine kontinuierliche Zusammenarbeit von uns Frauen notwendig ist, um gegen die ständigen Angriffe eine breite Solidaritätsfront aufzubauen. Nicht nur, um die Polizeieinsätze gegen Frauenzentren zu verurteilen und an die Öffentlichkeit zu tragen, sondern um allen Angriffen auf die arbeitenden und lernenden Frauen eine Abwehrfront entgegenzusetzen, bauten wir die Frauen-AE auf.

Wir riefen dieses Jahr zu einer Demonstration gegen die 2. und 3. Lesung des § 218 auf; diesem Aufruf folgten trotz extrem schlechten Wetters ungefähr 2.500 Menschen.

Zum Internationalen Tag der Frau rief die Frauen-AE zu einem Fest auf, das die Unterdrückung der Frauen international und in der BRD zum Thema hatte. Es wurde eine Rede einer Vertreterin der Frauen-AE zu diesem Thema gehalten, verschiedene Grußadressen von MIR und OMA wurden verlesen, das Hamburger „Klecks"-Theater spielte das Stück „Bravo, Girl!", das einen breiten Anklang fand. Danach sollte neben Musik, Tanz und Sketchen die Möglichkeit zu einem Erfahrungsaustausch zwischen verschiedenen Frauengruppen gegeben werden. Dies hat wegen der eh schon beengten Räume und dem ungeheuren Menschenandrang wohl leider nur sehr unvollständig stattgefunden, denn auf dieses Fest kamen insgesamt 4.000 bis 5.000 Menschen, darunter ganze Schulklassen.

Zum 1. Mai riefen wir unter der Hauptparole **„Brechen wir den alten Bann – gleiches Recht für Frau und Mann"** zu einem Frauenblock auf der DGB-Demo und zur Teilnahme an der danach stattfindenden AE-Demo auf, auf deren Kundgebung auch eine Vertreterin der Frauen-AE sprach. Im Frauenblock demonstrierten ungefähr 700 Frauen mit, was nicht bedeutet, daß im anderen Teil der Demo keine Frauenforderungen mehr getragen wurden.

Drei Tage vor dem „Muttertag" am 9. Mai veranstalteten wir den ersten Frauen-Filmabend, den wir in regelmäßigen Abständen von 4-6 Wochen weitermachen wollen. Dieser Filmabend soll neuen, interessierten Frauen die Möglichkeit geben, sich gute Frauenfilme anzusehen, die ansonsten nie oder nur sehr selten gezeigt werden. Für sie soll dieser Filmabend auch eine Möglichkeit sein, sich über bestehende Frauengruppen zu informieren und Kontakte aufzunehmen. Die Frauengruppen wollen auf diesem Filmabend in der Diskussion ihre Arbeit darstellen. Er-

sein, sich über bestehende Frauengruppen zu informieren und Kontakte aufzunehmen. Die Frauengruppen wollen auf diesem Filmabend in der

Diskussion ihre Arbeit darstellen, Erfahrungen austauschen und zu einer engeren Zusammenarbeit kommen.

Die Teilnahme der Frauengruppen an der Frauen-AE war zu Beginn sehr rege, und es war zu beobachten, daß zu den Treffen der Frauen-AE neue Frauengruppen kamen, wenn wichtige Aktionen anlagen. Leider bröckelte – gerade nach der Organisierung des Frauen-Festes – die Teilnahme ab. Das mag zum einen daran liegen, daß die schnell aufeinander folgenden Aktionen die gerade neu gebildeten Frauengruppen überforderten, zum anderen klangen aber auch Vorwürfe an, daß die organisierten Frauen die Diskussion dominierten und die anderen Frauen unterdrückten.

Die weitere Existenz der Frauen-AE wird davon abhängen, ob wir es schaffen, diese Widersprüche zu überwinden. Das bedeutet vor allem, daß wir diese Vorwürfe offen diskutieren müssen. Darüber hinaus müssen wir alle daran arbeiten, daß eine Atmosphäre geschaffen wird, die es allen Frauen ermöglicht, an der Diskussion teilzunehmen. Wir müssen auch dazu kommen, daß die gesamte Arbeit inhaltlich und organisatorisch von allen Frauengruppen gemeinsam und gleichmäßig getragen wird.

Wir müssen den Kampf dort führen, wo wir mit unseren Frauengruppen hauptsächlich arbeiten – im Stadtteil, in den Betrieben, in der Gewerkschaft, in den Schulen und in der Universität, um neue Frauen zu gewinnen und um uns selbst für diesen Kampf zu stärken. Darüber hinaus ist eine enge Zusammenarbeit aller Frauengruppen – auch über verschiedene politische Ansichten hinweg – notwendig.

Unterschiedliche Meinungen und auch Ängste und Probleme sollten wir gemeinsam besprechen, denn nur das solidarische und gemeinsame Angehen dieser Probleme hilft uns, die Rivalität unter uns Frauen abzubauen und unsere Ängste zu überwinden.

Wir haben in der Frauen-AE die verschiedenen Standpunkte zur Bezahlung der Hausarbeit erörtert. Nach der darauf folgenden Diskussion in den Frauengruppen wurden die einzelnen Standpunkte in der Frauen-AE noch einmal intensiv diskutiert. Wir haben zwar noch keinen einheitlichen Standpunkt gefunden, werden aber die Diskussionsergebnisse zusammenfassen und veröffentlichen.

Die Angriffe, die zur Zeit auf Frauengruppen laufen, die tägliche Verschlechterung der Lage der arbeitenden und lernenden Frauen, die wachsende Unterdrückung unseres Selbstbestimmungsrechts, lassen immer mehr Frauen ihre Situation erkennen. Sie nehmen gemeinsam mit anderen Frauen den Kampf auf und organisieren sich in Frauengruppen.

Wir sind der Meinung, daß der ge-
erkennen. Sie nehmen gemeinsam mit anderen Frauen den Kampf auf und organisieren sich in Frauengruppen.

Wir sind der Meinung, daß der gemeinsame Kampf auch ein gemeinsames Vorgehen notwendig macht und fordern alle Frauengruppen auf, diesen Vorschlag zu diskutieren und sich an der Frauen-AE zu beteiligen. Wir begreifen die Frauen-AE als einen Ansatz zum Aufbau einer kämpferischen Frauenbewegung in der BRD und Westberlin, die sich den Kampf gegen jede Unterdrückung zum Ziel macht.

GEMEINSAM SIND WIR STARK!

Dieser Artikel wurde in der Frauen-AE gemeinsam diskutiert und folgende Frauengruppen stimmten ihm zu:

Frauengruppe am Pädagogischen Institut der Universität (beide Untergruppen), eine der Frauengruppen an der Hochschule für Bildende Künste (Mittwochs-Gruppe), Frauengruppe am Fachbereich Psychologie der Universität, Frauengruppe Barmbek, Frauengruppe Otto-Hahn-Schule, Frauengruppe Gymnasium Langenhorn, Frauengruppe in der Jugendzentrumsinitiative Harburg. ●

Menschenrechtsbeschwerde gegen §218

Die Europäische Menschenrechtskommission hat die Beschwerde zweier westdeutscher Frauen gegen die „Reform" des §218 in der BRD und insbesondere gegen das vom Bundesverfassungsgericht am 25.2.75 ausgesprochene Verbot der Fristenregelung für zulässig erklärt.

Unter anderem stützten die beiden Frauen ihre Beschwerde auf den Artikel der Europäischen Menschenrechtskonvention, der die Gedanken-, Gewissens- und Religionsfreiheit verbrieft. Danach sei die Neuregelung des § 218 für sie deshalb unannehmbar, weil das Urteil des Bundesverfassungsgerichts und das jetzige Gesetz auf „christlichen Wertentscheidungen" beruhten.

In einer Verhandlung der Europäischen Menschenrechtskommission in Straßburg beantragte die Bundesregierung, die Beschwerde für *„offensichtlich unbegründet zu erklären"*, da die beiden Frauen nicht betroffen seien!! Außerdem erlaube der Artikel acht der Menschenrechtskonvention den Eingriff in das Recht auf Achtung des Privat- und Familienlebens, wenn diese Eingriffe gesetzlich vorgesehen seien und Maßnahmen darstellten, *„die in einer demokratischen Gesellschaft für die Verteidigung der Ordnung und zur Verhinderung von strafbaren Handlungen, zum Schutz der Gesundheit und der Moral oder zum Schutz der Rechte und Freiheit anderer notwendig"* seien (nach „SZ", 25.5.76).

Wir werden sehen, wieweit die Gummi-Paragraphen der Europäischen Menschenrechtskommission gedehnt werden können!

Arbeitsgruppe Frauen
KB/ Gruppe Hamburg ●

Für Sexualaufklärung an den Schulen

Nach der § 218-Demonstration haben wir an der Flensburger Duborg-Skolen eine Mädchengruppe gegründet. Hier diskutieren wir über Abtreibung und Verhütungsmittel. Wir beschlossen, den Film „Geschichten von A." zu zeigen. Die Mobilisierung für diese Veranstaltung am 25. Mai wurde von unserer ganzen Mädchengruppe getragen. Wir gingen zusammen über den Schulhof, diskutierten mit allen Schülern und verkauften Eintrittskarten. Die Veranstaltung fand mit 60 Schülerinnen und Schülern statt. Die eine Veranstaltung reicht uns aber nicht. Denn an unserer Schule findet praktisch keine Sexualaufklärung statt. Deswegen sind die Mädchen und Jungen darauf angewiesen, ihr „Wissen" aus üblen „Jugendzeitschriften" wie Bravo usw. zu beziehen. Darum erheben wir die Forderung nach Sexualkundeunterricht an der Schule für a l l e Altersstufen! Darüber hinaus suchen wir uns jetzt das Material zusammen und wollen Informationstreffen für die Schüler durchführen.

Eine Genossin von Duborg-Skolen Flensburg ●

Wegen Weitergabe von Abtreibungsadressen verurteilt

Wegen „Beihilfe zur versuchten Fremdabtreibung" hat das Amtsgericht Augsburg die frühere Leiterin der Augsburger Modellberatungsstelle „Pro Familia" zu einer Geldstrafe von 600,- verurteilt. Nachdem die Sozialarbeiterin schon vor ein paar Monaten wegen Weitergabe von Abtreibungsadressen holländischer Kliniken politisch bestraft worden war und ihre Kündigung erhielt, wurde ihr durch das Amtsgericht nun auch noch bestätigt, daß sie „kriminell" sei. Vorbestraft, weil sie verzweifelten Frauen, die in diesem Land hier nicht abtreiben dürfen, geholfen hat! ●

Polizei „beschlagnahmt" Abtreibungsadressen

Widerrechtlich „beschlagnahmt" hat die Frankfurter Polizei Ende Mai bei einer „Durchsuchung" des Büros der Hessischen Naturfreunde u.a. auch eine Liste mit Abtreibungsadressen.

Die „Durchsuchung" war mit einem angeblichen Hinweis begründet worden, daß in dem Büro sogenannte „Molotow-Cocktails" hergestellt seien. Eigentlicher Grund der Polizei-Aktion war jedoch offenkundig ein Einschüchterungsversuch gegenüber den Naturfreunden, nachdem diese in einem Flugblatt gegen Polizeiwillkür in Frankfurt Stellung genommen hatten.

Die „Beschlagnahmung" der Abtreibungsadressen bei dieser Gelegenheit zeigt erneut, wie die SPD und der bürgerliche Staat unter dem zynischen Titel einer „Reform" des § 218 in Wahrheit dessen verschärfte Anwendung betreiben. ●

Haushaltsführung — ein toller Job?

Einer der ältesten „Frauenberufe" ist sicherlich der Dienstmädchenberuf. Für eine kalte Kammer unter dem Dach und Essen bei den Dienstboten in der Küche (was sich dann „Kost und Logis" nannte) schufteten tausende Proletariertöchter rund um die Uhr für ihre „Herrschaft". Die einzige „Entlohnung" dafür war ein bißchen Taschengeld und oft genug das „Recht der ersten Nacht", das der Hausherr wahrzunehmen pflegte.

Und heute noch sind sich viele groß- und kleinbürgerliche Frauen allein aus Bequemlichkeit und um sich die Finger nicht schmutzig zu machen zu schade, die Arbeit im Haushalt zu machen. Sie suchen sich eine Haushaltshilfe. Laut „Bild" vom 8.6.76 stehen in der BRD 18.200 Stellen für Haushaltshilfen offen, in Hamburg allein 206.

Unter der Überschrift *„Ich bin eine Perle und die Arbeit macht mir Spaß"* versucht die Springerpresse, den Frauen den Dienstmädchenjob wieder näher zu bringen.

Es ist *„richtig schade, daß es immer weniger Frauen wie die 32 Jahre alte Anja Hahn aus Steilshoop gibt"*. Für 600,– DM führt sie den Haushalt eines Verlagsleiters in Hamburg-Rissen. 600,– DM ist guter Durchschnitt — eine Hausangestellte aus Recklinghausen verdient z.B. die ungeheure Summe von 400,–DM (geschieden, drei Kinder!). Man kann aber — so „Bild" — bis auf 1.000,– DM netto kommen. Na, bitte. Wie die Frauen allerdings sich und ihre Kinder mit dem Hungerlohn über die Runden bringen, steht nicht dabei. Selbst wenn man berücksichtigt, daß Haushaltshilfen die hochherrschaftlichen Reste verspeisen dürfen, liegt der Lohn im Durchschnitt noch weit unter dem Existenzminimum.

Ein Job wie jeder andere?

Was ist denn z.B., wenn eine Frau mit so wenig Lohn arbeitslos wird? Und wie sieht es mit der Rente später aus? *„Renten-, Arbeitslosen- und Krankenversicherung trägt ihr Arbeitgeber"* weiß „Bild" zu berichten. Der Teil des Lohnes, den sie täglich in Lebensmitteln erhält, wird allerdings in keiner Weise bei der Rentenberechnung berücksichtigt.

Und was ist, wenn Frau Anja Hahn *„im weißen Flachdach-Bungalow"* Schwierigkeiten mit ihrem Brötchengeber bekommt? Fühlt sich da die ÖTV (wenn sie überhaupt organisiert ist), die Gewerbeaufsicht oder die Gesundheitsbehörde zuständig?

Tatsache ist wohl, daß beschissene Arbeitsbedingungen, Ausbeutung und Unterdrückung der Hausangestellten in aller Stille vor sich gehen. Da ist keine Kollegin und keine Vertrauensfrau zur Stelle, die sie als Zeugen hat.

So wie insgesamt der Haushalt organisiert ist, nach überalterten Prinzipien in der bürgerlichen Gesellschaft, so bleiben auch die Errungenschaften der Arbeiterbewegung weitgehend draußen vor der Tür. Arbeitszeitordnung, Beschwerderecht — in der Regel lastet es allein auf der Haushaltshilfe selbst, was sie mit ihrem „Herrn" an Arbeitsbedingungen aushandelt und was sie in der Praxis sich nachher bieten läßt.

„Bild" sagt, es lohnt sich doch

Aber wo sollte es schon Schwierigkeiten geben? Frau Hahns Arbeit im weißen „Flachdachbungalow" erledigt sich sozusagen spielend.

„Nebenbei" saugt sie das 60 qm große Wohnzimmer (und denkt dabei wahrscheinlich an ihre eigene Wohnschachtel von der Neuen Heimat). *„Nebenbei"* läuft zweimal die Woche die Waschmaschine, und die Chefin selbst kümmert sich um die Kinder.

Die Hausgehilfin aus Recklinghausen versteigt sich laut „Bild" sogar zu der Aussage, sie fühle sich fast wie ein leitender Angestellter. *„Ich bin wie der Geschäftsführer eines Betriebes frei in meinen Entscheidungen"*, und mit besonderem Zynismus läßt die Springerpresse sie sagen: *„In der Fabrik und im Büro könnte ich es nicht aushalten"*. Die Tatsache, daß die Versorgung des Haushaltes nicht einbezogen ist in das kapitalistische Rationalisierungsdenken und Profitstreben, daß dort allerdings, wo solche Prinzipien gelten, die Arbeitsbedingungen unmenschlich sind, — das wird hier demagogisch ausgenutzt.

Also Frauen, nichts wie hinein in das letzte Arbeitsparadies. Ist uns die Hausarbeit doch von unserer „natürlichen Bestimmung" her am nächsten!?

Warum das alles?

Man muß solche „Werbekampagnen" der bürgerlichen Presse im Zusammenhang sehen mit dem scharfen Druck, dem die arbeitenden Frauen in den Betrieben ausgesetzt sind und der sie schon daran denken läßt, sich nach etwas „Leichterem" umzusehen.

Weiter spricht sowas natürlich die große Zahl der arbeitslosen Frauen an, die kaum Aussicht haben, wieder zu alten Bedingungen vermittelt zu werden. Besser einen „angenehmen" Job für einen Hungerlohn als für einen Hungerlohn in irgendeine Knochenmühle.

Und schon feiert die Ideologie von der Frau an Heim und Herd wieder Triumphe!...

- **Für eine staatliche Kontrolle der Arbeitsbedingungen in privaten Haushalten!**
- **Angleichung der Löhne an die Industrie!**
- **Anwendung der üblichen gesetzlichen und tariflichen Arbeitsschutzbestimmungen!**
- **Für eine gewerkschaftliche Vertretung!**

Arbeitsgruppe Frauen
KB/Gruppe Hamburg

Der KBW weiß, was Frauen mögen



Alle Meinungsumfragen und ähnlichen Kram könnte sich die Bourgeoisie eigentlich schenken, seit es den KBW gibt. Denn der ist immer ganz auf der Höhe und sagt, wie die Massen die Sachen sehen. Daher macht es ihm auch keine großen Schwierigkeiten, beispielsweise jederzeit d i e Forderungen zu formulieren, *„unter denen sich die Massen zusammenschliessen können."*

Der KBW weiß also auch, was die Massen über das Problem der schweren körperlichen Mißhandlung von Frauen durch ihre Männer sowie Kinder durch ihre Eltern denken: K e i n e Frau denkt daran, sich an die Polizei und Justiz zu wenden, denn *„in der Arbeiterklasse ist es eine alltägliche Erfahrung: Sobald die Polizei kommt und sich in Streitereien unter den Massen einmischt, geht es gemeinsam gegen die Polizei und ihre Einmischung. So ist es auch im allgemeinen in der Auseinandersetzung zwischen Mann und Frau"*. Vom *„Recht der Schwächeren, im Notfall Schutz auch vom bürgerlichen Staat zu fordern"* (wie wir im AK geschrieben hatten), wollen jedenfalls die Frauen überhaupt nichts wissen. Das weiß der KBW ganz genau (vergl. „KVZ", 10.6.76).

Wäre es so, dann würde es allerdings das ganze Problem gar nicht geben, für dieses Recht einzutreten. Tatsache ist aber, daß es in jeder Großstadt täglich Dutzende von Fällen gibt, wo Frauen die Polizei rufen, weil sie sich nicht mehr gegen ihre Männer zu helfen wissen. Oft genug kommt es dann vor, daß sich die Polizei so verhält, wie es dem KBW vorschwebt: Sie lehnt es ab, sich „einzumischen" und zieht wieder ab. Denn Körperverletzung in der Ehe ist nach bürgerlichem Recht in erster Linie „Privatsache".

Und gut so, sagt der KBW. Aber warum tritt er denn nicht gleich dafür ein, überhaupt Körperverletzung etc. „unter den Massen" zur Privatsache zu erklären und sich die „Einmischung" des Staates gefälligst zu verbitten? Warum wendet sich der KBW nicht auch dagegen, daß sich der Staat beispielsweise in solche „Streitereien unter den Massen" wie Vergewaltigung, „einmischt"? *„Prügel und Totschlag, ja oder nein — das muß Sache des Volkes sein"*, wäre wohl eine passende Forderung für den KBW? Wäre das nicht wieder einmal eine wundervolle „Forderung, unter der sich die Massen zusammenschließen können"? Der KBW sollte diese Forderung ruhig in sein Wahlkampf-Programm aufnehmen!



Arzthelferin
Ein attraktiver Frauenberuf?

Nach der Bundesärztekammerstatistik ist die Zahl der Mädchen, die Arzthelferin werden wollen, innerhalb von 10 Jahren von 1.015 auf über 30.000 gestiegen.

Die Ärztekammern rühmen sich, daß die niedergelassenen Ärzte in den vergangenen Jahren das Ausbildungsangebot erheblich erhöht haben.

Schon heute ist abzusehen, daß nicht alle Auszubildenden in ihrem Beruf Arbeit finden werden. In Westberlin gibt es z.Zt. 100 arbeitslose Arzthelferinnen; diese Zahl wird sich in den kommenden Jahren beträchtlich erhöhen, nicht zuletzt auch dadurch, daß zunehmend Krankenschwestern und Pflegepersonal, die der Sparpolitik des Senats zum Opfer fallen, in die Praxen drängen.

Weshalb haben die Ärzte das Lehrstellenangebot erhöht? Sicherlich nicht aus ‚Sozialer Verantwortung', sondern weil sie die ‚billigen' Lehrlinge ganz besonders ausnutzen können. Meistens müssen sie schon nach einem halben Jahr die Arbeit einer Arzthelferin verrichten.

Hier einige Beispiele:
In einer Unfallpraxis in Westberlin röntgen zwei Lehrlinge. Sie dürfen dabei keine Bleischürzen benutzen, denn diese sind für die Patienten da. In der gleichen Praxis wurden erst nach Jahren die Wände mit Blei verkleidet, die jährlich vorgeschriebenen Untersuchungen für die Lehrlinge finden nicht statt.

In einer Frauenarztpraxis machen Arzthelferinnen-Lehrlinge selbständig cytologische Untersuchungen, Arzthelferinnen machen Krebsabstriche, beim Einsetzen von Spiralen machen Arzthelferinnen die Narkose.

Bekommen die Lehrlinge nach Abschluß der Lehre glücklich einen Arbeitsplatz, dürfen sie ihre Dankbarkeit darüber durch häufige unbezahlte Überstunden abends und auch am Wochenende ausdrücken. Daß die Herren Ärzte den Beruf Arzthelferin attraktiv finden, ist allerdings verständlich. Sind es doch die Helferinnen, die die meisten Leistungen erbringen, die auf dem Krankenschein stehen. Und damit die Sache schön rund wird — und das Bankkonto des Arztes — wird bei der Abrechnung noch hier und da was hinzugemogelt, z.B. Beratungen und gründliche Untersuchungen, die nie stattgefunden haben. Eine Arzthelferin hat kaum Möglichkeiten, sich gegen diese Praktiken zur Wehr zu setzen. Die Entlassungsdrohung schwebt ständig über ihr.

Wie in allen anderen Pflegeberufen werden Arzthelferinnen dadurch besonders ausgenutzt, daß gerade sogenannte ‚frauliche' Eigenschaften von ihr erwartet werden. Gefordert wird Taktgefühl, Anpassungsfähigkeit, Vermittlertätigkeit, Einfühlungsvermögen, Geduld und eine immer gleichbleibende Freundlichkeit.

Für all diese so gepriesenen Eigenschaften erhält die Arzthelferin ein monatliches Nettogehalt von rund 900,– DM.

Den Herren Ärzten und all denen, die meinen, uns Frauen mit einem Hungerlohn, dafür aber mit viel lobenden Worten über unser Einfühlungsvermögen abspeisen zu können, sei gesagt:

„Die Frau sei willig, stumm und dumm" — diese Zeiten sind jetzt um!

Genossinnen der Gesundheitsgruppe
KB/Westberlin

Schlagt die Frauenfeinde, wo ihr sie trefft!



Mißgeburten durch Medikamente gegen Trichomonaden?

„Flagyl" ist ein Medikament, das Frauen in den USA häufig verschrieben wird. 1972 wurde es 2,3 Millionen mal verschrieben. Es ist zur Behandlung von ‚Trichomonas vaginitis' (Trichos= Entzündungen hervorrufende Erreger in der Vagina) gedacht. Der medizinische Name ist „Metronidazole" und ist in einem Produkt der Firma Bayer enthalten — „Clont". „Clont" ist in der BRD eins der Hauptbekämpfungsmittel gegen die „neuen Geschlechtskrankheiten".

Eine Untersuchung von Dr. Marvin Legator deckte auf, daß der Urin von Frauen, die „Flagyl" nahmen, eine Substanz enthielt, die das Vorkommen von genetischen Mutationen (Veränderungen der Erbinformation) aufzeigte. Genetische Mutationen sind eine bekannte Ursache von Mißgeburten. Eine andere Untersuchung zeigte, daß durch „Flagyl"-Medikation die Mutationsrate der normalen Körperbakterien anstieg. Da Trichos wiederkehren, ist von Mal zu Mal eine höhere Dosierung von „Flagyl/Clont" erforderlich, da die Keime das Medikament schon „kennen", d.h. resistent (widerstandsfähig) geworden sind. Daß „Flagyl" Brust- und Lungenkrebs erzeugt, ist schon so gut wie erwiesen! (Informationen aus „ID" vom 1.12.74)

In den USA läuft eine Kampagne gegen „Flagyl" und den Alleinhersteller Searle, Inc.

Frauen und Männer, besteht bei Euren Ärzten darauf, keine Medikamente verschrieben zu bekommen, von denen schon bekannt ist, daß sie schädlich sind!

Arbeitsgruppe Frauen
KB/Gruppe Hamburg

Frauentage in Barcelona

Die ersten Frauentage, an denen in der Universität von Barcelona mehrere hundert Frauen teilgenommen haben, sind am 31. Mai zu Ende gegangen. In einer Abschluß-Resolution forderten die Frauen das *„Recht auf Arbeit ohne sexuelle Diskriminierung und autoritätsfreie, nicht diskriminierende Erziehung."* Außerdem verlangten sie die Abschaffung des obligatorischen Sozialdienstes für Frauen („Le Monde", 2.6.76).

Ganz schön beknackt!

„Was ist eigentlich ‚knackig'?", fragt die „Bild am Sonntag" (30.5.76), und ein gewisser M.B. (wohlwissend nur die Initialen) beantwortet diese Frage nach der „Traumfrau von heute" auf eine Weise, daß man meinen könnte, im neusten Kochbuch zu lesen: Das Angebot *„sitzt haufenweise in den Cafés — eine Augenweide!"*. Die *„Verpackung ist so schön wie nie — und die süßen Dinger sind so lecker, daß den Herren der Schöpfung beim Wort ‚knackig' so wird, wie dem Gourmet (Feinschmecker) beim Schluck Chablis."* Mögen sie sich verschlucken!

Man nehme eine *„Mischung aus sinnlich und sportlich, von allem ein bißchen. Knackig muß schmekken. Solche Mädchen sind jung und lecker wie ein frischer Apfel — einfach zum reinbeißen"*.

Und wenn die Zutaten *„Jugend, lange blondeHaare, braungebrannte Haut, ein kleiner runder Po und ein schöner Busen"* und natürlich Sinnlichkeit, Erotik und Offenheit fehlen sollten, dann gilt das rundweg als „antiknackig".

„Knackig sein bedeutet etwas Sex, etwas Ausstrahlung, etwas Persönlichkeit — meine Damen. Und vor allem alles an der richtigen Stelle".

„Jeder Zeitabschnitt hat sein Schönheitsideal", und so geht's dann weiter, daß jeder Körperteil der Frau beurteilt wird wie die Karosserieteile eines Sportwagens.

Diesen miesen Schreiberlingen sollte man mal knackig ... und vor allem an der richtigen knackigen Stelle!...

Antifaschistische Aktion in Bremen



Für den 8.6. hatten in Bremen der „Stahlhelm-Kampfbund für Europa" und der „Arbeitskreis volkstreuer Verbände" aus dem Faschistenausbildungszentrum in Bassum zu einer Kundgebung aufgerufen. Anlaß war der Besuch von Polen s Ministerpräsident Gierek in Bremen.

Nach ihren eigenenAngaben unterstützen die „Landsmannschaften" und „Vertriebenenverbände" die Kundgebung. Ebenfalls die NPD, deren „Junge Nationaldemokraten" mit etwa 20 Leuten vertreten waren.

Allein der KB hatte öffentlich zu einer Gegenkundgebung aufgerufen. Fast 250 Antifaschisten waren erschienen. Das Faschistentreffen war allerdings mittlerweile vermutlich nach Bassum verlegt. Vor dem ursprünglich angekündigten Veranstaltungsraum waren etwa 30-40 Faschisten, vor allem von den „Jungen Nationaldemokraten" (darunter „Junge Union"-Mitglieder!) und dem „Bund Heimattreuer Jugend", die nur gekommen waren, um nicht informierte Faschisten mit Wagen und Bussen mitzunehmen, wie sich allerdings erst später herausstellte. Unter Sprechchören und „Begleitschutz" der Antifaschisten mußten die Nazis Bremen verlassen. Dabei wurden noch zwei Faschisten erwischt, die bewaffnet waren: außer Schlagstöcken hatten sie zwei Pistolen mit. Sie wurden zwar von den (zahlreich) anwesenden Bullen festgenommen, aber bereits nach 10 Minuten wieder auf freien Fuß gesetzt.

treffen war allerdings mittlerweile vermutlich nach Bassum verlegt.

Im Anschluß an die Aktionen gegen die Faschisten trafen sich noch etwa 70 Antifaschisten zu einer Diskussion um die abgelaufene Sache und das Führen des antifaschistischen Kampfes. Der KB hatte diese Faschisten-Zusammenrottung in Bremen bekannt gemacht und zu einer gemeinsamen antifaschistischen Aktion eingeladen. An der Universität und in der Hochschule für Sozialpädagogik wurden Resolutionen verabschiedet, in denen die Verhinderung des Treffens und sein Verbot gefordert wurde.

Traurig aber nimmt sich das Verhalten der Linken aus:

der KBW ließ sich offiziell in Verhandlungen mit uns verlauten, daß er eine solche Aktion für falsch halte. Die Faschisten seien eine „Randerscheiung" und unser Vorschlag lenke vom eigentlichen Problem des Gierek-Besuches ab. Es sei vielmehr zu überlegen, ob man nicht eine Kundgebung gegen dieses Treffen eines Vertreters des BRD-Imperialismus und des „Sozialimperialismus" machen sollte. Damit war für ihn die Sache erledigt. Auch hieran wird wieder deutlich, mit welch rasantem Tempo der KBW sich den Positionen der „Vaterlandsverteidiger" nähert.

Um so erfreulicher ist es, daß die Mitglieder des KSB (KBW-Studentenorganisation) bereits vor diesen Verhandlungen an den Hochschulen Aktionen gegen die Faschisten befürworteten und eine Reihe Mitglieder von KBW und KSB sich auch beteiligten.

Die DKP ließ natürlich nichts von sich hören. Wie später bekannt wurde, bestand ihre Aktivität darin, einen Brief ihres Vorstandes an die SPD-Bundesregierung und SPD–Bürgermeister Koschnick zu schreiben, in dem das Verbot der Veranstaltung gefordert wurde. Der SPD-Senat kam dem übrigens nach (wobei kaum anzunehmen ist, daß der Brief der DKP-Führer dabei eine Rolle spielte), indem er auf den Besitzer des Veranstaltungslokals Druck ausübte. Dieser zog dann auch seine Zusage zurück. Die Motive von DKP- und SPD-Führung sind schnell genannt. Die DKP wollte ihre eigene Veranstaltung mit Gierek am 9.6. frei von allen „unschönen Begleiterscheinungen" halten um so ihre revisionistische Jubelfeier um die angebliche „deutsch-polnische Freundschaft" ungestört abhalten zu können. Die SPD hatte ebenfalls kein Interesse an solcher „Begleitmusik", da sie Gierek im Rahmen der Patenschaft Bremen-Gdansk empfing und mit ihm über Wirtschaftsabkommen und ähnliches verhandeln wollte.

in dem das Verbot der Veranstaltung gefordert wurde. Der SPD-Senat kam dem übrigens nach (wobei kaum

Beiden ging es nicht um eine antifaschistische Mobilisierung und Aufklärungsarbeit. Die DKP verhielt sich dabei wie eine stinknormale bürgerliche Partei, die solche Fragen bestensfalls auf „parlamentarischen" Wege angeht.

Auch hier bleibt festzustellen, daß eine Reihe von Mitgliedern der DKP und ihrer Studentenorganisation MSB die antifaschistische Aktion unterstüzten.

Von den anderen angeschriebenen Organisationen meldete sich nur der trotzkistische ‚Spartacusbund', der die Atkion unterstützte, ohne allerdings eine öffentliche Mobilisierung zu machen.

Die Reaktion der Linken ist bezeichnend für das Verhalten vieler Organisationen gegenüber faschistischen Gefahren, undfür die die Unfähigkeit, der faschistischen Ideologie, die heute vor allem von der CDU/CSU verbreitet wird, entgegenzutreten. Andererseits hat die Aktion bewiesen, daß eine Alternative besteht und daß es möglich ist, solche Aktionen durchzuführen.

Tod dem Faschismus! ●

KB/Gruppe Bremen

„Notwehr" – ein Freibrief für um sich ballernde Reaktionäre

Werner Weinhold, der am 19.12.75 beim Durchbrechen der DDR-Grenze in die BRD zwei DDR-Soldaten erschossen hat, wurde aufgrund einer Entscheidung des Landgerichts Essen am 4.6. aus der Untersuchungshaft freigelassen. In dem Gerichtsbeschluß wird erklärt, daß Weinhold *„in Notwehr"* gehandelt habe, weil ***„gegen die Maßnahmen der Grenzorgane der ‚DDR' in jedem Fall Notwehr zulässig sei"*** (‚Welt',5.6.76), Mit anderen Worten: Gegen die DDR ist alles erlaubt!...

Ganz abgesehen davon, daß sich die BRD weigert, Weinhold internationalem Recht entsprechend an die DDR auszuliefern. Denn trotz aller schönen ‚Ostverträge' betrachtet die Bundesregierung die DDR nach wie vor nicht als Ausland, sondern als Teil ihres Machtbereichs. Weinhold wurde sogar unter Polizeischutz gestellt, um eine angeblich drohende Entführung durch die DDR zu verhindern.

Ein Straf- und ‚Ost'(?)-Rechtler, Prof. Schroeder aus Regensburg, hat sich zu der These aufgeschwungen, daß praktisch a l l e s „gerechtfertigt" sei, was ***„erforderlich ist, um den gefährlichen Dauerzustand der Verwehrung des elementaren Rechtes der Freizügigkeit durch die ‚DDR' zu begegnen"*** („Welt", 10.6.76). Laut Schroeder gibt es da auch den *„besonderen Fall der Präventivhilfe"*, z.B. den Abbau von Selbstschuß-Geräten an der DDR-Grenze. Bei dieser höchst phantasievollen Rechtsauslegung wäre es nicht einmal verwunderlich, wenn demnächst auch Schüsse auf DDR-Grenzer durch westdeutsche Faschisten als „Präventivhilfe" gerechtfertigt würden.

Man stelle sich vor, jemand würde sich in der BRD ein ihm vorenthaltenes verfassungsmäßiges Recht - z.B. das der freien Berufswahl ohne Rücksicht auf seine politische Einstellung! - mit der Waffe in der Hand erzwingen wollen! Kein Gericht würde das als „Notwehr" anerkennen. Aber gegenüber der DDR wird zu derart konstruierten „Rechtstheorien" gegriffen, denn das „Recht" und seine Auslegung stehen im Dienst der herrschenden Klasse. Und das ist in der BRD allemal die Monopolbourgeoisie. ●

Antifa-Kommission
KB/Gruppe Hamburg

„Zwei Reiseknüller" für Bullen

Ein ***„exklusives, staatsbürgerliches und berufsbezogenes (!) Studienprogramm"*** bietet die Gewerkschaftszeitung Nr. 6 der Polizei „Deutsche Polizei" in Form von „zwei Reiseknüllern" den westdeutschen Bullen an.

Reiseknüller Nr. 1 ist Brasilien, in dem sich 1964 eine faschistische Militär-Gorilla-Diktatur blutig an die Macht putschte.

Der 2. Reiseknüller ist das faschistische Südafrika (RSA).

Während dieser Reise ist offensichtlich ein Anschauungsunterricht in die besonders brutalen Praktiken des faschistischen Polizeiapparats dieser Staaten geplant.

Daß gerade diese beiden in Blut getränkten faschistischen Diktaturen als „Reiseknüller" angeboten werden, ist für die reaktionäre Ausrichtung des westdeutschen Polizeiapparats und seiner Gewerkschaft bezeichnend. ●

KB/Gruppe Eutin/Plön

Verrückte Welt!

Seltsame Dinge spielen sich in Frankfurt ab:

Im Zusammenhang mit der Demonstration nach dem Tod von Ulrike Meinhof hat die Staatsanwaltschat Frankfurt ein Verfahren gegen mehrere Bullen wegen Verdachts der Körperverletzung im Amt eingeleitet.

Die „Frankfurter Rundschau" meldet:***„Diese Verfahren sind – ein besonderer Umstand – von Amts wegen zustande gekommen. Justizangehörige, darunter ein Staatsanwalt, haben ihren Angaben zufolge von ihren Dienstzimmern aus beobachten können, wie sich eine Gruppe von fünf bis zehn Polizisten vor dem Gerichtsgebäude auf zwei Demonstranten stürzte, sie verprügelte und dann festnahm"*** (FR, 8.6.).

Natürlich ist auch von der Polizei inzwischen eine Anzeige gegen einen der Demonstranten erhoben worden, wegen Widerstand gegen die Staatsgewalt. Zur Aussage des Staatsanwaltes kann man nur sagen: Weiter so! Und hoffen, daß er bei seiner Aussage bleibt. ●

Antifa-Komission
KB/Gruppe Hamburg

Nürnberg
Ein halbes Jahr Knast wegen einer Tasse Kaffee

Wenn man keine Arbeit und keine Wohnung hat, sucht man Leute, die in der gleichen, hoffnungslosen Lage stecken. Häufiger Treffpunkt dieser zu Außenseitern der Gesellschaft gemachten Menschen sind die Bahnhöfe.

Vor einem halben Jahr griff die Bahnhofspolizei mehrmals eine 43 jährige Frau auf, weil sie im Nürnberger Hauptbahnhof übernachtete bzw. sich dort „ohne Reiseabsichten" aufhielt. Damals bekam die Frau das Verbot, das Bahnhofsgebäude zu betreten. 6 Monate später nahm die Polizei diese „Stadtstreicherin" fest, da sie „ohne Reiseabsichten in der Bahnhofstrinkhalle Kaffee getrunken hat". Und diese Tasse Kaffee brachte der Frau ein halbes Jahr Gefängniss ohne Bewährung wegen „Hausfriedensbruch" ein. ●

Gruppe Nürnberger Kommunisten (KB)

Europäische Integration bei der Polizei – ohne Probleme

Auf einem Treffen der EG-Justizminister in Brüssel verständigten sich diese Herren sehr schnell über ein gegemeinsames Vorgehen gegen „Terroristen". Sie sollen nicht als politische Straftäter betrachtet werden, bei denen in der Regel eine Auslieferung mit Schwierigkeiten verbunden ist. Bei Nichtauslieferung hat das betreffende Land der EG nun die Verpflichtung übernommen, selbst Anklage zu erheben (nach „FR", 6.6. 76). Eine präzise Definition von „Terrorismus" wurde nicht gegeben.

Maihofer hofft, daß die Ratifizierung des Abkommens nicht allzulange dauert.

Mit der Parole „Kampf dem Terrorismus" und international organisierter Kriminalität soll jedoch noch einiges mehr erreicht werden. Ziel ist es - nach Maihofer - die nationale Souveränität auf diesem Gebiet abzubauen und auch die EG-assoziierten Ländern mit einzubeziehen. Der wichtigste konkrete Punkt in dieser Hinsicht ist für Maihofer zunächst der reibungslose Grenzverkehr für die Polizei („Welt", 30.3.76). ●

Beiersdorf Hausbücherei bietet Nazi-Buch an

Beiersdorf Hausbücherei bietet Nazi-Buch an

„Unschwer hätte Hitler Mitte 1941 eine doppelt so stark ausgerüstete Armee haben können. Denn die Produktion jener Grundindustrien, die das Rüstungsvolumen bestimmen, war im Jahre 1944 kaum höher als 1941. Was hätte uns gehindert, die späteren Produktionszahlen schon im Frühjahr 1942 zu erreichen? Selbst die Rekrutierung von rund drei Millionen aus jüngeren Jahrgängen wäre schon vor 1942 ohne Produktionseinbuße möglich gewesen. Sogar der Einsatz von Zwangsarbeitern aus den besetzten Gebieten hätte vermieden werden können, sofern nur die gleichen Maßstäbe angesetzt worden wären, wie sie für die Frauenarbeit in England und in der USA gültig waren. Rund fünf Millionen Frauen hätten dann für die Rüstungswirtschaft bereitgestanden ,und Hitler hätte mit drei Millionen Soldaten zusätzlich zahlreiche Divisionen aufstellen könne, die infolge der Mehrproduktion hervorragend bewaffnet gewesen wären."

Diese Version von „Wie Deutschland den Krieg hätte gewinnen können" entstammen dem Buch von Albert Speer, Rüstungsminister unter Hitler, der in seinem „Spandauer Tagebuch", seine „Erinnerungen" darlegt.

„Das Dritte Reich aufzubauen..." Faschist Speer hätte schon gerne 1941 alle Frauen in der Rüstungsindustrie gehabt, schon damals 14-jährige an die Front geschickt *(„Rekrutierung aus jüngeren Jahrgängen")*.

Nicht nur, daß dieses Buch durch Illustrierten-Artikel und einer Serie in Springers „Welt" breite Propagierung erfahren hat, was sich einreiht in die sogeannte „Nazi-Nostalgie-Welle",in der die bürgerlichen Medien verstärkt das „Dritte Reich" aufleben lassen, in ihrer neuesten Ausgabe der Kapitalistenzeitschrift „Hauskurier" vom Mai 76, bieten die Beiersdorf Kapitalisten den Kollegen dieses Buch über die Hausbücherei an.

Diese faschistischen „Erinnerungen" sollen so ganz direkt im Betrieb an die Kollegen herangetragen werden.

Was das „Zerstören des Dritten Reiches" betrifft, mit dem die Beiersdorf-Kapitalisten in ihrer Anzeige argumentieren, sei hier noch einmal Faschist Speer zitiert :

„Hier sitze ich in meiner Zelle, bejahe den Prozeß und das Urteil und kann doch dem intellektuellen Reiz nicht widerstehen, all den verspielten Chancen, dem durch Unfähigkeit entglittenen Sieg nachzudenken."

> *Speer, Albert:*
> **Spandauer Tagebücher** — Das Buch von der menschlichen Haltung eines zu 20 Jahren Einzelhaft Verurteilten, der das Dritte Reich aufzubauen und zu zerstören geholfen hatte.

Anzeige im „Hauskurier", der Werkszeitung der Beiersdorf-Kapitalisten

Der Verbreitung der „Erinnerungen" dieses Faschisten muß entgegen getreten werden! Raus mit Speer's „Spandauer Tagebuch" aus der Werksbücherei! ●

2 Genossinnen aus der Betriebszelle Beieredorf Werk I

Der „Fall Gartenschläger"

In der Nacht des 30. April wurde an der DDR-Grenze bei Büchen (Lauenburg) Michael Gartenschläger aus Hamburg nach einem Schußwechsel (er war mit einer Pistole bewaffnet, einer seiner Kumpane mit einem Gewehr) von DDR-Grenzern erschossen. Gartenschläger hatte zum dritten Mal versucht, an der Grenze ein Selbstschuß-Gerät zu demontieren und mitzunehmen.

Um Gartenschläger hatte sich eine faschistische Bande gebildet. Die Mitglieder sind ehemalige „politische" Häftlinge aus der DDR, die entweder von der Bundesregierung „freigekauft" oder von der DDR in die Bundesrepublik abgeschoben worden waren. Dazu gehören Lothar Lienicke und Dieter Uebe, die an Gartenschlägers letzter Grenzprovokation teilnahmen; ferner Gerd Peter Riediger, der mit Gartenschläger schon seit 1960 befreundet war; außerdem u. a. ein Jürgen Müller aus Lohbrügge und Gerhard Kiese.

Der „Bild" war offenbar das schon zuviel: Noch zwei Tage vor Gartenschlägers letztem, tödlichen Abenteuer hatte „Bild" (28.4.76) gezetert, weil überhaupt Ermittlungen gegen Gartenschläger eingeleitet worden waren: *„Geht Recht vor Menschenrecht?"*. Die *„Menschlichkeit"* werde dadurch *„ausgedörrt"*.

„Bild" war nach Gartenschlägers Tod auch wieder groß im Erfinden von Geschichten, um die Hetze gegen die DDR am Kochen zu halten. So war am 14. und 15. Mai zu lesen, Gartenschläger sei von seinem *„besten Freund"* (sein Kumpan Riediger) *„in die Falle gelockt"* worden. Riediger sei *„mutmaßlicher 'DDR'-Agent"*. Folge: Riediger bat um Polizei-Schutz, da er „Racheakte" seiner faschistischen Kumpane fürchtete. – Am 19. Mai bot „Bild" eine neue Version: Gartenschläger sei *„von DDR-Agenten pausenlos überwacht"* worden; in seiner Wohnung seien *„heimlich elektronische 'Wanzen' versteckt"* worden. Quelle dieser Schauergeschichte war ausgerechnet die „Arbeitsgemeinschaft 17. Juni", Gartenschlägers letzte Auftraggeberin ...



Zum ersten Mal hatte Gartenschläger in der Nacht zum 30. März an der DDR-Grenze ein Selbstschuß-Gerät abgebaut und mitgenommen. Dieses übergab er dem „Spiegel". Dafür erhielt er DM 12.000,– „Honorar" vom „Spiegel" und DM 3.000,– „Risiko-Prämie" von einem revanchistischen Westberliner „Kuratorium". Der „Spiegel" ließ im Labor das Gerät auseinandernehmen und untersuchen. Danach wurde dann (im „Spiegel" vom 26. April) eine detaillierte Skizze des Geräts veröffentlicht – mit exakten Hinweisen für eine gefahrlose Demontage. Praktisch handelte es sich um eine genaue Gebrauchsanweisung für weitere Provokationen.

Inzwischen war Gartenschläger er-

brauchsanweisung für weitere Provokationen.
Inzwischen war Gartenschläger er-

neut „aktiv" geworden: Am 23. April hatte er, zusammen mit Lienicke, ein zweites Gerät geholt, über dessen Verbleib nichts bekannt ist.

Am 30. April wollte er, zusammen mit Lienicke und Uebe, ein drittes Gerät demontieren. Den Auftrag dazu hatte er von der rechtsradikalen „Arbeitsgemeinschaft 17. Juni" erhalten, die das Gerät zu „Demonstrations"zwecken benutzen wollte. Bei diesem *„Einsatz"* (Lienicke), zu dem er sich selbst bewaffnet hatte und Uebe eine abgesägte Schrotflinte gegeben hatte, kam es zu dem tödlichen Schußwechsel.

Die Bundesregierung „protestierte" sofort gegen den *„unangemessenen Schußwaffengebrauch"* der DDR-Grenzer. Die Lübecker Staatsanwaltschaft leitete entsprechend dem immer noch aufrechterhaltenen „Alleinvertretungsanspruch" gegen die DDR-Grenzer wegen Mord, versuchtem Mord (an Lienicke und Uebe) und *„schwerer Grenzprovokation"* (?!) ein. Bei dieser seltsamen Auslegung stützt sich die Staatsanwaltschaft ausschließlich auf die Angaben von Gartenschlägers Komplizen. Dies ist umso makabrer wegen der Rolle, die Lübecks Staatsanwalt Wirsich selbst in der ganzen Affäre gespielt hat: Kurz vor der Tat, am Mittag des 30. April, hatte er Gartenschläger aufgesucht, um ihn zu „vernehmen"; nach Gartenschlägers erster Grenzprovokation waren formal „Ermittlungen" gegen ihn eingeleitet worden. Gartenschläger sagte am 30. April dem Staatsanwalt ganz offen, *„er werde bald wieder von ihm hören, weil er die Absicht habe, ‚ein ganz großes Ding zu drehen'"* („Welt", 4.5.76). Wirsich hatte sich daraufhin mit einer „Warnung" begnügt! ...

Wie total idiotisch diese „Bild"-Geschichten sind, geht daraus hervor, daß Gartenschläger (nach Aussagen von Lienicke) und seine Komplizen zunächst an einer ganz anderen Stelle, bei Uelzen oder Ratzeburg, ein Selbstschußgerät demontieren wollten. An die Stelle bei Büchen, wo sie schon zwei Geräte abgebaut hatten, waren sie eigentlich nur gekommen, um eine dort versteckte Leiter abzuholen. Erst dort entschloß sich Gartenschläger dann in einer plötzlichen selbstmörderischen Laune, ausgerechnet hier, wo die Grenze nach seinen

tenschläger dann in einer plötzlichen
selbstmörderischen Laune, ausgerechnet hier, wo die Grenze nach seinen

beiden ersten Provokationen besonders bewacht wurde, es zum dritten Mal zu „probieren". Er kann also unmöglich vorher „verraten" worden sein, sondern wurde Opfer seines vor allem von Springerpresse und „Spiegel" angeheizten Geltungsdranges, sich unter den Augen der DDR-Grenzer als „Held" aufzuspielen.

In diesem Klima, wo die Grenzprovokateure in der Presse als „Helden" gefeiert werden, wo sie von Polizei und Gerichten unbehelligt gelassen werden, und wo sogar die Bundesregierung „protestiert", wenn sich die DDR gegen die Verletzung ihrer Grenze wehrt – in diesem Klima fand Gartenschläger natürlich sofort Nachahmer.

So wurden in der Nacht zum 30. Mai im Landkreis Uelzen drei weitere Selbstschußgeräte demontiert. Täter sind Jürgen Müller und Gerhard Kiese. Müller war mit seiner Beute ganz stolz auf einer Polizeiwache erschienen.

Möglicherweise in engem Zusammenhang mit dieser Bande steht eine *„National Bewegung Freies Deutschland"*, die am 5. Mai ein Flugblatt zum Tod Gartenschlägers verteilte, worin er als *„Kämpfer"* und *„Vorbild für die Deutsche Nation"* gefeiert wurde. In dem Flugblatt wird aufgefordert, *„unseren harten und teuren* (!) *Kampf für die Nationale Einheit"* zu unterstützen und in die *„National Bewegung Freies Deutschland"* einzutreten (Mitgliedsantrag gleich auf dem Flugblatt). Man kann auswählen, ob man erst einmal nur *„besucht werden"* oder gleich „aktiv kämpfen" (?!) möchte. Verantwortlich für das Flugblatt zeichnet ein M. du Mont aus Hamburg 74. ●

Antifa-Kommission
KB/Gruppe Hamburg

NPD zum 17 Juni: „Für Freiheit – gegen Kommunismus"

Zum sogenannten „Tag der Deutschen Einheit" am 17. Juni versuchen die Faschisten rechts von CDU/CSU eine Mobilisierung ihrer Anhängerschaft zustandezubringen.

Bei der Vorbereitung und Ausrichtung des „Sternmarsches" gab es Unstimmigkeiten in der NPD und ihren „überparteilichen " Nebenorganisationen, die sich in der NPD/Vereinigte Rechte (NPD/VR) zusammengefunden haben.

Die NPD rief noch in der Märznummer ihrer Zeitung „Deutsche Stimme" zu einem „NPD-Deutschlandtreffen" unter der vergleichsweise „schlappen" Parole auf: „Gegen Unfreiheit und Spaltung – Für Reichseinheit und Nationaldemokratie!"

Nachdem die CDU/CSU auf offenen Konfrontationskurs mit der Parole **„Freiheit oder/statt Sozialismus"** geschwenkt ist, ruft die NPD nur noch kommentarlos nach Bonn auf. Sie verzichtet auf jede Parole. Dafür hat sich offenbar die „radikalere" Linie der DEUTSCHEN VOLKSUNION (DVU) des Dr. Gerhard Frey durchgesetzt. Frey ist Repräsentant der militanten nationalistischen und faschistischen Soldaten- und Traditionsverbände wie „Stahlhelm", SS-HIAG und andere mehr. Für diese Kräfte hat es nie Zweifel gegeben, daß das



Faschistentreffen am 17. Juni als „Freiheitsmarsch der Antikommunisten" stattfinden muß. Die „National-Zeitung" der DVU tönte in ihrer vorletzten Ausgabe: *„Im Bundestagswahljahr kommt dieser Großdemonstration eine noch höhere Bedeutung zu als dem so wahrhaft grandios verlaufenen Deutschlandtreffen des vergangenen Jahres"*.

Im Wesen vertreten die Bonn-Marschierer die gleichen Positionen wie die CDU/CSU. Es gehe darum, *„die rote Barbarei zu verhindern"*, *„die Teilung Deutschlands nicht hinzunehmen"*, die *„Ostverträge von Anfang für null und nichtig zu erklären"*. Selbst in der Hauptparole stimmen sie überein: Die NPD-Faschisten marschieren am 17. Juni **„Für Freiheit – gegen Kommunismus"**.

Unter dieser Parole ist besonders die Freylinie der NPD seit Wochen dabei, in der faschistischen „National-Zeitung" zu mobilisieren. Es werden spezielle Anhänger und Aufkleber verteilt. Ganze Packen von diesem Dreck konnten Antifaschisten in Hamburger Postsäcken finden! Die DVU läßt sogar Flugblätter in Hauswurfsendungen verteilen uam. Auch die inzwischen sattsam berüchtigten militanten Provokateure wie „NSDAP/AO", „Faschistische Front" und andere mischen aktiv mit.

Nachdem die CDU/CSU unter einer Leitlinie den Wahlkampf eröffnet hat, die aus dem Sumpfkessel der NPD stammt, werden solche militant faschistischen Kräfte das Bild der NPD/VR bestimmen. Anders kann sie sich rechts von der CDU/CSU nicht mehr profilieren. ●

Antifa-Kommission
KB/Gruppe Hamburg

Ein Haufen toller Hunde

Im AK 77 führten wir im Artikel „Nazistische Terrortruppen in der BRD" u.a. eine „Kampfgruppe Prien" aus Freiburg an.

Offenbar handelt es sich hierbei um die „Kampfgruppe Priem (e.V.)" unter ihrem „Standortführer" Arnulf Winfried Priem („Hitlerjonny"), die durch Hakenkreuz- Schmierereien und einen Überfall auf eine Anti-Franco- Demonstration bekannt wurde.

Die „Kampfgruppe Priem" gibt das Blättchen „Thing" heraus, verantwortlich gezeichnet von Arnulf - Winfried persönlich, Erwin Schober von der NPD - Jugendorganisation „Junge Nationaldemokraten" (JN) Freiburg sowie Axel Herbstritt, Karl - Heinz Jäckle, Hans Bohn, Michael Schmidt, Bernd Scheidberger. Geworben wird im „Thing" für die „Hilfsgemeinschaft Freiheit für Rudolf Heß", die JN, den Aktionskreis „MUT" sowie für den „Kritik- Verlag" des berüchtigten Thies Christophersen!

Die Forderungen der „Kampfgruppe Priem" zeigen ebenfalls, unabhängig von sämtlichen Idiotismen des „Standortführers" selbst, wo diese Gruppe angesiedelt ist:

- *„Schutz der Familie und damit verbunden Schluß mit der unsinnigerweise propagierten Geburtenkontrolle.*
- *Klare und ehrliche Geschichtsdarstellung in den Schulen, Nationalmasochismus soll den letzten Kremlmarionetten überlassen sein.*
- *Unsere Universitäten - Wissensschmieden, keine Rotfrontkämpfer-Akademien.*
- *Autobahngebühr für Ausländer.*
- *Unabhängigkeit von Fremdenergie".*

Versucht wird auch, gerade an junge Leute heranzukommen - Priem wirbt für sich selbst: *„27 Jahre,lange Haare, modern und aufgeschlossen!"*.

Priem selbst trat bei den letzten Landtagswahlen als Kandidat der NPD auf. Gleichzeitig gründete er die „Antikommunistische Front Freiburg". Um sich schart er seinen Fan -Club „Freundes- und Gönnerkreis Arnulf Winfried Priem".

Neben seiner offen terroristischen Praxis, die bei der Beurteilung solcher Vögel sicherlich das Wesentliche ist, scheint Arnulf- Winfried nebenbei von der permanenten Macke beseelt zu sein, seinen gewiss nicht kleinen Hirnriss in den Vordergrund zu schieben. So liebt es dieses *„Symbol deutschen Lebenswillens"*, wie der „Gönnerkreis" sein Idol gern tituliert, ständig sich selbst zu zitieren, u.a. den markigen Satz: *„Wer nicht bereit ist, zu kämpfen, hat niemals richtig gelebt!"* (So die Selbstdarstellung auf einer seiner Werbepostkarten).

Zudem dichtet er noch. Beispielsweise: *„Der Stalin und der Ulbricht sind zum Glück nun auch schon weg, Genau wie Frahm, Verräter der Nation,*
nun folgt er bald, der ganze rote klüngelhafte Dreck,
Marxismus, wir läuten deine Totenglocken.

Für Priems „feinere" Qualitäten wirbt sein Fan- Club geradezu enthusiastisch: *„Wo sich solche selten gewordenen Persönlichkeiten zeigen, da schlägt ihnen unwillkürlich das Interesse, das Vertrauen und die Begeisterung der Volksmenge entgegen, insbesondere der Frauen. Frauen haben einen feineren Instinkt dafür, wem man vertrauen kann und wem nicht"* (aus einem Flugblatt).

Die NPD ist für derartige Werbeträger dankbar, nicht umsonst ist Priem ihr Kandidat gewesen. Vergessen dürfen wir auf keinen Fall, daß die Verrücktheit eines Priem ihn nicht ungefährlicher macht, sondern daß im Gegenteil gerade diese Verbrecher zu allem fähig sind, um ihre Ziele durchzusetzen, was nicht zuletzt die bisherigen Übergriffe der „Kampfgruppe Priem" beweisen! ●

Antifa- Kommission
KB/ Gruppe Kiel

Unwissenheit schützt doch vor Strafe

Unwissenheit schützt doch vor Strafe

Der Frankfurter Polizeipräsident Knut Müller (SPD) wird nicht vor Gericht erscheinen müssen. Ein Ermittlungsverfahren gegen ihn wegen Verdachts der Körperverletzung im Amt ist nach neun Monaten eingestellt worden (Frankfurter Rundschau, 8.6.). Damit wird der Einsatz des Tränengases Chemical Mace („Chemische Keule") gegen Demonstranten, gegen Frauen und Kinder, die für bessere Spielmöglichkeiten in Frankfurt demonstriert haben, zu den Akten gelegt werden. Angestrengt hatten das Ermittlungsverfahren etliche Bürgerinitiativen. In dem Einstellungsbeschluß der Staatsanwaltschaft heißt es, daß der Polizeichef *„nur dann gesetzwidrig gehandelt hätte, wenn er gewußt hätte, daß der Einsatz von Chemical Mace auf Grund wissenschaftlicher Erkenntnisse bei sachgemäßer (?!) Anwendung eine Gefahr für die Gesundheit getroffener Personen bedeutet. Dies sei jedoch nicht der Fall"* (FR,8.6.).

Daß die „Chemische Keule" allerdings auch bei „sachgemäßer" Anwendung – was immer das auch sein mag – eine Gefahr für die Gesundheit getroffener Personen bedeutet, ist spätestens seit dem Gutachten des Hamburger Oberarztes Dr. Hoffmann bekannt. Das „Tränengas" in der Chemical Mace besteht aus Chloracetophenon (CN) und *„verdunstet beim Auftreten auf Körger oder Kleidung und macht sofort blind. Die Augen tränen, die Haut kribbelt, die Atemwege brennen"* („Hamburger Abendblatt", 12.2.75). Schießt ein Polizist auf kurze Entfernung, so kann er *„seinen Kontrahenten schwer verletzen"* (HA, 12.2.75). Und das alles soll dem Müller nicht bekannt gewesen sein?...

Ein zweites Ermittlungsverfahren, bei dem es um den Einsatz von Chemical Mace durch Beamte in Zivil (!) im Zusammenhang mit einer Antifahrpreiserhöhungsdemo in Frankfurt ging, wird unter diesen Umständen wohl auch nicht viel mehr bringen, obwohl immerhin Persönlichkeiten wie die Schriftsteller Jürgen Roth und Gerhard Zwerenz als Hauptbelastungszeugen konkrete Beschreibungen der Zivilbullen vorgelegt hatten. Sie hatten bezeugt, daß die Zivilen natürlich nicht einmal den selbst von den Herstellern von Chemical Mace empfohlenen Mindestabstand eingehalten, sondern gezielt in Augen- und Brusthöhe gesprüht hatten. Aber wenn schon der Polizeipräsident nicht weiß, wie gefährlich diese von ihm eingesetzten Waffen eigentlich sind... ●

Antifa-Kommission
KB/Gruppe Hamburg

Zwei Jugoslawische Terrorbanden in der BRD verboten

Am 9.6. 76 gab Innenminister Maihofer bekannt, daß nach langem Hin und Her zwei jugoslawische Exilgruppen, der kroatische Verein „Drina" und der „Kroatische Volkswiderstand", verboten werden.

Es handelt sich, wie nun auch der ansonsten auf linken „Terror" spezialisierte Polizeiminister zugab, um Terrororganisationen, die hierzulande wie auch in anderen Ländern – bis hin zu Jugoslawien selbst – eine lange Liste an Anschlägen, Morden, Waffengeschäften usw. auf ihrem Konto haben. Beide Gruppen sind Nachfolger der faschistischen, von Hitler und Mussolini gestützten „Ustascha", die während ihrer Herrschaftszeit in Jugoslawien Massenmorde an der Bevölkerung in größtem Ausmaß verübte.

Nach 1945 wußte sich die Ustascha, samt ihres Chefs Pavelic (inzwischen gestorben) abzusetzen – nach Spanien, Argentinien, in die BRD u.a. Von dort aus wurden zahlreiche Gruppen und Vereine aufgebaut und Zeitungen herausgegeben.

Schon 1963 wurde eine dieser Gruppen, die „Kroatische Kreuzbruderschaft", in der BRD verboten, nachdem sie die jugoslawische Handelsmission in Brand gesetzt hatte. Das letzte Todesopfer der kroatischen Faschisten war der jugoslawische Konsul in Frankfurt, Edwin Zdovc, im Februar.

So begrüßenswert das jetzige Verbot ist, so wenig bedeutet es einen konsequenten Schritt gegen die Ustascha-Terror-Bande, die sich in der BRD voll eingenistet hat. Solange beispielsweise Ustascha-Blätter wie „Obrana", gedruckt in Spanien, in der BRD offen verkauft werden (so etwa in „Montanus"-Buchhandlungen!), hat die Ustascha-Bande keinen Grund zu verzweifeln. In der Tat würde eine konsequente Aufdeckung dieser Faschistenkreise auch Verbindungen zur katholischen Kirche und sonstigen staatstragenden BRD-Kräften zu Tage fördern. Wir werden uns in nächster Zeit gezielt damit beschäftigen. ●

Antifa-Kommission
KB/Gruppe Hamburg

Frankfurt

20.000 auf dem Antirepressionskongreß

Jetzt Aktionseinheit notwendig!

Bis zu 20 000 Menschen – vorwiegend Intellektuelle, Lehrer, Sozialarbeiter, Studenten und Jugendliche – nahmen über Pfingsten an dem Kongreß „Gegen politische Unterdrückung und ökonomische Ausbeutung" teil, den das Sozialistische Büro (SB) in Frankfurt organisiert hatte. Der Kongreß war damit ein Zeichen der Breite des Protests gegen die Rechtsentwicklung in der BRD und des Wunschs der fortschrittlichen Menschen nach Solidarität und gemeinsamem Handeln. Berufsverbote, Gesinnungsterror, Polizeistaatsmethoden, Gewerkschaftsausschlüsse, Klassenjustiz usw. standen im Mittelpunkt der Diskussion.

„Ungewohnt" war auch die Tatsache, daß eine relativ solidarische Auseinandersetzung unter einem breiten Spektrum organisierter und „freischwebender" Linker stattfand – ausgenommen natürlich die DKP, aber auch der KBW, der sich als kaum beachtete Randerscheinung auf das Verteilen von Flugblättern beschränkte (die Vaterlandsverteidiger der „KPD" boten zwar einiges auf, um ihre Politik unter die Leute zu bringen, wurden aber bei jedem Auftritt ausnahmslos ausgepfiffen).

Der Kommunistische Bund hatte in Frankfurt, Darmstadt und Umgebung zur Teilnahme aufgerufen. Darüberhinaus nahmen Genossen aus zahlreichen Ortsgruppen und eine Delegation des Leitenden Gremiums am Kongreß teil.

Als Auftakt fand am Sonnabend vor Pfingsten eine Demonstration statt, die in Frankfurt seit langem die größte war. In kämpferischer, teilweise sogar ausgelassener Stimmung zogen die Demonstranten durch die Innenstadt, um am Römerberg eine Abschlußkundgebung durchzuführen, die mit einem Kulturprogramm am Abend fortgesetzt wurde. 8-10 000 besuchten am nächsten Abend eine politisch-kulturelle Großveranstaltung (Moßmann, „Oktober" u.a.), und immer noch über 5 000 fanden sich am Montag zu einem abschliessenden Plenum (Podiumsdiskussion mit anschließender offener Diskussion) ein. Aber das SB hatte sich außer Manifestationen und demonstrativen Aufrufen noch mehr vorgenommen. Der Kongreß sollte einen „Beitrag zur Entwicklung einer sozialistischen Strategie" leisten. Dazu fanden am Sonntag Arbeitsgruppen zu Themenbereichen wie Betrieb und Gewerkschaft, Frauen, Schule/GEW, Jugendzentren und Sozialarbeit, Antimilitarismus etc. statt.

Die Arbeitsgruppen – schlecht vorbereitet

Die Arbeitsgruppen konnten die hohen Ansprüche nicht erfüllen. Es war natürlich nicht möglich, in so kurzer Zeit und bei teilweise mehreren hundert Anwesenden alle möglichen Fragen linker Politik fruchtbar zu diskutieren. Besser wäre es gewesen, die wichtigsten aktuell anstehenden Aufgaben der Linken zu behandeln (z.B. internationale Solidarität, Kampagne gegen die Berufsverbote, Kampf gegen die Jugendarbeitslosigkeit, Eingreifen zu den Bundestagswahlen) und konkrete Schritte der weiteren Zusammenarbeit zu vereinbaren.

Allerdings war auch unsere eigene Vorbereitung auf die Arbeitsgruppen unzureichend gewesen.

Während das SB kaum eigene Vorstellungen zur weiteren praktischen Arbeit vorlegte, hatten auch wir es versäumt, konkrete Zielsetzungen für die Arbeitsgruppendiskussionen aufzustellen. So verlief die Debatte zumeist „querbeet", was für viele Teilnehmer frustrierend war.

Lediglich in der Arbeitsgruppe GEW war die Auseinandersetzung von vornherein durch die zugespitzte Situation in der Westberliner GEW (siehe Artikel dazu in dieser Ausgabe) bestimmt. Hier konnte mit der Verabschiedung einer Resolution, in der weitere Schritte vorgeschlagen werden, ein konkretes Ergebnis erzielt werden, das als erster Ansatz zu einer stärkeren Zusammenarbeit der GEW-Linken gewertet werden kann.

Die Arbeitsgruppen zeigten die „pluralistische" Zusammensetzung des Kongresses. Obwohl wir als „K-Gruppe" durchaus mit einigen Vorurteilen bei diesem Teilnehmerkreis gerechnet hatten, fanden Beiträge des KB praktisch immer eine interessierte Zuhörerschaft (allerdings waren wir auch die einzige „K-Gruppe", die in dieser Weise akzeptiert wurde). Gleichzeitig wurden aber auch die widersprüchlichen Tendenzen im SB selber deutlich.

Während sich die Positionen einzelner SB'ler kaum von der Politik z.B. „linker" Sozialdemokraten in der Gewerkschaft unterschieden, konnte mit anderen Genossen Übereinstimmung in vielen Punkten hergestellt werden.

SB will „richtige Organisation" werden

Das SB hatte immer wieder als besonders wichtigen Aspekt hervorgehoben, daß der Kongreß Fortschritte in der „Organisationsdebatte" des SB erarbeiten solle. Es müßten *„neue Organisations-, Kommunikations- und Vermittlungsformen"* gefunden werden, um der Vereinzelung und Isolierung von Linken durch die Repression entgegenzuwirken.

Auf dem Kongreß selbst wurden diese oftmals verworrenen Formulierungen auf den einfachen Nenner gebracht, das SB dürfe nicht länger eine *„kleine Organisation mit einem großen Umfeld"* bleiben. Vielmehr müsse erreicht werden, daß sich der breite Sympathisantenkreis auch tatsächlich im SB organisiert (Klaus Vack, einer der „Köpfe" des SB). Diese sozialistische Organisation soll sich aus „Enttäuschten" zusammensetzen, die mit der SPD, den „Spontis" und den „K-Gruppen" „schlechte Erfahrungen" gemacht haben. Sie soll *„weder eine herkömmliche bürgerliche Wahlpartei noch eine herkömmliche leninistische Kaderpartei"* sein.

Aber schon hierüber gehen die Vorstellungen weit auseinander. Die maßgeblichen Kräfte im SB, denen das bisherige Konzept unzureichend erscheint, rechnen offenbar mit dem Widerstand derjenigen, die nur eine lose „Koordination" von Kleingruppen wollen, in denen sie nach Herzenslust tun und lassen können, was ihnen in der SPD und den Gewerkschaften verwehrt wird. Daher wird eine „völlig neue" Organisationsform versprochen, obwohl es durchaus keine sensationelle Erfindung wäre, wenn in der BRD eine Organisation wie etwa die italienische PdUP, die französische PSU oder die portugiesische FSP entstünde.

Das SB verschweigt nicht die Schwierigkeiten, die sich beim Aufbau einer solchen Organisation ergeben: Organisationsfeindlichkeit und Unverbindlichkeit der politischen Arbeit in dem vom SB ansprechbaren Potential. Von noch größerer Bedeutung dürfte es allerdings sein, welche der widersprüchlichen Tendenzen des SB sich dabei durchsetzen kann.

Abgrenzung nach links und rechts

Zum Thema „Sozialisten und SPD" führte E. Altvater aus, daß *„eine sozialistische Strategie heute nur außerhalb der SPD"* herausgebildet werden könne. Die „Doppelstrategie" der Jusos siedelte er im „Reich von 1001 Nacht" an. Er verurteilte die scheinheiligen „Distanzierungen" führender Sozialdemokraten von den Berufsverboten als Wahlkampf-Masche, die von den fortschrittlichen Menschen nicht hingenommen werden dürfe. **Er rief unmißverständlich dazu auf, nicht wieder SPD zu wählen.**

Auf der anderen Seite meinte Altvater jedoch, man dürfe die SPD *„nicht einfach ins reaktionäre Lager hinwegdefinieren"* (eine Äußerung, die die „Frankfurter Rundschau" befriedigt zur Kenntnis nimmt). Die SPD stünde in dem „grundsätzlichen Widerspruch", die Politik des Kapitals der Arbeiterklasse verkaufen zu müssen. Die von der SPD betriebene Entwicklung zum autoritären Staat werde sich gegen sie selbst oder zumindest gegen Teile der Sozialdemokratie richten. Dieser Widerspruch könne sich innerhalb der SPD „krisenhaft" entwickeln.

Hier versucht sich Altvater selbst an dem bei den Jusos kritisierten Seiltanz. Sozialdemokratische Parteien haben in allen möglichen Ländern und den unterschiedlichsten historischen Situationen bewiesen, wie ausbaufähig ihr Arsenal rechter Politik bei „linker" Demagogie auch unter den Bedingungen einer stärkeren Arbeiterbewegung ist.

Eine weitere Inkonsequenz ist es, zwar zur Nicht-Wahl der SPD aufzurufen, andererseits aber eine klare und direkte Aufforderung zum A u s t r i t t aus der SPD (in der „ein geringer Teil" von SB-Genossen noch Mitglied ist) zu vermeiden. Da hilft auch der Appell nicht weiter, daß *„solche Mitgliedschaften nicht zu einem Hindernis für die Entwicklung einer autonomen sozialistischen Position des SB"* werden dürften („links", Sondernummer zur Anti-Repressionskampagne). Tatsächlich wäre für den Aufbau der geplanten sozialistischen Organisation eine ö f f e n t l i c h e Kampagne um diese Frage notwendig.

Die DKP war auf dem Kongreß praktisch überhaupt nicht Gegenstand der Diskussionen (leider!). Ebensowenig gab es eine inhaltliche Auseinandersetzung mit den Kommunisten, dafür aber wiederholt Sprüche über die „K-Gruppen". Wenn Heinz Brandt z.B. auf der Kundgebung am Römerberg gegen *„kommunistische Besserwisserei"*, *„selbsternannte Zentralkomitees, die die Arbeiterbewegung kommandieren wollen"* usw. vom Leder zog, so ist das natürlich keine Auseinandersetzung mit realen schlechten Erfahrungen, die die Linke mit dem KBW oder den Vaterlandsverteidigern gemacht hat, sondern schlichtes Aufgreifen antikommunistischer Vorurteile. Erwähnt werden muß aber auch, daß sich die Kongreß-Leitung des SB sehr solidarisch gegenüber den KB-Vertretern verhielt, daß es keinerlei Schwierigkeiten gab, auf der Demonstration wie auch im Anschluß an die Podiumsdiskussion einen Beitrag halten zu können usw.

Rudi: Nichts dazugelernt

Rudi Dutschke hielt es wieder mal für nötig, ein großes Plädoyer für die „Opposition" in der Sowjetunion, CSSR und DDR vom Stapel zu lassen (womit er auf dem Kongreß so ziemlich der einzige Sprecher blieb). Es verwundert allerdings, daß er den Namen Solschenizyn nicht mehr erwähnte, den er einst auf einer Veranstaltung in Hamburg noch vehement verteidigte. Ist faschistische Gesinnung vielleicht inzwischen zu peinlich geworden?

Dutschke gelang es zwar, vorhandene Nostalgie-Tendenzen zum Teil in emotionelle Sympathie für sich umzuwandeln. Ebenso stark waren aber die Pfiffe, die sich unter den Beifall mischten.

Werben um die „Spontis"

Cohn-Bendit, der als Sponti-Vertreter an der abschließenden Podiumsdiskussion teilnahm, nahm mit seinem Beitrag dem SB ziemlich das Heft aus der Hand. Er kritisierte zunächst richtig am SB, in der Vergangenheit kaum an Widerstandsaktionen gegen den Staatsapparat in Frankfurt teilgenommen zu haben. Dann kam er auf die Schwierigkeit zu sprechen, als Revolutionär in einer Gesellschaft leben und arbeiten zu müssen, in der durch Arbeitsbedingungen, Wohnverhältnisse, Polizeiterror usw. *„systematisch Menschenleben zerstört wird"*. Unter der Parole *„Widerstand und Leben"* rief er unter vollem Einsatz seiner agitatorischen Fähigkeiten, eine linke Organisation müsse Formen des solidarischen Zusammenlebens, Gegenkultur, emotionale Wärme usw. schaffen, sonst *„landet sie auf dem Müllhaufen der Geschichte"*. Damit sollte unter der Hand der Eindruck erweckt werden, als ob die Spontis in der Lage wären, dieses Problem zu knacken, das SB (und alle anderen Linken) als verknöcherte „Theorie-Gruppe" jedoch auf dem Weg zum „Müllhaufen" sei. Rhetorischer Höhepunkt der Kritik am SB: *„Ihr müßtet mal erklären, was euch als linke Professoren persönlich überhaupt mit dem Sozialismus verbindet"*.

Mit diesem Beitrag gelang es Cohn-Bendit, Beifall hinter sich zu bekommen und – was noch wichtiger ist – bei den Spontis selbst den Eindruck zu hinterlassen, mit dieser „denkwürdigen" Rede (über die man wohl noch monatelang „an den Lagerfeuern" sprechen wird) wieder eine Perspektive geschaffen zu haben.

Wir kritisieren nicht, daß Cohn-Bendit diese Fragen angesprochen hat. Im Gegenteil. Die Art und Weise jedoch, wie er damit Effekthascherei betrieb, ist unverantwortlich. Tatsächlich war von Cohn-Bendit n i c h t s darüber zu hören, welche Probleme es konkret in den revolutionären Gruppen gibt (auch persönliche), welche Auseinandersetzungen darüber geführt werden, und welche Lösungsvorschläge gemacht werden können. Tatsächlich hätte man auch die an Altvater und Negt gerichtete Frage mit derselben Berechtigung umkehren können: Was verbindet Cohn-Bendit eigentlich als Schriftsteller (und Schauspieler) mit dem Sozialismus?

Auf den bescheidenen Einwand eines Betriebsrats, mit diesen wertvollen Hinweisen käme man aber im Betrieb nicht weiter, konterte Cohn-Bendit mit Anpinkeleien: die Arbeiterklasse im Ruhrgebiet sei für ihn genauso ein „Mythos" (Märchen) wie die Einheit aller Linken, man könne also überhaupt nicht „d i e Arbeiter" als Argument anführen ...

Schließlich antwortete Negt für das SB in einem zusammenfassenden Beitrag auf Cohn-Bendit und Dutschke mit geradezu peinlichen Schmeicheleien. Die beiden hätten Beiträge gehalten, die *„an revolutionärem Elan und revolutionärer Ehrlichkeit nicht zu überbieten"* wären; die Spontis leisteten eine *„vorbildliche Praxis"*, nur sei Frankfurt leider nicht die Bundesrepublik; es wäre doch nur gut, wenn es linke Professoren gäbe usw. Damit wurden die wirklichen Probleme vertuscht, geschweige denn eine Antwort darauf gegeben.

Die Perspektive?

Außer einer allgemeinen Betonung der Notwendigkeit, die Anti-Repressionskampagne fortzuführen, wurden trotz verschiedener Vorschläge (Berufsverbote, Bundestagswahlen) keine konkreten Schritte, Schwerpunkte oder Forderungen vereinbart, die die Bewegung ausgerichtet hätten. So waren die vom SB angegegebenen Projekte – einen Solidaritätsfond zu schaffen, die arbeitslosen Genossen einzubeziehen, „rote Basisarbeit", „Gegenöffentlichkeit", Zusammenarbeit mit der Linken in Westeuropa – zumeist organisatorischer Art (bis auf den letzten Punkt).

Die „rote Basisarbeit" (Jugendzentren, Arbeiterbildung, emanzipatorische Unterrichtsmodelle) liegt, wie das SB ehrlicherweise zugibt, *„angesichts der gegenwärtigen sozialen Struktur des Sozialistischen Büros notgedrungen ... am Rande oder abseits der unmittelbaren Produktionssphäre"* („links", Sondernummer). Dies spiegelt die vorwiegend intellektuelle Basis des SB wieder. Tatsächlich war auch der Kongreß in erster Linie von der Frage bestimmt, wie Lehrer, Erzieher, Wissenschaftler usw. angesichts der Repression nicht nur überleben, sondern auch ihrem fortschrittlichen politischen Anspruch weiter gerecht werden können.



Wir sind nicht der Meinung, daß dies angesichts einer schwachen Verankerung der Linken in der Arbeiterklasse die einzige Möglichkeit ist, sozialistische bzw. kommunistische Politik zu machen. Dennoch unterschätzen wir nicht die Aufgabe, die sich das SB in der Organisierung dieses Potentials gestellt hat. In diesem Sinn haben wir uns auf dem Kongreß vor allem für die Aktionseinheit von Demokraten, Sozialisten und Kommunisten gegen die Faschisierung eingesetzt. Wenn die gegenwärtigen Veränderungen im SB tatsächlich zu einer stärkeren Teilnahme an der Mobilisierung von Widerstands-A k t i o n e n führen, und das SB sein Versprechen einhält, *„wo immer möglich den Versuch zu machen, die Kontaktmöglichkeiten zu anderen linken Ansätzen und auch zu radikaldemokratischen Gruppierungen offenzuhalten und für gemeinsame Aktivitäten zu nutzen"* („links", Sondernummer), dann wäre dies ein Fortschritt für die Bewegung insgesamt.

Delegation des LG auf dem Anti-Repressionskongreß ●

Grußadresse des KB

Der Kommunistische Bund begrüßt die Teilnehmer des Anti-Repressionskongresses und die Initiative des Sozialistischen Büros zu diesem Treffen, weil wir der Meinung sind, daß nur der gemeinsame Kampf aller Linken der wachsenden Unterdrükkung wirksam Widerstand leisten kann.

Für besonders wichtig halten wir dabei den Kampf der Frauen gegen ihre besondere Unterdrückung, weil es keine Befreiung von der Repression ohne Befreiung und Selbstbestimmung der Frauen geben wird.

Heute registrieren wir in Westdeutschland eine dermaßen rasante Rechtsentwicklung, daß in ganz Europa Demokraten und Antifaschisten immer energischer vor einer neuen faschistischen Entwicklung in der BRD warnen. Angesichts der ökonomischen Stärke des westdeutschen Imperialismus und angesichts der immer unverschämteren Einmischung der Bundesregierung in die Belange der anderen europäischen Länder befürchtet man im Ausland zu recht, daß die westdeutsche Kapitalistenklasse ihre Macht zum dritten Mal benutzen will, um andere Völker zu unterwerfen, und daß sie mit allen Mitteln eine Vormachtstellung in Europa und der Welt anstrebt.

Diese Stimmen aus dem Ausland sind eine wichtige Hilfe für unseren Kampf und bestärken uns darin, alle Anstrengungen zu unternehmen, um eine solche Entwicklung zu verhindern.

Dabei werden wir nur vorwärtskommen, wenn sich alle Demokraten, Antifaschisten und Kommunisten in gemeinsamen Aktionen zusammenschließen. Voraussetzung dazu ist die Bereitschaft der linken Organisationen zur Aktionseinheit und die Überwindung schädlicher Unvereinbarkeitsbeschlüsse und des immer noch weit verbreiteten Sektierertums.

Vom Anti-Repressionskongreß erhoffen wir uns Initiativen in dieser Richtung und wünschen viel Erfolg.

Leitendes Gremium des KB

(verlesen auf der Abschlußkundgebung der Demonstration am 5.6.) ●

Arbeitsgruppe Hochschule

In der Einleitung erläuterte Prof. Brinkmann von der Uni Giessen seine These, die Studenten durch die Diskussion über Verhaltensweisen zu politisieren. Zunächst müßte mal „der Kapitalist in uns" bekämpft werden, um die Passivität zu überwinden. Dies auch deshalb, weil die BRD in der Lage sei, ihre ökonomische Krise abzuwenden. Wenn sich die objektiven Zwänge aber nicht verschärfen – so Brinkmann –, so muß sich die Politisierung auf die „Diskussion von entfremdeten Verhaltensweisen" konzentrieren.

Ihm widersprach Prof. Altvater von der Uni Westberlin: Es komme darauf an, „den Kapitalisten außerhalb von uns" zu bekämpfen.

Über Prüfungsverschärfungen und Leistungsdruck jedoch, über reaktionäre Professoren, reaktionäre Inhalte, über die finanzielle Lage der Studenten, über die Möglichkeiten von studentischem Widerstand, wurde so gut wie nicht diskutiert. Als eine Lüneburger Genossin über ihren Kampf gegen die Prüfungsbedingungen berichtete, wurde sie gebeten, sich doch bitte etwas kürzer zu fassen, so daß sie nicht einmal die Resolution der Lüneburger Studenten vorlesen konnte. ●



PSU schlägt internationales Komitee gegen Berufsverbote vor

Am Rande des Anti-Repressionskongresses führten wir ein Gespräch mit einem Vertreter der französischen PSU, der im Namen seiner Organisation dem SB und uns den Vorschlag unterbreitete, beim Aufbau eines internationalen Komitees – ähnlich den bekannten „Russel-Komitees" – gegen die Berufsverbote in der BRD mitzuarbeiten. Über den öffentlichen Protest bekannter demokratischer Persönlichkeiten im In- und Ausland soll erreicht werden, die internationale Solidarität und den Widerstand gegen die Faschisierung in der BRD zu stärken. Der PSU-Vertreter warnte vor der Mitterrand-Initiative, der es letztlich nur um Wahlpropaganda für die SPD gehe, was inzwischen übrigens völlig offen dokumentiert ist: Die Vertreter der sozialdemokratischen Parteien der Europäischen Gemeinschaft haben auf ihrer letzten Sitzung in Amsterdam, *„ihre große Besorgnis über die Praxis besonders in den von CDU/CSU-regierten Ländern"* ausgedrückt und die Empfehlung ausgesprochen, *„die SPD sei der beste Garant gegen die Ausbreitung schlimmer Praktiken in Deutschland"* („Frankfurter Allgemeine Zeitung", 12.6.).

Ebenso geht es der PSU um den Protest gegen die Unvereinbarkeitsbeschlüsse des DGB, die als äußerst wichtig eingeschätzt werden. Wir begrüßen diese Initiative grundsätzlich und schlagen vor, diese Aufgabe möglichst rasch anzupacken, um damit bereits in den Bundestagswahlkampf eingreifen zu können. ●

Stimmen zum Antirepressionskongreß

GIM

Die trotzkistische GIM begrüßte den Kongreß als *„eine für die ganze Linke bedeutsame Initiative"*. In diesem Sinn beteiligte sie sich an dem Kongreß. Die GIM kritisierte allerdings, daß der Kongreß *„nicht auf praktische Schlußfolgerungen orientiert"* sei. Sie forderte, *„die gegenwärtig im Vordergrund stehenden Repressionsmaßnahmen des Staates exemplarisch herauszugreifen und konkrete Aktionsperspektiven dagegen zu entwickeln"*. Speziell gehe es darum, im Kampf gegen die Berufsverbote *„konkrete Arbeitsperspektiven zu weisen und zu entwickeln"* und *„gemeinsame politische Konsequenzen zu ziehen"*.
('Was tun', 20.5.).

KBW

Der KBW begnügte sich im Wesentlichen mit einer außerordentlich sektiererischen Stellungnahme, der die hilflose Meinung zugrunde lag, *„daß dieser Kongress insbesondere der Verbreitung falscher Auffassungen dienen soll"*. Da dies offenbar vom KBW von vorneherein als unabänderlich angesehen wurde, erging er sich statt eines vorwärtsweisenden Beitrags nur in kleinlichem Gezänk um einzelne Formulierungen des SB-Aufrufs zum Kongreß. Dabei kam er schließlich zu der ungeheuerlichen Behauptung, der Kongress habe *„mit Demokratie nichts zu tun"*. Dementsprechend tauchten nur am Rande des Kongresses einzelne KBWler auf.
(Zitate aus 'KVZ', 3.6.).

„MLD"

Die „MLD" („Marxisten-Leninisten Deutschland"), ein auf dem ganz rechten Flügel der „ML"-scene angesiedeltes Grüppchen, verteilte zum Kongreß ein Flugblatt mit dem vielsagenden Titel *„Die Freiheit des deutschen Volkes ist unteilbar"* (CDU-Parole !!). Darin wurden die Kongressteilnehmer belehrt: *„Faschistisch ist nicht die BRD, sondern die heutige DDR"* und (*„die Hauptgefahr für die Demokratie kommt von der UdSSR"*. Das SB wurde als *„Wasserträger des Sozialimperialismus"* angepöbelt, weil es *„die von Moskau inszenierte Kampagne unterstützt, die BRD zum Buhmann Europas aufzubauen"*.



SAG

Die SAG (Sozialistische Arbeitergruppe) begrüßte die Initiative des SB, *„wenn wir auch die politischen Zielsetzungen der Initiatoren nicht in allen Einzelheiten teilen können"*. Die SAG rief zur Teilnahme an dem Kongreß auf, warnte aber vor der Gefahr, *„daß über alles und jedes diskutiert werden soll und dabei die spezielle Stoßrichtung der Diskussion, wie der Kampf gegen die Repression zu organisieren ist, verloren geht"*. Hauptpunkt war dabei für die SAG *„die Solidarität mit den politischen Gefangenen"*, die im Aufruf des SB zum Kongreß nicht berücksichtigt war.
('Sozialistische Arbeiterzeitung').

„KPD"

Die „KPD" unternahm mit einem „Ofenen Brief" an die Mitglieder des SB und die Kongress-Teilnehmer einen Anbiederungsversuch. *„Der Zusammenschluß von Demokraten und Kommunisten gegen die faschistische Gefahr (!) und gegen die reaktionäre Formierung steht auf der Tagesordnung"*, hieß es da. Sogar vom *„Expansionsstreben des westdeutschen Imperialismus"* war die Rede. In dieser Weise versuchte die „KPD" auch während des Kongresses selbst, hinter einer „antiimperialistischen" und „antifaschistischen" Fassade an antikommunistische Ressentiments anzuknüpfen und teilweise nicht ungeschickt verschleiert ihre Linie der Vaterlandsverteidigung einzuschmuggeln.

„KPD/ML"

Die „KPD/ML" erklärte, daß die Lage in der BRD *„durch zunehmende Faschisierung"* gekennzeichnet sei. Insofern sei es *„eine gute Sache, daß hier in Frankfurt soviele Menschen zusammengekommen sind, um ihren Kampfeswillen gegen dieses System auszudrücken"*. Allerdings sei die Linie des SB *„nicht dazu geeignet, den Kampf zu fördern"*. Neben richtigen Gesichtspunkten (Reformismus des SB, Vernachlässigung der Arbeiterklasse) ging es dabei der „KPD/ML" vor allem um Propaganda für ihre Sekte, die angeblich *„die Hauptkraft im Kampf gegen die politische Unterdrückung"* sei. Aller ihre typischen Thesen („Sozialfaschismus" der DKP, Sowjetunion als Hauptfeind usw.) verzichtete die „KPD/ML" allerdings wohlweislich ebenso wie die „KPD".
(Zitate aus einem während des Kongress verteilten Flugblatt).

KAB„D"

Der KAB„D" verteilte während des Kongresses ein Flugblatt, indem es u.a. hieß: *„Bilden wir Aktionseinheiten gegen politische Unterdrückung und ökonomische Ausbeutung"*. Wie wenig ernst es dem KAB„D" mit dieser Aufforderung ist, zeigte seine Nichtbeteiligung am Kongress. So war denn die eigentliche Stoßrichtung des Flugblatts auch nur Eigenwerbung für den KAB„D", der *„auf die entscheidenden Fragen der westdeutschen Arbeiterbewegung umfassend Antwort gegeben"* habe.

Revisionisten

Unter der Überschrift *„Vorhandene Chancen verschenkt"* präsentierte die DKP-Wochenzeitung „die tat" einen unverschämten Versuch, die Dinge auf den Kopf zu stellen: Die *„überwiegende Mehrheit"* der Kongreßteilnehmer seien gegen eine Zusammenarbeit mit bestehenden – meist von der DKP aufgezogenen – 'Komitees' gegen die Berufsverbote, sie seien gegen eine *„Einbeziehung aller linken Kräfte in den Kampf"* und hätten *„die Solidarität aufgespalten"*. *„Die von der Repression Betroffenen* (laut 'tat' scheinen das nur DKP-Mitglieder zu sein! – Anm. AK) *bekamen von dieser Veranstaltung keine Unterstützung oder Solidarität"*.

Tatsächlich ist es aber die DKP, die sich immer weigert, mit linken Kräften zusammenzuarbeiten, und die folglich auch diesen Kongress boykottierte und ignorierte. Es ist gleichfalls die DKP, die so tut, als sei sie selbst der Nabel der staatlichen Repression, und die jede Solidarität mit andern von der Repression Betroffenen verweigert.

Die DKP selbst bewies denn auch ihre totale Ignoranz mit einer nur 20 Zeilen zählenden Meldung ihrer 'UZ'. Darin hieß es: *„Der Kongreß wurde vor allem von maoistischen und anarchistischen Gruppen zu antikommunistischer Propaganda mißbraucht und entfernte sich weitgehend von dem vorgegebenen Ziel des Kampfes um demokratische Rechte"* (9.6.76). Nur pöbeln, nichts beweisen – dieses Rezept hat die DKP offensichtlich dem Strauß abgeguckt! ●

Keine Wehrpflicht für Frauen = Berufsverbot?

In der Arbeitsgruppe „Antimilitarismus" während des Anti-Repressionskongresses wurden von zwei SB-Frauen merkwürdige Vorstellungen zur Emanzipation der Frau eingebracht.

In einem Referat legten sie dar, daß sie die Tatsache, daß Frauen nicht „dienen" dürfen, als „partielles Berufsverbot" begreifen. Sie zählten als Beispiele andere Länder auf, in denen es ein solches „Berufsverbot" nicht gebe, wie USA, Schweden, Israel, Sowjetunion. Auf unsere Frage, was mit diesen Beispielen gemeint sei und ob die Sprecherinnen im Ernst der Meinung seien, die Frauen in der BRD müßten heute in die Bundeswehr, antworteten sie zunächst ausweichend, dann meinten sie, die Zuhörer hätten ihren Beitrag mißverstanden. Sie seien auch nicht dafür, daß die Frauen in die Bundeswehr sollten.

Betrachtet man sich allerdings allein die Formulierung „partielles Berufsverbot", müßte – wie auch sonst auf dem Kongreß gefordert wurde, dieses Berufsverbot wohl aufgehoben werden, oder?

Wir meinen, daß hier die Frage der Gleichberechtigung völlig auf den Kopf gestellt wird. Die Bundeswehr ist eine imperialistische Armee und wird für imperialistische Ziele eingesetzt. Angesichts dieser Situation wäre die Gleichberechtigung für die Männer zu fordern, nämlich daß die Bundeswehr gänzlich abgeschafft wird.

Es hat nichts mit Pazifismus oder ähnlichen Strömungen zu tun, wenn wir eine Einbeziehung der Frauen in die Bundeswehr ablehnen, sondern mit einer Ablehnung der imperialistischen Ziele der BRD. Wir wissen, daß ohne die Frauen keine Revolution siegreich sein wird, daß die Frauen in Vietnam, in Angola, in China und in der Sowjetunion auf ihren Schultern die Hälfte des Sieges gegen Faschismus, Imperialismus und Aggression getragen haben und tragen werden.

Nur sollte man nicht vergessen, daß in diesen Ländern ein gerechter Krieg geführt worden ist, in dem die Frauen und Männer für eine gerechte Sache kämpften, während die Bundeswehr die Funktion hat, das imperialistische System zu schützen.

Antifa-Kommission
KB/Gruppe Hamburg ●

Arbeitsgruppe Frauen

An dieser Arbeitsgruppe beteiligten sich insgesamt ungefähr 600 Frauen, vorwiegend aus autonomen Frauengruppen. Es wurden verschiedene Untergruppen gebildet: Gewalt an Frauen, Situation alleinstehender Mütter und anderer Frauen, Ehe- und Familienrecht, Arbeitslosigkeit und wirtschaftliche Situation der Frauen, Schwierigkeit und Perspektive der Arbeit in Frauenzentren.

In der Untergruppe „Schwierigkeiten und Perspektive in Frauenzentren" wurde berichtet und diskutiert über: Resignation nach Verabschiedung des § 218; Zersplitterung der einzelnen Frauengruppen sogar in den selben Städten; Klagen über mangelnde Aktivität bei den Frauen, Aufgaben zu übernehmen...

Genossinnen der AG Frauen des KB brachten die Erfahrungen der Hamburger Frauen-Aktionseinheit zur Überwindung der Zersplitterung und die Ausdehnung der Arbeit auf andere Bereiche der doppelten Ausbeutung und Unterdrückung der Frau zur Überwindung der Resignation nach der Verabschiedung des § 218 in die Diskussion ein.

Insgesamt zeigte es sich, daß innerhalb des SB die besondere Bedeutung der Frauenpolitik noch nicht genügend erkannt ist. ●

Zum Mord an Günter Routhier:

Es wird weiter gelogen und gemauschelt

Die Staatsanwaltschaft in Duisburg hat ein neues Ermittlungsverfahren gegen die an dem Mord an Günter Routhier beteiligten Polizisten abgelehnt. Auch die neu vorgelegten Beweismittel (ein Gutachten eines Gerichtsmediziners) seien kein geeignetes Beweismittel . Denn *„die Ermittlungen hätten gezeigt, daß das Vorgehen der eingesetzten Polizeibeamten in jedem Fall rechtmäßig gewesen sei"* (Informationsbroschüre der ESG).

Gegen diese offene Deckung eines Mordes hat sich in der Zwischenzeit eine breite Solidaritätsbewegung entwickelt, die eine Wiederaufnahme des Verfahrens fordert und darüberhinaus ein Verfahren gegen 27 von insgesamt 37 an dem Einsatz beteiligten Polizisten, gegen die bisher überhaupt noch nicht ermittelt wurde.

Ermittelt und prozessiert im Zusammenhang mit der Aufklärung des Mordes an Günter Routhier wurde aber in der Zwischenzeit gegen über 1 000 Personen, die entweder bei der Beerdigung dabei waren, oder die Aufrufe und Flugblätter unterzeichneten oder verteilten, in denen die Forderung nach einer Wiederaufnahme des Verfahrens, nach Amnestie aller bisher in diesem Zusammenhang verurteilten und Aufklärung der Todesursachen durch unabhängige Sachverständige, erhoben wurde.



Frankfurter Polizeipräsident Müller

Weitere Informationen über diesen Fall:
Ev. Studentengemeinde in der BRD und Berlin-West, Kniebisstr. 29, 7 Stuttgart 1. ●

Antifa-Kommission KB/Gruppe Hamburg

Klassenjustiz

Nachrichten

Frankfurt. Das Ermittlungsverfahren gegen den Frankfurter Polizeipräsidenten Müller (SPD) ist nach neunmonatiger Verschleppung eingestellt worden. Das Verfahren (wegen des Verdachts der Körperverletzung im Amt) war von verschiedenen Gruppen und Einzelpersonen angestrengt worden, weil die Polizei im Sommer letzten Jahres gegen mehrere Demonstrationen (u. a. sogar eine Kinderdemonstration für bessere Spielmöglichkeiten) die „Chemical Mace" (chemische Keule) eingesetzt hatte. Das Verfahren ist deswegen eingestellt worden, weil Müller angeblich nicht wußte, daß der Einsatz von „Chemical Mace" „eine Gefahr für die Gesundheit getroffener Personen bedeutet" (FR 8. 6. 76). Statt gegen Müller – der in den letzten Wochen gezeigt hat, daß er „seine" Polizei zum Vorreiter für das Vorgehen gegen die Bevölkerung machen will (s. AK 81) – soll jetzt angeblich gegen seine Befehlsempfänger, einfache Bullen, ermittelt werden, weil sie die chemische Keule „vorschriftswidrig und unangemessen" eingesetzt haben sollen.

Frankfurt. Im Zusammenhang mit den brutalen Knüppeleinsätzen der Polizei bei der Demonstration zum Tod von Ulrike Meinhof am 10. 5. hat die Staatsanwaltschaft Frankfurt Ermittlungsverfahren gegen einige Bullen eingeleitet. Das Verfahren kam nur durch Zufall zustande – einige Justizbeamte, darunter ein Staatsanwalt, hatten aus ihrem Fenster gesehen, wie 5–10 Bullen zwei Demonstranten, die auf dem Weg nach Hause waren, brutal zusammenschlugen und dann festnahmen. Um die „Ermittlungen" der Staatsanwaltschaft gleich in die „richtige" Richtung zu lenken, hat die Polizei ihrerseits gegen einen der Verprügelten Anzeige wegen „Widerstand gegen die Staatsgewalt" erstattet.

München. Gegen die beiden Geschäftsführer des Trikont-Verlages hat die Staatsanwaltschaft München I Anklage wegen „Verherrlichung von Gewalt" und „Billigung von Straftaten" erhoben, weil sie Herausgeber des Buches von Bommi Baumann („Wie alles anfing") sind. Die Anklage wird vor allem damit begründet, daß das Buch um Verständnis für den bewaffneten Kampf wirbt. Die Staatsanwaltschaft hat beantragt, das Verfahren vor die Große Strafkammer zu bringen, die dann zuständig ist, wenn Freiheitsstrafen von über drei Jahren zu erwarten sind oder bei Fällen von „besonderer Bedeutung".

Erlangen. Vor dem Landgericht Nürnberg findet demnächst ein Prozeß gegen die beiden Geschäftsführer des Politladens Erlangen statt, wegen „Verunglimpfung der BRD" (§ 90a), „Verbreitung von Schriften, die zur Gewalt aufrufen" (§ 130), „öffentlicher Billigung von Straftaten (§ 138), „Aufstachelung zum Haß gegen Teile der Bevölkerung" (§ 140). Diese vier Staatsschutzparagraphen sollen angewendet werden, weil bei einer Hausdurchsuchung ein anonymes Flugblatt mit dem Titel „Solidarität und Lernprozeß" und das Buch „Kampf der Vernichtungshaft" gefunden wurden. Die Prozesse gegen den Trikont-Verlag und den Politladen sind Teil der Strategie der Klassenjustiz, die Staatsschutzparagraphen jetzt verstärkt anzuwenden und eine extensivere Auslegung durch „Grundsatzurteile" zu ermöglichen.

Frankfurt. Gegen den Schriftsteller Jürgen Roth hat die Staatsanwaltschaft Anklage wegen „Beleidigung , übler Nachrede" u. a. erhoben, weil er vor über zwei Jahren (!) auf dem Tribunal „Foltert die Polizei?" die Terrormethoden der westdeutschen Polizei aufgezeigt und verurteilt hatte. In einer persönlichen Erklärung kündigte Roth an, daß er keine" Einwendungen gegen die Eröffnung des Hauptverfahrens" vorbringen wird, *„denn was auf dem Polizeitribunal nur ansatzweise erreicht werden konnte, nämlich über Verhalten von Polizeibeamten aufzuklären und darüber die Öffentlichkeit zu informieren, wird jetzt zwangsläufig vor dem Gericht nachgeholt werden"* (Informationsdienst 127). ●

IKAH („Arbeiterhilfe")

Info-Stände sind nicht genehmigungspflichtig

Ein wichtiges Urteil, auch hin sichtlich unseres Eingreifens in die Bundestagswahl, fällte jetzt das Amtsgericht Frankfurt:

Eine Studentin, die einen Infostand gegen den §218 ohne „Sondernutzungserlaubnis" auf dem Bürgersteig aufgestellt hatte, wurde freigesprochen. Die Amtsanwaltschaft hatte ein Bußgeld von 30.- wegen Verletzung des Straßengesetzes gefordert, weil nach ihrer Meinung die Straße durch den Stand „über den Gemeingebrauch hinaus" benutzt worden sei und deshalb eine Genehmigung notwendig gewesen wäre.

Der Richter argumentierte demgegenüber, daß das Grundrecht auf freie Meinungsäußerung, das mit dem Infostand wahrgenommen wird, Vorrang vor dem „Recht" auf unbehinderten Fußgängerverkehr hat. Das Aufstellen eines Infostandes bewegt sich noch innerhalb des „Gemeingebrauchs", ist also nicht genehmigungspflichtig, weil *„Bürgersteige nicht allein dem Verkehr, sondern auch der Kommunikation der Passanten dienten"* (nach FR, 5. 6. 76). „Selbst wenn durch den Stand eine Verkehrsbehinderung" (häufiges „Argument" der Bullen) entstehen würde, darf der Stand oder ein Stellschild aufgebaut werden. Auf jeden Fall sei hier *„die Grenze der zumutbaren Einschränkungen (des Verkehrs)...anders zu ziehen als bei Sondernutzungen für gewerbliche Zwecke etwa"* (FR 5. 6.). Wie nicht anders zu erwarten, hat die Amtsanwaltschaft Berufung gegen die Entscheidung eingelegt. ●

IKAH

VDJ–Veranstaltung zu den Verteidigerbehinderungen

Am 2. 6. 76 fand an der Hamburger Uni eine Veranstaltung der DKP-nahen „Vereinigung demokratischer Juristen" (VDJ) statt, zu der sich im Laufe des Abends ca. 80 Menschen begaben. Das ist recht–

Etwas Leben in die ansonsten nicht gerade stürmisch verlaufende Veranstaltung kam, als ein Zuhörer von den Anwälten verlangte, sie dürften sich als „Organ der Rechtspflege" niemals mit ihren Mandanten politisch

VDJ–Veranstaltung zu den Verteidigerbehinderungen

Am 2. 6. 76 fand an der Hamburger Uni eine Veranstaltung der DKP-nahen „Vereinigung demokratischer Juristen" (VDJ) statt, zu der sich im Laufe des Abends ca. 80 Menschen begaben. Das ist recht– wenig, wenn man bedenkt, daß als Redner zum Thema Verteidigerbehinderung der angesehene Anwalt Heinrich Hannover groß angekündigt worden war. Neben Hannover und der Hamburger Rechtsanwältin Gottschalk-Solger sprach vor allem der FDP-Anwalt Bruns. Die Tatsache, daß gerade ein FDP-Mann und nicht der vom Berufsverbot unmittelbar betroffene Hamburger Anwalt Groenewold eingeladen wurde, kann nur als Anbiederung nach rechts und Akt der Unsolidarität angesehen werden.

Etwas Leben in die ansonsten nicht gerade stürmisch verlaufende Veranstaltung kam, als ein Zuhörer von den Anwälten verlangte, sie dürften sich als „Organ der Rechtspflege" niemals mit ihren Mandanten politisch identifizieren. Das wurde von allen Anwälten scharf zurückgewiesen: Wer in einem politischen Strafverfahren verteidige, müsse auch die Politik des Angeklagten zum Gegenstand der Verteidigung machen.

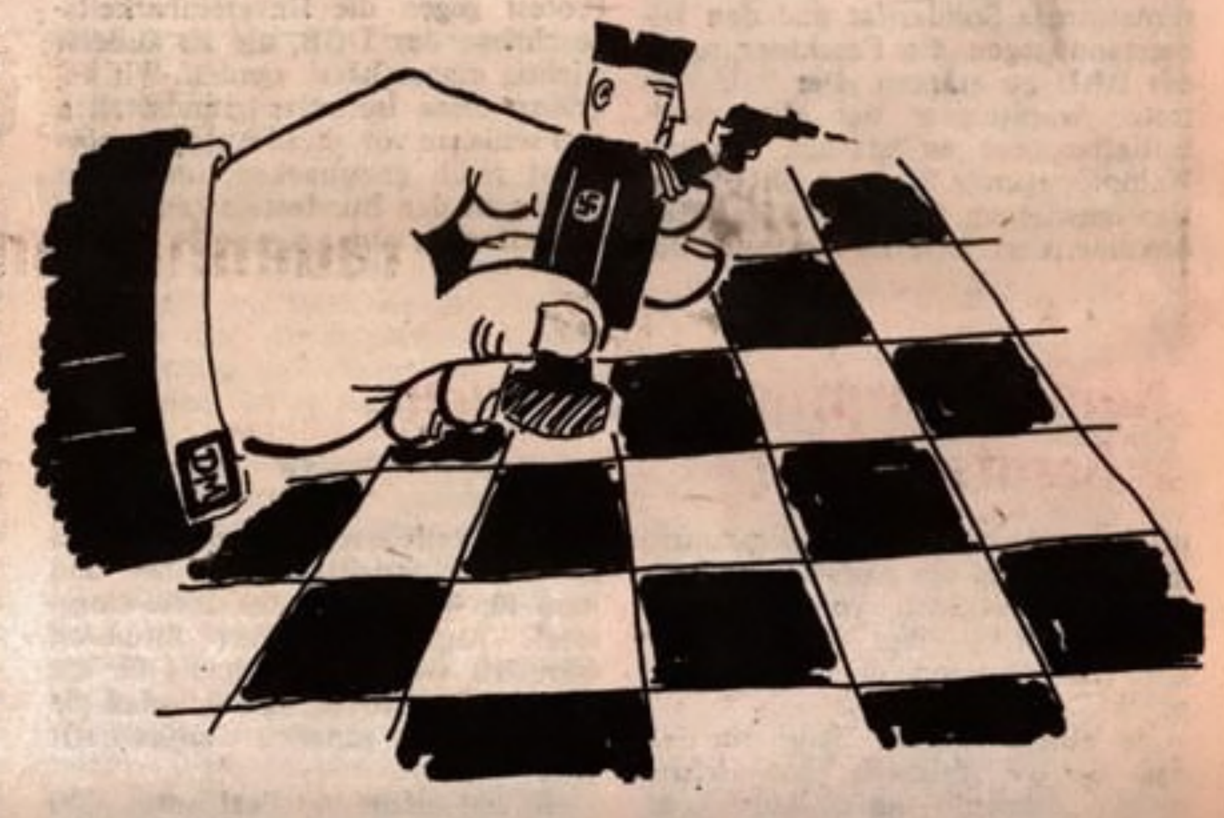
Besuch und Verlauf der Veranstaltung spiegeln wieder, daß es die VDJ bisher kaum fertiggebracht hat, über abstrakte Grundgesetzinterpretationen hinaus einen echten Beitrag zum praktischen Kampf an der Rechtsfront zu leisten. ●

IKAH („Arbeiterhilfe")

Todesstrafe auf der Straße: Jetzt Legal

Am 11.6. 1976 wurde von den Innenministern der Länder abschliessend über den „Musterentwurf eines einheitlichen Polizeigesetzes" beraten, der von den Bundesländern übernommen werden soll. Entscheidend an diesem Gesetz ist die Bestimmung über den „Todesschuß", d.h. daß die bisher bereits geübte Praxis, die Todesstrafe auf der Straße zu vollziehen, jetzt einen „legalen" Boden erhalten soll. Nach einer Meldung des „Stern" sind allein in den Jahren 1973-1975 38 Menschen von der Polizei auf der Straße abgeknallt worden („Stern", 10.6.76). Sowohl Bankräuber samt Geiseln (wie im Fall Rammelmayer in München) als auch angebliche „Terroristen" wie Petra Schelm, Georg von Rauch, Werner Sauber u.a. wurden Opfer dieser „Reformen".

Die Legalisierung des Todesschusses soll im wesentlichen bei den Bullen die möglicherweise noch vorhan-



lizei auf der Straße abgeknallt worden („Stern", 10.6.76). Sowohl Bankräuber samt Geiseln (wie im Fall Rammelmayer in München) als auch angebliche „Terroristen" wie Petra Schelm, Georg von Rauch, Werner Sauber u.a. wurden Opfer dieser „Reformen".

Die Legalisierung des Todesschusses soll im wesentlichen bei den Bullen die möglicherweise noch vorhan-dene Furcht abbauen, sie könnten für einen Mord gerichtlich belangt werden (obwohl auch schon bisher in keinem Fall ein Verfahren gegen einen Polizisten zu einer Verurteilung geführt hat. Den Beamten wurde stets „Notwehr" bzw. „Putativ-Notwehr" zugebilligt!).

Mit diesem Gesetz wird es jetzt den Bullen auch leichter fallen, sogar auf Kinder zu schießen, denn § 41, Abs. 3 besagt: *„Gegen Personen, die dem äußeren Eindruck nach noch nicht 14 Jahre alt sind, dürfen Schußwaffen nicht gebraucht werden. Das gilt nicht, wenn der Schußwaffengebrauch das einzige Mittel zur Abwehr einer gegenwärtigen Gefahr für Leib oder Leben ist"* („Frankfurter Rundschau", 10.6.76).

Eine weitere Bestimmung wird den Bullen jetzt auch bei Demonstrationen, Streiks etc. völlig freie Bahn geben. In § 43 , „Schußwaffengebrauch gegen eine Menschenmenge", heißt es: *„Schußwaffen dürfen gegen eine Menschenmenge nur gebraucht werden, wenn von ihr oder aus ihr heraus Gewalttaten begangen werden oder unmittelbar bevorstehen und Zwangsmaßnahmen gegen einzelne keinen Erfolg versprechen"* („FR").

Mit diesen Maßnahmen, die in dieser Form nur in faschistischen Ländern gesetzlich geregelt sind, ist die Bundesrepublik dem Faschismus wieder einen Schritt näher gerückt.

Antifa-Kommission KB/Gruppe Hamburg



Vorsicht vor „Ausgleichsquittungen" bei Kündigungen

Häufig wird von den Kapitalisten versucht, gekündigte Kollegen um ihr Recht auf einen Kündigungsschutzprozeß zu betrügen. Ihnen wird mit der Aushändigung der Arbeitspapiere und des Restlohns eine sog. ‚Ausgleichsquittung' zum Unterschreiben vorgelegt oder zugeschickt. Solche Ausgleichsquittungen sehen ungefähr so aus:

„Ich erkläre hiermit, aus dem beendeten Arbeitsverhältnis keine Ansprüche mehr zu haben und nachfolgende (einzeln aufgeführte) Arbeitspapiere ordnungsgemäß empfangen zu haben. Ich erkläre ferner, daß mir auch aus Anlaß der Beendigung des Arbeitsverhältnisses keine Ansprüche mehr zustehen." Achtung: Solche Quittungen brauchen nicht unterschrieben zu werden!!!!!

Oft werden sie aber doch unterschrieben, weil die Kollegen der Meinung sind, sie seien zum Unterschreiben verpflichtet.

Wenn sie dann einen Kündigungsschutzprozeß gegen die Wirksamkeit der Kündigung führen wollen, wird ihnen vom Kapitalisten vorgehalten, sie hätten doch die ‚Ausgleichsquittung' unterschrieben und sich damit verpflichtet, keine Kündigungsschutzklage zu erheben.

Das Arbeitsgericht Wuppertal (abgedruckt in ‚Der Betrieb', 1976 Heft 8, S. 394 f) hat kürzlich aber entschieden, daß eine solche Erklärung keinen Verzicht auf einen Kündigungsschutzprozeß enthält. Das Arbeitsgericht begründet das damit, daß durch die Koppelung von Quittung für die Herausgabe der Arbeitspapiere und der Zahlung des Restlohns mit einem Verzicht auf alle Ansprüche der Eindruck entstehen könne, man sei zum Unterschreiben verpflichtet, weil man den Erhalt der Papiere und des Geldes quittieren müsse. Die Erklärung werde unterschrieben, ohne daß damit wirklich auf alle Ansprüche verzichtet werden soll.

Trotz dieses Urteils das in ‚Ausgleichsquittungen' keinen wirksamen Ausschluß der Kündigungsschutzklage sieht, ist dringend davor zu warnen, solche Ausgleichsquittungen zu unterschreiben, da es durchaus auch Gerichte gibt, die anders entscheiden und die Kollegen dann die Angeschissenen sind.

Man ist zwar gesetzlich dazu verpflichtet, auf Verlangen eine Quittung für die zurückgegebenen Papiere und den Restlohn auszustellen. Diese Quittung sollte sich aber auf die Bestätigung des Erhalts der Papiere und des Gelds beschränken, keinesfalls sollte man unterschreiben, keine Ansprüche mehr zu haben.

Verlangt der Kapitalist eine Quittung auf einem solche Formulierungen enthaltenden (meist vorgedruckten) Papier, so kann man stattdessen selbst eine Quittung schreiben, die ungefähr so aussehen kann: „Hiermit bestätige ich, folgende Arbeitspapiere ..., sowie DM ... als Restlohn erhalten zu haben."



Leiter der JVA Butzbach erschossen Staatsanwaltschaft produziert Mordplan

Am 2.6. erschoß der lebenslängliche Gefangene Günter Hanisch in der hessischen Justizvollzugsanstalt Butzbach den Leiter der JVA, Günter Künkeler. Am 10.6. meldete das hessische Justizministerium die Zerschlagung einer „kriminellen Vereinigung", die den angeblichen Mord an Künkeler geplant haben soll. Alle vier unter diesem Vorwurf Verhafteten sollen Mitglieder des Frankfurter Gefangenenrates sein. (Nach „FR", 11.6.76)

Günter Hanisch hatte wegen eines angeblichen Polizistenmordes 1960 lebenslänglich gekriegt. Nach vergeblichen Bemühungen ein Wiederaufnahmeverfahren zu erreichen, wollte er dies nun erzwingen. Er ging mit seiner selbstgefertigten Waffe in das Vorzimmer von Künkeler, fesselte die Sekretärin, band sich ein Ende der Fessel um den Bauch und forderte den Anstaltsleiter zu sprechen. Künkeler brach jedoch sofort mit einigen Knastbullen zusammen in den Raum und stürzte auf Hanisch zu, der offenbar aus nächster Nähe schoß. Künkeler verblutete auf der Stelle.

Für Bullen und Presse war bei dem „Polizistenmörder" sofort klar, daß er Künkeler erschießen wollte! Hanisch soll Zündhütchen und Pulver von außen bekommen haben. Daraus konstruierte die Staatsanwaltschaft einen Mordanschlag, der auch dem bekannten faschistischen Knastarzt Maykemper gegolten haben soll, und an dem die Lieferanten des Pulvers beteiligt gewesen sein sollen.

Unter diesem Vorwand wurden vier Leute verhaftet, Franz Jörger, Wilhelm Sender, Wolfgang Raase und Ursula Halbekann. Einer der vier, die sofort zur „kriminellen Vereinigung" erklärt wurden, soll gestanden haben, daß er das Pulver Hanisch gegeben hat. Auf jeden Fall sprechen die Tatsachen jedoch dafür, daß die Staatsanwaltschaft versucht, im Bereich der „Knastgruppen" mit diesen Verhaftungen einen weiteren Schlag zu landen: Der hessische Justizminister Günther gab zu, daß es sich um eine Aktion gegen eine Gruppe handelt, die nur Knastarbeit machte (*„Terroristische Randgruppe mit dem ausschließlichen Ziel, den Knast zu revolutionieren"*). Außer dem einen angeblichen Geständnis gibt es keine weiteren Aussagen. Hausdurchsuchungen haben nichts konkretes ergeben.

Der Hinweis auf *„erhebliches Belastungsmaterial"* welches die Haftbefehle *„durchaus gerechtfertigt"* macht, kann nur so verstanden werden, daß Material allgemeiner Art (Informationen über Knast, Korrespondenz u.ä.) gefunden wurde.

Ähnlich sieht es mit den „Erkenntnissen" der Spitzel aus. Seit März soll die Gruppe angeblich schon die Ermordung von Maykemper und Künkeler geplant haben. Beweise dafür gibt es jedoch keine! Um die Beweisnot zu erklären, wird flugs erfunden, man habe *„so viele Drohungen"* erhalten, daß man diese nicht richtig ernst genommen habe.

Der Hintergrund dieser Aktion: Der Gefangenenrat Frankfurt, eine Organisation ehemaliger Gefangener, wird seit fast einem Jahr als „kriminelle Vereinigung" verfolgt, im Dezember 75 wurden vier Mitglieder des Gefangenenrates verhaftet. Daraufhin konnte der „Nachrichtendienst" nicht mehr erscheinen, in dem Berichte über Gefängnisse und Briefe von Gefangenen veröffentlicht wurden – womit das hauptsächliche Instrument der Arbeit des Gefangenenrates zerstört war.

Zum anderen ist die Anstalt Butzbach eines der berüchtigsten Gefängnisse, in dem Willkür und Brutalität vorherrschen und die Lage der Gefangenen besonders unerträglich ist. Seit Jahren schon sind Beschwerden über den faschistischen Knastarzt Maykemper öffentlich bekannt, ohne daß etwas geschehen wäre. Künkeler ist als besonders zynisch bekannt, da er den Gefangenen immer wieder Versprechungen macht, ihre Lage sich aber weiter verschlechtert. So gibt es für über 300 Häftlinge, die keine Arbeit haben, nur eine Stunde täglich frei, d.h. sie sind 23 Stunden in ihrer Zelle eingesperrt. Gegen diese Zustände haben am 3.5.76 fünf Häftlinge einen Hungerstreik begonnen und einen Forderungskatalog aufgestellt (s. AK 80, S. 15 und „Informationsdienst", Nr. 124).

Der Tod von Künkeler ist für Bullen und Presse als ein erneuter Anlaß genommen worden, um jeden Protest und jede Organisation, die sich gegen die unerträglichen Knastzustände richtet, im Keim zu ersticken. ●

IKAH, Hamburg

Erklärung von 111 Gerichtsreferndaren zur Isolationshaft

Am 3. Juni wurde im „Tagesspiegel" eine Erklärung veröffentlicht, in der sich Westberliner Gerichtsreferendare anläßlich des Todes von Ulrike Meinhof zur Isolationshaft äußerten und auf den lebensbedrohenden Gesundheitszustand von W. Grundmann und K.-H. Roth hinwiesen. Diese Erklärung wurde mit 111 Stimmen bei zwei Gegenstimmen und zwei Enthaltungen von der Personalversammlung der Westberliner Gerichtsreferendare beschlossen.

Prompt nahm ein Sprecher der Justizverwaltung dazu Stellung, indem er feststellte, daß *„auch die Gerichtsreferendare offenbar der Argumentation linksextremistischer Kreise unterliegen"* („Tagesspiegel, 5. Juni). Weiter drohte er den Gerichtsreferendaren an, daß der Kammergerichtspräsident im Rahmen de Dienstaufsicht *„das Erforderliche veranlassen"* werde.

Außerdem gebe es in der Bundesrepublik keine politischen Gefangenen, und die Personalversammlung der Gerichtsreferendare sei nach ihrem gesetzlichen Auftrag nicht befugt, sich zu politischen Fragen zu äußern. Dieses massive Vorgehen des Kammergerichts ist nicht neu, nach einer Anzeige von 128 Gerichtsreferendaren am 30.10.74 im „Tagesspiegel" zum Hungerstreik wurden den Betroffenen ebenfalls Disziplinarmaßnahmen angedroht und bei dem verantwortlichen Referendar in Form eines Verweises auch durchgeführt. ●

IKAH („Arbeiterhilfe")
Westberlin

Frauen im Knast

Frauenhaftanstalt Frankfurt-Preungesheim

Während seitens der bürgerlichen Presse und des Justizministeriums in schillernsten Farben der „humane und vorbildliche Strafvollzug" der Frauenhaftanstalt Preungesheim gepriesen wird, zeigt die wirkliche Situation die ganze Verlogenheit dieses bürgerlichen Lumpenjournalismus. Nicht „Humanität" und „Vorbildlichkeit", sondern totale Entrechtung und Bevormundung, strikte Gehorsamspflicht und Arbeitszwang bei Sklavenlohn: das ist der Knastalltag im Frankfurter Frauengefängnis genauso wie in den anderen bundesdeutschen Gefängnissen.

In der Frauenhaftanstalt Preungesheim „leben" zur Zeit 225 Frauen, deren „Vergehen" sich folgendermaßen aufgliedert:

Diebstahl	(20,7%)
Rauschmitteldelikte	(19,2%)
Betrug	(10,9%)
Verletzung der Unterhaltspflicht	(9,5%)
Verstoß gegen das Ausländergesetz	(7,7%)
Mord	(1%)
Körperverletzung	(1%)
Raub	(2%)

(Angaben nach „Hauptwache" Nr.5)

Diese Statistik, die nur geringfügig von der Kriminalstatistik der Frauen in der gesamten BRD abweicht, zeigt deutlich, daß nicht die Frauen „selbst schuld" sind, sondern, daß sie aufgrund der gesellschaftlichen Verhältnisse zum „Verbrechen" und damit in den Knast getrieben werden.

Frauen, die ihrem in der BRD arbeitenden Mann nachkommen, werden dafür bestraft, weil sie gegen das Ausländergesetz verstoßen, das „Familiennachzug" erst nach drei Jahren Beschäftigung in der BRD zuläßt. Ausländerinnen, die nach dem 1.12. 1974 eingereist sind, erhalten keine Arbeitserlaubnis mehr, suchen sie sich „illegal" Arbeit, werden sie bestraft. Die Tatsache, daß die Verstöße gegen das Rauschmittelgesetz bei Frauen zu den häufigsten „Vergehen" gehört und weiterhin ansteigt (1971: 8%, 1975: 19,2%), zeigt ebenso wie die Tatsache, daß die geschiedenen und 30-50jährigen Frauen am häufigsten „kriminell werden", daß Frauen oftmals aufgrund ihrer besonderen gesellschaftlichen Situation straffällig werden, weil sie keinen anderen Ausweg mehr sehen als den des Alkohols oder Rauschgifts.

Neben den „üblichen" unmenschlichen Haftbedingungen im Knast kommt für die Frauen erschwerend hinzu, daß die Trennung von der Familie und vor allem von ihren Kindern naturgemäß sich auf die Frauen schwerer auswirkt als auf die Männer. Außerdem ist es immer noch Allgemeinweisheit, daß straffällig gewordenen Frauen von der Gesellschaft noch weniger Verständnis entgegengebracht wird als Männern, daß man ihnen immer wieder zu hören gibt, daß „man das aber gerade bei einer Frau überhaupt nicht verstehen könnte", und daß sie von Verwandten, Nachbarn und Bekannten vollständig allein gelassen und gemieden werden.

Im Knast selbst wird den Frauen denn auch immer wieder klar gemacht, daß gerade sie überhaupt nichts *„zu melden haben"*, daß sie nichts anderes sind als *„die Primitiven, Kriminellen, die Außenseiter der Gesellschaft"*. Das einzige Recht das sie hier haben, ist in ihre Löcher zu gehen. *„Unsere Löcher, das sind ca. acht Quadratmeter mit Kübelecke schräg gegenüber dem Tisch"* (Zitat einer Gefangenen aus Preungesheim, in „Hauptwache" Nr.5).

Als die Frauen sich darüber beschwerten, daß sie – egal ob Winter oder Sommer – immer die gleichen dünnen Kleider bekommen, wurden sie angeschrien „Sie sind doch hier nicht zur Erholung".

Sklavenarbeit für Frauen

In der Frauenhaftanstalt Preungesheim herrscht wie in allen Haftanstalten der Bundesrepublik Arbeitszwang: *„Arbeit ist Grundlage eines geordneten und wirksamen Strafvollzugs. Sie soll die Arbeitsgesinnung des Gefangenen wecken und stärken und ihn an ein regelmäßiges auf Arbeit aufgebautes Leben gewöhnen. Jeder zur Arbeit verpflichtete Gefangene hat zu leisten, was er nach seinen Fähigkeiten und Körperkräften bei Fleiß und Sorgfalt zu schaffen vermag ..."* (Punkt 16 der Dienst- und Vollzugsordnung).

Dieser Arbeitszwang sichert die Überausbeutung der Gefangenen ab, die nur die stumpfsinnigsten und entnervendsten Hilfsarbeiten zugewiesen bekommen: Kartonagefabrik, Arbeit in der Waschküche und in der Küche, Spargeltütenkleben für die Jugendlichen. Weigert sich eine Frau aus gesundheitlichen oder sonstigen Gründen, die ihr zugeteilte Arbeit zu verrichten oder bittet sie um einen anderen Arbeitsplatz, so gilt das als Arbeitsverweigerung, die strengstens geahndet wird: Beim ersten Mal sieben Tage verschärfter Arrest, beim zweiten Mal 14 Tage usw. Diese Sklavenarbeiten, die nach Ansicht einer Analyse des Soziologen Callies nur zu 0,85% (!!!) berufsfördernd gestaltet sind, als „Grundlage eines wirksamen Strafvollzugs" zu bezeichnen, zeigt mit welch schweinischer Demagogie und Scheinheiligkeit die Überausbeutung und totale Entrechtung der Gefangenen legitimiert wird.

Entlohnung???

Laut des am 7.11.75 verabschiedeten neuen Strafvollzugsgesetzes beträgt „das Entgelt, das die Gefangenen zugesichert bekommen, 5% (!!!) des Durchschnittverdienstes in der Freiheit im vorvergangenen Jahr". Für die Frauen in Preungesheim sieht das konkret so aus: Pro Tag zwischen 1,65 DM und 2,75 DM! Bei Akkord wird bei Übererfüllung eine monatliche Prämie von höchstens 44 DM gezahlt. In Preungesheim „verdienen":

10%	der Frauen	1,65 DM
35%	"	1,95 DM
40%	"	2,20 DM
15%	"	2,75 DM

Die Hälfte des Geldes muß als „Rücklage für einen neuen Anfang" abgegeben werden, für den Rest kann man sich in der Anstalt einmal im Monat bei Händlern mit überhöhten Preisen Tabak, Kaffee usw. einkaufen. Für 200 g Kaffee und ein Paket Tabak arbeitet man eine Woche!! Wer viel raucht oder Kaffee trinkt, ist aufgeschmissen. Wer krank wird oder aufgrund der sich auch im Knast bemerkbar machenden Arbeitslosigkeit keine Arbeit bekommt, ebenso. Pakete dürfen nur zu Weihnachten und zum Geburtstag geschickt werden, der Antrag der Preungesheimer Frauen auf Genehmigung für Osterpakete ist abgelehnt worden!

Soziale Versorgung???

In der Frauenhaftanstalt steht für die 225 Frauen eine (!) Ärztin (Hausärztin!) zur Verfügung, für die psychotherapeutische Betreuung eine (!) Psychologin. Eine Gefangene kommentiert die Behandlung bei der Ärztin folgerdermaßen: *„Die Untersuchung bei der Ärztin ist eine ‚Ferndiagnose': Ohne Untersuchung. 25 Frauen werden in einer dreiviertel Stunde abgefertigt..."*

Die Tätigkeit der Ärztin besteht hauptsächlich im Tablettenverschreiben: Für die einen zur Beruhigung, für die anderen zum Aufputschen, um für den Arbeitsprozeß fit zu sein. Diese Zustände sind im Zuge der „Spar"politik noch weiter verschärft worden: Das hessische Justizministerium hat angeordnet, daß alle Planstellen für Sozialarbeiter bis auf ein nicht erwähnenswertes Minimum gestrichen werden. Außerdem wurde beschlossen, alle gekündigten Stellen auf drei Monate einzufrieren, um sie dann ganz streichen zu können. Die feste Einstellung einer in der Frauenhaftanstalt arbeitenden und dringendst benötigten Praktikantin wurde ebenfalls gleich für ganz Hessen abgelehnt.

Frauen beginnen sich zu wehren

Die Preungesheimer Frauen und Männer haben versucht, diesen Plan zu durchkreuzen. In einem offenen Brief an das hessische Justizministerium protestierten die Untersuchungsgefangenen im Frauengefängnis Anfang März gegen den Erlaß des Ministeriums und gegen die gesamten unmenschlichen und unzumutbaren Knastbedingungen. Sie schrieben u.a.:

„...Wir wehren uns entschieden dagegen, daß einerseits in der Öffentlichkeit das Bild vom humanen und sogenannten resozialisierenden Vollzug verbreitet wird, andererseits unter der Hand alles in die Wege geleitet wird, den nach wie vor menschenunwürdigen Strafvollzug weiter zu verschärfen...Die schon jetzt wirksame Kürzung der Sozialarbeiterstellen bedeutet für uns, die wir in diesem ‚Vollzug' irgendwie existieren müssen, praktisch die restlose Zerstörung jedes sozialen Zusammenhangs. In den letzten drei Monaten wurden hier im Haus vier ‚Selbstmordversuche' gemacht, in der U-Haftanstalt für Männer bedeutend mehr, zwei davon sozusagen gelungen...

Die Ausbildungsplätze für Jugendliche außerhalb des Hauses können nicht belegt werden, weil kein Sozialarbeiter vorhanden ist, der die Verantwortung übernehmen müßte. Für die Jugendlichen – denen eine Ausbildung während der Haft gesetzlich zugesichert ist – ist der Freigang aus demselben Grund ganz gestrichen worden. ...Wenn die Zustände bewußt auf eine Verschärfung des Strafvollzugs getrieben werden, wenn der ‚Verwahrungsvollzug' endgültig wieder eingeführt werden soll, wenn da gespart wird, wo man den wenigsten Widerstand erwartet und wo man auf Wählerstimmen nicht angewiesen ist – dann sollte man sich auch nicht bemühen, das krampfhaft zu verschleiern... Wir fordern das Justizministerium auf, sich öffentlich und uns gegenüber zumindest einmal dazu zu äußern." (Brief der Frauen des Untersuchungsgefängnisses, siehe „Hauptwache", Nr. 5)

Dieser Brief ist in keiner bürgerlichen Zeitung und auch sonst nirgends veröffentlicht worden, was nicht zuletzt die traute Zusammenarbeit zwischen Klassenjustiz und bürgerlichen Desinformationswesen zeigt. Trotzdem lassen sich die Gefangenen bei ihrem Kampf um bessere Haftbedingungen nicht unterkriegen:

Von Samstag, den 15.5. bis einschließlich Montag führten 38 Frauen einen Hungerstreik durch, um ihre Solidarität mit den Männern der Untersuchungshaftanstalt zum Ausdruck zu bringen (s. AK 81).

Diese Aktionen, die die Frauen selbst als „vorläufige Warnung" verstehen (Presseerklärung), zeigen, daß die Gefangenen beginnen, sich gegen die unmenschlichen Knastbedingungen zu wehren und sich nicht einschüchtern lassen von den drohenden psychischen und physischen Strafen seitens der Anstaltsleitung. ●

Unigruppe des KB/Gruppe Frankfurt

Nachrichten

Hamburg, Santa Fu: Der Gefangene Enno Schmidt, der 1972 maßgeblich an der Dachbesteigung der Fuhlsbüttler Gefangenen beteiligt war, schrieb uns, in welcher Weise mit seiner Gesundheit Schindluder getrieben wird:

„Mit diesem Schreiben möchte ich dringend um Hilfe bitten.

Am 27.10.75 wurde ich als Unschuldiger zu einer Gefängnisstrafe von drei Jahren und sechs Monaten verurteilt. Die Schweinerei begann schon am ersten Verhandlungstag, als ich dem Vorsitzenden Dr. Bartels erklärte, daß ich nicht verhandlungsfähig wäre und er hiervon keine Notiz nahm. Das Gericht konnte sich überzeugen, daß mir fingerdick der Eiter aus dem Auge lief.

Wegen dieser Augensache kam es am 12.10.75 bei der Operation zu einem Herzstillstand. Nun ist mein Gesundheitszustand schon so schlecht, daß ich täglich zehn Schmerztabletten einnehmen muß. Ich habe mehrere Operationen noch vor mir, bekomme aber keine Haftunterbrechung."

Enno Schmidt war 1972 zusammen mit einem anderen Gefangenen auf das Dach der Haftanstalt zwei geklettert, um auf die unmenschlichen Zustände im Knast aufmerksam zu machen und eine Änderung zu erzwingen. Dabei war er abgestürzt und hatte sich nahezu alles Brechbare gebrochen und enormes Glück gehabt, daß er überhaupt überlebte.

Dieser Sturz gab den entscheidenden Anstoß für die Häftlingsrevolte, die die Absetzung des damaligen Anstaltsleiters und die relativen Verbesserungen erreichte, die heute als „Reformpolitik" des Hamburger Senats verkauft werden. Seit 1972 leidet Enno Schmidt unter den Folgen des Sturzes. Einer angemessenen medizinischen Behandlung werden jedoch von Seiten der Anstalt ständig Steine in den Weg gelegt.

„Man gab mir zu verstehen: ‚Entweder Sie lassen sich im ZKH (Gefängniskrankenhaus, die Redaktion) operieren oder Sie sterben und wenn Sie sterben, ist es auch egal.' Auf Grund der vielen Tabletten, die ich einnehmen muß, weil ich es sonst vor Schmerzen kaum aushalte, befinde ich mich in einem Dauerzustand, der ein klares Denken einfach nicht mehr zuläßt."

Daß Enno Schmidt gegenüber der Anstaltsleitung sein Rückgrat bewahrt hat, das er '72 unter Beweis stellte, wird ihm natürlich „schwer übelgenommen". Unter Anstaltsleiter Stark (Psychologe) ist Arschkriecherei das „Vollzugsziel".

IKAH (Arbeiterhilfe)

Der „Fall Brunkhardt"

... ist noch in frischer Erinnerung. Erst im Mai wurde das Verfahren gegen Künkeler und seinen Knast-„arzt" Maykemper erwartungsgemäß eingestellt, das die Eltern von Alfred Brunkhardt angestrengt hatten. Aus einer Erklärung der Eltern vom November '75: *„Er ist gestorben, weil er im Gefängnis Butzbach nicht behandelt worden ist und noch im Sterben in einem vergitterten VW-Bus auf einer Matratze liegend zwei Stunden von Butzbach nach Kassel transportiert wurde, statt daß man ihn ins nächste Krankenhaus gebracht hat."*

Der „Arzt" hatte sich nicht um den Kranken gekümmert, weil er angeblich das Ausmaß der Krankheit nicht gekannt habe. Und wenn er es gekannt habe, sei er trotzdem unschuldig, weil es für Alfred Brunkhardt sowieso schon zu spät gewesen sei.

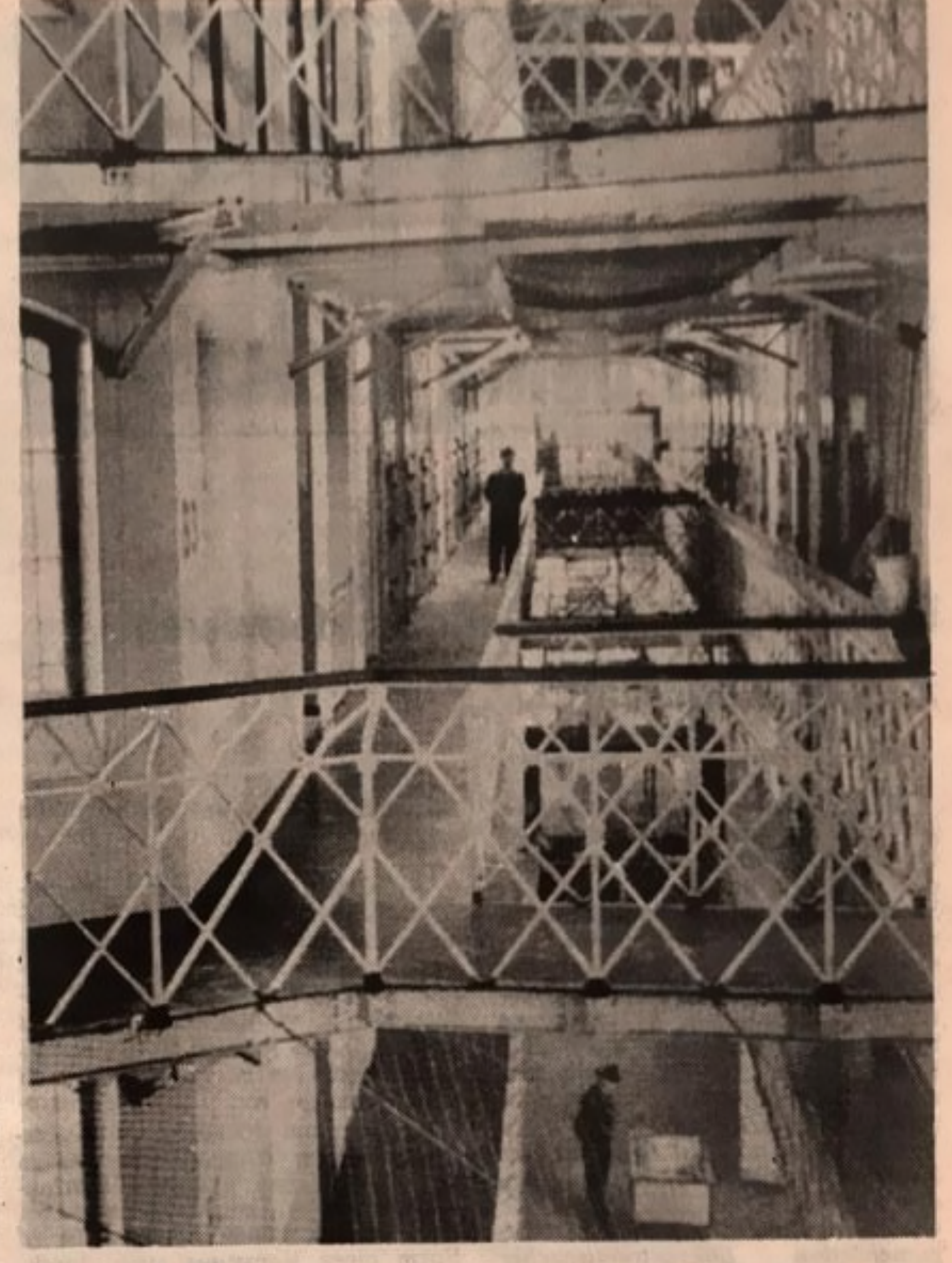
Künkeler stand dem nicht nach. Er meinte auch, Alfred sei selbst schuld gewesen. Er brachte es fertig, in einem Satz zu sagen, daß er Alfred nie gekannt habe – und daß Alfred wohl ein Fixer gewesen sei und deshalb seine Krankheit selbst verschuldet habe!!

Hungerstreik Mai '76

Wie schon berichtet, traten am 3.5.76 vier Gefangene in einen Hungerstreik, um gegen die Haftbedingungen zu protestieren. Künkeler strich ihnen sofort die Freizeit und isolierte sie. In ihrer Erklärung schrieben die Gefangenen, die Haltung zu den berechtigten Forderungen und Wünschen der Gefangenen *„zeigt deutlich, wo er seine Aufgaben sieht – in der ‚sicheren Verwahrung', Unterdrückung der Meinungen und Persönlichkeiten der Gefangenen und in der Deckung der ‚Rollkommandos', sowie anderer Terrormaßnahmen. Durch diese ‚Aktivitäten' des Künkeler, die daraus entstehende Isolation/Zerstörung der Persönlichkeit des Gefangenen, zeichnet sich der Butzbacher Vollzug aus. Die von der Justiz proklamierten ‚Resozialisierungsbemühungen' bleiben – durch die mittelalterliche Handhabung Künkelers – rein verbale Kraftakte. Der Butzbacher Vollzug hat seine Refombestrebungen in den 50er Jahren verloren und sich unter Künkelers Führung stetig rückentwikkelt".*

Wenn die bürgerliche Presse jetzt schreibt: „Das Opfer hinterläßt Frau und zwei Kinder. Der Täter ist Günther Hanisch.", so haben wir dem entgegenzusetzten: **„Im Knast Butzbach wird das Leben von 600 Gefangenen systematisch ruiniert. Ein Täter war Künkeler"!** ●

IKAH (Initiativkomitee Arbeiterhilfe)



Hamburg, „Santa Fu"

ten und folgende Forderungen auf- entsprechend eindrucksvoll kostü-

Brutaler Knüppeleinsatz in der Frauen-Haftanstalt Schwäbisch-Gmünd

Am Donnerstag, den ˜0. Mai 1976, wurden in der Haftanstalt „Gotteszell" in Schwäbisch Gmünd mehrere Frauen durch einen brutalen Knüppeleinsatz von drei namentlich nicht bekannten Bullen so übel zugerichtet, daß eine Frau in der Folge davon mit erheblichen Verletzungen – u.a. einer schweren Gehirnerschütterung – ins Städtische Krankenhaus zur stationären Behandlung verlegt werden mußte.

Vier gefangene Frauen wehren sich

Trotz der Versuche der Anstaltsleitung, insbesondere der hysterischen und faschistoiden Aufseherin Mieling, die Frauen untereinander isoliert und in Konkurrenzsituation zu halten, hatten sich vier Frauen zusammengeschlossen, die in ihrer Knast„Freizeit" die Diskussion über ihre Stellung im Knast aufgenommen hatten. Diese Frauen waren einer besonderen Repression seitens der Anstaltsleitung ausgesetzt, die zurecht befürchten mußte, daß diese Frauen Ansätze einer Bewegung auch unter den anderen Inhaftierten zur Verbesserung ihrer Situation schaffen würden. Das sah dann so aus, daß die vier Frauen sich kaum ungestört von der „allgegenwärtigen" Mieling treffen konnten und die einzelnen fortschrittlichen Frauen jeweils in solche Zellen gelegt wurden, in denen sonst Frauen lagen, die durch das System und die Gefängnisbedingungen bereits so kaputt waren, daß sie ihrerseits den fortschrittlichen Frauen ohne jedes Verständnis und auch feindlich gegenübertraten. Als die vier Frauen immer wieder gegen die täglichen Schikanen protestierten, ging die Anstaltsleitung dazu über, sie zu isolieren, d.h. sie auf die drei bestehenden Abteilungen des Knasts aufzuteilen. Dazu brauchte sie aber einen formalen Grund. Mieling provozierte die Frauen von früh bis abends, bis Beate Koloseike am 19.5. der Kragen platzte und sie zu einer Mitinhaftierten für die Mieling hörbar sagte, die solle sich doch mal auf ihren Geisteszustand hin untersuchen lassen. Das nahm die Sklavenantreiberin zum Anlaß, Beate bei der Anstaltsleiterin Göbel zum Einzelrapport zu bestellen, wo ihr dann gesagt wurde, daß sie in eine andere Abteilung verlegt würde. Dies stieß auf spontane und entschiedene Ablehnung der anderen Mitinhaftierten - insgesamt 14. – Diese hatten bereits zuvor einen Sammelschrieb ans Justizministerium gerichtet, damit die Mieling versetzt würde, die schon seit 28 Jahren ihr Unwesen in der Frauenhaftanstalt treibt. Die Frauen beschlossen, sich dieses Mal diese Sauerei nicht gefallen zu lassen und nicht zu dulden, daß Beate verlegt würde.

Brutaler Bulleneinsatz

Als am 20.5. gegen 20 Uhr die weiblichen Bullen kamen, um Beate abzuholen, klammerten sich alle Inhaftierten am Tisch aneinander und erklärten, sie wollten erst die Anstaltsleitung Göbel sprechen und kollektiv klarstellen, daß es eine Ungerechtigkeit sei, wenn Beate wegkomme. Stattdessen gehöre die Mieling weg, da sie die Frauen im Knast quält.

Kurz darauf kamen die weiblichen mit drei männlichen Bullen zurück. Diese Tatsache, daß männliche Bullen so schnell zum Einsatz bereit waren, läßt den Schluß zu, daß es sich um ein abgekartetes Spiel der Anstaltsleitung gehandelt hatte, da die männlichen Bullen gewöhnlich nicht in einer Frauenanstalt sind. Die Frauen saßen passiv und untergehakt am Tisch. Die Bullen schoben Tische und Stühle beiseite, um besser losknüppeln zu können. Sie packten die erste Frau brutal und warfen sie in eine Ecke. Sie schlugen zu wie die Irren. Ein Bulle holte aus und schlug einer Frau so auf die Brust, daß diese Tage später noch Schmerzen beim Atmen hatte und nachts kaum Luft bekam. Die Frauen verteidigten sich so gut wie es eben in diesem Knäuel ging. Endlich hatten die Bullen Beate im Polizeigriff, schleiften, zerrten sie und schlugen wie wild auf sie ein. Die Bullen schleiften Beate durch einen 30 Meter langen Gang, die Mitinhaftierte hörten nur noch Klatschen und Schreien, konnten aber nichts mehr machen, da sie eingeschlossen waren. Sie konnten durch ein Kirchenfenster beobachten, wie die Bullen Beate den nächsten Gang runterzerrten. Sie packten Beate an den Beinen und ließen ihren Kopf an jeder Treppenstufe aufschlagen! Zuletzt sahen die Mitinhaftierten, wie Beate auf einer Treppe lag, ein Bulle über ihr und Schlagbewegungen in ihrer Richtung. Sie hörten dann nur noch abgewürgt „Aua, aua!", konnten aber in ihrer Wut nur noch an die Tür und die Fenster klopfen und rütteln.

Obwohl nach dieser Knüppelorgie alle Frauen mehr oder minder erheblich verletzt waren und deshalb einen Arzt verlangten, wurde dieser ihnen verweigert. Auch die schwerverletzte Beate wurde einfach in ihrer neuen Zelle auf die Pritsche gelegt, ohne ärztliche Betreuung! Erst einen Tag später, am Freitag abend, kam der Anstaltsarzt, nachdem es Beate den ganzen Tag übel gegangen war und sie von den Folgen der Gehirnerschütterung noch ganz benommen war. Der Arzt, der sich als ein „unabhängiger" vorstellte, erklärte ihr sogleich, als er die vielen blauen Flecken sah: *„(Sonstige) Schmerzen, die ich nicht sehen kann, die gibt es nicht!"* Er verweigerte auch die dringend erforderliche Überführung ins Städtische Krankenhaus zur genauen Röntgendiagnose sowie stationären Behandlung. Dabei mußte Beate noch den ganzen Tag auf der Zelle bleiben und durfte erst gegen Abend ins Knastspital! Erst nachdem es Beate auch noch am Samstag, den 22.5., ganz übel ging, wurde sie nachmittags ins Krankanhaus verlegt.

Diese Verlegung geschah nicht zufällig. Bereits am 21.5. hatten die anderen, die bei dem Knüppeleinsatz dabei waren, eine Arbeitsverweigerung angekündigt, wenn sie nicht einen Arzt bekämen. Eine andere Frau der Gruppe hatte am gleichen Tag von Beate einen Kassiber erhalten, aus dem sie entnahm, daß diese schwer etwas abbekommen hatte. Sie setzte sich sofort für eine Röntgendiagnose außerhalb des Knasts ein und drohte mit den anderen Frauen einen Hungerstreik für den Fall an, daß Beate nicht umgehend in das Krankenhaus gebracht würde!

Trotz der großen Repression im Knast meldeten sich 14 Frauen als Zeugen für ein Strafverfahren wegen Körperverletzung im Amt, das gegen die Bullen gestellt wurde.

Proteste gegen die Brutalität an den Gefangenen

Frauen des Frauenzentrums Mannheim erstellten am 26.5.1976 ein Flugblatt mit der Überschrift „Gewalt gegen Frauen im Frauengefängnis Gotteszell", in dem sie den Hergang und die Gründe für den Knüppeleinsatz der Polizei schilderten und folgende Forderungen aufstellten:

„1. Sofortige Freilassung von Beate Koloseike wegen Haftunfähigkeit,
2. Ärztliche Behandlung aller Frauen durch Ärzte ihrer Wahl,
3. Amtliche Untersuchung der Vorfälle,
4. Sofortige Entlassung der Aufsichtsbeamtin Mieling,
5. Abschaffung der unerträglichen Haftbedingungen, Abschaffung der Isolationshaft."

Letzte Forderung ist deshalb besonders wichtig, weil die Anstaltsleitung bereits dazu übergegangen ist, eine Frau zur Rädelsführerin einer „Meuterei" aufzubauen und sie wie bereits in der Vergangenheit der Isolationshaft auszusetzen.

Am 30.5.1976 kam aus dem Mannheimer Frauenzentrum eine Gruppe von etwa 30 Frauen nach Schwäbisch Gmünd, um hier ebenso wie zuvor in Mannheim das Flugblatt zu verteilen. Zu diesem Zweck fanden sie sich vor der Haftanstalt ein und stellten durch Megaphon die genannten Forderungen auf, damit auch alle Frauen in der Haftanstalt sie hören konnten. Einige Frauen des Frauenzentrums hatten sich dazu entsprechend eindrucksvoll kostümiert: Sie trugen blaue bzw. gestreifte Kittel, die Gesichter waren weiß angemalt (Als Folgen der unerträglichen Haftbedingungen), auf denen sich die rot bemalten Wunden der Bullenknüppelei deutlich abhoben.

Diese Aktion war ein sehr guter Ansatz, um den Kampf der Frauen im Gefängnis gegen die entwürdigenden und unerträglichen Haftbedingungen von außen zu unterstützen. Durch tausend Schikanen werden gerade die Frauen unter Druck gesetzt, die begonnen haben, die gegenseitige Isolierung zu überwinden und den Kampf gemeinsam gegen die Haftbedingungen zu führen.

Nur eine breite Öffentlichkeit kann verhindern, daß die Frauen jetzt besonderen Schikanen ausgesetzt werden, was von der Anstaltsleitung bereits angedroht wurde.

Wichtig ist auch die materielle Unterstützung der Gefangenen: Beate Koloseike muß z.B. ihren Krankenhausaufenthalt selbst bezahlen – so lautet eine Verfügung der Staatsanwaltschaft –, was ihr bei den Sklavenlöhnen im Knast gar nicht möglich ist. ●

Ein KB-Genosse aus Stuttgart

Gerichtsarzt bestätigt gesundheitszerstörende Wirkung der Isolationshaft!

In dem Strafverfahren gegen die seit April '75 in Untersuchungshaft sitzenden Borvin Wulff und Bernd Geburtig, das gegenwärtig vor der Staatsschutzkammer des Landgerichts Hamburg stattfindet, hat der vom Gericht bestellte Sachverständige bestätigt, daß die Isolationshaft die Gesundheit der Gefangenen zerstört hat.

Borvin Wulff und Bernd Geburtig sind wegen Gründung bzw. Mitgliedschaft in einer „kriminellen Vereinigung" angeklagt (s. dazu AK 81).

Die Verteidiger von Borvin Wulff hatten in der letzten Woche aufgrund der wegen der langen Untersuchungshaft bei B. Wulff aufgetretenen Krankheitssymptome Haftverschonung beantragt. Dieser Antrag wurde vom Gericht abgelehnt. Stattdessen beauftragte die Staatsschutzkammer einen Gerichtsmediziner, Dr. Naeve, mit der Untersuchung von Borvin Wulff.

Dr. Naeve kam zu dem Ergebnis, daß bei Borvin Wulf schwere Störungen der Konzentrationsfähigkeit sowie der allgemeinen seelischen Verfassung eingetreten sind.

Borvin Wulff ist infolge der langen Isolationshaft nicht mehr in der Lage, geistig zu arbeiten, d.h. seine Verteidigung vorzubereiten. Außerdem hat Borvin Wulff Wasser in einem Knie und ist aufgrund von Wucherungen nicht mehr in der Lage, längere Zeit zu sitzen.

Der Arzt stellte fest, daß eine Behandlung dieser Leiden im Untersuchungsgefängnis wegen der mangelnden Ausstattung nicht möglich ist und eine Behandlung durch Fachärzte erfolgen muß.

Außerdem soll nach Meinung des Sachverständigen die Isolationshaft aufgehoben werden.

Naeve kam schließlich zu dem Ergebnis, daß Borvin Wulff nur noch eingeschränkt verhandlungsfähig ist.

Dieses Ergebnis hat grundsätzliche Bedeutung für alle politischen Gefangenen: Es bestätigt die prinzipiell gesundheitszerstörende Wirkung der Isolationshaft: Borvin Wulff war ganz „normaler" Isolation ausgesetzt, wie es die anderen Gefangenen auch sind.

Die Konsequenz kann nur sein: Aufhebung der Isolationshaft für alle Gefangenen!! ●

IKAH („Arbeiterhilfe")

Folter-Lehrgang in der Bundeswehr

Fortsetzung von Seite 1

Es ist somithin eindeutig, daß die Folterpraktiken in der Kampftruppenschule Hammelburg nicht das Werk einiger sadistischer Einzelgänger, sondern Bestandteil des Ausbildungssystems bei der Bundeswehr sind.

Umso bemerkenswerter sind die Rechtfertigungsversuche des Bundes„verteidigungs"ministeriums nach Bekanntwerden dieser skandalösen Vorgänge: Erst wurde von Bonn überhaupt geleugnet, daß es derartiges gebe, um schließlich (als weitere Zeugen die Aussagen Roths bestätigt hatten) zu erklären: *„Die von Ihnen beschriebenen Vorführungen (!) hatten den Zweck, auf Methoden hinzuweisen (!?), denen Soldaten bei der Gefangennahme ausgesetzt sein könnten"* (aus dem Brief des „Bundesministerium der Verteidigung", vom 10. Februar 1976, abgedruckt in „die Tat", 11. Juni).

Im Widerspruch zu diesem Teilgeständnis des Ministeriums werden die Vorwürfe *„über Folterausbildung in der Bundeswehr"* als *„eindeutig widerlegt"* bezeichnet und es wird scheinheilig versichert, daß *„auch solche erläuternden Demonstrationen* (wie die in Hammelburg, Anm. AK) *seit 1969 nicht mehr vorgeführt worden"* seien (ebenda).

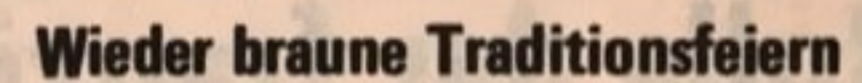
Daß auch das gelogen ist, beweist „die Tat" mit Hilfe von eidesstattlichen Erklärungen von Bundeswehrsoldaten aus dem Jahre 1974, in denen ein gewisser Leutnant Söhn der Folterung angeklagt wird. Gegen Söhn ist seit 1974 ein Ermittlungsverfahren anhängig und er wurde – nach Bekanntwerden seiner Praktiken – versetzt.

Zusammenfassend läßt sich feststellen: Die von Oberleutnant Hans Roth (übrigens im Zusammenwirken mit dem bekannten fortschrittlichen Schriftsteller Günter Wallraff) enthüllten Praktiken lassen vollauf die Bezeichnung „institutionalisierte Folterausbildung" (so Roth) gerechtfertigt erscheinen. Abgesehen von den tagtäglichen Schikanen der Offiziere und Unteroffiziere gegen die „einfachen" Kameraden (die oft genug schon an die Grenze der Folter heranreichen), ist belegt, daß in Spezialeinheiten der Bundeswehr Folter-Übungen durchgeführt wurden.

Wenn das zuständige Bundesministerium – nach einer langen Zeit strikten Leugnens! – jetzt erklärt, daß das „nur" zu „Demonstrations"-zwecken geschehen sei, so ist eine derartige Rechtfertigung ebenso unglaubwürdig wie etwa die Behauptung, man rüste nur auf, um sich gegen einen möglichen Angreifer zu verteidigen. Die Ausbildung und überhaupt die Anwesenheit von Folterspezialisten aus den faschistischen Armeen Südkoreas, Persiens, Chiles etc. (siehe auch nebenstehendes Bild) in der Bundeswehr straft das Bundes„verteidigungs"ministerium zusätzlich Lügen! ●

Antimilitarismus-Kommission und AK-Redaktion

Auch an der Führungsakademie der Bundeswehr in Hamburg sind die Offiziere aus den berüchtigten Armeen Chiles (1), des Iran (2), Argentiniens (3), Brasiliens (4), Indonesiens (5) und Südkoreas (6) vertreten.



Wieder braune Traditionsfeiern

Am 8. Mai, dem 31. Jahrestag der Befreiung vom Faschismus, feierten in der „Lützow"-Kaserne in Münser das Bataillon 193 mit dem ehem. „Infanterie Regiment 1." (Königsberg/Ostpreußen) ihre Patenschaftsbande. Ein Ehrenzug legte unter den Flaggen der beiden Einheiten den obligatorischen Kranz nieder. Der ehemalige Kommandeur des Königsberger Regiments betrauerte alle „viel zu früh Gefallenen" seiner Einheit.
(Nach „tat", vom 28.5.76)

Nazi-Lieder-Werbung – „ein Versehen"?

Die Bundeswehr-Zeitschrift „Heer" veröffentlichte eine Anzeige für eine Langspielplatte, „Lieder von allen Fronten", auf der Lieder der faschistischen Wehrmacht gepreßt sind. Der „Informationsdienst für Soldaten" (Dortmund) protestierte gegen diese Werbung für faschistische und revanchistische Produkte und erhielt eine Antwort vom Bonner „Verteidigungs"ministerium: Schuld sei ein *„technisches Versehen"*. Außerdem wolle man auf die Wertung, *„faschistische Wehrmacht"*, nicht eingehen, da sich *„ernstzunehmende Historiker aller Nationen"* (bis auf den *„kommunistischen Machtbereich") „noch streiten, ob die Wehrmacht faschistisch oder nicht war"*.
(nach „tat", vom 28.5.76)

Man gibt sich ahnungslos!

Wir berichteten im vorletzten ARBEITERKAMPF über die Beerdigung des SS-Führer's Rebane, auf der eine Bundeswehrdelegation einen Kranz niederlegte. Die polnische Presseagentur fragte in Bonn an und bekam auch eine Antwort! Ein Versehen! Man habe nur gewußt, daß es sich bei Rebane um einen „Obersten ausser Dienst" gehandelt habe.

Im gleichen Wehrbereichskommando (6) wurde etwa zur gleichen Zeit in Sonthofener (Sonthofen war früher (?) eine Nazi-Ordensburg) Bundeswehrräumen in Anwesenheit von Bundeswehroffizieren eine nachträgliche Ritterkreuzverleihung durchgeführt. Verleiher des Kreuzes an einen ehem. SS-Unterführer war der SS-Generalmajor Lombard.

Dazu wurde von Seiten der Bundeswehr erklärt, daß man die Räume der „HIAG" vermietet hätte, weil es sich um einen „eingetragenen Verein" handle, wohl kein Versehen!? ●

Antifa-Kommission KB/Gruppe Kiel

Manövrierbare Gefechtsköpfe (MARV) im Endstadium der Entwicklung

Bisher ist es den USA nicht möglich gewesen, die Flugbahn von Fernraketen nach dem Abschuß noch zu korrigieren, da alle auf ballistischer Grundlage arbeiten (d.h. die Flugbahn der Raketen liegt fest und wird einzig und allein von der Erdanziehung und dem Luftwiderstand bestimmt). Nach einem Artikel in der „Welt" vom 3.6.76 befindet sich in den USA die Entwicklung manövrierbarer Gefechtsköpfe (MARV-Manoeuverable Reentry Vehicle) nunmehr im Endstatium. Sie sollen ermöglichen, Punktziele genau zu treffen, was ein Scharfschießen über Kontinente hinweg erlauben würde. Ermöglicht wird dies durch eine entsprechende Weiterentwicklung der Sensorentechnik. Die geplanten US-Raketen Trident und MX sollen bereits mit den zielsuchenden Nukleargefechtsköpfen bestückt werden können.

Die USA sollen in der Entwicklung dieses Systems (Bezeichnung „MK 500") gegenüber der Sowjetunion einen Riesenvorsprung haben. ●

Antimilitarismuskommission KB-Gruppe Hamburg

Prozesse gegen Antimilitaristen

Gegenwärtig laufen einige Prozesse gegen antimilitaristische Soldatengruppen bzw. Genossen wegen „Wehrkraftzersetzung" und „Störpropaganda":

- im April lief ein Prozeß gegen 8 Soldaten der „Koblenzer Militärzeitung" (Soldatenzeitung des KBW) wegen *„planmäßiger Wehrkraftzersetzung"*. Der presserechtlich Verantwortliche erhielt 400 DM Geldstrafe, 7 weitere Soldaten je 200 DM;
- in Braunschweig lief vor wenigen Tagen ein Prozeß gegen einen Soldaten wegen „Wehrkraftzersetzung";
- in Bremen erhielten zwei Soldaten des „Soldaten- und Reservistenkomitees" (KBW-nahe) eine Anzeige wegen „Zersetzung";
- in Bruchsal wurden 4 Verteiler der Soldatenzeitung „Querschläger" zu insgesamt 3.750,– DM Geldstrafe verurteilt; wegen „Verunglimpfung der Bundeswehr".

Säuberung bei der Bundeswehr

- In Mannheim wurden 4 Soldaten wegen ihrer antimilitaristischen Arbeit aus der Bundeswehr entlassen.

In letzter Zeit häufen sich die Fälle, wo Bundeswehrsoldaten wegen kritischer Äußerungen „unehrenhaft" entlassen werden. Ein neuer Fall ist die Entlassung des Zeitsoldaten Uwe Lommertin:

Lommertin hat in seiner Kaserne an einem Kantinenboykott teilgenommen und wurde dafür schon bestraft. Zum weiteren wurde Lommertin vorgeworfen, Mitverfasser eines Flugblattes der DKP-nahen Soldatenorganisation „ADS" („Aktion demokratischer Soldaten") zu sein, was ihm aber - auch nach Spinddurchsuchungen - nicht nachgewiesen werden konnte.

Nachgewiesen konnte Lommertin letztendlich n i c h t s - trotzdem wurde er am 9.4.76 gefeuert, da er *„die militärische Ordnung ernstlich gefährdet"* hätte („Spiegel", 7.6.76). ●

Jederzeit kriegsbereit

Nach Ansicht des Faschistenfreundes und Bundeswehrgenerals Hildebrandt sollten durch die geplante Umstrukturierung des Heeres, die zur Zeit im Modell erprobt wird, die Brigaden verkleinert und vermehrt werden.

Ziel ist dabei, sofort einen konventionellen Krieg beginnen zu können: *„Diese Brigaden müßten, zumindest in ihren Kampftverbänden, ‚aus dem Stand' heraus einsatzbereit (‚präsent') sein, was wieder zur Voraussetzung habe, daß sie weitgehend von der Grundausbildung (der Rekruten) entlastet seien"* (Hildebrandt in der „Frankfurter Rundschau", vom 3.6.76).

Die Rekruten sollten dann in Extra-Einheiten zusammengefaßt werden. Durch die Heeresstruktur, nach der insgesamt 36 solcher Brigaden vorgesehen sind, schafft sich die Bundeswehr eine Truppe, die jederzeit für Kriegsoperationen einsetzbar ist. ●

Maulkorb für Zivildienstleistende

Die Rechte der Zivildienstleistenden (ZDL) sind im „Zivildienstgesetz" festgelegt. In letzter Zeit werden allerdings die ZDL's dazu aufgefordert, sog. „Erklärungen" zu unterschreiben, in denen ihre schon mageren Rechte noch weiter eingeschränkt werden:

– die „Erklärung" enthält den Passus, daß der ZDL das Ansehen der Dienststelle *„nicht beeinträchtigen"* darf. Im Gesetz heißt es: *„nicht ernsthaft beeinträchtigen"*.
– in puncto Arbeitsfrieden heißt es in der „Erklärung", daß er *„nicht gestört"* und *„nicht gefährdet"* werden darf; im Gesetz ist nur von *„nicht gefährdet"* die Rede.
– der ZDL muß ferner unterschreiben, daß *„ich keinen Anspruch auf einen meinen Fähigkeiten entsprechenden Einsatz habe; ich kann zu allen Arbeiten herangezogen werden"*. Solche Formulierungen sind im Gesetz gar nicht zu finden („ami", 5/76).

Gegen diese Unterschriftsleistung haben bisher 60 Zivildienstleistende in Dortmund protestiert und ihre Unterschrift verweigert. Ferner haben sie sich auch offiziell beschwert. ●

Koblenz

Flugblattverteiler von Gendarmerie überfallen

Am Sonntag, den 30.5.76 überfielen französische Bullen ein *„Komitee zur Unterstützung der französischen Soldaten"*, das vor der französischen Klosterkaserne in Koblenz ein in deutsch und französisch verfaßtes Flugblatt verteilte. In diesem Flugblatt kritisierte das Komitee den niedrigen Sold von 100 Mark monatlich, sowie die schlechten hygienischen Verhältnisse und das unzureichende Essen in der Klosterkaserne. Es wurden grundlegende Rechte wie Meinungs- und Informationsfreiheit, sowie die materielle Besserstellung der französischen Soldaten verlangt.

Nach Berichten von Zeugen fielen die französichen Bullen „überfallartig" über die Flugblattverteiler her, als diese ihre Schriften an westdeutsche Passanten und französische Soldaten verteilten. Zunächst versuchten die fünf Westdeutschen zu fliehen, wurden jedoch von der Gendarmerie eingeholt. Bei der unberechtigten Festnahme *„kam es zu einem Handgemenge, bei dem drei Gendarmen verletzt wurden. Als einer der fünf Deutschen die Szene fotografieren wollte, wurde er von vier Gendarmen angegriffen und zu Boden geschlagen, die Kamera wurde ihm auf den Kopf geschlagen und der Film herausgezogen, so daß keine Aufnahme mehr verwendet werden kann. Während seines Transports zur deutschen Polizeiwache soll der Kamerabesitzer erneut geschlagen worden sein, ein anderer wurde mit der Pistole bedroht, als er vor der Festnahme flüchten wollte"* (laut „FR", vom 2.6.76).

Dieses Vorgehen war rechtlich so haltlos, daß die westdeutsche Polizei, bei der die Flugblattverteiler abgeliefert wurden, diese umgehend wieder freilassen mußten. Der Koblenzer Polizeichef beschwerte sich sogar bei der französischen Gendarmerie und *„erklärte deren Leiter, daß die Festnahme wiederrechtlich erfolgt sei"* („FR", vom 2.6.76) Festzuhalten ist jedoch, daß die westdeutsche Polizei sonst gar nichts gegen dieses Verhalten unternommen hat. ●

Antimilitarismuskommission KB-Gruppe Hamburg

Bundeswehr-Vertrauensleute bei Kanzler Schmidt

Eine echte Verarschung

„Vielleicht paßt Ihnen das nicht, was ich Ihnen jetzt sage, meine Herren. Aber als ich damals ausgebildet wurde, 1938 muß das wohl gewesen sein, da bekamen wir keinen Pfennig für die Heimfahrt – und wir sind trotzdem einigermaßen vernünftige Menschen geworden." Mit solchen Jubelsprüchen auf die (offensichtlich erstrebenswerte) „Zucht und Ordnung" in der Hitler-Wehrmacht verhöhnte Kanzler Schmidt 50 Vertrauensleute aus Heer, Marine und Luftwaffe, als sie z.B. ihre berechtigten Forderungen nach kostenloser Heimfahrt aus ihren Standorten vortrugen.

„Von so etwas wissen wir nichts" war die freche Antwort auf die Kritik der Vertrauensleute, daß das Brot bei der Bundeswehr ständig naß sei, weil es heiß in eine Plastikhülle eingeschweißt werde.

Daß man vonseiten der Bundeswehr-Führung diese Zusammenkunft mit Vertrauensleuten lediglich als „demokratische Spielwiese" eingerichtet hatte, wurde nur allzu deutlich.

Ändern soll sich jedenfalls nichts. Als die Vertrauensleute zum Schluß dieses Treffens den ständigen Druck in der Bundeswehr kritisierten, der zur totalen Anpassung der Wehrpflichtigen und zum Alkoholismus geführt hat, gab Schmidt ihnen mit auf den Weg: *„Und ich dachte immer, daß nur die Unteroffiziere saufen. . . und man kann sich ja auch fragen, ob man diese Anpassungswilligkeit denn überhaupt unbedingt beanstanden muß."*
(Alle Zitate aus „Kieler Nachrichten", vom 21.5.76) ●

Antifa-Kommission KB/Gruppe Kiel

Kriegsdienstverweigerung

Nein der CDU/CSU

Wie im ARBEITERKAMPF schon berichtet wurde, hat sich die CDU/CSU entschlossen, die von der SPD/FDP beschlossene Änderung in der Frage der Kriegsdienstverweigerung, wodurch der zeitweise Wegfall der der Gewissensprüfung ermöglicht wird, im Bundesrat zu Fall zu bringen. Dies ist auch geschehen. Da der Bundestag der Meinung ist, daß das Gesetz gar nicht die Zustimmung des Bundesrates braucht, ist der weitere Gang noch unklar. Der Bundespräsident hat verlauten lassen, daß er das Gesetz nicht unterzeichnen werde, damit die von der CDU kritisierten Punkte aus dem Gesetz auch noch herausgenommen werden und dieser „Verfassungskonflikt" gar nicht erst ausgetragen wird.

Die Kritik der CDU/CSU an der „Reform" von SPD/FDP richtet sich vor allem gegen die darin enthaltene Regelung, daß Jugendliche angeblich „ohne Gewissensprüfung" zwischen Zivildienst und Kriegsdienst wählen dürfen. Die Unionsparteien wollen bei der bisherigen Praxis bleiben und lediglich einige „Vereinfachungen" im Verfahren zugestehen. ●

MAD überprüft Kriegsdienstverweigerer

Nach einer Information des „Extradienstes" (Nr. 43 vom 4.6.76) überprüft der Militärische Abschirmdienst (MAD) praktisch alle Kriegsdienstverweigerer, die erst nach ihrer Einberufung den Dienst an der Waffe verweigern, was er selbst für „nur logisch" hält. Der MAD besitzt somit eine Kartei aller Soldaten, die einmal mit Kriegsdienstverweigerung zu tun hatten. ●

Die Rolle der französischen Atomstreitmacht

Seit General de Gaulles Präsidentschaft betrachtet der französische Imperialismus den Aufbau seiner Atomstreitmacht als das militärische Faustpfand für eine eigenständige imperialistische Politik. Nahezu die Hälfte aller Militärausgaben werden für Entwicklung und Bau von Atomwaffen ausgegeben.
In zweierlei Hinsicht stellt dies eine gefährliche Bedrohung auch für die westdeutsche Arbeiterklasse dar: Zum einen sind die taktischen französischen Atomwaffen so gebaut und stationiert, daß sie nur auf dem Gebiet der BRD zur Explosion kommen könnten und dort im „Ernstfall" verheerende Wirkungen haben würden.
Dies ist eine zusätzliche Bedrohung zu den in der BRD gelagerten NATO-Atomwaffen, deren Einsatz auch auf BRD-Gebiet ständig in Manövern geübt wird.
Zum anderen haben die BRD-Imperialisten immer wieder damit geliebäugelt, diese Atomstreitmacht zusammen mit den französischen Imperialisten zu einer gemeinsamen europäischen Atomstreitmacht auszubauen. Denn immer wieder kritisieren die Strategen des BRD-Imperialismus die französische Atomstreitmacht als viel zu klein. Laut Dregger erfordert „eine ernstzunehmende Atomstreitmacht" die „Finanzkraft eines großen Industriestaates", nämlich die der BRD. (in „Deutschlandmagazin" 2/75).
Schon 1968 hatte Strauß erklärt, die „Force de frappe" drohe, zu einem „Museumsstück zu degenerieren," wenn sie nicht „qualitativ und quantitativ" ausgebaut würde (in „Herausforderung und Antwort" – Seewald-Verlag).
Aus diesem Grund wollen wir im folgenden Artikel umfassender auf die französische Atomstreitmacht eingehen.

Die Größe des französischen Atompotentials

Ca. 30-40 % der französischen Rüstungsausgaben entfallen auf die Entwicklung der „Force de Frappe". Im einzelnen bestehen die atomaren Streitkräfte aus drei „Generationen":

1. 36 Kampfbomber vom Typ „Mirage-IV-A", die jeweils 70 Kilotonnen Sprengkraft (das entspricht dem dreifachen Detonationswert einer Hiroshima-Bombe) 1500 km weit tragen können.

Um die z. B. Sowjetunion zu erreichen, müßten die „Mirage" unterwegs aufgetankt werden. Über solche Auftankflugzeuge verfügt Frankreich jedoch nicht und ist deshalb auf die amerikanischen Tankflugzeuge Boeing KC 135 F angewiesen. „*In militärischen Fachkreisen wird* (daher) *bezweifelt, ob die Mirage in der Lage ist, feindliche Luftabwehrgürtel zu durchdringen*" („Sicherheitspolitik heute", 1/75).

2. 18 Mittelstreckenraketen vom



Unterwasser-Kreuzer „Le Redoutable"

(„Sicherheitspolitik heute", 1/75).
2. 18 Mittelstreckenraketen vom

Unterwasser-Kreuzer „Le Redoutable"

Typ „SSBS-S-2" mit einer Reichweite von 3.000 km und einer Sprengkraft von je 150 Kilotonnen. Das entspricht einer siebenmal höheren Sprengkraft der Hiroshima-Bombe und einer siebenmal niedrigeren Sprengkraft einer amerikanischen „Minuteman"–Interkontinentalrakete. Die „S–2" sind in Silos eingebunkert und Experten schätzen, daß etwa 400 Megatonnen Sprengkraft aufgewendet werden müßten, um die Silos zu zerstören.

3. Drei Atom-U-Boote mit jeweils 16 Mittelstreckenraketen („M-1"). 32 dieser Raketen haben eine Reichweite von 2.500 km, 16 eine Reichweite von 3.000 km. Jeder einzelne Sprengkopf hat eine Sprengkraft von je 500 Kilotonnen TNT; eine Menge, die zur Vernichtung mehrerer Städte ausreicht. Bis 1982 plant Frankreich die Fertigstellung von drei weiteren Atom-U-Booten. Die Kosten eines U-Bootes: 1,5 Mrd. DM. (Alle Zahlen aus: „Wehrkunde", 8/75).

Von der französischen Regierung wird immer wieder betont, daß diese nuklearen Streitkräfte auch in Zukunft ihren zentralen Platz in den Aufrüstungsprogrammen finden werden. Insbesondere sollen die taktischen Atomwaffen weiter verbessert werden. Darüberhinaus soll auch die Zahl der Flugzeuge und atomgetriebenen Unterseeboote, die mit Nuklearwaffen bestückt sind, vergrößert werden. Der derzeit laufende Rüstungshaushalt Frankreichs beläuft sich auf 50 Mrd. Francs (ca. 30 Mrd. DM) und stellt gegenüber dem vorherigen eine 14-prozentige Steigerung dar („FAZ", 1.11.75).

Zweifellos ist angesichts des schon heute vorhandenen Potentials der „Abschreckungswert" der französischen Nuklearstreitkräfte „*zu einer nicht mehr wegzudenkenden Realität geworden*", wie ein BRD-Militarist in „Sicherheitspolitik heute" bewundernd schreibt.

Entscheidend ist hier allerdings die Frage, welchen Stellenwert diese atomare Abschreckung im Vergleich zu den beiden atomaren „Supermächten", USA und UdSSR, besitzt.

In rein militärischer Hinsicht betrachtet, ist die „Force de frappe" – obwohl Frankreich die drittstärkste Atommacht der Welt ist – diesen beiden Mächten bei weitem unterlegen. Ein tatsächlicher „Abschreckungswert" liegt nach Meinung der Militärtheoretiker immer erst dann vor, wenn eine Atommacht in der Lage ist, das wesentliche Atom- und Industriepotential eines Gegners zu zerstören und über eine sog. „Zweitschlagkapazität" verfügt, d. h. auch nach einem atomaren Angriff dem Gegner einen „unakzeptierbaren Schaden" zufügen kann.

Erst in dieser Fähigkeit zum „Zweitschlag" würde der Abschreckungswert einer Atomwaffe liegen, da es einen Angriff zu einem zu großen, nicht mehr voll kalkulierbaren Risiko für einen etwaigen Gegner macht, der dann mit seiner eigenen Vernichtung rechnen müßte. Ein solcher „unakzeptierbarer Schaden" würde – nach dem ehemaligen US-Kriegsminister McNamara – bedeuten, daß der Angreifer zu einer nicht mehr lebensfähigen Nation des 20. Jahrhunderts gebombt würde.

Nach amerikanischen Berechnungen müßten gegenüber der Sowjetunion mindestens 400.000 Kilotonnen Sprengkraft ins Ziel gebracht werden, um dies zu erreichen. Die Auswirkungen wären die Vernichtung von 52 Millionen Menschen und von 72 % des Industriepotentials der UdSSR. Frankreich verfügt dagegen derzeit „nur" über Sprengköpfe mit einem Detonationswert von insgesamt 28.860 Kilotonnen – vorausgesetzt alle Sprengköpfe erreichen überhaupt ihr Ziel, sind also in der Lage, den sowjetischen Raketenabwehrgürtel zu durchbrechen.

Gemessen an diesen „Kriterien" verfügt die französische „Force de frappe" weder über eine genügende Zerstörungskraft noch über die Fähigkeit zu einem entscheidenden zweiten Schlag gegen die Sowjetunion.

In diesem Zusammenhang ist auch von Bedeutung, daß das französische Atompotential in einem sehr starkem Maße von der NATO abhängig ist, aus deren militärischer Integration Frankreich vor zehn Jahren ausgeschieden ist: Die 36 Atombomben tragenden Mirage-Bomber können überhaupt nur dann ihre Bombenlast in die Sowjetunion fliegen, wenn sie auf dem Flug dorthin von amerikanischen Tankflugzeugen mit Treibstoff versorgt werden.

Darüberhinaus ist Frankreich an das NATO-Frühwarnsystem NADGE angeschlossen, da es selbst über keine ähnliche Einrichtung verfügt und die Atomwaffen sonst „blind" und untauglich wären. So schreibt denn auch die „Wehrkunde" 8/75: „*Die französiche Strategie funktioniert nur (soweit),... wie das französische Vorfeld durch die konventionellen Kapazitäten... der BRD und der USA abgedeckt wird und... das gesamte Westeuropa durch die USA nuklear abgedeckt wird.*" Und General Steinhoff stellt in einem jüngst erschienenem Buch fest: „*Frankreich hat seine Beziehungen zur militärischen*

hoff stellt in einem jüngst erschienenem Buch fest: „Frankreich hat seine Beziehungen zur militärischen

NATO-Maschinerie nicht völlig abgebrochen – zweifellos im eigenen Interesse " (zitiert aus „Welt", 9.3.76).

Die französischen Imperialisten sind also – was die Bedingungen eines militärischen Einsatzes ihrer Atomwaffen betrifft – in einem relativ starken Maße von den übrigen Imperialisten der NATO (vor allem den USA) abhängig. Dennoch ermöglicht das - wenn auch im Verhältnis zu den „Supermächten" noch verhältnismäßig bescheidene – Atompotential der „Force de frappe" den französischen Imperialisten in vielen Fragen einen eigenständigeren Kurs gegenüber den übigen NATO-Imperialisten. Deutlich wird dies in der Nichtmitgliedschaft Frankreichs in der militärischen NATO-Integration und in seiner, der vorherrschenden NATO-Militärdoktrien widersprechenden Atomstrategie, was die Einsatzbedingungen der Atombomben und -Raketen betrifft.

Frankreich und die NATO

Am 21. Februar 1966 verkündete Staatspräsident de Gaulle auf einer Pressekonferenz den Austritt Frankreichs aus der militärischen (!) NATO-Integration, „*ohne seine Mitgliedschaft in der Atlantischen Allianz in Frage zu stellen.*" In den folgenden Jahren mußten alle fremden Truppen und militärischen Einrichtungen von französischem Territorium abgezogen werden bzw. wurden französischem Oberbefehl unterstellt. Frankreich ist damit in der Position, allein über den Einsatz seiner Streitkräfte entscheiden zu können, sie

Die neue Strategie

Nachdem die Arbeiten an diesem Artikel abgeschlossen waren, hat es von seiten maßgeblicher Repräsentanten des französischen Imperialismus einige grundlegegende Äußerungen zu wesentlichen Fragen der Militärstrategie gegeben, die diese Ergänzungen notwendig machen.

In der Militärzeitschrift des Verteidigungsministeriums schrieb der Generalstabschef der französischen Armee, Mery: „*Umgekehrt ist es keineswegs ausgeschlossen, daß wir an der , Voraus-Schlacht ' teilnehmen. Ich meine sogar, daß es für unser Land extrem gefährlich wäre, sich freiwillig abseits der ersten Schlacht zu halten, bei der es in der Tat schon um unsere eigene Sicherheit ginge*" („FAZ", 3.6. 76).

Ein Eingreifen Frankreichs - so Mery - in das Kriegsgeschehen östlich seiner Grenzen (d.h. auf dem Boden der BRD) würde auch Frankreich vor dem Feind „schützen". Obgleich die französischen Imperialisten im selben Atemzug erklärten, sich weiterhin das „wann" und „wie" eines Kriegseintritts vorzubehalten (es sich also nicht von den übrigen Nato-Migliedern vorschreiben zu lassen), schwächt diese Aussage dennoch deutlich die bisherige gaullistische Militärstrategie ab, erst dann in einen bewaffneten Konflikt einzugreifen, wenn französisches Territorium unmittelbar abgegriffen wird bzw.ele-

Konflikt einzugreifen, wenn französisches Territorium unmittelbar abgegriffen wird bzw.ele-

mentare Interessen des französischen Imperialismus verletzt werden.

Eine Nuancierung hat es offensichtlich auch auf dem Gebiet der französischen Nuklearstrategie gegeben: Premierminister Chirac erklärte, daß es hier notwendig sei, „*aus dem vollkommen unrealistischen Dilemma des Alles oder Nichts*" („SZ", 29.5.76) herauszukommen und daß der konventionellen Aufrüstung wieder verstärkte Aufmerksamkeit gewidmet werden müsse.

Vor der französischen Militärakademie hatte bereits Staatspräsident Giscard deutlich gemacht, sein Land müsse „*sich den wahrscheinlichen Formen künftiger Konflikte anpassen. Dies führe dazu, Frankreichs Sicherheit nicht mehr ausschließlich auf die Atomwaffe, sondern auch auf eine starke konventionelle Armee abzustellen*" („Welt", 4.6.76). In Zukunft soll somit der konventionellen Aufrüstung des französichen Imperialismus eine stärkere Aufmerksamkeit gewidmet werden, ohne dabei die atomare Aufrüstung zu vernachlässigen (immerhin sollen die atomaren Streitkräfte bis 1982 eine viermal (!) höhere Schlagkraft als heute erhalten).

Auch hier läßt sich bis zu einem gewissen Grade eine Änderung der bisherigen Strategie der „massiven Vergeltung" verfolgen, die in jedem Fall eines militärischen Angriffs den sofortigen Einsatz von Atomwaffen vorsah.

Ausschlaggebend für diese Weiterentwicklung in der französischen Militärstrategie sind vor allem zwei Faktoren:

- Zum einen macht der heute hohe technische Stand der konventionellen Kriegstechnik (durch die selbst konventionelle Waffen wieder zu strategischen Waffen werden), eine Änderung der Kriegsstrategie („massive Vergeltung" in jedem Fall eines Angriffs) unabdingbar. Eine Abkehr von dieser Strategie erlaubt den Imperialisten im Falle eines bewaffneten Konflikts mehrere Handlungsmöglichkeiten, ohne gleich den Atomkrieg mit der Gefahr der eigenen Vernichtung „riskieren" zu müssen.
- Zum anderen spielt hier die Konkurrenzsituation des französischen Imperialismus gegenüber der auf konventionellem Gebiet heute überlegenen BRD eine entscheidende Rolle. Innerhalb der Nato ist die BRD auf konventionell-militärischer Ebene schon heute Frankreich eindeutig überlegen. Eben dies auszugleichen und auch auf dieser Ebene in Westeuropa den Führungsanspruch (neben dem auf atomarem Gebiet) zu behaupten, ist die Absicht der französischen Imperialisten. Giscard erklärte

ist die Absicht der französischen Imperialisten. Giscard erklärte

hierzu, Frankreich müsse vor Japan, Großbritannien und der BRD „*an der Spitze der Gruppe stehen, die den Supermächten folgt*" („FR", 4.6.76).

Sein Generalstabschef Mery ergänzte das, noch deutlicher werdend, dahingehend, daß es darauf ankomme, eine konventionelle Streitmacht zu schaffen, die „*die deutsche Armee in Europa ausbalanciert*" („Welt", 2.6.76).

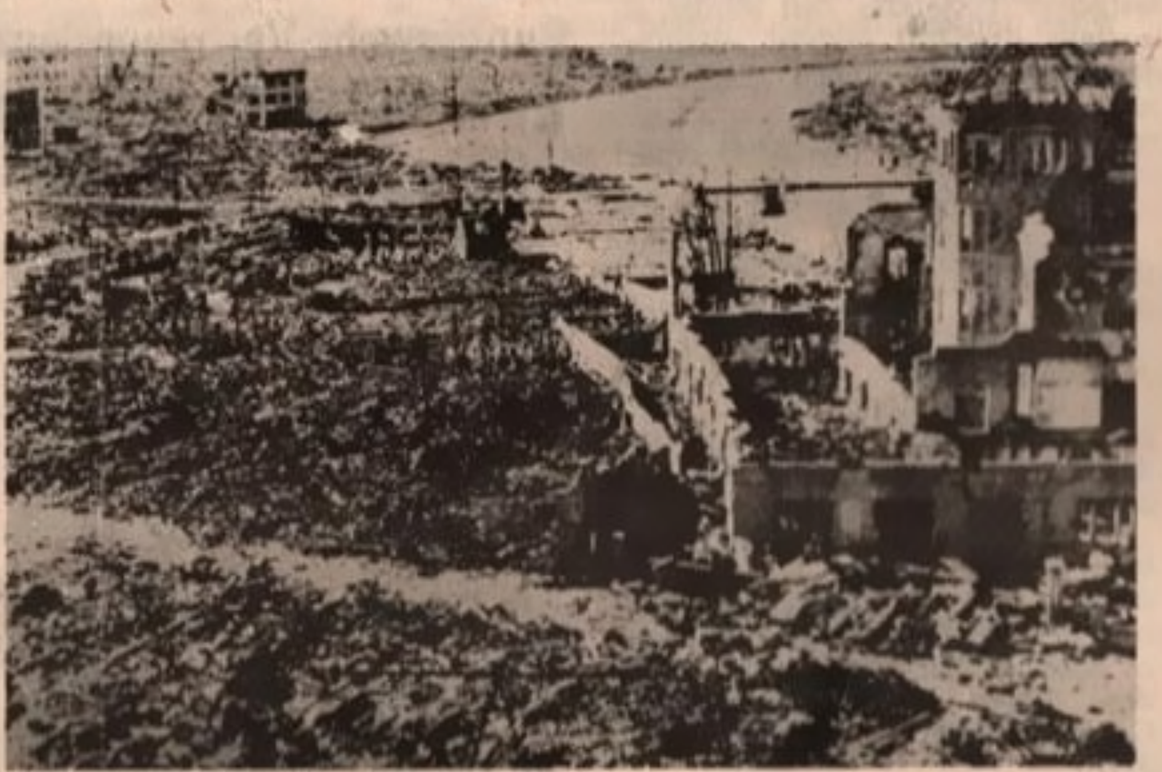
De facto bedeute diese „neue" Militärstrategie des französischen Imperialismus eine stärkere Hinwendung zur Nato (ohne sich dabei allerdings auch die in der Vergangenheit behauptete Unabhängigkeit nehmen zu lassen).

In diesem Zusammenhang schrieb Mery in seinem eigangs erwähnten Artikel, daß heute „*eine völlig unabhängige europäische Verteidigung kaum vorstellbar sei. Die Europäer bräuchten die Allianz mit den Vereinigten Staaten*" („FAZ", 3.6.76). Die Nato-Imperialisten können dieser Entwicklung nur mit unverhohlener Freude entgegensehen: „*Wir bereiten uns Stück für Stück schon jetzt darauf vor, an der ersten Schlacht, der Schlacht an der Ostgrenze der Bundesrepublik teilzunehmeh*" (Mery, zitiert nach „Welt", 4.6.76).

Dies bedeutet zweifellos eine weitere Verstärkung des aggressiven Nato-Angriffspotentials.



Frankreichs Pluton-Atomraketen haben die Sprengkraft einer Hiroshima Bombe – ihr Ziel liegt auf dem Gebiet der BRD!



. . . und das bleibt nach einem Atomwaffeneinsatz „übrig" (Hiroshima nach dem Atombomben-Abwurf)

IMPRESSUM

Arbeiterkampf

Herausgeber – Druck – Verlag J. Reents, Verlag ARBEITERKAMPF 2 Hamburg 13, Rutschbahn 35, verantw. Redakteur: Kai Ehlers, Auflage: 19000 Erscheinungsweise: 14-täglg Verkaufspreis 1,- DM. Verlagskonten: Dresdner Bank, Kto.Nr. 451 8378 J. Reents, und Postscheckkonto Hamburg Nr.: 240 595, J. Reents

In einem Teil dieser Auflage ist eine Beilage vom Verlag Arbeiterkampf enthalten.

keinem NATO-Oberkommando unterstellen zu müssen usw. ohne dabei – da es noch weiterhin zu den NATO-Verträgen steht – auf den „Schutz" der übrigen NATO-Staaten im Falle eines militärischen Angriffs auf sein Territorim verzichten zu müssen. Bereits 1959 erklärte de Gaulle vor der Militärakademie, daß sich das *„System der Integration überlebt hat... Die Verteidigung Frankreichs muss französisch sein... Wenn ein Land wie Frankreich Krieg führen sollte, so muß es sein Krieg sein. Es ist unerläßlich, daß sich Frankreich selbst verteidigt, für sich selbst und auf seine Weise."* Grundlage dieser unabhängigen Militärpolitik konnte nur die atomare Bewaffnung sein, deren Entwicklung rasch vorangetrieben wurde; am 13. Februar 1960 wurde die erste französische Atombombe in der Sahara gezündet, die Lieferung amerikanischer Nuklearwaffen, die eine Unterordnung unter die US-Politik bedeutet hätte, wurde von den französischen Imperialisten kategorisch abgelehnt. Zu diesen Angeboten der USA äußerte de Gaulle im Ministerrat: *„Sie sind nur ein Schirm, hinter dem sich die Absicht verbirgt, die Hand auf die französische Atomwaffe zu legen und zu verhindern, daß unser Land eine unabhängige Force de Frappe erhält."*

Tatsächlich bedeutet der Austritt der französischen Imperialisten aus der militärischen NATO-Integration und die Entwicklung einer eigenen Atomstreitmacht ein Zurückweisen des US-Monopols in allen entscheidenden Fragen der Militärpolitik und verschaffte ihnen gegenüber den US- wie auch den übrigen NATO-Imperialisten einen relativen Handlungsspielraum für eine eigenständige Politik. Das wird besonders in den völlig entgegengesetzten Militärdoktrinen deutlich. Während die NATO etwa 1966 die von den US-Imperialisten entwickelte Strategie der „flexiblen Antwort", d.h. der abgestuften militärischen Eskalation vom Einsatz konventioneller Streitkräfte bis hin zur völligen Vernichtung des Gegners durch die strategischen Atomwaffen übernahm, verfolgt die französische Strategie weiterhin die Doktrin der „massiven Vergeltung", also des sofortigen Einsatzes der Atomwaffen im Falle eines auch konventionellen Angriffs.

also des sofortigen Einsatzes der Atomwaffen im Falle eines auch konventionellen Angriffs.

Diese drei Voraussetzungen – eine eigene Atomstreitmacht, die Strategie der „massiven Vergeltung" und die Nichtmitgliedschaft in der militärischen Integration der NATO – erlaubt den französischen Imperialisten im Vergleich zu den anderen imperialistischen Staaten in dreierlei Hinsicht eine stärker auf Unabhängigkeit gerichtete Politik zu verfolgen:

Zum einen werden sie, wenn auch nur in einem beschränkten Maße unabhängiger vom atomaren „Schutz" des US-Imperialismus, der heute noch über das fast absolute Entscheidungsmonopol für den Einsatz der Atomwaffen verfügt; die übrigen NATO-Staaten sind daran nur über verschiedene NATO-Gremien (u.a.„Nukleare Planungsgruppe") „mitbeteiligt". Tatsächlich befürchten die französischen Imperialisten – und dies ist zumindest nicht auszuschließen – daß die USA im *„eigenen Überleben die wichtigste Aufgabe in einem eventuellem Konflikt sehen"* (de Gaulle) und nicht in jedem Fall eines Konfliktes mit der Sowjetunion auch tatsächlich ihre Atomwaffen zur „Verteidigung" Westeuropas einsetzen.

Die Strategie der „massiven Vergeltung" – das ist der zweite wichtige Punkt – sieht einen sehr frühzeitigen Einsatz der Atomwaffen vor. Dadurch sind die französischen Imperialisten in der Lage, gewissermaßen durch das Schaffen *„vollendeter Tatsachen" „die USA zur nuklearen Eskalation zu zwingen für den Fall, daß vitale europäische Interessen.. auf dem Spiel stehen"* (Wehrkunde, 9/75).

Zum dritten bedeutet der Austritt Frankreichs aus der Militärstruktur der NATO, die Unterstellung aller seiner Waffensysteme allein unter nationalen Oberbefehl usw., daß die französischen Imperialisten nicht gezwungen sind, jeden Krieg der NATO-Imperialisten mitzuführen. In seiner Rede vom 21. Februar, in der de Gaulle den NATO-Austritt Frankreichs öffentlich bekannt gab, äußerte er auch, daß die Gefahr bestehe, daß aus den weltweiten Aggressionskriegen des US-Imperialismus – damals Korea, Cuba, Vietnam – leicht, durch eine allgemeine Eskalation, ein Weltkrieg entstehen könne.

„In diesem Fall würde Europa, dessen Strategie in der NATO die Strategie Amerikas ist, automatisch in den Konflikt hineingezogen, selbst gegen seinen Willen. Das würde auch auf Frankreich zutreffen..." (alle de Gaulle Zitate aus: Weisenfeld, de Gaulle sieht Europa, Reden und Erklärungen; Hervorhebungen von uns). Zweifellos wird diese Gefahr durch die ständig steigende Aggressivität der NATO-Imperialisten und durch ihre Bestrebungen, den NATO-"Zuständigkeitsbereich" ständig weiter auszudehnen, immer aktueller. Die französischen Imperialisten wollen sich somit offenhalten, selbst entscheiden zu können, wann und wo sie militärisch eingreifen.

Auf den Punkt gebracht geht es also um folgendes: Der Besitz und die alleinige Verfügungsgewalt der französischen Imperialisten über die – wenn auch verhältnismäßig kleine – „Force de frappe" ermöglicht ihnen in vielen Fragen eine größere Beweglichkeit. Bis zu einem gewissen Grade sind die französischen Imperialisten in der Lage auch gegen den Willen der übrigen NATO-Imperialisten, insbesondere den USA, ihre Ziele „auf eigene Faust" zu verfolgen. Die „Force de frappe" und die Nichtmitgliedschaft in der NATO-Militärstruktur ist hierfür der „Faustpfand". Allerdings ist ihnen dies auch nur bis zu einem gewissen Grade möglich, da Frankreich auf der anderen Seite in jedem Fall noch



Atomraketen-Silo auf dem Plateau d'Albion

Atomraketen-Silo auf dem Plateau d'Albion

von der NATO und auch hier besonders von den US-Imperialisten abhängig ist (Frühwarnsystem, atomarer „Schutzschirm" der USA usw.).

„Frankreichs Position, begünstigt durch seine geostrategische Lage und die Tatsache eine Atommacht zu sein, eröffnet die Chance, abwarten zu können und trotzdem eine Schlüsselrolle im europäischen Konzept zu spielen. Es gehört zu den eigenwilligen Aspekten französicher Politik... das ‚Abgleiten in den Atlantismus' um jeden Preis verhindern zu wollen, aber gleichzeitig in der Verminderung amerikanischer Präsenz auf dem Kontinent eine Minderung ihrer Sicherheitslage zu sehen" (Steinhoff).

Die Frage einer „europäischen Atomstreitmacht"

Insbesondere die BRD hat immer wieder Versuche unternommen, mit Frankreich oder auch mit Großbritannien zusammen eine westeuropäische Atomstreitmacht zusammenzuschweißen, wobei die BRD vor allem aus ihrer wirtschaftlichen Stärkeposition heraus eine entsprechende Einflußnahme ausüben könnte. Alle diese Konzeptionen scheiterten an inner-imperialistischen Widersprüchen: Frankreich läßt sich in seine Streitmacht von niemandem hineinreden und auch die USA hätten eine Menge dagegen, weil ihnen damit natürlich eine wichtige Einflußnahme – langfristig gesehen – verloren ginge. Zum anderen aber fürchten die französischen Imperialisten – zurecht – um eine westdeutsche Einflußnahme: *„Man war in Frankreich immer daran interessiert, die Deutschen finanziell an der französischen Nuklearrüstung zu beteiligen. Immer aber, wenn es um die ... Verfügungsgewalt, den Einsatzbefehl ging, verstummte die französische Seite"* („Wehrkunde", 8/75).

Die USA haben ferner erklärt, daß eine europäische Atomstreitmacht mit eigener Verfügungsgewalt das Ende der Nato bedeuten würde, weil sich die USA den Atomwaffeneinsatz nicht aufzwingen lassen würden. (Zur Frage der „europäischen Atomstreitmacht" siehe auch ARBEITERKAMPF, Nr.41). ●

Antimilitarismus-Kommission
KB/Gruppe Hamburg

DIE AUSEINANDERSETZUNGEN UM DIE FRANZÖSISCHE „PLUTON"-RAKETE

Seit 1963 bestanden in Frankreich Pläne zur Schaffung einer taktischen Atomwaffe für das Heer. Damit wollte der französiche Imperialismus ebenfalls eine „flexiblere" Militärstrategie einschlagen. Bisher sind mit der atomar bestückten Pluton-Rakete die AMX-30-Panzer in der Stärke eines Regiments ausgerüstet. Bis zum Jahre 1977 sollen *„dem französischen Heer 120 Raketen zur Verfügung stehen"* („Wehrkunde" 9/75). Weitere 60 taktische Nuklearwaffen soll die Luftwaffe erhalten.

Die „Pluton" selbst hat eine Reichweite von 120 km und *„macht sie zu einem perfekten Werkzeug für A-Einsätze auf Armee- und Divisionsebene"* („Wehrkunde", ebenda). Die Rakete kann sich selbst zerstören, wenn die Zielabweichung 1500 m übertrifft. Die französichen Heeresstreitkräfte, die mit der „Pluton" ausgerüstet sind, sind schwerpunktmäßig im Elsaßgebiet bis Saarbrücken, ferner westlich von Luxemburg und weiter nördlich rund 150 km nordöstlich von Paris entfernt stationiert. Alle „Pluton"- Regimenter befinden sich auf französischem Territorium. torium.

DIFFERENZEN MIT DER BRD UM DEN EINSATZ DER „PLUTON"

Um den Einsatz der „Pluton" kam es zu Auseinandersetzungen mit der BRD. Der französische General Marty äußerte sich über den Einsatz: *„Das Pluton-System ist darauf angelegt, die Bewegungstruppe mit neuer Feuerkraft auszustatten, die es ihr ermöglicht, einem die Grenzen Frankreichs bedrohenden Gegner einen heftigen, massiven Schlag zu versetzen, der seinen Aufmarsch augenblicklich unterbricht ... Die Ausrüstung mit taktischen Waffen ermöglicht uns ... eine zweifach gestufte Abschreckung: taktische Waffen sind eine Zwischenstufe innerhalb unserer Abschreckungspolitik, ihre wesentliche Rolle besteht letzten Endes darin, die Glaubwürdigkeit unserer strategischen Kernwaffen zu verstärken"* (Aus: „Wehrkunde", ebenda). Der Militärexperte der „Frankfurter Allgemeinen", Weinstein, schrieb: *„Als schwächere Nuklearmacht ergreift Frankreich die Initiative ... und ist nicht bereit, zu kapitulieren ... Die Heeresdivisionen tragen selektive Atomangriffe vor. Der Feind kann*

Frankreich die Initiative ... und ist nicht bereit, zu kapitulieren ... Die Heeresdivisionen tragen selektive Atomangriffe vor. Der Feind kann

noch einmal überdenken, denn ... er muß erkennen, ... daß dessen Staatspräsident eher den physischen Untergang als die politische Niederlage wählt" (22.1.75). Die eigentliche Problematik ergibt sich logischerweise daraus, daß der Einsatz der „Pluton" mit einer Reichweite von 120 km westdeutsches Territorium treffen würde, wobei die BRD eine Art militärische Pufferzone darstellt. Frankreich bliebe es vorbehalten, diese Waffen also entweder gen Osten an die Grenzen der CSSR bzw. DDR vorzuverlegen – und damit praktisch Bestandteil der NATO wäre.

Dazu heißt es in der „Stuttgarter Zeitung" vom 8.7.75: *„Eine Verlagerung dieser Waffen an der Ostgrenze der BRD gilt für absehbare Zeit als ausgeschlossen, denn*
1. würde eine solche Maßnahme von den Ostblockstaaten als feindseliger Akt gedeutet ..., der Frankreichs gut funktionierende Ostpolitik aus dem Gleichgewicht bringen würde und
2. müßte sich Frankreich in einem solchen Fall bereit erklären, diese Waffen mindestens teilweise der Kontrolle Bonns oder der NATO *zu unterstellen. Damit würde (Frankreichs) ... Prinzip einer unabhängigen ... Nuklearmacht hinfällig".* Und der Reaktionär von Raven berichtete, daß *„Bonn weiß, daß Paris nicht bereit ist, seine Truppen in einen Raum vorzuschicken ... und nicht die Neigung hat, seine Kernwaffen ... als Keim einer europäischen Atommacht zu deklarieren"* („Welt", 24.4.75).

Diese französischen Stellungnahmen lösten natürlich einige „Besorgnis" beim BRD-Imperialismus aus. Verteidigungsminister Leber traf sich mit dem französichen Außenminister und erhielt die karge Antwort, daß *„Frankreichs militärische Zusammenarbeit mit dem atlantischen Bündnis da aufhört, wo sie einer Rückkehr in die atlantische Allianz gleichkäme"* („Wehrkunde", ebenda). Auch auf CDU-Dreggers Forderung nach einem westdeutschen Vetorecht beim Einsatz französischer „Pluton"-Raketen erfolgte „eisiges Schweigen".

Insgesamt ist einzuschätzen, daß die Pluton-Raketen im Kriegsfall auf westdeutsches Territorium vorrücken.

Über das „wie" und das „wo" ist Frankreich auch durchaus zu Absprachen bereit, nicht jedoch über das „ob" und „wann". Der französische Imperialismus hat weiterhin ein Interesse daran, seine Atomstreitmacht als politischen Trumpf in der Hand zu behalten.

Antimilitarismuskommission
KB/Gruppe Hamburg

naher osten

Trotz Terros der israelischen Besatzer die stärksten Kämpfe der palästinensischen Bevölkerung seit 1936

Seit etwa vier Monaten kämpft die palästinensische Bevölkerung in den von Israel besetzten Gebieten gegen die zionistische Kolonialisierung ihres Landes äußerst militant mit großen politischen Demonstrationen und Streiks bis hin zum Generalstreik.

Der Anlaß war ein israelisches Gesetz, das es den Juden erlaubte, in der Al-Aksa-Moschee zu beten. In kürzester Zeit wandelte sich die Empörung hierüber in eine Demonstration der völligen Ablehnung der israelischen Okkupationspolitik.

Schwerpunkte der Kämpfe waren
– der Generalstreik am „Tag des arabischen Landes" (30.3.) (siehe AK 78),
– die militanten Demonstrationen als Antwort auf den Marsch von 40.000 rechtsradikalen Zionisten im Westjordanland und
– Generalstreiks und Demonstrationen am 15.5., dem 28. Jahrestag der Staatsgründung Israels, und an den darauf folgenden Tagen.

Die israelischen Besatzer gingen mit äußerster Brutalität gegen diese Kämpfe vor:
– Schüsse in die demonstrierenden

mit äußerster Brutalität gegen diese Kämpfe vor:
– Schüsse in die demonstrierenden

Massen,
– Massenverhaftungen vor, während und nach Streiks und Demonstrationen, Verhöre und Folterungen,
– totale Ausgangssperren und Abriegelung ganzer Stadtviertel durch Eisengitter, wie z.B. die Altstadt von Nablus,
– laufende Verstärkung von Polizei- und Militäreinheiten in den besetzten Gebieten.

Die blutige Bilanz:
– In den Auseinandersetzungen um den 30.3. kamen in Galiläa (seit 1948 widerrechtlich von den Israelis besetzt) mindestens sechs Menschen ums Leben – neben zahlreichen Verwundeten; im Westjordanland und im Gazastreifen gab es 18 Tote und 109 Verwundete („Horizont", „Neue Hannoversche Presse", 31.3.76).
– In den darauffolgenden Kämpfen im Westjordanland wurden bis heute 10 Menschen, darunter viele Schüler und Jugendliche von israelischen Soldaten erschossen.

Zuletzt kam es nach dem Juni-Krieg 1967 zu großen Kämpfen der palästinensischen Bevölkerung in den gerade besetzten Gebieten, im Gaza-Streifen und im Westjordanland. (Wir berichteten im ARBEITERKAMPF 30 darüber). Zu den Kampfformen zählten außer Partisanen-Aktionen vor allem Massendemonstrationen, Streiks und passiver Widerstand. Die Besatzer gingen äußerst hart vor: Schießen in friedliche Demonstrationen, Auseinanderknüppeln, Verwüsten von Werkstätten und Läden, Massenverhaftungen, Kollektivstrafen gegen ganze Dörfer. Trotz schärfster Unterdrükkung lebte der Widerstand in den besetzten Gebieten und wurde zunehmend organisiert. Die relative äußere Ruhe der Bevölkerung – bewaffnete Aktionen der Widerstandsorganisationen, besonders der PFLP, gab es zu jeder Zeit –, nahmen die Zionisten vor der Weltöffentlichkeit gern als Beweis ihrer „klugen" Besazungspolitik, die erst den Arabern Wohlstand und Arbeit verschaffte. Tatsache hingegen ist, daß noch immer die Ausnahmegesetze aus der britischen Kolonialzeit – wenn auch etwas liberaler – gelten, daß Araber weder Freizügigkeit noch das Recht besitzen, Grund und Boden zu kaufen, daß sie sich nicht politisch organisieren dürfen, daß es eine hohe arabische Arbeitslosigkeit gibt und daß die Araber ein billiges, **schnell verfügbares Arbeitskräftepotentials bilden.**



Bewaffneter Kampf für ein demokratisches Palästina

Ein Ausdruck dafür, daß die palästinensische Bevölkerung für die

Ein Ausdruck dafür, daß die palästinensische Bevölkerung für die

Ziele des Widerstandes, für den bewaffneten Kampf um ein demokratisches Palästina ist, waren die Wahlen im Westjordanland, die Kommunisten und PLO haushoch gewannen. Besonders deutlich wird dies an der Breite und Militanz der Kämpfe der letzten Monate.

Anlaß der Kämpfe in Galiläa Ende März dieses Jahres war die Enteignung von 630 Hektar arabischen Landes gewesen – nach israelischer Darstellung nur felsiges Gebiet, die Enteignung also glatte Wohltat –, die zum Ziel hat, ein zu 80 % von Arabern bewohntes Gebiet zu „judaisieren".

Provokation der Zionisten

Etwa vierzehn Tage nach diesen Auseinandersetzungen startete die faschistische Organisation Gush-Emunim (Block der Gerechten) im Westjordanland eine Provokation: Sie rief zu einem zweitätigen Marsch durch das Westjordanland auf (Ostern), der ihrer Forderung nach einer konsequenteren zionistischen Besiedlungspolitik der besetzten Gebiete und der Eingliederung des „historisch-jüdischen Gebietes" verstärkten Ausdruck verleihen sollte. 40.000 Israelis schlossen sich dem Marsch, z. T. bewaffnet, an.

Daraufhin kam es in vielen Städten (Jericho, Ramallah, Nablus, Jerusalem u. a.) zu Protestaktionen, Streiks, Ladenschließungen und Demonstrationen.

Militär und Polizei gingen hart gegen die protestierende Bevölkerung vor. In Ramallah wurde dabei ein sechsjähriger Junge und ein Mann erschossen, in Nablus gab es bei den Protestaktionen ein paar Tage später drei Verletzte, von denen einer starb, Verletzte ebenfalls in Jericho und Jenin. („Neues Deutschland", 19. und 20. 4. 76).

Trotz Hausdurchsuchungen, Verhaftungen, Ausgangssperren, bewaffneter Patrouillen kam es immer wieder zu Auseinandersetzungen, die Demonstranten wehrten sich mit Steinen, es kam zu beträchtlichem Sachschaden an Militärfahrzeugen („Neue Hannoversche Presse", 21. 4. 76). In Nablus riegelten die Besatzer die dichtbesiedelte Altstadt, in der es immer wieder zu Protestdemonstrationen gekommen war, mit Eisentoren ab.

In den folgenden Tagen wurden ständig neue Truppen und Polizei

Fortsetzung auf Seite 32

Forts. von S. 31

in die okkupierten Gebiete geschickt. Auf der Maikundgebung in Nablus erschossen die Besatzer den 20jährigen Samir Sahan. Die Beisetzung wurde zu einer erneuten Protestdemonstration, den Sarg schmückte die Fahne der PLO („ND", 4. 5. 76).

Immer wieder eröffneten die israelischen Truppen das Feuer auf Demonstranten, so in Nablus, Jenin und auf einer Studentendemonstration in Ramallah , wieder drei Verwundete.



Beerdigung eines von den israelischen Besatzern erschossenen Palästinensers im Westjordanland

Generalstreik am 28. Jahrestag der Staatsgründung Israels

Für den 15. 5., den 28. Jahrestag der Staatsgründung Israels, bereiteten die Städte des Westjordanlandes erneut einen Generalstreik vor. Die Besatzungsbehörden begannen daraufhin, weiteres Militär in den Städten zu konzentrieren und scharfe „Sicherheitsvorkehrungen" zu treffen(Radio Kairo 11. 5. 76). Trotzdem kam es am 15. 5. in vielen Städten zu Protestaktionen, die meisten Schüler blieben der Schule fern, die Geschäftsleute versuchten zu streiken, wurden jedoch von Militär und Polizei gezwungen, die Läden zu öffnen („Süddeutsche Zeitung", 17. 5. 76).

Am nächsten Tag, sofort nach Aufhebung der Ausgangssperre in der Altstadt von Nablus, sammelten sich mehrere hundert Schüler, um gegen die Besatzungsmacht zu demonstrieren. Militär und Polizei gingen mit Tränengas, Schlagstöcken und Schußwaffen gegen die Schüler vor.Als eine Militärstreife eine Schülergruppe in ein Haus verfolgte, wurde die 17jährige Nina Hassan Nablousi erschossen. Begründung der israelischen Behörden: Es hat sich v e r s e h e n t l i c h ein Schuß gelöst!

Die israelischen Behörden verhängten sofort ein erneutes Ausgehverbot.

Ganz Nablus trat darauf in einen zweitägigen Streik. Die Geschäfte blieben geschlossen, ebenso die Schulen. Die Stadt war wie ausgestorben, an vielen Häusern waren Trauerflors angebracht. Die Beisetzung wurde zu einer Protestkundgebung, auf der palästinensische Fahnen geschwungen wurden. In Djenin und Tulkarem traten die Schüler in einen Proteststreik („Frankfurter Rundschau", „NHP", 18. 5. 76).



Terror der Zionisten: Israelische Besatzer prügeln palästinensische Jugendliche

Terror der Zionisten: Israelische Besatzer prügeln palästinensische Jugendliche

Jugend besonders aktiv

Auch in den folgenden Tagen beteiligten sich die Schüler, Studenten und Jugendlichen besonders aktiv an den Auseinandersetzungen. Unter

Jugend besonders aktiv

Auch in den folgenden Tagen beteiligten sich die Schüler, Studenten und Jugendlichen besonders aktiv an den Auseinandersetzungen. Unter
ihnen befinden sich die meisten Opfer des zionistischen Terrors.

- Am 17. 5. erschossen die Streitkräfte auf einer Demonstration bei Kalandia einen 16jährigen Schüler („FR", 18. 5. 76).
- Soldaten feuerten am 18. 5. von einem fahrenden Lastwagen in eine Gruppe Schüler, die mit Steinen warfen. Ein 20jähriger Schüler wurde dabei erschossen („Neue Züricher Zeitung", 19. 5. 76).
- Am gleichen Tag wurde bei Zusammenstößen in Jersalem ein 21jähriger Araber so schwer am Kopf verletzt, daß er an den Folgen starb („NZZ", 21. 5. 76).

Das zehnte Opfer israelischen Terrors seit Anfang Mai!

- An der Hebräischen Universität in Jerusalem kam es am 19. 5. zu Zusammenstößen zwischen arabischen und israelischen Studenten. Als die Araber gegen die israelische Besatzungspolitik protestierten, wurden sie von den Israelis angegriffen („NZZ", 21. 5. 76).
- Bis zum 20. 5. wurden allein in Jerusalem 92 Jugendliche wegenUnruhestiftung und Teilnahme an einer Demonstration verhaftet („NZZ", 22. 5. 76).
- Sofort nach Aufhebung der Ausgangssperre in Ramallah und Al Bihar (21. 5.) stürmten in Ramallah hundert Schüler auf die Straße und demonstrieten gegen die Besatzer („NZZ", 24. 5. 76).

Seit dem 21. 5. ist in den besetzten Gebieten eine relative Ruhe eingekehrt. Alle Städte sind von Militär und Polizei überfüllt. Aber diese Ruhe täuscht. Ein kleiner Anlaß genügt und es kommt zu breiten Protestmaßnahmen.

So kam es z. B. am 24. 5. im Slumviertel Hatikvah (Jerusalem) zu schweren Zusammenstößen zwischen Demonstranten, die von der gesamten Bevölkerung unterstützt wurden, und Militär und Polizei. Anlaß war der Abbruch eines ohne Genehmigung gebanten Hauses. Die Demonstranten warfen dabei zwei Handgranaten und Molotowcocktails. Auch die Polizei hatte zahlreiche Verletzte! („NZZ", 26. 5. 76).

Die Politik Israels

Mit der – offiziellen – Begründung, die Besiedlungspolitik der Regierung sei für Israel lebenswichtig und geschehe nicht etwa aus dem Wunsch nach Annexion von Territorien und nicht aus ideologischen und theologischen Erwägungen (!) (Außenminister Allon, nach „NHP", 2. 5. 76), hat die Sonderkommission der Regierung während der Kämpfe einen neuen Entwurf zur Besiedlung des Gebietes um Jericho und Nablus ausgearbeitet. Hier sollen rund 400.000 Israelis (!) angesiedelt werden („ND", 17. 4. 76).

Schon seit einiger Zeit legen rechtsradikale Zionisten in den besetzten Gebieten – neben den ausdrücklich von der Regierung erlaubten – sog. „illegale" Siedlungen an, die natürlich von der Regierung geduldet werden.

Gegen diese Siedlungen demonstrierten Anfang Mai mehrere Tausend in Tel Aviv, besonders gegen die von der Gusch-Emunim angelegte Siedlung Kaddum (Nähe Nablus).

Die Regierung erklärte zwar daraufhin, daß diese Siedlungen nicht in ständige Siedlungen umgewandelt werden dürften, erlaubte jedoch ausdrücklich die Besiedlung beider Seiten des Jordantales (Israelischer Rundfunk, 9.5.76).

Das „Neue Deutschland" (12. 5.) feierte diese „Verlautbarung" als Erfolg der Aktionen in den besetzten Gebieten, während Verteidigungsminister Peres eine Woche später („FR" vom 19. 5. 76) die Errichtung einer neuen zweiten Reihe von Siedlungen an den östlichen Hängen des Jordan-Gebirges forderte.

Daß Israel keineswegs von seinen Annexionsplänen abgerückt ist und weiterhin alle Protestaktionen der Palästinenser mit Gewalt zu ersticken suchen wird, wird daran deutlich, daß Rabin am 24.5. die Forderung von zwölf arabischen Gemeinderatsvorsitzenden rundweg abgelehnt hat, die Enteignung arabischen Bodens in Galiläa einzustellen („NHP", 25. 5. 76).

Neben der gewaltsamen Besiedlungspolitik versuchen sich die Zionisten, arabische Kollaborateure heranzuziehen. Dieser Politik dienten auch die Wahlen in den Westbanks, die allerdings zu einem totalen Mißerfolg für die Israelis wurden.

Gleich Anfang Mai äußerte Rabin, daß die gewählten Gemeinderäte keinerlei politisches Mandat besäßen und nur für kommunale Belange zuständig seien. Die israelische Militärregierung warnte gleichzeitig die arabischen Bürgermeister, sich zu treffen! Nach den Wahlen hatten die Bürgermeister von Nablus, Hebron, Ramallah, Tulkarm über gemeinsame Aktionen gegen die israelische Besatzungspolitik beraten (Monitor-Dienst, 6. 5. 76).

Die israelischen Militärbehörden werden jede Politik im Interesse der Araber unterbinden.

Weiter versucht Israel, aufgeschreckt durch die Vorgänge in Galiläa, eine Integrationspolitik der Araber in den alten Grenzen Israels zu betreiben.Das Kabinett beschloß am 23. 5., den 500.000 arabischen „Bürgern" mehr „Aufmerksamkeit" zu widmen. Es sollen drei Ausschüsse für die Probleme der Araber eingerichtet werden:

- ein Kabinettausschuß (!),
- ein Ausschuß auf Ministeralebene(!),
- ein arabisch-jüdischer Rat.

Weiter wurde folgendes gefordert:

- 1,000 Arbeitsplätze für arabische Abiturienten und Akademiker,
- jüdisch-arabische Geschäftsbeziehungen und gemeinsame Unternehmen,
- ziviler Ersatzdienst für Araber, die bisher vom Dienst in der Armee ausgeschlossen waren! („SZ", 25. 5. 76).

Abgesehen davon, daß diese Forderungen und Maßnahmen lachhaft sind, werdeh sie mit Sicherheit die Araber nicht von ihren gerechten Forderungen abbringen.

Zu den letzten Kämpfen ließ das Verteidigungsministerium verlauten, daß „die Unruhen s p o n t a n e Aktionen der Araber" seien „und n i c h t v o n a u ß e n gesteuert" würden. „*Wir waren nicht in der*

Zu den letzten Kämpfen ließ das Verteidigungsministerium verlauten, daß „die Unruhen s p o n t a n e Aktionen der Araber" seien „und n i c h t v o n a u ß e n gesteuert" würden. „*Wir waren nicht in der*
Lage, eine Organisation ausfindig zu machen, die diese Unruhen steuert." („NZZ", 22. 5. 76).

Nur gut, wenn sie keine Organisation ausmachen können, aber die Israelis wissen selbst sehr genau, daß hinter den Aufständen eine organisierte, jahrelange Arbeit der Widerstandsorganisationen steckt, auch wenn die Eskalierung der Gewalt durch die Israelis viele spontane Aktionen auslöste.

„*Wir denken, es ist schon zu spät für sie (die Israelis), denn unsere Massenbewegung wächst. Das ist etwas, was sie nicht aufhalten können. Und deshalb ist der Weg klar. Es gibt nur noch einen Weg. Die Fortsetzung und Entwicklung des bewaffneten Kampfes in dem Gebiet*", so ein Sprecher der PFLP.

(Das Interview ist abgedruckt in der Broschüre: „Libanon ein neuer Schritt der Revolution", S. 47).

Nahost-Kommission
KB/Gruppe Hamburg

Nichts Neues vom Schlächter von Amman

Im „Stern" Nr. 23)1976 erschien ein Interview mit König Hussein von Jordanien, in dem er erklärte, „*warum er nichts mehr von Amerikas Vermittlerrolle hält und sich jetzt in Moskau Waffen kaufen will, wie er zu den Palästinensern steht und was er von den Israelis fordert*". Hussein bemüht sich in diesem Interview, den Eindruck zu erwecken, als unterstütze das jordanische Regime die Sache der Palästinenser: „*Aber wenn ich von Palästinensern rede, dann meine ich das palästinensische Volk. Seit der Arabischen Gipfelkonferenz in Rabat ist die Palästinensische Befreiungs-Organisation (PLO) ohnehin der einzig legitime Vertreter der Palästinenser. Wir haben das unterstützt und treten für die Palästinenser und ihre Rechte ein.*"

Wie war es denn zur jordanischen „Unterstützung" in Rabat gekommen? Hat Hussein etwa seine Ziele geändert seit September 1970, als in Jordanien in schrecklichen Massakern Flüchtlingslager beschossen, die wehrlose palästinensische Bevölkerung abgeschlachtet, Verletzte in Krankenhäusern ermordet und große Teile der bewaffneten Widerstandsgruppen des palästinensischen Volkes vernichtet wurden? Hat der „Schlächter von Amman", wie Hussein seitdem bei arabischen Genossen heißt, sich so verändert?Bis 1973 dokumentierte Hussein seine palästinenserfeindliche Haltung auch öffentlich in der jordanischen Außenplitik. Da Jordanien sich an dem Oktoberkrieg gegen Israel nicht beteiligt hatte, konnte es auch nicht – wie Syrien oder Ägypten – in Verhandlungen mit Israel über die Rückgabe der 1967 besetzten Gebiete am Westufer des Jordan eintreten. Die einzige Möglichkeit, hier weiter mitzumischen, wäre die „Vertretung" der auf den Westbanks lebenden Palästinenser durch Hussein gewesen. Als auf dem 6. Arabischen Geipfeltreffen in Algier (26. – 28. Nov. 1973) darüber entschieden werden sollte, wer die Palästinenser unter israelischer Besatzermacht rechtmäßig zu vertreten habe (vor allem bei den Genfer Verhandlungen) blieb Hussein aus Protest gegen die offizielle Teilnahme von Arafat und der PLO dem Kongreß fern. Ohne ihn beschlossen alle teilnehmenden Staaten der Arabischen Liga, der PLO das Recht abzusprechen, alle Palästinenser zu vertreten. Dem geschlossenen Votum aller arbaischen Staaten gegen Jordanien - selbst der Reaktionär Faisal von Saudi-Arabien hatte für die PLO und gegen Hussein gestimmt – mußte sich auch Hussein beugen, da er wohl kaum hoffen konnte, seine aussichtslose Lage in absehbarer Zeit zu ändern. Unter diesem Druck kam es dann auf der 7. Arabischen Gipfelkonferenz in Rabat (26. – 29. Okt. 1974) zur vorübergehenden „Aussöhnung" zwischen Hussein und Arafat, d. h. auch Jordanien stimmte für die PLO als legitimem Vertreter der Palästinenser.

In dem „Stern"-Interview erklärt Hussein u. a. : „*Ob die Palästinenser diese oder jene Führung wählen, muß ihnen überlassen bleiben*", „*Wir stehen hinter den Palästinensern . . .*", „*Was dann (nach dem totalen Rückzug der Israelis aus den besetzten Gebieten) geschieht, ist Sache des Volkes. Egal, wie es über seine Zukunft entscheidet – ich werde das akzeptieren.*"

In al-Hadaf, dem Organ der PFLP, (Nr. 339, 21. Feb. 1976) wird eindeutig entlarvt, daß dieses und ähnliches Geschwätz über eine positive Änderung in der Haltung des jordanischen Regimes reine Lügen sind. Al-Hadaf weist nach, daß Jordanien nach wie vor mit verschiedensten Mitteln gegen den palästinensischen Befreiungskampf konspiriert, z. B. durch Koordinierung und Zusammenarbeit mit Israel. So haben die jordanischen Behörden gemeinsam mit den israelischen Behörden die geheimen Aktionszellen, die Organisations- und Nachschublinien und Kontakte verfolgt und aufgespürt. Die Verhaftung und Verfolgung palästinensischer Kämpfer wird ebenfalls fortgesetzt, wobei die meisten der in Jordanien inhaftierten Palästinenser diejenigen sind, die sich für den verstärkten Kampf gegen die israelische Okkupation in den besetzten Gebieten eingesetzt haben und der PFLP, al-Fatah und der Demokratischen Volksfront angehören. Nach al-Hadaf sind z. Z. 142 palästinensische Kämpfer – ohne Prozeß – inhaftiert. Sie werden in härtester Weise gefoltert und gequält: Elektroschocks, Ausreißen der Haare, der Kopf wird in Wasserfässer gesteckt bis an den Rand des Erstickens und andere Quälerein. Der Schlächter von Amman macht weiter – bis ihm die palästinensischen Genossen das Handwerk legen.

Nahost-Kommission
KB/Gruppe Hamburg

USA wollen Stützpunkte in Ägypten

Unter Bezugnahme auf die britische Nachrichtenagentur Reuter und andere westliche Quellen meldete „Radio Damaskus" am 29. Mai, daß die USA derzeit dabei sind, im von Israel besetzten Teil der Sinai-Halbinsel unter dem Deckmantel einer „Frühwarnstation" einen militärischen Stützpunkt zu errichten. Außerdem habe sich Ägypten – im Austausch gegen die „Hilfe" der imperialistischen Länder – bereit erklärt, der 6. US-Flotte mehrere Marine-Einrichtungen zur Verfügung zu stellen. Diese sollen auch den anderen NATO-Flotten offen stehen. Damit bestätigt sich erneut, daß sich Ägyptens Bourgeoisie nur deshalb aus der Abhängigkeit von der Sowjetunion befreit hat, um sich in die weitaus folgenschwerere und für alle Völker am Mittelmeer gefährlichere Abhängigkeit vom US- und EG-Imperialismus zu begeben.



lateinamerika aktuell

OAS-Konferenz in Santiago de Chile

Offene Unterstützung der USA für Faschisten in Lateinamerika

Mitte Mai machte der nordamerikanische Finanzminister Simon eine Lateinamerikareise und machte als *„erster amerikanischer Besucher im Ministerrang der chilenischen Militärdiktatur seine Aufwartung"* („NZZ", 11.5.76).

Zur Zeit findet in Santiago de Chile die Konferenz der OAS (Organisation amerikanischer Staaten) statt. Ebenfalls in Santiago de Chile wird in diesem Jahr die Konferenz der lateinamerikanischen Armeen abgehalten. Außenminister Kissinger hat nach dem faschistischen Putsch der argentinischen Militärs einen Besuch in Argentinien angekündigt und auf seiner Reise zur OAS-Konferenz nach Chile Bolivien und die Dominikanische Republik besucht. Alle diese Maßnahmen laufen immer deutlicher auf das Ziel des US-Imperialismus hinaus: Offene Stabilisierung und Aufwertung der faschistischen Regime in Südamerika, dabei insbesondere Chiles, wobei man sich kaum noch Mühe gibt, die massive Unterstützung zu verschleiern.

US-Finanzminister in Chile

Als Außenminister Kissinger im Februar dieses Jahres sechs lateinamerikanische Länder besuchte, sparte er das Chile Pinochets noch aus, die Marschroute wurde trotzdem deutlich: Stärkung der Faschisten in Brasilien als „Juniorpartner" der USA, Einschüchterung und Drohungen, gemischt mit ein paar Versprechungen für Länder wie Venezuela oder Peru, um auch diese letzten noch nicht offen faschistisch regierten Länder völlig auf den Kurs der Imperialisten zu bringen.

regierten Länder völlig auf den Kurs der Imperialisten zu bringen.

Diesen Kurs setzte der US-Finanzminister jetzt bei seiner Reise noch konsequenter fort. Die ungeheure Aufwertung der chilenischen Junta durch diesen Besuch fand ein einhelliges Echo in der bürgerlichen Presse. *„Mit dem Besuch des amerikanischen Finanzministers in Santiago ist der chilenischen Regierung ein erster wichtiger Durchbruch aus ihrer politischen und wirtschaftlichen Isolation gelungen"* („NZZ", 11.5.).

Finanzminister Simon seinerseits lobte die Wirtschaftspolitik der Junta, *„die chilenischen Anstrengungen, das Zahlungsbilanzdefizit zu drosseln und die Inflation einzudämmen"* und sagte der Regierung Unterstützung zu bei ihrem *„Streben nach wirtschaftlicher Gesundung"* („NZZ", 11.5.). Konkret versprach Simon eine Erhöhung der öffentlichen und privaten Finanzhilfe (in den letzten zwei Jahren bereits zwei Milliarden Dollar) und verschiedene Investitionsprogramme („Monitor-Dienst", 13.5.). *„Das Hauptinteresse der USA ist dabei auf eine Übernahme der Kontrolle über Uran, Lihtium und Kupfer gerichtet – strategische Ressourcen für die Rüstungsindustrie der USA, die Chile in beträchtlichem Maße besitzt".* Schon im März hatten leitende Manager von US-Konzernen Einzelheiten über ihre Beteiligung bei der Ausbeutung der Uranvorräte, beim Bau eines Atomreaktors und bei verschiedenen Kupferminen geklärt („Monitor-Dienst", 13.5.).

Mit Rücksicht auf die internationale Öffentlichkeit und vor allem auf die Juntagegner in den USA – schließlich hatte der nordamerikanische Kongreß vor einigen Monaten jegliche Wirtschafts- und Militärhilfe an die chilenische Junta verweigert – leistete sich Simon noch einige besonders zynische Sprüche: *„Ich hoffe, daß es mir gelingen wird, eine große Zahl von Chilenen frei zu bekommen"* („Monitor-Dienst", 11.5.), und er legte in Chile in seinen Reden besonderen Wert auf den Zusammenhang zwischen „wirtschaftlicher und politischer Freiheit".

Der Erfolg war ihm sicher: Zwar stritt die Junta jeglichen Zusammenhang zum Besuch Simons ab, ließ aber während der Zeit 50 mehr oder weniger prominente Häftlinge aus dem Gefängnis frei. Dazu die stockreaktionäre „Neue Zürcher Zeitung" (vom 11.5.): *„Die noch weiter festgehaltene große Zahl von politischen Häftlingen ... wird es der chilenischen Regierung bei geschickter Dosierung* (!) *erlauben, noch weitere diplomatische und wirtschaftliche ‚Erfolge' zu erwirken".*

Simon fuhr dann weiter zu den Faschisten nach Brasilien und nach Mexiko zur Jahresversammlung der Interamerikanischen Entwicklungsbank (siehe dazu Kasten).

OAS-Konferenz in Santiago de Chile

Im gleichen Zusammenhang wie der Simon-Besuch in Chile steht die OAS-Konferenz zur Zeit in Santiago.

Die OAS (Organisation amerikanischer Staaten) wurde 1948 als interamerikanisches Sicherheitssystem, „zur Gewährleistung der Unverletzlichkeit der westlichen Hemisphäre" gegründet, Mitglieder sind alle lateinamerikanischen Staaten und die USA. Die OAS war von Anfang an ein Instrument der Imperialisten zur Absicherung ihrer Unterdrückungspolitik in Lateinamerika, sie unterstützte die US-Interventionen in Guatemala 1954 und in der Dominikanischen Republik 1965 und beschloß die totale Wirtschaftsblockade gegen das revolutionäre Kuba.

Der diesjährige Tagungsort der OAS-Konferenz in Chile, der eine weitere Aufwertung für die faschistische Junta bedeutet (neben allen anderen Außenministern wird diesmal auch Kissinger erwartet), kam nicht etwa durch ein rotierendes

mal auch Kissinger erwartet), kam nicht etwa durch ein rotierendes

System zustande, sondern wurde auf der Konferenz im vorigen Jahr beschlossen. Einzige Gegenstimmen gegen Santiago als Konferenzort kamen damals von Mexiko und Jamaica, was ein bezeichnendes Licht auf angeblich demokratische Regime wie Venezuela oder Kolumbien wirft.

Auf der Tagesordnung stehen Themen wie das US-Außenhandelsgesetz (das die Imperialisten nach den berechtigten Ölpreiserhöhungen der OPEC-Länder erlassen hatten und die lateinamerikanischen Länder in ihren Handelsbeziehungen zu den USA weiter diskriminiert und benachteiligt), die Behandlung der Menschenrechte in Chile oder die Frage der Panamakanalzone.

Gleich in seiner Eröffnungsrede ging Pinochet – von ausgewählten chilenischen Gästen mit jubelndem (!) Beifall bedacht – auf die Frage der Menschenrechte in Chile ein. Das Problem der Menschenrechte dürfte nicht *„oberflächlich"* behandelt werden, es könne nur dann umfassend gelöst werden, *„wenn man sich gleichzeitig auch darüber Gedanken mache, wie man die Individualrechte vor der Aggression der totalitären Ideologie – gemeint ist der Marxismus –, vor dem Chaos und dem subversiven Terrorismus schützen könne"* („NZZ", 9.6.).

Im weiteren kündigte Pinochet die Freilassung weiterer 60 politischer Häftlinge und die Verabschiedung eines neuen Gesetzes zu den Menschenrechten an, das zu den *„fortschrittlichsten und umfassendsten"* gehören wird, die es je gab!! („NZZ", 9.6.).

Wie „fortschrittlich" diese Gesetze ausfallen werden, läßt sich schon an den Vorbereitungen ablesen, die in Santiago für die OAS-Konferenz getroffen wurden. Vorbeugend (!) wurden zahlreiche Verhaftungen vorgenommen, es handelt sich dabei angeblich um *„asoziale Individuen"* und keine Festnahme aus politischen Gründen. Dabei hieß es in einer Petition, die von chilenischen Linken an die Konferenz gerichtet wurde, daß allein im Mai 3.000 politische Verhaftungen durchgeführt wurden („FR", 9.6.). Außerdem wimmelt ganz Santiago von zivilen Sicherheitsbeamten. *„Man hat den Eindruck, daß ihre Allgegenwart nicht nur den Schutz der Konferenz-Gäste zum Ziel hat, sondern daß andere Aufgaben, die man sich leicht vorstellen kann, vielleicht noch wichtiger sind"* („NZZ", 9.6.).

Die weitere Debatte fand auf Grundlage des Berichts der Menschenrechtskommission der OAS statt, die die Unterdrückung in Chile zwar nicht in vollem Umfang, aber doch in Ansätzen schildert. Sogar US-Außenminister Kissinger machte mit Rücksicht auf den Wahlkampf in den USA ein paar Sprüche zu den Menschenrechten: *„Eine Regierung, die die Rechte ihrer Bürger mit Füßen tritt, hat ihren Daseinszweck verwirkt"* („NZZ", 10.6.). Diese ganze Debatte hat aber insgesamt nur den einen Zweck, die totale Anerkennung der chilenischen Junta und ihre Unterstützung durch die lateinamerikanischen Staaten durch ein bißchen „Empörung" zu bemänteln. So hat Pinochet die Forderung von Jamaica und Venezuela nach Amnestie für alle politischen Gefangenen bereits offen und entschieden abgelehnt, ohne daß irgendwelche Proteste erfolgt wären.

„Was als Ergebnis der Diskussionen herauskommen wird, läßt sich leicht ausrechnen. Die Minister werden sich zunächst für die Wahrung der Menschenrechte einsetzen und sich dann gegenseitig das Prinzip der Nichteinmischung bestätigen. Damit ist sichergestellt, daß alles so bleiben kann, wie es ist." („FAZ", 4.6.).

Kräfteverhältnis zugunsten der USA

Wenn auch in den letzten Jahren die Widersprüche in der OAS (d.h. zwischen einigen lateinamerikani-

zwischen einigen lateinamerikani-

schen Ländern und den USA) an Fragen wie dem Panamakanal oder der Aufhebung der Kubablockade schärfer wurden, so war doch die Vorherrschaft der USA nie angetastet. Durch die Niederlage der Arbeiterbewegung und die Errichtung des Faschismus in Argentinien konnten sich die Imperialisten noch günstigere Bedingungen für ihre totale Vorherrschaft schaffen.

„Den Amerikanern dürfte viel daran gelegen sein, die lateinamerikanische Völkerfamilie, wenn auch nur optisch, wieder etwas näher zusammenzuführen. Nach der letzten politischen Entwicklung, vor allem nach dem Regierungswechsel in Argentinien und der Kursänderung der peruanischen Revolution (gemeint ist das schärfere Vorgehen gegen die Arbeiterbewegung und die verstärkte Ausrichtung am Imperialismus), *scheinen die Voraussetzungen dazu nicht ungünstig"* („NZZ", 11.5.).

So haben sich auch schon zwei wesentliche Vertreter der „amerikanischen Völkerfamilie", Pinochet aus Chile und Bordaberry aus Uruguay, zusammengetan und die OAS-Konferenz vorbereitet. In einer gemeinsamen Deklaration vom April versichern die beiden Faschisten, daß sie sich *„dem Kommunismus und extreministischen Aktivitäten in Lateinamerika"* entgegenstellen und dies in die OAS einbringen wollen („Monitor-Dienst", 26.4.).

Der einzige Protest gegen diese OAS-Konferenz in Chile kam aus Mexico; der mexikanische Außenminister sagte – vermutlich mit Rücksicht auf die in seinem Lande anstehenden Wahlen – seine Teilnahme ab. *„Nur Mexico legt noch eine gegenüber Santiago renitente Haltung an den Tag"* („NZZ", 11.5.).

Die Tatsache, daß allein Mexiko sich einigermaßen konsequent gegen die ungeheure Aufwertung und den

sich einigermaßen konsequent gegen die ungeheure Aufwertung und den

Prestigegewinn für die chilenische Junta widersetzt, verdeutlicht das tatsächliche Kräfteverhältnis in Amerika; denn auch Mexiko ist selbst nur ein schwacher Vertreter unabhängiger Politik – erst vor einigen Wochen mußte die mexikanische Regierung ihre Zustimmung zur Zionismus-Rassismus-Deklaration der UNO nach massivem Druck der USA zurückziehen, die Auslandsverschuldung Mexikos beträgt über vier Mrd. Dollar und liegt mit an der Spitze Lateinamerikas usw.

„Der rauhe Wind, der mit der Liquidierung von Allendes Volksfrontexperiment hinter den Anden zu wehen begann, hat unterdessen sowohl die peronistischen Chaotiker in Argentinien wie den bauernschlauen Taktiker Velasco in Lima von der politischen Bühne gefegt. Der seither eingetretene Klimawechsel hat eine unübersehbare Disziplinierung des Kontinents bewirkt."

Lateinamerika ist für die Imperialisten immer noch – und gerade nach den Niederlagen in Indochina – von wesentlicher Bedeutung als Rohstofflieferant, Absatzmarkt für profitträchtige Investitionen und nicht zuletzt als politischer Hinterhof. Durch die Einrichtung der faschistischen Militärdiktaturen in Südamerika und die blutige Unterdrückung der Völker konnten die US-Imperialisten ihren Einfluß und ihre Verankerung zunächst verstärken. Um diese Bedingungen zu erhalten, betreiben sie jetzt die völlig offene und kaum noch demagogisch verschleierte Unterstützung der blutigsten Regimes Südamerikas. („NZZ", 9.6.).

Lateinamerika-Kommission

Lateinamerika-Kommission

Inzwischen 20.000 politische Gefangene in Argentinien

Lateinamerikanische Flüchtlinge weiter besonders bedroht

Nach einem Bericht von „amnesty international" von Mitte Mai ist die Zahl der politischen Gefangenen in Argentinien inzwischen auf 20.000 angewachsen. Davon besteht ein großer Teil aus Flüchtlingen aus anderen faschistischen lateinamerikanischen Ländern. Insgesamt lebten in Argentinien 60.000 lateinamerikanische Flüchtlinge, davon allein 30.000 Chilenen. Noch einmal zur Erinnerung: Gleich nach dem Putsch hatte die argentinische Junta verfügt, daß alle Ausländer verhaftet werden, die in ihrem Heimatland einmal verurteilt oder inhaftiert waren und das den argentinischen Behörden verschwiegen haben. Ausgewiesen werden soll weiterhin, wer in Aktionen verwickelt ist oder war, die den „sozialen Frieden, die nationale Sicherheit oder die öffentliche Ordnung in Argentinien stören" (oder wenn die Sicherheitskräfte das behaupten).

Alle lateinamerikanischen Flüchtlinge in Argentinien mußten sich außerdem bis zum 15. April registrieren lassen, was für die Betroffenen eine große Gefahr darstellt, weil es die Arbeit „ihrer" Geheimdienste oder der faschistischen Banden, mit denen die argentinischen Sicherheitskräfte erwiesenermaßen eng zusammenarbeiten, stark „vereinfacht".

Am 10. April wurde Edgardo Enriquez, Mitbegründer und Leitungsmitglied des chilenischen MIR, in Buenos Aires verhaftet. Zur selben Zeit oder bereits vorher wurden 15 chilenische und brasilianische Genossinnen und Genossen verhaftet. Über ihr Schicksal ist in den meisten Fällen bis heute noch nichts bekannt. („Chile-Nachrichten" Nr. 37).

Wie „reibungslos" die Zusammenarbeit der argentinischen Behörden mit den anderen lateinamerikanischen Geheimdiensten und den Todeskommandos klappt und wie intensiv die Hetze auf die ausländischen Flüchtlinge in Argentinien betrieben wird, zeigen die Morde der letzten Zeit:

Am 5. und 16. 4. wurden drei Uruguayer in Argentinien verhaftet; sie waren dann eine Zeitlang verschwunden und wurden im Mai ermordet und grausam mißhandelt an der Küste aufgefunden. Insgesamt sind auf diese Weise in den letzten Tagen 11 Leichen gefunden worden. Nachdem die bürgerliche Presse zunächst über „normale" kriminelle Taten, Meuterei auf Schiffkuttern vor der argentinischen Küste oder sogar Drogenorgien mutmaßte, wird inzwischen zugegeben, daß es sich nur um politische Morde handeln kann („Frankfurter Allgemeine Zeitung" – „FAZ", 29.5.76).

Deutsche Botschaft unterstützt Folter

Im Zusammenhang mit der Verhaftung und Ausweisung des Schweizer Journalisten Luc Banderet (vgl. AK 80) ist bekannt geworden, daß der argentinische Sicherheitsbeamte in der westdeutschen Botschaft gleichzeitig zum Folterstab im Hauptquartier der Bundespolizei gehört („Chile-Nachrichten" Nr. 37).

Über das Schicksal der beiden westdeutschen Studenten, Klaus Zieschank und Peter Falk, die im März in Argentinien verhaftet wurden, liegen immer noch keine Nachrichten vor. Schon am Abend des Verhaftungstages, am 26.3., leugnete die zuständige Polizeistation gegenüber der Mutter von Klaus Zieschank, die in Argentinien lebt, etwas von der Verhaftung zu wissen. Nachdem ganze 27 Bundestagsabgeordnete der SPD-Fraktion Informationen über das Schicksal der beiden Studenten von der argentinischen Botschaft in Bonn gefordert hatten (siehe AK 81), erhob jetzt „amnesty international" Vorwürfe gegen das Auswärtige Amt und Außenminister Genscher, weil sie sich in keiner Weise um die Freilassung der beiden Westdeutschen bemüht haben („FR", 8.6.76).

Lateinamerika-Kommission

Chile

Wolf von Amerongen bei Pinochet

Der Chef des „Deutschen Industrie- und Handelstages", Amerongen, ist mit einigen Kapitalisten nach Chile gereist, wo er selbstverständlich von Pinochet empfangen wurde. Amerongen verheimlichte nicht, daß er sich bei Faschisten wohl fühlt. Er verglich Chile mit Nachkriegsdeutschlan (!) und äußerte seine Überzeugung, daß Chile denselben richtigen Weg einschlagen werde, wie damals die BRD. („Süddeutsche Zeitung" 31.5.76)



asien aktuell

Widerstand von Slum-Bewohnern gegen Indira Gandhis „Familienplanung"

Neben der vollständigen Beseitigung der demokratischen Rechte und der damit verbundenen gewaltsamen Unterdrückung und Ausbeutung wird die „Familienplanung" immer mehr zu einem Mittel der Gewalt gegen das indische Volk. Zwangssterilisation und Zwangskastration gehören mittlerweile ebenso wie der Hunger zum indischen Alltag. Durch regelrechte „Kopfgeldprämien" wird die Polizei dazu bewogen, „Freiwillige" zu diesem Eingriff zu „bewegen"!

Vor diesem Hintergrund fand am 13. April dieses Jahres in der Altstadt Delhis eine großangelegte Polizeiaktion statt (siehe AK 79, S. 23). Vor dieser Aktion war von den Behörden angekündigt worden, sie würden die Altstadt zum Zwecke der Sanierung räumen lassen: Die historische Stadtmauer sollte freigelegt werden. Den betroffenen Bewohnern waren Unterkünfte außerhalb Delhis versprochen worden. Bereits ein paar Tage vorher war die Polizei schon einmal nachts erschienen und hatte fünfzehn junge Männer aus ihren Betten heraus festgenommen. Sie waren zur Zwangssterilisation gebracht worden. Auch diesmal wurden die Bewohner zwangsweise auf Lastwagen verladen und abtransportiert. Sie ließ man allerdings außerhalb Delhis wieder laufen – auf freiem Feld. Die Zurückgebliebenen erfuhren von deren Schicksal jedoch nichts, so daß das Gerücht entstand, auch diesmal seien die Betroffenen zur Zwangssterilisation gebracht worden.

Als am 19. April erneut vier junge Männer provokatorisch am hellen Tage festgenommen und zur Zwangssterilisation gebracht wurden, begann ein Aufruhr. Hindu- und Muslimfrauen stürmten die Polizeiwache und befreiten einige der Festgenommenen! Am nächsten Morgen erschien die Polizei wieder. Die Bewohner der Altstadt erhielten eine Stunde Zeit, ihre Habseligkeiten zusammenzupacken. Dann wurde von Bulldozern damit begonnen, das Viertel niederzuwalzen. Jedoch die Bewohner wehrten sich. Es gelang ihnen, die Stadtpolizei mit selbstgebastelten Säurebomben und ähnlichen Mitteln aus dem Stadtteil zu drängen. Auch die zur Verstärkung eingreifende Regionalpolizei konnte das Blatt nicht wenden. Erst der mit modernen Waffen ausgerüsteten Grenzpolizei gelang es, den Aufruhr niederzuschlagen. Unter den Bewohnern der Altstadt soll es 500 Tote gegeben haben sowie 2500 Verletzte. Unter den Trümmern der niedergewalzten Häuser werden noch weitere Menschen vermißt. Im gesamten Viertel zwischen Hauza-Qazi, Kamla-Markt und Jama-Moschee wurde eine totale Ausgangssperre verhängt. Und der Polizeiterror wütete weiter. Zwei Männer wurden von der Polizei totgeschlagen, als sie zu fliehen versuchten. Frauen wurden vergewaltigt. Und über all dies steht in der indischen Presse kein Wort: Pressezensur. Unterdessen wurde das gesamte Viertel einplaniert, die gefundenen Leichen auf Lastwagen geworfen und im elektrischen Krematorium verbrannt. Das Viertel wurde zu einer einzigen Schutthalde, die auch nachts hell erleuchtet ist. Die Lastwagen fuhren in Minutenabständen den Schutt weg. Das Gelände wurde zum Sperrgebiet für Ausländer erklärt. Ein westdeutscher Tourist, der dies Drama am Rande fotographieren wollte, wurde von der Polizei festgenommen, und ihm wurde der Film abgenommen. Am 30. April gab der indische Rundfunk die Verhaftung von 29 Personen bekannt, weil diese „Gerüchte" verbreitet haben sollen.

Die zwangsweise umgesiedelten Bewohner der Altstadt Delhis leben unterdessen notdürftig vor der Stadt in Khichripur. Sie werden von ihren ehemaligen Nachbarn in Delhi mit fertig zubereitetem Essen versorgt.

In dieses Bild einer Diktatur paßt auch ein von der internationalen Liga für Menschenrechte jetzt veröffentlichter Bericht, wonach die Folterung politischer Gefangener in Indien zur „offiziellen Politik" unter dem Ausnahmezustand gemacht worden ist!

Indien-Kommission
KB / Gruppe Hamburg

Australische Gewerkschafter solidarisch mit dem ost-timoresischen Volk!

Ein australisches gewerkschaftliches Friedens- und Solidaritätskomitee hat dazu aufgerufen, die Blockade, die die indonesischen Faschisten mit Hilfe eines dichten Gürtels von Kriegsschiffen um Ost-Timor gelegt haben, zu brechen. In einem Flugblatt australischer Gewerkschafter heißt es, *„die australische Gewerkschaftsbewegung plant die Hilfs-Blockade gegen Ost-Timor durch Chartern eines eigenen Schiffes zu brechen, das mit Lebensmitteln und medizinischen Versorgungsgütern gefüllt und wird direkt nach Ost-Timor fährt."* Die Kollegen weisen darauf hin, daß sie die Sache selbst in die Hände nehmen müssen, da niemand anders sich um das Volk von Ost-Timor kümmert, auch die australische Regierung nicht. Im Gegenteil. *„Die australische Regierung hilft der indonesischen Aggression durch ihren schwachen und uneffektiven Protest. Die Fraser-Regierung war gegenüber den Massakern* (durch die indonesischen Faschisten – Anm. AK) *auf einem Auge blind und zerstört die letzte Radio-Verbindung mit Fretilin."* ... *„Das indonesische Volk braucht die Versorgungsgüter, sie brauchen dringend Lebensmittel; und sie brauchen eine Schiffsladung moralischer Unterstützung vom australischen Volk."*

Die Kollegen schließen mit dem Aufruf, überall Sammlungen zu organisieren: *„You can help break the blockade" („Ihr könnt die Blockade durchbrechen helfen").*

Aufgrund der drohenden Gefahr, daß Indonesien das Schiff angreifen könnte, sind die fortschrittlichen Menschen überall aufgerufen, diese Aktion genau zu verfolgen und bekanntzumachen.



Australische Werftarbeiter und Seeleute boykottieren indonesische Schiffe. Auf dem Foto stehen ein Student und ein Seemann Streikposten.

Vietnam

Die Einheit wird hergestellt



Große Freude in der Bevölkerung – Nord- und Südvietnam vereint!

Das genaue Ergebnis der Wahlen zur Nationalversammlung Vietnams ist inzwischen bekannt. Gewählt wurden 492 Abgeordnete, davon 80 Arbeiter, 100 Bauern, 6 Gewerbetreibende, 54 Mitglieder der Armee, 141 politische Kader, 98 Intellektuelle oder demokratische Persönlichkeiten und 13 Mitglieder religiöser Gemeinschaften, (nach „SZ", 22./23. Mai 76).

Hauptstadt wird endgültig Hanoi werden, und Vietnam wird in Zukunft als ein Staat auftreten. So wird Vietnam auf der Konferenz blockfreier Staaten im August mit einer Delegation anwesend sein.

Die erste gemeinsame Nationalversammlung Vietnams (die aus den Wahlen hervorging) wird erstmals Ende Juni in Hanoi zusammentreten. *„Mit dem Zusammentreten des neuen Parlaments soll der organisatorische Prozeß der Wiedervereinigung und Herstellung der Einheit Vietnams auf Staatlicher Ebene enden."* („SZ", 10.6. 76).

Die ersten Aufgaben der Nationalversammlung werden in der Wahl der Regierung und der Ausarbeitung einer gemeinsamen Verfassung liegen. Bereits vor kruzem wurden im Zuge der Wiedervereinigung die Gewerkschaftsorganisationen Nord- und Südvietnams miteinander verschmolzen und ein gemeinsamer allgemeiner Gewerkschaftsbund geschaffen.

Nach den Wahlen soll in ganz Vietnam verstärkt an die Kollektivierung der Landwirtschaft gegangen werden. So sollen „kleine Reisanbaufelder zu großen Kollektivformen" zusammengefaßt werden.

Gleichfalls ist für Südvietnam ein neues Arbeitsbeschaffungsprogramm für zwei Millionen Menschen angekündigt (nach „SZ", 22./23.5. 76).

Im Zuge dieses Arbeitsbeschaffungsprogramms wurde in Süd-Vietnam bekanntgegeben, daß in den nächsten Monaten insgesamt ca. 10 Mio. Stadtbewohner aufs Land umgesiedelt werden. Diese Umsiedlungsaktion wird u.U. von der UNO mit 432 Mio. Dollar unterstützt.

Indochina -Kommission
KB/Gruppe Hamburg

Japanisches Oberhaus stimmt Atomwaffensperrvertrag zu

Nachdem die japanische Regierung vor sechs Jahren den Atomwaffensperrvertrag unterzeichnet hatte, erfolgte schließlich am 28.4.76 die Ratifizierung durch das Unterhaus und am 24.5.76 die Zustimmung durch das Oberhaus. Danach verpflichtet sich Japan, weder atomare Waffen zu produzieren noch zu importieren. Ferner unterwirft Japan die friedliche Nutzung der Kernenergie einer Kontrolle durch die Internationale Atomenergiebehörde (IAEA).

Dem Atomwaffensperrvertrag stimmten die regierende Liberal-Demokratische Partei (LDP), die Sozialistische Partei (JSP) und die Komeito (rechts von der JSP) zu. Eine rechte Fraktion der LDP hatte noch bis zur Abstimmung im Oberhaus erklärt, *„sie befürchten, daß Japan seine ‚freie Hand' (‚free hand') in der Atompolitik aufgeben müsse, wenn es den Atomwaffensperrvertrag unterzeichne ..."* („The Japan Times Weekly", 29.5.76), stimmte dann aber doch für den Atomwaffensperrvertrag. Einzig die „Kommunistische Partei Japans" (KPJ) lehnte den Atomwaffensperrvertrag ab. Allerdings nicht mit der Begründung, daß auch der Atomwaffensperrvertrag eine atomare Aufrüstung nicht verhindere, vielmehr sagen sie, *„der Atomwaffensperrvertrag eignet sich dazu, das ‚nukleare Monopol' der Atommächte gutzuheißen"* („The Japan Times Weekly", 29.5.76). Ihr Protest richtet sich gegen *„die Monopolisierung von Atomwaffen durch die Großmächte"* („The Japan Times Weekly", 5.6.76). Anders ausgedrückt: Die KPJ ist nicht prinzipiell gegen eine atomare Bewaffnung imperialistischer Länder (wie Japan), sondern nur gegen das Atomwaffenmonopol der beiden Großmächte, USA und Sowjetunion. Schon in der Frage der „Verfassungsmäßigkeit der Selbstverteidigungsstreitkräfte" (eine Freiwilligen-Armee) anerkannte die KPJ *„durchaus ein Recht auf Selbstverteidigung* (der japanischen Imperialisten! – Anm. AK)" an, so ihr Unterhausabgeordneter Matsumoto Zenmei (nach „Chuo Koron", Dez. 1973) ...

Amerikanische Atomwaffen auf japanischem Boden?

Zwar versicherte Premier Miki in der entscheidenden Debatte im Oberhaus, daß keine Atomwaffen nach Japan eingeführt werden, tatsächlich aber basiert das japanische „Verteidigungssystem" auf dem amerikanisch-japanischen Sicherheitsvertrag und damit auf dem „Atom-Schirm" der USA. *„In anderen Worten, Japans Sicherheitspolitik basiert auf seiner Anerkennung der Präsenz von amerikanischen Atomwaffen in Asien"* („The Japan Times Weekly", 29.5.76).

Insgesamt ist die Frage der Lagerung amerikanischer Atomwaffen z. B. auf ihren Stützpunkten in Japan (1973 gab es immerhin 160 (!) solcher Stützpunkte) durch den Atomwaffensperrvertrag nicht berührt. So hat z. B. ein hoher US-Offizier vor der Öffentlichkeit nicht ausschließen können, daß atomar bewaffnete US-Kriegsschiffe japanische Häfen anlaufen.

Die Lagerung von amerikanischen Atomwaffen in Japan ist nach den Ereignissen in Hiroshima und Nagasaki und nach den zum Teil sehr militanten Protesten gegen die wirtschaftliche und militärische Nutzung von Kernenergie eine ungeheure Provokation für die japanischen Werktätigen! Eine Gefahr droht aber nicht nur aus den atomaren Konsequenzen des amerikanisch-japanischen Sicherheitsvertrages, sondern auch aus einer expansiven sogenannten friedlichen Nutzung der Kernenergie und besseren Möglichkeiten der Uranbeschaffung, die durch den Atomwaffensperrvertrag ermöglicht werden.

Japan-Kommission
KB / Gruppe Hamburg

Indien

Die Diktatur richtet sich ein

Die regierende Kongreß-Partei hat im indischen Parlament eine Verfassungsänderung beschlossen, wonach gerichtliche Einsprüche gegen die Pressezensur der Regierung verboten sind. Diese Verfassungsänderung tritt rückwirkend in Kraft. Danach ist der Regierung bei der Anwendung der von ihr selbst geschaffenen Zensurgesetzgebung uneingeschränkte Vollmacht erteilt worden! Ein bereits seit dem Beginn des Ausnahmezustandes bestehender Zustand ist damit legalisiert worden! Allerdings kann nach der gegenwärtigen Rechtslage diese Verfassungsänderung noch gerichtlich auf ihre Rechtmäßigkeit überprüft werden ...

Doch auch diese Möglichkeit soll es künftig nicht mehr geben. Der Parteivorstand der Kongreß-Partei bereitet deshalb gegenwärtig eine Verfassungsänderung vor, nach der in Zukunft die juristische Anfechtung von Verfassungsänderungen unmöglich sein soll. Ebenfalls sollen der gerichtlichen Überprüfung bestimmte Entscheidungen des Parlaments und der Regierung entzogen werden. Für die Arbeit der Regierung sowie des gesamten öffentlichen Dienstes sollen dann nicht mehr die ordentlichen Gerichte zuständig sein, sondern von der Regierung selbst einberufene Sondertribunale!

Mit der geplanten Verfassungsänderung wird weiter beabsichtigt, die Vollmachten der Präsidentin Indira Gandhi und weiterer Präsidenten bei der Ausrufung des Ausnahmezustandes zu erweitern. Auch dies soll dann nicht mehr durch Gerichte nachprüfbar sein.

Indien-Kommission
KB / Gruppe Hamburg



afrika aktuell



Ein Jahr Mosambik

Der Aufbau einer neuen Gesellschaft

Die VR Mosambik besteht nun ein Jahr. Innerhalb dieser Zeit war es keineswegs so, daß der Aufbau des Landes und die Revolution aller gesellschaftlichen Bereiche ohne Schwierigkeiten vorangingen.
Erinnert sei hier nur an die versuchte „Revolte" einiger Reaktionäre und Kleinbürger gegen die FRELIMO Ende letzten Jahres.
Erinnert sei ebenso an die Ablösung etlicher FRELIMO-Kader, die versucht hatten, nach der Unabhängigkeit eine Politik in Unterordnung unter ihre individuellen Interessen zu betreiben.
Zu den Problemen und zum Voranschreiten der Revolution in Mosambik wollen wir hier ein – wenn auch stark gekürztes – Interview mit dem Genossen Samora Machel wiedergeben (aus „Afrique-Asie" Nr. 109/ 17.5.76). Aus den Aussagen geht eindeutig hervor, mit welcher Radikalität und Kompromißlosigkeit die FRELIMO und das Volk von Mosambik gegen Imperialismus und Reaktion kämpft.
Wir werden im nächsten AK ausführlich zum ersten Jahrestag der VR Mosambik berichten.

(Die Übersetzung ist von Genossen des „AKAFRIK" gemacht und uns zugeschickt worden: Ein gutes – heute leider noch seltenes Beispiel für raschen Informationsaustausch um einer breiten Information willen. – Besten Dank.)

Afrika-Kommission

Frage: Obwohl Ihre Unabhängigkeit noch sehr jung ist und Sie noch nicht die Zeit hatten, die Realität Ihres Landes grundlegend umzugestalten, gewinnt man bereits heute den Eindruck, daß Ihre bisherigen Erfahrungen genauso beispielhaft sind, wie sie es zur Zeit des bewaffneten Kampfes waren.

Machel: *Ich glaube, man muß, bevor man dies beantworten kann, eine andere Frage stellen: Warum ist es zur Desintegration oder gar zum Verschwinden einer gewissen Anzahl von Befreiungsbewegungen gekommen? Warum haben sich nationalistische Bewegungen im Augenblick der Machtübernahme aufgelöst? ... Was uns angeht, liegt eine erste Feststellung nahe: Seit ihrer Gründung bis zum heutigen Tage ist die FRELIMO als eine gefestigte und homogene Bewegung aufgetreten. ... Wir haben der Ideologie Priorität eingeräumt. D.h., wir haben von Anfang an gewußt, daß unser Kampf ein Klassenkampf war. Von diesem Moment an war uns die Tatsache bewußt, daß es in unserem Lande antagonistische gesellschaftliche Klassen gab. Ohne dieses Bewußtsein hätten wir die ideologische Frage unseres Kampfes nicht vertiefen können, hätten wir nicht die Fähigkeit gehabt, unsere eigenen Reihen zu säubern und unseren Feind zu definieren.*

Frage: Nicht jeder wird damit einverstanden sein, der Ideologie die Priorität einzuräumen. Einige sind sogar so weit gegangen zu sagen, daß vor allem in der Anfangsphase eines Befreiungskampfes die „ideologische Frage" die Kräfte teilen könnte, anstatt sie zu einigen.

Machel: *Unsere Erfahrung zeigt das Gegenteil. Es ist sicher richtig, daß es eine Anfangsphase gibt, die der nationalen Einheit, in deren Verlauf es vor allem darauf ankommt, eine erste Plattform zu bilden, die der Sammlung einer Gesamtheit von Kräften dient. Aber in dem Moment, wo diese Kräfte um die Plattform herum mobilisiert sind, ist es unerläßlich, ihre Einheit auf der ideologischen Ebene zu bestimmen; man muß ihnen eine klare, gemeinsame Perspektive geben. Es ist uns gelungen, die ideologische Einheit herzustellen. ... Wir haben ein gemeinsames Denken geschmiedet. Deshalb wird die Art und Weise dieses oder jenes Problem zu analysieren, die gleiche sein, wenn eines unserer Mitglieder eine Erklärung in New York, der andere in Moskau und ein Dritter in Bonn abgeben.*

Frage: Ein Gesichtspunkt Ihrer Erfahrung, der immer Ihre Freunde und Feinde in Verblüffung versetzt hat, ist die Fähigkeit der FRELIMO, nicht in die Schlinge von Kämpfen um die Macht zu laufen. Es scheint, daß es Ihnen immer gelungen ist Machtkämpfe in politische Kämpfe zu verwandeln.

Machel: *Wir sind einer – auch harten – Diskussion unter uns nie aus dem Wege gegangen. So verstehen wir den Prozeß der Einheitsbildung als eine ständige Konfrontation. Und dies war richtig so. Denn alle diejenigen, die Positionen vertraten, die den Interessen unseres Kampfes widersprachen, wurden durch diesen Prozeß automatisch entfernt und zurückgestoßen. Auch diesmal ist unser Geheimnis einfach: Priorität für das Politische. Jeder Konflikt, der in unseren Reihen entsteht, wird sofort auf der politischen Ebene ausgetragen. Wir warten nicht ab, wir beginnen die Schlacht auf der politischen Ebene. ...*

Um unseren Feind zu besiegen, mußten wir im individuellen Bereich einen vorrangigen Kampf gegen unsere Fehler, gegen unsere Schwächen, wie z.B. subjektivistische oder individualistische Verhaltensweisen, führen. Wenn wir nicht auf allen Ebenen eine Trennungslinie zwischen uns und unseren Feinden hätten finden können, hätten wir sie niemals schlagen können. Kurz gesagt: Unser Verhalten muß unsere politische Linie widerspiegeln.

Frage: Wie definieren Sie Ihren Feind heute?

Machel: *Die heutige Situation ist nicht einfacher als die von gestern. Der Hauptgegner von gestern, der Kolonialismus, ließ sich durch seine Natur definieren. Man sah ihn. Er unterdrückte uns. Er erniedrigte uns. Er teilte uns. Er tötete uns. Man konnte sich gar nicht täuschen.*

Unsere heutigen Feinde dagegen sind teilweise sehr schwierig aufzuspüren und nach Außen sichtbar zu machen. Dies gilt z.B. für einen Feind, der in unserem Bewußtsein zu Hause ist, wie den Subjektivismus. ...

Man kann sich nicht damit begnügen, das Volk von der Höhe herab zu betrachten und sich zu sagen: „Aha, das Volk leidet und ich muß es befreien". Diese Einstellung haben wir immer bekämpft und wir bekämpfen sie gegenwärtig sogar noch entschiedener. ...

Doch der Kolonialismus ist nicht der gefährlichste Feind. Es gibt eine falsche Art und Weise, die Dinge zu betrachten, eine gewisse Geisteshaltung, die uns geblieben ist und die man um jeden Preis bekämpfen muß. Dies ist ein viel gefährlicherer Feind. Die Aufgabe ist sehr schwierig, wenn man wie wir den Kampf auf ideologischer Ebene führt.

Frage: An welche Art von Umwandlung denkt die FRELIMO, wenn sie davon spricht, die gegenwärtige Gesellschaft, die gesellschaftliche Ordnung, die ihr vom Kolonialismus vererbt wurde, vollständig zu zerstören?



Machel: *Nehmen wir das Beispiel der Ausbeutung der Frau, die von der traditionellen Gesellschaft akzeptiert und von den kapitalistischen Gesellschaften wissenschaftlich organisiert wurde. Die kapitalistischen Gesellschaften haben aus der Frau durch die Prostitution ein Handelsobjekt gemacht. Hiergegen haben wir den Kampf aufgenommen, doch sind wir vom erfolgreichen Abschluß noch weit entfernt. Wir haben viel unternommen, aber von der allgemeinen Beseitigung der Abhängigkeit der Frau kann man nicht sprechen. Die Frauen sind noch immer Opfer der Unterdrückung; die Unterordnung unter den Vater wechselt sich mit der Unterwerfung durch den Ehemann ab. Ungeachtet der Anstrengung der FRELIMO sind sich viele mosambikanische Frauen noch nicht über das Räderwerk der Ausbeutung bewußt geworden. Man muß im Gegenteil einen gewissen Fatalismus feststellen. ... Unsere Mobilisierungsarbeit zielt darauf ab, sämtliche dieser alten und neuen Barrieren niederzureißen, um allen durch unsere Ideologie die Mittel zu geben, ihre Energie zu befreien. Diese gesamte Energie und der geistige Elan sollen sich in eine materielle Kraft verwandeln, die in der Lage ist, alles zu verändern.*

Frage: Nach der Unabhängigkeit legen Sie noch immer den Akzent auf die Antagonismen der gesellschaftlichen Klassen, die im Land existieren. Welches sind diese Klassen?

Machel: *Es wäre ein Irrtum zu glauben, daß mit dem Hissen der Nationalflagge die Teilung einer Gesellschaft in Klassen verschwunden wäre. Wir sind uns im Gegenteil sehr bewußt über die Existenz von reaktionären gesellschaftlichen Gruppen, ... Seit die FRELIMO den mosambikanischen Staat führt, haben diese Klassen zwar die Macht verloren, das bedeutet aber nicht, daß sie ihren Kampf aufgegeben hätten. Wir können gegenwärtig beobachten, wie sich eine Allianz zwischen der ursprünglichen Klasse der Kolonialisten und der aufkommenden lokalen Bourgeoisie formiert. ...*

Wir beobachten in den Städten und vor allem hier in Maputo zahlreiche Elemente der Bevölkerung, die einen ausgeprägten Klassencharakter aufweisen, einer herrschenden Klasse, wohlgemerkt. Es ist ihnen gelungen, hunderte von armen Leuten auszuquartieren, um sich „ihre" Stadtviertel zu errichten. Sie haben bereits gemeinsame Angewohnheiten, Verhaltensmuster und Interessen, die sie verteidigen. Heute, da ihre Interessen gefährdet sind, haben sie sich mit den Siedlern verbündet, die selbst den politischen Kampf nicht mehr offen führen können. Es sind die Siedler, die der lokalen Bourgeoisie ideologische Nahrung zuführen, indem sie ihnen Slogans einflüstern. So mehren sich z.B. Stimmen, die sagen, daß man es zur Kolonialzeit besser gehabt habe, da dieses oder jenes Problem nicht existierte. Ich kann verstehen, daß man Privilegien aufrechterhalten will. Aber wie kann man die Freiheit mit der Unterdrückung vergleichen? Das ist doch die Höhe! Verlangt man wahrhaftig von unserem Volk, dem Kolonialismus nachzutrauern? Diese Nacht ohne Sterne soll besser sein als der Glanz der Sonne? Die Folter wäre der Freiheit vorzuziehen?

Es gibt Manöver der lokalen Bourgeoisie, die bereits fehlgeschlagen sind. So hatten gewisse Leute gedacht, daß die FRELIMO einige Zeit nach der Machtübernahme ein großes Bedürfnis nach qualifizierten Kadern haben würde und daß sie gezwungen sein würde, diese Kräfte unter oben genannten „Gebildeten" zu suchen. Auf diese Art und Weise beabsichtigten sie, den Staatsapparat zu ergreifen und unsere Pläne aufzuhalten oder fehlzulenken ... Aber dieses absolute Bedürfnis nach Technikern und Verwaltungskadern, über die die Bourgeoisie eher verfügt als die FRELIMO, haben wir nicht. Wir haben keine Angst davor, den Staatsapparat in einer ersten Phase weniger effizient sein zu lassen, wenn er so seine Inspiration durch das Volk und seinen populären Charakter beibehält. Das ist immer noch besser, als einen Staat zu haben, der zwar theoretisch effizient ist, der aber vollständig in den Händen der Kleinbourgeoisie liegt; denn dann wären wir völlig von unserem Klassenfeind abhängig. Wir werden alle Strukturen und Tendenzen zerstören, die dem kapitalistischen System eigen sind. Das Volk soll über alles bestimmen, denn der einzig wirkliche „Qualifizierte" bei uns ist das Volk, das für seine Befreiung gekämpft hat ...

Frage: Welchen Rang reservieren Sie der Religion in Ihrer Gesellschaft?

Machel: *Die Religion ist konservativ. Ihr grundlegender Charakterzug ist der der Konservierung, sei es der Gesellschaftsordnung, sei es ihrer selbst oder der Macht, die sie ausübt. Wenn eine religiöse Bewegung entscheidet, „sich von der Stelle zu bewegen", sich den Erfordernissen der Zeit anzupassen, dann geschieht dies zur besseren Konservierung, um der eigenen Zerstörung entgegenzuwirken. Deswegen haben wir bei uns auf Verfassungsebene eine sehr strikte Trennung zwischen dem Staat und den Religionen festgelegt. Unser Staat ist vollkommen weltlich.*

In Mosambik ist der Fall der katholischen Kirche, die enorme Privilegien besaß, bedeutsam. Sie war besonders gut organisiert und sehr eng mit der Kolonialideologie verbunden. In Mosambik stellte die katholische Kirche die Autorität schlechthin dar. Niemand kann das leugnen. Sie hat sich in einem derartigen Ausmaß mit dem Kolonialismus identifiziert, daß man Dokumente finden kann, in denen der Wunsch nach nationaler Unabhängigkeit als eine Sünde angesehen wird. Dies können wir nicht vergessen.

Frage: Man braucht heute nur kurz das unabhängige Mosambik zu bereisen, um die tiefen Unterschiede zu bemerken, die auf allen Ebenen zwischen den zur Zeit des Krieges befreiten Gebieten und dem Rest des Landes bestehen. Wie wollen Sie diesen Graben überwinden?

Machel: *Diese Unterschiede sind unbestreitbar. Es gibt den einen Teil des Landes, der sich während des Krieges befreit hat und den anderen Teil, der durch den Fall des portugiesischen Kolonialismus plötzlich befreit wurde. Dort, wo sich der Kampf so weit entwickelt hatte, daß sogar die Anwesenheit des Kolonialismus beseitigt wurde, beobachten wir ein sehr rasches Aufblühen der Gesellschaft. In diesen Gebieten ist die Initiative der Massen voll entfaltet, die Menschen verfügen über eine sehr scharfsinnige Sichtweise der Probleme und eine erstaunliche Fähigkeit sie zu lösen. Dies ist das Ergebnis des Befreiungskampfes.*

Das dringlichste Problem in den Gebieten, die von heute auf morgen befreit wurden, in denen der Feind bis zum Schluß physisch anwesend war, ist das Fehlen dieser Dekolonisierung des Geistes, d.h., der nicht vorhandenen Bejahung der nationalen Persönlichkeit. In diesen Gebieten, wo die Menschen diesen Zustand

Fortsetzung auf Seite 36

Fortsetzung von Seite 35

der Abhängigkeit nicht abschütteln konnten, empfindet die Bevölkerung ein Gefühl der Leere. ...

Wo es keine Krise gibt, ist in unseren alten befreiten Gebieten. Durch den Abzug der Kolonialarmee und das Ende des Krieges sind die Lebensbedingungen einer Bevölkerung stark verbessert worden, deren größte Sorge der Widerstand gegen den Feind war. Die Fortschritte waren hier nicht überraschend, denn es handelt sich um eine Bevölkerung, die seit Jahren ein organisiertes Leben führte, die politisch sehr bewußt war und ein enormes Vertrauen in die Fähigkeit des Menschen besaß, seine Probleme zu lösen. ...

Um auf die Gebiete zurückzukommen, die bis zum Schluß durch den Feind besetzt waren: Hier besteht unser Hauptproblem darin, zu erklären – und dies wohlgemerkt auch zu beweisen –, daß das durch den Kolonialismus eingesetzte System vollständig aufgegeben werden muß. Wir müssen auf jeden Fall verhindern, daß der Versuch unternommen wird, den Mechanismus des Kolonialismus auf ökonomischer, aber auch gesellschaftlicher und kultureller Ebene ohne Kolonialisten wieder herzustellen. ...

Die Gesellschaft, die wir in den befreiten Gebieten aufgebaut haben, und die unser einziges und alleiniges „Modell" bleibt, ist unser wissenschaftliches Laboratorium, in dem der neue Mensch lebt. Diese Arbeit muß man vorrangig fortsetzen, muß die Entwicklung dieser Gesellschaft fördern, die Vergangenheit und die Gegenwart dieser Erfahrung studieren, um sich damit die Zukunft vorstellen zu können. Das ist eine langfristige Arbeit. ...

Die befreiten Gebiete bleiben überdies, wie bereits gesagt, die Schule, wo wir die neuen Mosambikaner ausbilden, erneuern und festigen wollen. Ich spreche hier vor allem von den Führern – sogar den Ministern – die auch weiterhin wie zur Zeit des Krieges – ohne Ausnahme einen Teil ihrer Zeit in den Provinzen verbringen. Dort in unserem „Laboratorium" lernt man unsere Arbeitsmethoden: die gemeinschaftliche Diskussion, Kritik und Selbstkritik, kurz alle die Regeln des gemeinschaftlichen Lebens. Dort lernt man, die Welt mit den Augen der Volksmassen zu betrachten.

Frage: Ist die FRELIMO bereits eine Partei oder wird sie es? Wie wird dies geschehen?

Machel: *Verständigen wir uns zuerst über die Charakteristika und Funktionen einer Front. Die FRELIMO befindet sich noch in der Phase einer demokratischen Volksrevolution. Es ist typisch für eine solche Phase, ja sogar notwendig, eine sehr breite Front zu bilden, die sich in der Tendenz immer mehr erweitert. Auf diesem Gebiet haben wir viel von der Erfahrung unserer vietnamesischen Brüder gelernt, die beispielhaft ist: Sie haben eine Front gebildet, und diese erweitert, sind dabei aber sehr dynamisch geblieben und haben es vermocht, sich eine flexible Struktur zu geben. Auch wir lassen uns durch die Flexibilität unserer Strukturen, durch unsere Dynamik, unsere Handlungsfähigkeit kennzeichnen. Auf diese Weise hat sich unsere Front gebildet und entwickelt.*

Die Kader, die die neue Phase des Aufbaus des Sozialismus anführen können, waren in der Lage, mit der Macht der Arbeiter und Bauern zu verschmelzen, haben es verstanden, von innen heraus am Prozeß der Entwicklung dieser Macht und ihrer Fähigkeit, das Leben zu verändern und die Probleme zu lösen teilzuhaben. Diese Kader haben ein Klassenbewußtsein, sie haben ihren Kampf immer als einen Klassenkampf angesehen.

Die Avantgarde unserer Front wird bereits von Kadern gebildet, die von einem stark ausgeprägten Klassenbewußtsein geleitet werden. Die Front, die breit sein muß, damit der Feind vernichtet werden kann, die aber niemals eine Allianz zwischen antagonistischen Kräften oder eine Verbindung von Elementen ohne Bindung ist, muß in jeder Phase ihre Aufgaben festlegen und sich ihnen anpassen.

Was ist heute unsere Hauptaufgabe, nachdem der Kolonialismus vertrieben ist? Es handelt sich nicht einfach um den nationalen Wiederaufbau. Nein, es handelt sich darum, die Grundsteine für eine Gesellschaft zu legen, in der es keine Ausbeutung des Menschen durch den Menschen mehr geben wird, in der alle Mitglieder das Recht und die Pflicht haben werden, ihren persönlichen Beitrag zu leisten. Die gegenwärtige Schlacht für die Schaffung von **„aldeias communais"** *(gemeinschaftlichen Dörfern – Anm. des Übers.), die Kommunen, ist schon ein Ausdruck für die höchste Form unserer Strategie.*

Die einzige Kraft, die in der Lage ist, diese Aufgabe gut zu erfüllen, ist die Macht des Volkes und ihre Avantgarde. Vor allem die Menschen, die Kader, die Führer müssen durch das Volk „gefiltert" werden. Und wenn sich dann im Laufe dieser Schlacht, die eine Klassenschlacht ist, der Avantgarde in neuen Kampfen geschmiedete Kämpfer anschließen, hat sich die Front bereits in eine Partei verwandelt. Man braucht dies gar nicht offiziell anzukündigen. Die Partei wird eine Realität sein. ...

Frage: Das unabhängige Mosambik hat viele Schwierigkeiten gehabt, weil es in den Volksstreitkräften eine Tendenz gibt, das Militär vom Rest der Gesellschaft loszulösen, eine gewissen Anzahl von Privilegien festzusetzen.

Machel: *Wir müssen nur die Methoden weiter anwenden, die wir während des Kampfes angewendet haben, als der Feind erbittert gegen die befreiten Gebiete kämpfte. Damals mußten die Volksstreitkräfte mit den Volksmassen zusammen eine feste Mauer bilden.*

Man mußte sich verteidigen, seine Positionen konsolidieren, vorrücken. Aber die Symbiose zwischen den Volksstreitkräften und dem Volk war total. ...

Wenn wir sagen, daß die Armee produzieren muß, um den Kampf zu unterstützen, ist unsere Sorge hierbei nicht, die Soldaten zu „beschäftigen", eine Aktivität zu erfinden, die sie daran hindert, in den Kasernen eingeschlossen zu sein. Wir denken dabei an etwas viel Grundlegenderes. Wir arbeiten, aber die Arbeit formt uns. Wir sind das Produkt der Arbeit. Eine Armee, deren Mitglieder nicht in den Produktionsprozeß eingegliedert sind, wird sich unweigerlich von den Massen loslösen, ... sie wird einen Fremdkörper gegenüber der Gesamtheit der Gesellschaft darstellen, sie wird nicht mehr mit den Sorgen der Leute leben, sondern nur noch mit ihren eigenen. Sie wird konservativ, sogar reaktionär.

Frage: Man spricht viel über das von der FRELIMO eingeführte Umerziehungssystem, das mit den in der Juristerei bestehenden Traditionen bricht, sei es bei politischen Delikten oder im Bereich des allgemeinen Strafrechts. Was sind die Grundlagen dieses Systems?

Machel: *Wir haben nichts erfunden. Unsere Erfahrungen haben uns eine Reihe von Dingen gelehrt. Zunächst, daß es keinen Sinn hat, eine administrative oder polizeiliche Lösung für Probleme zu suchen, deren Ursachen eher politisch, gesellschaftlich oder kulturell sind. Wir haben auch verstanden, daß in einer ungerechten Gesellschaft jeder Mensch vom Weg abkommt, der eine mehr, der andere weniger. ...*

Kein Mensch wird allerdings jemals reagieren, wird jemals seine Fehler entdecken, wenn man ihn in seinen vier Wänden einschließt. ... Aus der Tatsache, daß wir selbst die Übel produzieren, die uns zerstören, glauben wir verschiedene Kategorien von Kriminellen oder besser in die Irre geführten ableiten zu können. Zunächst gibt es Menschen, die die Gesetze brechen, weil sie Alkohol oder Drogen einnehmen. Andere begehen Verbrechen aus politischem Ehrgeiz.

brechen, weil sie Alkohol oder Drogen einnehmen. Andere begehen Verbrechen aus politischem Ehrgeiz.

Wieder andere aus ökonomischem Ehrgeiz: Diese letzte Kategorie ist mit Abstand die Gefährlichste, weil es sich um Leute handelt, die bereit sind, ihr Vaterland zu verleugnen, sich mit allen Feinden zu verbünden, die Wirtschaft zu sabotieren und die Errungenschaften des Volkes zu zerstören. Unsere Erfahrung hat uns gelehrt, daß der politische Ehrgeiz und der ökonomische oft ein Bündnis anstreben, um ihre Ziele besser erreichen zu können. Um auf die zurückzukommen, die kriminell werden aufgrund ihrer persönlichen Schwächen: Hier erscheint es uns selbstverständlich, daß die Ursachen für ihre Schwächen in der grundlegenden Immoralität der kapitalistischen Gesellschaft zu suchen sind. Man muß dies alles auf den Mangel an Respekt für das menschliche Wesen zurückführen. Damit ist aber auch offensichtlich, daß man diese Fehler nicht mit den Gesetzen oder durch einfache Repression beseitigen kann. Man muß vielmehr die Strukturen der Gesellschaft bekämpfen und sie von Grund auf verändern, sie zerschlagen. Unsere Idee der Umerziehung beschränkt sich also nicht darauf, „Lager" zu errichten, in die man die Menschen zur Wiederherstellung ihrer Kontakte mit der Erde schickt. Unser Begriff von Umerziehung zielt vielmehr darauf ab, die gesamte Persönlichkeit und die Fähigkeit des Menschen als entwickeltes Lebewesen des Weltalls wiederherzustellen. Es handelt sich darum, um den Menschen herum eine Umgebung zu schaffen, in der man ehrlich an sein Gewissen appellieren kann.

Wir glauben nicht an Züchtigunggen. Selbst zur Zeit des Krieges haben wir angesichts von schweren Fehlern und angesichts von Leuten, die zum Feind übergelaufen sind, versucht, zu verstehen, wie dies passiert ist und wie man es zukünftig hätte vermeiden können.

Frage: Die Erreichung der Unabhängigkeit Mosambiks unter Führung der FRELIMO hat ausgereicht, um das bestehende Kräfteverhältnis im Südlichen Afrika zu verändern. ... Man hat oft von der Bereitschaft Mosambiks gesprochen, neue Regionaleinheiten zu bilden.
Wie sehen Sie das Problem?

Machel: *Zuallererst muß man anerkennen, daß die wirtschaftliche und soziale Entwicklung eines Landes, wie der unseren, selbst wenn ihre Grundlage die Landwirtschaft ist, sich auch über die Entwicklung der Industrie vollziehen muß. Das erfordert allerdings einen Zusammenhang, der in unserem Land, das rückständig ist und nur zehn Millionen Einwohner zählt, nicht vorhanden ist. Des-*

der in unserem Land, das rückständig ist und nur zehn Millionen Einwohner zählt, nicht vorhanden ist. Des-

halb ist es notwendig, über die nationalen Grenzen hinaus zu schauen.

Zweitens muß man sich darüber klar werden, daß ein Land wie das unsere sich seine Verbündeten mit Vorliebe unter denjenigen suchen muß, die wie wir schwach sind und dieselben Probleme kennen. In dem bestehenden Weltsystem, das durch die kapitalistischen Länder beherrscht wird, können wir kaum die Absicht haben, mit den Reichen in Konkurrenz treten zu wollen. ... Eine regionale Entwicklung kann nur funktionieren, wenn die beteiligten Länder als gemeinsame Perspektive die Verteidigung der Interessen der Volksmassen haben. Alle Länder, die diese Perspektive haben, können mit uns kooperieren, ganz gleich ob sie benachbar oder weit entfernt liegen. Bei den anderen Ländern werden wir uns auf Handelsbeziehungen von Staat zu Staat beschränken.

Frage: Es gibt aber auch die Beziehungen mit den industrialisierten Ländern, die man eingehen muß, um gewisse Bereiche der Wirtschaft zu entwickeln. ...

Machel: *Was diese Frage angeht, ist unser Grundsatz: In unserem Land machen wir die Projekte und die Programme. Von diesem Grundsatz aus können wir Kontakt mit anderen Ländern aufnehmen, deren Projekte und Programme mit den unserigen zusammenfallen. Wir werden dann sehen, in welchem Maße wir zusammenarbeiten können. Was wir aber kategorisch zurückweisen ist ein Partner – und sei es der wertvollste – der zu uns kommt, nicht um seine Ansprüche unseren anzugleichen, sondern um an unserer Stelle eigene Projekte und eigene Programme durchzuführen. Mit diesem Prinzip tritt die Volksrepublik Mosambik in die Weltwirtschaftsszene ein.*

Frage: Beabsichtigen Sie, eine afrikanische anti-imperialistische Front zu bilden, um den Indischen Ozean vor diesen Manövern zu schützen?

Machel: *Wir meinen, daß jedes fortschrittliche Regime in der Region bereits einen Schutz für die revolutionären Errungenschaften der Nachbarländer darstellt. Auch wenn es sich hierbei nicht um ein revolutionäres Regime handelt, stellt es bereits einen Sieg für uns alle dar, wenn dort die Kräfte der Konterrevolution zum Schweigen gebracht sind. Das engt den Interventionsbereicht für den Imperialismus ein. ... Die Amerikaner, Briten und Franzosen sind über Diego Garcia, die Komoren (das*

Briten und Franzosen sind über Diego Garcia, die Komoren (das

Land, dem die erste internationale Stellungnahme des unabhängigen Mosambik gewidmet war) und die Seychellen in ständiger Konsultation, um ihre Präsenz angesichts des Anwachsens des Anti-Imperialismus zu verstärken.

Um die Vervielfachung ihrer eigenen Basen in der Region besser verschleiern zu können, setzen sie sogar erfundene „Skandale" in die Welt, wie im Fall der angeblichen sowjetischen Base in Somalia.

Es gibt keinen Zweifel, daß wir keine mögliche Gelegenheit auslassen werden, um zu erreichen, daß die afrikanischen Länder eine gemeinsame und kämpferische anti-imperialistische Haltung beziehen. ●



Demonstrationszug der mosambikanischen Frauenorganisation



Demonstration zur Proklamation der Volksrepublik



Samora Machel und Militante der FRELIMO

Kenia macht sich zum Sprachrohr der Hetzkampagne gegen die VR Mosambik

Pünktlich zum ersten Jahrestag der Unabhängigkeit Mosambiks tischten die Imperialisten eine neue Gruselstory über den angeblichen „Zustand des Aufruhrs" in der Volksrepublik auf. Präsident Samora Machel könne sich der Opposition nur noch dadurch erwehren, daß er sich eine Leibgarde aus Tansania holte, 1.500 (!) Mann an der Zahl.

Zum Sprachrohr dieser Gruselpropaganda machte sich diesmal Kenia durch die „Nation-Zeitungsgruppe" in Nairobi. Höhepunkt der Kampagne, die eindeutig auf die Diskreditierung der revolutionären Politik Samora Machels, besonders auch gegenüber den Befreiungsbewegungen im südlichen Afrika, abzielt, war das von der westlichen Presse begierig verbreitete Märchen von der schweren Verletzung des mosambikanischen Innenministers Armando Guebuza durch Stichwunden, die ihm die Leibwache Machels im Verlauf eines Handgemenges nach einem Streit im ZK der FRELIMO (!!) zugefügt haben soll. Es ist sicherlich interessant, wie „weitreichend" diese journalistischen Schmierfinken den Arm der FRELIMO einschätzen – Guebuza befand sich nämlich zur fraglichen Zeit gerade auf der Heimreise von einer Mission in Übersee! (nach der tansanischen „Daily News").

Noch interessanter sind aber die Quellen, aus denen Kenia bei dieser Hetzkampagne schöpft: Urheber dieser Lügen sind die südafrikanischen Faschisten, die sie zuvor über Radio Johannesburg, die südafrikanische Presse und Radio Salisbury (Rhodesien) verbreiten ließen. (Alle Informationen nach „Monitordienst", 21. und 28.5.76).

In derart sauberer Gesellschaft läßt Kenia einmal mehr deutlich werden, daß die in der OAU verkörperte „Einheit" mit der VR-Mosambik weitaus weniger wiegt, als die klassenmäßige Identität mit den Statthaltern des Imperialismus im Süden Afrikas. Das reaktionäre Regime Kenyattas gehört ganz sicher zu den Feinden der afrikanischen Völker und ihrer fortschrittlichen und revolutionären Organisationen! ●

Afrika-Kommission

Der Maghreb rührt sich – Streiks in Tunesien und Marokko

Der 1. Mai war in Tunesien und Marokko Ausgangspunkt für die Arbeiterklasse, jetzt verstärkt ihre Forderungen an die Öffentlichkeit zu tragen.

In Tunesien machten die Transportarbeiter der Nationalen Transport-Gesellschaft (SNT) mit einem wilden Streik den Anfang. Es folgten Streiks der Nationalen Gesellschaft für städtischen- und Eisenbahn- Transport (SNCFT), bei der Post, bei der staatlichen Tabakgesellschaft und in einigen großen Betrieben. Gefordert wurden höhere Löhne und demokratische Statuten in den Betrieben. Die Justizbeamten von Tunis streikten für die Gründung einer eigenen Gewerkschaft. Unter den Lehrern und Studenten dauert die Streikwelle noch immer an. In Algier haben 10 tunesische Oppositionelle einen Hungerstreik durchgeführt, um gegen die repressiven Praktiken der Regierung gegenüber den Streiks zu protestieren.

Die Unruhen unter den Arbeitern und Studenten haben die herrschende Neo-Destour-Partei und ihren treuen „Partner", die Gewerkschaftsführung der UGTT, in Schwierigkeiten gebracht. Die Regierung ist sich nicht einig, ob sie ihre Gewalt verschärfen oder es mit „Überzeugung" versuchen soll.

Auf der einen Seite wird von der UGTT-Führung eine Spaltung unter den Arbeitern und zwischen Arbeitern und Studenten betrieben.

Die UGTT hat die wilden Streiks verurteilt und damit gedroht, Mitglieder auszuschließen, die ohne Zustimmung der Führung streiken. Den streikenden Busfahrern wurde vorgeworfen, die Verhandlungen der Gewerkschaft mit der Verwaltung zu stören. Die UGTT-Führung rief dazu auf, sich nicht mit den Streikenden zu solidarisieren.

Dem UGTT-Führer Achour ist es mit dieser Politik gelungen, die Streiks in SNCFT und SNT zu beenden. Er machte die Studenten für alle Zusammenstöße verantwortlich und verbreitete, daß die Streiks das Werk „studentischer Rädelsführer" seien.

Neue Maßnahmen wurden getroffen, um die Studentenbewegung zu unterdrücken: So soll streikenden Studenten das Stipendium gestrichen werden. Bislang wurden die Stipendien „nur" je nach Streikdauer gekürzt.

Außerdem sollen ausgeschlossene Studenten keine Möglichkeit mehr erhalten, an die Universität zurückzukehren.

Auf der anderen Seite berichtet die Zeitschrift „Jeune Afrique", die Regierung sei „gemäßigter" gegen die Oppositionellen vorgegangen. Die BOP (Spezialpolizeitruppen) sollen nicht so brutal beim Auseinandertreiben von Demonstrationen gewesen sein, was angesichts von zahlreichen, z.T. lebensgefährlich Verletzten sehr zynisch klingt.

Im Gegensatz zur bisherigen Praxis sollen keine Streikführer verfolgt worden sein. Von zehn verhafteten Studenten wurden fünf freigelassen; weitere fünf wurden zu je viereinhalb Monaten Gefängnis verurteilt, was weit weniger ist als bei früheren Urteilen.

Wenn dies als „gemäßigtere" Form der Unterdrückung bezeichnet wird, zeigt dies nur die harte Repression, die in Tunesien sonst an der Tagesordnung ist.

Während König Hassan II. von Marokko und die meisten „Oppositions"parteien noch im Sahara-Rausch schwelgen und die „Rückeroberung" der Sahara als die Rettung für die elende Situation der Bevölkerung anpreisen, daß die militärische Besetzung der Sahara ihre Lage in keinster Weise verbessert hat.

Schon Mitte April fand ein Generalstreik unter den 9.500 Bankangestellten des Landes stattgefunden, Schwerpunkt war Casablanca mit 5.400 Streikenden. Gefordert wurden höhere Löhne;

Nach dem 1. Mai streikten mehr als 2.000 Beschäftigte der staatlichen Transportgesellschaft in Casablanca, in der die Arbeiter Lohnerhöhungen um 50 % forderten. Außerdem forderten sie die Beachtung von Sicherheitsbestimmungen und protestierten gegen willkürliche Entlassungen. Unter diesen Forderungen fingen in Marokko ständig Streiks statt.

Gerade Casablanca ist eine Stadt, die die kapitalistischen Widersprüche in Marokko deutlich aufzeigt. Um die moderne Stadt, deren europäischer Stil immer angepriesen wird, liegen die Bidonvilles, Blechhüttenstädte für die zugewanderten, verelendeten Bauern, die vielen Arbeitslosen und die ärmsten Teile der werktätigen Bevölkerung.

Als Folge davon ist die Arbeiterbewegung in dieser Stadt am weitesten vorangeschritten.

Am 1. Mai demonstrierten Tausende von Arbeitern durch die Stadt und drohten mit massiven Aufständen, wenn die Politik der Ungerechtigkeit und der Privilegierung von Wenigen von der Monarchie fortgesetzt würde. Sie ließen sich durch das massive Aufgebot an Soldaten und Polizisten nicht einschüchtern, die der Gouverneur von Casablanca am Hafen zusammengetrommelt hatte, um die Demonstration gewaltsam aufzulösen.

Nahost-Kommission

Guinea-Bissao: Der Wiederaufbau schreitet voran!

Als eine wichtige Aufgabe steht vor den jungen Volksrepubliken Afrikas (Guinea-Bissao, Mosambik, Angola) das Problem der Rücksiedlung von Tausenden, wegen der Verbrechen der portugiesischen Kolonialherrschaft in die Nachbarländer geflohenen Menschen. In Guinea-Bissao begann im April '75 – mit Unterstützung der UNHCR (UN-Flüchtlings-Kommission) – die Rückführung der Flüchtlinge. Trotz der durch die Regenzeit bedingten Unterbrechung dieser Maßnahmen sind mittlerweile schon über 65.000 der insgesamt 80.000 geflüchteten Menschen aus ihrem langen Exil im Senegal und vornehmlich Guinea-Conakry in die Volksrepublik zurückgekehrt!

Im Rahmen dieses Projekts begann der Bau von fünf Krankenhäusern und Polikliniken und zwei Schulen.

Verbunden mit der Rücksiedlung ist auch die sofortige Einbeziehung der Flüchtlinge in die landwirtschaftliche Arbeit, um damit den Wiederaufbau des Landes voranzubringen.

Vor kurzem besuchte der UN-Kommissar für Flüchtlinge, Sadruddin Aga Khan, gemeinsam mit dem Präsident Guinea-Bissaos, Luis Cabral, die Heimkehrergebiete. In jedem Dorf wurde die Delegation stürmisch von der Bevölkerung begrüßt. Die Reden Luis Cabrals, in denen er die Opfer des Volkes während des bewaffneten Befreiungskrieges und die Fortschritte beim Wiederaufbau betonte, waren überall begleitet mit ständigen VIVA-Rufen und gereckten Fäusten. In den größeren Städten wurde die Autokolonne angehalten und der Präsident und Führer der PAIGC in spontanen Demonstrationen begeistert begrüßt (nach „Africa", Mai 76).

Der Fortschritt bei dem – zielstrebig nach dem Interesse der Volksmassen gestalteten – Wiederaufbau ist Beispiel und Ermutigung zugleich für die noch unter der Knute des Imperialismus leidenden kämpfenden Völker der ganzen Welt!

Afrika-Kommission

Niger – Hungersnot und „Uran-Straße"

Die einfache Gegenüberstellung von zwei Meldungen über Niger macht die ganze Menschenverachtung des Imperialismus und den Zynismus und die Heuchelei der von ihm abhängigen Marionetten deutlich. Es erübrigt sich jeder Kommentar!

1. Im Niger herrscht eine Hungersnot. 500.000 Menschen müssen mit dem Tode rechnen. Das Fehlen von 200.000 Tonnen Getreide für die notdürftige Versorgung der Bevölkerung ist der Regierung seit Monaten bekannt. Vor einem Vierteljahr erließ sie einen Hilferuf an die internationale Öffentlichkeit. Bisher sind 30.000 Tonnen eingetroffen. Der für die Hilfsaktion verantwortliche Ali Seibou, Generalstabschef der nigrischen Armee, sieht das Ausbleiben internationaler Hilfe als einen „Fauxpas" an, der auf „Informationsmangel" zurückzuführen sei! („Monitordienst", 25.5.76).

2. Aus einem gemeinsamen Schlußkommunique der nigrischen Regierung und Vertretern von 18 internationalen, an den nigrischen Uran-Vorkommen interessierten Konzernen (u.a. Urangesellschaft, BRD; Esso; Agip-Nuklear, Italien; etc.) geht hervor, daß im Juli mit dem Bau einer „Uran-Straße" im Niger begonnen werde. Kostenpunkt: ca. 500 Mio. französische Francs („Monitordienst", 21.5.76).

Afrika-Kommission

Afrika-Kommission

Kampf dem Rassismus und Imperialismus im Süden Afrikas!

Am 8. und 9.6. griffen Kämpfer der F.POLISARIO die Hauptstadt Mauretaniens, Nuakschott, mit Mörsergranaten an, die dem Palast des Staatspräsidenten, Ould Daddah, galten. Dieser Angriff stellt den bisherigen Höhepunkt seit Beginn der „Sommeroffensive" der F.POLISARIO dar.

Nachdem mit dem letzten Angriff auf die Bou-Craa Phosphatminen ca. 500 Meter des Förderbandes zerstört werden konnten und daraufhin viele der dort noch arbeitenden spanischen Techniker und Arbeiter die Fluch nach Las Palmas ergriffen hatten, kann der Angriff auf Mauretaniens Hauptstadt zu einer raschen Verschärfung der innenpolitischen Spannungen führen. Schon jetzt hat der Aggressionskrieg gegen das saharische Volk schwere Lebensmittelknappheit und Teuerung für die Bevölkerung Mauretaniens gebracht. Viele Mauretanier sind bereits in den benachbarten Senegal emigriert. Immer häufiger wird gemeldet, daß Soldaten der mauretanischen Armee sich weigern gegen die POLISARIO zu kämpfen, indem sie sich selbst Verletzungen beibringen. Sogar hohe Beamte laufen zur POLISARIO über, so der Chef der Stadtverwaltung von Bir-Moghrein, Ould Mraimar, der anschließend in Algier eine Pressekonferenz abhielt. Ebenso ein Beamter des Geheimdienstes, der öffentlich erklärte, daß ihn die Verbrechen, die von Rabat und Nouakschott begangen wurden zum Anschluß an die POLISARIO getrieben haben.

Im Gegensatz zur marokkanischen Opposition, die offen die Verbrechen am saharischen Volk bejubelt und die Großmachtpläne des Faschisten Hassan II unterstützt, befürchtet die mauretanische nationalistische Opposition, daß die Ausrottung des saharischen Volkes durch Hassans Mördertruppen und der gewaltsamen Inbesitznahme der DAR-Sahara, dann Mauretanien selbst an der Reihe ist annektiert zu werden. Daher verurteilt sie die Mittäterschaft Ould Daddahs am Völkermord. Solange das saharische Volk existiert wird es kämpfen für seine Unabhängigkeit und einen Schutz für Mauretanien vor den expansionistischen Vorhaben Marokkos bilden. Schon Anfang des Jahres kam es zu Demonstrationen in Mauretanien gegen die Anwesenheit französischer „Berater" und marokkanischer Truppen, die noch heute in den Städten Bir-Mohrein, Ain Bentili, Zouerate und Nouadhibou stationiert sind. Der Angriff auf den Präsidentenpalast kann zum Fanal für den Sturz Ould Daddahs werden.

Jedoch sind die Erfolge der saharischen Guerilleros nur die eine Seite des Kampfes. Die Lage für die Flüchtlinge in den Lagern wird von Tag zu Tag ernster.

Auf Einladung der algerischen Regierung hielt sich der NDR-Reporter H. Finke eine Woche lang in einem Flüchtlingslager in der Nähe der Stadt Tindouf im Südwesten Algeriens auf. Er berichtete folgendes:



„In der Umgebung von Tindouf leben zur Zeit nach Angaben des Roten Kreuzes 40.000 Sahauris, nach Angaben der F. POLISARIO 60.000 Flüchtlinge in mehreren Lagern. Diese Flüchtlinge kommen aus allen Teilen der Sahara, aus Mauretanien und vereinzelt auch aus Marokko. Manche von ihnen sind über 1.000 km durch die Wüste marschiert, manchmal mit Kleinkindern, von denen einige wenige Tage nach Ankunft in den Lagern vor Entkräftung gestorben sind. Die meisten dieser Flüchtlinge sind Nomaden oder Halbnomaden, aber in den Zelten leben auch ehemals reiche Kaufleute aus El Aioun und Samara, die ihr Hab und Gut durch Bombenangriffe der marokkanischen Luftwaffe verloren haben, oder die ihren Besitz der Befreiungsbewegung POLISARIO zur Verfügung gestellt haben.

Die Situation der Flüchtlinge ist an einem kritischen Punkt angelangt: In den letzten Wochen hat sich in den Zelten eine Röteln-Epedimie ausgebreitet, an der wöchentlich zwölf bis 15 Kinder sterben.

Ein spanischer Arzt, der dort zusammen mit einer Krankenschwester die Hauptlast der medizinischen Versorgung trägt, sagte mir, daß es in den bevorstehenden heißen Sommermonaten unweigerlich zu einer Röteln-Katastrophe kommen müsse, wenn nicht unverzüglich geholfen werde.

Es fehlt an den einfachsten medizinischen Geräten und an Medikamenten. Außer der Rötelnepedimie breiten sich im Lager noch andere Krankheiten aus, z.B. Tuberkolose, Skorbut, Ruhr sowie Vitaminmangelerscheinungen aller Art. Außerdem treten unbekannte Infektionserkrankungen auf, die nur durch das enge Zusammenleben zu erklären sind. In einem Zelt müssen nicht selten drei oder vier Familien mit insgesamt weit über 20 Angehörigen zusammenleben.

Die Bedingungen des Flüchtlingslebens machen die saharischen Nomaden anfällig für Krankheiten aller Art. Was die Versorgung mit Lebensmitteln angeht, so fehlt es ebenfalls an allen Ecken und Enden. Am dringendsten benötigt werden Trockenmilch und Getreide. Die EG hatte auf einer ihrer letzten Sitzungen die Lieferung von 3.000 Tonnen Getreide für die Sahara-Flüchtlinge zugesagt. Diese Hilfsaktion ist jedoch, wie der Beauftragte des „Roten Halbmondes" der DAR-Sahara mitteilte, durch Intervention Frankreichs gestoppt worden (!).

Die Lage der Flüchtlinge ist äußerst kritisch und demnächst wahrscheinlich katastrophal, wenn nicht bald Hilfe von außen kommt".

Spendet für das westsaharische Volk und die Kämpfer der Frente POLISARIO auf das Konto: J. Reents, 451 83 78 Dresdner Bank, Hamburg, Stichwort: Frente POLISARIO

Afrika-Kommission

BRD und Frankreich verhelfen der RSA zur Atombombe

Während die BRD die weißen Rassisten der RSA mit dem technischen „know-how" zum Bau einer Atombombe versorgten, liefert nun Frankreich die nötigen Anlagen hierfür. Frankreich wird der RSA zwei komplette Atomkraftwerke liefern. Hierdurch werden die Faschisten endgültig in die Lage versetzt, eigene Atombomben herzustellen.

Der Protest gegen diese Lieferung kam aus dem gesamten schwarzen Afrika:

– Neben dem ANC (Südafrika), dem ANC (Zimbabwe), der SWAPO (Namibia) und allen fortschrittlichen Staaten Afrikas, wurden auch Proteste der proimperialistisch gesinnten Staaten (wie Zaire und Sambia) laut. Die Lieferung der Kraftwerke wird als ein *„verräterisches und feindseliges Unternehmen gegen die Freiheit des afrikanischen Kontinents"* bezeichnet.

Das dies richtig ist, beweisen die Äußerungen des faschistischen Kriegsministers der RSA, der einen atomaren Angriff als „letzten Ausweg" nicht ausschloß (siehe letzten AK).

Es zeigt sich hier wieder einmal, auf wessen Seite die Imperialisten – trotz aller verbalen Beteuerungen – stehen.

BRD bittet RSA um Entschuldigung

Daß aber selbst diese verbalen Beteuerungen nicht das Papier wert sind, auf dem sie gedruckt werden, hat die SPD/FDP-Regierung klargestellt:

– Sie entschuldigte sich bei den RSA-Faschisten wegen einer *„Einmischung in die inneren Angelegenheiten"* der RSA! Denn *„Bundesaußenminister Genscher hatte von Südafrika die Aufgabe der Apartheidpolitik und die Unabhängigkeit für Namibia gefordert"* („FR" 1.6.76).

Eine Krähe hackt eben der anderen kein Auge aus!

(Nach Angaben aus „SZ" und „FR", 4.6.76).

Zimbabwe
Söldner für das Smith-Regime

Trotz der Täuschungsmanöver der Smith-Regierung in Salisbury (Aufnahme von vier schwarzen Marionetten-Häuptlingen in die Regierung) liegt der Hauptschwerpunkt der Politik der Faschisten eindeutig in der bewaffneten Unterdrückung und Terrorisierung der schwarzen Mehrheit.

Eine Art „Volkssturm" und der massive Einsatz von Söldnern soll dem Regime kurzfristig das Überleben ermöglichen.

So wurden allein in den letzten Wochen mehr als 35.000 Jugendliche unter 25 Jahre zur Armee eingezogen.

– Innerhalb der Armee der Rassisten dienen sehr viele ausländische Söldner, die „Erfahrung" in der Niederschlagung der afrikanischen Völker haben. „*Unter den Feinden gibt es Söldner aus Großbritannien und portugiesische Söldner, die aus Mosambik geflohen sind*" („Tempo", 11.4.76).

– Während der Überfälle auf die VR Mosambik wurden „*Befehle in portugiesisch erteilt, die nach unseren Informationen gleichlautend waren mit solchen, wie sie Spezialeinheiten der portugiesischen Kolonialarmee benutzten*" („Tempo", 14.3.76, „Tempo"-Zitate nach „ISSA" 2/76).

Ebenso ist bekannt, daß Inder, die weiterhin in Rhodesien leben wollen, gezwungen werden in vorderster Front gegen die Befreiungskämpfer zu kämpfen („ISSA" 2/76).

Jetzt wurden in Angola (Luanda) im Rahmen einer Ausstellung über das imperialistische Söldnerunwesen in Angola nähere Informationen über die Arbeitsweise der Söldner in Rhodesien bekannt. Ein Rundschreiben, das bei einem gefangengenommenen US-Söldner gefunden wurde, gibt Einzelheiten für „Interessenten" an, wie man in die Faschistenarmee aufgenommen werden kann und welche „Arbeit" einen dort erwartet.

U.a. heißt es: „*Die Länge der Verträge beträgt bis zu fünf Jahre. Ein Söldner kann aber auf Wunsch auch einen kürzeren Vertrag aushandeln. Es gibt vier militärische Einrichtungen, in die die Söldner aufgenommen werden. Diese Gruppen sind die SAS* (Spezial-Lufteinheiten zur Bekämpfung der Freiheitskämpfer – d. Red.), *die reguläre Armee und die Polizei. Eine vierte Gruppe bleibt hier unerwähnt*". Über sie heißt es an anderer Stelle: „*Sie malen sich schwarz an, sprechen die Sprache (der Schwarzen) und infiltrieren die Trainingslager der Terroristen*".

Offensichtlich handelt es sich bei der vierten Gruppe um die „Selous Scouts", eine auf Spurensuche etc ausgerichtete Spezialeinheit, die tief in Mosambik Spionage- und Infiltrationsoperationen gegen die Freiheitskämpfer unternimmt. In diese Eliteeinheit werden die Söldner (unter falscher Identität) erst dann aufgenommen, wenn sie sich in der SAS „bewährt" haben. Den US-Söldnern wird ausdrücklich zugesagt, daß sie in der rhodesichen Armee den gleichen Rang wie in der US-Armee einnehmen werden ...! (alle Informationen aus „Guardian", 9.6.76).

Das auszugsweise zitierte Rundschreiben wurde vom Armee-Hauptquartier in Salisbury im Januar und Februar '76 an Tausende von „Interessierten" der entsprechenden Kreise versand, darüberhinaus wurde eine US-amerikanische (CIA-) Agentur mit der Durchführung der Söldneranwerbung beauftragt. Die ungestörte Söldnerwerbung für das Smith-Regime in den USA veranschaulicht, welche Taten den Kissinger-Phrasen zu Afrika gegenüberstehen.

Afrika-Kommission



Ein Killer der Faschistenarmee wird beerdigt. Er ging nur voran.

Zimbabwe
„Stern" macht Reklame für die Rassisten

Unter dem Titel „Lieber tot als weg von hier" hat der „Stern" in seiner Ausgabe vom 3.6.76 einen Propagandaartikel für die Rassisten veröffentlicht. (Dieser Artikel reiht sich ein in die „Berichterstattung" über Kambodscha und Mosambik).

Hier werden die Weißen als „*hart arbeitende*" Menschen dargestellt, die „*man um die Früchte ihrer Arbeit*" bringen will:

– „*Rhodesien ist ein Stück Mitteleuropa in Afrika ... Rhodesiens Städte gehören zu den saubersten der Welt ... Rhodesien (sagen die Weißen) muß bleiben, wie es immer war – clean and white (sauber und weiß).*"

Da werden die Weißen dargestellt, als welche, die sich ihr Haus „*mit eigenen Händen*" erbaut haben, während sie früher in „*einer Lehm- und Wellblechhütte hausten*".

In diesen Häusern geht es dann sehr beschaulich zu: „*Durch die Wohnhalle wehen Geigentöne. Ein Barockschrank verbirgt die Hi-Fi-Stereo Anlage ... Im Eßzimmer nebenan entzündet die Hausfrau die Kerzen in den englischen Silberkandelabern ...*"

Um diese „Beschaulichkeit" zu verteidigen, ist es natürlich verständlich, daß „*die MPi das nächtliche Arbeitsgerät*" der Farmer ist. Denn:

– „*Wenn wir hier überleben wollen – und wir wollen überleben – dann müssen wir uns schon selber helfen ...*" Die typische faschistische Mischung aus perverser Heim-und-Herd-„Idylle" und brutalem Terror (gegen die „Störer").

Der „*Guerillakrieg ist ein schmutziger, blutiger Krieg*". Das wird auch beim „Stern" „bewiesen":

– „*Es gibt Zeugenaussagen und Fotos genug, die beweisen, daß Terroristen erbarmungslos mit Landsleuten umsprangen, die ihnen die Unterstützung verweigerten. Sie schnitten ihnen die Lippen, Nase und Ohren ab und zwangen sie, diese aufzuessen ...*"

Auf der anderen Seite stehen die Regierungstruppen:

– „*Vor allem die schwarzen (!) Einheiten gelten als gnadenlos. ,Wenn wir wollen, daß die Gefangene machen', so ein weißer Reserveleutnant über die schwarze Spezialtruppe, ,dann müssen wir einen weißen Offizier mitschicken'*".

Im „Stern" finden sich nur wenige Worte zur grausamen Apartheidpolitik der weißen Faschisten, dafür umso mehr Zitate der Siedler über die schwarze Mehrheit, „*die nur an ihren Bauch und das was dadrunter hängt denkt*". Rhodesien wird dargestellt als ein Land, „*in dem auch heute noch jeder tüchtige Einwanderer mit der richtigen Hautfarbe Geld, viel Geld machen kann*". Und mit einem kalten Lächeln wird ein Faschistenchef am Ende des Artikels zitiert: „*... wir sind die größten Gauner der Welt, besser als die Mafia. Ich schwöre Ihnen, wie sind auch militärisch nicht schlagbar*". (Alle Zitate aus „Stern" vom 3.6.76).

Mit diesem Artikel hat der „liberale" „Stern" erneut bewiesen auf wessen Seite er wirklich steht. Neben den offen reaktionären Blättern in der BRD betreibt auch er die Propaganda der weißen Rassisten in dem südlichen Afrika!

Afrika-Kommission

Freiheitskämpfer entführen schwarzen „Senator"

Die wachsenden Erfolge der Freiheitskämpfer von Zimbabwe fanden jüngst ihren Höhepunkt in der Entführung eines der führenden Häuptlinge, der Mitglied im zehnköpfigen „Senat" ist (Die Häuptlinge werden allesamt von der Smith-Regierung eingesetzt). Aus diesem völlig der Regierung Smith ergebenen Gremium wurden erst kürzlich vier Häuptlinge zu „Ministern" ernannt. Es ist das

eingesetzt). Aus diesem völlig der Regierung Smith ergebenen Gremium wurden erst kürzlich vier Häuptlinge zu „Ministern" ernannt. Es ist das

erste Mal, daß ein Mitglied des „Parlaments" entführt worden ist. Wes Geistes Kind diese „Parlamentarier" sind, dokumentierte der Entführte selber vor einiger Zeit im „Senat":

„*Diese jungen Leute (gemeint sind die Freiheitskämpfer – Red.) bekommen Gewehre von Leuten, die weit entfernt leben. Es wird ihnen gesagt: ,Wenn wir dir Gewehre geben und du zerstörst (!) Rhodesien, so gehört Rhodesien dir.' Dies ist eine Lüge. Wenn das Land zerstört ist, wird es den Besitzern der Gewehre gehören. Unsere Kinder wissen nicht, wozu sie mißbraucht werden*" („Times", 9.6.76).

Ein anderer Häuptling, der in die Regierung aufgenommen wurde, hat unverhohlen „*die schwarzen Rhodesier, die sich im Kriegszustand befinden, aufgefordert, ihr Waffen niederzulegen und nach Hause zurückzukehren. Dort wird man sie willkommen heißen*". Er bezeichnete weiterhin den Befreiungskampf „*als das Werk dummer Menschen, deren Aktionen dem Land schaden und deshalb aufhören müßten*".

Stattdessen müsse „*die rhodesische Regierung unterstützt werden, (denn) die schwarzen Rhodesier hätten die Regierung mit den Weißen zu teilen*" („Monitor-Dienst", 12.5.76).

Wie sehr die gekauften und korrupten schwarzen Kompradoren aber auch zur Kapitulation aufrufen, sie können das Rad der Geschichte nicht zurückdrehen. Erstmals in der Geschichte des Befreiungskampfes in Zimbabwe sind Einheiten der Befreiungsarmee ca. 50 km vor der Hauptstadt Salisbury aufgetaucht (Salisbury selbst liegt ca. 200 km von der mosambikanischen Grenze entfernt). Aufgrund dieser verstärkten Guerilla-Aktionen mußten die weißen Faschisten einen der „beliebtesten Ausflugsorte" in der Nähe von Salisbury räumen und „vorläufig schließen". Um die Hauptstadt wurden „Straßensperren errichtet" (nach „FR" und „SZ" v. 28.5.76).

Innerhalb des Monats April hat die weiße Oberschicht ihre höchste „Verlustziffer" (seit zehn Jahren) zu verzeichnen:

Trotz Durchhalteparolen der Faschisten „*wurden im April zwar 653 Einwanderer, dagegen aber 1470 Emigranten registriert. Damit reduzierte sich die weiße Minderheit innerhalb von vier Wochen um 817 Menschen*" („SZ", 30.5.76).

Weiter so!

Afrika-Kommission

Jämmerliches Scheitern des „Volksmarsches" gegen Eritrea

Jämmerliches Scheitern des „Volksmarsches" gegen Eritrea

Eine „menschliche Woge" von 50.000 Äthiopiern sollte Eritrea überrollen. Zu diesem Zweck hatte die äthiopische pro-imperialistische Militärjunta „DERG" im ganzen Land eine riesige Hetzkampagne gegen Eritrea veranstaltet. Der Unabhängigkeitskampf des eritreischen Volkes wurde den äthiopischen Massen als „Invasion" dargestellt („International Herald Tribune", 4.6.76).

Andererseits versprach man den „Freiwilligen" des „Volksmarsches", in Eritrea stünden unbegrenzt Land und Lebensmittel für sie zur Verfügung.

Die Rekrutierung der „Freiwilligen" gelang den Soldaten des DERG allerdings fast nur unter brutalstem Zwang (Siehe AK 81, S.2).

Der DERG hatte jedoch seine Rechnung ohne den Wirt gemacht.

Offiziell erklärt die Junta, sie habe den „Volksmarsch" vorerst gestoppt, um den Eritreern eine letzte Chance zum Verhandeln zu bieten. Sie hat eine Verhandlungsdelegation nach Aden (VR Jemen) und Khartoum (Sudan) geschickt, um für ihre Version einer „friedlichen Lösung" zu werben. Die „Angebote" der Junta bezüglich Eritrea sind allerdings nichts neues: Eritrea soll „gleichberechtigte" Provinz Äthiopiens mit „autonomer Verwaltung" werden. Dagegen steht unverändert die Haltung der Führung der Kämpfer in Eritrea selbst (EPLF): Sie verhandelt nur, wenn zuvor die Unabhängigkeit Eritreas gewährleistet ist, der totale Abzug aller äthiopischen und anderen imperialistischen Streitkräfte (US-Stützpunkte) und die sofortige Freilassung der eritreischen politischen Gefangenen vollzogen ist.



Die eritreeischen Frauen nehmen am bewaffneten Kampf teil.

Die Tatsachen sprechen allerdings noch eine deutlichere Sprache. Statt 50.000 hat die Junta zum „Volksmarsch" höchstens 10.000 zusammentreiben können. Diese „menschliche Woge" ist nicht einmal über die eritreische Grenze gelangt.

Die „Marschierer" stießen auf den entschiedenen Widerstand der Bewohner in der Dörfern, in denen sie zu lagern versuchten und wo sie – mangels zentraler Verpflegung – den Leuten das Vieh und die Vorräte wegholten. Dieser Kampf ums Essen war sowohl für die „Marschierer" als auch für die Dorfbewohner eine Frage des künftigen Überlebens oder Verhungerns.

Auch die Guerillas griffen an. Es wird berichtet von einem nächtlichen Überfall auf 1.000 leicht bewaffnete „Marschierer", die auf einem Feld nahe Adigrat kampierten. 200 von ihnen sollen dabei umgekommen sein. Dies war nur einer von mehreren derartigen Kämpfen. Inzwischen haben Hunderte der „Marschierer" die Flucht ergriffen und versuchen, irgendwie nach Hause zu gelangen – und sei es zu Fuß („Guardian", 8.6.76).

Dieser Versuch des DERG, die letzten Reserven in Äthiopien zu mobilisieren, ist nicht zuletzt vor dem Hintergrund zu verstehen, daß in Äthiopien für die breite Masse des Volkes bitterstes Elend herrscht. Ende März berichtete der „Observer" von täglich 200 Hungertoten allein in der Hauptstadt Addis Abeba. Zigtausende haben auf der Suche nach Wasser ihre Dörfer verlassen und verhungern. So in der Provinz Ogaden, wo die fruchtbarsten Ländereien den Bauern und Nomaden entrissen und der Ausbeutung durch Großplantagen der Imperialisten (z.B. Italiener) zur Verfügung gestellt wurden.

Es war schon oft die Taktik faschistischer Regimes wie dem DERG, auf die Not des Volkes zur Ablenkung mit Hetzkampagnen gegen einen „äußeren Feind" und mit Terror nach innen und Zwangsrekrutierungen für einen Krieg zu reagieren.

Vor allem jedoch wird die Situation für die äthiopischen Besatzer in Eritrea immer kritischer. In weniger als 18 Monaten mußte das äthiopische Militär 43 seiner 60 Stützpunkte in Eritrea aufgeben. Die Verbindungsstraßen zwischen den verbliebenen 17 Basen sind von den Volksbefreiungsstreitkräften größtenteils erobert oder werden belagert („Guardian").

Daß auch die Luftversorgung nicht mehr ganz zuverlässig ist, beweist ein Bericht des „Rheinischen Merkur" vom 4.6.76: Auf dem Flug zwischen der äthiopischen und der eritreischen Hauptstadt müssen alle Zwischenlandungen im Grenzgebiet (noch auf äthiopischer Seite!) aus Sicherheitsgründen ausfallen.

Der Sieg des eritreischen Volkes rückt näher. Selbst ein verstärktes Engagement des US-Imperialismus, das Militärregime genauso aushält wie früher die Feudalherrschaft Haile Selassies, könnte den Sieg verzögern, verhindern kann es ihn nicht!

Afrika-Kommission

Veranstaltung zugunsten der EPLF

Hamburg, Mensa der Universität 16.6. 19.30

Veranstalter EFLE (Eritreans for Liberation in Europe) und Aktionseinheit

Spanien

Folter und Justizterror wie eh und je

„Viel Geduld" sollen alle Demokraten mit dem spanischen Regime haben, so betonte der BRD-Außenminister Genscher (FDP), damit die „europäischen Demokratien" recht bald eine fruchtbare Zusammenarbeit mit Spanien in die Wege leiten können (Interview in „YA", 19.5.76, vgl. AK 81, S. 30). Entsprechend drückte der König Juan Carlos bei seinem Besuch in den USA die Hoffnung der spanischen Bourgeoisie aus, daß es recht bald zu einer integrierten Teilhabe Spaniens in Europa, zu einer ökonomischen und industriellen Verbindung zwischen den USA, Europa, Lateinamerika und Afrika kommen werde, wobei *„Europa ohne Spanien eine unvollständige Realität"* sei. Vor allem sei Spanien heute von einem „jugendlichen Geist" erfüllt, entschlossen, *„die politische Ordnung und Stabilität zu wahren, damit das Kapital, die Wirtschaft und die Arbeit harmonisch zusammenwirken können für das Wohl der ganzen Gesellschaft"* (Zitate nach „Le Monde", 6./7.6.76).

Die Mittel, deren sich das spanische Regime bedient, um diese „Harmonie" auch weiterhin auf den Knochen der spanischen Werktätigen aufrechterhalten zu können, sind nach wie vor: brutale Unterdrückung und staatlicher Terror, Mord und Folter an Revolutionären und anderen Gegnern des Regimes, Aufrüstung des bürgerlichen Gewaltapparates und der das Regime tragenden faschistischen Banden.

In AK 81 haben wir u.a. über die bestialische Folterung der jungen Arbeiterin Amparo Arangoa durch die Polizei berichtet. Da dieser Fall seit der Enthüllung der englischen Zeitung „The Times" (13.5.76) weltweit bekannt geworden ist, sah das Regime sich veranlaßt, eine offizielle Untersuchung anzukündigen, während gleichzeitig der Polizeikommandeur, der für diese Folterung verantwortlich ist, versetzt wurde – allerdings wurde er in die Altstadt von San Sebastian versetzt, wo die Repressionen der Polizei besonders schlimm sind (Erklärung der baskischen Anwälte, laut „Süddeutsche Zeitung", 31.5.75). Man kann sich unschwer vorstellen, wie „ernst" es dem Regime mit der vielfach angekündigten Abschaffung der Folter ist! Wichtig ist dem Regime lediglich, daß möglichst keine Informationen über die tatsächlichen Praktiken bekannt werden. So wurde denn auch der Direktor der liberalen Zeitschrift „Cambio 16" vor Gericht zitiert, weil das Wochenblatt Berichte von Gefolterten abgedruckt hatte. Darunter war auch die Aussage des bekannten katalanischen Priesters Luis Xirinachs, der seit Monaten vor dem Gefängnis in Barcelona für die Freilassung der politischen Häftlinge demonstriert und als ‚Kandidat für den Friedensnobelpreis vorgeschlagen ist. ●

Spanien-Kommission

Bericht eines Priesters

Xirinachs berichtet: „Ziehen Sie die Jacke aus! . . . Ziehen Sie den Pullover aus! . . . Die Schuhe! . . . Die Strümpfe! . . . usw. Das dauert eine Viertelstunde. Jetzt soll ich mich wieder anziehen. Ich muß in einen anderen Jeep einsteigen. Eine im Wagen liegende ca. 40 cm lange Eisenstange mit zwei Haken wird mit meiner Bibel und einem Heft, das mir gehört, in meine Tasche getan. Wir fahren zur Hauptwache. 15.00 Uhr: Ich werde in den ‚Wartesaal' getragen. Es sind schon vierzehn Personen da, alle bei der Demonstration (am 1.Mai) festgenommen. Alle müssen mit dem Gesicht zur Wand stehen, die Arme

15.00 Uhr: Ich werde in den ‚Wartesaal' getragen. Es sind schon vierzehn Personen da, alle bei der Demonstration (am 1.Mai) festgenommen. Alle müssen mit dem Gesicht zur Wand stehen, die Arme

hoch, die Finger und Beine weit gespreizt – eine sehr künstliche, schwierige und unbequeme Stellung. Wer nicht in dieser Stellung stehen bleibt, erhält sofort Schläge und Tritte. Die Polizisten, die uns bewachen, sind bewaffnet. In diesem Raum spürt man nur Terror und Angst. Man hört Schläge, derbe Tritte, Fußtritte. Andere Polizisten betreten den Raum und fangen an zu schreiben. Sie fangen an, die Leute zu beleidigen. Plötzlich tritt einer voller Wut auf meinen Fuß. Instinktiv ziehe ich ihn zurück. Ich bekomme Schläge. Die Beine muß ich jetzt noch mehr spreizen. Wieder Fußtritte. Die Hände noch höher. Schläge auf den Rücken, auf die Arme und auf den Brustkorb. Sie gehen weiter, schlagen auf andere Verhaftete ein. Niemand klagt. Es sind tapfere Leute. Unter ihnen sind auch zwei Frauen. Wieder erhalte ich Fußtritte, zweimal in die Geschlechtsteile. Dabei schreie ich. Ein Tritt quetscht eine meiner Rippen. Ein Faustschlag in die Leber von unten nach oben läßt mich zu Boden stürzen. Ich kann nicht mehr atmen. Nachdem ich langsam wieder Luft bekomme, fallen sie erneut über mich her, zwingen mich, mich an die Wand zu stellen. Meine Hände sterben ab – ich kann sie nicht mehr fühlen. Meine Arme zittern. Neben mir schreit jemand: sie sollen aufhören, aber sie schlagen jetzt erst recht auf ihn ein. Mir wird schwarz vor Augen. Die beiden Frauen bitten, telefonieren zu dürfen, da sie zu Hause kleine Kinder haben. Das wird jedoch nicht erlaubt. Man hört, wie Urintöpfe zu Boden fallen; darüber scheinen sich die Polizisten zu amüsieren. Die Polizei bringt die Eisenstange und beschuldigt mich, daß ich sie in der Tasche gehabt hätte: ‚Was für ein Friedensbettler!' und sie schlagen mit mit der Stange. Die anderen Verhafteten werden geholt, um ihre Personalien anzugeben. Ich bleibe mit Villar, einem anderen Priester, allein zurück. Jetzt wird auch er gerufen. Ich bin allein. Keine Zeugen mehr! Es hagelt Fußtritte und Schläge. Meine Arme und Beine zittern. Ich werde bald umfallen, doch jetzt ruft man mich. Ich drehe mich um – alles dreht sich bei mir. Zwischen zwei Reihen von Polizisten muß ich durchgehen. Sie beobachten mich hämisch. Man stellt mir ein Bein. Ich falle. Das ganze hat eineinhalb Stunden gedauert. 16.30 Uhr: Ich betrete das Büro des Reviers. Der Beamte fragt mich nach meinen Personalien. Im Zimmer stehen fünfzehn Polizisten, einige mit der Peitsche in den Händen. Ich schwiege. ‚Sagen Sie nur ihren Namen. Ich weiß, daß sie nie vor der Polizei aussagen, aber das ist

mich nach meinen Personalien. Im Zimmer stehen fünfzehn Polizisten, einige mit der Peitsche in den Händen. Ich schwiege. ‚Sagen Sie nur ihren Namen. Ich weiß, daß sie nie vor der Polizei aussagen, aber das ist

noch keine Erklärung. Sagen Sie nur Ihre Personalien.' Geschwächt von den Schlägen gebe ich nach und sage meinen Namen, meine Adresse. ‚Ich werde keine Aussagen machen!', denke ich. Ich werde wieder in das gefürchtete Zimmer getragen. Blut rinnt durch meine Hände. Wieder muß ich an die Wand. Dann lassen sich mit einem Polizisten allein; dieser ist gutmütig: er läßt mich sitzen und gibt mit eine Zigarette. ‚Sehen Sie, ich behandle Sie gut. Warum sind Sie in solche Sachen verwickelt?' – ‚Aus Gewissensgründen.' Jetzt erscheint die Politische Polizei. Man beleidigt mich und reißt mir Bartund Kopfhaare ab. Mein Wächter: ‚Lassen Sie ihn in Ruhe – er hat schon genug bekommen.' – ‚Er soll zu Gott beten, damit ihm dieser hilft.' – ‚Vater, verzeih ihnen, denn sie wissen nicht, was sie tun', spottet ein anderer. Einer hat eine rote Fahne von der Demo und wickelt mich darin ein. Die Zeitung ‚Avui' (erste katalanische Zeitung seit dem Ende der Republik vor vierzig Jahren) legt er auf meine Füße und ironisiert: ‚Roter Priester, jetzt bist du in deinem Element.' Ein neuer Verhafteter, ein achtzehnjähriger Junge, muß sich neben mich setzen. Wegen der Handschellen hat er geschwollene Gelenke. ‚Beichte dem Priester', spotten sie. Fünfzehn Politische Polizisten kommen, alle zwischen 30 und 50, drohende Gesten. Nur einer spricht mit mir, während die anderen mich beleidigen, mir drohen oder nur schreiben. Ich blicke zu Boden. Einer will mir die Hand geben, aber ich lehne ab. Ein anderer greift mich und zwingt mich, ihm in seine Augen zu blicken; andernsfall droht er mich zu töten. Alle beschuldigen mich wegen der Eisenstange in meiner Tasche sowie wegen subversiver Propaganda. Das dauert alles insgesamt eine Stunde. 18.30 Uhr: Der Junge, der neben mir saß, darf weggehen. Meine Leber schmerzt sehr. Ich habe ein geschwollenes Bein. Meine Zehen sind gequetscht. Durch das offene Fenster höre ich die Schläge der Folterer. Ich bin sehr deprimiert. Wie tapfer und mutig sind doch die Leute von ETA, Tellez, Plata und so viele andere, die tagelang die schlimmsten Folterungen haben erleiden müssen. Wie schwach bin ich dagegen! Inspektor Pena, ein alter Bekannter in diesem Haus, erscheint mit einer Aussage, die ich unterschreiben soll. ‚Werden Sie unterschreiben?' – ‚Sie wissen doch, daß ich nicht unterschreiben werde'. Ein kurzer Wortwechsel und er geht. Dann kommt ein anderer Inspektor, er spricht ernsthaft und hört zu. Er spricht mit mir über Politik, über das Evangelium,

doch, daß ich nicht unterschreiben werde'. Ein kurzer Wortwechsel und er geht. Dann kommt ein anderer Inspektor, er spricht ernsthaft und hört zu. Er spricht mit mir über Politik, über das Evangelium,

über die Gründe meines Kampfes. Er geht ernst zurück. Er spricht mit anderen; daraufhin schreien sie nicht mehr so laut. Pena kommt erneut. Ich: ‚Sie machen ständig für mich Propaganda durch Ihre Ungereimtheiten, die Sie anzetteln.' – ‚Mensch, alle Zeitungen sprechen über Sie!' – ‚Sie provozieren das ja. Ich bin vor dem Gefängnis, ohne die Presse davon zu verständigen.' – ‚Glauben Sie, daß Sie ein Held sind?' – ‚Nein, ich bin jemand, der bessere Möglichkeiten als andere hat.' – ‚Gut, ich werde Sie freilassen, wenn Sie an keiner anderen Demonstration teilnehmen und nicht mehr vor dem Gefängnis stehen. – ‚Sie wissen doch wohl, daß ich vor dem Gefängnis wieder stehen werde .' – ‚Heute ist kein günstiger Tag.' – ‚Ach so, ich glaubte, Sie wollten es mir grundsätzlich verbieten.' – ‚Nein, nur für heute.' Ich fühlte mich derart schlecht, daß ich keine Kraft hatte, um heute abend noch zum Gefängnis zu gehen; außerdem würde er mich bis neun Uhr dabehalten. Daher gab ich nach. ‚Ich gehe heute abend nach Hause.' – Ich darf nach Hause. Ich fühle mich äußerst schwach und gehe wie ein Betrunkener. In irgendeiner Hausecke warten vermutlich wieder Faschisten – werden sie mich heute wieder schlagen? Ich habe eine beginnende Paranoia, die einige Stunden dauern wird. Ein Freund bietet mir an, mich mit seinem Wagen nach Haus zu fahren. Ich lehne ab. Trotz Schmerzen an Beinen und Füßen fahre ich lieber mit der U-Bahn . . . 20.00 Uhr: Ich komme gelöst zu Hause an. Aber etwas hat sich bei mir innerlich verändert. Bin ich zu empfindlich? Und was haben die Zwanzigjährigen gefühlt (ich bis 43). Und die Arbeiter, die seit Jahren gefoltert werden? Sind sie aus Stein?"

(zitiert nach „ID", 22.5.76) – Ab 2. Mai morgens steht Xirinachs wieder täglich zwölf Stunden vor dem Gefängnis! ●

„Historischer Kompromiß" mit der faschistischen Monarchie?

Seit einiger Zeit hat das große Bündnis der spanischen Opposition, die „Coordinación Democrática" (CD = Demokratische Koordination) den lange Zeit verwendeten Begriff des „demokratischen Bruchs" mit dem Regime fallen gelassen zugunsten einer neuen Formel, die jetzt „ruptura pactada", „vereinbarter Bruch" heißt. Mit der Aufnahme weiterer sozialdemokratischer und christdemokratischer Gruppierungen (bei Offenhaltung für weitere rechtsoppositionelle Gruppen) hat die spanische Opposition – einschließlich der revisionistischen PC – ihre Bereitschaft zur Kollaboration mit dem faschistischen Juan Carlos-Regime immer deutlicher zu erkennen gegeben.

Während mit dem Begriff des „demokratischen Bruchs" das Juan Carlos-Regime noch als Fortsetzung des Franco-Faschismus abgelehnt wurde und erst die vollkommene Wiederherstellung der demokratischen Freiheiten, die Zulassung aller (!) politischen Parteien und freie Wahlen zu einer Verfassunggebenden Versammlung als ein solcher Bruch mit dem Franco-Faschismus betracht wurden, streben die Mehrheit der Organisationen der CD jetzt einen politischen Pakt mit den „reformistischen" Teilen der spanischen Regierung an. Daß die Christdemokraten und auch die Sozialdemokraten niemals ernsthaft an einer vollkommenden Liquidierung des Faschismus in Spanien interessiert waren und sind, kann niemand verwundern. Aber mit welcher Selbstverständlichkeit auch die spanische revisionistische Partei (PCE) heute den Pakt mit den angeblich „reformi-

Aber mit welcher Selbstverständlichkeit auch die spanische revisionistische Partei (PCE) heute den Pakt mit den angeblich „reformi-

stischen" Teilen der spanischen Regierung fordert, kann jeden Antifaschisten in Harnisch bringen. In ihrem wöchentlich erscheinenden Organ „Mundo Obrero" vom 22. Mai bringt die PCE einen Artikel auf der ersten Seite „Der Pakt und sein Ziel". Dort heißt es, daß die „Coordinación Democrática", der auch die PCE angehört, jetzt die Aufgabe hat, *„einen Dialog mit anderen politischen und sozialen Kräften der zivilisierten Rechten herzustellen, d.h. mit jenen reformistischen Kräften, die sich bewußt sind, daß die demokratische Alternative die einzige Lösung für das friedliche Zusammenleben der Spanier ist, einen Dialog herzustellen mit Wirtschaftskreisen, der Kirche und der Armee. Ein Dialog, wie es in einer kürzlichen Erklärung unseres Exekutiv-Komitees heißt (. . .), 'um den vereinbarten Bruch zu erreichen!'"*

Zur sog. „zivilisierten Rechten" zählen in Spanien alle Faschisten und Reaktionäre, die keine unmittelbare Verbindung zu den faschistischen Schläger- und Mörderbanden haben, oder die sich mit deren Aktionen zumindest nicht öffentlich identifizieren, bzw. solche, die es heute nicht mehr für mehr für opportun halten, sich allzu deutlich für die Gottähnlichkeit des verstorbenen Franco und der von ihm geschaffenen Gesetze einzusetzen. Zur „zivilisierten Rechten" gehören solche Leute wie Fraga (Innenminister), der das Wort „Reform" und „Demokratie" zwar viel im Munde führt, aber verantwortlich für die brutalen Folterungen an Antifaschisten ist, der Massenversammlungen zusammenschießen läßt, usw.

Die „Reformer" der spanischen Regierung nehmen angesichts ihres am massiven Widerstand des spanischen Volkes gescheiterten Manövers der „Reform" des Faschismus das Angebot der reformistischen Opposition gern auf. So forderte Fraga vor kurzem einen „historischen Kompromiß" von der Opposition und einen „grundlegenden Pakt mit der Regierung" („Le Monde", 4.6.76).

Auch Außenminister Areilza äußerte sich in diesem Sinne gegenüber der CD. Und die reformistische Opposition ist bereit anzutreten, um die Nation zu „retten" – vor dem revolutionären Ansturm der spanischen Arbeiterklasse und breiter Teile des spanischen Volkes.

Zu welchen weiteren Zugeständnissen sich die spanische bürgerlich-demokratische Opposition noch bereit erklären wird, bleibt abzuwarten. Jedenfalls scheint die Mehrheit der in der CD zusammengeschlossenen Gruppierungen (insbesondere Christ- und Sozialdemokraten) bereit, ihre Zulassung als Partei gemäß dem am 8.Juni vom spanischen Ständeparlament verabschiedeten „Parteien"-gesetz zu beantragen. Dieses Gesetz verpflichtet die Parteien, die faschistischen (unveränderten) Grundgesetze anzuerkennen sowie die Prinzipien des „Movimiento", der faschistischen Einheitsbewegung.

Daß die spanische Regierung die revisionistische PCE nicht legalisieren will, hat sie oft und deutlich genug

to", der faschistischen Einheitsbewegung.

Daß die spanische Regierung die revisionistische PCE nicht legalisieren will, hat sie oft und deutlich genug

gesagt – ebenso wie alle revolutionären und um nationale Selbstbestimmung der spanischen Völker kämpfenden Organisationen. Aber die sozialdemokratischen und christdemokratischen Gruppen haben schon großzügig versprochen, wenn sie erstmal legal arbeiten können, dann werden sie für die Anerkennung der PCE „kämpfen". Wir kennen die kämpferische Solidarität dieser „Demokraten" aus der portugiesischen Situation nach dem 25. April 74. Dort hatten die frisch legalisierten Sozialdemokraten der PS von Anfang an nichts Wichtigeres zu tun, als die revisionistische PCP und die revolutionären Gruppen aus allen Rohren anzugreifen und sich mit schein„linken" Phrasen das Vertrauen der Wähler zu erschleichen. Die Revisionisten werden von der bürgerlichen Opposition solange hofiert werden, wie man sie braucht, wie man ihre mäßigende Wirkung auf die Arbeiterkämpfe dringend benötigt, wie man selbst zu sehr an Ansehen einbüßen würde, wenn man unter den heutigen Bedingungen in Spanien nicht für die Legalisierung aller Antifaschisten eintreten würde.

Die spanischen Revisionisten treten solchen durchsichtigen Absichten nicht etwa entschieden entgegen, sondern fördern sie durch ihre prinzipienlose Politik der Kompromisse und Anbiederung an die spanische Oligarchie. ●

Spanien-Kommission

„Bewegung zur Befreiung der Frau"

Im Mai trat zum erstenmal in Spanien nach dem Bürgerkrieg eine Frauenbewegung an die Öffentlichkeit. Sie nennt sich „Movimiento Democrático de Mujeres – Movimiento de Liberación de la Mujer" (Demokratische Frauenbewegung – Bewegung zur Befreiung der Frau) – MDM/MLM. Die MDM existiert seit 1965 und hat sich jetzt öffentlich mit Programm und ihren führenden Frauen vorgestellt.

Gegenüber Journalisten sagten acht Delegierte dieser Bewegung: *„Auch wenn wir uns bisher besonders um die Hausfrauen bemüht haben, was wir auch weiter tun wollen – da es die meisten Frauen sind und wegen der absoluten Isolierung, der sie die Gesellschaft unterwirft – hat unsere Bewegung ein eigenes Programm, in dem alle Forderungen der Frauen enthalten sind . . . "*

MDM/MLM fordert in ihrem Minimal-Programm demokratische Freiheiten, General-Amnestie, die Bildung einer gewählten und repräsentativen Regierung ebenso wie es die gesamte Opposition in Spanien tut, aber *„wir sind nicht dafür, unseren Kampf hintenanzustellen, sondern im Gegenteil, unsere Organisation kämpft dafür, daß die Forderungen der Frauen im allgemeinen politischen Kampf weder verwässert noch übergangen werden"*.

Das Minimal-Programm von MDM/MLM ist folgendes:

- *„Eingliederung der Frau in die Produktion, bei gleichzeitiger Abschaffung aller Diskriminierung, der die Frau im Arbeitsleben ausgesetzt ist.*
- *Aufhebung aller Hindernisse, die der Frau den Zugang zur Kultur versperren im Rahmen einer kostenlosen Schulpflicht.*
- *Abschaffung der diskriminierenden Frauengesetze, die der Frau nur eine zweitrangige Rolle in der gegenwärtigen spanischen Gesellschaft zuordnen.*
- *Die zivile Ehe.* (in Spanien sind nur kirchliche Trauungen anerkannt – AK-Red.)
- *Scheidungsgesetz und Aufhebung der Vorschriften, die eine ökonomische Abhängigkeit der Frauen beinhalten.*
- *Kostenlose Verhütungsmittel, die offiziell von der Krankenkasse abgegeben werden müssen.*
- *Straffreie Abtreibung, nach einer demokratischen Umfrage, die die Meinung der Mehrheit der Frauen dazu feststellt".*

Daß der Kampf um die Befreiung der Frau nicht „nur" eine Frage von anderen Gesetzen ist, machten die Frauen der MDM/MLM in folgendem Satz deutlich:

„Es ist auch notwendig, auf ideologischem Gebiet tiefergehend zu arbeiten, um die Beziehung Mann-Frau zu verändern im Sinne einer wirklichen Gleichheit".
(alle Zitate nach „Triunfo", 22. Mai 76) ●

Spanien-Kommission

Huldigung der faschistischen Armee

Am 30. Mai fand in Madrid – wie in Francos Zeiten – die große „Siegesparade" statt, eine große Armeeparade, mit der die spanischen Faschisten jedes Jahr ihren Sieg über die Republikaner im spanischen Bürgerkrieg zur Schau stellen.

Es sind ernsthafte Bemühungen seitens der spanischen Regierung im Gange, diesen Tag nicht etwa abzuschaffen, sondern ihn schlicht umzubenennen in einen „Tag der Streitkräfte".

Unterstützt wird die Regierung bei dieser billigen Image-Pflege ganz offensichtlich von der „Demokratischen Militär-Union" (UMD), einer bürgerlich-demokratischen Organisation von Offizieren innerhalb der spanischen Armee, die illegal arbeitet und aus deren Reihen vor einigen Monaten acht Mitglieder zu teilweise hohen Gefängnisstrafen verurteilt wurden.

Die UMD gab aus Anlaß der Militärparade eine Presse-Erklärung heraus, in der sie schrieb:

„Die spanische Armee muß sich genau wie das spanische Volk bemühen, die Wunden des Bürgerkriegs vernarben zu lassen, was unmöglich ist, wenn jedes Jahr die Zwietracht der Vergangenheit durch eine Gedenkfeier wiederbelebt wird."

Die UMD tritt dafür ein, die „Siegesparade" zu transformieren in eine Huldigung *„des spanischen Volkes an seine (!) Armee"* und verurteilt zum Schluß die *„veralteten Politisierungsversuche eines Aktes, der eigentlich eine Demonstration der Einheit der Streitkräfte mit dem ganzen Volk sein müßte"* („Le Monde", 1.6.76). Die Erklärung macht deutlich, wie eng die UMD-Führung sich mit der derzeitigen spanischen Armee indentifiziert und wie wenig ihre Opposition gegen das ganze System der bürgerlich-faschistischen Armee gerichtet ist.

Spanien-Kommission





Am 9. Mai fand auf dem Gelände der außerhalb von Madrid liegenden Universität ein großes Musik-Festival statt. Die

Am 9. Mai fand auf dem Gelände der außerhalb von Madrid liegenden Universität ein großes Musik-Festival statt. Die etwa 70.000 Menschen (vorwiegend Studenten) funktionierten das Festival in eine politische Kulturveranstaltung für die Autonomie der spanischen Völker um. Fahnen der einzelnen Regionen und Völker Spaniens wehten überall: kastillianische Standarten, katalanische, baskische, andalusische, galizische Fahnen, sogar einige Fahnen der Frente POLISARIO. Auch schwarze Fahnen der Anarchisten wurden entrollt. Unter den 20 spanischen Sängern, die auf dem Festival auftraten, waren drei, die offizielles Auftrittsverbot haben.
Die spanische Polizei, überrascht von den unerwartet herbeiströmenden Massen, karrte immer weitere Verstärkung 'ran und umstellte das ganze Feld, wagte jedoch nicht, einzugreifen.

Ständig neue Verhaftungen

Neben den zahlreichen Berichten über Folterungen, Mißhandlungen und Polizeiwillkür werden auch täglich weitere Übergriffe gegen demokratische und revolutionäre Organisationen und Parteien bekannt, was sehr klar die Versprechungen des Regimes beleuchtet, angeblich eine „pluralistische Demokratie" herbeiführen zu wollen. So wurde der Anwalt Antonio Garcia-Trevijano, Mitglied der „Gruppe der Unabhängigen" innerhalb der „Demokratischen Koordination", der bei dem Versuch der Veröffentlichung einer Verlautbarung verhaftet wurde, seit mehreren Wochen im Gefängnis festgehalten („Le Monde", 26.5.76). Am 1.6. wurden in Barcelona neun Mitglieder der Kommunistischen Bewegung Spaniens (MC) und der antifaschistischen Organisation FRAP festgenommen („Le Monde", 3.6.76).

Am 3. Juni wurde Rafael Calvo Serer, ein Monarchist und Mitglied der „Gruppe der Unabhängigen" innerhalb der Demokratischen Koordination bei seiner Rückkehr aus dem französischen Exil auf dem Flugplatz in Madrid festgenommen; ihm droht jetzt der Prozeß und damit eine Strafe bis zu zwanzig Jahren Haft wegen „Verunglimpfung des Regimes", da er als früherer Herausgeber der Zeitung „Madrid" (1971 von Carrero Blanco verboten) und als Korrespondent der französischen Zeitung „Le Monde" das Franco-Regime scharf kritisiert hatte („Le Monde", 5.6.76).

– Francisco Romero Marin, Leitungsmitglied der spanischen revisionistischen PC, ist der „illegalen Vereinigung im Führungsgrad" angeklagt, und die Staatsanwaltschaft hat eine Freiheitsstrafe von mehr als 15 Jahren beantragt. Marin trat 1936 in die Kommunistische Partei Spaniens ein. Er mußte Spanien nach dem Bürgerkrieg verlassen und kehrte 1957 zurück. Er wurde im April 74 verhaftet.

– Lucio Lobato hat von seinen 55 Lebensjahren 24 in den Gefängnissen des Franco-Regimes verbracht. Zuletzt wurde er 1970 verhaftet und zu 20 Jahren verurteilt als Mitglied des Exekutiv-Komitees der PC. Er wurde vor kurzem vom Gefängnis in Segovia in das ehemalige Priestergefängnis von Zamora verlegt, wo er jetzt zusammen mit 15 Genossen der baskischen ETA unter extrem schlechten Bedingungen leben muß. Lobato ist außerdem krank.

– Simon Sanchez Montero, Mitglied des Vorstandes der revisionistischen PC, wurde vor vier Monaten verhaftet, als er zusammen mit anderen Parteien der Opposition die Ziele der PC gegenüber der Presse bekannt machen wollte. Die Staatsanwaltschaft fordert 18 Jahre Gefängnis für das angebliche „Vergehen", die Regierung stürzen zu wollen! Montero war bereits zu Francos Zeiten zu mehr als 34 Jahren Gefängnis verurteilt worden! ●

Spanien-Kommission

Michelin-Arbeiter seit 17 Wochen im Streik

Am 6. Mai beschlossen die Arbeiter des Michelin-Werkes in Lasarte, mit 2.045 gegen 85 Stimmen bei 17 Enthaltungen, den Streik fortzusetzen, der schon zwölf Wochen andauerte. Die Arbeiter der bis dahin ebenfalls bestreikten Michelin-Werke in Valladolid, Aranda und Vitoria hingegen haben vorerst die Arbeit wieder aufgenommen. Der Kampf der spanischen Michelin-Arbeiter hat eine bedeutende internationale Unterstützung insbesondere der französischen, italienischen, aber auch westdeutschen Michelin-Arbeiter gefunden. Der multinationale Konzern hat in enger Gemeinschaft mit dem spanischen Regime eine große Härte in diesem Kampf an den Tag gelegt. Nach einer Rundfunkmeldung vom 22.5. (zitiert in „Spanien aktuell", Nr. 1, 27.5.76) sind alle 2.500 Arbeiter von Michelin/Lasarte entlassen worden, und drei Betriebsräte wurden verhaftet!

Die Forderungen der Streikenden sind:

- einheitlicher Tarifvertrag für alle spanischen Michelin-Werke,
- Arbeitszeitverkürzung von 48 auf die gesetzlich festgelegten 45 Wochenstunden, für Schichtarbeiter 42 Wochenstunden,
- Erhöhung der Löhne von DM 560,- auf DM 880,-,
- einheitliche Betriebsvertretung für alle spanischen Michelin-Werke,
- Rücknahme der im Zusammenhang mit dem Streik vorgenommenen Entlassungen,
- keine Überstunden und Sonderschichten in Michelin-Betrieben anderer Länder („Spanien-informaciones" Nr. 9, 10.5.76).

Ausgelöst wurde der Streik zunächst durch die Weigerung des Konzerns, die neue verminderte gesetzliche Arbeitszeit einzuführen; aufgrund von Aktionen zur Durchsetzung der gesetzlichen Arbeitszeit wurde am 29.1.1976 ein aktiver Kollege entlassen (Werk Valladolid), woraufhin zunächst dieses Werk bestreikt wurde, während sich die anderen spanischen Michelin-Werke am 8.2. dem Streik anschlossen. Es wurde ein zentrales Streikkomitee gebildet. Von Seiten der Michelin-Kapitalisten hieß die Antwort: Entlassung mehrerer hundert Kollegen, Einschüchterungsversuche durch Drohbriefe, Besetzung der Werke durch Polizei, mehrfach Festnahmen von aktiven Kollegen, Besuche der Abteilungsleiter bei den Frauen der Kollegen usw. – Die spanischen Michelin-Arbeiter bewiesen demgegenüber eine beispielhafte Geschlossenheit. Es gelang ihnen, etliche Wochen hindurch nicht nur die eigenen Reihen fest zusammenzuhalten, sondern darüber hinaus eine effektive Informationspolitik gegenüber den Michelin-Arbeitern in den anderen Ländern Westeuropas zu entfalten und zugleich am Ort eine breite Solidarität innerhalb der Arbeiterklasse und darüber hinaus in anderen Teilen der Bevölkerung zu erhalten.

So erbrachte eine Solidaritätssammlung in zahlreichen spanischen Betrieben und auch in den anderen westeuropäischen Michelin-Betrieben und auf internationalen Solidaritätsveranstaltungen einen bedeutenden Teil der nötigen Streikgelder. In Aranda z.B. stundeten die Händler für die streikenden Arbeiter die Ratenzahlungen und gaben Waren auf Kredit ab, während die Bauern der Umgebung zum Teil den Bedarf an Lebensmitteln für die Familien der Streikenden kostenlos bereitstellten.

Am 8.3. trafen sich in Clermont-Ferrand (Frankreich) Vertreter aller Belegschaften der Michelin-Werke, um die Zusammenarbeit zu erörtern; lediglich aus der BRD war leider keine Abordnung da („Spanien-informaciones" Nr. 9). Am 7./8.5.1976 fand in Turin (Italien) ein Treffen zwischen Vertretern der spanischen Michelin-Arbeiter und den Sekretariaten der italienischen Chemie-Gewerkschaft FULC statt, auf dem erste Schritte für einen internationalen Kampftag der westeuropäischen Michelin-Arbeiter beraten wurden.

Am 12.5. trafen sich wiederum in Clermont-Ferrand (Frankreich) Vertreter der französischen Gewerkschaften, der italienischen Chemie-Gewerkschaft und der spanischen Michelin-Arbeiter.

Auch im Michelin-Werk Kreuznach in der BRD ist die Solidaritätssammlung für die spanischen Kollegen unterstützt worden. ●

Spanien-Kommission

Bruno Friedrich schockt durch Dreistigkeit

Im „Deutschen Kulturinstitut" in Madrid hatte der SPD-Sprecher für Außenpolitik im Bundestag, Bruno Friedrich, eine Diskussion mit Vertretern der spanischen sozialdemokratischen Gruppen und der revisionistischen PC, die in dem Oppositionsbündnis „Demokratische Koordination" zusammen mit zwölf anderen oppositionellen Gruppen zusammengeschlossen sind. Herr Friedrich wollte offenbar den auf dem linksbürgerlichen Flügel angesiedelten Parteien nochmal ordentlich auf den Zahn fühlen. Von dem PC-Sprecher, Manuel Azcarate, erhielt er denn auch solche Zusicherungen wie, daß die spanischen Revisionisten Wahlen und Parlamentsentscheidungen respektieren würden, daß sie für den Schutz kleinerer und mittlerer Unternehmer gegen die Monopole eintreten sowie Respekt vor Privatschulen und religiöser Erziehung an den Tag legen werden.

Unverblümt und dreist forderte Friedrichs daraufhin Azcarate auf, doch endlich einmal klarzustellen, was denn die „Eurokommunisten" Spaniens, Italiens und Frankreichs eigentlich noch vom sozialdemokratischen Konzept des „demokratischen Sozialismus" unterscheide, und wann sie endlich offen dem Marxismus-Leninismus abschwören würden.

Insbesondere warnte Herr Friedrich als authentischer Vertreter des westdeutschen Imperialismus vor „schablonenhaften Wirtschaftsmodellen" und setzte sich für die weitere Sicherung von Auslandsinvestitionen in Spanien ein (Spanien hat eine für ausländisches Kapital extrem günstige Steuergesetzgebung). Herr Friedrich wies selbstzufrieden daraufhin, daß die BRD immerhin im Jahre 1975 3,5 Milliarden (!) Mark in Spanien investiert habe und warnte die Opposition, *„in der Phase des Wechsels keinen wirtschaftlichen Rückschlag zu riskieren"*.

Wer die Macht hat, braucht nicht höflich zu sein. *„Etliche Spanier fühlten sich durch diese Aussagen verletzt. Sprecher der Kommunisten und der linken christlichen Demokraten wiesen sie offen zurück"* („SZ", 10.6.1976). ●

Spanien-Kommission

Juan Carlos in den USA

Juan Carlos, König von Francos Gnaden, hat auf seiner ersten internationalen Aufwertungsreise für das Nach-Franco-Spanien einen ersten diplomatischen Erfolg bei seinem treuesten Bündnispartner, den USA, gehabt. Der König will noch in diesem Jahr ähnliche Reisen ins europäische Ausland unternehmen.

Der Franco-Zögling bekam Gelegenheit, in den USA eine heuchlerische Rede vor den beiden Häusern des US-Kongresses zu halten, die voll die „Erwartungen der US-Senatoren erfüllte". Der König versprach, daß in Spanien bald *„jeder Bürger vollen Spielraum für die politische Mitwirkung habe. Die Krone schützt das ganze Volk und jeden Bürger, indem sie Gerechtigkeit durch Gesetze und die Praktizierung der Bürgerfreiheiten garantiert"* („Süddeutsche Zeitung", 4.6.1976).

Diese Versicherungen sind eine besondere Verlogenheit, wenn man sie ins Verhältnis zu einer der wichtigsten „Reformen" der Juan Carlos-Ära, zum „Parteiengesetz", stellt, das alle Parteien auf die faschistische „Movimiento"-Ideologie verpflichtet.

Die diplomatische Hofierungs- und Anerkennungswelle Spaniens hat durch diesen ersten offiziellen Auslandsbesuch eines spanischen Staatsoberhauptes nach dem Bürgerkrieg einen neuen Höhepunkt erreicht – und das, obwohl vielfach, zum Teil sogar von der bürgerlichen Presse, zugegeben wird, daß die Unterdrückung der Opposition in diesem Land schlimmer als zu Francos Zeiten ist!

Spanien-Kommission

Juan Carlos würdig empfangen ...

Auf seiner Reise in die USA hat Juan Carlos in der Dominikanischen Republik Zwischenstation gemacht. Schon vor seinem Eintreffen in der Hauptstadt Santo Domingo demonstrierten zahlreiche Studenten und Schüler gegen den Besuch des gekrönten Faschisten. Gegen die anrückenden Polizeitruppen setzten die antifaschistischen Demonstranten sich mit angezündeten Autoreifen und mit einer Steinschlacht zur Wehr.

Ein passender Empfang; so sollte dem spanischen Regime und seinen internationalen Verbündeten die weltweite „Ehrenrettungs"-Kampagne auch in anderen Ländern vermasselt werden. ●

Spanien-Kommission

„Amnista laboral"

„Amnistia laboral" heißt soviel wie betriebliche Amnestie. „Amnistia laboral" ist die unter der spanischen Arbeiterklasse sehr stark verbreitete Forderung bei Arbeitskämpfen nach einerseits Freiheit für ihre verhafteten Kollegen und andererseits Wiedereinstellung der bei Arbeitskämpfen entlassenen Kollegen. Zur Zeit läuft eine regelrechte Kampagne für diese Forderung in vielen Fabriken des Landes: zum Teil sitzen die Entlassenen vor dem Fabriktor, bis sie unter dem Druck der Solidarität ihrer Kollegen wieder eingestellt werden. Es ist in den letzten Monaten vielfach vorgekommen, daß die Arbeiter eines Betriebes allein aus dem Grund ihren Streik fortsetzten, weil die Kapitalisten alle Arbeiter entlassen hatten.

In letzter Zeit hat es einige, für westeuropäische Verhältnisse fast unvorstellbare, Erfolge in diesem zähen Kampf der spanischen Arbeiterklasse gegeben.

So erreichten die SEAT-Arbeiter, die in diesem Jahr auf eine Tariferhöhung verzichteten, und als einzige Forderung die Wiedereinstellung von ca. 400 1974 entlassenen Kollegen forderten, die Wiedereinstellung derselben, allerdings bis auf etwa 15 oder 20, die von den Kapitalisten als besonders „gefährlich" bezeichnet wurden. Die SEAT-Arbeiter werden auch sie nicht vergessen.

Fast abenteuerlich mutet die Meldung an, daß die Arbeiter der Kesselschmiede Babcock & Wilcox in Bilbao vor einigen Wochen durchsetzten, daß alle Arbeiter, die seit 1939 (Ende des Bürgerkrieges) aus Streikgründen entlassen wurden, wieder eingestellt werden („Spanien aktuell", 27.5.1976)!

Anfang Mai 1976 wurden bei Siemens/Cornellá (bei Barcelona) 40 Arbeiter wieder eingestellt, die 1962 entlassen worden waren. Bei Clausor (ebenfalls Cornellá) wurden acht Arbeiter, die 1972 bei einem Streik entlassen worden waren, wieder eingestellt. Ebenso setzten die Arbeiter ihre Forderung nach „amnistia laboral" in der staatlichen Bergwerksgesellschaft Hunosa und im Stahlwerk Ensidesa durch. Bei den Metall-Tarifverhandlungen hatte die ganze Branche dieses Jahr als erste und wichtigste Forderung die Wiedereinstellung der Entlassenen!

Es ist wohl nicht übertrieben zu sagen, daß die spanische Arbeiterklasse, die nicht einmal ein Streikrecht vom Faschismus zuerkannt bekommt, in puncto Solidarität ein Vorkämpfer für alle europäischen Arbeiterklassen ist. ●

Spanien-Kommission

Zehntausend Antifaschisten gedenken ermordeten Dichters

Zum 78. Geburtstag des republikanischen Dichters Federico Garcia Lorca, der vor vierzig Jahren von den Faschisten heimtückisch und grausam ermordet wurde und um dessen Tod das Franco-Regime jahrzehntelang schweinische Legenden verbreitet hat, versammelten sich in seiner Geburtsstadt Fuente Vaqueros (Andalusien) am 5. Juni über zehntausend Menschen. Es wurden neben Gedichten aus der Zeit des antifaschistischen Krieges auch Enthüllungen über die Ermordung des Dichters und über heutige Verbrechen des Regimes vorgetragen. Immer wieder riefen die Versammelten nach Freiheit und Amnestie. Federico Garcia Lorca ist auch heute noch einer der bekanntesten Dichter Spaniens. ●

Spanien-Kommission

Teilnahme am Tod Ulrike Meinhofs in England

Teilnahme am Tod Ulrike Meinhofs in England



Mehrere Menschen bezogen vor dem Lufthansa-Büro in London mit Schildern und Flugblättern Streikposten, um gegen den Tod Ulrike Meinhofs und die Haftbedingungen für politische Häftlinge, die Berufsverbote und die zunehmende Rechtsentwicklung in der BRD zu protestieren. Aufgerufen hatte dazu die „Kampagne gegen Unterdrückung in der BRD". Die Transparente: *„Keine Schauprozesse", „Mord durch Internierung", „Schluß mit der Hexenjagd auf deutsche Sozialisten", „Westdeutsche Gesetze – Nazi-Gesetze?"* (Informationen aus „The News Line", Zeitung der „Workers Revolutionary Party", 24.5.76).

England-Kommission

Reaktion ruft nach „Konterrevolution in der Bildung"

Am 16. Mai rief der bekannte Reaktionär und Tory-Abgeordnete Rhodes Boyson (wörtlich!) zur *„Konterrevolution in der Schulbildung unter Führung der Konservativen Partei"* auf, denn die Eltern wären viel zu lange den *„linken Erpressungen"* mit der Gesamtschule seitens der Labour-Gemeinderäte, Erziehungsberater und selbst der Lehrergewerkschaft NUT ausgesetzt gewesen („Guardian", 17.5.76).

Als lobenswertes Beispiel nannte „Bildungsexperte" Boyson Groß-Manchester. Hier hatten die Tories bei den Gemeindewahlen am 6.5. mit knapper Mehrheit die Regierungsgewalt übernommen und kündigten bereits wenige Stunden später an, die seit langem für September geplante allgemeine Einführung der Gesamtschule zu stoppen und ebenfalls in wenigen Wochen die bereits abgeschafften Aufnahmeprüfungen für die „höhere" Schule durchzuführen.

Teilweise aus „rein organisatorischen Gründen" protestierten hiergegen sogar traditionell reaktionäre Lehrerverbände und drohten, die Ausleseprüfungen zu boykottieren. Unterstützt wurden sie von den Industriegewerkschaften, die selbst Sympathiestreiks und Demonstrationen ankündigten. Inzwischen haben die Tories in einem „Kompromiß" auf die Ausleseprüfung verzichtet, wollen aber die 5 Oberschulen aufrechterhalten („Guardian", 22.5.).

Das Gesetz, das gegenwärtig im Unterhaus vorbereitet wird, um ab September in ganz England und Wales die Gesamtschule zur Regelschule zu machen, droht nun ebenfalls nicht mehr zum neuen Schuljahr in Kraft zu treten, nachdem die Tories in den Ausschüssen erfolgreich die Verzögerungstaktik angewandt haben. Nachdem sie damit ein Jahr gewonnen haben, hoffen die Tories daraus auch noch einen Wahlschlager zu machen („Guardian", 14.5.76). Die nächste Wahlparole könnte auch in England „Freiheit oder Sozialismus" heissen ...

England-Kommission

England

Reform der Strafprozeßordnung angekündigt

Ende April legte der sogenannte Devlin-Ausschuß seine Empfehlungen vor, wie künftig bei Strafprozessen Fehlurteile vermieden oder später leichter korrigiert werden können. Danach soll die bisherige Bestimmung gelockert werden, wonach vom Innenministerium die Neuaufnahme eines Prozesses nur dann angeordnet werden kann, wenn vorher bereits der eindeutige Beweis für ein Fehlurteil erbracht werden kann. Die Empfehlungen zielen jedoch hauptsächlich auf schärfere Bestimmungen hinsichtlich der Beweiskraft von Zeugengegenüberstellungen und Identifizierung mutmaßlicher Täter per Photo. Künftig soll bis auf wenige Ausnahmen der Grundsatz gelten, daß eine Identifizierung des Täters durch Augenzeugen nicht mehr als alleiniges Beweismittel gelten darf. – Zur Zeit ist es sogar zulässig, daß ein Zeuge den Täter erst auf der Anklagebank „erkennt"! („Guardian", 28. 4. 76).



„Wenn Sie den großen schwarzen Mann sehen, der Ihre Handtasche geklaut hat, dann pieken Sie ihm mit Ihrem weißen Stock in seinen roten Pullover..."

Polizeiwillkür

Der Ausschuß war eingesetzt worden, als 1974 zwei krasse Fehlurteile auf Grund falscher Zeugengegenüberstellungen bekannt wurden. Derzeit vergeht kaum eine Woche, in der nicht ein ähnlich gelagerter Fall in England Schlagzeilen macht. Hier zwei Beispiele, wie mit dem bisherigen Verfahren unschuldige Menschen fertiggemacht werden können:

Peter Hain, Vorsitzender der Jungliberalen (!), wurde im April von der Anklage freigesprochen, in einer Bank Geld geraubt zu haben. Die einzigen Beweise, die zu seiner Anklage geführt hatten, waren die Behauptungen von drei zwölfjährigen Jungen und die Aussage der Kassiererin. Obwohl im Oktober 1975 die Zeugengegenüberstellung noch am Vorabend von Londons größter Abendzeitung auf der Titelseite mit Großphoto von Peter Hain (!) angekündigt wurde, konnten ihn schon damals fünf weitere Augenzeugen nicht identifizieren.

Es besteht der Verdacht, daß Peter Hain mit diesem Verfahren diffamiert werden sollte, nach Aussagen eines ehemaligen südafrikanischen Spitzels handelte es sich um eine Falle des südafrikanischen Geheimdienstes BOSS. (s. auch Ak-Berichterstattung in der letzten Nummer) – Peter Hain, dessen Vater bereits Südafrika wegen seiner antirassistischen Haltung verlassen mußte, wurde schon 1969/70 durch breite Anti-Apartheid-Kampagnen bekannt. Er erreichte u. a., daß 1970 die alljährliche Englandtour der südafrikanischen Kricketmannschaft abgesagt werden mußte. Schon bei der ersten Vernehmung Peter Hains hatte ein Kripo-Bulle zu ihm gesagt: *„Du hast mit Deinen Protestaktionen schon reichlich Unruhe gestiftet – diesmal werden wir sicherstellen, daß die Anzeige auf Dir sitzenbleibt!"* („Guardian", 10. 4. 76).

George Davis, Londoner Taxifahrer, wurde am 11. Mai überraschend aus dem Knast entlassen, wo er bereits zwei von 20 Jahren abgesessen hatte – wegen Raubüberfall. Einzige Beweise gegen ihn waren die Aussagen von fünf Bullen, die ihn bei einer Gegenüberstellung „erkannt" hatten. George Davis wurde verknackt, obwohl er ein Alibi hatte und alles andere Beweismaterial gegen seine Beteiligung sprach. Seine jetzige Freilassung erfolgte ohne Rehabilitierung, d. h. er hat keinen Anspruch auf Entschädigung. Unter der Parole „George Davis ist unschuldig" lief schon seit langem eine Kampagne, die zunächst nur von Freunden und Verwandten getragen, später sogar nationale Bekanntheit erreichte, besonders durch eine Aktion, bei der der Rasen vor einem Kricketländerspiel heimlich „behandelt" wurde, um auf George Davis aufmerksam zu machen. Als „Rädelsführer" wurde anschließend Peter Chappell vor Gericht gestellt; der im Rahmen dieser Kampagne stets besondere Phantasie entwickelt hatte und noch heute seine 18 Monate dafür absitzt. Auch im Knast führte er die Kampagne weiter: Es gelang ihm, in den Knastwerkstätten 3000 T-Shirts mit der Parole „George Davis ist unschuldig" zu bedrucken! Jetzt kämpft George für die Freilassung Peters („Guardian" 27.5.76).

Justizwillkür kein Einzelfall

Die breiten Presseberichte in den letzten Wochen haben der Organisation JAIL (Justice against Identification Laws) erneut Auftrieb gegeben. Sie wurde von betroffenen Angehörigen gegründet mit dem Ziel, künftig solche Willkürurteile unmöglich zu machen. Am 23. Mai organisierte JAIL in London einen ersten „Kongreß", an dem 250 betroffene Familienangehörige teilnahmen und Erfahrungen austauschten. Bei einer anschließenden Demonstration trugen sie die Namen von über 50 Verurteilten, die wegen fragwürdiger Zeugenaussagen oder gar bewußter Polizeimanipulation im Knast sitzen („Guardian", 24.5.76). ●

England-Kommission

Der Ausschuß war eingesetzt worden, als 1974 zwei krasse Fehlurteile auf Grund falscher Zeugengegenüberstellungen bekannt wurden. Derzeit vergeht kaum eine Woche, in der nicht ein ähnlich gelagerter Fall in England Schlagzeilen macht. Hier zwei Bei-

Berichterstattung in der letzten Nummer) – Peter Hain, dessen Vater bereits Südafrika wegen seiner antirassistischen Haltung verlassen mußte, wurde schon 1969/70 durch breite Anti-Apartheid-Kampagnen bekannt. Er erreichte u. a., daß 1970 die alljährliche Englandtour der südafrika-

einer anschließenden Demonstration trugen sie die Namen von über 50 Verurteilten, die wegen fragwürdiger Zeugenaussagen oder gar bewußter Polizeimanipulation im Knast sitzen („Guardian", 24.5.76). ●

England-Kommission

Frauen erfolgreich gegen Lohnraub

Mit einem 6-wöchigen Streik vereitelten 400 Putzfrauen im schottisch-englischen Grenzgebiet die Pläne der Regionalverwaltung, auf ihrem Rükken die Reinigungskosten für 90 Schulen zu senken. In 5 benachbarten Städten sollte ihre Arbeitszeit um ein Drittel auf 15 Stunden und ihr Lohn entsprechend auf ganze 8,50 Pfund (ca. 40 (!) DM) wöchentlich gesenkt werden.

Die Frauen nahmen diesen Angriff nicht hin, bildeten ein gemeinsames Streikkomitee und stellten Streikposten auf, die auch von den männlichen Gemeindearbeitern (Müllabfuhr usw.) beachtet wurden. Bald mußten die ersten Schulen geschlossen werden. Angesichts der Entschlossenheit der Frauen, „notfalls bis Weihnachten zu streiken", gaben die Behörden erst mal nach. Dabei spielt aber wohl auch eine Rolle, daß sich Gewerkschaftsfunktionäre bereit erklärt haben, in einem „Sparausschuß" mit zuarbeiten. – Die nächsten Angriffe kommen bestimmt. (nach „Socialist Worker" v. 8., 15. und 22.5.).

England-Kommission



Putzfrauen auf Streikposten vor einer schottischen Schule

Aktionen gegen Arbeitslosigkeit

Am 21. Mai protestierten etwa 1500 Arbeitslose und Gewerkschafter vor einem Nordlondoner Gericht dagegen, daß 43 Kollegen am 19. März nach einem Polizeiüberfall auf den Arbeitslosen-Marsch der „Right to Work" (Recht auf Arbeit)-Kampagne festgenommen wurden und nun vor Gericht erscheinen mußten. Nachdem das Gericht den Prozeßbeginn auf den 17. September festgelegt hatte, marschierten die Demonstranten gemeinsam zur Stelle des Polizeiüberfalls. Auf der Abschlußkundgebung sagte John Deason, „Right-to-Work"-Sekretär und selbst einer der Angeklagten: *„Die beste Verteidigung besteht darin, den Kampf für das Recht auf Arbeit und gegen Lohnabkommen mit der Regierung fortzusetzen"* („Socialist Worker", 29.5.).

Am 26.5. organisierten verschiedene gewerkschaftliche Gremien auf Beschluß der „Konferenz gegen Arbeitslosigkeit" in England einen nationalen Aktionstag. Der Aufruf der „Konferenz", die von Vertretern der revisionistischen KP und linken Sozialdemokraten bestimmt wird, wurde auch von der „Right-to-Work"-Kampagne unterstützt. An der größten Demonstration, die an diesem Tag in London stattfand, beteiligten sich laut „Guardian" über 7.000 Menschen. Auf der Kundgebung griffen Sprecher die Lohnpolitik der Regierung an und forderten Importkontrollen („Guardian", 27.5.76). ●

England-Kommission



Solidaritätskundgebung vor dem Gefängnis

Skandinavien

Schweden

„Mitbestimmung" zur Bekämpfung der Arbeiterklasse

Am 3.6. wurde im schwedischen Reichstag nach langer Debatte das von der sozialdemokratischen Regierung vorgelegte Gesetz zur „Mitbestimmung im Arbeitsleben" verabschiedet, das am 1. Januar 1977 in Kraft treten soll.

Palme bezeichnete die Verabschiedung des neuen Gesetzes als „die radikalste und gründlichste Reform seit Einführung des allgemeinen Wahlrechts" vor 60 Jahren in Schweden („SZ", 4.6.76). Tatsächlich ist dieses Gesetz ein weiterer Schritt in der Klassenzusammenarbeit zwischen Kapitalisten und Gewerkschaften. Es enthält schärfere Maßnahmen in der Bekämpfung von Streiks, sodaß es zu Recht von der schwedischen Linken als Anti-Streik-Gesetz bezeichnet wird.

Einige Punkte aus diesem Gesetz: *„Die Kollektivabsprachen sollen sich künftig nicht nur auf die Löhne beschränken"*, sondern *„auch Abkommen über die Einflußnahme auf Arbeits- und Unternehmensführung"* enthalten, also bei Investitionen, Rationalisierungen etc. („Welt", 4.6.76). Damit soll eine verstärkte Eingliederung der Gewerkschaften in die Unternehmens- und Gesellschaftsplanung im Interesse des schwedischen Kapitals durchgesetzt werden.

Durch die Mitarbeit von Gewerkschaftsvertretern bei Rationalisierungen etc. soll von vornherein ein breiterer Widerstand der Arbeiterklasse verhindert werden. So ist die im neuen Arbeitsrecht enthaltene Verpflichtung auf Information und die damit verbundene Akteneinsicht der Gewerkschaftsvertreter in alle Geschäftsunterlagen nur als Farce zu verstehen. Denn das Gesetz gibt den Kapitalisten die Möglichkeit, die Auskunft über Finanzen und Pläne zu verweigern, wenn große „Geldsummen im Spiel" sind, ohne daß dies näher erläutert werden muß („Welt", 4.6.76). Darüberhinaus sind die Gewerkschaften zur vertraulichen Behandlung der Informationen verpflichtet. Damit ist die Schweigepflicht endgültig zementiert.

Ein weiterer Punkt dieser „Reform" Marke Sozialdemokratie: *„Bei unterschiedlicher Auslegung des Kollektivabkommens hat der Arbeitgeber eine zehntägige Frist, zu einem Arbeitsgericht zu gehen. Bis dahin gilt die Auffassung der Gewerkschaft. Das Arbeitsgericht trifft eine beide Seiten bindende Entscheidung"* („FR", 4.6.76). Damit wird insgesamt eine Einschränkung des Streikrechts vorgenommen und die Auseinandersetzungen den bürgerlichen Arbeitsgerichten übertragen. Es ist wohl klar, wie hier die zukünftigen Entscheidungen aussehen werden!

Doch damit noch nicht genug. Die Kapitalisten können nach wie vor eine *„Notsituation"* (!?) oder *„besondere Umstände"* anführen, sodaß das Auslegungsrecht auf ihrer Seite ist („Welt", 4.6.76).

Enthält das Mitbestimmungsgesetz zwar die Streichung des § 32, der dem Kapitalisten per Gesetz das Recht gab, Entlassungen etc. durchzuführen, ist jetzt die Möglichkeit geschaffen, wesentlich undurchsichtiger in trautem Einvernehmen mit den Gewerkschaftsvertretern der LO (der schwedische Gewerkschaftsverband) eine Politik im Sinne der Kapitalisten durchzusetzen. Das wird auch an folgender, im Gesetz enthaltenen Regelung deutlich: *„Bei einem wilden Streik ist der Arbeitgeber verpflichtet, zusammen mit den Gewerkschaften zu versuchen, den Streik zu beenden"* („Welt", 4.6.76). Gleichzeitig damit wurde insgesamt die Schadensersatzpflicht bei Teilnahme an sogenannten wilden Streiks auf nicht festgesetzte Geldsummen erhöht.

Aus all dem wird deutlich, daß der *„wichtigste Beschluß dieses Jahrzehnts"* (Olaf Palme) eine willkommene Maßnahme im Interesse der schwedischen Kapitalisten darstellt, um eine insgesamt schärfere Gangart gegen die Arbeiterklasse vorzunehmen.

So äußerte der schwedische Kapitalistenvertreter Marcus Wallenberg schon 1974 zufrieden, daß *„er nichts gegen die Neuodrnung habe"* und daß *„die Arbeitnehmervertreter alles tun (sollen), um zum Gelingen der Mitbestimmung beizutragen"* (!) („FAZ", 19.2.74). Ein deutlicher Wink an die schwedische Gewerkschaftsführung zur Zusammenarbeit!

Skandinavien-Kommission

Dänemark

Dänemark

Zweifelhafter Kompromiß

Die sozialdemokratische Fraktion in Dänemarks Parlament hat nach stundenlangen Verhandlungen sich auf einen sog. „Kompromiß" geeinigt: Sie akzeptierte eine Regelung, bei der Streikbrecher nicht mehr am Betreten der Betriebe gehindert werden dürfen.

Im dänischen Parlament war daher eine entsprechende Abstimmung möglich geworden. Im Falle, daß die Sozialdemokraten diese Regelung abgelehnt hätten, wäre es mit Sicherheit zu Neuwahlen gekommen, da sich die dänischen Sozialdemokraten nur auf eine Minderheitsregierung stützen können. Was tut man nicht alles, um auf den bewußten Stühlen zu bleiben!! (Nach einer Meldung imNDR II, 5.6.76).

Skandinavien-Kommission

Finnland

„Volksfrontregierung" = Lohnraubregierung

Die erst am 30.11.75 durch Präsident Kekkonen ins Leben gerufene Fünf-Parteien-Regierung schliddert von einer Krise in die nächste. Die „Schuld" wird der zweitstärksten Partei des Landes, der mit vier Ministern an der Regierung beteiligten revisionistischen KP gegeben. Sie würden für sich „Sonderrechte" in Anspruch nehmen. Diese Fassung hat jedoch mit der Realität nicht im Entferntesten etwas zu tun, sie wird vielmehr als „Untermauerung" für die laufende reaktionäre Kampagne, vor allem des US- und BRD-Imperialismus gegen sog. „Volksfrontabenteuer" von eben diesen Kräften und ihrem Anhang ins Leben gerufen. Die Krise der finnischen Fünf-Parteien-Regierung ist die Krise des finnischen Kapitalismus!

Warum eine „Volksfrontregierung"?

Finnland ist das Land Westeuropas, das in seinen parlamentarischen Traditionen, was die Instabilität der Regierungen anbetrifft, Italien ernsthaft Konkurrenz macht:

Über 30 Regierungen in 30 Jahren! War es in Italien die Christdemokratie, auf die sich die Bourgeoisie hauptäschlich stützte und stützt, ist es in Finnland die Sozialdemokratie, die die bisher stärkste Partei des Landes bildet und die von der Bourgeoisie lange Zeit geschickt zur „Befriedung" der Arbeiterklasse eingesetzt werden konnte. An reaktionären Maßnahmen steht sie Italiens Christdemokraten nur wenig nach. Sie ist bekannt als eine Partei, deren Politik den Lohnstopp genauso einschließt wie den Arbeitermord: Als 1949, im Rahmen eines Streiks, 2.000 Arbeiter mit Frauen und Kindern einen friedlichen Demonstrationszug veranstalteten, ließ die sozialdemokratisch geführte Polizei ohne einen Auflösungsbefehl zu geben, in die Menge schießen. **Es gab zwei Tote und viele Verletzte.**

Kein Wunder also, daß selbst die großbürgerliche Zeitung „Vaasa" 1950 befriedigt feststellen konnte: *„Hätte im Lande eine rein aus bürgerlichen Parteien zusammengesetzte Regierung geherrscht, so ist sicher, daß die Arbeitermassen und die Gewerkschaften niemals hätten in solcher Ordnung gehalten werden können, wie unter den Sozialdemokraten."* (zitiert nach: *„Klassenkämpfe in Finnland heute"*) Ein relativ kontinuierlicher Aufschwung des Kapitalismus, bei gleichzeitigem Rückgang der Arbeiterbewegung war die Folge. Diese Zeiten scheinen heute vorbei und das in zweierlei Hinsicht: *„Finnlands Wirtschaftskrise wird von einer siebzehnprozentigen Inflation, einem Außenhandelsdefizit von 8 Milliarden Finnmark* (ca. 5,5 Mrd. DM, Anm. AK) *für 1975 – fast doppelt soviel wie 1974 – und einer Arbeitslosigkeit von wahrscheinlich demnächst 3,5 Prozent gekennzeichnet."* („Frankfurter Allgemeine Zeitung" (FAZ). 2.12.75).

Das ist die eine Seite. Die andere Seite sind die Kampfaktionen des finnischen Proletariats, das mit immer neuen Wellen spontaner Streiks die gebührende Antwort auf diese Entwicklung parat hat.

Die finnische Bourgeoisie mußte sich auf diese Entwicklung einstellen. Eine „Nationale Krisenregierung" wurde aus der Trickkiste gezaubert. Nachdem durch vorzeitige Neuwahlen die alte sog. „Expertenregierung" (praktisch eine Allparteienregierung unter dem Deckmantel einer um das „Wohl des Volkes" besorgten Expertencrew, geführt von dem Sozialdemokraten Liinamaa) zu Fall gebracht worden war, begannen Koalitionsverhandlungen der verschiedenen Parteien.

Die sehr niedrige Wahlbeteiligung – sie sank von 81,4% 1972 auf 73,6 % 1975 –, der Stimmrückgang bei den Sozialdemokraten und die Stimmengewinne für die Revisionisten bestärkten die Bourgeoisie in ihrem Konzept, der *„links-bürgerlichen Notstandsregierung"* unter Einschluß der KP: *„Nur durch eine Bindung der KP an die nationale Verantwortung glaubt Kekkonen eine Garantie für einen ruhigen Arbeitsmarkt zu gewinnen, erste Voraussetzung zur Überwindung der Wirtschaftskrise."* („Welt", 7.11.75).

Erinnert das nicht fatal an die schon 1950, damals allerdings noch über den Klassenverrat der Sozialdemokratie geschriebenen Zeilen?!

„Historischer Kompromiß" in Finnland

Die „neue Sozialdemokratie", die Revisionisten, wollen der alten in nichts nachstehen, die Notstandsregierung kam nach „dramatischen" Beschwörungen Kekkonens unter Führung des „Zentrums"-Politikers Miettunens zustande. In ihr stellen Sozialdemokraten, Schwedische Volkspartei, Zentrum, Liberale und Revisionisten die Minister. Sie vereinigen 150 von 200 Sitzen im Reichstag auf sich.

Die „Süddeutsche Zeitung" vom 2.12.75 schätzte ganz realistisch ein: *„Die neue Regierung umfaßt ... zum ersten Mal nach langen Jahren auch ... Kommunisten. Man kann nicht sagen, daß darin etwa ein Linksruck der finnischen Regierungspolitik liegt, eher ist es ein Rechtsruck der Kommunisten ..."*. *„Kekkonens Ziel ist, erklärte nun Saarinen* (Vorsitzender der finnischen KP und Führer der rechten Fraktion, Anm. AK) *vor dem ZK, uns ins System auf gleiche Weise zu integrieren, wie es bereits vor Jahrzehnten mit der Sozialdemokratie geschehen ist."* („Neue Zürcher Zeitung", (NZZ), 16.1.76).

Die finnischen „KP"-Führer haben schon 1965 die Diktatur des Proletariats aus dem Programm gestrichen und vom „friedlichen und nationalen Weg" zum Sozialismus geschwätzt. Warum sollten sie nicht jetzt auch helfen, *„den Berg der Auslandsschulden durch eine Sparpolitik"* mitabzubauen („FAZ", 27.11.75), *„die auch vor den Ausgaben für Soziales und Schulen nicht halt machen werden"* („SZ", 19.5.76), *„den Rückhalt ... für ein wirtschaftliches Krisenprogramm"* herzustellen („FAZ", 29.11.75) und schließlich *„eine Garantie für einen ruhigen Arbeitsmarkt"* (s.o.) zu bieten? Wer sich dagegen ausspricht, wird als „Maoist" und damit übles Element, das mit der Reaktion paktiert, beschimpft.

Selbst die innerparteiliche Opposition der finnischen „KP" muß sich heute bereits den Vorwurf des „Maoismus" gefallen lassen („NZZ", 15. 5.76). Die in der bürgerlichen Presse als *„stalinistisch-traditionalistische Minderheit"* (im ZK 14 von 34 Stimmen) bezeichnete „linke" Fraktion der revisionistischen Partei ist jedoch alles andere als „maoistisch".

Die „KP" insgesamt verurteilt „energisch" die Politik der KP Chinas und alle maoistischen Gruppen, behauptet, sie stünden im Bündnis mit den reaktionärsten Kräften usw. usf. („Neues Deutschland", 17.3.76).

In der Partei vollzieht sich der Linienkampf lediglich um die Frage, ob man mehr in Richtung der französischen und italienischen Revisionisten seine Politik ausrichten soll oder nicht.

Aktuell hat sich der Konflikt an der geplanten Erhöhung der Umsatzsteuer entzündet.

Die Revisionisten stimmten zwar formell dagegen, auch wenn Parteichef Saarinen wohl mit sich darüber reden lassen wollte, eine selektive Erhöhung statt einer generellen vorzunehmen, das heißt, *„gewisse Gebrauchsartikel von der Steuerverschärfung auszunehmen"* („NZZ", 6.3.76). *„Eine Zeitung der kommunistischen Minoritätsgruppe* (in der KP, Anm. AK) *verkündete ... bereits, daß die KP nicht in einer Regierung bleiben könne, die einen Beschluß zur Erhöhung der Steuern fasse ..."* („NZZ", 21.5.76). Um das korrekt weiterzuführen: Ein Kommunist kann nicht in einer solchen Organisation wie der „KP" Finnlands bleiben!

Hier wird von den „Linken" versucht – ebenso wie es hier die Jusos für die SPD machen – die Revisionisten für die Arbeiterklasse wählbar zu halten.

Am Beispiel Finnlands wird eine revisionistische Regierungsbeteiligung praktisch vorexerziert: Eine Regierung, die ein umfangreiches Sparprogramm etc. auf dem Rücken der Arbeiterklasse mit Hilfe der „Kommunisten" durchsetzt, eine „kommunistische" Partei, die den Kommunismus diskreditiert!

Skandinavien-Kommission

Griechenland

Griechenland

Terrorurteile gegen Demonstranten

37 Demonstranten, die an den Kämpfen gegen das „Anti-Streik-Gesetz" teilgenommen hatten, (siehe AK 81) wurde bereits vier Tage später der Prozeß gemacht.

Man vergleiche diese Eile mit der Verschleppungstaktik von Prozessen gegen Junta-Faschisten, die z.T. noch heute frei herumlaufen!

Den Angeklagten wurde vorgeworfen, sie hätten an einer illegalen Versammlung teilgenommen. Dieser Punkt mußte allerdings im Prozeßverlauf fallengelassen werden, da das **Verbot der Demonstration durch die Polizei verfassungswidrig war.**

(Zum Prozeß gegen die Polizei wird es allerdings mit Sicherheit nicht kommen).

Sonstige Anklagepunkte:
- Landfriedensbruch
- Amtsbeleidigung
- Körperverletzung
- Widerstand gegen die Staatsgewalt etc.

30 wurden verurteilt, zwölf sofort ins Gefängnis gebracht. Die Strafen liegen zwischen fünf Monaten und zwei Jahren Gefängnis!!

Griechenland/Türkei-Kommission

Jugendorganisation des Zentrums(EDIN) löst sich auf

Die EDIN („Griechische Demokratische Jugend"), Jugendorganisation der ehemaligen „Zentrumsunion – Neue Kräfte" (EK-ND; Mávros) hat sich am 1.6. 76 auf Beschluß ihres obersten Organs, des „Nationalen Rats", selbst aufgelöst. Sie stellte es ihren Mitgliedern frei, in welche Jugendorganisation sie überwechseln. Die EDIN hatte die hauptsächlich von der SPD gesteuerte Umwandlung der EK-ND durch ihre Zöglinge Mávros, Tsátsos, Mangákjis& Co in die offen sozialdemokratische EDIK („Griechische Demokratische Bewegung") nicht mitgemacht und einen unabhängigen Kurs verfolgt.

Ihr Generalsekretär Alékos Panaghoûlis trat kurz vor seiner Ermordung aus der EDIK aus. Angeblich wollte er der PASOK (Papandréou) beitreten. Diesen Weg werden aller Wahrscheinlichkeit nach die meisten Mitglieder auch gehen. Der kleinere Teil wird zur offiziellen Jugendorganisation der EDIK, ESDIN, überwechseln.

Griechenland/Türkei-Kommission

Studentenwahlen in Griechenland
Großartiger Sieg der Linken

Bei den Studentenwahlen in Griechenland erzielten die revolutionären und revisionistischen Organisationen einen überwältigenden Wahlerfolg.

Insbesondere die revisionistische PSK(Studentenorganisation der KKE) und die linkssozialistische PASP(PASOK) konnten ihre dominierende Stellung ausbauen. Leichte Gewinne gab es auch für die revolutionären Organisationen (+1,1%).

Dagegen verloren die rechtsentarteten Revisionisten von der KKE/„Inland", ebenso mußte die sozialdemokratische Studentenorganisation DP(EDIK-Mávros) leichte Verluste hinnehmen und ist nun mit gerade 4% (!!) fast zur völligen Bedeutungslosigkeit heruntergewirtschaftet.

Am meisten verloren die regierungstreuen Studenten der Karamanlis-Partei: Mit ihren 11,9% spielen sie jetzt keine allzu große Rolle mehr.

Zusammengenommen erzielten die linken Studentenorganisationen (von der KKE/Inland' – bis zu den Revolutionären)83,5% aller Stimmen. Im Winter 75 waren es 77,7%. Für westdeutsche Universitäten zur Nachahmung empfohlen!

Die Ergebnisse im einzelnen:

Organisation	76	75	Veränderungen
PSK(KKE)	28,2	23,9	+4,3%
PASP(PASOK)	27,1	24,2	+2,9%
DA (KKE/Inland)	18,1	20,6	-2,5%
Karamanlis-Studenten	11,9	16,1	-4,2%
PPSP (OMLE „ML")	5,7	5,4	+0,3%
AASPE(EKKE)	4,4	3,6	+0,8%
DP (EDIK)	4,0	4,7	-0,7%

Griechenland/Türkei-Kommission

Chile-Kampagne des KB

In den letzten Wochen haben wir unsere Solidarität mit dem kämpfenden chilenischen Volk und dem MIR fortgesetzt. Die Kampagne dauert noch an. Die erste Veranstaltungs-Serie hatten wir mit einigen unserer Mai-Veranstaltungen kombiniert, auf der Sprecher des MIR (u.a. Carmen Castillo), chilenische Musikgruppen etc. auftraten. Diese Veranstaltungen wurden von mehreren Tausend Menschen besucht, allein in Hamburg 5.000, in Westberlin 1.500, in Bremen 500 (vergl. AK 80).

Seit Mitte Mai haben wir die Kampagne auf weitere Städte und Orte ausgedehnt, in denen wir Veranstaltungen durchführten:

Ort	Anzahl der Besucher
Stuttgart	300
Witzenhausen	90
Emden	150
Karlsruhe	50
Köln	200
Kiel	170
Hann.Münden	20
Nürnberg	80
Hattorf/Harz	40
Erlangen	80
Landshut	45
Uslar	30
Hildesheim	80
Regensburg	50
Wilhelmshaven	20
Münster	130
Bamberg/Bayern	40
Bad Pyrmont	50
Cuxhaven	50
Gießen	100
Oldenburg	30
Delmenhorst	36
Tübingen	20
Schweinfurt	50

Auf diesen Veranstaltungen, deren Besucherzahlen wir – alles in allem – als recht erfolgreich betrachten, konnten über 3.500 DM für den MIR gesammelt werden (vergl. Spendenliste).

In den größeren Städten traten Sprecher des MIR (bzw. seiner westdeutschen Sympathisantengruppe GARM) auf; kleinere Veranstaltungen wurden durch neue chilenische Filme (über den Widerstand etc.) unterstützt.

Insbesondere auf den kleineren Veranstaltungen wurde oft stundenlang diskutiert, wobei es sowohl zu Auseinandersetzungen mit DKP und KBW kam, als auch mit solchen Menschen, die – offenbar erstmals auf einer von Kommunisten mitorganisierten Veranstaltung anwesend – dem Sozialismus insgesamt noch „skeptische" gegenüberstanden.

Wo die Veranstaltungen nicht direkt von unseren Ortsgruppen und örtlichen Sympathisanten durchgeführt wurden, waren örtliche Initiativen, wie Chile-Komitees oder Jugendzentren, in denen unsere Genossen mitarbeiten, Veranstalter. Insgesamt haben wir uns um örtliche Aktionsbündnisse mit anderen Gruppen bemüht – ohne übergroßen Erfolg allerdings.

Hervorgehoben werden muß die positive Rolle der CISNU (iranische Studenten), die uns bei der Durchführung der Kampagne allerorts – sofern anwesend – tatkräftig unterstützte. Dies gilt insbesondere für Köln, wo unsere noch sehr junge Sympathisanten-Gruppe ihre erste politische Veranstaltung überhaupt durchführte. – Aber auch andere Ausländergruppen haben uns – im Rahmen ihrer zumeist sehr bescheidenen Möglichkeiten – geholfen und eine aktive Rolle bei der Organisierung der Veranstaltungen gespielt. Dies gilt für Lotta Continua (italienische Revolutionäre), EFLE (eritreische Emigranten) AELA (lateinamerikanischeStudenten), palästinensische Genossen und ASU (äthiopische Studenten).

Die westdeutsche trotzkistische GIM ist mancherorts (z.B. Emden) Aktionseinheiten beigetreten, offenbar allerdings mehr formal, da sie weder in der Vorbereitung noch bei der Durchführung der Veranstaltungen einen Finger krümmte, in der Regel nicht einmal zu den Veranstaltungen selbst erschien. In Köln haben die GIM-Vertreter dann auch die Katze aus dem Sack gelassen und eine gemeinsame Chile-Veranstaltung mit uns rundweg abgelehnt und zwar mit verrückten Hinweisen auf eine Kritik unsererseits an der GIM im „Arbeiterkampf"-Extra zu Chile vom September 1975. Die GIM sollte sich aber damit abfinden, daß wir sie auch künftig immer dann kritisieren, wenn wir es für richtig und angebracht halten; bisher hat die GIM dies auch nicht anders gehandhabt.

Besonders kurios war das Verhalten des „Arbeiterbundes für den Wiederaufbau der KPD", der hauptsächlich in Bayern präsent ist. Der „Arbeiterbund ..." hat uns mehrmals versichert, daß er an einer Zusammenarbeit mit uns „sehr interessiert" sei. Offenbar verhält es sich aber mit diesen Versicherungen ebenso wie mit seinen Ankündigungen undWillensbekundungen zur politisch-theoretischen Auseinandersetzung, zu der er angeblich „stets bereit" und „völlig offen" ist, die aber gleichzeitig scheut, wie der Teufel das Weihwasser.

Wir beabsichtigten, die Regensburger Veranstaltung gemeinsam mit dem „Arbeiterbund ..." durchzuführen. Am 12. Mai wandten wir uns deshalb schriftlich an die örtliche Leitung des „Arbeiterbundes ..". Die Reaktion: Schweigen im Walde.

Am 18. Mai kam ein Gespräch mit einer leitenden Genossin zustande, die sich „sehr erfreut" vom Gedanken einer gemeinsamen Chile-Veranstaltung äußerte. In jedem Fall versprach man uns praktische Unterstützung (Raumbeschaffung, Mobilisierung etc.). Man wolle die Angelegenheit noch kurz innerhalb des „Arbeiterbundes .." abschließend diskutieren und uns dann „schnell" Bescheid geben. ... Danach war wieder Sendepause.

Am 22. Mai kam – wiederum auf unsere Initiative – ein Gespräch zustande. Hierbei wurde uns dann „offiziell" mitgeteilt, daß man zwar „prinzipiel" an einer gemeinsamen Chile-Veranstaltung interessiert sei, auch bereit sei, den MIR zu unterstützen, allerdings nur, wenn auch das örtliche Chile-Komitee mitziehen würde (das man allerdings bisher – trotz aller Bemühungen – noch nicht erreicht habe).

Der besondere Zynismus dieser Entscheidung des „Arbeiterbundes...' besteht darin, daß das Regensburger Chile-Komitee mehrheitlich aus DKP-Revisionisten besteht (die bekanntlich den MIR mit den Faschisten auf eine Stufe stellen!).

Das Ende der story bestand darin, daß der „Arbeiterbund .." seine versproche Hilfe wieder zurücknahm.

Aus Gesprächen mit Mitgliedern des „Arbeiterbundes ..." wurde dann klar, daß diese nicht einmal über die Entscheidung ihrer Führung unterrichtet waren, geschweige denn damit einverstanden. In vielen Diskussionen mit Mitgliedern des „Arbeiterbundes ... " kritisierten diese das Verhalten ihrer Leitung und waren auch an weiteren Diskussionen mit uns interessiert. Dabei wurden insbesondere folgende Punkte genannt: „Außenpolitik der VR China", „Bedeutung der Zeitungsarbeit für Kommunisten", „Stellung zur DKP", „Demokratischer Kampf an der Uni". Insgesamt zeigte sich eine erstaunlich große Diskussionsbereitschaft unter den Mitgliedern des „Arbeiterbundes ... ".

Erstmals gab es auf den Veranstaltungen auch wieder stärkere Konfrontationen mit den Revisionisten während der Diskussion. In Münster kam es nach den Referaten zu einer sehr heftige Auseinandersetzung mit chilenischen Revisionisten. Mehrere Mitglieder der chilenischen KP und der MAPU/OC beschwerten sich darüber, daß der KB ausschließlich den MIR unterstützt und griffen den MIR _ in meist demagogischen Redebeiträgen heftig an. Einmal behaupteten sie, daß der MIR den Widerstand spalte, dann wieder, daß der MIR garnicht mehr existiere, bzw. seinen Einfluß gänzlich eingebüßt habe. Erst nachdem sie merkten, daß sie im Publikum keine Resonanz fanden, verließen sie die Veranstaltung (nachdem ihnen vorher noch die Zusage abgenommen werden konnte, daß auch wir unsererseits auf ihren Veranstaltungen uneingeschränktes Rederecht bekämen).

In Emden kam die örtliche DKP-Führung offenbar in Schwierigkeiten bei der Bildung der Aktionseinheit, da an ihr –neben uns selbst – auch die DAG-Jugend und die Freundschaftsgesellschaft BRD-Kuba (FG) beteiligt waren. Die DKP begründete ihr Fernbleiben bei den Vorbesprechungen mit „Zeitmangel", erschien dann überraschend aber doch mit 20 Mann hoch auf der Veranstaltung, äußerte Selbstkritik gegenüber dem FG-Vertreter und ließ insgesamt 2 Resolutionen verlesen (eine vom örtlichen DKP-Vorstand), in denen sie sich einerseits ausdrücklich mit der Veranstaltung solidarisierte, andererseits die „Chaoten" und „Maoisten" in Chile angriff. Beim Referat des MIR-Genossen verließ der DKP-Trupp demonstrativ wieder den Saal. Nachträglich muß es als gravierender Fehler unsererseits eingeschätzt werden, daß die „Chaoten"-Hetze der DKP nicht umfassend auf der Veranstaltung von uns entlarvt wurde.

Insgesamt haben die bisher in dieser Kampagne gelaufenen Veranstaltungen den schon seit einigen Monaten spürbaren Trend einer relativ raschen Verbreiterung unseres politischen Einflusses gezeigt. Wir werten dies als Zuspruch für eine konsequent anti-imperialistische Politik, die sich in scharfer Konfrontation sowohl gegen die revisionistische Versumpfung der Prinzipien des proletarischen Internationalismus, als auch gegen die z. T. offen reaktionären Thesen des „ML"ismus durchsetzt. ●

SPENDENLISTE

Wie üblich, veröffentlichen wir hier die laufenden, in den letzten zwei Wochen eingegangenen Spenden für ausländische revolutionäre Organisationen. Diese Veröffentlichung schließt an diejenige im letzten Arbeiterkampf an.

Wir sind grundsätzlich bereit, Geld- und Sachspenden an alle revolutionären Organisationen, Institutionen und Staaten auf der Welt zu überweisen bzw. zu überbringen. Dasselbe gilt für Projekte, die dem Aufbau des Sozialismus, sowie dem Kampf der Arbeiterklassen und fortschrittlichen Bewegungen dienen.

Geldspenden sollen auf das Konto J. Reents, 451 83 78/Dresdner Bank, Hamburg überwiesen werden, Sachspenden können an den Verlag J. Reents, Rutschbahn 35, 2000 Hamburg 13, geschickt werden.
Wir bitten alle Spender bei Überweinungen deutlich sichtbar den Empfänger zu vermerken, ebenso den Absender, damit wir den Spendeneingang quittieren können.
Die regelmäßige Veröffentlichung der eingegangegnen Spenden soll der Kontrolle der Spender und Empfänger dienen. Wir werden alle Spenden ohne jeden Abzug weiterleiten.

Für MES, Portugal

KB/ Hamburg, Zelle Sozialarbeiter	73,20
F.T., München	9,00
Summe	82,20
Damit erhöht sich unser Spendenaufkommen für MES auf	DM75.918,14
und für die Portugal-Solidarität auf	DM 172.633,93

Für MPLA, Angola

KB/ Gruppe Lübeck	273,14
KB/ Gruppe Oldenburg, 1.Mai-Veranstaltung	196,00
Symp. des KB, Marburg	101,00
Chr. D., Bielefeld	510,00
Angola-Veranstaltung des KB, Mannheim	50,00
Bez. Altona	10,00
Bez. Altona	100,00
Summe	1.240,14

(Bei Redaktionsschluß des AK 79 waren die genauen Spendenergebnisse für die MPLA der Nürnberger, Bielefelder und Frankfurter Veranstaltung noch nicht bekannt. Die im AK 80 veröffentlichten Ergebnisse ändern sich um:

Nürnberg:	+ 81,00
Bielefeld:	+ 1,13
Frankfurt:	+ 0,50
gesamt:	+ 82,63
Damit erhöht sich unser Spendenaufkommen für MPLA auf	DM 146.296,36

Für O.M.A., Angola

KB/ Gruppe Emden	20,98
Sammlung Jugendzentrum Eutin	31,80
1.Mai-Veranstaltung Flensburg	300,00
Summe	352,78
Damit erhöht sich unser Spendenaufkommen für O.M.A. auf	DM8.068,94

Für ZANU, Zimbabwe

Blutspende eines Hamburger Genossen	20,00
Angola-Veranstaltung des KB, Mannheim	50,00
KB/ Gruppe Kiel	6,00
Summe	76,00

Bei Redaktionsschluß des AK 80 waren die genauen Spendenergebnisse für ZANU der Nürnberger und Frankfurter Veranstaltung noch nicht bekannt. Die im AK 79 veröffentlichten Ergebnisse ändern sich um:

Nürnberg:	+ 81,00
Frankfurt:	+ 0,50
Gesamt:	+ 81,50
Damit erhöht sich unser Spendenaufkommen für ZANU auf	DM 21.115,47

Für SWAPO, Namibia

KB Symp.-Gruppe, Darmstadt	55,00

Für Frente Polisario, Westsahara

Arbeiterbuch, Hamburg, Spendentopf	52,00
Symp.-Gruppe des KB, Hann.-Münden	126,71
Summe	179,28

Bei Redaktionsschluß des AK 79 waren die genauen Spendenergebnisse für Frente Polisario der Bielefelder und Kieler Veranstaltungen noch nicht bekannt. Die im AK 79 veröffentlichten Ergebnisse ändern sich um:

Bielefeld:	+ 1,13
Kiel:	+ 58,57
gesamt:	+ 59,70
Damit erhöht sich unser Spendenaufkommen für Frente Polisario auf	DM 19.885,05

Für PFLP, Palästina

KB/ Gruppe Göttingen	50,00

Für MIR, Chile

Skatrunde Müllerstr., Westberlin	150,00
Symp.-Gruppe, KB Cuxhaven	87,40
Frauengruppe Eutin	60,00
KB/Gruppe Hamburg, Mai-Fest	103,09
Chemiegenossen aus Hamburg	36,20
Chile-Veranstaltung Kiel	600,46
Spendentopf Arbeiterbuch, Hamburg	142,00
Zentrale Frauengruppe, KB Hamburg	148,20
KB-Genossen, Hamburg-Altona	85,00
Feier von Kollegen der Fa. MBB und HDW, Hamburg	50,00
Genossen und Kollegen von MBB, Hamburg	100,00
Chile-Veranstaltung Nürnberg	344,00
K.St., Koblenz	30,00
KB/ Gruppe Hildesheim, 1. Mai	423,00
KB/ Gruppe Westberlin	103,00
M.M., Mannheim	50,00
1.Mai-Veranstaltung, KB/ Gruppe Göttingen	1.059,00
KB-Symp.-Gruppe, Karlsruhe	100,00
KB/ Gruppe Kiel	472,66
H.B., Hinte (Emden)	157,24
KB/ Gruppe Kiel, Mai-Veranstaltung	102,45
KB/ Gruppe Bremen, 1.Mai-Veranstaltung	1.400,00
KB/ Gruppe Bremerhaven, 1.Mai-Veranstaltung	500,00
Veranstaltung Witzenhausen	100,00
Veranstaltung Emden	300,00
Veranstaltung Karlsruhe	100,00
Veranstaltung Köln	780,00
Veranstaltung Kiel	600,00
Veranstaltung Hann.-Münden	121,00
Veranstaltung Nürnberg	270,00
Veranstaltung Erlangen	250,00
Veranstaltung Landshut	90,00
Veranstaltung Uslar	20,00
Veranstaltung Hildesheim	100,00
Veranstaltung Regensburg	50,00
Veranstaltung Wilhelmshaven	30,00
Veranstaltung Münster	400,00
Veranstaltung Bamberg	120,00
Veranstaltung Bad Pyrmont	81,00
Veranstaltung Oldenburg	104,00
Veranstaltung Delmenhorst	32,50
Veranstaltung Tübingen	34,00
Veranstaltung Schweinfurt	100,00
Summe	9.985,70
Damit erhöht sich unser bisheriges Spendenaufkommen für den MIR auf	DM 254.539,50

IRA-Veranstaltung in Nürnberg

Zu einer Solidaritätsveranstaltung mit einem Vertreter der Sinn Fein (Official) hatten der „Arbeiterbund für den Wiederaufbau der KPD", der ASTA der Nürnberger Fachhochschule und die Gruppe Nürnberger Kommunisten aufgerufen.

Der Vertreter der Sinn Fein, Sekretär der Republikanischen Clubs in Belfast, berichtete über die aktuelle Situation in Nordirland, über seine persönlichen Erfahrungen im KZ Long Kesh und über die Auseinandersetzungen zwischen IRA (Official) und IRA (Provos), wobei er jedoch die IRA (Official) n u r als Defensivarmee darstellte, deren Sinn und Zweck lediglich darin bestünde, Arbeiterviertel gegen die englischen Besatzungstruppen und die „Provos" zu schützen, Kneipen der katholischen Arbeiter zu sichern...

Wenig erfuhren die circa 110 Besucher der Veranstaltung über den revolutionären Widerstand in Nordirland bzw. über die revolutionäre Politik der Sinn Fein und IRA (Official), so daß der Eindruck entstand, die irischen Genossen wären ein bisserl nach rechts gehupft.

Vielleicht ist das auch der Grund dafür, daß der Arbeiterbund seine Vorstellungen vom Proletarischen Internationalismus beibehalten konnte:

Um „Einheits Willen" keine internationale Auseinandersetzung!

Tja, und wo keine solidarische, aber kritische Diskussion stattfindet, da macht auch der Auftritt der guten irischen Musikgruppe „Rackish Paddy" die Veranstaltung nicht fett. ●

GNK Nürnberg

ZANU in schlechter Gesellschaft

In den letzten Wochen hat die „KPD" eine Reihe von Afrika-Veranstaltungen durchgeführt, an denen sich auch Vertreter der ZANU (Befreiungsbewegung von Zimbabwe) beteiligten.

Zu diesen Veranstaltungen hatte die „KPD" in der gewohnten provokatorischen Weise entsprechend ihrer Linie „Kampf gegen die Supermächte, besonders gegen den russischen Sozialimperialismus" mobilisiert. Sie schreckte dabei in ihrem zentralen Aufruf-Flugblatt nicht einmal vor der übelsten Verfälschung von OAU-Beschlüssen (OAU = Organisation der afrikanischen Staaten) zurück, indem sie wahrheitswidrig behauptete, von der OAU werde der „Sozialimperialismus" als „Hauptfeind der afrikanischen Völker" verurteilt. Tatsächlich gibt es keinerlei derartige Beschlüsse der OAU und viele OAU-Mitglieder unterhalten enge Beziehungen zur Sowjetunion und anderen Staaten des RGW.

Während der Veranstaltungsreihe erklärte der ZANU-Vertreter Zvova laut „Rote Fahne" u.a.: „ ... *Man muß hinzufügen, daß das Volk von Angola sehr unglücklich ist. Dort versuchen die sowjetischen Sozialimperialisten durch die Hintertür hereinzukommen, um das Volk von Angola zu kontrollieren. Aber wir sind voller Vertrauen, daß das Volk von Angola, das den portugiesischen Kolonialismus geschlagen hat, auch den sowjetischen Sozialimperialismus schlagen wird*" („RF", 9.6.76).

Diese Worte stehen in klarem Widerspruch zu der sonstigen Haltung der ZANU, insbesondere ihren solidarischen Beziehungen zur MPLA. Wir können darin nur einen untauglichen Versuch sehen, dem Gastgeber eine Gefälligkeit zu erweisen.

Es ist vollkommen natürlich und verständlich, daß die Genossen der ZANU bestrebt sind, in der BRD eine möglichst breite Solidarität zu erhalten. Wir halten es aber für einen äußerst gefährlichen Irrtum, wenn die Genossen der Meinung sein sollten, daß sie dieses Ziel erreichen können, indem sie bei allen fortschrittlichen Menschen total diskreditierten Positionen wie denen der „KPD" nach dem Mund reden. ●

Es lebe der „kleine Unterschied"!

Zur Außenpolitik Chinas und Albaniens

Markante Unterschiede in der Außenpolitik Chinas und Albaniens sind dem halbwegs aufmerksamen Beobachter schon lange kein Geheimnis mehr.

Nur die „ML"-Gruppen, Vertreter eines kuriosen „Marxismus-Leninismus" eigener Bauart, geben vor, diese Unterschiede nicht zu sehen. Indessen hat kürzlich sogar die „KPD/ML" in ihrer gewundenen Art die Existenz solcher Unterschiede halbwegs öffentlich eingestanden. Das kam so: Die rivalisierende „KPD" hat der „KPD/ML" schon seit längerem vorgeworfen, sie würde die chinesische Theorie von den „drei Welten" nicht teilen. Nämlich die „zwei Supermächte" (Sowjetunion und USA) als die „1. Welt"; die übrigen imperialistischen Staaten als die „2. Welt"; die Länder Afrikas, Asiens und Lateinamerikas (einschließlich der VR China) als die „3. Welt". Der Kern der Theorie von den „drei Welten" ist die Annahme der „2. Welt" als möglicher Bündnispartner im Kampf gegen die „1. Welt", also gegen die „zwei Supermächte".

Die „KPD/ML" hatte auf den Vorwurf der „KPD", diese Theorie nicht zu teilen, zunächst nur ge-
von den „drei Welten" ist die Annahme der „2. Welt" als möglicher Bündnispartner im Kampf gegen die „1. Welt", also gegen die „zwei Supermächte".
Die „KPD/ML" hatte auf den Vorwurf der „KPD", diese Theorie nicht zu teilen, zunächst nur ge-
schwiegen. Inzwischen waren die „KPD/ML"-Führer aber wohl sehr in Druck gekommen (schließlich kommt die Theorie der „drei Welten" aus China – und was von da kommt, ist zweifellos „korrekt"!...), daß sie sich zu einem Gegenargument entschlossen, nämlich: *„Die KPD macht in der ideologischen Auseinandersetzung Frage der ‚drei Welten' immer wieder zum entscheidenden Kriterium dafür, ob eine Partei oder eine revolutionäre Organisation auf dem Boden der Generallinie steht oder nicht. Das ist falsch und schädlich* (!). *Die marxistische Weltbewegung* (?) *verbindet eine gemeinsame* (??) *Einschätzung der Weltlage und der aus ihr resultierenden Kampfaufgaben. Das ist völlig unabhängig* (!) *davon, ob eine Partei die Formulierung* (!) *von den drei Welten benutzt oder nicht. Es ist bekannt, daß eine Reihe von marxistisch-leninistischen Parteien, darunter auch die Partei der Arbeit Albaniens,* (!), *die Formulierung von den drei Welten bislang nicht benutzt hat"* (‚Roter Morgen', 5. 6. 76).

Die „KPD/ML" tut listig so, als ob es nur um eine Formulierung geht, die man eben benutzen kann oder auch nicht – gerade so wie „Marxisten-Leninisten" vielleicht auch unterschiedliche Zahncreme benutzen. Selbst wenn dies nur eine Frage der Formulierung wäre, so bleibt noch die Frage offen, was bestimmte Parteien bewegt, eine zentrale „Formulierung" der chinesischen Politik nicht zu verwenden. Tatsache ist jedoch, daß es bei den „drei Welten" eben durchaus nicht um eine beliebige „Formulierung" geht, sondern um eine zentrale Theorie mit entscheidenden Konsequenzen für die gesamte Politik.

Möglich oder sogar wahrscheinlich, daß das Schein-„Argument" der „KPD/ML„ jetzt die Vorwürfe der „KPD" zum Schweigen gebracht hat. Denn diese wird es kaum wagen, öffentlich Albanien anzugreifen oder die „Einheit" (das heißt die 150%ige Übereinstimmung) zwischen China und Albanien anzuzweifeln. Tatsache ist aber, daß die „KPD/ML" jetzt mit einigen Vorwürfen an die Adresse der „KPD" haargenau den Nerv der antimarxistischen Theorie von den „drei Welten" getroffen hat. So wirft die „KPD/ML" der „KPD" jetzt u. a. vor:

- *„Der Kampf gegen den Imperialismus wird auf den Kampf gegen das Hegemoniestreben der beiden Supermächste reduziert";*
- *„Die imperialistischen Staaten ausser den beiden Supermächten werden verharmlost und im Grunde nicht mehr als imperialistisch behandelt und bekämpft"* (RM, 5. 6. 76).

Gerade das sind aber Ergebnisse der falschen Theorie von den „drei Welten". Genau diese Fehler bestimmen die chinesische Außenpolitik gegenüber den imperialistischen Staaten der sogenannten „2. Welt", die nicht bloß „verharmlost" werden, sondern die offen in ihrem imperialistischen Treiben (verstärkte Aufrüstung, verstärkte Kriegshetze gegen die Sowjetunion usw.) bestärkt und ermuntert werden, wobei die schlimmsten Kriegshetzer wie F. J. Strauß auch noch das Prädikat „besonders wachsam" verliehen bekommen.

Albanien hat insgesamt die von der chinesischen Außenpolitik betriebene Hofierung und Aufstachelung der „2. Welt", d. h. in erster Linie der EG-Imperialisten, entschieden abgelehnt und insbesondere das imperialistische und aggressive Treiben des BRD-Monopolkapitals ständig angegriffen. Für Albanien sind die westdeutschen Militaristen und Revanchisten stets Militaristen und Revanchisten geblieben.

Diese eindeutigen antiimperialistischen Standpunkte Albaniens sind den Vaterlandsverteidigern von der „KPD" offensichtlich so peinlich, daß sie sie schon gegenüber ihren Anhängern zu verschweigen versuchen: So unterschlug die „Rote Fahne" der „KPD" (12. 5. 76) in einem Artikelnachdruck aus der albanischen
schen Standpunkte Albaniens sind den Vaterlandsverteidigern von der „KPD" offensichtlich so peinlich, daß sie sie schon gegenüber ihren Anhängern zu verschweigen versuchen: So unterschlug die „Rote Fahne" der „KPD" (12. 5. 76) in einem Artikelnachdruck aus der albanischen
Zeitung „Zeri i Populit" zu Albaniens Reparationsforderungen an die BRD den gesamten zweiten Teil – in dem nämlich von *„Revanchismus und Faschismus"* die Rede ist, von *„weltweiten Anmaßungen wie zur Hitlerzeit"*, von der *„Wiederbelebung des deutschen Militarismus"*, vom Streben nach *„Wiederherstellung Deutschlands in seinen historischen Grenzen"* und dem *„Traum des deutschen Faschismus vom Lebensraum"* (siehe Abdruck in AK 81, S. 46). Diesen Teil des Artikels faßte die „Rote Fahne" mit den Worten zusammen, die *„allgemeine reaktionäre Haltung des BRD-Imperialismus gegenüber den Völkern Europas"* sei kritisiert worden. Der springende Punkt ist, daß diese Vaterlandsverteidiger nicht einverstanden sind mit der Enthüllung des nicht bloß „allgemein reaktionären", sondern auch aggressiven, revanchistischen und expansionistischen Wesen des deutschen Imperialismus.

Sehr deutlich wird der „kleine Unterschied" zwischen der Politik Chinas und Albaniens noch an einem weiteren Punkt: Während China in Portugal unglaublicherweise nach wie vor und ausschließlich die pro-faschistische „PCP/ML" unterstützt (zuletzt mit einem Bericht in ‚Peking Rundschau' 21/76), unterstützt Albanien dort die PCP (R), deren Wahl- und Bündnispartei die UDP ist. Die „PCP/ML" hat den Rechtsputsch vom 25. November stürmisch begrüßt und eine Verschärfung der Repression gefordert. In der laufenden Wahlkampagne unterstützt sie den pro-faschistischen Präsidentschaftskandidaten Ramalho Eanes. Die „PCP/ML" unterhält ‚bruderpartei'-liche Beziehungen zur hiesigen „KPD", während die PCP (R) entsprechende Beziehungen zur „KPD/ML" hat.

Im völligen Gegensatz zu dem Umarmungskurs zwischen „KPD/-ML" und „KPD" hierzulande besteht jedoch zwischen „PCP/ML" und PCP (R) keinerlei Zusammenarbeit. Die PCP (R) nennt die „PCP/ML" eine „provokatorische Gruppe", während sie umgekehrt von dieser als „5. Kolonne der Sozialfaschisten" beschimpft wird.

Während die VR China im vorigen Jahr aus Portugal ausschließlich zwei Delegationen der „PCP/ML" zu Gast hatte, hat Albanien in diesem Jahr geradezu demonstrativ eine Delegation der PCP (R) eingeladen (während Albanien anscheinend keine Beziehungen zur „PCP/ML" unterhält).

Diese „kleinen Unterschiede" zeigen bereits, daß die VR Albanien sich mit verschiedenen offen konterrevolutionären Zügen der chinesischen Außenpolitik nicht identifiziert, sondern eigene Wege zu gehen beginnt. Das berechtigt zur Hoffnung! ●

Eine Kritik an einem kleinen, aber ärgerlichen Punkt in den AK-China-Artikeln:

Die Sache mit der „Rangliste" der KP Chinas

Leserbrief

Schon immer habe ich mich über Behauptungen in der bürgerlichen Presse geärgert, die führenden Genossen der KP Chinas seien in einer durchnumerierten Rangliste nach Art der Schlagersänger oder Schwergewichtsboxer angeordnet, so daß Wang Hung-wen „die Nummer Drei in der Hierarchie der chinesischen Parteiführer" sei usw.usw.

Nun finde ich in den China-Artikeln des AK ähnliches. In AK 78, S.2 heißt es etwa: *„Innerhalb der Parteiführung stand Hua Guo-feng ... nur an zwölfter Stelle ...".*

Sicherlich gibt es in jeder Organisation Genossen, die aufgrund ihres Durchblicks und ihrer Erfahrung große Autorität besitzen und deren Urteil besonders schwer wiegt. Klar ist auch, daß sich durch die Art der Ämter (Vorsitzender, Stellvertreter ...) Unterschiede ergeben. Daraus aber innerhalb von Parteigremien eine Rangliste herleiten zu wollen, verstößt meines Erachtens gegen ein Prinzip des demokratischen Zentralismus, nämlich das der demokratischen Wahl und der „Unterordnung der Minderheit unter die Mehrheit". Dieses Prinzip ist in den Art. 5 und 9 des Statuts vom X.Parteitag auch ausdrücklich verankert. Von einer Rangliste steht da nichts.

Aber auch eine ungeschriebene Rangliste gibt es m.E. nicht. Die Namen der Politbüromitglieder sind im Pressekommuniqué vom 30. August 1973 ausdrücklich nur nach der Anzahl der Striche des Familiennamens geordnet. In den Kommuniqués von Staatsbesuchen, Trauerfeierlichkeiten u.ä. finden sich die Namen von führenden Genossen in ständig wechselnder Reihenfolge.

Dieser Sache mit den geheimnisvollen Rangfolgen kommt insofern eine Bedeutung bei, als daß damit ein Bild von Kabinettsdiplomatie und -intrige gezeichnet wird. Beispiel wäre die kürzliche „Spiegel"-Titelgeschichte, derzufolge sich Genossin Tschiang tsching um einige Nummern hochgehangelt haben soll. Es ist schade, daß das ausgerechnet in die sonst sehr guten und kritischen Artikel mithineingerutscht ist. Und wenn es doch so etwas geben sollte wie eine Rangliste, dann wäre es einer kritischen Anmerkung gerade im Rahmen dieser Artikel wert gewesen.

Ein Genosse des SSB Jura, Hamburg

Antwort der Redaktion

Diese Kritik ist nicht berechtigt. Innerhalb der chinesischen Parteiführung gibt es selbstverständlich eine Art „Rangfolge": Zuerst der Vorsitzende des ZK (Mao Tse-Tung), dann seine Stellvertreter, dann die Mitglieder des Ständigen Ausschusses des Politbüros und schließlich die sonstigen Politbüro-Mitglieder.

Namen werden teilweise nach der Anzahl der Striche des Familiennamens angeordnet (**dann ist dies immer ausdrücklich angegeben!**), manchmal aber auch nach „rangmäßigen" Kriterien. Beispielsweise sind in dem erwähnten Kommuniqué vom 30.8.73 (X.Parteitag) tatsächlich die Namen der Mitglieder des Politbüros nach Anzahl der Striche geordnet, nicht aber die Namen der Stellvertretenden Vorsitzenden des ZK (siehe „Peking Rundschau" 35/36, 1976, S.10). In den Bekanntmachungen des IV. Volkskongreß (der auch die Regierung wählt), sind die Mitglieder des Ständigen Ausschusses des Volkskongresses nach Zahl der Striche angeordnet, nicht aber die Namen der Stellvertretenden Vorsitzenden des Volkskongresses. Auch die Namen der Stellvertretenden Ministerpräsidenten sind nicht nach den Strichen des Familiennamens, sondern offenbar nach „hierarchischen" Gesichtspunkten angeordnet („PR", 4, 1975, S.10 u.11).

Bei Feierlichkeiten etc. gibt es in der Regel eine einigermaßen feste Rangfolge bei der Erwähnung der Teilnehmer in der Presse. Diese „Rangfolge" beginnt dann mit den anwesenden Stellvertretenden Parteivorsitzenden. Da meist die „Parteispitze" nicht vollständig auftritt, ist es einigermaßen schwer, exakt festzustellen, auf welchem „Platz" dieser oder jener augenblicklich steht. Relativ gute Möglichkeiten bieten in der Regel die Feiern zum 1.Mai und 1.Oktober (Nationalfeiertag). So rangierte beispielsweise Deng Hsiao-ping 1974 bei beiden Anlässen auf dem 10. bzw. 9.Platz, 1975 hingegen auf dem 2. bzw. 3. Platz (die kleinen Differenzen erklären sich jeweils aus dem Fehlen eines Genossen bei dem entsprechenden Anlaß). ●

AK-Redaktion

Anmerkung:
Nebenstehender Artikel erschien schon im ARBEITERKAMPF 81. Beim Layout kam es jedoch zu Textverstellungen. Wir drucken ihn aus diesem Grunde erneut ab.
AK-Redaktion

Anmerkung:
Nebenstehender Artikel erschien schon im ARBEITERKAMPF 81. Beim Layout kam es jedoch zu Textverstellungen. Wir drucken ihn aus diesem Grunde erneut ab.
AK-Redaktion

Beziehungen Albanien-China

Beziehungen Albanien-China

Lügen der Revisionisten entlarvt!

Eine ungarische Wochenzeitung verbreitete kürzlich die Meldung, die VR China wende gegen Albanien das Mittel wirtschaftlicher Erpressung an, um dieses Land zur Übernahme der außenpolitischen Strategie Chinas zu zwingen. Die VR China habe den Bau des albanischen Eisenhüttenkombinats Elbasan blockiert, indem sie angeblich kein Material für den Bau mehr lieferte (das Kombinat wird mit chinesischer Hilfe gebaut, u.a. unter Beteiligung chinesischer Arbeiter und Spezialisten). Es wurde auch behauptet, die VR China habe ihre Finanzhilfe für Albanien um die Hälfte gekürzt.

Daß zwischen Albanien und China in der Tat erhebliche außenpolitische Meinungsverschiedenheiten bestehen, insbesondere bei der Einschätzung der Lage in Europa, kann jeder sehen, der nicht mit „ML"-Scheuklappen durch die Welt rennt.

Albanien hat sich niemals der chinesischen These angeschlossen, daß der „russische Sozialimperialismus" der „schlimmste Feind der Völker Europas" sei, gegen den man sich sogar mit den westeuropäischen Imperialisten verbünden müsse. Während chinesische Politiker folglich die Imperialisten zum weiteren politischen, wirtschaftlichen und auch militärischen Zusammenschluß im Rahmen der EG ermuntern, bekämpft Albanien die EG, und insbesondere die Hegemoniebestrebungen der BRD-Imperialisten, entschieden. Während chinesische Politiker die übelsten Vertreter des BRD-Imperialismus als „weitsichtig" belobigen und der imperialistischen Kriegsrüstung das positive Etikett „Erhöhung der Wachsamkeit gegenüber dem russischen Sozialimperialismus" aufkleben, hat Albanien niemals aufgehört, einen Kampf gegen die revanchistischen und aggressiven Bestrebungen des BRD-Imperialismus zu führen.

Die bürgerliche Presse berichtet schon seit längerem, daß Albanien in Gesprächen mit chinesischen Politikern immer wieder aufgefordert wurde, seine konsequente antiimperialistische Außenpolitik zu ändern und sich nach chinesischem Vorbild den EG-Imperialisten anzunähern.

Nachweislich geben chinesische Politiker zweifelhafte „Tips" dieser Art an ihre „Bruderparteien" und sogar an nationale Befreiungsbewegungen. Es ist kein Wunder, daß revisionistische Kommentatoren da auch gleich an wirtschaftliche Erpressung dachten und entsprechende Verleumdungen und Phantasieprodukte über eine Einstellung oder Kürzung der chinesischen Hilfe für Albanien in die Welt setzten. Denn für die Revisionisten sind politische Meinungsverschiedenheiten und wirtschaftliche Erpressungsversuche voneinander nicht zu trennen. **Das klarste Beispiel dafür ist die Sowjetunion selbst, die Anfang der 60-er Jahre Schlag auf Schlag ihre gesamte finanzielle und technische Hilfe für die VR China einstellte, alle vertraglichen Zusagen brach, ihre Techniker aus der VR China abberief usw., um China zum Verzicht auf seine Kritik am Revisionismus zu zwingen.** – „Was ich selber denk und tu, trau ich auch jedem andern zu", nach diesem Motto waren offensichtlich die revisionistischen Erfindungen von einer „Abkühlung der chinesisch-albanischen Beziehungen", von der Einstellung der Bauarbeiten im Eisenhüttenkombinat Elbasan u.a. zusammengeschmiert worden.

Allen Verleumdungen zum Trotz wurde jedoch Ende April in Elbasan die erste Gußeisenstraße Albaniens in Betrieb genommen. Enver Hodscha, Erster Sekretär der Partei der Arbeit Albaniens, empfing aus diesem Anlaß albanische und chinesische Arbeiter und Spezialisten. In seiner Ansprache sagte er u.a.: *„Seit einiger Zeit läuft in der kapitalistisch-revisionistischen Welt eine Kampagne, die den Eindruck zu erwecken versucht, daß die freundschaftlichen Beziehungen zwischen China und Albanien sich abgekühlt hätten. Es gibt keine niederträchtigere Verleumdung als diese. Aber das überrascht uns nicht. Denn so haben die Feinde gehandelt und so werden sie weiter handeln. Eine ungarische Zeitung erdichtete sogar, die Chinesen würden angeblich kein Material mehr für den Bau des Hüttenkombinats in Elbasan liefern, so daß es auf halbem Wege stehenbleibe ... So handeln die wildesten Feinde unserer beiden Länder, die wildesten Feinde der Revolution und des Sozialismus und aller Völker".*

Für die Beziehungen zwischen Albanien und China gilt also: Meinungsverschiedenheiten Ja. Aber wirtschaftliche Erpressung als politisches Druckmittel Nein. – Möge das so bleiben! ●

KBW in schlechter Gesellschaft

Seit einigen Wochen wurde vom KBW in seiner Presse die Rundreise einer Delegation der FDLP (Demokratische Befreiungsfront Palästinas) angekündigt. Nun denn, keine Sensation. Denn der KBW (bzw. seine Vorläuferorganisationen, insbesondere NRF Heidelberg) unterhalten seit vielen Jahren engste Beziehungen zur FDLP. So eng, daß man in früheren Jahren in Beirut meist auf einen oder mehrere KBWler trat, wenn man Kontakt zu den Genossen der FDLP suchte...

Aber trotz so alter Liebe scheint mit der Rundreise der FDLP-Delegation diesmal irgendetwas schief gelaufen zu sein. Nur höchst unvollständig, aber doch klar umrissen läßt sich der Sachverhalt aus der „KVZ" vom 3. Juni rekonstruieren: *„Bemerkenswert dabei war, daß erstmals die revisionistische DKP aufgetreten ist und verschiedenerorts zu den Veranstaltungen aufgerufen hat"*. Aber mehr noch, die DKP hat sich *„auf der Rundreise als Schutzpatron einer palästinensischen Widerstandsorganisation aufzuspielen versucht"*. Und was das Schlimmste ist: Die DKP hatte damit offenbar sogar Erfolg! Denn *„in Frankfurt ließ sich der MSB* (MSB = DKP-Studentenorganisation) *ausdrücklich durch den FDLP-Sprecher versichern, daß neben der Volksrepublik China auch die Sowjetunion den Befreiungskampf unterstütze und demonstrierte durch Umarmung seine Verbundenheit"*. Und in Freiburg gar (eine Hochburg des KBW!) *„hatte die DKP extra selbst die Mikrofonanlage montiert, um die Diskussion unter Kontrolle zu halten. In der ersten Reihe wurde die DKP-Ordnertruppe installiert mit dem Auftrag, jede unliebsame Wortmeldung zu verhindern"*.

Zwar versucht der KBW die volle Peinlichkeit der Ereignisse hinter allgemeiner Polemik gegen die DKP zu verstecken, aber aus den Andeutungen der „KVZ" läßt sich doch unzweifelhaft erkennen, daß zumindest in Freiburg die Veranstaltung mit der FDLP-Delegation von der DKP o r g a n i s i e r t war (Aufbau der Mikrofone, „Ordner"!). Wieweit das auch an anderen Orten (Frankfurt?) der Fall war, ist der „KVZ" nicht zu entnehmen und ist uns bisher nicht bekannt.

Der Ablauf der Rundreise ist für den KBW umso peinlicher, weil er seit 1972 stets und total die Argumente der FDLP in der Auseinandersetzung mit uns und mit der von uns unterstützten PFLP (Volksbefreiungsfront Palästinas) vertreten hat. So z.B. im Oktober 1972 in der Auseinandersetzung über die Aktion des „Schwarzen September" gegen die israelische Olympia-Mannschaft (fast alles Offiziere der israelischen Armee!) in München, die von der FDLP demagogisch abgelehnt wurde – während dieselbe FDLP später nichts dabei fand, bei ihrer Aktion in Ma'alot das Leben israelischer Kinder aufs Spiel zu setzen. Der KB-Bremen (Vorläuferorganisation des KBW) verstieg sich 1972 in seiner Zeitung „Wahrheit" sogar zu der Forderung, die Palästinenser müßten *„die Existenz Israels anerkennen"!...*

In welche Richtung der Zug fuhr, wurde vollends deutlich an der Auseinandersetzung im palästinensischen Widerstand über die Frage des „Mini-Staates" (bestehend aus Westjordan-Land und Gazastreifen) und der Genfer Konferenz. Der „Mini-Staat" war eindeutig ein von der Sowjetunion eingebrachtes Schwindel-Projekt zu einer „politischen Lösung". Während die PFLP und andere Widerstandorganisationen wegen dieser Fragen aus der Zentralen Leitung der PLO (eine Art Dachverband der palästinensischen Widerstandsorganisationen) ausschieden und die sogenannte „Ablehnungsfront" bildeten (Ablehnung der „friedlichen Lösung"), trat die FDLP als entschiedenste Befürworterin des Mini-Staates und der Genfer Konferenz auf.

Schon Mitte 1974 wußten palästinensische Genossen von einem Besucheraustausch der FDLP mit den revisionistischen Parteien Frankreichs und der BRD zu berichten" (vergl. Brief eines palästinensischen Genossen in DIE INTERNATIONALE Nr.6, Juli '74).

Anfang 1975 war es noch deutlicher geworden, *„daß sich die FDLP immer mehr zu einer Agentur des Sowjetrevisionismus innerhalb des palästinensischen Widerstands entwickelt, sozusagen zu einer revisionistischen „KP Palästinas"!"* (ARBEITERKAMPF Nr. 54, Januar '75).



Zu jener Zeit organisierte der KBW eine Solidaritätskampagne für palästinensische politische Gefangene in Israel, wobei als e i n Adressat von Solidaritätsbriefen auch die Zeitung der „Rakach", der revisionistischen KP Israels, angegeben wurde („KVZ", 19.12.74).

Unsere damalige Warnung (AK Nr. 54) anläßlich dieses Vorfalls war für die KBW-Führung wie üblich nicht einmal eine Antwort wert. Und heute langt es bei ihnen nicht einmal zu einer ehrlichen Selbstkritik, sondern nur zu einem weinerlichen Gezetere, weil – wie schon seit längerem vorauszusehen – die DKP dort geerntet hat, wo der KBW gesät hat.

Dem KBW ist aus unserer Sicht n i c h t vorzuwerfen, daß er sich mit einer von ihm unterstützten ausländischen Organisation verschätzt hat. Dagegen ist sicher niemand gefeit. Vorzuwerfen ist dem KBW jedoch, daß er t r o t z mehrfacher Hinweise und Warnungen bis zuletzt die Positionen der FDLP immer wie seine eigene verteidigt hat, ohne sich mit der PFLP oder anderen Abteilungen des palästinensischen Widerstands jemals auseinanderzusetzen.

Im Gegensatz dazu haben wir – insbesondere in der INTERNATIONALE – mehrfach Stellungnahmen und Interviews der FDLP nachgedruckt, weil wir der Meinung sind, daß es wichtig ist, auch d i e s e Positionen zu kennen. Denn man kann natürlich nur kritisieren, was man kennt. Aber das ist ein Gedanke, der den KBW-Führern offensichtlich bis heute nicht in die Köpfe will!...

Die Rundreise der FDLP-Delegation in Zusammenarbeit mit der DKP wirft für den KBW eine weitere Frage auf, der er sich bis heute nicht gestellt hat: Nämlich nach dem Verhältnis der Befreiungsbewegungen der „3. Welt" zur Sowjetunion und den revisionistischen Parteien. Bekanntlich vertritt der KBW in dieser Frage die weltfremde These, man könne sich „im Kampf gegen die eine Supermacht nicht auf die andere Supermacht stützen"; anders gesagt: Die Befreiungsbewegungen könnten sich im Kampf gegen den Imperialismus nicht auf die Sowjetunion stützen. Dieser Unsinn wird vielfach durch die Realität widerlegt. Zwar gibt es genug Beispiele, wo die Sowjetunion den Kampf antiimperialistischer Befreiungsbewegungen nicht unterstützt oder ihm sogar direkt entgegentritt. Aber andererseits gibt es Beispiele für eine Unterstützung von Befreiungsbewegungen durch die Sowjetunion über einen längeren Zeitraum hin. Angola ist das deutlichste Beispiel für den schändlichen Bankrott aller Thesen, die nicht von dieser Tatsache ausgehen.

Wer – wie der KBW und andere „ML"-Gruppen – heute die sowjetische Unterstützung von Befreiungsbewegungen als „Einmischung" angreift, fällt dem Kampf dieser Befreiungsbewegungen direkt in den Rükken und leistet politischen Flankenschutz für imperialistische Einmischungsversuche. Denn Tatsache ist, daß die Befreiungsbewegungen j e d e Unterstützung brauchen und daß es für sie wenig nützlich ist, wenn sie von sogenannten „Kommunisten" imperialistischer Länder als Objekt „sozialimperialistischer Einmischung" hingestellt werden.

Insofern ist es für den KBW sicher peinlich, daß die bislang von ihm gehätschelte FDLP sich während ihrer jüngsten BRD-Rundreise öffentlich zur Unterstützung durch die Sowjetunion und andere revisionistische Länder bekannt hat. Die FDLP hat freilich – ebenso wie praktisch alle anderen Abteilungen des palästinensischen Widerstands – diese Haltung nicht erst heute oder gestern, sondern schon seit mehreren Jahren vertreten, was wir auch in unserer Presse dokumentiert haben. Wenn die KBW-Führer jetzt so tun, als fielen sie aus allen Wolken, so zeigt das nur, wie wenig sie bisher die Politik der von ihnen unterstützten und verteidigten Organisation zur Kenntnis genommen hatten.

Reifenwechsel bei der „KPD"

Mit ihrer rechtsradikalen Linie der Vaterlandsverteidigung bereits weitestgehend in die Isolierung geraten und sogar von der „KPD/ML" schon ziemlich an die Wand gedrückt, hat sich die „KPD"-Führung seit kurzem zu einer taktisch flotten Kursänderung entschlossen: Entdeckt hat sie den Kampf gegen die **„faschistische Gefahr"** und sogar gegen das **„Expansionsstreben des westdeutschen Imperialismus"**.

Laut lärmend versucht sie, sich an die S p i t z e der demokratischen Bewegung in unserem Land zu setzen. **„Jetzt Aktionseinheit gegen den weiteren Abbau der demokratischen Rechte"**, tönt sie in ihrer Zeitung „Rote Fahne" (9.6.76). Mit *„allen demokratischen und antifaschistischen Kräften"* will die „KPD"-Führung jetzt eine *„Aktionseinheit"* eingehen. – Wer allerdings in den Augen der „KPD"-Führung ein Demokrat ist, wird von Fall zu Fall entschieden. Wer an den Angaben der „KPD" über die angeblichen *„aggressiven Weltherrschaftspläne des russischen Sozialimperialismus"* oder den *„Faschismus"* in der DDR zweifelt, ... **„der ist kein Demokrat, sondern stellt sich in den Dienst einer sozialfaschistischen Macht"** („RF", 9.6.). – Immerhin, so ganz genau nimmt es die „KPD" damit wohl nicht immer, wenn es darum geht, „fortschrittliche Persönlichkeiten" für ihre Initiativen zu gewinnen.

Sehr zurückhaltend ist die „KPD"-Führung derzeit mit ihren früheren Aufrufen, die Bundeswehr zu stärken, die imperialistische Aufrüstung („Verteidigungsanstrengungen") zu steigern, gegen die Forderung nach Abzug der US-Truppen aus der BRD aufzutreten, sich mit „patriotischen Teilen der Monopolbourgeoisie" zu verbünden usw. Stattdessen ist man sehr „antifaschistisch" und sogar „antiimperialistisch". Verstärkt versucht dabei die „KPD" allerdings, ihre Polemik gegen die angebliche „faschistische Unterdrückung" in der Sowjetunion und DDR mit an den Mann zu bringen. Zweifellos nicht ohne Erfolg, wie beim Auftreten von „KPD"lern (die sich freilich nicht als Mitglieder zu erkennen gaben) auf dem Antirepressions-Kongreß des SB über Pfingsten deutlich wurde. Die „KPD"-Führung setzt dabei unbedenklich auf kleinbürgerliche Ressentiments (Vorurteile, Abneigungen), die sich ihrem Wesen nach nicht gegen den von der „KPD"-Führung behaupteten „Sozialfaschismus" richten, sondern gegen den „Stalinismus", d.h. letzten Endes gegen die Diktatur des Proletariats. So setzt die „KPD"-Führung sich beispielsweise voll mit dem Arsch in die Kampagne der Jusos, von Dutschke, Negt und linken Sozialdemokraten für politische Gefangene in der CSSR. Das kommt einfach besser an, als den Menschen gleich mit Unterstützung der Bundeswehr, Appellen zur Aufrüstung und kriegshetzerischem Geschrei ins Gesicht zu springen! ...

Diese frischgebackenen „Demokraten" und „Antifaschisten" von der „KPD" **haben nur einen kleinen Schönheitsfehler: Sie s t i n k e n immer noch nach der faschistischen Jauche, in der sie sich im Falle Portugals gesuhlt haben.** Haben sie doch die konterrevolutionäre Abwürgung der Revolution durch den Rechtsputsch vom 25. November als großen Sieg bejubelt. Haben sie doch den faschistischen Terror gegen die gesamte Arbeiterbewegung in Nordportugal als „gerechte Volksbewegung" gefeiert. Haben sie doch die Verhaftung antifaschistischer Offiziere wie Otelo de Carvalho begrüßt. Unterhalten sie doch bis zum heutigen Tag engste „brüderliche" Beziehungen zu den pro-faschistischen Provokateuren der „PCP/ML", die bei den Präsidentenwahlen die Kandidatur des auf dem rechtesten Flügel stehenden General Eanes – Regisseur des Rechtsputsches vom 25. November – unterstützt.

Nein, was immer die „KPD"-Führer von sich behaupten mögen: Sie sind Rattenfänger und Verkleidungskünstler, aber keine konsequenten Demokraten und Antifaschisten.

Antifa-Kommission
KB/Gruppe Hamburg

KBW zu Angola

... Und jetzt offen pro-faschistische Propaganda!

Von der kläglichen These der „drei angolanischen Befreiungsbewegungen" ist der KBW jetzt übergegangen zu offener Propaganda für die pro-imperialistischen Banden der FNLA und UNITA.

Da jedoch die Beteiligung des Imperialismus bei der Bildung der FNLA und die Rolle ihres Führers Holden Roberto als CIA-Agent allgemein bekannt sind, sieht sich der KBW gezwungen, etwas weiter auszuholen. Unter der Überschrift **„Die Einmischung des Sozialimperialismus in Angola wurde durch Legendenbildung vorbereitet"** wird in der „KVZ" vom 10. Juni der Versuch gemacht, s e l b s t eine Legende in die Welt zu setzen. Die sattsam bekannte düstere Geschichte der FNLA soll neu geschrieben werden – diesmal zur Abwechslung offenbar aus der Sicht der FNLA! ...

So wird die Gründung und der „Kampf" der FNLA auf einmal zum großen antiimperialistischen Ereignis, und CIA-Agent Roberto wird gar zum Führer des *„fortschrittlichen Flügels"* der FNLA erklärt. Die MPLA zu jener Zeit hingegen wird angepinkelt als *„eine Organisation aus Intellektuellen ohne Verankerung unter den Bauernmassen"*, die sich zur Zeit der FNLA-Gründung überhaupt nicht am bewaffneten Kampf beteiligt habe.

Zwar ist die W a h r h e i t über die schändliche Rolle der FNLA schon seit vielen Jahren bekannt und wurde in besseren Zeiten sogar von den Vorläuferorganisationen des KBW veröffentlicht. Aber auch dafür hat die „KVZ" eine zweifellos einleuchtende Erklärung gefunden: Die unglaublich tückischen und gerissenen „Sozialimperialisten" haben **„über Jahre hinweg an dieser Legende gearbeitet"**, um schließlich einen Vorwand für ihre „Einmischung" in Angola zu haben. Welch ein Weitblick! ... Und nicht nur sämtliche afrikanischen Befreiungsbewegungen, sondern sogar die super-schlauen KBW-Führer sind lange Zeit darauf hereingefallen! ...

Nachdem die „KVZ" solchermaßen mit bourgeoiser Unbekümmertheit die Geschichte des angolanischen Befreiungskampfes völlig neu geschrieben hat, kann ebenso locker unter der Überschrift **„Die Besatzungstruppen werden bekämpft"** über die Siegesmeldungen der FNLA und UNITA (*„280 kubanische Söldner getötet"* etc.) berichtet werden. Offen wird für die verbliebenen Reste dieser pro-imperialistischen Banden Partei genommen und in ihre phantasievollen Erfolgsberichte eingestimmt.

In dem „KVZ"-Artikel wird aus der portugiesischen „ML"-Zeitung „Voz do Povo" (UDP) eine Meldung über innere Widersprüche in der MPLA zitiert. Wohlweislich verschwiegen wird dem „KVZ"-Leser, daß in d e m s e l b e n Artikel der „Voz do Povo" die FNLA und UNITA ohne Umschweife als **„faschistische Kräfte"** und **„Agenten des US-Imperialismus"** gekennzeichnet werden! („VdP", 11.5.76).

Der KBW hat somit bewiesen, daß er sich mit seinen offen pro-faschistischen Thesen zu Angola schon weit außerhalb des selbst im Rahmen der internationalen „ML"-Bewegung noch Möglichen bewegt. Ein derartiges Gesudel hat sich bis heute nicht einmal die „KPD/ML" erlaubt!

Antifa-Kommission
KB/Gruppe Hamburg

Das hört man gern!
Austritte aus dem KBW

Ganz spurlos scheint der von Schmierer, Maier & Co. verordnete Schwenk des KBW ins „marxistisch-leninistische" Lager an der Organisation doch nicht vorüber gegangen zu sein.

Mittlerweile liegen uns mehrere Austrittserklärungen ehemaliger Mitglieder des KBW vor. Einige weitere sind angekündigt. Insgesamt hat es allerdings den Anschein, als ob die überwiegende Mehrheit der Ausgetretenen derart resigniert hat und blind hinsichtlich der linken Bewegung außerhalb des KBW ist, daß sie sich ohne Austrittserklärung einfach ins Privatleben zurückziehen. Diese Haltung ist falsch und auch verantwortungslos, weil die Genossen, die zum Teil mehrere Jahre lang die schädliche Politik des KBW unterstützt haben, jetzt auch eine Verpflichtung gegenüber der Arbeiterklasse haben, zur Entwicklung einer revolutionären Politik beizutragen, statt sich zurückzuziehen und anderen die Scherben zu überlassen.

Aus den uns vorliegenden Austrittserklärungen lassen sich insbesondere folgende Kritik-Punkte festmachen:

– **Angola**: Das scheint für die meisten ausgetretenen KBW-Genossen der zentrale Kritik-Punkt zu sein. Kritisiert wird, daß der KBW nicht die MPLA als Avantgarde des angolanischen Volkes unterstützt hat, sondern für die „Einheit" mit den proimperialistischen, faschistischen Banden der FNLA und UNITA aufrief, die er zu Unrecht als „Befreiungsbewegungen" bezeichnet. Kritisiert wird in diesem Zusammenhang auch die chinesische Außenpolitik. Ansatzweise wird auch von manchen ehemaligen KBW-Genossen die gesamte chinesische Außenpolitik einer kritischen Überprüfung unterzogen. So wird beispielsweise die chinesische Haltung zur EG kritisiert. Dabei wird auch kritisiert, daß der KBW zur Frage des britischen EG-Beitritts mehrmals seinen Standpunkt geändert hat (mal dafür, und mal dagegen). Kritisiert wird auch die Haltung des KBW zum Iran, wo der KBW versucht, mit Thesen vom „Unabhängigkeitsstreben gegen die Supermachte" den Kampf gegen das Schah-Regime abzuschwächen.

– **Zusammenarbeit mit der „KPD/ML"**. Einen weiteren zentralen Kritikpunkt stellt das Werben der KBW-Führung um die „KPD/ML" dar. Kritisiert wird Schmierers Erfindung einer „marxistisch-leninistischen Bewegung", die angeblich aus dem KBW und den Vaterlandsverteidigern bestehen soll. Kritisiert wird, daß der KBW bevorzugt ein Bündnis mit den Vaterlandsverteidigern aufzubauen versucht und damit die Politik der Aktionseinheit untergräbt.

– **„Massen"kampf des KBW**: Kritisiert wird die ständige Fehleinschätzung des KBW hinsichtlich des Standes der Klassenkämpfe und des Kräfteverhältnisses. Kritisiert wird, daß der KBW ständig so tut, als könnte er die Massen führen. Kritisiert wird Schmierers These vom „Zusammenstoß der Reaktion mit einem Neuaufschwung der demokratischen und revolutionären Massenbewegung".

– **Innere Demokratie**: In mehreren Austrittserklärungen wird aufgezeigt, daß eine Diskussion von Kritiken innerhalb des KBW praktisch unmöglich ist. Kritische Leserbriefe an die „KVZ" wurden nicht veröffentlicht, Kritik in den Gruppen **wurde mundtot gemacht. Kritisiert** wird auch die Art und Weise, wie der KBW sich um die öffentliche Auseinandersetzung mit anderen Standpunkten herumdrückt.

Wir gehen davon aus, daß sich die Krise des KBW, die schon seit mehreren Monaten insbesondere im Abbröckeln seines Sympathisantenkreises sichtbar ist, in nächster Zeit noch verschärfen wird. Die Entscheidung von Schmierer, Maier & Co., den KBW auf vollen „ML"-Kurs zu bringen, wird sich als tödlich erweisen – zumal der KBW seiner ganzen bisherigen Politik nach eher im rechts opportunistischen Lager steht. Es ist bemerkenswert, daß seit mehreren Monaten jede Polemik gegen die Vaterlandsverteidiger, insbesondere gegen die „KPD/ML", in der „KVZ" des KBW fehlt.

Unverkennbar hat sich im KBW auch ein solider Schrott von Kleinbürgern angesammelt, die man nicht einmal im weitesten Sinn als Linke bezeichnen kann. Nicht zu übersehen ist aber, daß in der Aufbau-Phase des KBW (insbesondere wegen der ausgelegten Köder „Programm" und „nationale Organisation", sowie später einfach wegen der relativen Größe des KBW) viele Menschen in den Sog dieser Organisation geraten sind, die ehrlich für den Kommunismus kämpfen wollen oder die zumindest als entschiedene Demokraten anzusehen sind. Diese Genossen geraten heute unvermeidlich in immer mehr und immer schärfere Widersprüche zu dem von Schmierer, Maier & Co. verordneten „ML"-Kurs.

Diesen Prozess gilt es gezielt und verstärkt voranzutreiben. Diskussionen mit KBWlern; verstärkte Auseinandersetzung mit dem KBW auch in unserer örtlichen Presse, in Flugblättern, Wandzeitungen etc. – insbesondere auch mit Blick auf Möglichkeiten einer Zusammenarbeit in der kommenden Bundestagswahl-Kampagne. ●



Es kracht beim KAB"D"!

Beim KAB„D", einer vorwiegend in Baden-Württemberg konzentrierten Organisation, geht es rund. Dies kommt vor allem in zwei Vorgängen zum Ausdruck: Zum einen in der Abspaltung mehrerer Ortsgruppen in Hessen und im Saarland vom KAB„D" (darunter die Frankfurter Ortsgruppe), und zum anderen im Rückzug des KAB„D" aus der von ihm selbst ins Leben gerufenen „Massenorganisation" VIK (Vereinigung Internationaler Kulturaustausch).

Die Krise beim KAB„D" gärt schon seit letztem Jahr. Ohne die Widersprüche offen auszutragen, versuchte die KAB„D"-Führung im vergangenen Herbst und Winter, die Krise durch eine Art „Frischer Wind"-Kampagne aufzufangen. Es wurde mit viel Trara versprochen, die bisher vernachlässigte politisch-ideologische Auseinandersetzung zukünftig lebhafter im Zentralorgan des KAB„D", der „Roten Fahne", zu führen. Dieses Versprechen, von uns damals mit Skepsis begrüßt (AK 73 vom Februar, S. 45), wurde indessen nicht eingelöst. In schlechtester Manier der alten KPD der 50er Jahre wurde krampfhaft einer auf „neuen Schwung" gemimt, ohne daß die inhaltliche Auseinandersetzung angepackt wurde.

Inzwischen sind die gärenden Widersprüche wenigstens teilweise zum Ausbruch gekommen. Öffentlicher Ausdruck davon ist ein zweiseitiger Artikel *„Arbeiterfeinde am Werk!", „Erklärung der Zentralen Leitung des KAB„D" zur Spaltertätigkeit der Jacob-Gruppe"*, in der „Roten Fahne" vom 28.5.76.

In gewohnter Manier wird die „Jacob-Gruppe" als *„eine Handvoll gewissenloser kleinbürgerlicher und selbstsüchtiger Elemente"* und Jacob selbst als *„Organisationsfeind und völlig entartet"* angemacht.

Eben dieser Jacob wurde jedoch, wie dem Artikel weiter zu entnehmen ist, im vergangenen September *„aufgrund der Führungsschwäche der ZL"* („Zentrale Leitung") in diese übernommen. Er habe die ZL sodann *„systematisch von der konkreten Analyse der Leitungstätigkeit abgelenkt), um die ZL reif für die Übernahme seines linksopportunistischen Konzepts zu machen"*. Offenbar mit Erfolg, denn auf einer Klausurtagung im Dezember hat Jacob angeblich die ZL dermaßen *„überrumpelt"* (!), daß sie seine Vorstellungen *„weitgehend übernahm"*.

Daraufhin griff der Leiter der „Zentralen Kontrollkommission" (ZKK) des KAB„D" (offensichtlich die „Graue Eminenz" des KAB„D"!) mit einem Putsch ein: Er erklärte im Alleingang die entsprechenden Beschlüsse der ZL für falsch und forderte ihre „Berichtigung". *„Nur zögernd"* wollte zunächst die ZL darauf eingehen. Der ZKK-Chef schaffte es jedoch, mit einem internen Rundschreiben Teile der Organisation auf seine Seite zu bringen, so daß die ZL – mit Ausnahme Jacob's selbst – im März den Rückzug antrat: Sie widerrief die Beschlüsse ihrer Dezember-Klausurtagung praktisch vollständig, Jacob – und einige seiner Anhänger in der Leitung des RJVD (Jugendorganisation des KAB„D") und in der Redaktion der „Roten Fahne" wurden ausgeschlossen. Ihnen folgten mehrere Ortsgruppen im Saarland und in Hessen.

Da uns Material der „Jacob-Gruppe" selbst leider nicht vorliegt, können wir nur anhand der „Roten Fahne" versuchen, den Streitpunkt zu erkennen. Demnach ist die „Jacob-Gruppe" davon ausgegangen, daß sich der KAB„D" erst noch in der Phase des Parteiaufbaus befinde, wo die Gewinnung der Avantgarde der Arbeiterklasse für den Kommunismus die Aufgabe sei, wo folglich der *„Kampf an der ideologischen Front"* und die *„Propagierung des Marxismus-Leninismus"* im Vordergrund stehen müsse. Anscheinend ist die „Jacob-Gruppe" außerdem davon ausgegangen, daß die politisch-ideologischen Grundlagen der kommunistischen Partei heute zu wesentlichen Teilen erst noch geschaffen werden müssen.

Demgegenüber wird jetzt in der „Roten Fahne" behauptet, mit dem Marxismus-Leninismus sei diese Grundlage schon gegeben. Gleichfalls sei deren Konkretisierung und Anwendung auf die Verhältnisse der BRD im wesentlichen schon gegeben durch die diversen Grundsatzerklärungen und sonstigen Veröffentlichungen des KAB„D". Daher gehe es nur noch darum, sich diese Grundlagen anzueignen und sie in die Praxis, d.h. in der „Massenarbeit" des KAB„D", umzusetzen. Der „Jacob-Gruppe" wird vorgeworfen, sie sei „massenfeindlich" und wolle den „Rückzug aus der Kleinarbeit antreten".

Anscheinend handelt es sich um ähnliche Auseinandersetzungen, wie sie bei den Spaltungen der „KPD/ML" im Frühjahr 1970 und im Winter 1971/72 im Vordergrund standen – ob nämlich Theorie oder Praxis die „Hauptseite" sei. Dabei steht zu befürchten, daß die aus dem KAB„D" ausgetretenen Genossen ähnlich wie die sogenannten „Liquidatoren" der „KPD/ML" 1971/72 (die dafür eintraten, Theorie und Propaganda in den Vordergrund zu stellen) tatsächlich den Weg in den resignativen Sumpf antreten und spurlos untergehen werden. **Diese Befürchtung sehen wir dadurch bestärkt, daß die ausgetretenen Genossen ebenso wie 1971/72 die „KPD/ML"-„Liquidatoren" bisher offenbar nicht den Weg der öffentlichen Auseinandersetzung über ihre Kritik und ihre alternativen Vorstellungen gegangen sind. Darin liegt die Gefahr, als Theorie-Zirkel im eigenen Saft zu schmoren und schließlich zu verkommen. Das würde dann letzten Endes keine Stärkung, sondern eine Schwächung der kommunistischen Bewegung in unserem Land bedeuten. Zum Ausdruck kommt darin dieselbe Scheu vor Öffentlichkeit und eine grundlegende resignative Haltung zur weiteren politischen Arbeit, wie sie auch bei ausgetretenen KBW-Mitgliedern anzutreffen ist.**

Auszug des KAB„D" aus der VIK

Die „Vereinigung Internationaler Kulturaustausch" (VIK) wurde 1973 vom KAB„D" ins Leben gerufen. Damit sollte in erster Linie das spezielle Intellektuellen-„Problem" des KAB„D" gelöst werden. Obwohl ursprünglich ausschließlich von lupenreinen Intellektuellen gegründet, wird beim KAB„D" dogmatisch darauf geachtet, daß unter den Mitgliedern die Mehrheit Arbeiter sein müssen. Da aber der Andrang von Arbeitern und Lehrlingen zum KAB„D" nicht gerade stürmisch ist, besteht derzeit für Intellektuelle ein Aufnahme-Stopp. Diese Linie ist wesentlich das Werk des maßgeblichen KAB„D"-Führers W. Dickhut, der schon in der „KPD/ML" (deren Mitbegründer er war) 1969 einen Aufnahme-Stopp für Intellektuelle durchsetzen wollte, was dann einer der Gründe für die Spaltung 1970 war.

Da man aber die Intellektuellen irgendwo unterbringen muß, wurden für sie spezielle Auffang-Organisationen, insbesondere die VIK, gegründet. Im April dieses Jahres jedoch hat die ZL des KAB„D" die Sympathisanten des KAB„D" in der VIK VIK um Widerspruch zu ihren eigentlichen Aufgaben „hauptseitig" für den „Parteiaufbau", d.h. richtiger gesagt für die Zuarbeit zum KAB„D", zu instrumentalisieren. Der Rückzug war die Konsequenz.

Ähnlich ließ der KAB„D" schon 1972/73 die von ihm initiierte „Demokratische Volksaktion" (DVA) platzen, als sie ihm für den „Parteiaufbau" nicht mehr genug zu bringen schien.

Ein Rückzug von KAB„D"-Symphatisanten und Mitgliedern aus demokratischen Bündnis-Ansätzen unter total sektiererischen Begründungen zeigt sich derzeit auch in einer Reihe weiterer Punkte. Auch in der Frage der Aktionseinheit nimmt der KAB„D" eine sektiererische Haltung ein, indem er eine umfassende ideologische Vereinheitlichung zur Voraussetzung gemeinsamer Aktionen macht (siehe AK 76, S. 41).

Dieser Politik muß an den Orten, wo der KAB„D" noch präsent ist, zum beschleunigten Schiffbruch verholfen werden! ●

Die Leitung der VIK wurde mit einem Rundbrief zum Verlassen der VIK aufgefordert: Es sei **„sinnvoller, wenn die Genossen ihre Kräfte direkt in den Dienst des Parteiaufbaus stellen und das heißt, für die Unterstützungsarbeit für den KABD"** (Rundbrief der ZL vom 4.4.76). Dabei geht es um den Verkauf der „Roten Fahne", Zuträgerarbeiten für die Ortsgruppen usw.

Daraufhin gaben die meisten Sympathisanten des KAB„D" auf der jährlichen Mitgliedertagung der VIK im Mai ihren Austritt bekannt. Das bedeutet unmittelbar den Zusammenbruch zahlreicher Ortsgruppen der VIK (Stuttgart, Tübingen, Karlsruhe, Düsseldorf, Esslingen, Ludwigsburg, Kassel) und über kurz oder lang möglicherweise überhaupt das Ende der VIK.

Der Hintergrund ist folgender: Insbesondere an der Angola-Frage waren in der VIK Auseinandersetzungen aufgebrochen, wobei es dem KAB„D" immer weniger gelang, seine Linie durchzusetzen. Es wurde schließlich mehrheitlich die Unterstützung der MPLA beschlossen (und auch praktiziert!), im totalen Widerspruch zur Position des KAB„D" (Gleichberechtigung der „drei Befreiungsbewegungen"). So wurde denn auch im Brief der ZL vom 4.4. darüber geklagt, „daß die VIK sich **immer weiter wegentwickelt hat vom KAB„D", sich verselbstständigte. Dies drückt sich vor allem in der Politik der VIK gegenüber dem Sozialimperialismus aus. Man kann heute nicht mehr davon sprechen, daß der KABD einen wesentlichen Einfluß, geschweige die Kontrolle über diese Organisation hat."**

Damit war für die KAB„D"-Führung eine weitere Mitarbeit ihrer Symphatisanten in der VIK nicht mehr „sinnvoll", was sehr deutlich ihr schiefes Verständnis von „Massenorganisationen" zum Ausdruck bringt. Es war ihr auch nicht in der gewünschten Weise gelungen, die

DKP-Steigerwald: Ein Lump und Feigling!

Am 22.1.76 führte die DKP im Rahmen ihrer Kampagne gegen die revolutionäre Linke in Heilbronn eine Veranstaltung durch, auf der – wie bei fast allen Veranstaltungen dieser Reihe – auch der DKP-Chefdemagoge Robert Steigerwald auftrat. Die Heilbronner Veranstaltung richtete sich speziell gegen den in dieser Region relativ einflußreichen KAB„D".

Steigerwald zog dabei u.a. kräftig gegen den maßgeblichen KAB„D"-Führer Willi Dickhut vom Leder. Dickhut war, Steigerwald bestens persönlich bekannt, lange Jahre KPD-Funktionär, auch nach dem Verbot der Partei. Steigerwald behauptete dabei wider besseres Wissen, Dickhut sei seinerzeit **wegen Feigheit und leichtfertigen Umgangs mit Kaderunterlagen der KPD aus der Partei ausgeschlossen worden.**

Daraufhin wandte sich Willi Dickhut an Steigerwald mit einem ‚Offenen Brief', in dem er zum einen die Zurücknahme dieser dreisten Diffamierung und zum anderen eine öffentliche politisch-ideologische Auseinandersetzung zwischen ihm und Steigerwald verlangte (unter Berufung auf Steigerwald selbst, der in Heilbronn prahlerisch getönt hatte: **„Der Dickhut soll sich doch einmal stellen"**).

Wer daraufhin allerdings nicht mehr von sich hören ließ, war Steigerwald! Und das, obwohl er in Heilbronn großkotzig versprochen hatte: **„Ich bin bereit, meine Vorwürfe über Dickhut schriftlich zur Verfügung zu stellen".** – Inzwischen ist allerdings bekannt geworden, daß Steigerwald i n n e r h a l b der DKP ein vom 6.3.76 datiertes siebenseitiges internes Papier verbreiten läßt. Darin setzt Steigerwald zum einen die Polemik gegen den KAB„D" fort. Ganz am Schluß kommt Steigerwald dann zum wesentlichen und für ihn peinlichen Punkt: Den Vorwurf des „leichtfertigen Umgangs mit Kaderunterlagen" gegen Dickhut stütze er *„auf Vorgänge in meinem Prozeß vor dem Bundesgerichtshof 1956 (und in anderen Prozessen)"*. Um was es konkret geht, verrät Steigerwald nicht, so daß man nicht klüger ist als vorher. Und was noch weitaus peinlicher ist: **„Den Vorwurf der Feigheit kann ich, weil unzutreffend, nicht mehr aufrechterhalten"!!!**

Das sind astrein die Methoden der Revisionisten: Öffentliche persönliche Diffamierung gegen Andersdenkende und sich dann feige aus der Affäre zu ziehen versuchen!

Steigerwald, der Dickhut seit den 50er Jahren kennt, hat selbstverständlich in jedem Moment gewußt, daß seine Vorwürfe haltlos sind; er kann sich also nicht auf einen Irrtum berufen und versucht das nicht einmal. Nach der Methode „Etwas bleibt immer hängen", hat Steigerwald mit Dreck geworfen und weigert sich nun, wenigstens öffentlich dazu zu stehen und ö f f e n t l i c h den schwerwiegenden Vorwurf der Feigheit zurückzunehmen. Damit fällt dieser Vorwurf voll auf Steigerwald selbst zurück.

Bei aller Kritik an der Politik des KAB„D" und speziell an der Person von Willi Dickhut (Mitbegründer der „KPD/ML"!) lehnen wir haltlose persönliche Diffamierungen als Mittel der politischen Auseinandersetzung ganz entschieden ab. Bei der DKP ergänzt sich dieses Mittel allerdings mit ihren sonstigen Schlägermethoden und ihren pauschalen, phrasenhaften Polemiken und Verleumdungen gegen Organisationen links von der DKP. In dieser Partei brauchen Vögel wie Steigerwald wahrlich nicht zu befürchten, wegen ihrer Methoden zur Rechenschaft gezogen zu werden! ●

Wahldiskussion

Wie in AK 80 angekündigt, wollen wir zur Führung einer ö f f e n t l i c h e n Auseinandersetzung über das Eingreifen der Linken in die Bundestags-Wahlkampagne beitragen. Außerdem soll, wie schon vor den Bundestagswahlen 1972, diese Frage breit in unserer gesamten Organisation diskutiert werden. In AK 81 haben wir einen Diskussionsbeitrag des LG des KB und der AK-Redaktion veröffentlicht.

Ein wesentliches Hindernis ist heute, daß die meisten Organisationen der Linken zu einer öffentlichen Auseinandersetzung um die Wahltaktik – ebenso wie auch zu anderen Fragen – von sich aus nicht bereit sind. Daher ist es notwendig, daß wir selbst überall dort, wo es für uns möglich ist, schleunigst initiativ werden und auf eine Auseinandersetzung d r ä n g e n. Hier Kurzberichte zum Stand der Diskussion:

Kommunistischer Bund (KB)

In unserer eigenen Organisation hat inzwischen die Diskussion begonnen. **Ein Mangel ist jedoch, daß die Berichte darüber bisher erst sehr zögernd eintreffen.** Bisher liegen uns erst etwa zehn Stellungnahmen vor, die fast alle aus dem Hamburger Betriebsbereich kommen. **Berichte aus anderen Orten fehlen bisher,** abgesehen von einer Stellungnahme aus Heidelberg, völlig. Wir rufen dazu auf, umgehend die Diskussion zu eröffnen, wo sie bisher noch nicht geführt wurde, und uns die Berichte – gegebenenfalls auch Zwischenberichte – zu schicken.

An den bisher vorliegenden Berichten zeigt sich ein Mangel, der in den kommenden Diskussionen beseitigt werden sollte: Die Berichte befassen sich fast alle im Wesentlichen mit den bürgerlichen Parteien. Es wird diskutiert, welche Politik die SPD und welche die CDU/CSU vertritt, welche Konsequenzen ein Regierungswechsel haben könnte, wie die Politik der SPD seit 1972 aussieht usw. **O f f e n bleibt jedoch in den meisten Diskussionsberichten die Frage nach unserem e i g e n e n konkreten Eingreifen in die Wahlen.** Anscheinend wurde dieser Gesichtspunkt vielfach als nebensächlich angesehen. Soweit die Berichte dazu Stellung nehmen, lassen sie erkennen: Keine Wahlempfehlung für die SPD; möglicherweise Wahlempfehlung für eine kandidierende „linke" Organisation, entsprechend den örtlichen Bedingungen; auf jeden Fall Bemühen um eine größtmögliche Einheit mit anderen linken Kräften.

Insgesamt ist jedoch, nach den jetzt vorliegenden Berichten zu urteilen, die Diskussion gerade über d i e s e Fragen noch nicht genug entwickelt worden. Wir empfehlen sie daher der besonderen Aufmerksamkeit der Genossen. **Wo dieser Gesichtspunkt in der bisherigen Diskussion nicht genug berücksichtigt wurde, sollte eine weitere Diskussion angesetzt werden.**

Ein weiterer Mangel scheint zu sein, daß bisher wenig dafür getan worden ist, um über unsere eigene Organisation hinaus die Auseinandersetzung voranzubringen. Jedenfalls liegen hierzu keinerlei Berichte vor.

Eine rühmliche Ausnahme bildet bisher wohl nur Frankfurt, wo sich die Ortsgruppe mit einem „Offenen Brief" an die gesamte Linke gewendet hat. Darin wird die Bedeutung der Bundestagswahlkampagne und die Stellungnahmen der linken Organisationen, soweit sie bisher vorliegen, zusammengefaßt. Die Notwendigkeit einer öffentlichen Diskussion um ein gemeinsames Vorgehen wird hervorgehoben und eine konkrete Initiative der Ortsgruppe angekündigt, *„daß wir uns innerhalb der nächsten Tage mit den in Frankfurt vorhandenen linken Organisationen und Gruppen in Verbindung setzen werden, um ihnen einen Vorschlag für eine gemeinsame Diskussionsveranstaltung über die Bundestagswahlen und die Aufgaben der Linken demgegenüber zu unterbreiten"*.

Wir rufen dazu auf, heute schon alle Möglichkeiten zu nutzen, um eine breite öffentliche Debatte zur Wahlkampagne in Gang zu bringen – Flugblätter, Wandzeitungen, Diskussionen in Jugendzentren, am Arbeitsplatz, in gewerkschaftlichen Gruppen usw.

Sozialistisches Büro (SB)

Das SB hat sich als einzige linke Organisation, abgesehen vom KB, für eine öffentliche Auseinandersetzung um das Eingreifen der Linken in die Wahlkampagne ausgesprochen. Dazu wurde in der Mai-Nummer der SB-Zeitung „links" ein Beitrag von Klönne und Vack veröffentlicht, der zwar keine konkreten Vorschläge angab, sondern nur Fragen aufwarf, wobei aber letztlich eine Wahlempfehlung für die DKP als Möglichkeit angedeutet schien.

Inzwischen sind in der Juni-Nummer von „links" zwei weitere Stellungnahmen zur Wahldiskussion veröffentlicht worden – die eine von Helmut Becker-Panitz und Ursula Schmiederer, die andere von Claus Offe.

In der Stellungnahme Schmiederer/Panitz wird ziemlich heftig überhaupt jede Wahldiskussion im SB als *„schlechtes Ablenkungsmanöver von den Problemen, die sich dem SB stellen und die es zu lösen hätte"*, angegriffen. Die Wahl sollte das SB gefälligst **„jedem selbst überlassen"**! *„Man verstehe uns recht: Uns geht es nicht darum, Genossen von der Wahl abzuhalten* (!). *Wir vertrauen ihnen so weit, daß sie sich als Staatsbürger einsichtig* (?!) *verhalten"*.

Diese Haltung („Wahl ist Privatsache") wird umrahmt von scheinradikalen Erklärungen, *„der ganze Rummel"* der Wahl sei sowieso nur zur *„Verdummung"* da, und daß daher *„kein sozialistisches Wahlverhalten möglich ist"*. Im übrigen stecke man *„bis über die Ohren in der Antirepressionskampagne"* und wolle gefälligst mit einer Wahldiskussion verschont werden.

Der Artikel von Claus Offe geht von der These aus, *„daß in der Bundesrepublik gegenwärtig die politische Partei als Strukturierungsprinzip des politischen Konflikts keine wichtige Rolle mehr spielt"*, wodurch *„die Aufrechterhaltung der mystifizierenden Funktionen der politischen Wahl außerordentlich prekär"* geworden sei. Zu deutsch: Es kommt gar nicht mehr darauf an, welche Partei man wählt, da es sowieso kaum noch einen Unterschied gibt. Diese Einsicht beginne heute, sich **„bei relevanten Teilen der Bevölkerung abzuzeichnen"**. Jetzt gehe es um die **„Politisierung von Enthaltungsmotiven"**, d.h. darum, der Bevölkerung zu erklären, warum sie nicht zur Wahl gehen soll (und angeblich in „relevanten Teilen" auch schon nicht mehr will). Praktisch scheint die von Claus Offe vorgeschlagene **„Enthaltungskampagne"** auf eine Art Wahlboykott hinauszulaufen.

Erfreulich ist, daß wir während des vom SB initiierten Anti-Repressions-Kongreß (Pfingsten) auf Nachfragen die Auskunft erhielten, daß ein von uns an das SB gerichteter Brief mit der Bitte um ein Gespräch von den Genossen diskutiert wurde und eine Bereitschaft zur Auseinandersetzung zu bestehen scheint. Eine schriftliche Bestätigung wurde angekündigt.

„Arbeiterbund für den Wiederaufbau der KPD"

An den „Arbeiterbund" hatten wir gleichfalls die schriftliche Bitte um ein Gespräch gerichtet. Dazu erreichte uns folgende Antwort des „Arbeiterbund"-ZKs:

„Genossen, den Nutzen einer gemeinsamen Beratung mit dem Zweck eines gemeinsamen Vorgehens zu den Bundestagswahlen sehen wir gering, da wir grundsätzliche Differenzen in der Einschätzung gegenüber der alten und neuen Sozialdemokratie wie insbesondere, wie die Sozialdemokratie heute isoliert und geschlagen werden kann, haben. Trotzdem wollen wir keine Möglichkeit unversucht lassen, die Möglichkeit zu prüfen, ob unsere Differenzen beigelegt werden können, was die Taktik zur Bundestagswahl angeht. Aus diesem Grund sind wird bereit, eine Beratung mit Euch durchzuführen. (Es folgen zwei Terminvorschläge, wobei als Ort verbindlich München gefordert wird.)

PS. Genossen, Eure kindische Polemik, wie sie im ARBEITERKAMPF Nr. 80 uns gegenüber zum Ausdruck gekommen ist, bitten wir einzustellen, da sie nicht dienlich ist, die wirklichen Differenzen unserer beiden Organisationen klarzulegen, was auch nicht in Eurem Interesse sein kann. Auf diesem Niveau wird es zu keinen ernstzunehmenden Auseinandersetzungen oder Vereinbarungen kommen können".

Ein wahrlich bemerkenswerter Brief, der völlig in der Tradition dieser Organisation liegt, die seit jeher die öffentliche Auseinandersetzung gescheut hat, wie der Teufel das Weihwasser! Und dies allen pfäffischen Beteuerungen zum Trotz, sie wolle in ihrer Presse **„die offene Auseinandersetzung über zentrale Fragen der revolutionären Bewegung"** führen („KAZ", 30.5.76). Bereits in der „KAZ" vom 22.2.76 ist uns beispielsweise angekündigt worden, der „Arbeiterbund" sei **„selbstverständlich"** bereit, **„gerade mit dem KB"** öffentlich über die Außenpolitik der VR China zu diskutieren. Auf die Einlösung dieses leichtfertig gegebenen Versprechens der „Arbeiterbund"-Führer wartet der „KAZ"-Leser heute noch. In der „KAZ" vom 18.4.76 wurden uns dann ohne ein Wort inhaltlicher Argumentation **„trotzkistische Positionen"** angedichtet. Unserer Aufforderung, diesen ernsten Vorwurf öffentlich und inhaltlich zu belegen, sind die „Arbeiterbund"-Führer bis heute wohlweislich aus dem Weg gegangen.

Und nun meinen dieselben Leute offenbar, sie könnten der Auseinandersetzung mit unserer Stellungnahme in AK 80 zu verschiedenen Aspekten ihrer Politik dadurch ausweichen, daß sie ohne ein einziges inhaltliches Argument von einer „kindischen Polemik" sprechen und daß damit die Sache erledigt sei. Leute, die derart krass unseriös und unehrlich an die Frage der politisch-ideologischen Auseinandersetzung herangehen, haben unserer Meinung nach an der Spitze einer kommunistischen Organisation nichts verloren. Wir raten ihnen übrigens, sich einmal in ihrer Organisation umzuhören. Dort denkt man teilweise über unsere „kindische Polemik" doch etwas anders.

Zur Wahltaktik selbst: Dazu liegt bisher noch keine öffentliche Stellungnahme des „Arbeiterbund" vor. **Die „Arbeiterbund"-Genossen, mit denen wir gesprochen haben, gehen jedoch ziemlich selbstverständlich davon aus, daß der „Arbeiterbund" wie schon 1972 so auch diesmal wieder zur Wahl der SPD aufrufen wird.**

Gruppe Internationaler Marxisten (GIM)

Die trotzkistische GIM hat bereits in ihrer Zeitung „was tun" vom 13.5.76 ihre Eigenkandidatur (in zwölf Städten und 15 Wahlkreisen sowie mit Landeslisten in Hamburg, NRW und Baden-Württemberg) angekündigt. Diese Entscheidung war offenbar so wenig innerhalb der GIM diskutiert worden, daß viele Mitglieder davon erst durch ihre Zeitung erfuhren.

In der „was tun" vom 10.6.76 ist nun ein längerer Artikel zu unserer Stellungnahme aus AK 81 zu finden. **„Ernsthaftes Interesse oder nur Manöver?"**, wird da gleich in der Überschrift gefragt, und selbst die Antwort gegeben: **„Alles spricht für ein Manöver seitens des KB".** Anscheinend sind wir mit unserer Aufforderung zur öffentlichen Auseinandersetzung jemandem auf den Schwanz getreten ...

Der „was tun"-Artikel selbst bringt keine neuen Argumente für die undiskutierte (und auch jetzt noch nicht in Frage gestellte) Eigenkandidatur der GIM. Ihr in „was tun" vom 13.5.76 vorgetragenes Argument, sie seien gegen ein Wahlbündnis, *„da es keinen realen Klasseneinfluß repräsentieren würde"*, lassen sie jetzt selbst als *„ziemlich oberflächlich"* stillschweigend fallen. Stattdessen meinen sie jetzt: *„Die Inhalte stehen zur Debatte"*.

Sei's drum: Positiv bleibt an dem neuen „was tun"-Artikel doch zu vermerken: Die GIM erklärt sich bereit, *„mit allen Organisationen der Linken"* nicht nur über gemeinsame Aktionen während der Wahlkampagne, sondern sogar über **„Wahlabkommen"** und **„kritische Unterstützung anderer Listen"** zu sprechen. – Von alledem stand noch nichts im Wahlaufruf der GIM in „was tun" vom Mai. Daß die GIM-Führung dieses faktische Eingehen auf unsere Vorschläge mit Ablenkungsgeschrei über ein angebliches „Manöver des KB" zu bemänteln versucht, spielt demgegenüber eine untergeordnete Rolle.

Kommunistischer Bund Westdeutschland (KBW)

Kommunistischer Bund Westdeutschland (KBW)

Besonders „geistreich" sieht erwartungsgemäß die erste Reaktion der KBW-Führung auf unsere Stellungnahme zur Wahl aus. So ganz auf lässig wurde als Schlußbemerkung einer langen Polemik gegen den KB zur Frauenfrage noch hingekotzt: *„Der KB Nord (?) droht uns an, an verschiedenen Orten für die Wahl des KBW einzutreten. Sei's drum. Wir haben schon Schlimmeres durchgemacht. Wir wollen nur vorsorglich festhalten: Egal, ob der KB Nord empfiehlt, die SPD zu wählen oder für den KBW zu stimmen: Er selbst bleibt ein reformistischer kleinbürgerlicher Verein"* („Kommunistische Volks-Zeitung", 10.6.76).

Nach dem Willen der KBW-Führung soll das wohl das E i n z i g e bleiben, was sie zu unserem Vorschlag einer öffentlichen Diskussion um Möglichkeiten eines gemeinsamen Vorgehens zu den Wahlen von sich geben wollen.

Dieses Geschäft kann allerdings nur so lange betrieben werden, wie sich die Leser der „KVZ" mit drittklassigen Kalauern anstelle ernsthafter politischer Argumente abspeisen lassen. Die KBW-Führung sollte sich daher nicht allzu sicher sein, daß ihr Furz in der „KVZ" vom 10.6. ihr letztes Wort zu diesem Thema bleiben kann. ●

AK-Redaktion

„KB (Nord), KB (Süd), KB (Sumpf) – Ihr seid Jusos!"

Unter der agitatorisch so wirksamen Parole: „Imperialismus – Militärzuchthaus für Arbeiter" läutete der KBW in Nürnberg mit einer Großveranstaltung seinen Bundestagswahlkampf ein.

Nachdem der Ortssekretär F. des KBW den 29 Vertretern von KAB„D", „KPD/ML", Deutsch-spanischer Freundschaftsgesellschaft, KB und KBW-Mitgliedschaft (nicht organisierte Zuhörer waren nicht im Saal) von Entlassungen im mittelfränkischen Raum erzählt hatte, referierte Jochen Noth, Mitglied des ZK des KBW. Bis auf alle aktuellen Fragen, über die eine Auseinandersetzung hätte geführt werden können, und, wie die „KPD/ML" bemängelte, die „sozialfaschistische Entartung der DKP", schnitt Jochen Noth alles an, was nicht interessierte.

Auf unsere Frage, wie sich der KBW vorstelle, konkret das zwar vom Parlamentarismus enttäuschte, jedoch noch oft reformistische Bewußtsein zu knacken, bekamen wir die Antwort: *„KB (Nord), KB (Süd), KB (Sumpf) – Ihr seid Jusos!"*.

Jusos deshalb, weil es nicht darauf ankäme, linkssozialdemokratische Menschen von der SPD zu lösen, sondern der Schwerpunkt im Wahlkampf des KBW die Verankerung seines Programms in der Arbeiterklasse sei.

Als einzige „Analyse" des Wählerbewußtseins, das ja schließlich der Anknüpfungspunkt kommunistischer Wahlpolitik sein sollte, brachte der KBW den tollen Satz: *„An Ausbeutung und Unterdrückung haben die Arbeiterklasse und die Volksmassen kein Interesse"* („KVZ"-Ortsbeilage Nürnberg). Obwohl wir dem KBW freundlich zu erklären versuchten, daß man so ein mieses Programm wie das des KBW überhaupt nicht verankern könne, und die Volksmassen weder an Ausbeutung noch am KBW-Programm brennend interessiert seien, will der KBW in Nürnberg seinen Wahlkampf solo fortsetzen.

Und sogar dem KAB„D", der breit grinste, als Jochen Noth uns „Jusos" nannte, wurde noch im Nebensatz nachgewiesen, daß er „nicht von der Klassengesellschaft ausgeht".

Mit solchen Vögeln wie den KBW-Führern ist wirklich kein Staat zu machen – geschweige denn, einer kaputt zu machen! ●

Gruppe Nürnberger Kommunisten (KB)

Darüber schmunzelt der Kommunist

„In Wirklichkeit ist die Organisationsbasis des KB die einer alles koordinierenden (und manchmal direkt öffentlich eingreifenden) Führung und ungezählter Kommissionen, die Stellungnahmen ausarbeiten und aktiv sind. Mehr Sammlungsbewegung mit undogmatischem Anstrich, als demokratisch-zentralistische Organisation, für die man sich selbst ausgibt". (Aus „was tun", Zeitung der trotzkistischen GIM, vom 10.6.76.)

Frecher Rechtsputsch!

KBW spaltet Afrika - Solidarität

Nachdem die Vertreter des KBW im Heidelberger „Komitee Südliches Afrika" mit ihren berüchtigten pro-imperialistischen Thesen zu Angola hoffnungslos in die Minderheit geraten waren und nachdem diese Provokateure es nicht verhindern konnten, daß der KSA mehrheitlich die Unterstützung der MPLA beschloß und praktizierte, organisierte die KBW-Minderheitsfraktion – mit aktiver Unterstützung der Ortsgruppe und der Leitung des KBW – einen **P u t s c h :**

Am 27. Mai erklärten fünf (!) KBW'ler die anderen 19 (!) KSA-Mitglieder für „ausgeschlossen". Sie selbst seien nunmehr allein das KSA. In der folgenden Nacht plünderte der KBW sämtliches Archiv-, Büro- und Literatur-Material des KSA; der KBW stahl die Schlüssel zu den KSA-Räumen und zum Postfach des KSA. Als Höhepunkt seiner kriminellen Handlungen verweigerte der KBW die Herausgabe der gesammelten Spendengelder des KSA, wodurch insbesondere die Weiterleitung der für die MPLA gesammelten Spenden akut gefährdet ist.

Zur Vollendung seines Putsches brachte der KBW eine gefälschte Ausgabe der „Afrika-Zeitung" (Organ des KSA) heraus, in der seine Provokation gerechtfertigt und verschleiert werden soll: Die KSA-Mehrheit habe das Statut des KSA verletzt; denn dieses sieht den Kampf gegen den Imperialismus vor; die Mehrheit habe aber eine *„pro-imperialistische Haltung"* eingenommen, was an den *„Beschönigungen der Machenschaften der Sowjetunion"* deutlich geworden sei. Tatsache ist allerdings, daß auch die vom KBW „ausgeschlossene" KSA-Mehrheit beispielsweise die These vom „Sozialimperialismus" vertritt. Nur war sie nicht bereit, die Politik des KBW, die inzwischen von Hetze gegen die MPLA bereits zur Propaganda für die faschistischen FNLA-Banden übergegangen ist (siehe Meldung in diesem AK), mitzumachen. Das reichte für einen „Ausschluß"!

Wer hier „pro-imperialistisch" ist, dürfte wohl klar sein! Nämlich der KBW, der sich hinsichtlich Angolas die Thesen von Kissinger, Genscher und Co. zu eigen gemacht hat, der die Unterstützung der MPLA durch a l l e afrikanischen Befreiungsbewegungen verhöhnt, und der heute bei der Verherrlichung des faschistischen FNLA-Terrors gelandet ist!

Saubere Demokraten!

Der KBW tut bekanntlich immer so, als hätte er die Demokratie mit Löffeln gefressen. Er hat eigens ein „demokratisches" Programm, in dem er großzügig die „Wahl der Lehrer durch das Volk", die „Wahl der Offiziere durch das Volk", die „Wahl und jederzeitige Abwählbarkeit der Beamten durch das Volk", und ähnliche Dinge verspricht, falls ihm „das Volk" zur Macht verhilft.

Gerade für die KBW-Führung gilt in besonderem Maße die Arbeiterweisheit, daß man solchen Vögeln nicht aufs Maul, sondern auf die Pfoten schauen soll. Sie versprechen eine „Demokratie" für morgen und praktizieren heute schon das genaue Gegenteil! Alles wollen sie angeblich „durch das Volk" wählen lassen, aber wenn's drauf ankommt, sind ihnen demokratische Mehrheiten schon heute völlig gleichgültig. Das bekunden sie mit zynischer Offenheit in ihrer gefälschten Ausgabe der „Afrika-Zeitung": *„Auch wenn diese Leute von sich behaupten sollten, den KSA zu repräsentieren, so ist dies falsch: Es gibt nur ein KSA und eine konsequente antiimperialistische Linie ist niemals eine Frage von Minderheits- oder Mehrheitsentscheidungen. Auch wenn sogar eine Mehrheit von einer konsequenten Linie abgeht, die in einem Komitee herrscht, so stellt sie sich außerhalb dieses".*

Ja, so einfach geht das. Und alle fortschrittlichen Kräfte, die in irgendwelchen Komitees mit dem KBW zusammenarbeiten, sollten nun wissen, worauf sie sich eingelassen haben, beispielsweise in den zahlreichen 218-Komitees. Zukünftig muß wohl gelten: Bargeld, Schlüssel und wichtige Papiere gut absichern, sonst holt sich's der KBW! ... Denn der KBW hat von Gottes Gnaden immer die „richtige Linie", also ist er – was auch passiert – i m m e r „Mehrheit". Das ist ganz nackt und ohne „programmatische" Kostümierung das Demokratie-Verständnis des KBW!

Breite Front gegen die KBW-Putschisten

Für absolut richtig halten wir den Beschluß der Dachorganisation der antiimperialistischen Afrika-Solidaritätsgruppen in der BRD, des „Organisations-Komitee" (OK), nicht nur dem Pseudo-„KSA" des KBW die Anerkennung zu verweigern, sondern jede Zusammenarbeit mit dem KBW vorerst abzubrechen und die zukünftige Zusammenarbeit von einer selbstkritischen öffentlichen Stellungnahme des KBW abhängig zu machen.

Ebenso begrüßen wir die rasche Solidarisierung mehrerer Heidelberger Gruppen mit der KSA-Mehrheit. In ihrem Flugblatt schreiben diese Gruppen u. a. *„wir werden den Putsch der Minderheit im KSA nicht akzeptieren ... wenn der KBW die Minderheit im KSA nicht sofort dazu veranlaßt, sofort sämtliches geklautes Arbeitsmaterial an das KSA zurückzugeben, müssen wir eine Basis für künftige Aktionseinheiten in Frage stellen".* Unterzeichnet ist die Erklärung von der Amilcar-Cabral-Gesellschaft, dem AStA der PH der Universität Heidelberg, der Gruppe „Carlo Sponti", der Evangelischen Studentengemeinde (ESG), „3.Welt-Komitee. Weitere Gruppen haben sich zwischenzeitlich mit der KSA-Mehrheit solidaisiert.

Ungeachtet aller politischen Meinungsverschiedenheiten unterstützen wir uneingeschränkt die Forderung des KSA nach sofortiger Rückgabe aller geklauten Materialien und Gelder und fordern alle antiimperialistischen Gruppen auf, sich mit dem KSA zu solidarisieren!

Afrika-Kommission
KB/ Gruppe Hamburg
und AK-Redaktion

Provokateure in der KBW-Führung?

Einige seltsame Vorgänge beim KBW geben zur Aufmerksamkeit Anlaß. Dazu gehört zum einen der Putsch des KBW im Heidelberger „Komitee Südliches Afrika" (KSA), mit dem sich die KBW-Minderheit des Komitees im Handstreich der Unterlagen und Gelder des KSA bemächtigte. Dazu gehört zum anderen in der „Kommunistischen Volkszeitung" ein unerhört dreister Versuch, die faschistische Terrorbande FNLA (Angola) aufzuwerten und deren Terrorakte gegen die junge Volksrepublik Angola als „gerechten Befreiungskampf" zu bejubeln. Zu beiden Vorgängen finden sich ausführlichere Artikel in diesem AK.

Zum ersten Vorgang: Der Nutzen für den KBW aus seinem Heidelberger KSA-Putsch ist relativ gering, der Schaden dafür sehr groß. Praktisch katapultiert sich der KBW damit selbst aus der westdeutschen Afrika-Solidaritätsbewegung heraus, in der er bisher eine einflußreiche Rolle spielte. Nutzen können sich davon in erster Linie die reformistischen und revisionistischen Kräfte in der Afrika-Solidaritätsbewegung versprechen, soweit es nicht revolutionären Kräften gelingt, das vom KBW durch seinen Heidelberger Putsch geschaffene Vakuum zu füllen.

Zum zweiten Vorgang: Die jüngste Kurswende des KBW in Sachen Angola, zur offenen Unterstützung der faschistischen FNLA, ist absolut einmalig in der gesamten internationalen „ML"-Bewegung. Diese Kurswende erfolgt, während sich andere „ML"-Organisationen (wie die portugiesische UDP) dazu wenden, FNLA und UNITA eindeutig als „faschistisch" zu verurteilen, die These von den „drei Befreiungsbewegungen" aufzugeben und sich auf super-„linke" Gruppen (OCA) als angebliche „Vorhut des angolanischen Volkes" zu orientieren.

Auch hier ist zu fragen: Wer hat den Nutzen von der Kurswende des KBW? Nutzen davon können

auf super-„linke" Gruppen (OCA) als angebliche „Vorhut des angolanischen Volkes" zu orientieren.

Auch hier ist zu fragen: Wer hat den Nutzen von der Kurswende des KBW? Nutzen davon können sich zweifelsfrei die Reformisten und Revisionisten versprechen, denen damit eine noch günstigere Angriffsfläche gegeben wird, als es die bisherigen Theorien des KBW zu Angola schon darstellten.

Es drängt sich nach alledem der Verdacht auf, daß in der KBW-Führung Personen am Werk sind, die ganz gezielt und systematisch die Zerstörung des KBW und provokatorische Zuarbeit für reformistische und revisionistische Kräfte betreiben. Die westdeutsche Arbeiterbewegung hätte keinen Grund, dem selbstinszenierten Niedergang des KBW weiter nachzutrauern, wenn damit nicht die Gefahr verbunden wäre, daß größere Teile der Anhängerschaft des KBW von reformistischen und revisionistischen Kräften „eingesackt" werden oder sich resigniert ins Privatleben zurückziehen. Dieser Gefahr gilt es allerdings mit allen Kräften zu begegnen!

KBW weiter auf Schläger-Kurs

KBW weiter auf Schläger-Kurs

Am 3. Juni fand in Frankfurt die erste Veranstaltung des dortigen KBW im Rahmen seines Bundestags-Wahlkampfes statt. Nachdem vorher von Ortschef G.K. angekündigt worden war, daß es nach den vorbereiteten Referaten eine „Diskussion" geben werde, und nach dem knapp zweistündigen Rede-Reigen seiner drei Bundestags-Kandidaten plötzlich ein vierter Redner auf das Podium stieg, erlaubten wir uns die vorlaute Frage, ob damit jetzt die Diskussion anfängt. Die kurze Antwort war, daß jetzt erst noch *„ein paar vorbereitete Beiträge aus den Zellen"* kämen. Zweite Frage von uns daraufhin: wir wüßten gerne, wieviele solcher Beiträge noch kämen und wann dann tatsächlich die angekündigte „Diskussion" eröffnet wird.

G.K's erneute „Antwort": es würden halt noch „ein paar" Beiträge kommen, und wir sollten halt „abwarten".

Da das natürlich keine wirkliche Antwort, sondern ein Ausweichen war, wiederholten wir unsere Aufforderung, die Zahl der vorbereiteten Beiträge zu nennen, die noch kommen. Eine solche Angewohnheit, seine Frage zu wiederholen, wenn man keine Antwort bekommt, scheint im KBW aber nicht gerade beliebt zu sein. Jedenfalls war G.K. nach wie vor nicht bereit, darüber Auskunft zu geben, und wurde stattdessen zunehmend hysterischer, daß das *„eine Wahlveranstaltung des KBW"* sei und wir gefälligst *„ruhig sein"* und *„abwarten"* sollten, usw.

Und da es nicht unsere Art ist, uns verscheißern zu lassen, und wir weiter darauf beharrten, daß unsere „so komplizierte" Frage beantwortet wird, rückte ein Rollkommando heran, um uns vor die Tür zu setzen! In der Tat: ein deutlicher Beweis, wie „ehrlich" der KBW es mit seiner „Diskussionsbereitschaft" meint!

Die von der DKP abgeguckten Methoden, mit denen der KBW jüngst in Bremen sogar den Verkauf unserer Publikationen vor seiner Veranstaltung unterband, scheinen mehr und mehr „Schule zu machen".

Allerdings ist dies auch in Frankfurt nicht das erste Mal: Auf einer Veranstaltung am 5. August letzten Jahres wurde ein Genosse von uns gewaltsam vom Podium runtergeschmissen, als er sich kritisch mit der Politik des KBW in dem gelaufenen Fahrpreiskampf auseinandersetzen und eine dreiste Lüge des Ortschefs G.K. aufdecken wollte. Vor Beginn der Veranstaltung, als erst wenige Leute da waren, hatten KBWler versucht, den KB-Büchertisch „wegzuräumen" – was ihnen allerdings nicht gelang. Als dies später auf der Veranstaltung bekannt wurde, stritt G.K. das rundweg ab – und zum „Beweis" daß der KBW „recht hat", wurde unser Genosse eben kurzerhand vom Podium geschmissen!

Wenn der KBW meint, durch solche Methoden seine eigenen Genossen vor der ideologischen Auseinandersetzung auf Dauer abschirmen zu können, ist er einfach schief gewickelt.

Tatsächlich wird dies (jede Sache hat eben auch ihre „positive Seite") das Abwirtschaften des KBW nur noch mehr beschleunigen. Daß sein Einfluß zurückgeht, ist auch in Frankfurt bemerkbar.

Obwohl nach eigenen Angaben noch vor kurzer Zeit angeblich 460 Genossen im Frankfurter KBW und seinen „Massenorganisationen" organisiert waren, hatte er für seine „große Wahlveranstaltung" wohlweislich einen Saal mit nur 300 Sitzplätzen genommen – und etwas mehr als 250 waren auch tatsächlich besetzt davon ...

KB/Gruppe Frankfurt

Inhalt

DKP prügelt weiter

Am 12. Juni veranstaltete die DKP in Hamburg-Eppendorf ein „Volks- und Kinderfest", bei dem wir uns mit einem „Offenen Brief" an die Mitglieder der DKP und SDAJ wenden wollten. In dem „Offenen Brief" wurde ein Vorfall von einem „Kinderfest" der DKP in Hamburg-Eimsbüttel am 25. Mai aufgegriffen. Dort waren, wie bei der DKP immer üblich, Genossen beim Verkauf des ARBEITERKAMPF oder auch einfach nur beim Zuschauen bedroht und angegriffen worden.

Nicht anders ging es bei dem Eppendorfer „Volks- und Kinderfest" am 12. Juni zu: Bei der Verteilung unseres Offenen Briefes wurden wir von rund 30 DKP- und SDAJ-Schlägern (das waren 1/3 der erwachsenen Besucher!) vom Platz abgedrängt, der Offene Brief uns aus der Hand gerissen und die Genossen getreten und geschlagen. Als sie merkten, daß sie bei ihrem Treiben fotographiert worden waren, begannen sie eine wilde Schlägerei und verletzten dabei mehrere Genossen.

Angefeuert wurden die Schläger von ihrem Chef Wolfgang Meyer.

Schon früher hat es derartige Erfahrungen mit der DKP gegeben: Ebenfalls auf einem „Kinderfest" der DKP vor einem Jahr in Eimsbüttel wurden drei junge BDJ-Mitglieder, die für ein Sommerlager werben wollten, von DKP'lern verprügelt.

Im Rahmen der Thälmann-Woche langten die Revisionisten gleich zweimal zu: Bei einer Veranstaltung mit DKP-Größen wie Herbert Mies im Hamburg-Haus Eimsbüttel hatte die DKP anscheinend den Brügersteig davor gleich mitgemietet. Jedenfalls führten sich die DKP- und SDAJ-Schläger wie die „Herren der Straße" auf und prügelten auf Verkäufer des AK und vom KBW ein. Wie bei den Bullen üblich immer vier DKP„Ordner" gegen einen Verkäufer! Dasselbe Bild etwas später bei einer Demonstration zur „Thälmann-Gedenkstätte" der DKP. „Ordner" mit Sprechfunkgeräten hatten eine regelrechte „Bannmeile" errichtet, Taschen von Passanten wurden nach eventuell vorhandenen AK's durchsucht. . .



Der Beitrag der DKP zur „Inneren Sicherheit"

Allein das Geld und die Arbeit, die die DKP derzeit zur polizeimäßigen Perfektionierung ihrer Schlägertruppe aufwendet (nach den Sprechfunkgeräten kommen wahrscheinlich Wasserwerfer? . . .) gibt zu denken. Aber andere Sorgen hat sie in Hamburg wohl kaum noch, da sie sich wirklich total isoliert hat und – außer derzeit einigen eher bemitleidenswerten Gehversuchen anläßlich der bevorstehenden Bundestagswahlen – politisch weg vom Fenster ist.

Oder, um es mal mit ihren eigenen Worten zu sagen: „In der Rüstung sind sie fix, für die Bildung tun sie nix!".

Bezirksorganisation Eimsbüttel des KB und AK-Redaktion